

Bismarck, Die gesammelten Werke

Bismarck, Otto Fuerst von

Die gesammelten Werke

3. Auflage

Otto Stollberg & Co., Verlag für Politik und Wirtschaft,
Berlin

Den Druck des Werkes besorgte die Buchdruckerei Otto Stollberg & Co., Berlin SW 48, Besselstraße 21

Politische Schriften

Bearbeitet von

Dr. Herman von Petersdorff
Archivrat im Geheimen Staatsarchiv Berlin

2. Band: 1. Januar 1855 bis 1. März 1859

Bismarck, Die gesammelten Werke, Band 2

Inhalt des Zweiten Bandes

Politische Schriften

[illegible]

1. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. Januar 1855.

E. E. geehrten vertraulichen Erlaß vom gestrigen Tage Nr. 110[1]) habe ich soeben erhalten. Eine eingehendere Berichterstattung ist mir heute noch nicht möglich, namentlich nicht in betreff der Ansichten meiner Kollegen. Herr von Schrenck befindet sich seit mehreren Tagen in Darmstadt in der Nähe des Königs Ludwig, und die Mehrzahl der übrigen Herren ist am heutigen Tage ebenfalls nicht einheimisch, auch wüßte ich unter ihnen, mit Ausnahme der Gesandten von Dänemark und Mecklenburg, kaum einen, von dem ich erwarten dürfte, daß er eine eigene Ansicht mit Klarheit kundgeben, oder mit der seiner Regierung vertraut sein werde.

Ich kann daher im Augenblick E. E. hochgen. Weisung nur insofern entsprechen, daß ich den Eindruck wiedergebe, welchen mir selbst die österreichische Expedition vom 24. Dezember macht.

Die Militärkonvention vom 20. April sagt in ihrem sechsten Artikel ausdrücklich, daß der Zweck der wechselseitigen Hilfsleistungen nur die Abwehr eines Angriffs sei. Dieser Angriff hat bisher weder stattgefunden, noch dürfte er zu erwarten sein, wenn nicht Österreich seinerseits aggressiv verfährt. Es ist daher auch „der Fall des Bedarfs" nicht vorhanden, für welchen nach Artikel III des Bündnisses vom 20. April die Bestimmungen der Militärkonvention berechnet sind.[2]) Daß die Stipulationen vom 20. April in der Absicht geschlossen worden seien, einen gemeinschaftlichen A n g r i f f s krieg gegen Rußland zu führen, wird selbst das Wiener Kabinett schwerlich behaupten, namentlich nachdem nicht nur die Fürstentümer geräumt und eine freiwillige Wiederbesetzung derselben durch die Russen nicht zu erwarten steht, sondern nachdem auch die später formulierten vier Punkte nach dem eigenen Anerkenntnis des Grafen Buol von Rußland angenommen sind und damit ein Resultat erreicht ist, welches weit über die Ziele hinaus liegt, zu deren Erstrebung das Bündnis vom 20. April geschlossen wurde.

Eine andere Frage ist, ob durch den neuen Zusatzartikel vom 26. November für uns die Verpflichtung geschaffen worden ist, jene Militärkonvention auf das Verlangen des Wiener Kabinetts jetzt zur Ausführung zu bringen. Auch diese Frage dürfte unzweifelhaft zu verneinen sein. In der Eigenschaft eines der drei Hauptkontrahenten des Artikels vom 26. November haben wir uns nur verpflichtet, Angriffe auf die Stellung Österreichs in den Fürstentümern abzuwehren und angelegentlich bemüht zu sein, den vier Punkten als Friedensgrundlage Geltung zu verschaffen. Die vier Punkte sind von Rußland angenommen, und niemand wird wohl in gutem Glauben behaupten wollen, daß

[1]) Inhalt bei Poschinger II S. 130 f. Anm. 2.
[2]) Inhalt des Artikels vgl. Poschinger II S. 131 Anm. 2.

Rußland, so stark es auch zu seiner Verteidigung rüsten mag, damit umgehe, seinerseits einen Krieg mit Österreich mutwillig herbeizuführen. Wir haben uns ferner gegen Österreich verpflichtet, den Ausschüssen der Bundesversammlung einen Beschlußentwurf vorzulegen, durch welchen die Militärkonvention vom 20. April zur Grundlage der Anträge der Militärkommission zu machen gewesen wäre. Die Bundesversammlung hat diesen Teil des Entwurfs ausdrücklich gestrichen und nicht zum Beschluß erhoben; wir aber haben unsere zu Wien in betreff der Militärkonvention am 26. November eingegangene Verpflichtung durch die gemeinschaftliche Vorlage des Entwurfs vollständig erledigt.

In unserer Eigenschaft als Mitglied des Bundes ist unsere Stellung m. u. E. rechtlich ganz dieselbe wie die, welche Herr von Beust nach dem Bericht des Grafen Redern vom 29. v. M. für Sachsen in Anspruch nimmt. Der Bund hat in diesem Augenblick die Anträge, zu welchen er die Militärkommission aufgefordert hat, zu gewärtigen, und könnte es sich für uns nur darum handeln, ob der K. Militär-Bevollmächtigte angewiesen werden soll, in Gemeinschaft mit seinem österreichischen Kollegen die Militärkonvention vom 20. April als Grundlage der an die Bundesversammlung zu richtenden Anträge in Vorschlag zu bringen. Abgesehen von den Gründen, welche ich mir bereits in meinem g. g. Bericht vom 19. v. M. hiergegen geltend zu machen erlaubt habe und mit denen E. E. sich in dem h. Erlaß vom 23. v. M. hochgen. einverstanden erklärt haben, kann ich aus früheren Gesprächen mit meinen Kollegen die Überzeugung entnehmen, daß die Militärkonvention von allen Seiten lebhaften Widerspruch findet. Die Gründe desselben liegen teils in der Unzufriedenheit mit der Richtung der Politik, welcher die Konvention dienstbar gemacht werden soll, und welche seit dem 2. Dezember mit vermehrter Bitterkeit getadelt wird, wenn auch vielleicht der Mut, diesem Gefühle Nachdruck zu geben, nicht gewachsen ist, teils hat es für die Regierungen, welche kleinere Kontingente als Bayern stellen, in der Tat aus dem militärischen Gesichtspunkte große Schwierigkeiten, die eine Hälfte ihrer Streitmacht abgesondert zu mobilisieren und zu verwenden.

Ich habe E. E. schon gemeldet, daß Herr von Dalwigk, freilich in der ersten freudigen Erregung der Aussöhnung, mir von der Notwendigkeit sprach, das hessische Bundeskontingent zum Schutze der Westgrenze in deren Nähe zu behalten. Noch mehr hat es mich überrascht, daß auch Herr von Münch, der ergebenste Anhänger Österreichs, mir gestern, mit Bezug auf den ihm bekannten Inhalt der Militärkonvention von der Unmöglichkeit sprach, die eine Hälfte eines Kontingents, welches im ganzen nur eine schwache Division ausmache, abgesondert auf den Kriegsfuß zu setzen und außerhalb der Heimat zu verwenden. Der bayerische Gesandte hat mir von der Konvention jederzeit mit Mißbilligung gesprochen, und scheint sein Kabinett darüber wesentlich verstimmt zu sein, daß es nur spät und unvollkommen von dem Inhalte der Konvention Kenntnis erhalten hat. In der Tat ist die von Preußen und Österreich in der Sitzung vom 17. August gemachte Zusage, den vereinigten Ausschüssen den in Berlin vereinbarten militärischen Konventionsentwurf vorzulegen, noch bis zum heutigen Tage nicht in Erfüllung gegangen. Die Ausschuß-Sitzung, in welcher es geschehen sollte, eröffnete Herr v. Prokesch mit den bekannten 7 Fragen, und geriet der Entwurf seitdem in den Hintergrund, so daß er bei Vorlage der Verabredungen vom 26. November nur denjenigen Mitgliedern oberflächlich bekannt war, welche vertraulich davon Einsicht hatten nehmen können.

Ich wage nicht zu entscheiden, ob es wirklich in der Absicht des Wiener Kabinetts liegt, Preußen zu einem Angriffskriege gegen Rußland fortzureißen, oder ob man sich noch mit der Hoffnung schmeichelt, daß eine demonstrative Aufstellung, wenn sie nur zahlreich genug

und von Preußen mit demselben Anschein von Kriegslust unterstützt wäre, welche Österreich zur Schau trägt, hinreichen werde, um von Rußland zu erlangen, was man wünscht. Herr von Prokesch scheint mehr dem letzteren System anzuhängen. Jedenfalls liefert die Depesche des Grafen Buol v. 24. v. M. einen neuen Beweis, wie das Wiener Kabinett, um Preußens Kräfte seinen Intentionen dienstbar zu machen, aus den verschiedenen Verpflichtungen und Erklärungen Preußens vom 20. April, in den Wiener Konferenzen, vom 26. November und anderen durch Herausnahme einzelner Teile und künstliche Vermischung unzusammengehöriger Akte ein Gewebe herzustellen sucht, in welchem es die politischen Entschließungen Preußens als vertragsmäßig befangen darstellt. Die Zwecke, welche am 20. April und in den Wiener Protokollen in Aussicht genommen wurden, sind längst teils erreicht, teils obsolet geworden, und mit künstlichen Kombinationen werden die von uns damals eingegangenen Verbindlichkeiten auf neue Forderungen in Anwendung gebracht. So scheint mir, daß der Depesche vom 24. v. M. vorzugsweise das Bestreben zugrunde liegt, die Verpflichtungen Preußens und Deutschlands aus dem Zusatzartikel vom 26. November in das System des 2. Dezember einzufügen. Die Stipulationen vom 26. November tragen nichts in sich, wodurch in diesem Augenblick und noch eher als die Bundes-Militärkommission ihre Anträge gestellt hat, eine hastige militärische Aufstellung bedingt würde. Wohl aber würde es, wenn dergleichen Aufstellungen dennoch jetzt erfolgten, für Österreich leichter werden, durch die in Wien so geläufigen Entstellungen und Verschiebungen des Verhältnisses der Verträge zu den Tatsachen und durch richtig angebrachte Überraschungen mit faits accomplis, die neuen Zusatzartikel und die Bundeshilfe dem Regime des Bündnisses vom 2. Dezember dienstbar zu machen, auch ohne daß wir dem letzteren beigetreten wären. M. u. E. wird der Zusatzartikel vom 26. November durchaus hinfällig, sobald Österreich sich durch Verträge, deren Abschluß es gleichzeitig ohne unser Wissen mit den Westmächten betrieb, zu einem Angriffskriege gegen Rußland bringen läßt.

Ich kann nur bei meiner schon früher E. E. g. g. berichteten unvorgreifl. Überzeugung beharren, daß das wirksamste Mittel zur Wiedergewinnung des Friedens und zur Erhaltung unseres europäischen Einflusses in dem Druck liegt, den wir, wenn wir wollen, auf Österreich üben können. Noch immer halte ich es nicht für wahrscheinlich, daß die Kriegspartei in Wien den Ausschlag bei den letzten Entschlüssen des Kaisers Franz Josef geben wird, wenn Österreich dabei Gefahr laufen muß, sich von Preußen verlassen zu sehen, namentlich aber wenn man in Wien veranlaßt wird, an die Möglichkeit einer feindseligen Haltung Preußens zu denken. Selbst in Paris und London glaubt man nach allem, was ich hier erfahren kann, daß die aktive Beihilfe Österreichs im entscheidenden Momente von den Entschließungen Preußens abhänge, und meiner Ansicht nach haben wir nur dann Aussicht, auf die Entschließungen der Westmächte einen wirklichen Einfluß zu üben, wenn wir in Paris und London das Bewußtsein, daß der Schlüssel zur Mitwirkung Österreichs in unseren Händen liegt und daß wir nötigenfalls entschlossen sind, ihn furchtlos zu benutzen, deutlich zu erkennen geben. Solange dies nicht geschieht, zweifele ich nicht, daß unsere Bemühungen, welche weder von Anerbietungen, noch von Drohungen begleitet sind, bei den westlichen Kabinetten eine kühle und uns lediglich nach Wien und auf den Beitritt zum 2. Dezember verweisende Aufnahme finden werden. Nachdem man sich Österreichs einmal bis zu einem gewissen Grade versichert hat, wird man diesen Vorteil nicht aufgeben und sich Österreich durch Separatabschlüsse mit uns nicht wieder entfremden, wenn wir nicht entweder Anerbietungen machen, welche weitergehen, als die

österreichischen, oder den Beweis liefern, daß Österreichs Entschließungen in letzter Instanz von uns, die unsrigen aber nicht von Österreich abhängen. Bisher hoffen die Westmächte unsere Kooperation schließlich zu gewinnen, ohne uns einen Einfluß auf ihre eigenen Entschließungen zu gestatten. Sie rechnen übermäßig viel auf die Wirkung der öffentlichen Meinung in Preußen und auf die Herrschaft einer unbestimmten Angst vor sogenannter Isolierung und vor einem Kriege mit den drei Kontrahenten vom 2. Dezember. Ohne meinerseits mit diesen Besorgnissen rechten zu wollen, darf ich es doch für zweifellos halten, daß unsere Bestrebungen nur dann irgendwelchen Einfluß auf das Verhalten jener drei Mächte üben können, wenn unsere Agenten in Wien, Paris und London die Überzeugung zu erwecken wissen, daß wir von jedem Anflug derartiger Besorgnisse vollkommen frei sind, und daß der Entschluß bei uns besteht, unsere Unabhängigkeit und unsere Stellung als Großmacht nötigenfalls auch mit den desperatesten Mitteln und Anstrengungen gegen jedermann zu verteidigen. So unmotiviert und gefährlich es auch sein würde, wenn wir uns zu Rußland in nähere Beziehungen als bisher einließen, so glaube ich doch, daß es unserem Einfluß auf den Verlauf der Dinge nur förderlich sein würde, wnn man im Westen[3]) unseren Anschluß an Rußland, und wenn man in Wien[3]) unsere engere und über den 2. Dezember hinausgehende Verbindung mit dem Westen nicht gänzlich in das Reich der Unmöglichkeiten zählen dürfte. Nur soweit, als man uns fürchtet, nimmt man Rücksicht auf uns, und wenn man in London überzeugt ist, daß wir es keinenfalls wagen, mit Rußland zu gehen, und andererseits in Wien, daß wir es niemals über das Herz bringen würden, unsere Beziehungen zu Österreich einem intimen Verhältnis zum Westen mit derselben Entschlossenheit zu opfern, die man in Wien in diesem Punkte zu besitzen scheint, so wird man auch stets geneigt sein, den Willen Preußens nur in zweiter Linie zu berücksichtigen, und die in diesem Augenblick vorauszusehende Weigerung der Westmächte, sich mit uns in einen abgesonderten Vertrag einzulassen, wird die übermütige Sicherheit, mit welcher Österreich uns behandelt, nur erhöhen. Unerwähnt kann ich dabei nicht lassen, daß die Wahl des Herrn von Usedom zu der Mission nach London sowohl im österreichischen Lager, als in dem der Mittelstaaten, eine erhebliche Beängstigung hervorbrachte, es möchte hierin der Anfang eines Systemes liegen, nach welchem Preußen, wenn es sich einmal genötigt fände, sich mit den Westmächten zu verbinden, auch den nach nationaler Einheit strebenden deutschen Liberalismus wieder um sich sammeln werde. Es liegt in dieser Erscheinung wenigstens ein Fingerzeig[4]) über die Drohungen, mit welchen man in Wien und anderen deutschen Hauptstädten Furcht erwecken kann, wenn es nötig scheint.

Schließlich bitte E. E. ich g. g., diese mir durch den ersten Eindruck der soeben erhaltenen Expedition eingegebenen Betrachtungen mit der wohlwollenden Rücksicht aufzunehmen, daß mir die Kenntnis unserer neuesten, durch die Sendungen der Herren von Manteuffel[5]) und von Usedom eingenommenen Stellung zu der ganzen Frage und zu den einzelnen Mächten abgeht und meine Kollegen nur sehr unvollkommene Organe zu meiner Information abgeben können. Sobald ich die einflußreicheren unter ihnen gesehen haben werde, erstatte ich weiteren Bericht. Sehr angenehm wäre es mir, wenn ich von dem gegenwärtigen Schreiben, um künftige Wiederholungen zu vermeiden, durch E. E. hochgen. Vermittlung eine Abschrift erhalten könnte, da sich hier eine solche wegen des Postschlusses nicht mehr nehmen ließ. Notwendig bedarf ich indessen einer solchen nicht. Genehmigen usw.

---

[3]) Die Worte „im Westen“ und „in Wien“ hat Poschinger gesperrt.
[4]) „Fingerzeig“ von Poschinger gesperrt.
[5]) Muß heißen: „Wedell“.

2. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. Januar 1855.

In fernerer Erledigung des sehr geehrten Erlasses vom 31. v. M.[1]) erlaube ich mir Nachstehendes g. g. zu berichten.

Wenn der Entwurf der Militärkonvention vom 20. April in seiner jetzigen Gestalt, und namentlich so, wie er durch die Depesche des Grafen Buol vom 24. v. M. erläutert worden ist, an die Bundesversammlung gelangt, so hat er keinenfalls auf die Zustimmung der Mehrheit zu rechnen. Die Absicht, bei einer bevorstehenden Truppenaufstellung andere Normen als die der Bundes-Kriegsverfassung zugrunde zu legen, erweckt eine allgemeine Besorgnis für die militärische Autonomie der Einzelstaaten, insbesondere nachdem das österreichische Kabinett in der Depesche vom 24. v. M. vorschlägt, die Truppen des 7. bis 10. Bundesarmeekorps zu gleichen Teilen den Heeren der beiden Großmächte beizugeben. Ich kann kaum glauben, daß man in Wien diesen Widerspruch nicht vorhergesehen haben sollte. Charakteristisch ist, daß man sich von österreichischer Seite bemüht, unter meinen Kollegen die Meinung zu verbreiten, daß es namentlich Preußen sei, welches darauf bestehe, abweichend von der Bundes-Kriegsverfassung die gemischten Armeekorps dem preußischen Heere beizugeben, und fallen dabei zugleich Andeutungen, daß die Selbständigkeit der Mittelstaaten leicht zu brechen sein werde, sobald man sich in den Besitz ihrer Truppen gesetzt habe. Der Gesandte eines süddeutschen Staates drückte diesen Gedanken mit den Worten aus: „Ich möchte wissen, wann wir unsere Armee wiedersehen, wenn sie erst einmal unter österreichischem Befehl in Siebenbürgen steht?"

M. g. D. können wir der Depesche vom 24. Dezember gegenüber keine bessere Position einnehmen, als die des Bundesrechts, sowohl in politischer als in militärischer Beziehung. In den Verhandlungen über den Beitritt des Bundes zu dem Vertrage vom 20. April ist dem Bunde die gebührende Einflußnahme in allen ihn als Teilnehmer an dem Bündnis angehenden Verhandlungen zugesichert. Es müßte daher, schon wenn es sich lediglich um eine Aufstellung infolge des neuen Zusatzartikels handelte, der Bund zu den desfallsigen Verhandlungen zwischen Preußen und Österreich zugezogen werden. Die Depesche des Grafen Buol geht aber weiter. Sie nimmt die Mitwirkung der infolge des Zusatzartikels aufzustellenden Truppen schon für den eventuellen Fall des preußischen Beitritts zu dem Bündnis vom 2. Dezember in Aussicht, indem sie zugleich, gegen den Schluß der Depesche hin, die offensive Tendenz des letzteren Traktats unumwunden ausspricht. Ich zweifele zwar nicht, daß die Mehrheit der Bundesglieder dem Traktat vom 2. Dezember beitreten würde, wenn Preußen mit dem Beispiel dazu voranginge. Offiziell aber liegt nichts vor, was zu dieser Annahme berechtigte, und mein bayerischer Kollege fragte mich, ob denn Österreich glaube, durch den alleinigen Umstand, daß Preußen dem Bündnis vom 2. Dezember beitrete, ein Recht zur Verwendung der Bundestruppen im Sinne dieses Bündnisses zu erhalten? Jedenfalls würde uns daher in der gegenwärtigen Sachlage unsere Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Heranziehung des Bundes zu den Verhandlungen ein wohlberechtigtes Mittel bieten, um Zeit zu gewinnen und zugleich das Vertrauen der Bundesregierungen zu uns zu befestigen. Denselben Erfolg würde es haben, und namentlich den oben erwähnten, von Herrn von Prokesch verbreiteten Verdächti-

---

[1]) Vgl. oben S. 1.

gungen wirksam entgegentreten, wenn wir auch in militärischer Beziehung den bundesrechtlichen Standpunkt, wie ihn die Bundes-Kriegsverfassung darbietet, festhalten. Nach der letzteren sind die Attribute des vom Bunde zu bestellenden Oberfeldherrn so umfassend, daß die Stellung der einzelnen Regierungen zu dem Bundesheere in Kriegszeiten sehr in den Hintergrund tritt. Ich halte es nicht für zweifelhaft, daß bei gegenwärtiger Sachlage die Wahl des Bundes auf einen Preußen, und namentlich auf S. K. H. den Prinzen von Preußen fallen würde. Die Ansichten derjenigen meiner Kollegen, welche sich ohne Veranlassung von meiner Seite hierüber ausgesprochen haben, stimmen in diesem Punkte überein. Das Vertrauen zu Österreich, in den letzten Monaten schon mächtig erschüttert, hat durch den 2. Dezember einen entscheidenden Stoß erlitten, und es gibt kaum einen gefährlichen und bundbrüchigen Plan, dessen man das österreichische Kabinett demnächst nicht fähig hielte. Wenn nicht alle Äußerungen der Regierungen hiermit in Einklang stehen, so ist das lediglich den Wirkungen einer Angst vor österreichisch-französischen Gewalttaten zuzuschreiben, und trägt dieses Gefühl der Furcht wiederum zur Steigerung der Erbitterung gegen das Wiener Kabinett bei. Im Falle der Wahl eines Bundesfeldherrn zum Behufe einer kriegerischen Machtentfaltung, bei welcher Preußen und der Bund ostensibel mit Österreich auf *einer* Seite steht, würde die österreichische Einschüchterung der Natur der Sache nach sich weniger geltend machen können, und die Bundesregierungen werden ihre Kriegsmacht lieber der besonnenen, friedfertigen und den Interessen nach mit ihrer eigenen zusammenfallenden Politik Preußens, als der extravaganten und unberechenbaren Österreichs anvertrauen.

Wenn es aber auch nicht bis zur Wahl eines Bundesfeldherrn kommen sollte, so dürfte es sich schon aus den anderen, oben angedeuteten Gründen für uns empfehlen, bei den bevorstehenden Verhandlungen die Bundes-Kriegsverfassung als die unzweifelhafte Norm Preußens festzuhalten. *Es empfiehlt sich dies auch aus dem Grunde, daß jeder Versuch, etwas anderes aufzustellen, an einem Widerstande fast aller übrigen Bundesregierungen scheitern würde, der sich in diesem Falle durch das stark vorhandene Mißtrauen und die Sorge um Armee und Existenz zur äußersten Zähigkeit steigern würde.*

Ein Passus in der Depesche vom 24. Dezember, welcher demnächst lebhafte Bedenken erregt, ist derjenige, durch welchen eine ungleiche Verteilung der ersten Anstrengungen und eine demnächstige Ausgleichung in Aussicht gestellt wird. Das Vertrauen auf die Resultate einer Liquidation hat am Bunde jeden Boden verloren. Herr von Prokesch, der mehreren meiner Kollegen seinerseits die Depesche vom 24. Dezember mitgeteilt hat, fand hierbei Gelegenheit, sich selbst davon zu überzeugen.

Die einflußreicheren meiner Kollegen beschäftigen sich in diesem Augenblick lebhafter als früher mit dem Gedanken an eine entschiedene Neutralität des Bundes im festen Anschluß an Preußen, vielleicht auch in Verbindung mit den nordischen Staaten. Ein lebhafter Verfechter dieser Auffassung ist der Prinz Emil von Hessen in Darmstadt. Man geht dabei von der Meinung aus, Österreich die Führung eines Angriffskrieges gegen Rußland, wenn es auf denselben nicht verzichten will, allein zu überlassen und im Verlauf der Sache die Artikel 46 und 47 der Schlußakte zur Richtschnur zu nehmen, mit der Maßgabe, daß man einen Angriff auf die deutschen Länder Österreichs, im Falle einer unglücklichen Wendung des Krieges für letzteres, nicht zulassen werde. Es scheint, daß eine solche Politik mit Sicherheit auf die Zustimmung Bayerns, Sachsens, Württembergs, Mecklenburgs und Holsteins zu zählen haben würde; wenn ich den einstimmigen Äußerungen der Darmstädter Politiker aus den höchsten Kreisen Glauben schenken darf,

so muß ich auch das Großherzogtum Hessen und, nach denselben Quellen, Nassau hierher rechnen. Über Kurhessen ist hier nichts zu erfahren, da der Gesandte, Herr von Trott, selten hier anwesend ist und kaum die notwendigsten Instruktionen, geschweige denn weitere Mitteilungen von seiner Regierung erhält. Die genannten Bundesstaaten dürften indessen schon ein haltbares Gerüst für eine Neutralität des gesamten Bundes abgeben, wenn sie sich an Preußen anschließen, und etwaige entgegenstehende kriegerische Gelüste Hannovers, der Freien Städte und der thüringischen Herzogtümer würden keine Gelegenheit finden, tätig zu werden, und Hannover wenigstens würde gern jeden Vorwand, sich ruhig zu verhalten, ergreifen, nachdem es durch Dokumentierung seines guten Willens eine Demonstration zugunsten seiner Küsten gemacht und den Beweis seiner Unabhängigkeit von Preußen geliefert hätte. Jedenfalls haben die genannten Staaten mit Hinzurechnung der zu unserer Disposition stehenden Plenarstimmen der 15. und 16. Kurie mehr als ein Drittel der Stimmen des Plenums und also die Verhinderung einer Kriegserklärung in ihrer Gewalt.

Stark genug zu ihrer eigenen Erhaltung würde eine solche Neutralität nach ihrem geographischen Umfange und ihren militärischen Kräften ohne Zweifel sein, und wenn ihrer wirklichen Realisierung allerdings manche Bedenken entgegenstehen können, so dürfte doch eine dahin zu eröffnende Perspektive nicht ohne Wirkung auf die Politik Österreichs im Sinne der Mäßigung bleiben.

Wenn ich nach dem Vorstehenden mein von E. E. befohlenes Votum nochmals zusammenfassen darf, so würde es dahin gehen, die von dem Grafen Buol auf Grund der Verhandlungen vom 20. April verlangte Truppenaufstellung abzulehnen, weil „der Fall des Bedarfs“ im Sinne jenes Traktates nicht vorliegt; wegen der übrigens aber, und namentlich infolge des Zusatzartikels vom 26. November etwa erforderlichen Vorbereitungen auf die zu erwartenden Anträge der Militärkommission zu verweisen und bei den Verhandlungen hierüber die Rolle des Verteidigers der Bundes-Kriegsverfassung von Hause aus zu übernehmen.

Bei diesem unvorgr. Votum rechne ich allerdings darauf, daß unser Beitritt zu dem Vertrage vom 2. Dezember bei jetziger Sachlage n i c h t erfolgt, und daß, wenn er demnächst ratsam erscheinen sollte, von uns gleichzeitig die Berechtigung des Bundes, zugezogen zu werden, geltend gemacht würde.

Es ist kaum wahrscheinlich, daß die Westmächte und Österreich auf irgendeine von uns zu stellende Bedingung unseres Beitritts eingehen werden, solange sie von uns den Eindruck haben, daß uns unsere gegenwärtige Lage unbehaglich ist und wir uns durch die anscheinende Kaltblütigkeit, mit welcher man uns und unsere Wünsche ignoriert, beängstigt fühlen. Diese letzteren Gefühle ist das Wiener Kabinett und die von ihm abhängige Presse offenbar bei uns zu nähren bemüht. Wenn wir aber die zurücktretende Stellung, zu welcher uns das Verhalten der Kontrahenten vom 2. Dezember vor und nach diesem Tage ein natürliches Recht gibt, mit Unbefangenheit akzeptieren und uns dabei auf den Standpunkt des Deutschen Bundes zurückziehen, so bin ich überzeugt, daß es nicht lange dauern wird, bis man uns aufsucht, anstatt daß man uns jetzt frostige Antworten gibt und unseren Annäherungsversuchen nur die eine Chance läßt, einer Gemeinschaft beizutreten, welche ohne uns in verletzender Weise geschlossen wurde und in welcher wir überall, wo unsere Wünsche nicht mit denen Österreichs zusammenfallen, jederzeit als einer gegen drei stehen werden.

Schließlich erwähne ich noch einer, mir allerdings aus russischer Quelle zugegangenen Nachricht, daß Österreich bei mehreren Höfen, und wahrscheinlich sind damit Darmstadt und Karlsruhe gemeint, Andeutungen über einen bevorstehenden, im Einverständnis mit Österreich zu bewirkenden Durchmarsch französischer Truppen gemacht habe. Genehmigen 2c.

3. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Januar 1855.

E. E. geehrtes Schreiben vom 5. c. habe ich mit g. Danke so eben bei meiner Rückkehr aus Darmstadt, wohin mich S. K. H. der Großherzog befohlen hatte, vorgefunden. S. K. H. hat mir das Großkreuz des Philipps-Ordens verliehn, worüber ich noch amtlich berichten werde. Wenn Herr von Dalwigk unsern Orden bekäme, so wäre es vielleicht angemessen, daß Canitz dem entsprechend den hessischen erhielte.

Die Vermuthung Sr. Majestät, daß mir die Ansicht, nach welcher wir unser Zurücktreten acceptiren sollten, von Gerlach suppeditirt wäre, ist nicht zutreffend. Ich hatte, als ich das schrieb, seit längerer Zeit, wie ich glaube, seit Anfang Dezember, keinen Brief von Herrn von G[erlach] erhalten. Erst vorgestern habe ich wieder einen bekommen,[1]) in welchem er mich ausschilt, weil er mich im Verdacht des Bonapartismus hat. Demnächst entwickelt er allerdings dieselbe Ansicht wie die meine, mit dem Hinzufügen, daß S. Majestät sie nicht theile. Davon wußte ich aber am 3., als ich E. E. schrieb, noch nichts.

In diesem Augenblick ergreife ich hauptsächlich die Feder, um eine andre meiner Angaben zu modifiziren. Nach den Reden meiner Collegen mußte ich allerdings annehmen, daß man für den Fall der Wahl eines Bundesfeldherrn allgemein an Preußen denke. In Darmstadt habe ich mich heut aber überzeugt, daß an den Höfen der Mittelstaaten ein anderes Project im Vordergrunde steht, welches ich früher schon berührte, aber für aufgegeben halten mußte, nämlich nur für das 7., 8., 9. und 10. Armeecorps einen Feldherrn zu wählen. Es ist dazu, weil der König von Würtemberg nicht mehr jung genug sei, der Prinz Carl von Baiern designirt. Dieser Herr, den ich heut in Darmstadt sah, sprach sich sehr bitter gegen Östreich aus. Man denkt sich dann im Fall einer Aufstellung eine militärische Trias, bei der das „Reichsheer" geographisch in der Mitte zwischen dem preußischen und dem östreichischen seine Stellung nehmen würde; es könne dann mit einer links- oder rechts- Schwenkung ein système de bascule zwischen beiden Großmächten unterstützen. Mir scheint in dieser Aussicht ein Grund mehr für uns zu liegen, auf die Truppenaufstellung nicht, oder doch nur in dilatorischer Weise einzugehn. Ein Bundesfeldherr für 4 unter den 10 Armeecorps ist übrigens ebensowenig mit der Bundes-Kriegsverfassung in Einklang, als das System der Buolschen Note vom 24. Dezember. Allerdings würde die Stellung eines allgemeinen Bundesfeldherrn dem östreichischen Bundes-Contingent gegenüber dermalen eine sehr schwierige sein. Das führen auch die Anhänger der militärischen Dreitheilung als Grund für letztre an. Ich fand, daß die bairischen und hessischen Militärs in Darmstadt sich schon ziemlich genau ausgerechnet hatten, wie stark und in welcher Art zusammengesetzt die Armee des Prinzen

---

[1]) Vgl. Briefe Leopold v. Gerlachs an Bismarck S. 126 ff.

Carl von Baiern sein werde. Der König Max verläßt Darmstadt morgen. Die Herzogin von Modena traf gestern ein. Das Schloß in Darmstadt ist voll wie ein Ei, und man hat schon die Betten aus dem hiesigen großherzogl. Palais dort hin schicken müssen. König Ludwig[2]) ist heute wohler; ich hörte seine Stimme in der Unterhaltung mit der Großherzogin durch zwei geschlossene Thüren sehr deutlich.[3])

Ich möchte recht gern einmal nach Berlin, weil man bei längrer Abwesenheit doch die Übersicht verliert und deshalb schief urtheilt; ich weiß nur nicht, ob wir hier in nächster Zeit etwas zu erwarten haben, was mein Hierbleiben nöthig machen würde. Wie die Vorgänge in Wien sich gestaltet haben, weiß man hier noch immer nicht; nur schreibt mir General Gerlach, daß Fürst Gorczakoff wenig Friedenshoffnung geschöpft habe. I. K. H. die Erzherzogin Sophie soll, wie ich höre, vom Standpunkte des Katholicismus aus und unter Einwirkung der Jesuiten, ganz für den Krieg gestimmt sein. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

4. Schreiben vom 22. Januar 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. den österreichischen Mobilmachungsantrag und die Oberfeldherrnfrage. — Vgl. Poschinger II Nr. 78. Dort muß S. 143 Zeile 15 v. u. „aber“ für „oder“ gelesen werden.

5. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

24. Januar 1855.

E. E. beehre ich mich g. g. anzuzeigen, daß ich so eben von Darmstadt zurückkehre, wo ich eine Audienz bei Sr. K. H. dem Großherzog und eine Unterredung mit Herrn von Dalwigk gehabt habe. Der letztere war anfangs sehr zurückhaltend, sprach viel von dem beklagenswerten Zerwürfnis mit Preußen und der notwendigen Folge desselben in Gestalt eines näheren Verhältnisses zu Österreich. Man habe Österreich die Unterstützung Hessens in der orientalischen Frage im allgemeinen zugesagt und müsse demgemäß auch für die jetzigen Anträge stimmen. Ohne auf den Verlauf der sehr langen Unterredung einzugehen, beschränke ich mich darauf, anzuführen, daß am Schluß derselben Herr von Dalwigk mir in Aussicht stellte, dem hessischen Votum noch eine andere Wendung geben zu wollen, als die aus den Erklärungen des Herrn von Münch im Ausschusse zu entnehmende. Er hat mich hierher begleitet, um einstweilen den Gr. Militärbevollmächtigten[1]) dahin zu instruieren, daß er nicht für die Mobilmachung, sondern nur für Bereithaltung des Kontingents stimme, und in betreff der Wahl des Oberfeldherrn wollte Herr von Dalwigk dahin wirken, daß die Verhandlungen verschleppt würden. Wenn in dem Sinne gestimmt wird, wie Herr von Dalwigk sich gegen mich schließlich aussprach, so darf ich die Gr. hessische Stimme zu denen zählen, welche die österreichischen Anträge, wenn auch mit großer Schonung, ablehnen, dagegen wie Württemberg und Baden auf erhöhte Bereitschaft antragen. Der Unterschied zwischen dem Schluß und dem Anfang unserer Konversation schien mir besonders dadurch herbeigeführt zu werden, daß ich alles aufbot, Herrn

---

[2]) Vgl. Bd. I S. 521.
[3]) König Ludwig war schwerhörig und wegen seiner überlauten Sprechweise bekannt.
[1]) Oberst Frey.

von Dalwigk einen entschiedenen Eindruck von der Entschlossenheit zu geben, mit welcher Preußen das Programm festhalten werde, welches sich in den Zirkulardepeschen vom 17. und 22. d. M. und in der von mir beim Bunde abzugebenden Erklärung niedergelegt findet. Die Ausmalung der Gefahren, welchen die deutschen Staaten bei dieser bundestreuen, aber durchaus entschiedenen Haltung Preußens durch einen Anschluß an Österreichs Pläne entgegengehen würden, machte ihm ersichtlichen Eindruck und führte zu der Frage, wie wohl die Sache zu redressieren sei, ohne Österreich offen zu verletzen.

S. K. H. der Großherzog empfingen mich um 1 Uhr, und fand ich dort einen günstigeren Boden und namentlich eine große Beunruhigung in betreff der Pläne Österreichs, welche sich aus der geheimen Depesche des Grafen Buol vom 14.[2]) entnehmen ließen. S. K. Hoheit gaben mir zu, daß die Lage der Dinge, wie sie sich seit dem 9. Dezember gestaltet habe, weder eine Mobilmachung, noch überhaupt eine Demonstration gegen Rußland rechtfertige, daß dergleichen, durch Steigerung der Ansprüche der Westmächte nur dem Frieden hinderlich werden könne und daß die Ernennung eines Oberfeldherrn ein höchst gefährliches und unzeitiges Experiment sei, auch wenn man nicht einen so mächtigen Herrn wie den Kaiser von Österreich dazu aussuche.

Die geheime Depesche vom 14. ist allen deutschen Regierungen und auch nach Paris mitgeteilt worden. Eine gestern eingegangene französische Depesche empfiehlt dem Gesandten Frankreichs, im Sinne dieser Forderungen Österreichs tätig zu sein. Von Dresden ist die geheime Depesche sofort ablehnend beantwortet worden. Von Darmstadt „wegen Truppen- und Geldmangel“ ebenfalls. Über die Auffassung berichtet der Legationsrat Wentzel. Kurhessen hoffte Herr von Dalwigk in einer Konferenz, die er heute mit dem hier anwesenden Herrn von Baumbach hat, zu gleicher Ablehnung zu bestimmen und dabei eine gemeinschaftliche Haltung beider Hessen in betreff der Bereithaltung des Kontingents zu erzielen. *Eine weitere Berichterstattung muß ich mir vorbehalten, da Herr von Baumbach sich eben bei mir melden läßt. Nur erlaube ich mir noch meinen Antrag auf Absendung eines besonderen Bevollmächtigten nach München, von wo auch Herr von Dalwigk Antwort erwartet, um so mehr zu erneuern, als Bayerns Haltung auch auf andere Regierungen von entscheidendem Einfluß ist. In tiefster Ehrfurcht verharre ich . . .

P. S. E. E. wollen mir gestatten, nachdem nunmehr S. K. H. der Großherzog von Hessen mir das Großkreuz des Ordens Philipps des Großmütigen verliehen haben, auf meinen frühern Antrag wegen Dekorierung des Herrn von Dalwigk zurückzukommen, indem dieser darauf gerechnet zu haben scheint und wohl auch darüber, daß seine Erwartung nicht erfüllt worden, verstimmt war.*

6. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

25. Januar 1855.

*E. E. habe ich gestern schon zu melden die Ehre gehabt, daß der kurhessische Minister von Baumbach mich besuchte. Ich fand denselben, nachdem er eine Konferenz mit Herrn von Dalwigk gehabt hatte, auch seinerseits gegen die Anträge auf Mobilmachung und auf Wahl eines Bundesfeldherrn, aber für eine erhöhte Kriegsbereitschaft der Kon-

[2]) Deren Inhalt vgl. Poschinger II S. 145 Anm. 2.

tingente gestimmt. In betreff des Herrn von Dalwigk sagte mir der bayerische Gesandte, daß er ihn gestern für die Ablehnung der österreichischen Anträge und für die Beschränkung auf Bereithaltung disponiert gefunden habe, während er früher zur Annahme der ersteren geneigt geschienen habe.

In der heutigen Sitzung habe ich die mir aufgetragene Vorlage verlesen, und ist dieselbe den vereinigten Ausschüssen überwiesen worden. Herr v. Prokesch verlas eine kurze Erwiderung, welche gemäßigt gehalten war. Er konstatierte durch dieselbe, daß das Kaiserl. Kabinett die Anerbietungen Rußlands schon am 7. Dezember zur Kenntnis der deutschen Regierungen gebracht und die letzteren seitdem von allen Vorgängen im Zusammenhange benachrichtigt habe. Im übrigen sei der Anfang der Friedensverhandlungen nicht mit deren Abschluß zu verwechseln und zur Sicherung des letzteren eine gemeinsame Kraftentwickelung Deutschlands nach der Ansicht des Kaiserl. Kabinettes erforderlich....

Der Großherzogl. badische Gesandte hat mir seine Instruktion heute mitgeteilt. Dieselbe ist gegen Mobilmachung, für Bereithaltung, geht aber auf die Wahl des Oberfeldherrn mit Ausdrücken von bedenklicher Unbestimmtheit ein. Es scheint überhaupt, daß viele Regierungen den darauf bezüglichen Teil der österreichischen Anträge, den ich gerade für den wichtigsten und gefährlichsten halte, sehr leicht nehmen. Auch gestern in Darmstadt fand ich dies bestätigt, und gelang es mir durch Hervorhebung der Gefahren, welche in der Machtvollkommenheit des Oberfeldherrn für die einzelnen Regierungen liegen, einen unverkennbaren Eindruck auf Herrn von Dalwigk, namentlich aber auf S. K. H. den Großherzog zu machen.

E. E. stelle ich g. anheim, gen. zu erwägen, ob es sich nicht empfehlen dürfte, die diesseitigen diplomatischen Agenten in Deutschland in vertraulicher Weise mit Vorstellungen zu beauftragen, durch welche die Gefahren des nunmehr vorliegenden österreichischen Antrages in ein helleres Licht gestellt werden.*

Bei meinen Kollegen habe ich insbesondere das Argument wirksam gefunden, daß eine in diesem Augenblick gegen Rußland zu richtende Demonstration die Anforderungen der Westmächte steigern und also die Wahrscheinlichkeit der Verständigung vermindern werde. Den übelsten Eindruck hat allerorten die geheime Depesche vom 14. c. gemacht. Mir scheint deren Erlaß ein unzweifelhafter Mißgriff des Grafen Buol zu sein. Wenn auch der Zweck vielleicht nur der gewesen ist, den Westmächten gegenüber den Eifer Österreichs zu bekunden, die deutschen Fürsten einzuschüchtern und ihnen anzudeuten, welche Zustände in Deutschland eine Ablehnung der österreichischen Anträge im Gefolge haben würde, so ist letzteres zwar einigermaßen erreicht worden, überwiegend aber wirkt das erregte Mißtrauen in die Bundestreue und Friedensliebe Österreichs dahin, daß man von Preußen Schutz für seine Rechte und Erhaltung der Bundesverfassung hofft. Österreich hat, wie mir eine hochgestellte Persönlichkeit sagte, den Pferdefuß gezeigt und den Beweis geliefert, wie notwendig es sei, das Wiener Kabinett auf dem betretenen Wege aufzuhalten, wie gefährlich, ihm zu folgen.

In betreff der Wahl des Oberfeldherrn habe ich mich gegen meine Kollegen vertraulich dahin ausgesprochen, daß nach § 45 der Grundzüge der Bundeskriegsverfassung, welche ein organisches Bundesgesetz bilden, diese Wahl erst dann stattfinden könne, wenn die Aufstellung des Kriegsheeres beschlossen werde. Man kann verschiedener Ansicht darüber sein, welches Stadium unter diesem Worte verstanden werden müsse; einige meiner Kollegen nehmen an, daß zur Aufstellung des Kriegsheeres, ebenso wie zur Kriegs-

erklärung selbst, eine Mehrheit von zwei Drittel erforderlich sei; ohne mich über diese Frage auszulassen, habe ich angedeutet, daß Preußen sich an einer Wahl vor dem verfassungsmäßigen Zeitpunkte nicht beteiligen und die Gültigkeit einer solchen nicht anerkennen werde. Einige Regierungen haben um deshalb Neigung, auf Anträge Österreichs einzugehen, weil sie von einer Ablehnung derselben einen Bruch im Bunde fürchten. Es läßt sich dieser Neigung nicht besser entgegentreten, als durch den Beweis, daß gerade die Annahme der Zumutungen Österreichs zum Bruch führen werde, indem Preußens Nachgiebigkeit ohne Zweifel ihr Ende erreicht habe. Der Gedanke an S. M. den Kaiser von Österreich selbst, als Oberfeldherrn, beängstigt offenbar alle Beteiligten und kommt unseren Bestrebungen zu Hilfe; bei den Mittelstaaten scheint man sein Augenmerk vorzugsweise auf den Prinzen Karl von Bayern noch immer zu richten, sei es für das ganze Bundesheer, sei es für das 7. bis 10. Armeekorps.

Meine Kollegen fangen übrigens an zu glauben, daß Österreich seine Anträge werde fallen lassen. Sie schließen dies unter andern Symptomen aus der zurückhaltenden Weise, in welcher Herr von Prokesch meine heutige Erklärung beantwortete, und aus dem Umstande, daß die auf gestern anstehende Beratung der Militärkommission vom General Schmerling ausgesetzt wurde. Genehmigen 2c.

7. Bericht vom 26. Januar 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. Preußens Erklärung in der orientalischen Frage. — Vgl. Poschinger II Nr. 81.

8. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Januar 1855.

E. E. beehre ich mich im Verfolg meiner g. Berichte von gestern und vorgestern anzuzeigen, daß die Instruktion für meinen bairischen Collegen demselben heut zugegangen ist. Sie besteht in der Abschrift einer von München nach Wien erlassenen Depesche, welche, wie der Minister Pfordten schreibt, E. E. gleichzeitig mitgetheilt worden ist. Telegraphisch erhielt Herr von Schrenk außerdem die Weisung, für den Fall, daß es zum Beschluß der „Bereithaltung" der Contingente kommen sollte, dieselbe nur aus der allgemeinen kritischen Lage Europas, nicht aus dem Zusatzartikel zu motiviren. Ich darf die Majorität gegen die Anträge Östreichs in den Ausschüssen nunmehr als gesichert annehmen, und habe mit Herrn von Schrenk und den Gesandten von Sachsen, Würtemberg und Mecklenburg unsre gemeinsame Haltung dahin verabredet, daß der Ausschuß pure ablehnt, den östreich. Antrag an die Bundesversammlung zu bringen, der Kais. Regirung vielmehr überläßt, dieß selbst zu thun. Es würde Herrn von Prokesch dadurch die Möglichkeit abgeschnitten, die Anträge als Minoritätsvotum von Östreich und Hanover dem Ausschußbericht einzuverleiben, wenn ein solcher etwa in dem vermittelnden Sinne von Baden erstattet würde. Von Hessen-Darmstadt nehme ich nach meiner Audienz beim Großherzoge an, daß es sich einem solchen östr. Minoritätsvotum nicht anschließen würde. S. K. H. war ganz erfüllt von dem beunruhigenden Gedanken an den Oberbefehl Sr. M. des Kaisers von Östreich. Er sagte: „Wäre der Gedanke nicht so verflucht gescheut, man wäre versucht,

ihn herzlich dumm zu nennen" und fügte mit einer Verbeugung gegen ein Bild des Kaisers Franz Joseph hinzu: „Kais. Majestät, nehmen's nicht übel, das könnte Ihnen gefallen, mit 25 Jahren eine Million Soldaten zu commandiren; wenn aber meine guten Hessen erst über die Grenze sind, wann würde ich sie wieder sehn? In Spanien waren sie 4 Jahr zur Zeit des Rheinbundes". S. K. H. spielte wiederholt auf Wallenstein an, und entließ mich mit den Worten: „Sie haben mir einen riesenhaften Floh ins Ohr gesetzt". *Ich habe Herrn von Schrenk gebeten, seine Instruction sogleich nach Darmstadt und Kassel und Wiesbaden mitzutheilen und zweifle ich nicht, daß bei den Dispositionen, in welchen die drei betreffenden Minister schon auf Nachricht über die Haltung Baierns warteten, die Natur dieser Instruction den Rest thun wird, um sie fest zu machen. Herr von Prokesch hat nach Wien um neue Weisungen geschrieben, von deren Inhalt es abhängen wird, ob und wann er den Ausschuß zur Verhandlung über seinen Antrag wieder beruft.*

... Nach dem Zeugniß meiner Collegen hat unsre Erklärung[1]) auf die Versammlung den allergünstigsten Eindruck gemacht und das Vertrauen zur Politik Preußens, namentlich zu dem Schutze, den die Bundesverfassung durch uns zu erwarten habe, wesentlich gesteigert. Alles kommt m. g. D. darauf an, die Überzeugung zu erwecken und zu stärken, daß wir fest bei unserm Programm bleiben. Nicht bloß das Vertrauen wirkt dann zu unsern Gunsten, sondern auch das stärkere Motiv der Furcht vor dem Zwiespalt in Deutschland; denn manche der Regirungen neigen nur deshalb zur Nachgiebigkeit gegen Östreich, weil sie glauben, auf dem Wege dem Bruch vorzubeugen, indem Preußen sich schließlich zum Einlenken werde bewegen lassen. Benehmen wir ihnen diese Meinung, so daß der Bruch auch dann in Aussicht steht, wenn Östreich seinen Willen bekommt, so werden sie mit uns arbeiten, Östreich aufzuhalten.

Nächst der geheimen Depesche vom 14. macht der anliegende Leitartikel der Postzeitung, weil er aus dem Bundespalais stammt, einen für Östreich sehr übeln Eindruck in den hiesigen Kreisen. In der That halte ich den Augenblick für nahe, wo die Verblendung des préfet du département du Danube, wie man Buol hier nennt, allen deutschen Regirungen zu arg wird.

Die Furcht vor Frankreich hat an den umliegenden Höfen sich im Vergleich mit vorigem Monat sehr gemindert. Man nimmt allgemein an, daß Frankreich nicht viel über 200 000 Mann in diesem Augenblick über die Grenze würde bringen können; dem hält man sich mit unsrer Hülfe gewachsen; und Östreich würde, wenn es mit Rußland anbindet, natürlich keinen Mann übrig haben, um Deutschland zu wallensteinisiren. Das sieht man ein, und ist von dem Schreck über den 2. Dezember etwas zurückgekommen.

Herr von Bülow, der mich eben verließ, versichert, daß man sich in Koppenhagen durch die Insinuationen der Westmächte über unsre Pläne mit dem Sund und Schleswig in seinem Vertrauen zu Preußen nicht irre machen lasse.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

9. Privatschreiben vom 2. Februar 1855 an Kriegsminister Graf v. Waldersee, betr. das Interesse Preußens an der Erbauung einer rechtsrheinischen Eisenbahn. — Vgl. Poschinger II Nr. 84.

[1]) Inhalt vgl. Poschinger II S. 147, Anm. 1.

10. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. Februar 1855.

E. E. habe ich das günstige Resultat der letzten Ausschußsitzung in der orientalischen Frage bereits anderweit gemeldet; ich schreibe dasselbe neben anderen Umständen vorzugsweise der festeren Haltung zu, welche Preußen vermöge der Erklärung vom 25. angenommen hat. Diejenigen meiner Kollegen, von welchen sich ein selbständiges politisches Urteil erwarten läßt, dringen wiederholt in mich, auf diesem Wege fortzufahren, von welchem sie sich die Ermutigung ihrer eigenen Regierung und die Steigerung des Vertrauens derselben zu der Festigkeit Preußens versprechen. Das Feld, auf welchem sich zunächst eine Gelegenheit hiezu bietet, wird die in diesen Tagen bevorstehende Debatte des Ausschusses über den an die Bundesversammlung zu erstattenden Bericht sein. Eine Erhöhung der Wehrhaftigkeit Deutschlands liegt im Interesse der einen so gut als der anderen Auffassung, und der letzte Beschluß unseres Ausschusses, sowie der entsprechende der Militärkommission, enthalten lediglich eine Anerkennung dieser Tatsache, ohne sich auf die Motive einzulassen. Dem Berichte an die Bundesversammlung aber wird eine Begründung beigefügt werden müssen, durch welche die Anträge erst ihren Stempel in dem einen oder andern Sinn erhalten werden. Von meinen Kollegen im Ausschuß waren schon bisher die von Sachsen, Württemberg und Mecklenburg bereit, jede andere Motivierung als diejenige auf Grund des Schutzes der Unabhängigkeit Deutschlands und der Unverletzbarkeit seiner Grenzen abzulehnen. In einer Zusammenkunft, welche gestern bei mir stattfand, haben wir auch Herrn von Schrenck für eine ziemlich gleichmäßige Ansicht schließlich gewonnen, und glaube ich somit, wenn nicht noch Schwankungen eintreten, die Majorität und den Referenten auf unserer Seite zu haben. Ich habe alles dasjenige, was ich gegen eine Motivierung, wie sie Österreich voraussichtlich versuchen wird, glaube sagen zu können, in der g. beigefügten Anlage zusammengestellt. Die gestern bei mir versammelten Herrn waren mit dem Inhalt der letzteren im allgemeinen einverstanden; wenn sie auch Bedenken trugen, schon jetzt auf Grund der Artikel 36 und 37 Österreich ein verfassungsmäßiges Einschreiten des Bundes in Aussicht zu stellen, so fanden sie es doch unzweifelhaft nützlich, Herrn von Prokesch das „Arsenal“ der gegen Österreich zu Gebote stehenden Artikel der Bundesverfassung im Laufe der Diskussion zu zeigen und mit einer derartigen Demonstration die österreichischen Einschüchterungsversuche zu erwidern. Meine Absicht ist auch nicht, die anliegende Piece in ihrer jetzigen Gestalt als Vortrag des Ausschusses in Vorschlag zu bringen, sondern dieselbe nur als einen Leitfaden für die Diskussion zu benutzen. Darüber aber bin ich mit meinen Kollegen einverstanden, daß das Referat sich formell und ausdrücklich an die preußische Erklärung in der Sitzung vom 25. anknüpft und sich derselben der Richtung und dem Sinne nach möglichst nähert.

Nach den gestrigen Äußerungen des Freiherrn von Schrenck möchte ich die Befürchtungen, welche Herr von Schulenburg in dem Münchener Bericht vom 24. v. M. in betreff des Anschlusses Bayerns an Österreich ausspricht, für übertrieben halten. Ich sehe auch eine Rechtfertigung dieser Besorgnis aus den innern Verlegenheiten des Herrn von der Pfordten, von welchen der Bericht handelt, nicht hervorgehen; denn es ist keineswegs anzunehmen, daß die dem Minister von der Pfordten widerstrebenden Elemente ihm gerade um deswillen entgegentreten, weil er sich nicht an der österreichischen Aktion gegen

Rußland beteiligen will. Selbst die ultramontane Partei in Bayern zerfällt in eine bayerische und eine österreichische Fraktion. Nur die letztere, an Kopfzahl, wenn man den liberalisierenden Katholizismus hinzurechnet, vielleicht stärkere, an Einfluß aber geringere, neigt zum Anschluß an Österreich. Hauptsächlich aber dürfte die dermalige Opposition der Kammern in den Geldfragen aus einer rein sachlichen Unzufriedenheit mit der bestehenden Finanzwirtschaft und einer aufrichtigen Besorgnis über das Schicksal der bewilligten Gelder sich herleiten.

Ich zweifele nicht, daß Bayern den Österreichern eine defensive Hilfe früher und entschlossener als wir zu leisten ein Interesse haben mag. Dagegen ist bisher — wie ich glaube — die Annahme nicht gerechtfertigt, daß Bayern sich den aggressiven Bestrebungen Österreichs unter dem Regime französischen Schutzes und Durchmarsches hinzugeben geneigt sei.

Am meisten scheinen die Einschüchterungen Österreichs und Frankreichs in Karlsruhe gewirkt zu haben. Herr von Savigny benachrichtigt mich zwar, daß der Minister von Rüdt ihm befriedigende Zusicherungen in betreff der Oberfeldherrnfrage gegeben habe. Damit harmoniert aber der Umstand nicht, daß der badische Militärbevollmächtigte[1]) nächst dem oldenburgischen Major Plathe der einzige ist, welcher sich dem österreichischen Minoritätsvotum auf Wahl des Oberfeldherrn in ausführlicher Motivierung angeschlossen hat. Ich füge die Separatvota aus der Militärkommission g. bei. Von dem niederländischen hätte ich gewünscht, daß Herr von Reitzenstein demselben beigetreten wäre, nachdem er selbst in der Tat einen Antrag in dieser Richtung gestellt hatte; ich werde bei den Ausschußverhandlungen darauf zurückkommen können. Der Vertreter Oldenburgs, dermalen stimmführend für das 10. Armeekorps, scheint sich, nach dem was über die Haltung der oldenburgischen, hannoverschen, dänischen und mecklenburgischen Regierung bekannt ist, lediglich die Ansichten Braunschweigs als maßgebend für das 10. Armeekorps angeeignet zu haben. Das Verfahren des badischen Bevollmächtigten hat alle Mitglieder der Militärkommission, auch den General von Schmerling, überrascht, und ist um so unmotivierter, als Baden, da es gegenwärtig die Stimme des 8. Armeekorps nicht führt, zur Abgabe eines Votums weder berufen noch berechtigt war.

Die Nachrichten über die Pläne Frankreichs in betreff eines Durchmarsches haben hier wesentlich dazu beigetragen, das Bedürfnis einer beschleunigten Rüstung einleuchtend zu machen, und wenn die desfallsigen Gerüchte Konsistenz gewinnen, so hoffen die südwestlichen Staaten, nach der Meinung ihrer hiesigen Vertreter, daß Preußen nicht säumen werde, seinerseits die Mobilmachung des 7., 8., 9. und der 3 preußischen Bundeskorps zu beantragen. Sollte die Drohung des Durchmarsches wirklich näher treten, so liegt meiner g. Überzeugung nach das einzige Mittel, weitere Komplikationen mit Frankreich zu vermeiden und Baden und Württemberg vor unwiderstehlicher Nötigung zu einem französischen Bündnis zu schützen, einzig und allein in einer schnellen und umfangreichen Truppenaufstellung gegen die französische Grenze. Der mindeste Zweifel an unserer festen Entschlossenheit, die deutschen Grenzen nötigenfalls mit Gewalt zu schützen, würde m. E. hinreichen, Frankreich in einer Weise dreist zu machen, daß die ferneren Komplikationen nicht ausbleiben könnten.

Am Schlusse kann ich den peinlichen Eindruck nicht unerwähnt lassen, den es hier im Auslande macht, wenn in einer Krisis, wie die jetzige, und nach der Haltung, die

[1]) Oberstleutnant und Flügeladjutant Seutter v. Lötzen.

Österreich gegen uns angenommen hat, preußische Blätter — wie die Spenersche und Kölner Zeitung — sich, sei es für Geld, sei es aus Parteizwecken, dazu hergeben, die Sache Österreichs gegen unsere eigene Regierung zu führen. Es würde, wie ich nicht zweifele, auch im Inlande bei allen Wohlgesinnten den günstigsten Eindruck machen, wenn einem so ehrlosen Mangel an Patriotismus das Handwerk gelegt würde. Genehmigen ꝛc.

11. Bericht vom 7. Februar 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Ablehnung des österreichischen Mobilmachungsantrages. Preußens Sieg über die österreichische Orientpolitik am Bunde. — Vgl. Poschinger II Nr. 87. Auf S. 159 Zeile 21 ist einzuschalten: Ich glaube diesen Erfolg der Hauptsache nach der Entschiedenheit zuschreiben zu sollen, mit welcher E. K. M. dem beunruhigenden Verhalten Österreichs gegenüber die Aufrechterhaltung der schützenden Institutionen des Bundes und die Durchführung einer den wahren deutschen Interessen entsprechenden Politik an allen deutschen Höfen befohlen haben.

12. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Februar 1855.

Bei Überreichung des anliegenden Immediatberichtes[1]) erlaube ich mir noch hinzuzufügen, daß Herr von Dalwigk mich so eben besucht und mir, in gleicher Weise wie gestern der Prinz Emil, seine Unzufriedenheit über Herrn von Münch aussprach, der nach allem, was er höre, sich durch persönliche Sympathie für Östreich zur Überschreitung seiner Instruction, oder doch zu andrer Auslegung habe verleiten lassen. Herr von Dalwigk will ihm heut eine neue und präcise Instruction geben und, um dieselbe zu besprechen, à la fortune du pot bei mir essen. Die Nachgiebigkeit Östreichs in den Ausschüssen wirkt auf die Stimmung der Anhänger Östreichs im Ganzen entmuthigend und günstig für uns. Sollte morgen schon die Abstimmung über den Ausschußbericht erfolgen, so glaube ich in E. E. Sinn zu handeln, wenn ich mich einer Motivirung des Votums in unserm Sinne enthalte, falls dasselbe von Herrn von Prokesch und seinen Freunden geschieht, da der Ausschußbericht für sich spricht. Sollte aber von Östreich versucht werden, den Sinn des Beschlusses durch motivirte Abstimmung zu alteriren, so würde ich den entsprechenden Gegenzug machen und meine Motive im Sinne unsrer Erklärung vom 25. v. M. ebenfalls zu Protokoll geben. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

13. Bericht vom 9. Februar 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die am 8. erfolgte Annahme der wegen Bereitstellung der Bundeskontingente gestellten Anträge. — Vgl. Poschinger II Nr. 89.

14. Bericht vom 10. Februar 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. Vgl. Poschinger II Nr. 90.

[1]) Vgl. Nr. 11.

15. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Februar 1855.

E. E. geehrtes Schreiben vom 5.[1]) ist mir über Cöln erst gestern zugegangen, und beeile ich mich, Hochdenselben meinen g. Dank für dasselbe auszudrücken. Unsre Schwäche für länger dauernde demonstrative Aufstellungen ist leider unzweifelhaft; wenn aber Frankreich wirklich Truppen in solcher Nähe und Stärke concentriren sollte, daß es damit Baden und Würtemberg überlaufen könnte, ehe Gegenmaßregeln möglich wären, so müßten wir doch in den sauern Apfel beißen, sonst bleibt den Staaten des 8. Armeecorps wirklich nichts übrig, als sich der douce violence zu ergeben, die in der Anwesenheit einer französischen Armee liegt; dann wäre eine Bresche im Bundesgebiet, vermöge deren auch Baiern zwischen Östreich und Frankreich sich unhaltbar fühlen würde. *Baiern hat zwar soviel Einwohner wie Preußen im siebenjährigen Kriege, und ein ehrgeiziger Monarch könnte bei einem Blick auf die Karte zu dem Glauben kommen, daß Würtemberg, Baden und Elsaß zur Vervollständigung des dermaligen Baiern prädestinirt seien. Aber es scheint kaum, daß das Feuer so kühnen Wagnisses zur Zeit in Baiern Brennstoff fände, höchstens in der Bock-Saison.* Die Südwestspitze ist eine Art Schlußstein des deutschen Gewölbes, dessen Fall von schwerer Bedeutung werden kann, und der der Stütze deshalb ebenso werth als bedürftig erscheint. Für das sicherste Mittel, französischen Demonstrationen und damit der Gefahr für das 8. deutsche Corps und den für uns unbequemen Consequenzen vorzubeugen, halte ich eine ruhige, aber sehr entschlossene Sprache Preußens, die gar keinen Zweifel darüber läßt, daß wir eine Concentration am Rhein sofort mit dem Antrage am Bunde beantworten würden, die bereitgestellten Contingente gegen Westen zusammenzuziehn, und daß unsre eignen Rüstungen am Rhein mit diesem Antrage, ohne Rücksicht auf seinen Erfolg, gleichzeitig ins Leben treten würden. Ich bin überzeugt, daß in Paris der G l a u b e an diese unsre Entschlossenheit im jetzigen Stadium mehr wirkt, als die Maßregeln selbst in einem spätern, und gelingt es uns, diesen Glauben bei Frankreich hervorzubringen, so sparen wir uns wahrscheinlich das Handeln.

Sehr interessant ist mir E. E. Eröffnung über Moustiers gute Quellen. Am Schluß der Zusammenkunft am 2. bei mir sagte Herr von Reinhart, genau mit den Worten, die E. E. schreiben: „Es ist sehr wohl angebracht, Herrn v. Prokesch vorläufig einen Blick in das Arsenal der Bundesverfassung thun zu lassen." In Reminiscenz hieran brauchte ich in meinem Bericht vom 3. das Wort „Arsenal", aber sonst eine andre Redewendung. Zwischen jener Aeußerung des würtembergischen Collegen und der Abfassung meines Berichtes habe ich mit Niemand über die Sache gesprochen. Hatte also Moustier schon gleich nach Eingang meines Berichtes diese Worte überkommen, so läßt sich fast mit Sicherheit annehmen, daß Reinhart seine eigne Redensart als Bericht über unsre Conferenz entweder durch Herrn von Tallenay oder direct an Moustier mitgetheilt hat. Reinhart hat bekanntlich nahe Verwandte in der französischen Diplomatie. Man könnte der Sache auf den Grund gehn, wenn ich Reinhart hier falsche Nachrichten aufbände und man zusähe, ob diese bei Moustier wieder auftauchen. Man könnte dann diesen Canal benutzen, um den Franzosen, ohne daß sie eine Absichtlichkeit bei uns voraussetzen, solche Nachrichten zukommen zu lassen, von denen wir wünschen, daß sie sie wissen oder doch g l a u b e n.

---

[1]) Abgedruckt: Anh. z. G. u. E. II 242 ff.

Wenn die französischen Absichten, Truppen durch Deutschland zu führen, practisch näher träten, so ist meine unvorgr. Ansicht die, daß man ihnen Marsch und Operationslinie durch Baden, Würtemberg pp. unter keinen Umständen gestatten kann, lieber das Bajonett fällen; denn es würde daraus ohne Zweifel bald die militärische Herrschaft Frankreichs in diesen Ländern, halb mit Liebe halb mit Gewalt, sich entwickeln, und der Bund wäre damit schon, als Gesammtheit, entamirt und paralysirt. Für den „Bund", für dieses Glashaus, in dem allein die Existenzen der meisten deutschen Staaten möglich bleiben, schlagen sie sich unter Umständen doch, wenn sich alles regel- und verfassungsmäßig dazu entwickelt. Die Bundesacte ist das Brett unter ihren Füßen auf der stürmischen See von Europa, sie klammern sich krampfhaft daran und fürchten nur, daß Preußen es selbst aus den Fugen stoßen könnte; von den Kleinen glaube ich in der That nicht, daß sie den Anfang machen, vom Buchstaben der Bundesverträge sich loszusagen oder ihm den Gehorsam zu verweigern. Wir sind daher auf einer mehr oder weniger neutralen Defensive sehr stark, wenn wir fortfahren, uns formell und sachlich correct auf dem Boden des Bundesrechtes zu halten *und dabei Baiern unter dem Mantel mit Wärme die Hand zu drücken. Denn Baiern könnte sich noch am ersten eine Schwimmkraft außerhalb der Bundesgaleere zutrauen, und sein Beispiel hat den entscheidendsten Einfluß auf die andern. Weniger entschieden als gegen einen Durchmarsch durch Baden würde mein g. votum in Betreff einer Aufnahme französischer Truppen in das deutsche Gebiet Oestreichs via Schweiz oder Italien ausfallen. Wenn Oestreich dazu schritte, ohne den Bund zu fragen, so läge darin eine Mißachtung des Bundes und seiner Verträge, welche dem Vertrauen zu Oestreich und seinem Einfluß in Deutschland nur noch nachtheiliger werden würden. Es kann sich fragen, ob und wie man einem solchen Präcedenzfall entgegenzutreten hätte, aus Interesse für das Bundesrecht. Materiell aber würde ich, auf den ersten Blick wenigstens, unsere Lage durch die Anwesenheit von 60 oder 80 000 Franzosen in Böhmen oder Mähren, noch weniger in Galizien, nicht für verschlimmert halten. Es scheint mir, daß Frankreich durch eine derartige Zersplitterung uns gegenüber militärisch nicht stärker wird; die Truppen, die in Oestreich stehn, fallen am Rhein aus und stehn mehr à portée unsrer Hauptstreitmacht aus den östlichen Provinzen, ohne dabei dieser an Zahl gewachsen zu sein. Dann aber liegt in einer solchen Constellation ein fast nothwendiger Keim der Zwietracht zwischen Oestreich und Frankreich. Erstres würde den Druck des westlichen Schutzherrn sehr deutlich und schnell fühlen, und die Franzosen sind noch niemals bescheidne Verbündete gewesen. In Deutschland aber würde Oestreichs Ansehn an dieser Rettung und diesem Bündniß lange kränkeln. Deshalb würde ich nicht glauben, daß es unser Beruf ist, diesen Plänen, wenn sie überhaupt ernstlich gemeint sind, entgegenzutreten; immer aber unter der Voraussetzung, daß die Französ. Armee ihre Verbindungslinie nicht direct durch Baiern und Schwaben, sondern nur durch Italien hat, also vorzugsweise auf die Hülfsquellen Oestreichs angewiesen bleibt. Ich kann aber an die ganze Sache noch nicht glauben und halte es für Demonstration gegen die deutschen Höfe; bleiben diese ruhig, und Oestreich führte den Plan dennoch aus, so glaube ich, daß es damit den dümmsten Streich seit 100 Jahren machte.*

Sobald das Protokoll vom 8. c. unterschrieben ist, denke ich, wird es an der Zeit sein, den Unterschied zwischen dem von Östreich gewollten und dem durch den Bund beschlossenen durch die Presse in helleres Licht zu setzen und schließlich den Antrag des Herrn von Prokesch vom 22. v. M. und den Beschluß vom 8. c. nebst beiderseitigen Motiven neben einander zu stellen. Genehmigen 2c.

16. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

12. Februar 1855.

Der vertrauliche Bericht des Prinzen Ysenburg vom 10 d. M.[1]) ist mir mit dem Erlaß vom 11. soeben zugegangen. Kurz vorher hatte ich den Besuch des Grafen Kielmansegge, welcher damit begann, sich lebhaft über die Verdächtigungen zu beklagen, deren Gegenstand die hannoversche Politik in der orientalischen Frage sei. Er nahm dabei besonders Bezug auf einen (von Österreich inspirierten) Artikel in hiesigen Blättern, nach welchem Herr von Stockhausen in Wien mit Instruktionen zum unbedingten Anschluß an Österreich und zur Verhandlung über eine Militärkonvention autorisiert sei. Er bat mich dringend, in denjenigen Blättern, auf welche ich Einfluß hätte, diesen Angaben zu widersprechen. Zugleich zeigte er mir ganz vertraulich die an Herrn von Stockhausen ergangene und noch heute gültige Instruktion, bat mich aber, darüber nicht nach Berlin zu berichten, weil er von seiner Regierung zu dieser Mitteilung nicht autorisiert sei. Herr v. Stockhausen wird in derselben lediglich auf die ihm abschriftlich mitgeteilte, für den Grafen Kielmansegge bestimmt gewesene Instruktion verwiesen, die inzwischen durch den Beschluß vom 8. ihre Erledigung gefunden hat. In derselben ist allerdings — wie es von unserm eigenen Standpunkt aus kaum anders hätte geschehen können — entwickelt, daß Österreich keinen Grund haben könne, einen Angriff Rußlands zu befürchten, daß es höchst unwahrscheinlich sei, daß Rußland im gegenwärtigen Augenblick aus eigenem Antriebe die Zahl seiner Feinde nicht nur um Österreich vermehren, sondern auch Preußen und Deutschland durch Herbeiführung des casus foederis herausfordern werde; daß ferner Österreich selbst erklärt habe, es werde sich nicht unter den Gegnern Rußlands befinden, wenn letzteres die vier Punkte ohne Vorbehalt annehme, diese Annahme aber sei am 28. November erfolgt, und die sich daran knüpfenden Aussichten auf Frieden könnten nur getrübt werden, wenn der Deutsche Bund gegenwärtig mit einer ostensibel gegen Rußland gerichteten Demonstration in die Verhandlungen eingreifen wollte. *Dagegen sei die Lage Europas derart, daß der Bund volle Veranlassung habe, sowohl zu seiner eigenen Sicherheit als zur Wahrung seiner Interessen und seiner Würde bei etwaiger Veränderung der europäischen Verträge sich besser als bisher zu rüsten. Aus diesem Grunde stimme Hannover nicht bloß für die Bereithaltung, sondern für die Mobilmachung derselben Kontingente.

Dieses Votum würde also in bezug auf das Maß der vorzunehmenden Rüstungen den Anträgen Österreichs, in betreff der richtigeren Motivierung aber der diesseitigen Auffassung entsprechen. Graf Kielmansegge bekräftigte mir mit seinem persönlichen Ehrenwort seine Überzeugung, daß diese Instruktion die Ansichten seiner Regierung noch heute richtig ausdrücke.*

In betreff der Oberfeldherrnfrage fügte er hinzu, daß man zu einer bestimmten Meinung noch nicht habe gelangen können, daß der König Georg zur Zeit, als über den Beitritt des Bundes zum Zusatzartikel vom 26. November verhandelt wurde, persönlich allerdings den General Heß im Auge gehabt, weil nur so Einheit in die Operationen der gesamten, durch das Bündnis vom 20. April verbundenen Körperschaft gebracht werden könne; diese Ansicht gehöre einer Zeit an, wo weder der Vertrag vom 2. Dezember, noch die geheime Depesche vom 14. bekannt gewesen sei. Jetzt aber scheine S. Majestät dem

[1]) Inhalt bei Poschinger II S. 166 Anm. 1.

bayerischen Plan eines abgesonderten Befehls für das 7. bis 10. Armeekorps geneigt zu sein und gegen einen österreichischen Oberfeldherrn wenigstens ebensoviel Bedenken zu haben, wie früher gegen einen preußischen.

Graf Kielmansegge sagte mir ferner, daß er von Sr. M. dem König Georg den ausdrücklichen Befehl habe, mir die Versicherung zu geben, daß Hannover an den Bundesverträgen unverbrüchlich festhalten werde, und wenn es schließlich auch mit Liechtenstein dabei allein bleiben sollte: S. Majestät würden den Verpflichtungen aus jenen Verträgen nach jeder Seite hin unter allen Umständen nachkommen. Sollte Deutschland von dem namenlosen Unglück einer Auflösung des Bundes betroffen werden, so würde Hannover schließlich eher bei England als bei Österreich Schutz und Beistand zu finden hoffen.

Nach meinem Urteil über die Persönlichkeit meines hannoverschen Kollegen setze ich in die subjektive Richtigkeit dessen, was er mir ohne Anlaß von meiner Seite, aber unter dem Siegel des engsten Vertrauens mitteilte, nicht den mindesten Zweifel.

Nach seinen Mitteilungen war man in Hannover über die Mission des General von Wedell und über die französisch-österreichischen Angaben in betreff des Erfolges dieser Sendung nicht ohne Unruhe, und war es mir lieb, diesem Mißtrauen auf Grund des von E. E. am 8. d. M. nach München gerichteten vertraulichen Erlasses mit Erfolg entgegentreten zu können. Über die Verfassungsfrage sprach Graf Kielmansegge vor der Hand nur oberflächlich und in dem Sinne, daß ein Bruch mit dem jetzigen System unvermeidlich und es für die Regierung auch namentlich aus diesem Grunde sehr erwünscht sei, vom Bunde zu einer stärkeren militärischen Machtentfaltung veranlaßt zu werden. Genehmigen 2c.

17. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. Februar 1855.

Die Zeitungsnachrichten über die Absicht des Kaisers der Franzosen, nach der Krim abzugehn, bilden hier seit gestern Abend den Gegenstand der Unterhaltung und finden bei den meisten Leuten Glauben, so fabelhaft sie klingen. Selbst Herr von Tallenay hält einen derartigen coup de tête dem Character des Kaisers nach nicht für unwahrscheinlich und hat aus verschiednen, seiner Meinung nach beachtenswerthen Quellen dieselbe Nachricht, welche hier zuerst durch den Geschäftsträger der freien Städte in Paris, Herrn Rumpf, her gelangte. Der General Niel soll nach Paris den Tag eines Schlages gegen Sebastopol gemeldet und den günstigen Erfolg als wahrscheinlich bezeichnet haben; den Ruhm desselben soll der Kaiser mit veni vidi vici pflücken und 14 Tage nach seiner Abreise wieder in Paris sein, da Hamelin ihn in 5 Tagen von Marseille nach der Krim fahren will. Regiren sollen inzwischen Graf Morny im Civil-, General Vaillant im Kriegswesen, beide unter dem alten Jérôme. So erzählt man hier. Prokesch und die Börse sind gleichmäßig beunruhigt und sagen, Louis Napoleon solle zu Hause bleiben und sein Land regiren, nicht aber seine 2 Augen muthwillig in Gefahr bringen. Wenn etwas an der Sache ist, so fürchte ich weniger französische Unruhen während der Abwesenheit des Kaisers, oder russische Kugeln für seine Person, als daß er sich bei einem mißlingenden Unternehmen betheiligen und dadurch für Fortsetzung des Krieges engagirt werden könne. Man sagt hier auch, der Kaiser Nikolaus sei ebenfalls unterwegs nach der Krim, und beide Monarchen würden sich dort sehn und umarmen.

Eine andre Nachricht, die Rumpf hierher gemeldet hat, ist die, daß in Paris ein von Olberg unter Usedoms Leitung redigirter Vertrag zwischen uns und Frankreich von dem Pariser Cabinet gebilligt worden sei und die Ratification aus Berlin verordnet werde. Rumpf behauptet, dieß ganz sicher zu wissen, und meine Collegen waren gestern nicht wenig über die Nachricht beunruhigt. Ich habe ihr, im Sinne der letzten mir zugegangnen vertraulichen Erlasse (vom 10. c.[1])), decidirt widersprochen. Herr von Larisch kam gestern hier an, um die Altenburger Sache zu betreiben. Ich kann nicht läugnen, daß es mich einigermaßen verletzt hat, zu sehn, daß ein Landsmann und ein so alter Bekannter von mir, wie er ist, sich mit seinem Anliegen zuerst an das Präsidium und nicht an den Preuß. Gesandten gewendet hat. Ehe er auch nur versucht hatte, sich mit mir in Verbindung zu setzen, konnte mir Prokesch schon mittheilen, was er mit ihm verabredet habe und wie die Sache beim Bunde zu behandeln sein werde. Auch in der orientalischen Politik weiß mein College von der Potsdamer Regirung für Preußen keinen andern Rath, als vollständigen Anschluß an Östreich, und spricht sich in dem Sinne hier aus, mit der Besorgniß, Östreich werde Altenburg an Sachsen schenken, wenn Altenburg nicht mit Östreich stimme. Warum fürchtet man nicht Ähnliches von Seiten Preußens, wenn man doch auf allgemeine Auflösung des Rechtsbestandes calculirt? Ich möchte E. E. ehrerbietigst anheimstellen, die Autorität des Oheims zu benutzen, um dem Herrn Neffen das preußische Bewußtsein neu zu beleben. Ich will ihm eben meinen Gegenbesuch machen und das Meinige auch zu jenem Zwecke thun. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau in Unterthänigkeit zu empfehlen verharre ich . . .

18. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Diktat.]

22. Februar 1855.

In der heutigen Sitzung gab Herr von Prokesch im Namen Österreichs die durch den Beschluß vom 8. d. M. I 2 erforderte Anzeige über die zum Vollzug des Beschlusses getroffenen Maßregeln; er that dies mit einer Erklärung, durch welche die Ausführung des Beschlusses vom 8. d. M. als zur Erfüllung der durch die Beschlüsse vom 24. Juli und 9. Dezember übernommenen Defensiv-Verbindlichkeit gegen russische Angriffe bestimmt bezeichnet wurde. Es liegt hierin der Versuch, dem Beschluß vom 8. die einseitige Auslegung im Sinne der ursprünglich österreichischen Mobilmachungsanträge zu geben und die Bedeutung der Motivierung des Ausschußvortrages zu beseitigen. Herr von Prokesch beantragte, seine Erklärung direkt an die Militärkommission zu überweisen. Da die Motivierung des Beschlusses vom 8. aus dem Zusatzartikel des Bündnisses vom 20. April der diesseitigen Auffassung direkt zuwiderläuft, so glaubte ich, das Verfahren des Herrn von Prokesch nicht mit Stillschweigen übergehen zu können, sondern behielt mir eine Gegenerklärung vor, um den Beschluß vom 8. vor einseitiger und unrichtiger Deutung sicherzustellen. Zugleich beantragte ich, mit Rücksicht auf die bezeichnete Tendenz der österreichischen Erklärung, die letztere nicht an die Militärkommission, sondern an die vereinigten Ausschüsse abzugeben, welche dann erwägen würden, ob das politische Moment, welches neben der militärischen Anzeige den Inhalt der österreichischen Erklärung bilde, zu einem weiteren Vortrag an die Bundesversammlung Anlaß gebe. Herr von Prokesch

[1]) Inhalt bzw. Wortlaut vgl. Poschinger IV S. 233 Anm. 7.

bestand darauf, daß sein Vortrag ohne weitere Diskussion an die Militärkommission zu gehen habe, und nach längerer, von seiner Seite mit großer Erregtheit geführter Erörterung mußte die Frage durch Abstimmung entschieden werden. Nachdem bei dieser Bayern, Sachsen und Hannover unter mehrmals erneuerter Diskussion sich für meine Auffassung entschieden hatten, unterbrach Herr von Prokesch die Abstimmung mit der Erklärung, daß er die Vorlage an die vereinigten Ausschüsse abgeben werde, ein Verfahren, welches denjenigen Gesandten, die noch nicht gestimmt hatten, den Eindruck einer Geringschätzung machte. Überhaupt waren meine Kollegen sehr unangenehm berührt von der Rücksichtslosigkeit, mit der Östreich dem Beschluß vom 8. eine die motivierten Anschauungen der Majorität so gänzlich mißachtende Erklärung zu Protokoll gab.[1]) Eine Gegenerklärung könnte ich erst dann formulieren, wenn ich den Wortlaut der österreichischen vor mir habe, und würde ich dieselbe auf eine kurze Bezugnahme auf die Motive des Beschlusses vom 8. d. M. beschränken. Soll ich solche ganz unterlassen, so würde ich um eine telegraphische Weisung bis übermorgen früh g. g. bitten. Ich erlaube mir aber ehrerbietig zu bemerken, daß ein stillschweigendes Hinnehmen der österreichischen Auslegung bei den übrigen Bundesstaaten Zweifel an der Fortdauer der Entschiedenheit hervorrufen würde, mit welcher wir uns bisher einer Motivierung der beschlossenen militärischen Maßregeln aus dem Bündnis vom 20. April und seinem Zusatzartikel widersetzt haben.

Die mit stets größerer Bestimmtheit auftretenden Zeitungsnachrichten über den Abschluß eines Vertrages zwischen Preußen und Frankreich veranlassen vielfache besorgte Anfragen meiner Kollegen bei mir, denen gegenüber ich die Tatsache eines solchen Abschlusses, gestützt auf E. E. geneigte Mitteilung vom 10., entschieden in Abrede stelle.

Seit einigen Tagen zirkuliert hier das Gerücht, Herr von Prokesch werde zu den Konferenzen nach Wien gehen und hier durch den Grafen Rechberg vorläufig ersetzt werden. *Den Bericht des Prinzen Ysenburg vom 17. habe ich mit E. E. geneigtem Schreiben vom 21. heute erhalten. So gern ich auch glaube, daß Hannover ceteris paribus lieber mit Österreich als mit uns geht, so halte ich doch jede Kombination für ganz unwahrscheinlich, bei welcher Hannover dieser Vorliebe auf Kosten des Bestandes der Bundesverfassung zu genügen hätte. Ich glaube, daß bei wenig deutschen Regierungen die besorgliche Abneigung gegen ein Fallenlassen des formellen Bundesrechtes stärker ist, als gerade bei Hannover, und wenn Herr v. Türkheim sich wesentliche Erfolge von Hindeutungen auf das Zerfallen des Bundes in Hannover verspricht, so möchte ich ihn für einen mehr strebsamen als besonnenen Diplomaten halten.*

Genehmigen 2c.

19. Bericht vom 22. Februar 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Rastatter Besatzungsfrage, Verbesserung der militärischen Stellung Preußens in Mainz und kriegsmäßige Verstärkung der Bundesfestungs-Besatzungen. — Vgl. Poschinger II Nr. 94.

20. Schreiben vom 27. Februar 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ersetzung des Freiherrn v. Prokesch durch den Grafen Rechberg und österreichisch-französische Einschüchterungsversuche. — Vgl. Poschinger II Nr. 95 (gekürzt).

---

[1]) So die Vorlage.

21. **Schreiben vom 28. Februar 1855 an Minister v. Manteuffel**, betr. eine russische und österreichische Zirkulardepesche und eine Berichtigung der letzteren. — Vgl. Poschinger II Nr. 96. Am Schluß des vorletzten Absatzes ist folgende Stelle weggeblieben: Schon in der Sitzung selbst gab mir Herr v. Prokesch durch wiederholtes entstellendes Resümieren meiner Ansichten Veranlassung, dieselben mehrmals genau zu präzisieren und ihn zu bitten, meine Worte genau zu beachten, damit er nicht in den Fall käme, irrtümliche Mitteilungen über den Inhalt derselben zu machen.

22. **Bericht vom 28. Februar 1855 an Minister v. Manteuffel**, betr. den Personenwechsel im Bundespräsidium. — Vgl. Poschinger II Nr. 97.

23. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Februar 1855.

E. E. sage ich meinen tiefgefühlten Dank für die eben so wohlwollende, als energische Apologie, mit welcher Hochdieselben mich gegen die Insinuationen der Depesche des Grafen Buol vom 20. in Schutz genommen haben.[1]) Es ist in der That ein eigenthümliches Verlangen, daß ich mich in meiner Stellung zu besonderem Wohlwollen für die dermalige Politik Östreichs angeregt fühlen soll. Es ist für jeden angenehmer, seinen Dienst in Frieden thun zu können, aber es ist nur das Wiener Cabinet selbst, welches dem Vertreter Preußens die unwillkommene Pflicht auferlegt, in fortwährend wachsamer Opposition offnen und verdeckten Übergriffen in der Bundespolitik entgegen zu treten. Ich war gewiß kein principieller Gegner Östreichs, als ich herkam vor 4 Jahren, aber ich hätte jeden Tropfen Preußischen Blutes verläugnen müssen, wenn ich mir eine auch nur mäßige Vorliebe für das Östreich, wie seine gegenwärtigen Machthaber es verstehn, hätte bewahren wollen. Daß mir dabei, und besonders außer Dienst, nicht selten mehr Ruhe und Zurückhaltung zu wünschen wäre, sieht niemand deutlicher ein als ich selbst, und in diesem Bewußtsein erfüllt mich E. E. nachsichtige Beurtheilung mit der lebhaftesten Dankbarkeit.

Der Abgang des Herrn von Prokesch erfüllt alle Leute hier mit Freude, nur ihn und mich nicht; ich halte Rechberg für eben so schlimm in seiner politischen Richtung, und dabei für geschickter und energischer. Selbst die fremden Gesandten freuen sich, Prokesch los zu werden; der englische spricht es unverholen aus, der französische ist zu vorsichtig dazu, denkt aber ebenso. Prokesch selbst ist sehr verstimmt über diesen Wechsel, und wenn er auch wirklich wieder herkommen sollte, so betrachtet er doch mit Recht die Stelle eines zweiten Bevollmächtigten an dem Orte, wo die Regirung selbst ihren Sitz hat, als eine capitis deminutio. Ich verstehe übrigens nicht recht die Absicht, welche Östreich mit der Ernennung eines „Stellvertreters“ verbindet, wenn es nicht darauf hinaus soll, schließlich beide hier zu behalten, einen Präsidenten und einen Gesandten. Wenn man bloß das Präsidium nicht aus der Hand geben will, und dabei nur den gegenwärtigen Umständen Rechnung trägt, so brauchte man dazu das bedenk-

[1]) Vgl. Poschinger II S. 176 Anm. 1.

liche Feld einer Neuerung nicht zu betreten, sondern konnte einfach mit Recreditiven und Accredi[ti]ven wechseln; der Bogen Papier zu einer solchen Vollmacht kostet ja nicht mehr als ein andrer. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin angelegentlichst zu empfehlen verharre ich . . .

24. Bericht vom 1. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. den Personenwechsel in der Bundespräsidialgesandtschaft. — Vgl. Poschinger II Nr. 99.

25. Bericht vom 2. März 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Haltung der russischen Diplomatie in Deutschland. — Vgl. Poschinger II Nr. 100.

26. Bericht vom 2. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Neutralität der Schweiz bei den orientalischen Verwickelungen. — Vgl. Poschinger II Nr. 101. Hinter „besonnen" auf der letzten Zeile S. 183 fehlt: „und weitsichtig".

27. Bericht vom 5. März 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Einführung des Grafen Rechberg in die Bundesversammlung. Seine Wahl in die Ausschüsse. Erste Unterredung Bismarcks mit ihm. — Vgl. Poschinger II Nr. 102.

28. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. März 1855.

E. E. erlaube ich mir in der Anlage Abschrift eines Briefes g. zu überreichen, den ein mir persönlich befreundeter Landedelmann aus dem Darmstädtischen an mich gerichtet hat.[1]) In derselben Auffassung, von der der Verfasser ausgeht, sprach mir gestern Herr von Dalwigk, der mich auf Befehl Sr. K. H. des Großherzogs besuchte, um mir die endlich vom Grafen Görtz über dessen Heimkehr aus Italien eingegangenen Nachrichten mitzuteilen. Derselbe ist danach durch den leidenden Zustand der Gräfin zu einem längeren Aufenthalt in Süditalien, als in seiner Absicht lag, genötigt worden, und wird er nach der Meinung der Ärzte erst mit Eintritt der wärmeren Jahreszeit nach Deutschland zurückkehren dürfen, so daß er nicht vor Juni wird in Berlin sein können.

Herr von Dalwigk sagte mir, wie unangenehm es dem Großherzog sei, daß diese nicht vorhergesehene Zögerung in der Rückkehr des Grafen eintrete, und wie S. K. H. gern bereit seien, zum Behuf einer früheren Herstellung der regelmäßigen diplomatischen Beziehungen jedes Arrangement zu treffen, welches Sr. M. dem König genehm sein werde.

Ich weiß nicht, ob es den Ah. Intentionen S. M. entspricht, vor der Rückkehr des Grafen Görtz zu einem anderweiten Auskunftsmittel zur Herstellung einer geregelten Vertretung die Hand zu bieten. Wenn es der Fall wäre, so könnte ich bei Herrn von

[1]) Vgl. Auszug daraus bei Poschinger II 185 Anm. 2.

Dalwigk vertraulich in Anregung bringen, daß ein Gr. Gesandter lediglich zum Zwecke der Wiederanknüpfung nach Berlin ginge und demnächst dort einen Geschäftsträger bis zum Eintreffen des Grafen Görtz zurückließe. Ich zweifle nicht, daß man in Darmstadt dieses Auskunftsmittel bereitwillig ergreifen würde, und stelle E. E. g. g. anheim, mich ev. zu vertraulicher Einleitung der erforderlichen Schritte zu autorisieren. Mit ausgezeichnetster Hochachtung . . .

29. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. März 1855.

E. E. geehrten vertraulichen Erlaß vom 4. d.[1]) nebst dem Bericht des Prinzen Ysenburg vom 2. habe ich gestern erhalten. Um von Herrn von Schrenck etwas Näheres über etwaige Verhandlungen zwischen München und Wien zu erfahren, habe ich gegen denselben die Besorgnis geäußert, daß einige Agenten Österreichs bemüht seien, Mißtrauen zwischen dem Münchener und unserem Kabinett zu erregen, indem sie sich das Ansehen gäben, als ob geheime und namentlich in Berlin unbekannte Separatverhandlungen zwischen Österreich und Bayern geführt würden. Herr von Schrenck hat mir darauf die Mitteilungen gezeigt, welche er von München über den Stand der Oberfeldherrnfrage erhalten hat. Dieselben schließen mit einem Erlaß des Ministers von der Pfordten vom 18. v. M., in welchem Herr von Schrenck benachrichtigt wird, daß man, wie in Berlin, so auch in Wien der Errichtung eines dreiteiligen Oberbefehls in dem Sinne, wie er von Bayern angeregt sei, nicht abgeneigt zu sein scheine. Herr von Schrenck erhielt infolgedessen den Auftrag, diesen Plan bei den Höfen von Kassel, Darmstadt und Wiesbaden, wo er beglaubigt ist, zu befürworten. Seine desfallsigen Bemühungen haben, wie er mir sagt, in Darmstadt und Wiesbaden Gehör gefunden. Er hält es für unmöglich, daß man inzwischen in München eine veränderte Basis für die Behandlung der Sache angenommen habe, da man ihn seine Verhandlungen, über deren Abschluß er noch nicht nach München berichtet habe, auf der früheren Grundlage fortsetzen lasse. *Die ablehnende Antwort von Kassel sei ihm erst vorgestern zugegangen und stütze sich in ihren Motiven auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Leitung des Bundesheeres und auf die Überzeugung, daß Preußen und Österreich ihre Truppen einem gemeinsamen Oberbefehl nicht würden entziehen wollen. Jemand aus der nächsten Umgebung S. K. H. des Kurfürsten sagt mir, daß die Weigerung der kf. Regierung vorzugsweise aus der Besorgnis hervorgegangen sei, daß ein bayerischer Feldherr sich entweder von dem dominierenden Einfluß eines der beiden Großstaaten nicht werde freihalten können, oder daß Bayern in einer mächtigen Stellung zwischen Preußen und Österreich eine bedenkliche Rolle werde spielen wollen.*

Die neueste Nachricht, welche Herr von Schrenck in der fraglichen Angelegenheit hatte, war ihm durch Herrn von Prokesch mitgeteilt worden; nach dieser liege es gegenwärtig in der Absicht Österreichs, auf ein dreiteiliges Kommando in dem Sinne einzugehen, daß gewissermaßen das Kollegium der drei Kommandierenden die einheitliche Spitze der gesamten Bundesarmee bilde, und daß der österreichische Kommandierende das Präsidium dieses Kollegiums führen solle. Über die Ausdehnung der Attribute, mit welchen ein solches Präsidium gedacht werde, und über die Aufnahme dieses Planes in München

[1]) Inhalt vgl. Poschinger II S. 186 Anm. 2.

wußte Herr von Schrenck noch nichts Näheres. Er versicherte mir, daß seiner Überzeugung nach Verhandlungen, die zu einer Separatverständigung Bayerns mit Österreich führen könnten, durchaus nicht stattfinden, und ich glaube an die Aufrichtigkeit dieser seiner Überzeugung. . . . *Einer meiner Freunde in Hannover, der den dortigen höchsten Kreisen nahesteht und der gegen mich unzweifelhaft aufrichtig ist, schreibt mir, daß er ungeachtet „mancher Wunderlichkeiten des Herrn von Lütcken die Überzeugung von der vollen Loyalität seiner Regierung gegen die unserige habe und daß die gesamte konservative Partei (worunter der Briefsteller die ritterschaftliche versteht) im Anschluß an Preußen einzig ihr Heil suche“. Über den Umstand, daß nicht regelmäßig ein preußischer Gesandter in Hannover anwesend sei, beklagt sich mein Freund mit Lebhaftigkeit.*

30. Bericht vom 9. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die hannoversche Verfassungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 197 ff.

31. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.[1]]

12. März 1855.

Wie ich höre, ist der Generalleutnant von Wedell vergangenen Freitag hier durchgereist und bei der Gelegenheit mit dem Gr. hessischen Gesandten Freiherrn von Münch von hier nach Darmstadt gefahren. Ich weiß nicht, ob Herr von Münch den Inhalt seiner gelegentlichen Konversation mit Herrn von Wedell im Sinne des letzteren aufgefaßt hat und wiedergibt; gewiß ist aber, daß dasjenige, was er meinen andern Kollegen darüber mitteilt, bei diesen die Meinung hervorruft, daß ein Abschluß zwischen Preußen und Frankreich nahe bevorstehe. Der General von Wedell soll gesagt haben, daß er in dieser aus seinen Instruktionen geschöpften Hoffnung nach Paris gehe. Die österreichische Agitation bemächtigt sich dieses Umstandes, um von neuem die Befürchtungen der Mittelstaaten vor einem Separatabschlusse Preußens mit Frankreich rege zu machen und davor zu warnen, daß man sich ohne allen Zweck die Feindschaft Österreichs und Frankreichs zuziehe, indem man in einer von Preußen selbst aufgegebenen Position verharre. Aus Karlsruhe und aus Darmstadt höre ich, daß die französische und österreichische Diplomatie ihre Einschüchterungsversuche in gegenseitiger Unterstützung fortsetzen. Wenn dabei das Projekt des französischen Durchmarsches in den Vordergrund gestellt wird, so kann ich mir kaum denken, daß Österreich ernstlich gewillt ist, dasselbe zur Ausführung kommen zu lassen, glaube vielmehr, daß die Drohung mit demselben nur als Mittel benutzt wird, den Anschluß an den Schutz Österreichs zu erzielen, um schließlich am Bunde über die eingeschüchterten Stimmen disponieren zu können. In dieselbe Kategorie rechne ich die österreichischen Andeutungen über die baldige Auflösung des Bundes. Es scheint mir nicht glaublich, daß man in Wien es zum Bruch mit dem Bunde wirklich kommen läßt, wohl aber, daß man auf dem Boden der formellen Bundesgesetze schließlich zum Siege über uns in Gestalt eines österreichischen Majoritätsbeschlusses zu gelangen hofft und die einzelnen Regierungen zu diesem Zwecke bearbeitet, indem man jede andere Eventualität als unzer-

[1]) Poschinger II Nr. 105 hat eine Zitelmannsche, im Eingang abweichende Niederschrift ...: Gesandtschaftsarchiv als Vorlage benutzt.

trennlich von Gefahren und Katastrophen erscheinen läßt und jede einzelne Regierung glauben macht, daß man sich mit andern Höfen in geheimen und weit vorgeschrittenen Separatverhandlungen befinde. Augenblicklich ist die Tätigkeit des Wiener Kabinettes offenbar dahin gerichtet, dem Beschluß vom 8. Februar die einseitige österreichische Deutung unterzuschieben, alles, was dem entgegensteht und die Meinung Preußens und der Majorität ausdrückt, zu ignorieren und demnächst auf diesem Fundament, wenn die Umgestaltung desselben gelingt, weiterzubauen.

Bei diesem Kampfe um die Auslegung des Beschlusses ist Österreich dadurch im Vorteil, daß es positiv nach seiner Seite hin vorgeht. Wir würden dem m. u. E. nur dann mit Erfolg entgegenwirken können, wenn wir uns nicht auf die bloße Verneinung der Suggestionen Österreichs beschränken, sondern denselben mit Hervorhebung der Kehrseite des Beschlusses entgegentreten. Ich vermag zwar von meinem Standpunkte nicht zu ermessen, inwieweit unsere gegenwärtigen Beziehungen zu Frankreich dies ratsam machen oder gestatten. Unverkennbar aber ist, daß die Entschiedenheit, mit welcher Frankreich von einem Durchmarsch ohne Preußens Zustimmung an einzelnen Höfen spricht, die Sicherheit, mit welcher Österreich seine Auslegung des Beschlusses vom 8. Februar als die allein maßgebende hinstellt, und die bisher unbeachteten Vorbereitungen zur Aufstellung der französischen Ostarmee den Eindruck begünstigen, als werde Preußen die bisher von ihm behauptete Stellung stillschweigend oder durch einen Vertrag mit den Westmächten aufgeben. Nur durch ein bestimmtes und offizielles Auftreten im entgegengesetzten Sinne würde sich dieser Eindruck neutralisieren lassen. Ich kenne die Stärke der disponiblen französischen Truppen und deren Stellung nicht, aber nach den mir vorliegenden Nachrichten haben die Eisenbahnen, welche bei Paris verbunden sind, erheblich über 3000 Personen- und 16 000 Güterwagen, von denen die ersteren 120 000 Menschen, die andern das dazu gehörige Kriegsmaterial gleichzeitig transportieren können. Wenn hiermit die Möglichkeit gegeben ist, die schon in der Nähe des Rheins stehenden Truppen in ein oder zwei Tagen zu einer bedeutenden und in den Arsenalen von Straßburg und Metz leicht auszurüstenden Armee zu verstärken, so fürchte ich zwar nicht, daß eine solche dazu dienen werde, uns ohne weiteres zu überfallen; sehr leicht aber kann sie dazu dienen, eine Stellung einzunehmen, bei welcher die Staaten des 8. Armeekorps zweifellos einsehen, daß nötigenfalls überlegene französische Truppenmassen ihre Länder schneller besetzen, als Bundestruppen zu deren Schutz herbeieilen können. Von diesem Augenblicke an läßt sich mit Sicherheit erwarten, daß die Entschließungen dieser Staaten in und außerhalb der Bundesversammlung von jeder Sorge um deutsche Interessen ganz unabhängig sein werden. Wenn nicht die Auflösung des Bundes, so würde doch die unbedingte Unterwerfung der Mehrheit seiner Stimmen unter den vereinten Willen Frankreichs und Österreichs aus einem solchen Zustande folgen. E. E. höherem Ermessen erlaube ich mir daher die Frage g. g. zu unterbreiten, ob nicht entweder auf diplomatischem Wege etwas geschehen kann, um die deutschen Regierungen über das, was wir von Frankreich zu erwarten haben, aufzuklären und zu beruhigen, oder ob es an der Zeit ist, am Bunde Maßregeln in Anregung zu bringen, durch welche jene Beruhigung nötigenfalls tatsächlich sichergestellt werden könnte. *Eine offiziöse österreichische Korrespondenz in der Indépendance belge spricht von Anträgen, welche ich zur Armierung der Bundesfestungen gestellt und welche Herr von Prokesch zurückgewiesen hätte. Sogar eine angebliche österreichische Zirkulardepesche vom 28. vorigen Monats soll ähnliche Behauptungen enthalten. Daß Anträge in dieser Richtung von uns nicht gestellt sind, ist E. E. bekannt, aber nicht einmal im vertraulichen Gespräche sind der-

artige Andeutungen von mir gemacht worden. Das einzige, was Verwandtschaft damit hat, ist meine von Herrn von Prokesch provozierte Erklärung in der Sitzung vom 22. vorigen Monats. Das hier g. beigefügte Separatvotum in den Ausschußverhandlungen über die Kriegsbesatzung von Rastatt habe ich absichtlich verzögert, um es nicht mit der Erklärung vom 22. koinzidieren zu lassen. Dasselbe ist erst gestern aus meinen Händen gekommen und bezieht sich außerdem nur auf die Kriegsbereitschaft der Truppen, nicht auf die Armierung der Festungen. Andererseits habe ich mich indessen nicht für berufen gehalten, einen Anlaß zur Widerlegung jener österreichischen Insinuationen bei meinen Kollegen oder in der Presse aufzusuchen, indem ich von der Ansicht ausging, daß es lediglich von der Natur und dem Erfolge der neusten Sendung des Herrn von Wedell abhinge, ob ich demnächst von E. E. den Auftrag erhalte, einen Antrag auf Erhöhung des Verteidigungszustandes der Bundesfestungen und des Bundesgebietes vorzubereiten.*

Wenn der jetzige Zustand der Ungewißheit, wie er namentlich seit dem Thronwechsel in Petersburg[2]) auf den deutschen Verhältnissen liegt, längere Zeit anhält, so fürchte ich davon eine zunehmende Schwächung unserer Stellung am Bunde, und nur durch entschiedene Gegenwirkung von unserer Seite läßt sich m. E. den Fortschritten ein Ziel setzen, welche die österreichisch-französischen Drohungen und Intrigen unter der Gunst der Unklarheit der gegenwärtigen Situation an den süd- und mitteldeutschen Höfen machen.

Genehmigen 2c.

*32. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

13. März 1855. Mittags 12 Uhr.

In der Sitzung übermorgen werden von den meisten, wenn nicht von allen Regierungen die Erklärungen auf den Bundesbeschluß vom 8. Februar über die Bereitschaft der Kontingente abgegeben. Da ich noch keine Instruktion habe, stelle ich anheim, ob ich solche vielleicht noch bis Donnerstag[1]) erhalten kann.

33. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. März 1855.

E. E. erlaube ich mir mit Rücksicht auf die durch vertrauliche Mitteilung eines meiner Kollegen zu meiner Kenntnis gelangte österreichische Zirkulardepesche vom 28. v. M. nachstehendes g. g. vorzutragen:

Die Depesche enthält mehrere faktisch unrichtige Angaben.

Zuvörderst hat der K. Militärbevollmächtigte bekanntlich nicht den Antrag gestellt, „die Bundesversammlung möge beschließen, daß die Bereitstellung der Kontingente innerhalb des Bundesgebietes stattzufinden habe,“ und sind die „Bundesbehörden“ daher auch gar nicht in dem Falle gewesen, erkennen zu lassen, ob ein derartiger Antrag bei ihnen Anklang gefunden hätte. Der General von Reitzenstein hat vielmehr, lediglich als eine selbstverständliche Konsequenz des zu fassenden Beschlusses, die Ansicht aufgestellt, daß die

---

[2]) Kaiser Nikolaus I. war am 2. März 1855 gestorben.
[1]) 15. März.

Bereitstellung innerhalb der Grenzen des Bundesgebietes stattfinden werde. An und für sich scheint es unzweifelhaft, daß Truppen, welche dem Bunde zu beliebiger Disposition gestellt werden sollen, nicht ohne ausdrückliche Einwilligung des Bundes in mehr oder weniger entfernten außerdeutschen Besitzungen des Kontingentherrn angewiesen werden können; soll davon eine Ausnahme gemacht werden, so muß der Bund sie bewilligen, ehe sie für rechtsbeständig gehalten werden kann. Im vorliegenden Falle aber ist ausdrücklich die Bereitstellung „in den gewöhnlichen Standquartieren“ in Aussicht genommen; als solche hat Österreich ausdrücklich seine deutschen Provinzen bei der regelmäßigen Überreichung der Standeslisten seines Bundeskontingentes bezeichnet. Das Recht des Bundes, die Bereitstellung in diesen Standquartieren zu verlangen, erscheint daher zweifellos; ob er es geltend machen will, ist eine andere Frage. Etwas weiteres ist von mir im Militärausschuß niemals behauptet worden, und habe ich auch dies nur in Form meiner eigenen Rechtsansicht ausgesprochen, ohne eine Erklärung des Ausschusses darüber zu verlangen. Eine weitere unrichtige Angabe in betreff dessen, was ich in der Sitzung des 22. v. M. geäußert haben soll, sind E. E. in der Lage, aus den gedruckten Protokollen berichtigen zu können, und ist namentlich die Behauptung der Zirkulardepesche vom 28. falsch, daß ich geäußert haben soll, der Fall der gemeinsamen Abwehr eines Angriffs auf Österreich oder die Donaufürstentümer „sei gänzlich beseitigt“. Selbst in den mündlichen und vertraulichen Erläuterungen über meine demnächstige Erklärung zu Protokoll habe ich nur gesagt, daß der Fall bisher nicht vorliege, wie dies auch in den Motiven des Beschlusses ausgesprochen sei. Dabei habe ich gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß der Beschluß vom 8., wenn er sich nicht lediglich auf die allgemeinen Bundesgrundgesetze, sondern auf das Bündnis vom 20. April und dessen Konsequenzen stütze, zu seiner ferneren Entwickelung der Zuziehung der beiden andern Kontrahenten, nämlich Ihrer Majestäten des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich bedürfen werde.

Als ein entschiedenes Falsum aber muß ich es bezeichnen, wenn die österreichische Zirkulardepesche anführt, ich hätte gegen Herrn von Prokesch geäußert, daß Preußen die volle Kriegsbesatzung für Rastatt, Landau, Mainz und Luxemburg beantragen werde. Hat Herr von Prokesch etwas derart nach Hause geschrieben, so muß ich das als eine absichtliche Erfindung bezeichnen, denn ich habe niemals gegen ihn weder amtlich noch vertraulich etwas geäußert, was auch nur mißverständlich in dem angegebenen Sinne hätte aufgefaßt werden können. Selbst mein von dieser Bedeutung weit entferntes Votum als Ausschußmitglied in der Rastatter Besatzungsfrage hat Herr von Prokesch gar nicht kennen gelernt, und nur vor drei Tagen habe ich es zuerst dem Grafen Rechberg vertraulich und behufs weiterer Besprechung mitgeteilt.

Ich kann diese offenbar bewußten Entstellungen nur in dasselbe System reihen, welchem der Angriff auf meine Person in der Depesche des Grafen Buol angehörte, mit welcher die Ernennung des Grafen Rechberg in Berlin angezeigt wurde.

Ich nehme an, daß die Zirkulardepesche vom 28. selbst E. E. bekannt ist; ich weiß nicht, ob dies auch mit der Formulierung der Fragen der Fall ist, welche bei Mitteilung der Zirkulardepesche durch die Agenten Österreichs, wenigstens an einige, vielleicht an alle Höfe gerichtet worden sind. Der mir von einem meiner Kollegen unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilte Wortlaut ist nachstehender:

„1. bekennt ein Teil der Bundesstaaten sich zu der Ansicht, daß der Bundesbeschluß vom 8. Februar nicht auf der Grundlage vom 24. Juli und vom 9. Dezember beruhe?

2. übernehmen diese Staaten bei einem entschiedenen Widerspruche Österreichs gegen diese Ansicht die Verantwortung wegen deren eventueller Folgen?

Sollten diese Fragen verneint werden, so dürfte das — Kabinett sich veranlaßt finden, seinen Bundestagsgesandten dahin zu instruieren, sich in den Abstimmungen über diese[3]) für Deutschland so hochwichtige Frage fest auf dem Standpunkte der hier zugrunde liegenden Verträge und der auf denselben basierten Bundesbeschlüsse zu halten, auf diesem Standpunkte sind sie sicher, dem Bundestagsgesandten Österreichs zu begegnen."

Ich weiß nicht, ob diese Fassung individuelle Kennzeichen enthält, erlaube mir aber in Betracht der Besorgnisse meines Kollegen, daß seine Mitteilung an mich ruchbar werden könne, auf die Möglichkeit aufmerksam zu machen.

Unverkennbar ist das Bestreben Österreichs, den dreiseitigen Charakter des Vertrages vom 20. April 1854 und seiner Konsequenzen in Vergessenheit zu bringen und der Lage der Dinge den Anschein zu geben, als sei durch den Beitritt des Bundes zu jenem Vertrage eine Erweiterung des Bundesrechtes geschaffen worden, auf deren Grund die Bundesversammlung allein nunmehr durch Majoritätsbeschlüsse weiter vorgehen könne. Der Bund an sich und ohne Zustimmung der beiden anderen Kontrahenten vom 20. April hat nach wie vor in den einen wesentlich defensiven Charakter tragenden Bundesgrundgesetzen die Grenzen seiner Berechtigung und würde außerhalb des Bündnisses und ohne das Einverständnis der drei Kontrahenten zum Schutze Österreichs und der Fürstentümer nur nach Maßgabe der Artikel 36 und 37 der Schlußakte zum Schutze Galiziens oder der Fürstentümer oder zu einem Angriff gegen Rußland vorgehen können. Die Durchführung der vier oder auch der zwei Punkte ist selbst nach den Zusatzartikeln kein Gegenstand kriegerischer Verpflichtung, noch viel weniger aber nach den Bundesgrundgesetzen. Zu der bisherigen Bereitstellung der Kontingente wäre der Bund allerdings nicht bloß durch seine Grundgesetze, sondern auch vermöge des Bedürfnisses befugt gewesen, für den immerhin möglichen Eintritt eines casus foederis vom 20. April 1854 die Mittel zur Erfüllung seiner Vertragspflichten ebenso bereitzustellen, wie Preußen und Österreich dies selbständig getan haben. Soll aber darüber hinaus eine Maßregel ergriffen werden, zu welcher die Kompetenz des Beschließens nicht aus den Bundesgrundgesetzen, sondern aus den Bündnisverträgen des vorigen Jahres herzuleiten wäre, so kann ein derartiger Beschluß nur durch das Einvernehmen aller drei Kontrahenten, also auch der Krone Preußen als europäischer Macht, perfekt werden. Diese m. E. unzweifelhafte Wahrheit sucht Österreich zu verdunkeln, und den Glauben an die Verbindlichkeit auch solcher Majoritätsbeschlüsse hervorzubringen, welche den Boden der die Kompetenz des Bundes begrenzenden ursprünglichen Verträge nicht mehr unter sich haben. Die Gefahren, welche darin liegen, wenn die Theorie eines seit dem 9. Dezember v. J. erweiterten Bundesrechts ohne Widerspruch Wurzel schlägt, sind unleugbar, und würde es schon von politischen Unbequemlichkeiten begleitet sein, wenn der Widerstand gegen die Konsequenzen im entscheidenden Augenblicke auf die Schultern Preußens allein fiele. Ich glaube, daß es einer Anzahl gerade der bedeutenderen Bundesstaaten nicht unwillkommen sein würde, wenn ihnen der Widerstand gegen das Drängen und Drohen Österreichs durch Hervorhebung der Grenzen erleichtert würde, bis zu welchen allein Bundesbeschlüsse im Sinne der Bundesgrundverträge per

[3]) Vorlage hat statt „über diese" „der". Verbessert nach der für das Archiv der Bundestagsgesandtschaft zurückbehaltenen Abschrift von der Hand Zitelmanns.

majora gefaßt werden können, und jenseits welcher ein Gebiet beginnt, auf welchem nur noch die neueren dreiseitigen Verträge festen Boden darbieten, und auf welchem also gültige Beschlüsse nur im Einverständnis der drei Paziszenten gefaßt werden können. E. E. höherem Ermessen erlaube ich mir daher zu gen. Erwägung g. anheimzustellen, ob nicht eine Aussprache in diesem Sinne durch die K. Missionen bei den deutschen Höfen für uns ratsam erscheint.

Beiläufig erwähne ich g., daß durch die hiesigen Vertreter Frankreichs und Englands auf Grund der Erkundigungen, welche dieselben bei mehreren meiner Kollegen eingezogen haben, schon Berichtigungen der unrichtigen Angaben der österreichischen Zirkulardepesche erfolgt sind, deren wörtlichen Inhalt ich aber nicht kenne.

Meinerseits habe ich den von Herrn von Prokesch verbreiteten Irrtümern nicht allzu entschieden widersprochen, um meinen Kollegen nicht den Eindruck zu machen, als betrachteten wir die Armierung der Bundesfestungen als eine Maßregel, welche zu beabsichtigen wir unter keinen Umständen in den Verdacht geraten wollten. Die Überzeugung, daß wir erforderlichen Falls furchtlos und entschieden auch gegen Frankreich auftreten würden, darf m. E. von den politischen Kombinationen der süddeutschen Kabinette nicht ausgeschlossen werden, wenn wir Einfluß auf sie erhalten wollen. Genehmigen rc.

34. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

16. März 1855.

E. E. geehrter vertraulicher Erlaß vom 10. d. M.[2]) ist mir gestern abend über Köln zugegangen, und habe ich aus den Anlagen ersehen, wie die bereits in meinem gestrigen g. Bericht rektifizierten Angaben des Freiherrn von Prokesch auch in der Depesche des Herrn Drouyn de L'Huys vom 27. v. M. eine Stelle gefunden haben, und daß also auch das französische Kabinett, gleich dem österreichischen, zu der bedenklichen Praxis greift, auf unverbürgte Angaben hin, welche nicht einmal in vertraulichen oder selbst in privativen Äußerungen eine Begründung haben, amtliche Aktenstücke zu erlassen.

Indem ich E. E. meinen g. Dank für die Zurückweisung sage, welche die französische Kritik meines angeblichen Verhaltens in der Sitzung vom 22. durch E. E. Erlaß vom 2. d. M. gefunden hat, erlaube ich mir auf die geehrte Weisung vom 10. d. nachstehendes g. zu erwidern.

So sehr ich auch von der Notwendigkeit durchdrungen bin, in meiner Stellung jeder politischen Äußerung eine Form zu geben, die sie, wenn es möglich ist, vor Entstellungen und Übertreibungen sichert, so werden E. E. doch mir nach Hochdero eigener Erfahrung nicht Unrecht geben, wenn ich behaupte, daß dies unmöglich ist, solange ich Herrn von Prokesch zu meinen Kollegen zähle. Selbst wenn ich meine nichtamtlichen Besprechungen auf das geringste mit meiner Wahrnehmung des Königlichen Dienstes verträgliche Maß reduziere, so wird mir dadurch, wie der vorliegende Fall zeigt, noch keine Garantie gegen die Erfindungsgabe des Freiherrn von Prokesch. Ich bin mit Absicht viele Wochen lang jeder Privatbesprechung mit Herrn v. Prokesch aus dem Wege gegangen, und die wenigen Fälle, in denen dies nicht möglich war, sind mir genau in Erinnerung.

[1]) Poschinger benutzt als Vorlage das Konzept (Diktat).
[2]) Inhalt Poschinger II S. 193 Anm. 1.

Die Angaben des Herrn Drouyn de L'Huys über das, was ich in der Sitzung vom 22. geäußert habe, rektifizieren sich schon aus meinem vorgestrigen Bericht, und ist namentlich das Wort „bewaffnete Neutralität“ gar nicht über meine Lippen gekommen. Die Angabe «Enfin au moment ou l'assemblée se séparait, Mr. de Bismarck a dit assez haut etc. etc.»[3]) — ist ganz aus der Luft gegriffen. Ich erinnere mich, daß ich nach der Sitzung Herrn von Prokesch beiseite nahm und ihn unter vier Augen fragte, warum er die Rastatter Besatzungsfrage in diesem Moment gerade pressiere, nachdem sie fünf Monate auf seine Veranlassung geruht habe. Wenn ich jetzt zu einer Äußerung gedrängt würde, so könne dieselbe sich nur an die des Herrn von Reitzenstein anschließen, so daß er (Herr von Prokesch) zu Erwiderungen genötigt und ein neuer Anlaß zum Streit gegeben sein würde. Herr von Prokesch bestand auf Erledigung der Sache und griff das Gutachten des Herrn von Reitzenstein in übertreibender Weise an, indem er demselben schon damals die Bedeutung eines Antrages auf Armierung der übrigen Festungen unterschieben wollte. Das Gutachten ist E. E. bekannt. Ich rechtfertigte die Ansicht unsers Militärbevollmächtigten und schloß die Unterhaltung, indem ich ihm die Verantwortung für die Folgen zuschob, wenn er den Streit herbeiführe, den ich zu vermeiden bereit gewesen sei. Beiläufig bemerke ich, daß Graf Rechberg demnächst aus eigenem Antriebe, nachdem ich ihm mein Votum über Rastatt vertraulich mitgeteilt, mir den Wunsch zu erkennen gegeben hat, die Sache für jetzt ruhen zu lassen.

Ich bedauere, daß Herr von Moustier die Vorsicht gebraucht hat, mir die Möglichkeit zu nehmen, die Ansicht des Herrn von Tallenay über den Erlaß vom 27. zu erheben. Indessen sagte mir letzterer vor einigen Tagen schon, daß ihm die Mitteilungen, welche er über die Sitzung am 22. nach Paris gemeldet habe, durch Sir A. Malet und durch Herrn von Blittersdorff zuteil geworden seien, welche beide sie von Herrn von Prokesch, und zwar in unter sich abweichender Version erhalten hatten, indem nach Herrn von Blittersdorff von mir in voller Sitzung der Antrag auf Armierung der Festungen angekündigt worden sei. Diese Angabe habe sich sofort durch Besprechung mit mehreren meiner Kollegen als unrichtig und die des englischen Gesandten späterhin als zweifelhaft herausgestellt, und habe Herr von Tallenay nunmehr seine ersten Meldungen nach Paris schon berichtigt, nachdem er und Sir A. Malet in Gemeinschaft mit einer Anzahl meiner Kollegen den Inhalt des österreichischen Zirkulars vom 28. einer Prüfung unterzogen hatten. Das Resultat derselben hat der englische Gesandte mit den Worten resumiert: «dès le moment, que Mr. de Bismarck m'a dit le contraire de ce que Mr. de Prokesch m'avait affirmé, il n'y a pas eu de doute pour moi, que les assertions de Mr. de Prokesch étaient fausses.» Ich kann nur beklagen, daß bei diesem so richtigen Urteil über die Glaubwürdigkeit des Herrn von Prokesch Sir A. Malet nicht für gut befunden hat, die Angaben desselben zu prüfen, ehe er sie weiter mitteilte.

Noch auffälliger aber erscheint es, daß ein Kabinett, welches doch jedenfalls sehr viel länger mit den Gewohnheiten des Herrn von Prokesch bekannt ist, als mein englischer Kollege, eine von jedem Beweismittel entblößte Angabe desselben zur Basis eines Aktenstückes nehmen konnte, wie es die Zirkulardepesche vom 28. ist.

Vor dem Forum E. E. darf ich überzeugt sein, daß die einseitigen Angaben eines Mannes, wie des Freiherrn von Prokesch, keine Grundlage für die Beurteilung meines

---

[3]) «que prochainement il ferait une motion tendant á proposer de mettre sur pied de guerre et en état de défense les forteresses fédérales de Luxembourg, Mayence, Radstadt, Ulm et Landau». (Aus der französischen Depesche ergänzt.)

Verhaltens abgeben werden, und letzteres vor dem Urteil fremder und für uns keineswegs freundlich gesinnter Kabinette gerechtfertigt zu sehen, fühle ich kein Bedürfnis, sehe vielmehr in den gegen meine Person gerichteten Insinuationen nur ein schmeichelhaftes Zeugnis für den Eifer meiner Pflichterfüllung. Im Interesse aber der gegenseitigen Glaubwürdigkeit des diplomatischen Verkehrs fühle ich mich doch gedrungen, E. E. g. g. zu bitten, nach Wien und Paris diejenigen Behauptungen als faktisch unrichtig gen. bezeichnen zu wollen, von welchen sich, nach meinem g. Bericht von vorgestern, ergibt, daß sie von Herrn von Prokesch teils entstellt, teils erfunden sind.

35. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

16. März 1855.

E. E. geehrtes Schreiben vom 10. c.[1]) ist mir gestern Abend über Cöln zugegangen. In einem vertraulichen Berichte von heut trage ich Hochdenselben das Sachverhältniß, welches der Mittheilung des französischen Gesandten zu Grunde liegt, nochmals vor, und erlaube mir hier nur meinen g. Dank zu wiederholen für die Erledigung, welche dieser Incidenzfall durch E. E. Erlasse an Graf Hatzfeld und an die deutschen Missionen gefunden hat. Es würde in der That eine eigenthümliche Depeschenlitteratur entstehn, wenn wir uns das Verhalten des Wiener und Pariser Cabinetes zum Muster nehmen und an jede unverbürgte und einseitig dargestellte Privatäußerung eines übereifrigen Agenten Östreichs oder Frankreichs ohne Prüfung des Thatbestandes offizielle Schritte knüpfen wollten. *Jede Privatunterhaltung zwischen Collegen müßte dann ein Ende nehmen. E. E. dürfen überzeugt sein, daß ich selbst Vorsicht im Reden nicht für meine hervorragendste Tugend halte, und ich nehme daher die Ermahnung, welche der Erlaß vom 10. mir zu Theil werden läßt, a conto andrer Fälle dankbar an; im vorliegenden trifft aber ein Tadel nicht mich, sondern nur die Lügenhaftigkeit Prokeschs meiner Überzeugung nach mit Recht.*

Es ist ein in Deutschland von Östreich jederzeit, und von Frankreich neuerdings mit vielem Erfolg benutztes Mittel, solche Vertreter andrer Staaten, welche die Förderung östreichischer Interessen nicht hinlänglich mit dem Dienste ihres eignen Herrn zu verbinden wissen, persönlich einzuschüchtern, wenn sie nicht gewonnen werden können. Unter meinen Collegen am Bunde ist wohl keiner, der nicht davon zu erzählen wüßte, und die Folgen davon sind allerdings für Östreich bisher sehr ersprießlich gewesen. Ein Wink des Präsidialgesandten nach Wien reicht hin, um über einen Collegen, der sich mißliebig macht, eine energisch und ohne wählerische Prüfung der Mittel geführte Beschwerde des Wiener Cabinetes bei dem betreffenden Hofe oder Ministerium anhängig zu machen. In den meisten Fällen erwächst dann dem Gesandten wenigstens eine unbequeme Rechtfertigungs-Correspondenz gegenüber seiner eignen Regirung, und ein „semper aliquid haeret". Die menschlich natürliche Folge ist, daß er das nächste Mal, wo die Interessen seines Souveräns mit den Plänen Östreichs collidiren, die erstern mit weniger Sicherheit und Energie vertritt. Östreich wird von Beschwerden über seine eignen Agenten bei einem excès de zèle niemals Notiz nehmen, wenn sie nicht durch Beweismittel unterstützt sind. Die Folge ist eine unbefangne Energie in der Vertretung Östreichs an den deutschen

[1]) Abgedruckt: Anh. z. G. u. E. II 251 f.

Höfen, während von den übrigen deutschen Diplomaten nur wenige von einer gewissen ängstlichen Achselträgerei und von dem Bestreben frei sind, sich gegen Rückwirkungen zu decken, welche eine energische Vertretung der ihnen anvertrauten Interessen auf die persönlichen Angelegenheiten des Vertreters haben könnte, namentlich wenn letztrer sein Lebensglück ausschließlich von der Erhaltung oder Verbesserung seiner dienstlichen Stellung abhängig glaubt. *Mein englischer College ist über die Lügen Prokeschs in großer Entrüstung. Bei Gelegenheit eines Ausbruches derselben sagte er, es sei längst klar, daß es Östreich viel weniger darauf ankomme, den Westmächten zu helfen, als letztre gegen Preußen zu erbittern, um ihren Beistand in den Bestrebungen zur Unterdrückung des Preußischen Einflusses in Deutschland zu gewinnen. Sir Alexander versichert mich wiederholt, daß der Friede von Lord Russell mit aufrichtigem Ernst in Wien werde angestrebt werden.

Ich habe schlechte Zeit im Hause gehabt. Meine Frau war an einer Halsentzündung schwer erkrankt, und unter großen Leiden hat sie mehre Tage in ernstlicher Gefahr geschwebt. Mit meinen besten Wünschen für die Gesundheit der Ihrigen und mit der Bitte mich der gnädigen Frau angelegentlichst zu empfehlen . . .

Über Herrn von Meisenbug höre ich hier, daß seine vertraulichen Berichte stets die Tendenz haben, den Regenten gegen Preußen einzunehmen. Bei der Stellung seines Bruders in Wien ist das wohl erklärlich. Meine Quelle kommt vom Hofe der Großherzogin Stéfanie in Mannheim.*

36. Bericht vom 19. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Preußen und dem Großherzogtum Hessen. — Vgl. Poschinger II Nr. 109.

*37. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

19. März 1855, 11 Uhr 56.

Mit Rücksicht auf die Angabe des Moniteur vom 17. erlaube ich mir den Antrag um geneigte offizielle Berichtigung der Behauptung, die K. Regierung habe angebliche Behauptungen von mir desavouiert und mich getadelt.

38. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Abschrift.]

19. März 1855.

Der Moniteur vom 17. d. M. enthält nach einer telegraphischen Depesche der Kölnischen Zeitung vom 18. d. M. einen Artikel, dessen wesentlicher Inhalt dahin angegeben wird, daß die K. Regierung Äußerungen, welche ich in einer der letzten Bundestagssitzungen getan haben solle, gegen ihre Bundesgenossen desavouiert und mich getadelt habe.

E. E. werden mit mir darüber einverstanden sein, daß es mit meiner amtlichen Stellung nicht verträglich ist, dergleichen Angaben eines offiziellen Blattes ohne eine gleichfalls offizielle Berichtigung hinzunehmen.

Der einzige von mir in der Sitzung vom 22. v. M. ausgegangene Akt ist die Erklärung, mit welcher ich die Mitteilung des Herrn von Prokesch, unter vertraulichem Einverständnis der Majorität der Versammlung, beantwortet habe. Den Text dieser Erklärung erlaubte ich mir damals E. E. mit meinem Berichte vom 24. resp. 25. v. M. einzureichen, nachdem ich in einem Berichte vom 22.[1]) E. E., im Fall Hochdieselben nicht einverstanden wären, um telegraphische Weisung gebeten hatte. Ich habe demnächst, nach Abgang meines Berichtes vom 25., der Aushändigung der Erklärung an die Bundeskanzlei so lange Anstand gegeben, bis ich aus dem Nichteintreffen einer telegraphischen Weisung das Einverständnis E. E. glaubte entnehmen zu können. Da auch inzwischen diese amtliche protokollarische Äußerung von mir E. E. zu einer Ausstellung keine Veranlassung gegeben hat, so glaube ich auch nicht annehmen zu dürfen, daß sie von der K. Regierung wirklich desavouiert worden sei. Im übrigen aber habe ich amtlich in jener Sitzung gar nichts und vertraulich nichts geäußert, worauf sich eine derartige Desavouierung beziehen könnte. Ich darf daher annehmen, daß die Angabe des Moniteur eine unbegründete ist, und mit um so größerer Zuversicht im Verfolg meiner heutigen telegraphischen Depesche E. E. den Antrag stellen, jene Behauptungen des Moniteur hochgen. mit demselben Grade von Amtlichkeit, wie der Moniteur solche enthält, eventualiter durch die Preußische Correspondenz, desavouieren lassen zu wollen.

39. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

20. März 1855.

E. E. beehre ich mich im Verfolg meines gestrigen g. Berichtes über den Artikel im Moniteur vom 17. g. anzuzeigen, daß sogleich, nachdem die betreffende Nummer des Blattes hier ankam, Herr von Tallenay mich besuchte, um mir die Versicherung [zu geben], daß er und seine Berichte dieser Angabe des amtlichen Blattes gänzlich fremd seien. An der betreffenden Stelle des Moniteur pflegen sich allerdings halbamtliche, den gesandschaftlichen und Consular-Berichten entnommene Notizen zu befinden, denen man aber, um die wahren Berichterstatter ex nexu zu setzen, ein beliebig verändertes Datum giebt. Es scheint, daß diese, angeblich aus Frankfurt bezogne Nachricht über mich der französischen Gesandschaft in Berlin ihren Ursprung verdankt, und namentlich Herrn Rothan, der vor einigen Tagen hier durch nach Paris ging und der mich persönlich nicht liebt. Herr von Tallenay sowohl, als meine deutschen Collegen sprachen mir ihre Mißbilligung dieses Angriffs des offiziellen Blattes auf meine Person unverholen aus, wie denn erstrer, ein erfahrner und kluger Diplomat, im vertraulichen Gespräch sich nicht immer ganz durchdrungen von dem Tact und der Weisheit, mit denen in Paris die Geschäfte gehandhabt werden, erweist. Hier circulirt das sonderbare Gerücht, daß der Kaiser Napoleon zwar zuerst nach der Krim gehn werde, um seine Generäle in Ordnung zu bringen, demnächst aber, wenn Sebastopol nicht zu nehmen sei, die Armee nach Constantinopel führen werde, um die Erbschaft der Türkei anzutreten und die Franzosen durch Wiederholung des lateinischen Kaiserthums für das Mißlingen in der Krim schadlos zu halten. Rechbergs Verhalten kann ich fortwährend nur loben; er erweist sich nicht nur

---

[1]) Vgl. Bd. II Nr. 18.

ruhiger, sondern bisher auch sehr viel ehrlicher als sein Vorgänger, und er läßt mit sich reden, ohne zu declamiren und zu zanken. Er sagt immer noch, daß Prokesch[1]) wiederkomme; E. E. vortreffliche Circulardepesche vom 16.[2]) wird aber doch die Brauchbarkeit des Herrn von Prokesch für seine hiesige Stellung nicht grade in helleres Licht setzen. Nach Mittheilungen, die Rechberg aus Wien hat, fängt sogar Graf Buol an, durch eine friedliche Brille zu sehn.

Herr von Glinka ist dieser Tage in Kassel gewesen; er hat den Kurfürsten bereit gefunden, an der Politik, wie die „Motive des 8. Februar" sie bezeichnen, fest zu halten, wenn Preußen dasselbe thäte. Der Kurfürst ist aber sehr in Noth wegen der Schwierigkeiten, welche ihm das Präsidium in der Verfassungsangelegenheit machen könne, wo Östreichs Beistand vielleicht nur für Hessens Stimme in andern Fragen zu haben ist. Der Großherzog von Darmstadt hat sich gegen Glinka dahin ausgesprochen, daß er jedenfalls mit Preußen gehe und gern etwas Besondres thun werde, um seinem Kaiserlichen Schwager seine Ergebenheit zu beweisen. So erzählt mir Herr von Glinka. Graf Solms-Laubach darf ich E. E. als einen erprobten Freund Preußens empfehlen, wenn er nach Berlin kommt. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau empfehlen zu wollen . . .

40. Bericht vom 22. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die kurhessische Verfassungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 112. Der Schlußteil (Poschinger a. a. O. S. 202) hat folgenden Wortlaut:

Es kann m. A. n. nicht ausbleiben, daß Österreich am Bunde vermöge der Stellung des Präsidiums einen stärkeren hemmenden Einfluß auszuüben vermag, als wir, und für den, der am Bunde etwas erreichen will, auf diesem Felde ein wirksamerer Gegner ist, als Preußen. Ich fürchte daher, daß wir auf die Dauer den Kürzeren ziehen würden, wenn wir am Hofe von Kassel uns auf einen Wettstreit mit Österreich in der Art einlassen wollten, daß auch wir unsere Stellung zu der Verfassungsfrage von dem Verhalten Hessens in der orientalischen Sache abhängig machen wollten. Wir handeln, m. Ü. n., nicht nur rechtlicher, sondern auch auf die Dauer mehr zu unserem Vorteil, wenn wir uns auf ein derartiges System gar nicht einlassen, sondern nach wie vor der Kf. Regierung denjenigen loyalen Beistand zusichern, welchen wir mit Rücksicht auf die rechtliche Lage der Verfassungsangelegenheit zu leisten imstande sind. Wir können dann mit um so mehr Recht und vielleicht auch mit mehr Aussicht auf Erfolg den in Kassel etwa zutage tretenden Neigungen zu einer unpreußischen Politik entgegentreten und sind noch immer in der Lage, bei wirklicher Ausführung des zugesagten Beistandes denselben nach dem Verhalten der Kf. Regierung zu bemessen. Dabei würde es aber m. g. D. sich nicht empfehlen, von unserer Seite, sei es durch die K. Gesandtschaften, sei es hier am Bunde, mit ostensiblen Anstrengungen zugunsten der Kf. Regierung besonders hervorzutreten. Das Beste schiene mir allerdings für unser Interesse, wenn sich die ganze Sache, und damit eine starke Handhabe der Präsidialmacht, schnell aus der Welt schaffen ließe. Wie die Sachen liegen, fürchte ich aber, daß ein Versuch, dies unsererseits zu bewirken, nur dazu führen würde, die Widerstandskraft Österreichs, die an sich am Bunde sehr stark ist und bei diesem Fall in den Überzeugungen anderer vielfach Unterstützung findet, für den Kf. Hof in ein helleres Licht zu setzen.

[1]) Prokesch fungierte auf der am 15. März 1855 in Wien zusammengetretenen Friedenskonferenz als 2. österreichischer Bevollmächtigter.

[2]) Vgl. Poschinger II S. 196, Anm. 1.

Mein g. Votum auf E. E. Erlaß vom 20. d. M. würde also schließlich dahin gehen, auf das durch Herrn von Wilkens gestellte Ansuchen günstig und mit wiederholter Bezugnahme auf unsere bisher eingenommene Stellung zu antworten, für jetzt aber keine Schritte bei anderen deutschen Regierungen zu tun, um sie für diesen unseren Standpunkt zu gewinnen, die Erklärung auch nicht in der Form nach Kassel zu geben, daß sie unser Votum in dieser Sache schon jetzt verpflichtend feststellt.

41. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. März 1855.

Bei Gelegenheit der gestrigen Sitzung nahmen mehrere meiner Kollegen Veranlassung, mit mir vertraulich das Verhalten des Freiherrn von Prokesch zu besprechen, welches zu der österreichischen Zirkulardepesche vom 28. v. M. und zu den durch dieselbe ferner hervorgerufenen Korrespondenzen Anlaß gegeben hat. Es scheint, daß das Befremden, ich kann wohl sagen die Entrüstung der Gesandten über das Verfahren ihres bisherigen Kollegen allgemein ist. Es war zu Zeiten des Grafen Thun und auch später nicht selten vorgekommen, daß grade von dem Vertreter Österreichs Mitteilungen, welche von seiten einzelner Glieder der Bundesversammlung an fremde Gesandten über den Inhalt unserer Verhandlungen entweder gemacht sein sollten oder befürchtet wurden, als etwas mit der Bundespflicht durchaus Unverträgliches und als eine Art von Landesverrat gegen Deutschland bezeichnet wurden. Insbesondere klagten Graf Thun sowohl als Freiherr von Prokesch in vertraulichem Wege häufig darüber, daß durch die Teilnahme der Vertreter von Holland und Dänemark die notwendige Diskretion über das, was in den Sitzungen vorgehe, unmöglich gemacht werde. Mit großer Bitterkeit wurde es oft von Österreich gerügt, wenn dieser oder jener Gesandte bald nach einer Sitzung auf dem Wege zu dem Vertreter Frankreichs oder Rußlands gesehen ward. Durch die neusten Vorgänge ist es nun ganz außer Zweifel gestellt, daß Herr von Prokesch sich unmittelbar nach der Sitzung vom 22. zu den Gesandten von England und Frankreich und zu dem von Österreich zu publizistischen Arbeiten benutzten Freiherrn von Blittersdorff begeben und daselbst nicht nur die amtlichen und vertraulichen Vorgänge der Sitzung, sondern auch den Inhalt seiner Privatgespräche mit Kollegen in entstellter Weise zu dem Zwecke mitgeteilt hat, die Einmischung fremder Mächte in die Verhandlungen des Bundestages zu provozieren. Es dürfte bisher kaum ein Beispiel vorgekommen oder doch wenigstens notorisch geworden sein, daß ein Mitglied der Bundesversammlung die in dem Schoße derselben stattgehabten vertraulichen Verhandlungen mit einer so taktlosen Dreistigkeit den Vertretern fremder Mächte mitteilt, um eine Zensur und Kontrolle der letzteren über das Verhalten seiner Kollegen herbeizuführen. Wenn man bedenkt, daß schon, ehe das Protokoll auch nur abgefaßt, geschweige denn zur Unterschrift vorgelegt worden, die Vorgänge der Sitzung Veranlassung zu amtlichen Schritten nicht nur des Wiener Kabinettes, sondern namentlich der französischen Gesandten in Deutschland geben konnten, so scheint es mir nicht übertrieben, wenn einer meiner Kollegen seinem Unmut mit den Worten Luft gab, daß die Rolle eines geheimen Agenten Frankreichs unverträglich sei mit der Stellung des Vorsitzenden der deutschen Bundesversammlung. — Es ist die Ansicht aller Mitglieder

des hiesigen diplomatischen Korps, welche mit mir darüber gesprochen haben, daß eine Rückkehr des Freiherrn von Prokesch auf den hiesigen Posten selbst dem Wiener Kabinett nach diesen Vorgängen kaum möglich erscheinen werde, eine Ansicht, zu deren Beförderung die Anerkennung, welche das Auftreten des Grafen Rechberg bisher von allen Seiten findet, allerdings vieles beiträgt. Ich selbst wage in dieser Beziehung kaum einen Wunsch zu hegen. Mit dem Grafen Rechberg ist es gewiß leichter, sich zu verständigen, aber ohne Zweifel ist er auch als Gegner vorkommenden Falls gefährlicher. Herr von Prokesch ist uns indirekt durch seine Ungeschicklichkeit häufig von Nutzen, aber eine wirkliche Verständigung mit Österreich auf dem hiesigen Terrain wird niemals möglich sein, solange er Österreich hier vertritt. Die Absicht, in der ich E. E. das Obige vortrage, ist keinenfalls die, Herrn von Prokesch's Rückkehr hierher entgegenzuwirken, wohl aber der Überzeugung meiner Kollegen Worte zu geben, daß die Stellung Preußens am Bunde uns vor andern die Pflicht auferlegt, ein Verhalten, wie das des Freiherrn von Prokesch, bei seiner Regierung amtlich zu rügen und auf diese Weise dahin zu wirken, daß der diplomatische Verkehr in Bundesangelegenheiten sich nicht gänzlich von denjenigen Traditionen lossage, auf deren Boden allein ersprießliche und ehrbare Beziehungen der Gesandten untereinander möglich sind.

Es ist kaum einer meiner Kollegen, die für Österreich gefügigsten mit eingerechnet, der nicht unter den Indiskretionen, Verhetzungen und Unwahrheiten des Herrn von Prokesch gelitten hätte, und seine publizistische Tätigkeit macht ihn nach der allgemeinen Ansicht an und für sich zu der Stellung, die er einnahm, ungeeignet.

Die Tatsache, welche meiner Meinung nach sich zu einer Rüge bei dem Wiener Kabinett eignen würde, ist die erwähnte, am 22. v. M. von ihm dem fremden Gesandten gemachte Mitteilung und die darin liegende Provokation fremder Einmischung. Daß die Indiskretion seinerseits stattgefunden hat, ist durch Mitteilung des englischen und des französischen Gesandten außer Zweifel gesetzt, indessen läßt sich auf diese mir von den genannten Herren vertraulich gemachten Angaben nicht rekurrieren, ohne auch meinerseits die ihnen zugesagte Diskretion zu verletzen. Der Beweis, daß nur Herr von Prokesch diese intempestiven Mitteilungen gemacht haben kann, läßt sich aber auch, ohne auf das Zeugnis des Herrn von Tallenay zu provozieren, aus den Akten selbst führen, da die Zirkulardepesche vom 28. und die französische Depesche an Herrn von Moustier vom 27. gleichmäßig auf Äußerungen sich gründen, die, wenn überhaupt, in einem Gespräch mit Herrn von Prokesch allein von mir getan sein müßten, indem niemand weiter etwas auch nur ähnliches von mir gehört zu haben behauptet. Sogar Herr von Münch, der getreueste Diener Österreichs, hat dies, wie mir Herr von Dalwigk gestern sagte, in Darmstadt offen erklärt und hinzugefügt, daß er sich ohne Erfolg bemüht habe, unter unsern Kollegen jemand aufzufinden, der eine Erklärung für die Behauptungen des Herrn von Prokesch habe geben können. Es wird auch ein weiterer Beweis, daß grade Herr von Prokesch die unzweifelhaft inmitten liegende Indiskretion begangen habe, von dem Wiener Kabinett wohl kaum verlangt werden. Genehmigen ꝛc.

42. Vertraulicher Bericht vom 28. März 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. Zustände im Herzogtum Braunschweig. — Vgl. Poschinger II Nr. 114.

43. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. April 1855.

E. E. habe ich bei der vollkommnen Windstille, welche in den letzten Wochen hier herrscht, nichts von Interesse aus dem Gebiete der allgemeinen Politik zu berichten. Auf die Gefahr hin, schon Bekanntes zu melden, erlaube ich mir einiger durch Herrn von Seebach aus Paris hierher gelangter Nachrichten zu erwähnen. Nach denselben würde Herr Drouyn de L'Huis am nächsten Donnerstag in Wien eintreffen und dort ein auf den dritten Garantiepunkt bezügliches Ultimatum vorlegen, dessen wahrscheinliches Ziel Einschränkung der russischen Flotte wäre. Der nächste Zweck dieses angeblich mit England verabredeten Ultimatums würde sein, das Verhältniß Östreichs zu den Westmächten ins Klare zu bringen, indem man verlangt, daß das Wiener Cabinet sich dasselbe aneigne und verspreche, Rußland im Falle der Ablehnung anzugreifen. Wolle Östreich dieß nicht, so werde man drohen, ohne dasselbe sich mit Rußland zu verständigen, sei es sofort, sei es nach Fortsetzung des Krieges; Östreichs Wünsche würden dann im Frieden auf keine Weise berücksichtigt werden, und Frankreich, England und Rußland würden einen ihnen allein convenirenden Modus zur Regulirung der Sache zu finden wissen. Der letzte Theil des Raisonnements klingt etwas abentheuerlich. Indessen wird mir das Ganze durch eine aus der hiesigen französischen Gesandschaft herrührende Quelle ziemlich genau bestätigt, während ich dieß schreibe. Nach derselben erwartet Herr von Tallenay die Durchreise des Ministers Drouyn de L'Huis heut oder morgen, und sagt selbst, daß er Paris in diesem Augenblick schon verlassen haben werde. Hinzugefügt wird, daß die Expedition des Kaisers Napoleon nach der Krim aufgeschoben sei, bis man Östreich zur Theilnahme am Kriege werde bewogen haben; dann aber solle sie unverweilt zur Ausführung kommen. Die gegenwärtige Haltung meines französischen Collegen, der sehr Friedensmann ist, verräth lebhafte Besorgniß vor den Entschlüssen s e i n e r Regirung; er glaubt daran, daß sein vorgesetzter Minister persönlich den Frieden will und den Krieg in eignem Interesse, als Gefahr für den Bestand der Dinge in Frankreich, fürchtet, während der Kaiser grade durch den Krieg die besorglichen Zustände in Volk und Armee zu heilen meine. Kurz, Herr von T[allenay] sieht augenblicklich schwarz und glaubt nicht, daß es seinem Souverain mit dem Frieden Ernst ist. Dagegen athmet ein Brief von Herrn von Titoff, den ich heut gesehn habe, und der wohl nicht berechnet war, gezeigt zu werden, Friedenshoffnungen; er lobt die rücksichtvolle Haltung der Gegner in der Conferenz, und sagt gradezu, daß er bisher an ein Resultat glaube. Daß alle Glieder der Conferenz persönlich ein solches aufrichtig erstreben, hält er für gewiß.

Herr von Tallenay hat eine Note aus Paris erhalten, die gewissermaßen eine Antwort auf unsere Depesche vom 2. März[1]) ist. Nach derselben nimmt sein Gouvernement die Berechtigung in Anspruch, von den Bundesverhandlungen, so weit sie a u s w ä r t i g e Politik beträfen, allerdings Notiz zu nehmen und sich darüber auszusprechen, und schließt mit einer Art von Bitterkeit darüber, daß Frankreichs Bestrebungen, uns zum Beitritt zu bewegen, in der Form eines Vorwurfs (?) in der Depesche vom 2. März behandelt würden. Seiner Weisung gemäß hat Herr von Tallenay diese Depesche dem Grafen Rechberg vertraulich vorgelesen; ich kenne sie nur durch Dritte vom Hörensagen.

---

[1]) Wortlaut der Note vom 2. März vgl. Poschinger II S. 207 Anm. 3.

In Darmstadt wartet man mit einiger Ungeduld auf das Eintreffen eines Preuß. Vertreters, und werden mir unter der Hand und privatim Fragen darüber gestellt.[2]) Durch Herrn von Scherff höre ich, daß Graf Königsmark im Haag sich über die Haltung der Luxemburgischen Stimme beschwert habe; wenn es gegründet ist, so würde es mich wundern, da ich, so lange als ich hier bin, Herrn von Scherff als einen zwar vorsichtigen, aber doch zuverlässigen Freund Preußens kennen gelernt habe. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

44 Bericht vom 13. April 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Beschwerde des mecklenburgischen Kammerherrn von der Kettenburg wegen angeblich beeinträchtigter Religionsfreiheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 116.

45. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

13. April 1855.

E. E. sage ich meinen g. Dank für das geneigte, durch Herrn v. Scheliha mir überbrachte Schreiben,[1]) und erlaube ich mir die Münchener Beilage desselben hier wieder anzuschließen. Ich weiß nicht, ob inzwischen die Lage der Dinge in Wien durchsichtiger geworden ist; hier haben bisher die Friedensgläubigen die Oberhand. Man nimmt an, daß die Sendung von Drouyn de L'Huys allein den Zweck habe, Gewißheit über Oestreich zu erlangen, und daß England bei Anwesenheit des Ministers in London sich nur für den Fall der Theilnahme Östreichs zur Fortsetzung des Krieges bereit gezeigt habe. Beide Seemächte würden demgemäß alles aufbieten, von Östreich ein bestimmtes ja oder nein zu erhalten. Die meisten meiner Collegen glauben nun, daß Östreich auch den angesetzten Daumschrauben gegenüber zwar nicht sofort nein, aber keinenfalls ja sagen, und daß dann England entschieden darauf dringen werde, den fruchtlosen Anstrengungen der Seemächte ein Ende durch den Frieden zu machen. Es ist das alles Conjectur, und vielleicht schon ein überwundener Standpunct. Der Hauptgegenstand der Aufmerksamkeit sind augenblicklich die französischen Festsetzungen in und bei Constantinopel.[2]) Ich habe mir schon in einem frühern Schreiben[3]) erlaubt, der Möglichkeit zu gedenken, daß Louis Napoleon nach der Krim geht, von dort, angesichts der Unmöglichkeit einer Einnahme Sebastopols, seine Truppen nach Constantinopel zurückführt, wo er die inzwischen geschickten Reserven vorfindet, und dadurch factisch zum Herrn der Hauptstadt und des Bosporus wird. Wenn auch nicht sofort ein lateinisches Kaiserthum damit auferstände, so liegen doch im Gefolge einer dergestalt genommenen Position viele Möglichkeiten, welche Frankreich das Mißlingen der Krim-Unternehmung können vergessen lassen, und gleichzeitig einem Zuge abentheuerlicher Romantik entsprechen, welcher der Kaiserin Eugenie in noch stärkerem Grade als ihrem Gemahl eigen sein dürfte. Waghalsig und barok wäre eine solche Politik, aber grade darin finden Personen aus der Umgebung des Kaiserlichen Paares einen Grund für

---

[2]) Am 18. April 1855 wurde Graf Perponcher-Sedlnitzki als preuß. Ministerresident in Darmstadt beglaubigt.

45. [1]) Vom 2. April 1855, abgedruckt im Bismarckjahrbuch III S. 142 ff.

[2]) Es handelte sich um französische Geländeankäufe.

[3]) Vgl. Nr. 39.

ihre Glaublichkeit. Ohne Bundesgenossen wäre bei der größten Donquichoterie nicht daran zu denken, und weder England noch Rußland könnten die Verbündeten einer französischen Occupation des Bosporus sein. Vielleicht aber Östreich, wenn es den Muth dazu hätte; vielleicht allerdings auch Rußland, wenn es darin zuerst den Bruch der westlichen Allianz und dann eine krankhaft gespreizte und deshalb schnell vorübergehende Position Frankreichs sehn würde. Ich kann es nicht übel nehmen, wenn E. E. darüber lächeln, daß ich ernsthaft von diesen bodenlosen Phantasien spreche; aber nach allem, was ich über L. Napoleons Character im Laufe der letzten Jahre durch Leute, die ihn seit einem halben Menschenalter kennen, gehört habe, ist der Reiz, grade das zu thun, was niemand erwartet, beinahe krankhaft in ihm, und wird von der Kaiserin täglich genährt. Ein alter und ruhiger französischer Diplomat sprach vor kurzem in demselben Sinne zu mir und sagte: „cet homme va nous perdre; il finira par faire sauter la France pour un de ces caprices que l'impératrice débite à son déjeuner; il faudrait leur faire un enfant, pour les rendre raisonnables." Auffallend ist die Art, wie sogar einige östr. Blätter das Verhalten der Franzosen in Constantinopel besprechen; sie paßt durchaus nicht in die Acten vom 2. Dezember. Rechberg fährt fort, ganz das Gegentheil von Prokesch zu sein, verträglich und zurückhaltend. Leider aber steht er sich nicht nur mit mir, sondern mit allen unsern Collegen besser als sein Vorgänger. Mit dem Vertreter von Baiern ist er Jugendfreund; sie nennen sich Du, machen täglich weite und einsame Promenaden mit einander und sind beide eifrig im Katholicismus. Prokesch hatte gesagt: „Wenn wir nur Baiern haben, so haben wir auch Preußen," und Rechberg hat viele nahe Verbindungen in München, seiner eigentlichen Heimath. Ich sehne mich mitunter nach Prokeschs Rückkehr; er war ein viel wünschenswertherer Gegner. Wollen wir uns und können wir uns mit Östreich verständigen, so ist Rechberg weit vorzuziehn und Prokesch gar nicht möglich. Rechberg sagt mir täglich, es müsse wieder dahin kommen, daß gar nichts am Bunde verhandelt werde, worüber nicht vorher Einigkeit zwischen Berlin und Wien erzielt sei. Als nothwendiges Resultat der Streitigkeiten zwischen beiden sieht er die Leitung der Kleinen durch Frankreich im Hintergrunde, „oder durch Rußland" pflegt er dann Anstands halber hinzuzufügen. Gestern hatte ich mit ihm eine lange Unterredung über die Kettenburgische Sache, wobei es mit Prokesch ohne Zweifel zu sehr bittern Worten gekommen wäre. Er blieb in ruhigem Geleise, aber der ultramontane Ehrgeiz zeigte dabei doch den Pferdefuß. Sein Katholicismus ist überwiegend politischer Natur. Die Bedürfnisse seines gläubigen Herzens auf dem Gebiete sollen weniger weit gehn, wenn man von dem Bedürfniß an Ablaß für fleischliche Sünden absieht.

Gelegentlich habe ich wieder neue Indicien erhalten, daß der Vertreter des preußenfreundlichen Oldenburg, Eisendecher, der auch für mich persönlich eine innige Freundschaft affichirt, ein verkappter kleiner Prokesch ist.

Jemand, der ihm näher steht als mir, warnte mich vor ihm, indem er den Inhalt meiner Gespräche regelmäßig an die Präsidial-Gesandschaft rapportire und dabei, um sich interessant zu machen, Ausschmückungen nicht scheuen werde. Zum Glück habe ich seine Zweideutigkeit von Anfang an erkannt und benutze ihn gelegentlich zur Insinuation wünschenswerther Irrthümer. Es ist aber übel, daß eine Stimme, auf die wir gänzlich sollten zählen können, so besetzt ist. Herr von Münch, der Darmstädter, ist noch immer in Wien, um sich dort seine Instructionen zu holen. Perponcher's langes Ausbleiben verursacht eine kleine Verstimmung in Darmstadt; im Übrigen scheint man dort wirklich der östreichischen Führung sich zu entziehn, und Dalwigk spricht mit der tiefsten sittlichen

Entrüstung von Buol's undeutscher und leichtsinniger Politik. Auch Wenzel wartet mit Schmerzen auf Perponcher, um seinem Übergange zu der selbständigen Stellung eines K. Residenten bei der freien Stadt näher treten zu können.

Die offiziösen Artikel der Postzeitung (östr. Legationsrath Braun) verfechten mit vieler Dreistigkeit den Satz, daß wir und Deutschland auch dann verpflichtet seien, Östreich und die Moldau zu vertheidigen, wenn erstres nach Abbruch der Conferenzen zum Angriff gegen Rußland schritte. Ich würde es für bedenklich für den Frieden halten, wenn man in Wien sich ernstlich mit solchen Gedanken schmeichelte, und das beste Gegengift wäre m. E., ihnen das Bild eines bewaffneten Neutralitätsbündnisses von Deutschland, den nordischen Staaten und Holland rc. im Spiegel der Zukunft zu zeigen, für den Fall, daß sie nicht ehrlich am Frieden arbeiten. Ein einseitiger Angriff auf Rußland würde Östreich außerhalb des Bündnisses stellen und nur die Bundes-Schlußacte als Maßstab unsrer Verpflichtungen übrig lassen. Mit der aufrichtigsten Verehrung verharre ich . . .

*46. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

18. April 1855.

E. E. geehrten Erlaß vom 14. d. M. nebst den Anlagen habe ich gestern erhalten. Wenn auch die Korrespondenz des Ministers Hassenpflug mit dem Minister Uhden im wesentlichen durch E. E. Erlaß an Herrn von Schulenburg und durch meinen Bericht vom 21. v. M.[1]) ihre Erledigung findet, so nehme ich doch aus derselben Veranlassung, meinem Berichte vertraulich noch einige Worte hinzuzufügen.

Ich habe gerade der hessischen Verfassungsfrage vorzugsweise eine, ich möchte sagen eine über die Grenzen meines dienstlichen Berufs hinausliegende Tätigkeit gewidmet. Ich wurde dazu veranlaßt durch die durch S. K. H. den Kurfürsten gegen mich ausgesprochenen Wünsche mit Rücksicht auf das besondere persönliche Wohlwollen, welches S. K. H. bei allen vorkommenden Gelegenheiten mir bewiesen hat. Ich habe gleich nach einer Audienz, die mir der Kurfürst bei seiner letzten Anwesenheit gewährte, eine Sitzung des Militärausschusses benutzt, um die anwesenden Mitglieder des kurhessischen Ausschusses (Herrn von Reinhard und von Münch) sowie das Präsidium über den langsamen Gang der Sache zu interpellieren; ich habe mich demnächst bemüht, den Referenten des Ausschusses, Herrn v. Oertzen, günstiger für die Wünsche der Kf. Regierung zu stimmen, und zu diesem Behufe mindestens vier eingehende Besprechungen seines Referates mit ihm gehabt; nicht minder hat der Legationsrat Wentzel in meinem Auftrage die rechtlichen Fragen wiederholt mit Herrn v. Oertzen besprochen. Außerdem bin ich bemüht gewesen, Herrn v. Baumbach bei seiner Anwesenheit in seinen Verhandlungen mit dem Ausschuß in aller Weise förderlich zu sein. Ich habe auch sowohl gegen Herrn v. Baumbach als gegen meine Kollegen, namentlich gegen Herrn v. Reinhard als Vorsitzenden des Ausschusses, mich über die Stellung, welche ich zur Sache amtlich und persönlich einnehmen würde, in einer Weise ausgesprochen, welche die lebhaftesten Äußerungen von Dankbarkeit bei Herrn v. Baumbach hervorrief. Letzterer hat sich dem Ausschuß gegenüber ganz auf den Standpunkt gestellt, welchen ich ihm empfahl, bevor er noch seine eignen Ansichten ausgesprochen hatte. Ich habe denselben in meinem g. Berichte vom 21. v. M. bereits näher entwickelt. Bis zu diesem

[1]) Nr. 40, vom 22. März datiert.

Augenblick sind indessen meine Bemühungen, Herrn v. Oertzen von der Unzweckmäßigkeit einer nochmaligen Verhandlung mit den Kammern zu überzeugen, ebenso erfolglos geblieben, als die des Herrn v. Baumbach. Wenn letzterer den Minister Hassenpflug nicht besser von meiner Stellung zur Sache unterrichtet hat, so kann ich die Ursache davon nur in einer zwischen diesen beiden Ministern herrschenden Verstimmung suchen, welche in meinen vertraulichen Besprechungen mit Herrn von Baumbach ohne Rückhalt zutage trat; auch er schien den hauptsächlichen Fehler der Situation in den persönlichen Eigenschaften seines Kollegen Hassenpflug zu suchen. Ob diese Ansicht bei ihm eine ganz unbefangene ist und ob die Motive, welche dabei etwa mitwirken können, dem preußischen Interesse entsprechen, darüber wage ich bei meiner geringen Kenntnis der Lage der Dinge in Kassel nicht zu urteilen. Gewiß ist nur, daß Österreich bisher viel unbedingter auf die Unterstützung Herrn v. Baumbachs als auf die des Herrn v. Hassenpflug rechnen konnte. Die Stellung des Grafen Rechberg zur Sache kann ich noch seither nicht anders als eine kühle nennen; indessen steht der von ihm geäußerten Besorgnis, daß wir uns mit unserer Parteinahme für die Wünsche der Regierung in der Minorität befinden könnten, doch die Erfahrung zur Seite, die wir gegenwärtig in der hannoverschen Sache machen. In derselben liegt ein einstimmiges Ausschußvotum vor; nichtsdestoweniger ist das Resultat der Abstimmung nach den bisher eingegangenen Instruktionen zweifelhaft. Nur von Österreich, Preußen, Württemberg, beiden Hessen und Mecklenburg erscheint die Zustimmung zu den Ausschußanträgen bisher gesichert. Hannover enthält sich der Abstimmung, für Holstein, Luxemburg und die 16. Kurie fehlen die Instruktionen noch, dagegen werden die Freien Städte, Oldenburg, Braunschweig, die sächsischen Herzogtümer, Baden, Sachsen und Bayern teils gegen die Anträge im allgemeinen, teils nur gegen den 4. Punkt derselben stimmen, obschon der bayerische Gesandte als Ausschußmitglied den Anträgen beigetreten war und der sächsische [sie] sogar als Referent ausgearbeitet hatte. Ich bin mit Graf Rechberg übereingekommen, die Abstimmung noch auszusetzen, bis Graf Kielmansegge die Meinung seiner Regierung über diese Sachlage kennen wird.

Die hannöversche Angelegenheit erfreut sich außerdem, vermöge der rastlosen Tätigkeit des Grafen Kielmansegge, einer Förderung durch den eignen Gesandten, welche der kurhessischen gänzlich abgeht.

Ich erinnere mich nicht, daß Herr von Trott in den beinah 4 Jahren, welche ich hier zugebracht habe, jemals eine geschäftliche Unterredung mit mir gesucht hätte; über die kurhessische Verfassungsfrage hat er niemals ein Wort mit mir gewechselt. Schon aus den Sitzungsprotokollen werden E. E. entnehmen können, daß kein Gesandter häufiger durch Substitution vertreten ist als Herr von Trott, und in den Zeiten seiner Anwesenheit hält ihn teils seine Kränklichkeit, teils seine Liebe zur Ruhe davon ab, außerhalb der Sitzungen Verkehr mit seinen Kollegen zu pflegen. Seine unbedingte Ergebenheit für das Präsidium hat ihn zur Mitgliedschaft des noch vom Grafen Thun zusammengesetzten Kassenausschusses gebracht, dessen Geschäfte aber ausschließlich von seinen beiden Kollegen Herrn von Nostitz und von Holzhausen betrieben werden. Ob die Teilnahmlosigkeit des kurhessischen Gesandten in betreff einer für seine Regierung so hochwichtigen Frage die Folge einer ihm von Österreich gegebenen Instruktion ist, weiß ich nicht, daß sie aber einen Grad erreicht, der selbst im Hinblick auf die im allgemeinen unzweifelhafte Abneigung gegen Geschäfte, welche Herrn von Trott eigentümlich ist, auffallen muß, darf ich wohl behaupten. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die unrichtigen Ansichten, welche der Minister Hassenpflug über mein Verhalten gewonnen hat, sich auf Berichte des Herrn von Trott

gründen, und dann kann ich mich allerdings nicht darüber wundern, da wohl kaum ein anderer meiner Kollegen mit dem Stande und den Aussichten der kurhessischen Frage am Bunde weniger vertraut sein möchte als Herr v. Trott. E. E. höherem Ermessen stelle ich g. anheim, ob vielleicht Herrn v. Schulenburg behufs vorsichtiger Benutzung vertrauliche Kenntnis von Vorstehendem zu geben sei Genehmigen usw.

*47. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. April 1855.

E. E. berichte ich heut vertraulich über die Kurhessische Frage, indem ich mir eine amtliche Auslassung vorbehalte, bis mir Herr v. Oertzen ein schriftliches Exposé seiner Ansichten, welches er mir seit längerer Zeit zugesagt hat, gegeben haben wird. Seine letzte Äußerung war vor wenig Tagen: „Sie werden selbst die Nothwendigkeit einsehn, nochmals mit den Kammern zu verhandeln, wenn Sie meine Auseinandersetzung im Detail lesen.“ Er ist juristisch ängstlich in seinen Auffassungen und ein sehr rechtlicher, aber sehr zäher Character. Herr von Trott ist der Bundestagsgesandte, wie ihn sich der Democrat vorstellt. Träge, unfähig und gewissenlos; anscheinend gutmüthig, aber grade falsch genug, um jedes Vertrauen auszuschließen. Er ist einer derjenigen Seïden[1] des Präsidiums, auf deren unbedingte Hingebung Oestreich auch dann noch rechnen könnte, wenn seine Regirung von Kopf bis zu Fuß schwarzweiß wäre. In fast 4 Jahren erinnre ich mich nicht ihn in meinem Hause gesehn zu haben, außer wenn ich ihn zum dîner einlade. Wir treffen mitunter auf der Jagd zusammen, aber über Geschäfte spricht er nie, und wenn ich dieses unwillkommne Thema aufs Tapet bringe, so erstirbt seine Unterhaltung in allgemeinen Phrasen. In der Verfassungssache habe ich geglaubt, daß er sich doch zu einer Initiative in Geschäften werde bequemen müssen; bisher aber habe ich vergeblich auf eine Sylbe darüber von ihm gewartet, und habe auch nicht gehört, daß er sich mit meinen Collegen darüber eingelassen habe. Er treibt dagegen die Aufmerksamkeit gegen Oestreich so weit, daß er an Festen der Kaiserlichen Familie, die der Oestreichische Gesandte nicht feiert, doch früh morgens schon in kleiner Hof-Uniform mit Stern seine Aufwartung im Bundespalais macht. Er ist in seinen Vermögensverhältnissen sehr derangirt und hat eine große Familie, und eine Geschichte, die mir ein großer jüdischer Banquier von ihm vertraut, läßt ihn nicht grade sehr scrupulös in Geldsachen erscheinen. Diese persönlich von Oestreich abhängigen oder doch ihm ergebnen Gesandten wie Nostitz, Münch, Trott, Dungern, Eisendecher, Holzhausen machen die Stellung Preußens hier sehr schwierig, wie günstig auch unsre Beziehungen zu ihren Regirungen sich gestalten mögen. Mit vorzüglicher Verehrung . . .

48. Bericht vom 18. April 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung der österreichischen offiziösen Presse. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 202.

---

[1] Das Wort Seïde gebraucht B. öfter (vgl. z. B. oben Bd. I S. 231 und Briefe an Leopold v. Gerlach S. 16 und 172) für die Anhänger Österreichs, im Gedanken an den Sklaven Mohammeds, Seïde, den eifrigsten Anhänger seines Herrn, der zuerst sein Prophetentum erkannte.

49. Vertraulicher Bericht vom 25. April 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Herbeiführung einer diskreteren Behandlung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger II Nr. 118.

50. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

30. April 1855.

Herr von Glinka theilt mir mit, daß vor wenigen Tagen eine neue, sorgfältig geheim gehaltene Circulardepesche von Östreich an die deutschen Höfe erlassen worden sei, welche an die bekannte vom 14. Januar ausdrücklich anknüpfe und die Regirungen wiederholt und dringend auffordere, sich durch Bundesbeschluß oder einzeln in verbindlicher Weise für die Politik Östreichs zu erklären, mit der Drohung, daß Östreich andern Falles aus dem deutschen Bunde austreten werde. So unwahrscheinlich letztres auch klingt, so versichert mich Herr von Glinka doch, daß für ihn die Richtigkeit seiner Mittheilung unzweifelhaft sei; er habe sie von jemand, der die Depesche selbst gelesen und an bester Quelle sich befinde (wahrscheinlich Prinz Witgenstein in Wiesbaden), und Obiges sei mit klarsten Worten darin gesagt. Ich werde mich bemühen, mehr zu erfahren, doch ist hier, bei den persönlichen Verhältnissen der meisten meiner Collegen zu Östreich, auch in den seltnen Fällen, wo sie etwas wissen, wenig herauszubringen. Vielleicht sind E. E. schon näher unterrichtet.

Auf eine Einladung des Herrn von Dalwigk war ich gestern im Theater in Darmstadt; er theilte mir einen eben eingehenden Bericht des Gr. Geschäftsträgers in Paris, Herrn von Grancy, von vorgestern datirt, mit. Nach demselben betrachte man in Paris den Frieden als gesichert; niemals sei ihm ein so plötzliches und vollständiges revirement möglich erschienen, wie dasjenige, welches am Kaiserlichen Hofe in der Frage über Krieg und Frieden während der letzten Tage vor sich gegangen sei; der Kaiser und die eifrigsten bisherigen Anhänger des Krieges seien wie umgewandelt; die Basis des Friedens werde eine Stipulation bilden, nach welcher es Rußland unbenommen bleibe, im schwarzen Meere so viel Schiffe zu halten, als es vor dem Kriege besaß (angeblich 13 Linienschiffe); die Überschreitung dieser Zahl werde zwar nicht vertragsmäßig untersagt, aber eine Kriegserklärung für die Westmächte bilden, so bald sie erfolge. So schreibt Grancy. *Der Kriegsminister Scheffer ist bekanntlich ein sehr bittrer Feind von Dalwigk; er hält ihn jeder Lüge und Schlechtigkeit für fähig. Er sagte mir im engsten Vertrauen, daß Dalwigk schon mehre Monate vor der Aussöhnung mit uns den Großherzog zu einem förmlichen Anschlußvertrage mit Oestreich bewogen habe, nach welchem Hessen verspräche, nöthigenfalls auch allein und außerhalb des Bundes der Wiener Politik zu folgen. Dem Großherzoge sei demnächst vorgestellt worden, daß er nicht Truppen genug habe, um gleichzeitig seinen Bundespflichten und diesem Vertrage mit Oestreich zu entsprechen, worauf S. K. H. zu verstehn gegeben hätten, dieser Vertrag sei nicht so ernst gemeint und werde nicht zur Hebung kommen (man werde sich „den Kukuk" dran kehren). Scheffer führte dieß als ein Beispiel des Leichtsinnes an, mit dem Dalwigk seine Politik triebe. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß er auf discrete Aufnahme dieser Mittheilung rechnete. Gleichzeitig warnte er vor Herrn von Meisenbug und von Biegeleben, dem zeitigen Hessischen Geschäftsträger in Berlin; beide seien unbedingt dem Interesse Oestreichs

ergeben. Es ist das nichts Neues, aber doch eine Bestätigung. Der Graf Solms-Laubach sagte mir, Scheffer sei aufrichtig ein Freund Preußens; ob ihn aber sein Haß gegen Dalwigk nicht zu weit gehn läßt, wenn er von einem wirklichen geheimen Vertrage mit Oestreich spricht, das wage ich nicht zu entscheiden. Die Post drängt zum Schluß. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .*

51. Bericht vom 4. Mai 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Differenz zwischen Preußen und dem Fürstentum Lippe wegen Lippstadt. — Vgl. Poschinger II Nr. 120.

52. Bericht vom 4. Mai 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Differenz zwischen Preußen und dem Fürstentum Lippe wegen Lippstadt. — Vgl. Poschinger II Nr. 121.

53. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. Mai 1855.

Ich habe bisher unter meinen Collegen nichts Näheres über die geheime östr. Circulardepesche ermitteln können, und glaube ich gern, daß keiner von ihnen sie kennt. Daß Graf Rechberg sie bis zum vergangnen Dienstag nicht kannte, halte ich für wahrscheinlich; er scheint aber überhaupt nicht zu den Eingeweihten des letzten Gedankens der Politik des Wiener Cabinetes zu [ge]hören. Sein von dem des Grafen Buol wesentlich verschiedner politischer Standpunkt, und die zwischen beiden seit dem Tode des Fürsten Schwarzenberg schon herrschende Verstimmung erklären das leicht. Dagegen wiederholte mir Herr von Glinka noch heut, daß ihm die Existenz der Piece, mit der Anknüpfung an den 14. Januar und der Drohung des Austrittes aus dem Bunde, ganz unzweifelhaft sei. Sein Gewährsmann habe sie gelesen und sei ein Mann, der in einer so bedeutungsvollen Sache weder sich noch ihn täuschen könne. Er, Glinka, erlaube mir, ihn fortan als komische Person zu behandeln und ihm nie wieder zu glauben, wenn die Sache sich als unbegründet erweise; ich habe auch sonst niemals erfahren, daß er leichtfertig im Glauben und Mittheilen ist. Seine Quelle ist vermuthlich der Fürst Witgenstein oder der Prinz Emil von Hessen. Daß letztrer durch den ziemlich bornirten Grafen Lützow Einsicht erhalten habe, ist leicht möglich. Abschrift soll keiner der östr. Agenten aus den Händen geben.

Rußland wird in [den] nächsten Tagen eine amtliche Mittheilung an den Bund richten, daß es die beiden ersten, sogenannten deutschen Punkte auf jeden Fall hin annehme, wenn Deutschland wegen der beiden andern die Neutralität nicht bricht. Es wird das auf den Bund einen sehr günstigen Eindruck machen und eine nützliche Waffe gegen etwaige Zumuthungen Östreichs bieten. Sollte es in München zu einem Wechsel kommen, der meinen Collegen Schrenk ans Ruder brächte, so halte ich dadurch für den Augenblick nicht viel verschlimmert. Schrenk ist von der Fehlerhaftigkeit der dermaligen Politik Östreichs vollständig durchdrungen und wird ihr entgegenwirken, so lange er Hoffnung hat, Östreich dadurch vom Bruch abzuhalten; fängt Östreich aber doch Krieg an, so glaubt er, daß man es nicht stecken lassen dürfe. Es fragt sich aber, ob der König Max mit einer für Baiern

kostspieligen und unfruchtbaren Hülfsleistung dann einverstanden sein würde. Ich halte die Frage nicht für practisch, weil ich immer noch der Überzeugung bin, daß Östreich nicht losgeht, ohne unser sicher zu sein, wie weit es auch die Demonstration und die mündliche Tapferkeit treiben mag. Die durch Herrn von Grancy nach Darmstadt gelangten Nachricht[en] über das friedliche revirement in Paris haben bisher von keiner Seite eine Bestätigung erhalten. Daß Grancy in bona fide an Dalwigk schrieb, ist gewiß, denn ich habe den Brief selbst gelesen.

Von französischer Seite soll jetzt für Östreich das Programm aufgestellt worden sein, Rußland jedes Überschreiten der türkischen Gränze, auch in Asien, bei Androhung der Kriegserklärung zu verbieten; es wäre das für Östreich ein Schritt weiter in dem System, nach welchem man den Russen die Fürstenthümer verschlossen hat, die ihren Gegnern theoretisch geöffnet blieben. Wenn Östreich dieß Programm acceptirt, so wird es dann ohne Zweifel versuchen, auch uns und den Bund wieder in die Solidarität zu ziehn. Meiner unvorgreifl. Ansicht nach können wir aber die Hand nicht bieten zu dieser plumpen List, um den Angriff im Falle des Bruches von Rußland ausgehend erscheinen zu lassen und dann den Aprilvertrag anzurufen. Es würde damit die ganze Türkei in die Kategorie der durch den letzten Zusatzartikel geschützten Donaufürstenthümer treten.

Graf Solms-Laubach sagte mir, daß der Prinz Bernhard Solms (Bruder des Königs Georg) die Nachricht von einem vollständigen Umschwung zu unsern Gunsten am Hanöverschen Hofe von dort mitgebracht habe; er dürfe mir nichts Näheres von Details mittheilen, wir würden uns aber bald davon überzeugen. Sollte Östreich im Handel über die Hanöversche Verfassung und über die Stimme Hanovers am Bunde vielleicht den Pferdefuß zu offen gezeigt haben? Es wäre ein sehr erfreulicher Vorgang, wenn sich die Nachricht als wahr erwiese. Daß mein College Trott abgeht, ist auch ein Gewinn; wenn ihm nur noch 4 oder 5 Krypto-Östreicher folgen wollten. Mit ausgezeichnetster Hochachtung verharre ich . . .

54. Schreiben vom 8. Mai 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. eine russische Mitteilung in der orientalischen Frage. Dritter Garantiepunkt. Geheime österreichische Zirkulardepesche. Französischer Ministerwechsel. Entstellte Mitteilungen über die Wiener Konferenzen. — Vgl. Poschinger II Nr. 123. S. 223 Zeile 3 ist vor „Zumutungen“ einzuschalten „allzu dreiste und bundeswidrige“, Zeile 14 vor „Werkzeug“ „willenloses“.

55. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. Mai 1855.

Wenn ich auch, durch Unwohlsein an das Zimmer gefesselt, erst wenige meiner Collegen hier habe sehn können, so will ich doch nicht unterlassen, über die von ihnen empfangnen Eindrücke vorläufig zu berichten. Graf Rechberg begrüßte mich mit dem Bedauern über meine frühe Rückkehr[1]), weil sie ihm den Beweis liefre, daß die von ihm erwarteten annähernden Verhandlungen zwischen uns und Östreich nicht in Gang gekommen seien. Im

[1]) Bismarck war vom 10.—15. Mai auf Veranlassung Manteuffels zur Besprechung der orientalischen Frage in Berlin

Laufe des Gesprächs setzte ich ihm auseinander, weshalb, meiner Meinung nach, angesichts der bisher von Sr. M. dem Könige gemachten Erfahrungen, die Initiative zu einer Verständigung gegenwärtig nicht von Berlin ausgehn könne, es vielmehr ein bemerkenswerther Beweis der bundesfreundlichen Gesinnung Sr. Majestät sei, wenn die Bereitwilligkeit, eine Annäherung Östreichs mit eingehendem Wohlwollen entgegenzunehmen, ungeschwächt fortbestehe. Graf Rechberg seinerseits sprach die Zuversicht aus, daß ein volles Einvernehmen zwischen uns in wenig Wochen herbeigeführt sein werde; es sei nur noch eine Frage der Form und der Initiative; vielleicht lasse sich diese dadurch umgehn, daß wir hier in Frankfurt die ersten Einleitungen machten, und er sei bereit, die Frage seinem Cabinete vorzulegen. Die Auffassungen beider Höfe würden durch die Gewalt der Umstände einander genähert, ein Versuch Frankreichs, an die Nationalitäten zu appelliren, könne Östreich schließlich zum Bündniß mit Rußland bringen, und übertriebne westmächtliche Forderungen an Rußland würden an sich schon die Solidarität zwischen Wien und Paris lösen. Ungeachtet dieser im Allgemeinen so zufriedenstellenden Auslassungen gelang es mir nicht, heraus zu bringen, welches spezielle Programm ihm als Grundlage einer Verständigung etwa vorschwebte. Ich warf die Frage auf, ob er eine Vereinigung der Contrahenten des 20. April für Vertretung der letzten östr. Vorschläge nach beiden Seiten hin im Sinne habe; er meinte, daß Östreich dieß nur dann versuchen werde, wenn die Westmächte ganz übertriebne Forderungen aufstellten; für den Augenblick schien er anzunehmen, daß die westliche Ablehnung mit Gegenvorschlägen begleitet sei, welche der Unterhandlung noch Nahrung böten. Ich hielt ihm die Symptome vor, welche uns auch jetzt noch, abgesehn von den Erfahrungen bei unsern bisherigen Spezial-Missionen nach Wien, Mißtrauen gegen die Absichten Östreichs einflößen müßten: die Haltung der Wiener Presse, das Verhalten des Grafen Buol gegenüber unsrer Mittheilung oder Anfrage vom 1. Mai, die Bearbeitung der deutschen Höfe, die Bestrebungen, Pfordten in Baiern zu stürzen u. s. w. Gegen letztern Punkt verwahrte er sich auf das Entschiedenste; er wünsche nichts dringender, als Pfordten im Amte erhalten zu sehn, Baiern werde einen so vernünftigen und ruhigen Minister schwerlich wieder bekommen, und wir seien sehr im Irrthum, wenn wir die ultramontane Partei mit Östreich identificirten; die erstre blase in der gegenwärtigen Frage in dasselbe Horn, aber mit ganz andern Absichten und Zielen, als Östreich. Diese Äußerung überraschte mich; um so mehr, als Rechberg mit Herrn von Schrenk, dem präsumtiven Nachfolger Pfordten's, in der engsten, auf Jugendfreundschaft begründeten Intimität lebt. Unser Gespräch hatte natürlich einen ganz vertraulichen und privativen Character, und ich bin eher geneigt, die Expectorationen Rechbergs für baare Münze als für das Gegentheil zu nehmen. Denn so sehr ich auch auf jeden Grad von verschlagner Falschheit bei östreichischen Diplomaten gefaßt bin, so traue ich diesem doch nicht eine so meisterhafte Vollkommenheit als Schauspieler zu, wie er besitzen müßte, wenn sein Benehmen nur Maske wäre. Freilich stehn Rechberg und Buol nicht in gleicher Linie, und der beste Wille des erstern bleibt unfruchtbar, wenn er nicht der Ausdruck von Wiener Stimmungen ist. Könnte er aber so sprechen und sich bereit erklären, aus dieser Tonart nach Wien zu schreiben, um sich zum Übergang aus dem Privatgespräche in offizielle Einleitungen autorisiren zu lassen, wenn er glaubte, mit seiner Auffassung allein und in der Luft zu stehn? Dazu ist die Disciplin in der östr. Diplomatie eigentlich zu streng, um es glauben zu können. Vielleicht denkt er sich die Herstellung der Einigkeit mit uns als einen Titel auf die Stellung, in der Buol allerdings nicht mehr festsitzen soll, wie man hier meint; die meisten deutschen Höfe haben in Wien unzweifelhaft erkennen lassen, daß Buol

ihnen ein Hinderniß des Vertrauens zu Östreich ist, und das Schimpfen über Buols Unfähigkeit und Anmaßung ist augenblicklich das Lieblingsthema aller Staatsmänner aus dem Bamberger Revier. Mit Frau von Brints, der Schwester seines Chefs, steht Rechberg in offner Fehde; der Anlaß dazu dürfte aber nicht aus Wien gekommen sein, sondern in dem Umstande liegen, daß Rechberg sich den abendlichen Whistparthien der Brints entzieht, um einen seit der Abreise des Grafen Thun leer gebliebenen Platz bei einer jüngeren, mit dem Hause Brints in Spannung lebenden Frau aus der Banquier-Sphäre auszufüllen. Frau von Brints ist nicht ohne Einfluß auf ihren Bruder, den sie bei der Eitelkeit zu fassen weiß, und Rechberg würde sich, namentlich bei der provisorischen Stellung, in der er sich, ohne Offenhaltung seines früheren Postens befindet, mit ihr nicht brouilliren, wenn er nicht anderweiten Rückhaltes gegen etwaige üble Launen seines Chefs sicher wäre. Insofern ist die Sache immer ein Symptom.

Glinka sagt mir, daß er nunmehr auch von einer zweiten, eben so sichern Seite über die Existenz der mehrerwähnten geheimen Instruction Östreichs vergewissert worden sei; unzweifelhaft hätten in Cassel und Hanover die Vertreter des Wiener Cabinetes Eröffnungen darüber gemacht, nachdem ihnen auf persönliches Ehrenwort Stillschweigen versprochen sei. An alle Höfe sei ein Auftrag der Art nicht ergangen; in Kassel werde man jetzt durch Herrn von Meier vielleicht etwas darüber ermitteln können.

Andre meiner Collegen erzählen mir, daß Buol bis zum Abschied von Drouyn de L'Huys[1]) sich der unbedingten Sicherheit überlassen habe, daß nunmehr durch ihn und ohne Preußen das Arrangement der großen Frage fertig sei! In dieser Stimmung hat er dann ohne Zweifel die erste schnöde Antwort auf unsre Depesche vom 1. Mai an Arnim gegeben und eine längre Abwesenheit des östr. Gesandten von Berlin intendirt, um zu „boudiren“. Er hat nicht im Traume daran gedacht, daß Drouyn de L'Huys' Einwilligung an der Nichtratification in Paris scheitern könne.

Meine Ermittlungen über die Opportunität eines auf die russischen Erklärungen zu gründenden Antrages haben mich nur in meiner frühern Meinung bestärkt, obschon ich gegen einige meiner Collegen die Vermuthung zu Hülfe nahm, daß Östreich selbst wünsche, sich eine douce violence durch Bundesbeschluß anthun zu lassen. Das Wesentliche ihrer Auslassung ist ungefähr wie folgt: „Wir alle wünschen nichts dringender, als Neutralität, offen und amtlich ausgesprochen[2]) unter Preußens und Östreichs gemeinsamer Ägide; der Moment, Östreich dafür zu gewinnen und es von Frankreich zu lösen, ist ohne Zweifel günstig; die Birne fällt sogar wahrscheinlich von selbst und ohne daß wir schütteln, weil sie reif ist, verlangt also nicht, daß wir, nachdem wir am 8. Februar so heldenmüthig gegen Östreich aufgetreten sind, jetzt, wo es voraussichtlich auch ohne das zur Einigung kommt, den Zorn Östreichs noch mehr gegen uns schwache Staaten reizen. Was zu thun ist, müßt Ihr Preußen thun, und bringt Ihr einen Antrag ein, den Östreich billigt oder doch zuläßt, so wollen wir einstimmig Neutralität und was Ihr wollt, votiren, aber muthet uns jetzt keinen Beschluß zu, den Östreich ernsthaft bekämpft.“

Ich glaube, daß wir hier jetzt keine Thaten zu Stande bringen und das einzige Mittel, unsre Politik in Deutschland zu fördern, darin besteht, daß Östreich sich mehr und fester von der Überzeugung durchdringt, daß wir es in sein Verderben rennen lassen und vielleicht davon profitiren, wenn es auf der frühern Bahn beharrt, mag es andre Bundes-

---

[1]) Am 7. Mai 1855 war Graf Colonna Walewski an Stelle von Drouyn de L'Huys Minister des Auswärtigen geworden.

[2]) Poschinger hat irrig: ohne es amtlich auszusprechen.

staaten fortreißen oder nicht, daß wir es aber mit offnen Armen empfangen, wenn es sich zu einer vernünftigen und deutschen Politik bekehren will. Dann wird es schließlich den Weg zu unsrer Thür und den Vorwand, sich von Frankreich zu lösen, schon zu finden wissen; denn sicher hat es in dem Dezemberbündniß jetzt schon das Gefühl der Ratte in einem baufälligen Hause. Der Glaube an Napoleon's Stern ist überall im Sinken, namentlich auch hier. Tallenay fürchtet sehr für seinen Posten; er glaubt, daß man ihn durch eine weniger friedliebende Persönlichkeit werde ersetzen wollen. Es wäre das sehr unklug, denn der hiesige Geschäftsgang verlangt Ruhe im Blut, mehr wie jeder andere. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

56. Bericht vom 23. Mai 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Publikation der Bundes-Preßbestimmungen in Preußen. — Vgl. Poschinger II Nr. 125.

57. Bericht vom 25. Mai 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die russische Mitteilung an den Bund. Graf Rechbergs Hoffnung einer Verständigung zwischen Preußen und Österreich. — Vgl. Poschinger II Nr. 126. Dort ist der Schlußsatz weggeblieben. Dieser lautet: „Wenn er dieselben Hoffnungen vielfach gegen unsere Kollegen äußert, so kann dadurch natürlich die Abneigung der letzteren gegenwärtig zu einem Beschlusse mitzuwirken, gegen welchen eine der beiden Großmächte sich in Opposition befände, nur verstärkt werden."

58. Vertraulicher Bericht vom 30. Mai 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die kurhessische Verfassungsfrage. Herr v. Dörnberg. Kurhessische Verhältnisse. — Vgl. Poschinger II Nr. 127.

59. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. Juni 1855.

E. E. habe ich schon auf telegraphischem Wege g. angezeigt, daß Graf Rechberg, wenn er nicht inzwischen anderweitige Instruktionen erhält, sich der einfachen Aufnahme der zu erwartenden russischen Mitteilung[1]) in das Protokoll nicht widersetzen und seinerseits keine Diskussion daran knüpfen wird. Herr von Glinka wünschte selbst, daß ich vor ihm und jedenfalls bald mit Graf Rechberg sprechen möchte, um ihn in betreff der Haltung, welche er beobachten werde, zu sondieren. Mein österreichischer Kollege schien, als ich ihm die erste Mitteilung machte, vielmehr besorgt zu sein, daß von unserer Seite Diskussionen und sofortige weitere Schritte an die russische Eröffnung würden geknüpft werden, und er war sichtlich erleichtert, als ich ihn hierüber beruhigte. Er erklärte sich sofort bereit, die Sache in der von uns gewünschten Art zu behandeln, und wird es nur darauf ankommen, daß wir uns über die Ausdrücke des accusé de réception verständigen. Die ganze Sache selbst war dem Grafen Rechberg offenbar sehr unwillkommen, und wenn er gar keinen

[1]) Gemeint ist die russische Depesche vom 30. April 1855. Vgl. unten S. 52.

Versuch machte, sie dadurch zu hintertreiben, daß er eine unwillkommene Erörterung in Aussicht stellte, so sehe ich darin nur einen neuen Beweis, daß er und seine Regierung gegenwärtig auf die Vermeidung einer solchen einen sehr hohen Wert legen.

Inzwischen hat auch Herr von Glinka dem Grafen Rechberg heut von seiner Absicht Mitteilung gemacht und dieselbe Aufnahme dabei gefunden, wie ich gestern, so daß Herr von Glinka dem Präsidialgesandten erklären konnte, er werde nach Petersburg melden, daß das Aktenstück ohne Weiterungen zu Protokoll genommen und eine höfliche Empfangsbescheinigung werde erteilt werden.

Gerne würde ich die Erledigung der Angelegenheit schon in der gestrigen Sitzung betrieben haben, um dem vorzubeugen, daß in der Zwischenzeit durch Weisungen aus Wien die Auffassung des Grafen Rechberg geändert werde. Indessen erhielt ich die Expedition vom 7. durch den russischen Courier erst kurz vor der Sitzung, und die vom 5. über Köln, welche abzuwarten ich angewiesen war, erst am Nachmittag. *Mit der Mitteilung an Graf Rechberg bis kurz vor der nächsten Sitzung zu warten, schien mir nach Erwägung der Frage mit Herrn von Glinka nicht empfehlenswert, weil sich nicht voraussehen ließ, ob nicht Graf Rechberg, um Zeit zu einer Anfrage in Wien zu gewinnen, alsdann die geschäftliche Behandlung der Sache noch auf eine weitere Sitzung hinausschieben werde, was nach der Geschäftsordnung jeder Gesandte in betreff einer neueingebrachten Vorlage verlangen kann.

Diejenigen meiner Kollegen, mit denen ich bisher zu vertraulicher Besprechung gelangt bin, zeigten sich mit allem zufrieden, worüber ich mich mit Graf Rechberg verständigen würde, wenn nur für sie die Erneuerung der Verlegenheit, zwischen Preußen und Österreich wählen zu müssen, vermieden werde.*

Genehmigen 2c.

P[ost]s[c[riptum].

[Eigenhändig.]

So eben besucht mich Herr von Glinka zum zweiten mal und sagt mir, daß Graf Rechberg ihn um eine nochmalige Unterredung ersucht und seine erste Versicherung dahin reformirt habe, daß er nur ein einfaches accusé de réception geben könne, ohne irgend eine Phrase der Anerkennung; verlange man mehr, so müsse er auf Instructionseinholung antragen, weil darin ein Eingehn in den materiellen Inhalt liege, zu dem er nicht berechtigt sei; er habe sich mit seiner ersten Zusage einer freundlichen oder anerkennenden Empfangsbescheinigung übereilt. Unter diesen Umständen würde ich g. anheimgeben, sich mit einem trocknen accusé de réception zu begnügen, damit die Sache nur in die Protokolle gelangt und nicht durch Instructionseinholung verschleppt wird.

60. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

9. Juni[1]) 1855.

In den letzten Wochen habe ich zur Berichterstattung wenig Veranlassung gehabt, indem zu der geschäftlichen Stille die Abwesenheit eines Theils meiner Collegen kam,

[1]) In der Vorlage steht verschrieben: Mai.

welche die sitzungsfreie Woche nach dem Feste[2]) benutzten, um bei der ungewöhnlichen Hitze der Stadt zu entfliehn. Indem ich meinen g. Dank für die schnelle und umfangreiche Information sage, welche ich von E. E. Geneigtheit in den letzten Tagen erhalten, beziehe ich mich wegen der Glinka'schen Mittheilung auf den beifolgenden vertraulichen Bericht.[3]) In Rechbergs erster Bereitwilligkeit zu einer anerkennenden Erwidrung sehe ich den Ausdruck seiner persönlichen Überzeugung und finde es natürlich, daß er, wahrscheinlich nach Rücksprache mit seinen Beamten, zu der Besorgniß gelangt ist, mehr gesagt zu haben, als man in Wien billigen werde. Bei der zweiten Unterredung hat er Glinka vorgeschlagen, sich mit einer Empfangsanzeige des Präsidiums und der Versicherung, daß er die Note der Bundesversammlung vorlegen werde, zu begnügen, worauf Glinka mit Recht nicht eingegangen ist. Eigenthümlich ist eine Äußerung Rechbergs dabei: Glinka möge 14 Tage warten, ehe er die Vorlage mache, alsdann werde er voraussichtlich im Stande sein, sie ohne Instructionseinholung in erwünschter Weise zu beantworten. Glinka sah hierin nur eine Ausflucht; ich möchte eher annehmen, daß Rechberg wirklich an eine baldige und offizielle Schwenkung Östreichs glaubt. Er würde sich sonst durch solche und ähnliche Redensarten zu sehr das Terrain für Operationen im entgegengesetzten Sinne verderben. Bei der Note vom 30. April ist schließlich doch die Hauptsache, daß sie ein Bestandtheil der Bundesprotokolle wird, und daß durch die Empfangsbescheinigung eine Art von Acceptation des russischen Anerbietens und durch das Ausbleiben irgend welcher Gegenerklärung oder Verwahrung eine Bresche in dem System der Solidarität der vier Punkte hergestellt wird. Ich habe daher Glinka zugeredet, die Übergabe nicht weiter zu beanstanden, wenn auch nur eine trockne Empfangsbescheinigung darauf erfolgte. Was sich thun läßt, werde ich thun, um mit Rechberg ein möglichst höfliches accusé de réception zu Stande zu bringen, welches dann in der nächsten Sitzung zugleich mit der russischen Note als Entwurf der Antwort vorgelegt werden würde. Mit einem östreichischen Antrage auf Instructionseinholung würde eine Aussicht auf Verweisung an die Ausschüsse sich verbinden und dadurch die ganze Sache zu lang und zu breit werden.

Heut um 11 passirte S. K. H. der Prinz von Preußen hier durch, um einen Besuch in Darmstadt zu machen und auf Schloß Auerbach, an der Bergstraße, mit den hessischen Herrschaften zu diniren. Heut Abend kehrt S. K. H. nach Mainz zurück.

Vorgestern machte ich dem Herzoge von Nassau in Vieberich meine Aufwartung. S. H. sprach sich stark antiöstreichisch und noch stärker antikatholisch aus und war sehr gnädig für mich. Er ist unter den regierenden Herren der Nachbarschaft derjenige, mit dem [m]an am unbefangensten, ganz wie mit einem Privatmanne, verkehren kann. Er gab mir eine Bestätigung der Existenz der östreichischen Circular-Instruction mit der Drohung des Austrittes aus dem Bunde, aber in einer Weise, daß darin ohne Zweifel nur ein Blendwerk für die Westmächte gelegen hat, um ihnen einen Begriff von Östreichs Eifer zu geben. Die Eröffnung ist nämlich von Östreich in Darmstadt gemacht und dort von Graf Rechberg mündlich mit anscheinendem Ernste unterstützt worden; in derselben Woche aber hat sich Rechberg gegen den Herzog Adolph in ganz entgegengesetztem Sinne über die Nothwendigkeit und den Entschluß Östreichs, fest am Bunde und mit den übrigen deutschen Staaten zusammen zu halten, in einer Art ausgesprochen,

---

[2]) Am 27. Mai war Pfingsten.
[3]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

die wenig Sympathie für den Westen verrieth. Der Herzog betrachtete als Grund dieser Verschiedenheit in Rechbergs Reden lediglich die Ansicht, daß das in Darmstadt Gesagte nach Frankreich transpiriren werde, die Äußerungen gegen ihn selbst aber nicht. Als Quelle für die Angaben von der östr. Insinuation in Darmstadt bezeichnete der Herzog die dortigen Herrschaften selbst. S. H. sagte, er wolle diese Zweideutigkeit, als nur auf die Täuschung Frankreichs berechnet, wohl entschuldigen, das Circular vom 14. Januar aber bleibe ein beklagenswerther Beweis der Geringschätzung, welche Östreich für die feierlichsten Bundesverträge innerlich hege, und er begreife nicht, wie das Wiener Cabinet glauben könne, daß man auf seine „Garantien" von 1855 irgend welchen Werth lege, wenn es die der Bundesacte für unzulänglich ansehe.

Graf Kielmannsegge klagt mir, daß Nostitz in Hanover sehr geschäftig sei, für die Reactivirung des Ministers von Münchhausen zu wirken; dasselbe wird mir direct aus Hanover, von Bekannten in den dortigen Hofkreisen, geschrieben, mit dem Zusatz, daß Nostitz sich von der Gräfin Grote irre führen lasse (was die mit Münchhausen für Beziehung hat, weiß ich indessen nicht), und daß der König persönlich einen großen Widerwillen gegen Münchhausen habe. Wenn letztrer ans Ruder käme, so fürchte ich, abgesehn von seiner großen Unzuverlässigkeit, daß er manches thun würde, um sich dem Könige gegenüber von dem Verdacht zu reinigen, ein „Preuße" zu sein. *Er hat allerdings den Septembervertrag mit uns geschlossen, aber, wie man sagt, nur in der Aufgeregtheit über die maßlos schlechte Behandlung, die ihm persönlich vom Fürsten Schwarzenberg in Dresden zu Theil geworden ist, der ihn augenfällig gegen Schele, den damaligen zweiten Bevollmächtigten zurückgesetzt hat. Münchhausen würde durch seine constitutionellen Antecedentien sehr genirt sein im Kampfe gegen die dortigen Zustände und wahrscheinlich capituliren und concediren, dadurch allerdings für den Augenblick Hanover mehr Selbständigkeit nach Außen geben, während ein Ministerium, welches zum Bruch mit der gegenwärtigen Verfassung gelangt, für längere Zeit der Anlehnung, besonders an uns, bedürftig sein würde. Auf die Dauer aber würde durch das Verständigungssystem Münchhausens die Hanöversche Demokratie nur tiefere Wurzeln gewinnen.*

S. K. H. den Prinzen von Preußen fand ich über die orientalische Frage sehr ruhig gestimmt; er verurtheilte die östreichische Politik als doppelzüngig, womit ich sehr einverstanden war, und fürchtete russische Siege in offnen Schlachten in der Krim und demnächstige dominirende Stellung Rußlands. Aber er sprach über die Dinge ohne alle Erregtheit.

An E. E. Güte erlaube ich mir noch eine g. Bitte zu richten. Als der Minister von Dalwigk den Rothen Adler bekam, glaubte ich, daß man diese von ihm noch zu verdienende Auszeichnung mit einer ähnlichen für Canitz erwidern würde. Dies ist nicht geschehn, und durch Arnim, der so eben aus Rom hier ankommt, höre ich, daß Canitz, der sonst von Ordenssucht sehr frei ist, in dieser einseitigen Courtoisie eine Art nachträglicher Anerkennung sieht, daß in dem Streit das Unrecht auf seiner Seite gewesen sei. Seine Kränkung darüber wird noch dadurch geschärft, daß er von Rom aus Kenntniß von dem fabelhaften Brief Dalwigks an Görtz erhalten hat. Würden E. E. nicht vielleicht geneigt sein, diesem so natürlichen Eindruck der Sachlage auf Canitz Rechnung zu tragen, und durch Perponcher vertraulich dahin wirken lassen, daß von Darmstädter Seite die Gleichheit zwischen den beiden Streitern hergestellt und Canitz ein analoges Friedenspfand zu Theil werde wie seinem Gegner? Bei dem lebhaften persönlichen Wohlwollen,

welches der Großherzog stets für Canitz hegte, dürfte das m. E. nicht schwer fallen, wenn Perponcher womöglich Sr. K. Hoheit direct, in vorsichtiger Weise insinuirt, daß eine derartige Erwiderung der von uns geübten Courtoisie von E. E. erwartet worden und den Anstandsregeln entsprechend sei. *Ich habe mir den Vorwurf zu machen, nicht früher die Sache von der Seite aufgefaßt zu haben, und bin deshalb selbst dabei interessirt, daß E. E. Güte eine Remedur für mein Versehn erfindet. Denn jetzt sieht es allerdings etwas so aus, als hätten wir schließlich die Ansicht gewonnen, daß Dalwigk mehr als Canitz im Recht gewesen sei, und die Schuld davon trifft mich vorzugsweise.

Der Polizeileutnant Goldheimer ist seit gestern hier und stellt mir die Herkunft des Herrn v. Hinkeldey in Aussicht. Er hat sein Augenmerk auf die katholischen Umtriebe, die Volkshalle, das Bonifaciusfest[1]), gerichtet; diese Verschwörer halte ich jetzt allerdings für uns gefährlicher als die Demokratie.

Die Winterfrucht steht schlecht hier; der Roggen so dünn, wie ich ihn in guten Gegenden niemals gesehn habe, und die Preise werden durch die Erndte schwerlich heruntergedrückt werden.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich* . . .

61. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. Juni 1855.

E. E. beehre ich mich auf die Gefahr hin, etwas nun schon Bekanntes zu schicken, Abschrift des östr. Circulars vom 25. v. M. zu überreichen. Es scheint nicht, oder doch nicht überall, in Abschrift mitgetheilt worden, sondern nur eine Instruction zu mündlicher Benutzung zu sein. Mein Gewährsmann hat mir das Wort abgenommen, ihn nicht zu nennen und die Sache nicht in die Zeitungen zu bringen. Es scheint, daß sich Östreich in letzterer Beziehung überall feierliche Versicherungen hat geben lassen. Zugleich füge ich den Wortlaut der mit Rechberg verabredeten Antwort auf die Note von Glinka bei. Mehr ließ sich ohne Instructionseinholung nicht erreichen.

Entschuldigen E. E. die Flüchtigkeit und die formlose Abschrift der Note mit Umständen, deren Erwähnung zu weit führen würde. Die heut im Ausschuß auftauchende Besorgniß vor der baldigen Rückkehr Prokeschs beschwichtigte Rechberg mit den Worten: „Nun, er ist noch nicht hier". Er bat mich übrigens, von uns jetzt keine Demonstrationen gegen Prokesch zu machen, weil man gar nicht wissen könne, wie das auf Buols Widerspruchsgeist wirke. Nach Constantinopel will Prokesch nicht, weil es dort zu theuer sei, namentlich die erste Einrichtung. Rechberg sagte mir, daß er selbst aus eben diesem Grunde den Posten abgelehnt habe. In der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

62. Bericht vom 15. Juni 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Antrag Preußens auf Aufhebung der Spielbanken. — Vgl. Poschinger II Nr. 131.

---

[1]) Anläßlich des 1100. Todestages des heiligen Bonifazius (5. Juni) fanden in Fulda damals Festlichkeiten statt.

63. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. Juni 1855.

E. E. chiffrirte telegraphische Depesche habe ich gestern die Ehre gehabt zu erhalten, und nehme ich aus derselben zuerst Veranlassung, einen ungenauen Ausdruck meiner g. telegraphischen Meldung von vorgestern zu berichtigen; ich hatte mich dabei des Wortes Neutralität bedient, wo mein Gewährsmann nur von einer Zusage Östreichs, sich am Kriege nicht zu betheiligen, gesprochen hatte. Mehre übereinstimmende Privatnachrichten aus Wien, auch solche, die ich durch französische Mittelspersonen erhalten, sprechen von einer auffälligen, ich möchte sagen, übertriebnen Zuthunlichkeit des Grafen Buol und seiner Freunde, auch Prokeschs, „zu Gorczakow und den Russen im Allgemeinen". Die fortwährend schonende Haltung Frankreichs gegen das Wiener Cabinet läßt sich, auch ohne daß man an die fernliegende Eventualität eines Französisch-Östreichisch-Russischen Systems im Schwarzenbergischen Sinne gegen Preußen und England denkt, daraus erklären, daß Östreichs mehr oder weniger freundliche Haltung für die Kriegführung der Westmächte immer noch ein Moment von höchster Wichtigkeit bleibt, wenn auch Östreich am Kriege selbst nicht theilnimmt. Außerdem bleibt Östreich, nach Religion und Regirungssystem, der am meisten wahlverwandte Bundesgenosse Napoleons, wenn sonstige Verhältnisse es erlauben; daß Letztres gegenwärtig nicht der Fall sei, wenigstens nach der Wiener Ansicht, scheint die, als sicher bevorstehend gemeldete, zeitweilige Entfernung Hübners von seinem Posten anzudeuten. Wenn das aber der Fall ist, so verstehe ich nicht, wie es möglich ist, daß Östreich nicht mit mehr Empressement die Verständigung und Anlehnung bei uns aufsucht, wo es allein in seiner neuen Stellung einen Anhalt finden kann, den ihm Rußland doch weder ausreichend, noch auch in dem gewünschten Sinne jetzt gewähren kann. Es mag sein, daß es dem Grafen Buol zu schwer wird, mit irgend guter Mi[e]ne seine persönlichen Gefühle gegen uns zu überwinden, nachdem in seinem Sinne nur Preußen daran Schuld ist, daß er nicht ein[e] sehr große Rolle in Europa hat spielen können. Besonders aber rechnet man in Wien wohl wieder überstark auf eine Ausbeutung der edlen Gesinnungen Sr. Majestät und denkt unsre bescheidne Bundesfreundlichkeit mit einem dargebotnen kleinen Finger fortzureißen, indem Östreich als „das wahre und nicht bloß formelle Präsidium" vor den Bund[1]), als dessen geborner Leiter der auswärtigen Politik, tritt und von der übrigen Gesammtheit, Preußen mit eingerechnet, die rückhaltlose Billigung einer für uns alle noch unklaren Stellung und Richtung der Wiener Politik zu verlangen gedenkt. Ich weiß nicht, ob dem Grafen Buol selbst ein ganz deutliches Ziel seiner Politik vorschwebt; ich glaube es kaum, wenn man nicht das instinctive Gefühl dafür nehmen will, daß Östreich in dieser Krisis einen Profit machen könne, und daß es dabei so viel oder so wenig einstecken will, als es ohne g r o ß e Gefahr vermöge seiner Fingerfertigkeit ablangen kann. Die Russen aus der Südgränze los zu werden und die Donauschiffahrt mehr nach östreichischem Interesse zu reguliren, ist schon ein erfreulicher Vortheil, aber er fällt zu leicht und ehrlich in die Hand, um zu genügen. Wollte Östreich damit zufrieden sein, so hätte es das ohne Zweifel schon vor dem Dezember mit uns und mit Rußland erreichen können, ohne sich in waghalsige und theure Verbindlich-

---

[1]) In der Vorlage steht verschrieben: dem Bunde.

keiten mit dem Westen einzulassen. Zeitweise im abgelaufenen Jahre mag dem Wiener Ehrgeiz der Besitz der ganzen Donau und eines Theils der Küste des Schwarzen Meeres als erreichbar vorgeschwebt haben, und die Hoffnung auf die Donaufürstenthümer hat man ohne Zweifel noch nicht aufgegeben. Wenn wirklich, wie ich mir vorgestern, auf Grund einer vielleicht übertreibenden, aber schwerlich erfindenden Quelle zu melden erlaubte, in Wien geheime Verhandlungen mit Petersburg beabsichtigt sind, um auch von Rußland eine tractatenmäßige Anerkennung der östreichischen Besetzung der Fürstenthümer auf ungewisse Dauer zu erlangen, so ist das eine wesentliche Befestigung der Einnistung Östreichs in jenen Ländern und eine wichtige Vervollständigung des Systems, welches aus dem Vertrage mit der Türkei und aus der Garantie Preußens und Deutschlands durch den Zusatzartikel gewoben worden. Der Letztre schützt die östr. Besatzung der Fürstenthümer ebensowohl gegen einen Angriff der Westmächte, und auch in dem Falle, daß Östreich kraft einer neuen Stipulation mit Rußland den Westmächten die Fürstenthümer schlösse. Die Zeit muß lehren, ob die Ereignisse bis zum Frieden Östreich gestatten, die Nützlichkeit, welche es für jeden der kriegführenden Theile in jenen Ländern haben kann, erfolgreich genug auszubeuten, um sein Ziel vollständig zu erreichen. Kann es die Provinzen selbst nicht gewinnen, so wird es wenigstens das alleinige Protectorat und in möglichst strammer Form davonzutragen suchen; zeigt sich auch dies als unerreichbar, so wird es jedenfalls bemüht sein, für seine außerordentlichen Anstrengungen zu Gunsten anerkannter deutscher Interessen dem Bunde eine Kostenliquidation anzubringen, und auf dieselbe nehmen, was es kriegen kann. Letztres wird hoffentlich nicht viel sein, aber an den Anstrengungen Östreichs, etwas zu erhalten, wird es nicht fehlen. Schon jetzt tauchen in dieser Beziehung wieder Andeutungen der offiziösen östr. Presse auf, die sich bis zu der Behauptung versteigt, die Kaiserl. Truppen in der Moldau und Wallachei seien, auf Grund des Beschlusses vom 9. Dezember, schlechtweg „Bundestruppen“.

Ich bin sehr neugierig auf die Vorlagen, die Östreich machen wird, und ob sich wirklich etwas Klares über die Stellung, welche wir billigen, über die Intentionen, welchen wir Unterstützung zusagen sollen, daraus wird entnehmen lassen, namentlich über den nunmehrigen Werth oder Unwerth des Dezemberbündnisses und über die daraus noch möglichen Folgerungen. Als ein Symptom der Aufrichtigkeit würde ich es betrachten, wenn die östreichischen Anträge Wendungen enthielten, welche, nachdem der Bund sie angenommen hätte, benutzt werden könnten, um Titel für eine Kostenliquidation daraus zu schmieden; fehlen dergleichen, so würde ich zu dem Verdacht gelangen, daß die jetzigen Anträge nur einen Durchgangspunkt zu weitern Manövers bilden.

Sind die zu erwartenden Vorlagen wider Erwarten klar und ehrlich genug, daß sie sich zu einem gemeinschaftlichen deutschen Programm eignen, so möchte ich E. E. die offne Frage zu geneigter Erwägung g. vorlegen, ob nicht, anstatt einer östreichischen, von Preußen und den übrigen Bundesstaaten anzunehmenden, eine gemeinsame Vorlage beider Großmächte dem Bunde zu machen sein möchte, wenn auch die bisherige Sonderstellung Östreichs demselben nöthig erscheinen ließe, eine eigne Erklärung nebenher oder wenigstens eine getrennte Motivirung zu geben. Ich verkenne nicht die Gefahren, denen wir bei dem System gemeinsamer Erklärungen ausgesetzt sind, und unser Antheil an einer solchen müßte jedenfalls kurz und unverfänglich sein. Auch macht es den Mittelstaaten vielleicht einen angenehmern Eindruck, wenn wir mit ihnen außerhalb der Antragstellung stehn und sie mit uns den Antrag am Bunde prüfen und discutiren, anstatt ihn aus der Hand der beiden Großmächte als eine fertige Pille zu bekommen, die sie schlucken müssen, wie sie

ist. Auf der andern Seite ist unsre Rolle ohne Zweifel formell vornehmer, wenn wir Östreich als Mit-Antragsteller gewissermaßen in das Bundesconcert wieder einführen, nachdem es sich außerhalb mit uns verständigt hat; und der Eindruck von Verständigung ist dann für das Ausland stärker und schneller, als wenn Preußen noch mit zur Ausschußprüfung der östr. Vorlagen schreitet. Ich nenne meine Frage eine offne, weil ich selbst noch keine klare Ansicht habe, die ich bei E. E. befürworten könnte. Es hängt wohl wesentlich von dem Inhalt der östr. Vorlagen ab, ob die eine oder die andre Manier mehr Vorzüge hat.

Rechberg klagt gegen Vertraute über die Schwierigkeit seiner Stellung zu Buol, zu Prokesch und zur offiziösen Wiener-Frankfurter Presse. Es scheint, daß Prokesch die Beamten hier noch immer direct instruirt, nebenher natürlich. Daraus, daß dieß mit Erfolg möglich ist, kann man schließen, daß er doch wieder herkommt, sonst würden die Beamten sich nicht um seinetwillen Weiterungen mit Rechberg machen.

Tallenay glaubt, daß der Verlust der Franzosen vor dem Mamelon[1]) 6000 Mann betragen habe, er fürchtet große Unfälle schließlich in der Krim, und meint, daß die freundliche Haltung des französ. Cabinetes gegen das Wiener in ähnlicher Besorgniß ihren Grund habe. Er sieht sehr schwarz, wenn er im Vertrauen offen wird. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

64. Schreiben vom 23. Juni 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. eine beabsichtigte neue Vorlage Österreichs in der orientalischen Frage. Absichten des Wiener Kabinetts und Stellungnahme Preußens dazu. — Vgl. Poschinger II Nr. 133.

65. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

30. Juni 1855.

E. E. g. vertraulichen Erlaß vom 28.[1]) habe ich gestern erhalten, und erlaube ich mir der h. Weisung in betreff des österreichischen Entwurfs in nachstehendem g. zu entsprechen.

Nach dem ersten Eindruck, den mir der österreichische Entwurf gemacht hat, scheint derselbe, wenn auch nicht unmittelbar, doch seiner Tendenz nach darauf berechnet, die Unterschiede der diesseitigen und österreichischen Stellung in allen Punkten zugunsten der letzteren zu beseitigen. Der Entwurf stellt den Inhalt der Aktenstücke, welche Österreich dem Bunde zu überreichen beabsichtigt, nämlich den Vertrag vom 2. Dezember, das Memorandum vom 28. Dezember und das Verhalten Österreichs in den Konferenzen überhaupt, als eine natürliche Konsequenz der Verabredungen dar, welche Österreich mit Preußen und dem Bunde getroffen habe. Österreich legt diese Urkunden als einen Beweis vor, mit welcher beharrlichen Tätigkeit das Kaiserliche Kabinett die Richtung verfolgt habe, welcher Preußen und der Deutsche Bund durch den Zusatzartikel vom 26. November und die Beschlüsse vom 9. Dezember[2]) ihren Beistand zugesichert hätten. Das Kaiserliche

63. [1]) Die Franzosen hatten am 7. Juni vor Sebastopol den „grünen Hügel" (Mamelon vert), ein Außenwerk an der Ostfront der Festung, erobert.

65. [1]) Inhalt vgl. Poschinger II S. 242, Anm. 3.
[2]) Vorlage irrig: November.

Kabinett deklariert damit den Beschluß vom 9. Dezember auch jetzt noch einseitig in seinem Sinne und dehnt am Schlusse des Entwurfs die Deklaration in dieser Richtung auf den Beschluß vom 8. Februar wegen der Kriegsbereitschaft aus.

Ich kann den Gesamteindruck des Entwurfs nicht besser wiedergeben, als mit den Worten der Befürchtung, welche einer meiner Kollegen in diesen Tagen äußerte: „Österreich wird nichts weiter tun, als uns das bedenkliche Fahrzeug, dessen Besteigung wir vor einem halben Jahre verweigerten, etwas näher schieben und seine Einladung etwas freundlicher wiederholen, die Gefahr aber bleibt dieselbe." Ich kann diese Auffassung nach Durchlesung des Entwurfs nur im vollsten Maße teilen, und habe nicht geglaubt, daß der letztere so weit gehen würde in dem unveränderten Festhalten an dem bisher von Österreich im Bunde vertretenen Standpunkte, in der ausdrücklichen Hervorhebung desselben und in der Wiederholung insidiöser Versuche, uns und dem Bunde diesen, dem unsern entgegengesetzten Standpunkte unterzuschieben, als ob er eine selbstverständliche Konsequenz unserer Bundes- und Vertragspflichten wäre. Der Entwurf, wenn er bekannt wird, muß ein wesentliches Gewicht auf die Seite derjenigen mißtrauischen Ansicht werfen, welche in dem gesamten neueren Verhalten Österreichs nur einen vorsichtiger und tiefer angelegten Plan erblickt, die früher am Bunde fehlgeschlagenen Versuche zu erneuern, während man die gebieterischen Forderungen der eigenen finanziellen Lage gleichzeitig berücksichtigt und zu jenem Plane benutzt.

Wenn wir eine rückhaltlose Billigung der Haltung Österreichs, wie sie in dem Entwurf charakterisiert wird, aussprechen wollten, so würde damit gesagt sein, daß wir den Abschluß des Dezembervertrages, unseren Ausschluß aus den Konferenzen, das einseitige Vorgehen Österreichs in diesen Konferenzen, den Entschluß Österreichs, seine Auslegung der vier und namentlich des dritten Punktes als Ultimatum gegen Rußland aufzustellen und kriegerisch durchzuführen, billigen und anerkennen. Unleugbar aber ist doch, daß alle diese Handlungen Österreichs mit der diesseitigen Stellung im ausgesprochenen Widerstreit stehen, und daß gerade vermöge dieser Akte, welche wir billigen sollen, Österreich die Rücksichten, welche es seinen deutschen Bundesgenossen auf Grund der alten und der neuen Verträge schuldete, auf das schwerste verletzt hat. Billigen können wir, wenn wir nicht mit uns selbst in Widerspruch treten wollen, das Verhalten Österreichs erst von dem Zeitpunkte an, wo das Kaiserliche Kabinett nach Ablehnung seiner Vorschläge in Paris und London scheinbar eine neue, seinen Bundes- und Vertragspflichten gegen Deutschland entsprechendere Richtung einschlug, und auch von da ab würde sich eine Anerkennung der „Gesinnungen und Entschlüsse" Österreichs nur eben auf den bezeichneten Moment beschränken können, solange wir auch nicht einmal die unbedeutendste Garantie einer wirklichen Sinnesänderung Österreichs in Händen haben. Die Rückkehr des Herrn von Prokesch an Stelle des Grafen Rechberg[3]) wird in hiesigen Kreisen als ein bedenkliches Symptom für die Absichten des Wiener Kabinettes aufgefaßt. Man glaubt von ihm nichts anderes als eine Fortsetzung derjenigen Politik erwarten zu können, welche er seit einem Jahre in einer so wenig maßhaltenden Weise vertreten hat, daß selbst einem Charakter wie dem seinigen eine veränderte Haltung kaum möglich sein dürfte. Die einzigen Modifikationen in der Politik Österreichs, auf die man gefaßt ist, berühren nicht die Zwecke, sondern nur die Mittel dieser Politik. Man wird in letzteren denjenigen Wechsel eintreten lassen, welcher teils durch die früheren Nichterfolge, teils durch die Unfähigkeit

[3]) In der Sitzung des Bundestages vom 28. Juni war angezeigt worden, daß Prokesch demnächst wieder die Geschäfte eines Präsidialgesandten übernehmen werde.

Österreichs, die bisherigen materiellen Opfer ferner zu tragen, geboten erscheint.[4]) Auffallen dürfte noch, daß in dem Entwurf, soviel ich weiß, zum erstenmal in offiziellen Aktenstücken von den drei Donaufürstentümern, mit Hervorhebung der Ziffer, die Rede ist. Es scheint demnach, wie dies auch durch anderweitige Anzeichen bestätigt wird, daß das Wiener Kabinett beabsichtigt, nunmehr auch Serbien unmittelbarer in den Kreis seiner, den deutschen Interessen gewidmeten Fürsorge zu ziehen. Auf meine Frage, was Österreich tun werde, wenn eine Verständigung mit uns über die Behandlung seiner Vorlage nicht zu erreichen sei, erklärte mir Graf Rechberg neulich, daß er für diesen Fall dem Grafen Buol dringend empfohlen habe, von jeder Vorlage abzustehen. Ich weiß nicht, ob diese gemäßigte Anschauung bei Graf Buol Eingang gefunden hat. Der Inhalt des Entwurfs hat mich nur in der Überzeugung befestigen können, daß die Ausgleichung der bisherigen Meinungsdifferenzen keinesfalls weit genug gediehen ist, um für dieselbe eine gemeinschaftliche, zum Ausdruck der Ansichten des gesamten Bundes sich eignende Formel finden zu können. Meines g. Erachtens wäre es im österreichischen wie im deutschen Interesse für jetzt noch das Beste, wenn das Wiener Kabinett sich der beabsichtigten Vorlage enthielte. Vielleicht wird Österreich von selbst zu diesem Entschluß kommen, da das Hervortreten einer Meinungsdifferenz am Bunde den Zwecken, welche das Wiener Kabinett mit dieser Vorlage verbinden kann, direkt widersprechen würde, indem es den Eindruck einer Solidarität Deutschlands mit Österreich unmöglich macht. Sollte diese Annahme nicht zutreffen, so dürfte es wohl nicht schwer fallen, den Wunsch, daß die Vorlage für jetzt unterbleibe, in einer so freundschaftlichen Weise nach Wien hin zu erkennen zu geben, daß dadurch der in den letzten Wochen wenigstens in äußerlichem guten Einvernehmen zwischen beiden Kabinetten gewonnene Fortschritt nicht in Frage gestellt würde; denn wenn auch durch das vorliegende Aktenstück das Mißtrauen gegen Österreich neue Nahrung erhält, so scheint es doch in unserem Interesse zu liegen, Österreich die Brücke zu uns bereitwillig offenzuhalten und keinen noch so wenig versprechenden Keim zu einer wirklichen Verständigung zu zerstören.

Beharrt aber das Kaiserliche Kabinett bei der Vorlage, so dürfte das ratsamste sein, dieselbe, wenn sie keine andere Gestalt, als die vorliegende, gewinnt, an die Ausschüsse zu verweisen, wo sie sich schließlich, wenn eine Verständigung nicht zu erzielen ist, ohne Eklat in den Akten verlieren kann. Vielleicht ließe sich an die Schlußworte des Entwurfs eine Erklärung knüpfen, welche, ohne den Bund irgendwie mit dem sonstigen Inhalt der Vorlage zu identifizieren, doch „dem Wunsche, welchen S. M. der Kaiser mit der gegenwärtigen Darlegung verbinden“, entspräche, indem ihr Inhalt ungefähr mit demjenigen der Noten übereinstimmte, welche E. E. in Verfolg der Glinkaschen Mitteilung nach Wien und Petersburg erlassen haben. Eine solche sofortige Beantwortung der österreichischen Mitteilung durch die Bundesversammlung würde den Vorteil haben, daß es weniger auffällig wird, wenn der Ausschuß demnächst nichts weiter in der Sache tut, da sie eine Art formeller Erledigung schon durch jene Antwort gefunden hätte. Die letztere ganz unverfänglich abzufassen, ohne daß sie ablehnend erscheint, wird allerdings schwierig sein.

Sollte die Angelegenheit diese Wendung nehmen, so würde es m. E. von Wert sein, in der Gegenerklärung und in dem gesamten Verhalten zu der österreichischen Mitteilung die Solidarität Preußens und der übrigen deutschen Staaten genau festzuhalten. Eine gesonderte Erklärung Preußens gegenüber der österreichischen würde wahrscheinlich den

---

[4]) Vorlage: erscheinen.

Mittelstaaten die Veranlassung bieten, eine vermittelnde Stellung zwischen beiden Großmächten einzunehmen, ohne daß sie dabei von irgendeiner andern Rücksicht geleitet würden, als von dem Bemühen, die äußere Übereinstimmung herbeizuführen. Die Bedingungen der letzteren würden ihnen weniger wichtig sein, und der Prozeß vermutlich damit endigen, uns der österreichischen Stellung näherzuschieben, wenn wir nicht die Mittelstaaten sich von uns trennen sehen wollen.

E. E. würde ich schon gestern meinen g. Bericht erstattet haben, wenn ich nicht zu spät von Darmstadt zurückgekehrt wäre, wo ich eine Audienz bei Sr. K. H. dem Großherzoge wegen der Canitzschen Angelegenheit hatte. Graf Rechberg hatte kurz vor mir seine Abschiedsaudienz, und ich konnte kein günstiges Anzeichen in betreff der Frage, welche Gegenstand dieses Berichtes ist, darin erblicken, daß der Großherzog, so gnädig er auch im übrigen für mich war, jedem Versuche, das Gespräch auf die orientalische Frage und auf die, dermalen hier so viel besprochenen, Absichten Österreichs beim Bunde, sowie auf die Rückkehr des Herrn von Prokesch zu bringen, mit offenbarer Geflissentlichkeit auswich. Bei der Kürze der Zeit wollen E. E. den Mangel an gründlicherem Eingehen auf den Wortlaut des Entwurfs geneigtest entschuldigen . . .

66. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Juli 1855.[1])

. . . Es kommt fast täglich vor, daß in den belebtesten Straßen durch Arbeitswagen und deren Manipulation nach den Häusern hinein die Passage auf dem Trottoir bis zur Mitte des Fahrdammes für jeden Fußgänger stundenlang hintereinander gesperrt wird. Die übliche Weise, Flüssigkeiten jeder Art in einen Keller zu bringen, ist die, daß ein Wagen auf dem Fahrdamm hält und von dort aus eine jeden Verkehr sperrende Leitung in den Keller angebracht wird. Den Vorübergehenden gelingt es nicht immer, durch Ausweichen sich den Grobheiten zu entziehen, mit welchen die Arbeitsleute diese polizeiwidrige Operation vor jeder unberufenen Annäherung schützen. Direktes Herbeirufen eines Polizeibeamten hat bei diesem keinen andern Erfolg, als daß er mit schweigendem Achselzucken der Kontravention den Rücken kehrt. Die Zuchtlosigkeit auf der Straße bringt nicht selten die Vorübergehenden in den Fall, ihre persönliche Sicherheit beeinträchtigt zu sehen. Im vorigen Jahre bei dem sogenannten Herbstschießen wurde nach mir, als ich zu Fuß die Eisenbahnbrücke passierte, von unten mit einem Stein geschossen, der mich so nahe streifte, daß ich den Luftzug im Gesicht spürte. Vor wenigen Wochen wurde ich, aus der Sitzung kommend, bei einem Wurfgefecht, welches die halberwachsene Jugend wohl eine Viertelstunde lang auf dem belebtesten Teil der Zeil ohne Einschreiten der Polizei exekutierte, von mehreren Steinwürfen getroffen, und ein neben mir gehendes Mädchen stürzte, von einem solchen schwer am Kopf verletzt, zu Boden. Der ganze Vorfall gelangte erst durch die von mir veranlaßte Anzeige zur Kenntnis der Polizei. Nicht lange vorher war meiner Frau durch einen Steinwurf am hellen Tage in einer der Hauptstraßen der Hut zerrissen worden. Charakteristisch für die Zusammensetzung der Gendarmerie ist auch die

[1]) Veranlaßt ist das Schreiben durch eine Differenz, welche der der Gesandtschaft attachierte Leutnant Freiherr Roth von Schreckenstein mit der Frankfurter Polizei infolge des Umstandes hatte, daß er an einer Stelle auf der Zeil auf das Trottoir ritt. Poschinger (II Nr. 135) hat das Konzept benutzt.

Erfahrung, die ich im vorigen Jahre machte, wo eine in meinem Hause dienende Magd durch fast ein Jahr hindurch fortgesetzte unentdeckte Hausdiebstähle ihre Ausstattung herzustellen gesucht hatte, in der Absicht, demnächst mit dem Gendarmen des Reviers, mit dem sie ein Verhältnis hatte, nach Amerika auszuwandern; sämtliche gestohlenen Gegenstände, über zweihundert Nummern, und zum Teil sehr voluminöse, wurden in dem Dienstquartier des Gendarmen vorgefunden, in dem Moment, wo dieser, nach Verhaftung der Magd, sich eben zur Flucht rüstete. Ich habe nicht gehört, daß ihn eine andere Strafe als Dienstentlassung getroffen hätte, während die Magd mit vierzehntägigem Gefängnis davon kam . . .

67. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

3. Juli 1855.

Herr von Prokesch hat mich gestern besucht, und Graf Rechberg beabsichtigt morgen abzureisen, indessen erhält sich hier auch in den österreichischen Kreisen die Meinung, daß Herr von Prokesch im Verlauf einiger Monate und etwa nach den für den Spätsommer erwarteten Ferien dem Grafen Rechberg wieder Platz machen werde. Herr von Prokesch war in seinem Benehmen gegen mich von der unbefangensten Liebenswürdigkeit, und schlug mir vor, „ein neues Jahr zu beginnen und die Leiden des alten zu vergessen". Er hat die Vorlage Österreichs für den Bund in der Gestalt, wie ich sie mit E. E. gen. vertraulichem Erlaß vom 28. Juni erhielt, mitgebracht und sagt mir, daß er sie vorlegen werde, sobald mir die entsprechenden Instruktionen zugegangen sein würden, welches seinen Nachrichten zufolge in wenig Tagen stattfinden wird. Es scheint danach nicht, daß Österreich über den Inhalt seiner Vorlagen mit uns Verhandlungen zu pflegen gedenkt, deren Resultat eine Änderung des Wortlautes der österreichischen Erklärung etwa sein könnte.

Vertraulich höre ich hier von einem neuen österreichischen Zirkular, angeblich vom 28. Juni, sprechen; durch dasselbe sollen die deutschen Kabinette aufgefordert sein, ihre Bundestagsgesandten zu einer rückhaltlosen Billigung der von Österreich zu erwartenden Vorlage zu instruieren. Der Inhalt dieser Vorlage selbst soll nicht näher mitgeteilt, dagegen in dem Zirkular zu verstehen gegeben sein, daß das Wiener Kabinett des preußischen Einverständnisses bereits versichert sei. Auch Herr von Prokesch behauptete, daß die letztere Ansicht in Wien feststehe, und er demnach erwarte, daß die für mich bestimmten Instruktionen den Wünschen seines Kabinetts vollständig entsprechen würden.

Im übrigen hat sich auf dem Gebiete der orientalischen Frage seit meinem letzten Berichte etwas Bemerkenswertes hier nicht herausgestellt.

68. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. Juli 1855.

*E. E. geehrte telegraphische Weisung habe ich gestern erhalten, und war es allerdings, wie ich mich habe überzeugen können, nothwendig, auch hier den durch Herrn von Prokesch verbreiteten Insinuationen entgegenzutreten, als ob wir uns schon bereit

erklärt hätten, zu Gunsten der in dem östreichischen Entwurf formulirten Position des Wiener Cabinetes, zu einer Beschlußnahme mitzuwirken, welche der Bundespolitik neue Grundlagen verliehn haben würde. Herr von Prokesch hat, soviel ich bisher habe ermitteln können, nur dem Herrn von Schrenk den Entwurf selbst mitgetheilt, den andern von ihm besuchten Gesandten aber gesagt, daß er mit Preußen und Baiern schon einig sei. Das Letzte würde richtig sein, wenn Östreich in der That von einer Antwort des Bundes nicht mehr verlangt, als daß sie, wie am Schlusse des Entwurfs gesagt ist, den sich ohnehin von selbst verstehenden Entschluß des Bundes constatirt, an den bisherigen Verträgen und Beschlüssen festzuhalten. Aber auch Herr von Schrenk ist der Meinung, daß eine Antwort der Bundesversammlung mit aller Vorsicht so gefaßt sein müsse, daß es unmöglich bleibt, aus ihr eine Zustimmung zu der Deutung zu entnehmen, welche der Entwurf Östreichs jenen Verträgen und Beschlüssen beilegt. Es scheint indessen einer der wesentlichen Zwecke der beabsichtigten Mittheilung des Wiener Cabinetes zu sein, neue Argumente und neues Terrain für diejenige Auslegung und Benutzung des Aprilvertrages und seines Zubehörs zu gewinnen, für welche Herr von Prokesch von Anfang an thätig gewesen ist. Läßt sich dieser Zweck nicht erreichen, so nimmt man vielleicht von der ganzen Operation Abstand.*

Mein erstes Wiedersehn mit Prokesch war beiderseits frei von Verlegenheit. Die sanfte Heiterkeit, deren Maske er trug, fand ihren Ausdruck auch in der Farbe seiner Handschuh, die vom zartesten Himmelblau und ausnahmsweise ganz neu waren. Es schlug gerade zwölf am 2. Juli, und ich bemerkte beiläufig, daß dieser Moment genau die Mitte des Jahres sei, worauf er mit durchbrechender Herzlichkeit meine Hand ergriff, und sagte: „Wohlan, so vergessen wir die Leiden und Sorgen des alten Jahres, und beginnen wir ein ganz neues.“ Frau von Brints sagte er bei der Ankunft: „Sie haben mich ja gar nicht wieder hier erwarten wollen!“ worauf sie erwiderte: „Wir wollen auch erst abwarten, ob Sie definitiv wieder hier sind.“ Er scheint also mit dem Hause Buol auch nicht ganz gut zu stehn. Rechberg ist heut früh abgereist, einstweilen nach Würtemberg, zu seinem Bruder; sein Abgang wird allgemein bedauert; einige meiner Collegen meinen, daß er in wenig Monaten wiederkommen werde, andre glauben, daß er nach Wien berufen sei, um Buol zu ersetzen. Von ihm selbst habe ich einzelnes gehört, was mich annehmen läßt, daß er auf ein längeres Verweilen in Wien rechnet. Er hat die fixe Idee, daß ich Arnims Nachfolger dort werden soll, und sagte beim Abschied, er werde unerachtet meiner decidirten Abneigung gegen diese Stelle Alles daran setzen, um mich dahin zu ziehn. Mich würde eine solche Versetzung etwas unglücklich machen; ich bin sehr gern hier, trotz Prokesch, und in Wien, fürchte ich, würde man die Mittel und die Neigung haben, mich für meine hiesigen Sünden gegen Östreich zu strafen. Dieser Gesichtspunkt wird mir besonders nahe gelegt durch das Wohlwollen, mit welchem auch Prokesch sich für meine demnächstige Ernennung nach Wien interessirt. — Gestern passirte hier ein englischer Capitain Yates, der bei Malet und andern Gesandten eine hoffentlich übertriebne Geschichte von einem Conflict der Berliner Polizei mit dem Jockeyclub im Hôtel du Nord[1]) erzählte, bei dem er anwesend gewesen war. Wenn die Sache sich so verhält, wie er erzählt haben soll, so muß der betreffende Beamte sich gegen die betheiligten Herrn allerdings mit einer beklagenswerthen Rohheit benommen haben. Auch einige vornehme Östreicher sollen dabei gewesen sein, durch welche Nachrichten und

[1]) Es sind die Vorgänge, die später zu dem Duell Hinckeldeys mit Rochow-Plessow führten.

Klagen hierher gelangt und die Sache zum Gegenstand des Salon-Klatsches geworden ist. Ich kenne den Vorgang nicht genug, um das Wahre vom Falschen zu unterscheiden; darüber aber stimmen die Klagen aller Reisenden überein, daß die Berliner Polizei dermalen die gröbste in Europa ist und in übermüthiger Behandlung Einzelner und Nichtachtung der Höflichkeitsform im Allgemeinen selbst den französischen Mouchard wesentlich übertrifft. Ich kann solchen Beschwerden nach meiner eignen Erfahrung nicht widersprechen; der Ton der Leute gegen Unbekannte ist unnöthig barsch, und die Controlle der sich auf den Straßen von Berlin langweilenden Constabler erstreckt sich auf die Höhe, bis zu der achtbare Damen bei Regenwetter ihre Röcke aufheben, und auf die Stellung, in der jemand in einer Droschke sitzt. Dergleichen Plackereien sind oft viel bedenklichere Quellen der Verstimmung gegen eine Regirung, als Meinungsverschiedenheiten über Regirungsform und Budget. Der Hang zu dienstlicher Arroganz und Grobheit steckt allerdings in dem subalternen Theil unsrer Büreaukratie mit einer unverwüstlichen Zähigkeit.

Heut früh war der Prinz Friedrich von Hessen hier, und ist nach Rumpenheim gefahren; Prinzeß Carl K. H. kommt am Montag früh.

Der College schmeichelt sich mit der Aussicht auf baldige Bundesferien; in vorigem Jahre fielen sie aus, und man hält daran, als an einem der schätzenswerthesten Bundes-Grundrechte. Sollte die Aussicht sich verwirklichen, so würde ich versuchen, einige Wochen Urlaub zu erhalten, um die Wirkung des Seewassers gegen Rheumatismen und Hexenschüsse zu versuchen. Hoffentlich wird Ihrer Frau Gemalin Misdroy mit seinen einsamen Wäldern und täglichen Flundern gut bekommen; ich finde den Ort nicht ohne Reize, aber das Unterkommen war früher dürftig. Mit der unwandelbarsten Verehrung verharre ich . . .

69. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5. Juli 1855.

Nachdem ich gestern durch Herrn von Prokesch den Wortlaut der österreichischen Zirkulardepesche vom 28. v. M. kennen gelernt habe, erlaube ich mir E. E. die nachstehende unvorgr. Ansicht in Betreff derselben g. vorzutragen.

Wenn dem Entwurf für die Erklärung Österreichs an den Bund ein formelles Petitum fehlt, so scheint die Zirkulardepesche bestimmt, dasselbe zu ersetzen, und je nach dem Eindruck, den sie bei den deutschen Höfen macht, würde das Wiener Kabinett seiner Mitteilung an den Bund den Charakter eines förmlichen Antrags, oder den einer mehr historischen Erzählung mitgeben können.

Die Zirkulardepesche spricht wiederholt von einem vom Bunde zu fassenden förmlichen Beschluß über die fernere Stellung Deutschlands. Sie erwartet von diesem Beschluß die volle und unumwundene Billigung des Verhaltens Österreichs, die Sicherung einer einmütigen, also mit der von Österreich übereinstimmenden Haltung Deutschlands und charakterisiert diejenige Österreichs durch die Erklärung, daß die Allianz mit den Westmächten unverändert fortbestehe, daß Österreich auch die in betreff des dritten Garantiepunktes von Rußland erlangten Zugeständnisse aufrecht erhalten werde, und daß es sich zu einer wirksamen Durchführung der vier Punkte fortwährend verpflichtet halte.

Besonders über den letzten Passus äußern meine Kollegen erhebliche Bedenken, und glauben sie überhaupt, daß die Bereitwilligkeit ihrer Regierungen hinter den Erwartungen des Kaiserlichen Kabinetts sehr zurückbleiben werde, wenn die letzteren auf eine wirkliche Annahme jenes aus der Zirkulardepesche zu entnehmenden Programms gerichtet sein sollten; dagegen ist der Wunsch unter den Mitgliedern der Bundesversammlung ein allgemeiner, und wird besonders von Bayern vertreten, daß die Mitteilung Österreichs nicht bloß mit einem Danke und einer freundlichen Empfangsbestätigung erwidert werde, sondern daß man eine Anzahl unverfänglicher Phrasen auffinde, welche, ohne der Haltung des Bundes neue Motive oder gar neue[1]) Verpflichtungen unterzulegen, sich doch zu der Form eines der österreichischen Mitteilung entgegenkommenden Bundesbeschlusses gestalten lassen. Die Zirkulardepesche selbst bietet das Material zu einem solchen von den Worten an „wir werden unsern Vortrag schließen" bis „fortdauern zu lassen beschließe"; nur müßte dabei die Hinweisung auf die früheren Bundesbeschlüsse in der Art geschehen, daß letztere nicht nachträglich als das alleinige Motiv der Kriegsbereitschaft anerkannt und damit die Streitigkeiten vom 22. Februar präjudiziert werden.

Da sich die Stimmung der großen Majorität der Gesandten einschließlich solcher, die, wie Herr von Dörnberg, sich unserm Standpunkte ganz anschließen, für einen derartigen Beschluß herausstellte, und ich fürchten mußte, schließlich von einem bayerischen Vermittelungsvorschlage entrainiert zu werden, so habe ich geglaubt, im Sinne von E. E. zu handeln, wenn ich die Initiative meinerseits in die Hand nahm. Ich habe zu diesem Zweck heut nach der Sitzung die Gesandten von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Kurhessen gelegentlich bei mir versammelt und denselben gesagt, daß ich zwar bisher ganz ohne Instruktion und mir vielmehr die größte Vorsicht in Behandlung der Sache anempfohlen sei, daß ich ihnen aber privatim und lediglich unter dem Gesichtspunkte einer vertraulichen Besprechung vorschlüge, uns über den Entwurf einer möglichen Antwort auf die österreichische Mitteilung zu verständigen und diesen Entwurf bei unsern respektiven Regierungen zu befürworten. Unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß diese Verabredung für keinen von uns eine bindende werden könne, bevor nicht der Entscheid der Allerhöchsten Regierungen darüber ergangen sei, verständigten wir uns über die beigefügte Skizze eines Beschlusses.[2]) Wir waren darüber einverstanden, daß es wünschenswert sei, eine vorgängige Verweisung der österreichischen Vorlage an die Ausschüsse nur dann ins Auge zu fassen, wenn eine befriedigende Erledigung sofort in der Sitzung sich als unmöglich herausstelle. Denn wenn es zu einer Berichterstattung des Ausschusses komme, so führe das zu einer Motivierung und überhaupt zu einem tieferen Eingehen in streitige Punkte, bei welchem das Hervortreten wichtiger Meinungsverschiedenheiten kaum zu verhüten sei.

Meine Kollegen waren der Ansicht, daß der Inhalt unseres Entwurfs dem Herrn von Prokesch n i c h t genügen werde, und daß nur eine sichere[3]) Einigkeit von unserer Seite Österreich bewegen werde, damit zufrieden zu sein. Um so mehr glaube ich bei E. E. die Genehmigung der Anlage, wenigstens der Hauptsache nach, g. befürworten zu sollen, zumal sie, wie mir scheint, nichts für unseren Standpunkt Verfängliches enthält und dennoch einen, für das Einverständnis mit Österreich sehr förderlichen Charakter des Entgegenkommens dadurch an sich trägt, daß sie großenteils den Wortlaut des formellen Antrages der Zirkulardepesche wiedergibt.

---

[1]) Poschinger hat statt „gar neue": genauere.
[2]) Wortlaut vgl. Poschinger II S. 249.
[3]) Bei Poschinger steht irrig: höhere.

Sollte es E. E. h. Intentionen überhaupt nicht entsprechen, auf den anliegenden Entwurf einzugehen, so würde ich um gen. telegraphische Benachrichtigung g. bitten. Ich fürchte aber, daß alsdann ein ähnlicher Antrag von seiten Bayerns formuliert werden und die Mehrheit sich demselben zuneigen würde. Genehmigen E. E. die Anlage, so würde, nach der vorläufigen Abrede mit meinen Kollegen, unmittelbar nach Anhörung der österreichischen Mitteilung, ich für Preußen den Antrag stellen, dieselbe nach Maßgabe der Anlage ohne weitere Motivierung zu beantworten.

Ich zweifle kaum, daß sowohl die Regierungen, deren Gesandten heut bei mir versammelt waren, als auch die große Mehrheit der übrigen mit diesem Verfahren einverstanden sein werden; wenn sie hören, daß dasselbe den Beifall der Kgl. Regierung hat, und sobald ich meinerseits des letzteren gewiß wäre, würde ich ungesäumt zu einer offiziellen Verständigung mit meinen Kollegen schreiten können.

Soweit bisher Äußerungen der Regierungen auf die Zirkulardepesche vom 28. hier eingetroffen sind, geht aus ihnen hervor, daß die Kabinette die Entschließung Preußens zu kennen wünschen, bevor sie sich entscheiden; so die von Sachsen, Baden, beiden Hessen (Dänemark ohne Kenntnis der Zirkulardepesche) und den sächsischen Herzogtümern. Bayern ist angewiesen, auf eine Beschlußnahme im Sinne der Anlage dieses Berichtes hinzuwirken, ohne daß der Wortlaut vorgeschrieben wäre. Die württembergische Regierung hat Herrn von Reinhard geschrieben, daß sie ihm keine Instruktion schicken könne, bevor sie nicht den Wortlaut der von Österreich beabsichtigten Vorlage kenne. Es wäre zu wünschen, daß Österreich diese Schwierigkeit schleunigst aus dem Wege räumte, damit nicht durch den Mangel an Instruktion die sofortige Beschlußnahme unmöglich gemacht werde, indem nach der Geschäftsordnung keine Regierung sich die Schlußziehung in derselben Sitzung, wo die Einbringung derselben erfolgt, gefallen zu lassen braucht.

Herr von Prokesch sagte mir heute, daß er seine Vorlage nicht länger als bis zur nächsten Sitzung aufschieben könne. Nach derselben hoffe er, bald einen Antrag auf Abhaltung von Bundesferien stellen zu können. Der badische Gesandte teilte uns heute nach der Sitzung vertraulich mit, daß seine Regierung sehr beunruhigende Nachrichten über die Stimmung und Zustände in Frankreich habe, und er führte diese als Motiv gegen die Absicht Württembergs an, in dem beiliegenden Entwurf einen Passus über die Erleichterung der Lasten der Kriegsbereitschaft aufzunehmen.

70. Bericht vom 6. Juli 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Wiedereintritt des Frhr. v. Prokesch in die Bundesversammlung. Zwischenfall bei dessen Wiederwahl in die alten Ausschüsse. — Vgl. Poschinger II. Nr. 138. Dort muß es Zeile 9 des Textes statt „entschiedenen“ heißen „entscheidenden“.

71. Schreiben vom 10. Juli 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die neue österreichische Vorlage in der orientalischen Angelegenheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 139 S. 255 Zeile 9 des zweiten Absatzes ist für „Absichtlichkeit“ zu lesen „Ängstlichkeit“.

*72. Schreiben an den Bürgermeister von Frankfurt a. M., Harnier.

[Eigenhändiges Konzept.]

13. Juli 1855.

E. H. beehre ich mich, von nachstehendem Vorfalle ganz ergebenst Mittheilung zu machen.

Als ich heut gegen Abend in Begleitung meiner Frau die Bockenheimer Chaussee entlang ritt, wurde aus der Gitterthür des Hauses Nr. 59 mit Steinen nach uns geworfen und ich von einem derselben in den Rücken getroffen. Als ich umwendete, flüchteten die Thäter, anscheinend 4 bis 5 größere Kinder, in den Hof des Hauses und von dort weiter durch eine Thür im Hinterhause, welche zu eng war, um zu Pferde zu folgen. Ich bin zwar ähnlichen und andern Ungezogenheiten, die man sich hier gegen Reiter zu erlauben pflegt, schon öfter ausgesetzt gewesen, ohne mich zu beschweren; da ich aber Grund habe, anzunehmen, daß die Polizeibeamten neuerdings angewiesen sind, auch gegen Contraventionen, welche bisher nachsichtiger beurtheilt wurden, rücksichtslos einzuschreiten, so darf ich glauben, daß den betr. Behörden willkommen sein werde, durch diese Anzeige eine Veranlassung zur Untersuchung und Bestrafung des fraglichen Vorganges zu erhalten.

73. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

15. Juli 1855.[1])

E. E. kann ich heut nichts weiter berichten, als einige Zusätze zu meiner soeben abgegangnen telegraphischen Meldung in Betreff der Einbringung der östreichischen Vorlage. Herr v. Prokesch hat mir letztre in ihrer veränderten Gestalt heut gezeigt, aber so flüchtig blätternd, daß ich kein Bild von der Tragweite der Änderungen gewinnen konnte. In dem Übersendungsschreiben des Grafen Buol werden die Abänderungen wiederholentlich als geringfügig und unwesentlich bezeichnet; nichtsdestoweniger scheint Prokesch den andern Gesandten die Meinung beibringen zu wollen, als sei der nunmehrige Text der Vorlage mutuo consensu zwischen Berlin und Wien entstanden. Im übrigen erhält sich hier die Meinung, daß Östreich vermittelst seiner Vorlage sich durch den Bund in eine Stellung wolle hineinmanövriren lassen, die es als eine gern und freiwillig eingenommne in Paris und London nicht möchte gelten lassen. Herr v. Prokesch sprach heut in Gegenwart des würtembergischen Gesandten zu mir über die zu erwartenden Ausschußverhandlungen und sagte dabei, seine Stellung bei denselben sei einigermaßen die einer Partei, und es werde daher die Aufgabe der übrigen Mitglieder vorzugsweise sein, sich über den Inhalt der Östreich zu gebenden Antwort zu verständigen. Wenn es wirklich in der Art sich verhalten sollte, so würde ich darin ein neues Indicium sehen, daß Östreich vom Bunde *geschoben* zu werden wünscht. Überhaupt könnte das Wiener Cabinet gar nicht so bereitwillig auf die Verweisung an die Ausschüsse eingehn, wenn es fest an seinem frühern Sonderstandpunkte halten wollte; es könnte dann nicht zweifelhaft sein, daß durch die Ausschußdebatten die Verschiedenheit der Auffassungen in erneuter Schärfe zu Tage gefördert würde, und damit kann ihm in diesem Augenblick unmöglich gedient sein.

---

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch II S. 53 f. Das Original ist bisher nicht ermittelt. Im Nachlaß Manteuffels ist es nicht enthalten.

In Darmstadt hatte man gestern wieder sehr beunruhigende Nachrichten aus Paris, nach welchen eine Erhebung gegen die Regirung dort mit Sicherheit erwartet werde und ebensowohl morgen als später ausbrechen könne, aber schwerlich noch ein Jahr ausbleiben werde. Namentlich seien innerhalb der Armee massenweise Verhaftungen nothwendig geworden, durch welche sich die Aufregung des Militärs wiederum gesteigert habe. Es ist möglich, daß Herr von Grancy, der Geschäftsträger des Großherzogs, da er früher Offizier der Schweizer Garde war, seine Nachrichten vorzugsweise aus legitimistischen Bekanntschaften zieht; die Erzählungen derjenigen Frankfurter aber, welche von Ausstellungsbesuchen aus Paris kommen, lauten auch nicht gerade beruhigend.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

74. Bericht vom 20. Juli 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die neue österreichische Vorlage in der orientalischen Angelegenheit. – Vgl. Poschinger II Nr. 140.

75. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Juli 1855.

E. E. beehre ich mich zur Vervollständigung meines g. Berichtes über die letzte Sitzung anzuzeigen, daß Herr von Schrenk inzwischen eine Instruction über sein Verhalten bei den Ausschußverhandlungen empfangen hat, welche von München abgegangen ist, bevor man dort das Ergebniß der Sitzung vom 19. c. kannte. Aus derselben geht unzweideutig hervor, daß Minister von der Pfordten, als er so decidirt auf Verweisung an die Ausschüsse bestand, damit die von Östreich in München geäußerten Wünsche zu erfüllen meinte. Herr von Schrenk glaubt, daß man in München Prokeschs Zustimmung zu einem sofortigen Beschluß sehr übel vermerken werde, weil man nur aus Gefälligkeit für Östreich und auf die vertrauliche, aber dringende Verwendung des Grafen Apponyi so instruirt habe, wie geschehn, und dadurch in eine fast komische Isolirung gerathen sei. Auch hier bestätigt sich die Vermuthung, daß man in Wien die Ausschußverhandlungen gewünscht habe, sei es in der Hoffnung, dabei die vier Punkte noch einzuschmuggeln, oder in der Absicht, sich in dem anonymen Dunkel der Ausschußverhandlungen eine douce violence von uns anthun zu lassen. Herr von Schrenk, der mir vertraulich und ohne Rückhalt sprach, glaubt das Erstere, und wir sind beide zweifelhaft, ob Prokesch sich so weit emancipirt hat, daß er, wie er selbst behauptet, gegen seine Instruction gehandelt, oder ob er noch telegraphisch neue Weisungen erhalten hat. Merkwürdig war mir, daß Fürst Gortschakoff, der mich vorgestern besuchte, die Wiederkehr Prokeschs dem Umstande zuschreibt, daß Buol ihn in Wien gefürchtet, aber nicht gewußt habe, wo er sonst mit ihm hin solle. Er sagte auch, daß Prokesch in den Conferenzen von Buol unabhängige Instructionen direct vom Kaiser erhalten und Buol überhaupt dabei in Schatten gestellt habe; letztrer sei die morganatische Frau Prokeschs genannt worden, und was er gesagt habe, das habe stets erst durch die protokollarische Redaction von Biegeleben Sinn und Verstand gewonnen; der unangenehmste Gegner sei — der alte Westmoreland gewesen, wegen seiner einfachen Hartnäckigkeit. Herr von Schrenk wird in seiner Instruction wiederholt angewiesen, auf Verlängerung der Bereitschaftsfrist zu bestehn, aber einen „einhelligen“

Beschluß herbeizuführen. Nun sind aber Östreich, Hanover, Baden, wahrscheinlich auch Kurhessen, gegen die Erstreckung auf 4 Wochen, und es ist zu fürchten, daß jeder Zusatz zu dem bisherigen Wortlaut des Entwurfs einzelne Gesandte zu neuen Weiterungen und Rückfragen veranlaßt. Auf meine vertrauliche Bitte hat Herr von Schrenk deshalb nochmals nach München berichtet. Ich würde es immer vorziehn, wenn man die Ermäßigung der Bereitschaft den einzelnen Regirungen stillschweigend überließe; denn schon eine allgemeinere Andeutung darüber in dem Beschluß würde manchen Ständeversammlungen als Waffe gegen ihre Regirungen dienen, um größere Reductionen zu verlangen. *Einiges Aufsehn erregt hier das an das Vorparlament erinnernde Gebahren der Würtembergischen zweiten Kammer, weil man diese und andere Erscheinungen, einschließlich der Sprache der Demokratie in Hanover, mit den Aussichten in Verbindung bringt, welche die innern Zustände Frankreichs der Umsturz-Partei bieten sollen.* Genehmigen &c.

Prokesch ist vorgestern früh nach Wildbad gereist und kehrt erst morgen Abend wieder zurück.

76. Privatschreiben an Wirkl. Geheimen Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

23. Juli 1855.[1])

Verehrtester Freund und Gönner, mit vielem Danke habe ich Ihr Schreiben von gestern[2]) erhalten; daß Pfordten aufgeregt ist, habe ich erwartet, aber gegen Oestreich, wie ich in dem Schreiben, welches Prillwitz Ihnen heut gebracht haben wird, schon andeutete. Schrenk war nicht minder aufgeregt als sein Minister, aber nur über die Instruction, die ihm letztrer zum vorigen Donnerstag geschickt hatte. Der neuste Einfall Pfordtens scheint den Effect gehabt zu haben, daß Schrenk sofort nach München gefahren ist, um der Confusion wo möglich ein Ende zu machen. Heut Nacht kommt er zurück, gestern früh ist er fort. Prokesch ist auch nicht hier. Ich glaube nicht, daß diese Pfordtensche Aenderungs-Absicht irgend eine Chance des Erfolges haben kann, höchstens bei Würtemberg. Ich werde mich bemühn, vorzugsweise Prokesch dagegen ins Gefecht zu bringen, der bisher hohen Werth auf Erwähnung der Kriegsbereitschaft legt. Ich halte es nicht für sehr wichtig, ob der Passus dasteht oder nicht; aber man kann Pfordten nicht durchgehn lassen, daß er immer etwas Apartes haben will, und außerdem würde uns durch dieses neue Amendement das ganze Concept verdorben, denn einige Gesandte sind nur auf den bisherigen Wortlaut instruirt, andre in Voraussetzung des Einverständnisses von Oestreich, und noch andre für Erwähnung und Beibehaltung der jetzigen Kriegsbereitschaft. Ich hoffe, Schrenk gelingt es, Pfordten zu beruhigen und zu einfacher Zustimmung zu bewegen; wo nicht, so bleibt kaum etwas Andres übrig, als den Bairischen Antrag einfach per majora abzulehnen, sonst gerathen wir doch in die Charybdis der Ausschußdebatte. Auf uns kann Pfordten kaum ungehalten sein, denn ich habe in der ganzen Sache nichts gethan, ohne Schrenks Wissen und sein persönliches, wenn auch nicht amtliches, Einverständniß. Pfordten hat darüber, wie ich weiß, täglich Bericht erhalten, und ist er nicht von Oestreich an der Nase herumgeführt worden, so kann er sich wegen seiner scherzhaften Vereinzelung nur über sich selbst beklagen. Die Sache wird sich hier wohl zurecht ziehn,

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch VI S. 53 f.
[2]) Abgedruckt a. a. O. VI S. 52 f.

nur kann ich heut noch nicht sagen, wie, weil Schrenk und Prokesch fort sind. Im Ganzen ist die östreichische Vorlage der mäuse-gebährende Berg, und alles verwundert, daß mit diesem 12 Bogen langen Anlauf nicht mehr gewollt und erreicht worden ist.

Kelchner drängt auf Schluß, und Gröben (von der Fürstin Liegnitz) dringt soeben bei mir ein. In freundschaftlicher Ergebenheit der Ihrige.

77. Bericht vom 24. Juli 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verbesserung der Polizeiverhältnisse in Frankfurt a. M. Haltung Österreichs. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 203 f.

78. Bericht vom 26. Juli 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verbesserung der militärischen Stellung Preußens in Mainz. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 205 f.

79. Bericht vom 27. Juli 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Abstimmung über die österreichische Vorlage in der orientalischen Angelegenheit. Kriegsbereitschaft des Bundes. — Vgl. Poschinger II Nr. 142.

80. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

5. August 1855.

Auf E. E. h. Erlaß vom 30. v. M.[1]) beeile ich mich um so mehr den befohlenen Bericht zu erstatten, als m. u. D. nach allem, was ich über die Persönlichkeit des Rittergutsbesitzer von Vogelsang aus Mecklenburg höre, der Verleihung einer Oberamtmanns-Stelle in den hohenzollerschen Landen allerdings die erheblichsten Bedenken entgegenstehen möchten.

Ich bin durch die Beschwerde, die Herr von Vogelsang in Gemeinschaft mit dem Kammerherrn von Kettenburg gegen die mecklenburgische Regierung bei der Bundesversammlung eingereicht hat, veranlaßt worden, meine Aufmerksamkeit auf ihn zu richten, und kann ihn nur für eins der tätigsten Werkzeuge der preußenfeindlichen Richtung in der katholischen Kirche halten. Er ist vor einigen Jahren zum Katholizismus übergetreten und zwar, wie ich von ihm nahestehenden Personen vernehme, weniger auf Grund seiner religiösen Überzeugung, als im Interesse seiner politischen Bestrebungen. Er ist der Schwiegersohn des Bundestagsgesandten für Liechtenstein Dr. von Linde, welcher für eine der wesentlichsten Stützen des Kampfes gilt, den teils die ultramontane Partei selbst, teils durch sie die österreichische Politik gegen Preußen führt. E. E. habe ich oft Gelegenheit gehabt, sowohl in offiziellen Berichten als vertraulich von den antipreußischen Verbindungen und Intrigen des Dr. von Linde Anzeige zu machen, der ausschließlich von Österreich Besoldung erhält und alles in seinen Kräften Stehende tut, um diese zu verdienen, wenn er sie dafür empfängt, Preußen bei den übrigen Bundesstaaten und in der Presse zu verdächtigen. Daß sowohl Herr v. d. Kettenburg als Herr von Vogelsang ebenfalls in einem sehr nahen Verhältnis zu den Agenten der österreichischen Regierung und der ultramontanen Partei stehen, ist bei den Verhandlungen über die Beschwerde gegen Mecklenburg nicht zweifelhaft geblieben und bei den Beziehungen des Dr. von Linde zu den

[1]) Inhalt vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 207, Anm. 1.

Beschwerdeführern einerseits und zu Österreich andererseits ganz natürlich. Herr v. Vogelsang ist mit Herrn v. d. Kettenburg eng befreundet und dieser wiederum durch seine Frau mit der gleichfalls konvertierten des Herrn v. Sydow nahe verwandt, und mögen es vielleicht diese verwandtschaftlichen Verhältnisse sein, welche den sonst vermögenden Herrn v. Vogelsang nach Sigmaringen ziehen. Befremdlich bleibt es aber immer, welche Gründe diesen eifrigen Katholiken bestimmen können, in den Dienst einer protestantischen Regierung zu treten, und nach dem ganzen Urteil, welches ich mir über seine Persönlichkeit habe bilden müssen, kann ich nicht annehmen, daß es die Absicht sein möchte, Sr. M. dem Könige ehrlich zu dienen, welche ihn in den preußischen Dienst führen würde. Von einem ähnlichen Gefühl ist die öffentliche Meinung in hiesiger Gegend geleitet, und ist man von der durch die Zeitungen kund gewordenen Absicht, den Herrn v. Vogelsang[2]) in Preußen anzustellen, in hohem Grade überrascht worden. Man weiß dafür in der Presse ein anderes Motiv nicht aufzufinden, als die Bevorzugung eines Beamten von Adel gegen den dermaligen bürgerlichen Inhaber der dem Herrn v. Vogelsang zugedachten Stelle. Unter meinen Kollegen dagegen macht die Sache den Eindruck, daß es der ultramontanen Partei gelungen sei, unsere Regierung über die Bedeutung und den Zweck des Eintritts des Herrn v. Vogelsang in den diesseitigen Staatsdienst zu täuschen, zumal Sigmaringen in jener Gegend für den Hauptherd der ultramontanen Bestrebungen gehalten wird, deren ungestörte Entwickelung mehr durch die diesseitige Gesetzgebung, als die anderer Staaten begünstigt wird. Nicht selten habe ich denn auch von meinem württembergischen und badischen Kollegen bei Gelegenheit der katholischen Streitigkeiten darüber klagen hören, daß von Hohenzollern aus die ultramontane Agitation sich in die Nachbarstaaten erstrecke. Es dürfte deshalb auch dort die diesseitige Anstellung eines Mannes nicht gern gesehn werden, der die von ihm angestrebte Stellung voraussichtlich benützen würde, der ultramontanen Opposition in der oberrheinischen Kirchenprovinz einen neuen Vorschub zu leisten.

81. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. August 1855.

E. E. beehre ich mich den Empfang des h. Erlasses vom 10.,[1]) mein Urlaubsgesuch betreffend, g. anzuzeigen. Ich habe es vorgezogen, meine Kissinger Kur hier an Ort und Stelle durchzumachen; die Diät, die Ruhe und die regelmäßige Lebensart sind am Ende die Hauptsache, und es ist hier in meinem Hause doch nicht ganz so langweilig, wie auf die Dauer in einem Badeorte. Dabei mache ich täglich Ausflüge in den Taunus oder Odenwald, um mit Bergsteigen die körperliche Anstrengung nachzuholen, deren Mangel die Hauptursache meines Unwohlseins ist. Am nächsten Donnerstag, den 16., hoffe ich ins Seebad abzugehn, wahrscheinlich nach Trouville, wenn ich nicht auf der Reise dahin ein weniger frequentes ausmittle. Die französische Küste ziehe ich vor, weil für Norderney die Jahreszeit schon etwas spät wird; mit Anfang September hört es dort auf, angenehm zu sein. Hatzfeld ist so freundlich gewesen, mich einzuladen, auf der Durchreise einige Tage bei ihm zu bleiben, was mir sehr interessant ist, da ich einige der Feste zu Ehren der

---

[2]) Vorlage: v. Kettenburg.

[1]) Unter Bewilligung eines sechswöchigen Urlaubs fragte Manteuffel unter dem 11. (nicht 10.) August an, an welchem Orte B. nach der Kur in Kissingen die Seebäder zu gebrauchen gedenke.

Königin von England werde mit ansehn können. Von Paris aus erlaube ich mir dann, E. E. den einsamen Strand, welchen ich aufsuche, noch näher zu bezeichnen, indem ich dort erst über die einzelnen Orte und ihre Beschaffenheit mich erkundigen kann. Politisch ist es hier ganz still. Prokesch ist auf einige Tage nach Schaumburg[2]) zum Erzh[erzog] Stephan, die meisten andern Collegen sind im Bade oder zu Hause. Graf Kielmannsegge geht morgen wieder nach Hanover; er ist sehr befriedigt von den Zusicherungen, die er bisher hier und von einzelnen Höfen erhalten hat.[3]) Der Strom der Reisenden ist gewaltig, und besonders die Berliner scheinen wanderlustiger wie je; auf allen Bahnzügen und in den benachbarten Bädern herrscht das melodische Idiom aus Gertrautenstraße in zweifelloser Majorität. Ich habe an manchen Tagen den Besuch von einem Dutzend durchreisender „Freunde" und mich deshalb schon seit einigen Tagen als abgereist consignirt. Mit Freude höre ich, daß E. E. die Landluft ersichtlich gut bekommen ist, und hoffe, daß sie bei der gnädigen Frau und Otto dieselbe Wirkung gehabt hat. Meine Frau trinkt auch hier Kissinger, wegen ihrer Augenleiden. Mit unwandelbarer Verehrung verharre ich . . .

82. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. September 1855.

E. E. erlaube ich mir g. anzuzeigen, daß ich wieder hier eingetroffen bin.[1]) Ich hatte ursprünglich beabsichtigt, meinen Urlaub mit einer villeggiatura am Rhein zu beschließen, und mir zu dem Behuf ein Quartier in Rolandseck ausgesucht; in Folge der Nachricht aber, daß S. M. der König herkommt, habe ich mich begnügt, meiner Frau die Örtlichkeit zu zeigen, die ich ihr zugedacht hatte, und sie aufs nächste Jahr zu vertrösten. Hier fand ich einstweilen nur die Vertreter von Holstein, Luxemburg, Hessen-Homburg und Frankfurt unter dem Vorsitze Würtembergs; gestern sind Sachsen und Baden dazugekommen; Geschäfte aber finden keine statt. Die Östreicher streiten es noch, daß Rechberg wieder herkommen werde, und hört man auch die Conjectur wieder auftauchen, daß Rechberg Buol's Stelle einnehmen und letztrer hier das Bundespalais beziehn werde. Ich glaube eher, daß Buol, wenn er überhaupt zurücktritt, sich den Pariser Posten ausersehn hat, vorausgesetzt, daß die Freundschaft mit Frankreich bei der Gelegenheit nicht zu stark erschüttert würde. In dem Falle bekämen wir hier wahrscheinlich Koller; daß Prokesch hier bleibt, nimmt niemand mehr an. Ich bedaure dieß; denn solange Östreich seine bisherige Stellung gegen uns beibehält, wünsche ich mir keinen andern Collegen als den bisherigen; es ist jedenfalls besser, eine preußenfeindliche Politik durch einen ungeschickten, als durch einen gewandten Vertreter geführt zu sehn.

Was ich in Paris an politischen Symptomen wahrgenommen habe, sprach übrigens nicht für die Fortdauer eines geheimen Verständnisses zwischen Wien und Paris. Man renommirte in den ministeriellen Kreisen allenfalls damit, die deutschen Mittelstaaten in der Tasche zu haben; die Erwähnung Östreichs aber war stets mit unwillkührlicher Bitterkeit gefärbt, während ich glaubte, man werde uns gegenüber gern sich den Schein geben,

---

[2]) Vgl. oben Bd. I, S. 505.

[3]) Am 29. Juli 1855 war in Hannover ein neues Ministerium berufen worden, dessen Leitung Graf Kielmansegge übernahm.

[1]) Am 6. September.

mit Östreich sehr gut zu stehn. Eine kriegerische Äußerung habe ich während meines ganzen Aufenthaltes von niemand gehört; im Publikum sprach man von dem Kriege fast immer mit Achselzucken, am unbefangensten von Seiten der Militärs, Canrobert eingerechnet. In Gesprächen mit den offiziellen und andern Politikern herrschte das Bestreben vor, zu erklären, warum man die östreichischen Vorschläge nicht angenommen habe; neu war mir dabei, daß man vor der Ablehnung Östreich befragt habe, ob es im Falle der Annahme versprechen wolle, für die Durchführung seines eignen Programmes zum Kriege zu schreiten, wenn Rußland Schwierigkeiten erhebe; diese Zusage zu geben, habe Östreich mit ausweichender Antwort verweigert; darauf erst sei die Ablehnung der Westmächte erfolgt. Mr. Brenier, der Bureau-Chef für die comptabilité, erzählte mir das ausführlich, und Graf Walewski sprach sich in demselben Sinne aus. Der Kaiser sprach vorzugsweise von dem Befinden Sr. M. des Königs und seiner Theilnahme für dasselbe[2]), sagte mir auch persönlich schmeichelhafte Dinge. Unverkennbar wurden wir Preußen im Vergleich zu andern Fremden mit großer Aufmerksamkeit behandelt. Besonders Östreicher bemerkte man fast nirgends, und Hübner erschien bei keinem der Feste, angeblich wegen Krankheit, obschon ich ihn inzwischen ganz wohlauf sah.

Bezeichnend für die Opfer des Krieges ist in Frankreich die vollständige Leere in allen Infanterie-Garnisonen. Die Armeen von Paris, Lyon und Boulogne sind in respectablem Zustande, zusammen vielleicht 100 bis 120 000 Mann; in den sonstigen Garnisonen aber befinden sich nur Depots, im engsten Wortverstande. In Straßburg, Metz, Rouen hatten die Infanterie-Regimenter nur die zur Dressur der fortwährend zugehenden Rekruten nöthige Mannschaft bei der Fahne, und jede ausexercirte Rekruten-Abtheilung wird sofort auf die Eisenbahn gesetzt, um nach dem Orient abzugehn. Der Wachtdienst in Straßburg und Metz wurde von Nichtcombattanten, den Handwerkern und Arbeitern der Truppentheile, und in Metz von den Artillerieschülern gethan. In Straßburg befinden sich nach den mir von Einwohnern gemachten und in Paris von Militärs bestätigten Angaben nur wenig über 500, jedenfalls unter 1000 Mann Infanterie verschiedner Regimenter; auf den Wällen schilderten Cavalleristen. Ein Ordonnanz-Offizier des Kaisers gab mir den Unterschied zwischen der Truppenzahl, die successive eingeschifft worden, und der, die jetzt im Orient vorhanden sei, auf einige 80 000 Mann an. Die Verkleinerung der Verluste in den amtlichen Berichten wird von der Armee sehr übel genommen, und jeder Offizier ist leicht bereit, den Moniteur in dieser Beziehung Lügen zu strafen.

Ich schrieb E. E. schon,[3]) daß Hatzfeld noch immer sehr mißtrauisch gegen Rosenberg und gereizt über dessen Ernennung ist. Ich habe mich vergebens bemüht, diese Empfindungen bei ihm zu bekämpfen und ihn zu bewegen, daß er von Rosenberg mehr Unterstützung bei seinen Geschäften annimmt. Die Erlebnisse mit Wedell und Olberg haben auf Hatzfelds an und für sich reizbaren Gesundheitszustand nachtheilig gewirkt; der Verdruß zehrt an ihm, und das ist ein unzweifelhafter Schaden für den Königlichen Dienst, denn H[atzfeld] ist eine schwer zu ersetzende Spezialität für Paris. Die verwandtschaftlichen Beziehungen der Gräfin und sein eigner langer Aufenthalt unter verschiednen Regirungen haben ihm Verbindungen verschafft, die ihn zu einer Autorität für das diplomatische Corps machen. In Bezug auf die Thätigkeit Olbergs in Paris hat er, wie ich annehmen darf, sehr interessante Materialien; nach seinem Character und noch mehr nach seiner jetzigen Stimmung mischt er sich nicht aus eigner Initiative in irgend etwas; wenn er aber eine

---

[2]) Friedrich Wilhelm IV. litt damals unter starken Fieberanfällen.
[3]) Ein Brief solchen Inhalts liegt nicht vor.

Veranlassung erhielte, sich über seine Erlebnisse dieses Jahres auszulassen, so würde er sie, wie ich glaube, mit großer Genugthuung ergreifen.

Über die Reise S. M. des Königs weiß ich noch nichts Amtliches oder auch nur Sichres; nach Privatbriefen sollte die Ankunft hier auf den 20. fallen,[*]) ob aber Mittwoch Morgens oder zur Nacht, darüber schwebe ich noch in Ungewißheit und Erwartung. Mit der Bitte mich und meine Frau Ihrer Frau Gemalin auf das Angelegentlichste zu empfehlen, verharre ich . . .

83. Bericht vom 22. September 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. das Verbot eines Biwaks preußischer Truppen auf großherzoglich hessischem Gebiete. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 210.

84. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. Oktober 1855.

E. E. beehre ich mich g. anzuzeigen, daß ich, nachdem ich die Majestäten bis zum Apollinarisberge begleitet hatte, mit einem Umwege über das Ahrthal und den Laacher See hier wieder eingetroffen bin. Mit mir hat S. Majestät über Politik während des Aufenthaltes in Coblenz nicht weiter gesprochen, dagegen fand Bernstorf auf dem Dampfschiffe noch Gelegenheit, dem Könige sein Herz auszuschütten, wobei S. M. geäußert hat, daß die ganze durch die Wedell-Usedomsche Eingabe angeregte Episode als erledigt anzusehn sei, nachdem Hatzfeld sich glänzend gerechtfertigt habe. Auch für seine Person war Bernstorff von den Auslassungen des Königs sehr befriedigt, und die erregte Stimmung, in der er sich vorher befand, schien nach der Audienz gehoben zu sein. Ich glaube sonach, daß sich Hatzfeld und Bernstorf als die besten Bundesgenossen E. E. gegen jenen Angriff bewährt haben; mögen sie es gern oder ungern gethan haben, sie waren von dem gegnerischen Angriff solidarisch mitbetroffen.

Hier habe ich nichts als die Fortdauer der geschäftlichen Stille vorgefunden. Prokesch ist vorgestern nach Wien von hier abgereist und äußerte gegen einige, daß er in 10 Tagen, gegen andre, daß er in 3 Wochen wieder herkommen werde, um seine Kinder abzuholen. Ob er dann Rechberg einführen, oder dieser erst später eintreffen wird, ist noch unbestimmt; einstweilen habe ich das Präsidium aus den Händen des Herrn von Reinhart übernommen; Prokesch hat sich während seiner letzten Anwesenheit nicht damit befaßt, sondern ist incognito geblieben. Das Empressement, mit welchem die süddeutschen Fürsten dem Könige entgegengekommen sind, namentlich der Besuch des Königs von Würtemberg[1]), hat hier ein günstiges Aufsehn gemacht und in Paris nach den hier eingegangnen Nachrichten unangenehm überrascht; wenn, ungeachtet der Kenntniß von diesem Pariser Befremden, der Großherzog von Hessen zum 15. nach Berlin geht, so liegt darin ein Beweis, daß in Darmstadt die Furcht vor Frankreich abgenommen hat, trotz Sebastopol. Man kennt jetzt überall die Entblößung der französischen Garnisonen außerhalb der Bezirke der Armeen von Paris, Lyon und Boulogne und sieht etwas weniger Gespenster in der Richtung. Darmstadt sehe ich als eine Art von Wetterglas

[*]) Der König reiste nach Stolzenfels.
[1]) In Stolzenfels.

für die Stimmung der deutschen Regirungen an; das Quecksilber Dalwigks giebt am leichtesten dem Druck der politischen Atmosphäre nach. Östreich tummelt im Journal de Francfort und Constitutionel in wahrhaft lächerlicher Weise sein lahmes Schlachtroß von Versicherungen dessen, was es für Frankreich thun werde und längst gethan hätte, wenn es nicht von Preußen am Rockschoß gehalten würde. Ich möchte doch wissen, wen sie mit diesen würdelosen Augendienereien gegen Westen und Renommagen gegen Osten noch zu betrügen glauben; solange die Armee nicht wieder in Gallizien steht, ist doch diese Drapirung mit dem Kriegsmantel zu fadenscheinig. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

85. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

8. Oktober 1855.

Aus den öffentlichen Blättern habe ich Kenntnis von Äußerungen erhalten, die der beim Deutschen Bunde akkreditierte K. Großbritannische Gesandte Alexander Malet auf einem, während meiner Abwesenheit zur Feier der Eroberung Sebastopols von Privatleuten, meistens Engländern, veranstalteten Diner in Homburg über die preußische Politik in der orientalischen Angelegenheit getan haben soll. Von diesem Vorgange hat man hier, ungeachtet der Nähe Homburgs, da es sich nur um eine Privatgesellschaft handelte, erst durch die englischen Blätter Nachricht erhalten. Seitdem die Sache hier bekannt geworden, ist sie von mehreren deutschen Blättern mit einer Lebhaftigkeit aufgenommen worden, die ich vorzugsweise dem durch die Ausfälle der englischen Presse auf Preußen und Deutschland verletzten Gefühle zuschreibe. Eigentümlich aber ist es, daß insbesondere die der österreichischen Politik ergebenen offiziösen Blätter der Sache eine Wichtigkeit beizulegen bemüht sind, welche eine derartige bei einem Privatdiner, wenn auch von einem Diplomaten, begangene Unvorsichtigkeit in keiner Weise haben dürfte. Sehr viel unpassendere und stärkere Äußerungen hat man von österreichischen Diplomaten, vor allem von Herrn von Prokesch, wenn auch vor weniger Zuhörern, jedenfalls in weit ungeeigneterer Weise hören können.

Abgesehen von diesen Erwägungen, erlaube ich mir mit Rücksicht auf die Persönlichkeit des hiesigen englischen Gesandten meine unvorgr. Ansicht dahin auszusprechen, daß unsererseits eine amtliche Notiz von dem Vorgange nicht genommen werde. Sir Alexander ist im übrigen jederzeit ein inoffensiver Charakter, der sich durch Ruhe und Mäßigung bei politischen Meinungsverschiedenheiten vor vielen seiner englischen Kollegen auszeichnet, und dem seine Regierung eher den Vorwurf der Indifferenz als den zu großen Eifers machen könnte, der aber, abgesehen von der jetzigen orientalischen Frage, in seinen Sympathien viel mehr zu Preußen als zu Österreich hinneigt. Zu der Klasse der Engländer gehörend, welche mit einer gewissen Leidenschaft den Vergnügungen der Jagd und des Angelns nachgehen, regen ihn politische Fragen gewöhnlich nicht lebhaft an, und er ist zufrieden, wenn die Geschäfte ihn nicht von den gedachten Vergnügungen abziehen. Was ihn bei der fraglichen Gelegenheit das diplomatische Gleichgewicht in seinen Reden hat verlieren lassen, ist eine bei Engländern von seiner Geschmacksrichtung im allgemeinen häufige Vorliebe für reichlichen Weingenuß während der Mahlzeiten. Sir Alexander ist gegen mich stets offen und mitteilend gewesen und hat mir auch jetzt, ohne sich seiner

Rede gerade genau zu entsinnen, über das Aufsehen und die Übertreibungen, deren Gegenstand dieselbe geworden, in einer Privatkonversation sein lebhaftes Bedauern ausgedrückt, mit der in der Wahrheit begründeten Versicherung, daß ihm bei seiner ganzen Denkungsweise absichtliche und überlegte Beleidigungen einer fremden Regierung oder gar eines befreundeten Souveräns sehr fern liegen.

Eine Aufnahme und Verfolgung der Sache von unserer Seite könnte, wenn überhaupt ein Resultat, nur das eines Wechsels in der Person des hiesigen englischen Gesandten zur Folge haben, eine Eventualität, die ich als eine wünschenswerte a priori nicht betrachte, und erscheint mir der Vorfall, wenn die auswärtigen Zeitungsberichte genau sind, was sich nicht mehr feststellen lassen möchte, mehr in dem Lichte einer augenblicklichen und inter pocula begangenen Unvorsichtigkeit, über die man einem im übrigen wünschenswerten Kollegen hinweghelfen sollte. Natürlich nehme ich dabei an, daß keine wirklichen Beleidigungen gegen die Allerhöchste Person vorgekommen sind, sondern der Tatbestand sich auf dasjenige reduziert, was namentlich in der Norddeutschen Zeitung als Äußerung Sir Alexander Malets wiedergegeben ist.

86. Bericht vom 26. Oktober 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Abberufung Prokeschs, Entstellungen über dessen Mission nach Paris, Vollziehung des Artikels XIV der Bundesakte wegen der fürstlichen und gräflichen Häuser, im besonderen der preußischen Standesherren. — Vgl. Poschinger II Nr. 145 u. 146, sowie Neue Berichte S. 211 ff. Die Schlußstelle lautet:

Nachdem sämtliche Gegenstände der Tagesordnung erledigt waren, zeigte Freiherr von Prokesch seine Abberufung und Ersetzung durch den Grafen Rechberg an. Er verlas dabei eine Abschiedsrede, in welcher er die Hoffnung aussprach, daß das wohlwollende Vertrauen, dessen er sich während seiner mehrjährigen hiesigen Amtstätigkeit allseitig zu erfreuen gehabt habe, ihm auch in der Ferne gesichert bleiben möge. Ich konnte auf diesen, seiner Stilistik nach sich mehr in dem Gebiete des Gefühls, als in dem der Geschäfte bewegenden Vortrag, wenn ich nicht einer zur Heiterkeit geneigten Stimmung der Versammlung neue Nahrung geben wollte, nur mit dem kurzen Ausdruck meiner Überzeugung antworten, daß die Glückwünsche der Versammlung den Freiherrn von Prokesch an seinen neuen Bestimmungsort[1]) geleiteten.

Seine Abreise ist dem Vernehmen nach erst auf den 8. November angesetzt, so daß die Einführung des Grafen Rechberg, dessen Ankunft man in diesen Tagen entgegen sieht, in der nächsten Sitzung durch ihn wird erfolgen können.[2])

87. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. Oktober 1855.

Der englische Gesandte hat mir mit der ihm eigenen Offenheit ganz vertraulich mitgeteilt, daß Lord Clarendon ihm in einem Privatschreiben wegen seiner Äußerungen

---

[1]) Konstantinopel.

[2]) Die Abschiedsrede Prokeschs im Wortlaut bei Poschinger II S. 264 Anm. 1. Ebenda auch Bismarcks Antwort

auf dem in Homburg zur Feier der Eroberung Sebastopols veranstalteten Diner einen ernstlichen Verweis erteilt habe. Lord Clarendon habe hinzugefügt, wie er sich freue, daß die preußische Regierung ihn der Verlegenheit überhoben habe, in die ihn eine diesseitige Beschwerde würde gebracht haben, da er einer solchen gegenüber nicht imstande gewesen wäre, sich Sir Alexander Malets anzunehmen (qu'il n'aurait pas pu le soutenir).

Sir Alexander Malet hat mir nochmals seinen lebhaften Dank für die von der K. Regierung beobachtete Rücksicht ausgesprochen.

Indem ich mir erlaube, E. E. im Anschluß an meinen Bericht vom 8. d. M. hiervon g. g. Anzeige zu machen, glaube ich annehmen zu dürfen, daß dieser Abschluß der Angelegenheit auch zu Hochdero Befriedigung gereichen werde.

88. Bericht vom 29. Oktober 1855 an Minister v. Manteuffel, betr. die Besetzung der Stelle eines Archivars der Bundesmilitärkommission. — Vgl. Poschinger II Nr. 147.

89. Privatschreiben an Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

30. Oktober 1855.[1])

Verehrtester Freund und Gönner, mit vielem Danke habe ich Ihr Schreiben vom 27.[2]) erhalten, und bin darin ganz mit Ihnen einverstanden, daß ich mir mit einiger Besorgniß die Frage stelle, ob Rechberg in der erfreulichen Weise fortfahren wird, in der er seine Stelle interimistisch versah, oder ob er sich bloß in berechneter Weise die Wege geebnet hat, um nun Prokeschs Spiel mit mehr Geschick fortzusetzen. Die Bundesreform halte ich für eine blague, um die Kleinen zu ängstigen und um Oestreich als den Träger, Preußen als den Gegner dieser volksthümlichen Idee darzustellen. Pfordten hätte sich klüger benommen, wenn er seine Kammer mit ihren unmöglichen Projecten hätte herauskommen lassen, anstatt die Sache ernsthaft zu nehmen und Depeschen darüber zu machen. Mit Hatzfeldt und Bernstorff habe ich mich in Coblentz schon expectorirt, und es gelang mir nur mit Mühe, letztern zur Mitreise und zum Vortrag seiner olympischen Klagen[3]) bei Sr. Maj. heranzubringen. Ich hoffe, daß er damit zur Verdunstung der Luxemburger Conspiration[4]) das Seinige beigetragen hat, nachdem die Hauptsache durch Hatzfeldt geschehn war. Was macht aber Wedell noch in Berlin? Ich denke, der alte Herr[5]) wird doch durchgesehn haben, daß man ihn benutzen wollte, die Kastanien aus dem Feuer zu holen! Was die Ordensangelegenheit betrifft, so bitte ich Sie, auf meinen Beistand und meine Discretion zu rechnen. Ich glaube aber kaum, daß man in D[armstadt] auf eine Reciprocität für Solms eingeht. Aus meinen Berichten ist Ihnen bekannt, daß der Großherzog für Görz den Orden wünscht, und die Hutmachergeschichte[6]) läßt diesen Wunsch im Preise steigen. . . .

---

[1]) Vollständig abgedruckt im Bismarckjahrbuch VI S. 58 f.
[2]) Abgedruckt a. a. O. S. 56 ff.
[3]) Anspielung auf Herrn v. Usedoms Gattin Olympia.
[4]) Anspielung auf die amtliche Stellung des Generals v. Wedell als Gouverneur von Luxemburg.
[5]) Wedell war 1784 geboren.
[6]) Vgl. die folgende Nummer.

90. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. November 1855.

E. E. geehrten Erlaß in Betreff der Ordensverleihung an Graf Görtz habe ich gestern erhalten, und werde ich noch heut die nöthige Mittheilung an Herrn von Dalwigk machen. Die Einleitungen zur Erlangung des Ordens wurden übrigens schon vor dem Rencontre mit dem Hutmacher von Darmstadt aus getroffen, und schon von Italien aus hat Görz seine desfalsigen Wünsche geltend gemacht. Dalwigk war von Hause aus dawider, weil er sich neuerdings über Görz, namentlich in Betreff gewisser Indiscretionen desselben, glaubt beklagen zu sollen; der Prinz Emil aber, der mit Görz persönlich befreundet ist, hat diesem die Stange gehalten und schon vor der Ohrfeigengeschichte den Großherzog zu dem Verlangen des Ordens beredet, mit Zuhülfenahme gelegentlicher Andeutungen, daß Görz sich auf seine Güter zurückziehn wolle. Man hat viel Geld und Einschüchterung angewandt, um die Presse von Besprechung der Prügelei abzuhalten, und bei den Blättern der hiesigen Gegend ist es gelungen, ungeachtet aller Bemühungen des Hutmachers einige pikante Inserate anzubringen.

Prokesch spielt die Rolle des Bösewichtes in dem langweiligen Bundesroman bis ans Ende; es scheint, daß er seinem Nachfolger absichtlich einen schwierigen Anfang bereiten will, indem er streitige Sachen, wie die Anstellung des Archivars, die Rastatter Kriegsbesatzung u. dergl., in den Vordergrund zieht, Acten verläugnet, die ich fordre, die Ausschußsitzungen willkührlich ausfallen läßt und sich unsichtbar dadurch macht. Er hat ursprünglich geglaubt, zwei Tage nach der Sitzung vom 25. v. M. durch Rechberg abgelöst zu werden, und um nicht selbst noch unter dem Streit, den er hinterlassen wollte, zu leiden, hat er seit dem 25. Oct. alle Sitzungen abgesagt. Über den wiederholten Ausfall des Militär-Ausschusses habe ich ihn heut schriftlich zur Rede gestellt; er führt seine bevorstehende Abreise als Grund an, worauf ich ihm erwidre, daß darunter m. E. die laufenden Geschäfte ebensowenig leiden sollten, wie sie unter der Behinderung des Gesandten einer andern Regirung zu leiden pflegen. Leider bin ich bei meinen Collegen in dergleichen Kampf gegen Präsidialwillkühr und Anbahnung von Privilegien Oestreichs noch immer fast ohne Beistand, besonders seit Baiern wieder in einer Schwankung nach Östreich hinüber gravitirt. Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, bei welcher diese Wahrnehmung offizielle Beläge hätte finden können; aber ich fühle es meinem Collegen Schrenk an. In Paris wird Pfordten, dessen schwache Seite der Eitelkeit man dort wohl nicht ungenutzt lassen wird, vielleicht französischer, aber schwerlich östreichischer gemacht worden sein. Dagegen scheint das Wiener Cabinet in der traurigen Lage des Königs Otto[1]) eine neue Handhabe gewonnen zu haben, um auf Baierns Haltung zu wirken. Prokesch hat der Großherzogin von Hessen versprochen, Wunder für ihren Bruder[2]) zu thun, und einstweilen einen Bairischen Orden für seinen guten Willen erhalten. Er wird auf der Reise nach Constantinopel in Athen anlegen und einen Aufenthalt dort machen. Zu dem verwandtschaftlichen Mitgefühl kommt der Umstand, daß ein großer Theil des Privatvermögens des bairischen Königshauses in griechischen Papieren, zum Theil sogar

---

[1]) König Otto von Griechenland, der Bruder des Königs Max von Bayern, war durch seine unglückliche Politik während des Krimkrieges in eine schwierige Lage gekommen.

[2]) Die Großherzogin war eine Schwester des Königs Otto von Griechenland.

in persönlichen Vorschüssen an König Otto steckt, und die ganze Verlassenschaft des Königs Ludwig wird in ihrem Werthe wesentlich durch den Bestand des griechischen Thrones bedingt.

Die Sendung Canroberts[3]) nach dem Norden macht hier viel zu denken: Überwinterung von Kriegsschiffen, Bündniß mit Schweden, Ausbeutung der Sundzoll-Verlegenheit Dänemarks, der Wunsch, Canrobert zu thun zu geben und ihn aus Paris zu entfernen, und vieles Andere wird conjecturirt; auch Friedensverhandlungen durch dänische Vermittlung. Gewiß ist, daß alle hierher gelangenden Pariser Nachrichten von Friedenswünschen überfließen; sogar der kleine Damrémont, Dalwigks Tyrann in Darmstadt, bläst mit vollen Backen die Friedensschalmey. Eben erfahre ich, daß Rechberg angekommen ist. In der Heidelberger Conventikel-Sache ziehe ich noch einige Nachrichten über die früher benutzten Quellen ein, und werde dann berichten. Mit vorzüglichster Verehrung verharre ich . . .

91. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

7. November 1855.[1])

E. E. geehrter vertraulicher Erlaß vom 5. c. nebst dem Promemoria über die österreichische Presse[2]) ist mir heute zugegangen. Meines g. Dafürhaltens dürfte es um so wichtiger sein, den Grafen Buol direkt auf die fraglichen Übelstände aufmerksam zu machen, als derselbe nach verschiedenen, mir aus guter Quelle zugehenden Nachrichten persönlich den Anstrengungen[3]) der inspirierten österreichischen Presse keinen hohen Wert beilegt, die Unbequemlichkeiten aber, welche ihm aus denselben gelegentlich erwachsen, lebhaft und verdrießlich empfindet. Es ist vielmehr der Minister Bach, welcher aus verschiedenartigen Gründen das Bedürfnis hat, die Presse in Aufregung zu erhalten, und die Verbindung mit den heterogenen Quellen dieser Aufregung zu kultivieren. Die Berichte und Arbeiten der auswärtigen Preßagenten gehen daher, wie ich höre, an beide Minister, und hat Herr von Bach gelegentlich geäußert, daß Graf Buol imstande sei, die wichtigsten Preßarbeiten, wenn sie zu seiner alleinigen Kenntnis gelangten, als Störungen seiner Bequemlichkeit in den Papierkorb zu werfen; sogar die publizistischen Arbeiten des Freiherrn von Prokesch sollen diesem Schicksal ausgesetzt sein, und nur der dominierende Einfluß des Ministers des Innern dem Grafen Buol eine widerwillige Beteiligung an den Agitationen der Tagespresse abnötigen. Auch für die von Freiherrn von Prokesch aus Constantinopel künftig zu liefernden Zeitungskorrespondenzen sind dem Vernehmen nach bei dessen letzter Anwesenheit in Wien Verabredungen getroffen worden, um sie vor dem Untergange in der Makulatur des auswärtigen Ministeriums zu schützen.

Gestern Abend besuchte mich der Freiherr von der Pfordten auf seiner Durchreise nach München. Die Unterredung mit ihm bestätigte meine Voraussetzung, daß man in Paris nichts von alle dem vernachlässigt haben werde, was dem Selbstgefühl des bayeri-

---

[3]) General Canrobert ging in vertraulicher Mission nach Stockholm, um ein Bündnis mit Schweden abzuschließen.

91. [1]) Bei Poschinger nach dem Konzept gedruckt (II 145).

[2]) Das Promemoria war veranlaßt durch die fortwährenden Angriffe der österreichischen Presse auf Preußen und sollte durch den preußischen Gesandten in Wien dem Grafen Buol zur Kenntnis gebracht werden.

[3]) Poschinger setzt: Äußerungen. In der Ausfertigung und im Konzept (Diktat) steht: Anstrengungen.

schen Ministers wohltun konnte. Er bezeichnete mir als den hauptsächlichen Inhalt seiner Besprechungen mit dem Kaiser der Franzosen und den dortigen politischen Persönlichkeiten die Interessen Griechenlands, für dessen Schicksale die Teilnahme des bayerischen Königshauses lebhafter als jemals angeregt sei. Im übrigen bemerkte er, daß seine Meinung von der Stabilität der dermaligen Zustände Frankreichs durch seinen Pariser Aufenthalt sehr erhöht worden sei. Er glaubte sogar, daß die Thronfolge für den Fall des Ablebens des jetzigen Kaisers durchaus gesichert sei, wenn auch nicht für den Prinzen Napoleon, so doch jedenfalls für ein Mitglied der Familie Bonaparte, dessen Bezeichnung entweder von dem Testament des Kaisers, oder von den nach dem Tode sofort zusammentretenden Marschällen abhängen werde. Meiner unvorgr. Ansicht nach dürfte der letztere modus procedendi eventualiter die bedenklichsten Keime der Zwietracht zutage bringen. Herr von der Pfordten sprach mit großer Anerkennung von dem glänzenden Verstande, welchen der Prinz Napoleon im Gespräch mit ihm entwickelt habe, und fügte hinzu, daß dieselbe Anerkennung und Überzeugung von der Sicherheit der Thronfolge dieses Prinzen in den Kreisen, mit welchen er verkehrt habe, allgemein sei. Meine eigenen Eindrücke aus Paris widersprechen dem, und habe ich namentlich in den militärischen Kreisen hohen und niederen Grades viele Beweise einer geringschätzigen Abneigung gegen die Person dieses Thronfolgers erhalten, welche sich sogar unter den Offizieren der nächsten Umgebung des Kaisers in den stärksten Ausdrücken Luft machte, namentlich bei Gelegenheit eines Diners, welches einer Jagd in Fontainebleau folgte, und bei welchem der Wein die Zunge löste. Im übrigen war der Minister von der Pfordten durchdrungen von der aufrichtigen friedlichen Gesinnung, welche gegenwärtig das französische Kabinett, und namentlich den Kaiser selbst beseele. Letzterer hoffe auf baldige direkte Eröffnungen von seiten Rußlands, und diese würden, wenn man den günstigen Moment nicht versäume, die zuvorkommendste Aufnahme finden. Als Programm halte man in Paris auch gegenwärtig die 4 Punkte mit einer vertragsmäßigen Beschränkung der Stärke der russischen Pontusflotte fest.

Nicht ganz verständlich in seinem Kausalzusammenhang war mir ein lebhafter Ausfall gegen den Deutschen Bund und die Art, wie dessen Politik betrieben werde, zu welchem Herr von der Pfordten im Augenblick, wo er mich verließ, Gelegenheit nahm. Mochten Zeitungsartikel und Andeutungen über Rheinbunds-Politik oder neuere Zumutungen Österreichs ihm dabei vorschweben, das lasse ich unentschieden; jedenfalls klagte er, daß man es keinem recht machen könne, und bald hier bald dort angefeindet werde. Er schloß mit den Worten: „Wenn es so weiter geht, so muß der Bund zugrunde gehen; mögen dann diejenigen, welche auf eigenen Füßen nicht stehen können, sehen, wo sie bleiben. Bayern wird sich schon durchhelfen.“ Ich weiß nicht, ob ihm bei diesen Worten etwas von einer Dreiteilung Deutschlands dunkel vorschwebte, welche ich gelegentlich aus dem Munde französischer Politiker als eine natürliche habe schildern hören, und nach welcher Bayern der Besitz des Südwestens von Deutschland mit Einschluß Frankfurts, Preußen aber das rechtsrheinische Norddeutschland zufallen würde. Andernfalls schien seine Empfindlichkeit gegenwärtig mehr gegen Österreich, als gegen uns gerichtet zu sein, indem er das bei Gelegenheit der Korrespondenz über die Bundesreform wieder hervorgetretene österreichische Verlangen, den Bestand des Bundes durch unbedingten Anschluß an Österreich zu sichern, mit Bitterkeit kritisierte. Im ganzen läßt sich annehmen, daß das bayerische Selbstgefühl gegen Österreichs Zumutungen durch die Pariser Reise des Premierministers einige Stärkung erhalten hat.

Über die Anfrage, welche in betreff der Bundesreform von München nach Wien gegangen ist, sagte mir Herr von der Pfordten, daß sie weniger durch die Anregung der bayerischen Kammer, als durch die Agitation der österreichischen Presse veranlaßt worden sei. Weil man der letzteren nicht länger habe ruhig zusehen können, habe König Max von Kreuth aus besonders befohlen, über die Bedeutung dieses publizistischen Feldzuges eine Anfrage an das Wiener Kabinett zu richten.

Graf Rechberg ist gestern hier eingetroffen und soll morgen durch Herrn von Prokesch eingeführt werden. Mit der ausgezeichnetsten . . .

92. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

13. November 1855.[1])

. . . Eine andre Verbindung, welche die Heidelberger angeknüpft, ist diejenige mit Oestreich. In dieser Beziehung erlaube ich mir g. g. daran zu erinnern, daß der frühere Herzogl. Nassauische Legationsrath Max v. Gagern gegenwärtig in dem östreichischen Staatsdienst sich befindet, nachdem er zur katholischen Religion übergetreten.

Bei der bekannten Unfähigkeit desselben habe ich zu ermitteln gesucht, welche Motive seiner Aufnahme in den östreichischen Dienst zu Grunde gelegen haben, und dabei aus sichrer Quelle erfahren, daß der König Leopold in einem Schreiben an den Grafen Buol diese Anstellung dringend und als eine persönliche Gefälligkeit erbeten habe. Die muthmaßliche Veranlassung hierzu ist dem König der Belgier durch I. K. H. die Herzogin von Brabant und deren Bruder, den bekanntlich in Nassau wohnenden Erzherzog Stephan geworden.

Max von Gagern soll übrigens bisher wegen seiner Unfähigkeit unbeschäftigt sein und nur mit seinem Namen in der Liste der Kaiserlichen Beamten figurieren.

Heinrich von Gagern ist in zweiter Ehe mit einer Katholikin verheirathet, er läßt seine Kinder in der katholischen Confession erziehn und hat den ältesten Sohn vor einiger Zeit in eine östreichische Cadettenanstalt gebracht. Die desfallsigen Schritte sind dem Vernehmen nach durch Herrn von Prokesch vermittelt worden. Außerdem steht er mit der durch ihre ultramontane und östreichische Richtung bekannten Frau Rath Schlosser, welche den größten Theil des Jahres auf ihrem Gute Neuburg in der Nähe von Heidelberg lebt, in nahem Verkehr, und auch andre Angaben befestigen mich in der Überzeugung, daß in dem Hause dieser Frau, sowohl in Heidelberg als hier, die ultramontane Vermittlung zwischen Oestreich und der burschenschaftlichen Partei eine besondre Förderung findet.

Bekannt ist ferner, wie verschiedne Mitglieder der ehemaligen Gothaischen Partei dem Beispiele des in der östreichischen Staatskanzlei beschäftigten Herrn v. Biegeleben gefolgt und offen unter die Fahne Oestreichs getreten sind, von denen ich gelegentlich den ehemaligen Redacteur der constitutionellen Zeitung, jetzigen K. K. Regirungs-Rath Weil und den Prof. Dr. Stein aus Kiel, jetzt in Wien, hier anführe. Auch in der Person meines oldenburgischen Collegen Herrn von Eisendecher macht sich dieser Zug mißvergnügter Gothaer zu Oestreich bemerklich.

---

[1]) Auszug. Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch II 54 ff. Die Ausfertigung war nicht zu ermitteln.

Zu dem neuen in Heidelberg vom 1. Januar 1856 an erscheinenden Blatt der Partei, „Germania", sind die Geldmittel für das erste Jahr durch einen entschiedenen Anhänger Oestreichs, den Dr. Kiesselbach in Mannheim, zur Disposition gestellt, der sich besonders in der Zollvereinsfrage durch publizistische Arbeiten zu Gunsten Oestreichs hervorthat.

Auch die Redactionskräfte der hiesigen östreichischen Blätter, „Postzeitung" und „Deutschland", sind zum großen Theil aus dem Gothaer Lager hervorgegangen. Die östreichischen Verbindungen hindern die Partei übrigens nicht, auch mit England lebhafte Beziehungen zu unterhalten.

Hier am Ort liegen dieselben in den Händen des Dr. Varrentrapp, des Kaufmann Albert Varrentrapp, Generalagenten der englischen Lebensversicherungsgesellschaft Phönix, des Advokaten Jucho, welcher die von ihm in Verwahrung genommne Urkunde der Deutschen Reichs-Verfassung nach England gesandt, und des Schöffen Souchay, welcher im vorigen Jahre sich längere Zeit in England aufgehalten hat.

An diese schon seit mehren Jahren bestehende Verbindung knüpft sich die Beziehung, welche der gegenwärtig in Heidelberg wohnhafte Dr. Mayer, ehemaliger Sekretair des Prinzen Albert, theils direct, theils mit dem Herzog von Sachsen-Coburg hat. Seitdem sich der Ritter Bunsen in Heidelberg aufhält, haben diese Relationen sich noch bedeutend vermehrt.

Es wird mir mitgetheilt, daß Letztrer in lebhaftem Briefwechsel mit Lord Clarendon stehe und häufig Briefe mit dem Timber „Foreign Office" empfange, wobei ich auf die Beilage 3 gehorsamst Bezug nehme.

Ueber den Inhalt dieser Correspondenzen sind mir fragmentarische Mittheilungen zugegangen, welche sich auf Erzählungen des Schwiegersohns des Ritter Bunsen, Assessor von Ungern-Sternberg zu Heidelberg, gründen, die ich indeß nicht beizufügen wage, weil in denselben Verletzungen der Ehrfurcht gegen die ah. Person Sr. M. des Königs enthalten sind. Dieselben beziehen sich auf die Gründe des Abganges des Herrn v. Bunsen aus London und auf die dortige Mission des Herrn von Usedom.

93. Bericht vom 16. November 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Frage der Bundesreform. Abberufung des französischen Gesandten am Bunde. Rechberg. — Vgl. Poschinger II Nr. 149. S. 269 vorletzte Zeile des 1. Absatzes lies für „Veränderungen" „Vereinbarungen", S. 270 am Schluß der Nummer ist zu lesen: „geben ihm Gelegenheit, seine Bereitwilligkeit zu freundlicher Verständigung an den Tag zu legen".

94. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

24. November 1855.[1])

E. E. erlaube ich mir in der Anlage die Abschrift eines mir gestern zugegangnen Schreibens des Herrn Ministers des Innern g. vorzulegen. Ich bin in Zweifel, ob ich dasselbe nur als die allgemeine Formel der Einberufung der Mitglieder des Herrenhauses

[1]) Nach dem Konzept gedruckt im Bismarckjahrbuch II S. 56 f.

anzusehn habe, oder ob es der ausdrückliche Wille Sr. Majestät des Königs ist, mich dort zu sehn, sei es aus besondern Gründen, sei es zur Vollständigkeit des Hauses; ich bin demnach nicht sicher, ob ich kommen soll oder nicht, obschon ich nach Inhalt des Schreibens an sich das Erstre annehmen muß. E. E. würde ich sehr dankbar sein, wenn Hochdieselben die Güte haben wollten, mich in der Kürze telegraphisch darüber zu verständigen, wobei ich g. bemerke, daß ich spätestens Dienstag den 27. hier würde abreisen müssen, wenn ich rechtzeitig eintreffen soll. Geschäfte von der Natur, daß sie ein Hinderniß meiner Reise sein würden, liegen am Bunde jetzt nicht vor; im Gegentheil, es ist vollständige Ebbe.

Mit der ausgezeichnetsten Ehrerbietung . . .

95. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

26. November 1855.

Freiherr von Schrenck hat mir eine Zirkulardepesche der bayerischen Regierung vorgelesen, welche die Absicht der letzteren betrifft, beim Bunde Verhandlungen über das Heimatsrecht, die Auswanderung, die Patenterteilung, die Messen, das Münz-, Maß- und Gewichtssystem, die gegenseitige Vollziehbarkeit gerichtlicher Erkenntnisse und andere Gegenstände allgemeiner Nützlichkeit einzuleiten. Die Depesche ist zwar an die Missionen Bayerns in Deutschland gerichtet, um sie den einzelnen Regierungen unmittelbar mitzuteilen und deren Ansicht über den Vorschlag zu vernehmen. Indessen ist Freiherr von Schrenck zugleich beauftragt, die Sache auch hier zum Gegenstand der Besprechung mit seinen Kollegen zu machen.

E. E. bitte ich g. g., mich von den Intentionen der K. Regierung resp. der Bayern zu erteilenden Antwort seinerzeit unterrichten zu wollen, zumal mehrere meiner Kollegen sich deshalb wiederholt an mich gewandt haben, die Ansichten Preußens zu kennen, um sie bei Feststellung ihrer eigenen Ansicht zu berücksichtigen. Unter dem Eindruck der neueren Diskussionen in der Presse werden dabei die Absichten Bayerns nicht selten in die Kategorie der Bundesreform gestellt, während es sich dabei lediglich um Vereinbarungen handelt, welche schon wiederholt die Tätigkeit der Bundesregierungen in Anspruch genommen haben und nun auf dem durch die bestehende Bundesverfassung vorgezeichneten Wege erstrebt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dergleichen Vereinbarungen durch Bundesbeschlüsse, bei dem Erfordernisse der Stimmeneinhelligkeit, jederzeit große Schwierigkeiten gefunden haben. Was ungeachtet dessen erreicht worden, hat nie den Wünschen a l l e r entsprochen, so die Bundesbeschlüsse wegen Regulierung der Presse und des Vereinswesens, wegen Auslieferung von Verbrechern u. a. Ein Beschluß über Feststellung der Heimatsverhältnisse hat trotz jahrelanger Verhandlungen noch nicht zustande gebracht werden können. Nicht bloß materielle Bedenken sind es, welche aufgeworfen wurden, auch aus formellen Gründen haben Bundesbeschlüsse der fraglichen Art Anstand erregt.

Besonders bedenklich ist den Regierungen dabei der Umstand, daß die Bundesbeschlüsse nicht die Eigenschaft kündbarer Verträge besitzen, und daher jede Freiheit der Bewegung in der eigenen Gesetzgebung über den betreffenden Gegenstand geopfert wird. Die vor-

behaltene Kündigung bietet dem einzelnen bei sich herausstellendem Bedürfnis die Möglichkeit, seine Unabhängigkeit wieder zu erlangen, oder doch durch Androhung der Kündigung die notwendig scheinende Modifikation zu erlangen.

Auch den Interessen Preußens dürfte es mehr entsprechen, über gemeinnützige Angelegenheiten der in Rede stehenden Art kündbare Verträge abzuschließen, als sich durch Bundesbeschlüsse, die nur durch Einstimmigkeit zu lösen resp. zu modifizieren sind, an ein Feld zu binden, auf welchem neben allen übrigen Schwierigkeiten noch das Übergewicht der österreichischen Präsidialstellung zu bekämpfen ist. Außerhalb des Bundes bleibt Preußen, als der größte und wichtigste deutsche Staat, die Basis eines solchen Vertrages, und eine Kündigung von seiner Seite kommt einer Auflösung des ganzen Verhältnisses gleich. Bei Bundesbeschlüssen dagegen haben wir gleich den kleineren Staaten nur eine Stimme abzugeben, und sind von der oberen Leitung ausgeschlossen.

Demungeachtet dürfte es meines g. g. E. sich empfehlen, dem fast allseitig geteilten Streben nach Konsolidation der deutschen Gesetzgebungen über jene gemeinnützigen Angelegenheiten weder am Bunde, noch auch nur in dem Stadium der jetzigen Vorverhandlung direkt entgegenzutreten, vielmehr darauf, unter Hervorhebung der diesseitigen niemals ausgesetzten Bestrebungen, formell einzugehen.

Ein Abschluß der Sache wird voraussichtlich immer an der besonderen politischen und materiellen Lage Österreichs scheitern, welches einerseits nicht fähig ist, die den übrigen deutschen Staaten passenden Einrichtungen für die ganze Monarchie oder deren deutschen Teil zu akzeptieren, andererseits nicht verlangen kann, daß die den österreichischen Zuständen [sich] anpassenden Bestimmungen im übrigen Deutschland Geltung erhalten.

96. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 30. November 1855.[1])

Sie haben wohl die Güte, die Einlage nach Darmstadt zu befördern. Zugleich bitte ich so schleunig als möglich um Angabe von Character und bisheriger Decoration der beiden Adjudanten, welche den Herzog von Nassau hierher begleitet haben, Zimiecky und Naundorf, wenn ich nicht irre; ich hoffe, daß man ihnen noch Orden geben wird. Hier ist wenig los; vage Gerüchte von neuen Verhandlungen Oestreichs mit Frankreich, neuem 2. Dezember u. s. w., an die ich nicht glaube. Ueber die Briefdiebsgeschichte[2]) wird auch nicht viel zu Tage kommen, da der Hauptzeuge[3]) in Frankreich aufgegriffen und in Verwahrung genommen ist. Die verrathnen Papiere sind auch von wenig Erheblichkeit, einige persönliche Ergüsse über Personen, weiter nichts.

Grüßen Sie bei mir und empfehlen [Sie] mich Ihrer Frau Gemalin. Von meiner Frau habe ich soeben einen Brief erhalten. Der Ihrige.

Ueber mein Kommen weiß ich noch nichts, sehr lange bleibe ich aber nicht aus.

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 12 f. B. war am 29. November in Berlin eingetroffen.
[2]) Vgl. Denkwürdigkeiten des Generals Leopold v. Gerlach II 346 ff.
[3]) Der Agent Hassenkrug.

97. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

21. Dezember 1855.

E. K. Majestät beehre ich mich über meinen Aufenthalt in München nachstehendes a. u. zu berichten.

Am 14. d. M. vormittags hatte ich zuerst eine längere Unterredung mit dem Minister von der Pfordten, bei welcher ich die Besprechung über die von Bayern angeregten, in fünf Punkten formulierten gemeinnützigen Vorschläge als den ostensiblen Grund meiner Anwesenheit zuerst zur Sprache brachte. Ich überzeugte mich bald, daß das Interesse für diese Angelegenheit bei dem Minister minder lebhaft war, als bei dem Könige, seinem Herrn. Er ging indessen mit mir die einzelnen Fragen durch und schloß die Erörterung dieses Gegenstandes damit, daß er nähere Instruktionen an Herrn von Schrenck in Aussicht stellte, nach welchen sich dieser dann vorzugsweise mit dem Grafen Rechberg und mir über die etwa zu stellenden Anträge in Verbindung zu setzen haben würde. Mit Rücksicht auf die dringenden Wünsche des Königs Max hielt sich der Minister für verpflichtet, diese Fragen ernstlich in Angriff zu nehmen, und würde seiner Ansicht nach der erste Antrag auf die Berufung einer Kommission von Rechtsverständigen zu richten sein, welche die handelsrechtliche Frage und die Sicherung rechtlicher Ansprüche gegen Angehörige anderer Bundesstaaten zu bearbeiten haben würden. Ich werde über diesen Gegenstand an E. K. M. Ministerpräsidenten eingehender berichten.

Freiherr von der Pfordten brachte demnächst die europäische Politik und seinen Aufenthalt in Paris zur Sprache. Er hatte zwei längere Audienzen bei dem Kaiser der Franzosen und mehrere Unterredungen mit dem Prinzen Jérome und dem Grafen Walewski und Herrn von Bourquenay gehabt.

Den Inhalt derselben, namentlich der ersteren, gab er dahin wieder, daß der Kaiser Napoleon das dringende Bedürfnis Frieden zu schließen gegenwärtig empfinde; derselbe halte als Hauptbedingung die Neutralisation des Schwarzen Meeres fest, und wenn Rußland auf diese gegenwärtig eingehen wolle, so werde Frankreich jedenfalls Frieden machen, welches auch die Ansichten Englands sein möchten. Gelange man aber bis zum Frühjahr zu keiner Verständigung, und sei er also genötigt, den Krieg fortzusetzen, so könne dies nicht mit den bisher angewandten Mitteln geschehen, da solches die Kräfte Frankreichs übersteige, vielmehr sei er alsdann genötigt, an die Nationalitäten, und namentlich die polnische, zu appellieren. Wenn der Krieg im nächsten Jahre noch fortdauere, so werde seine Grundlage nicht mehr das europäische Recht, sondern der Egoismus der einzelnen Staaten sein. Der Minister von der Pfordten hatte dem Kaiser hierauf erwidert, daß eine derartige Politik nur die Folge haben könne, Rußland Bundesgenossen zuzuführen und namentlich die deutschen Mächte zur Parteinahme gegen Frankreich zu zwingen. Ich sprach ihm hierfür meine Anerkennung aus und meinen Unglauben, daß der Kaiser Napoleon zur Ausführung derartiger Drohungen wirklich schreiten werde, da er selbst das revolutionäre Element eben so sehr zu fürchten habe, als andere Regierungen, und jedenfalls mehr als Preußen und das eigentliche Deutschland; namentlich in bezug auf Polen sei es eine grobe Täuschung, der man sich in Frankreich und England über die Leichtigkeit, ein Land zu insurgieren, hingäbe, in welchem die Unzufriedenheit eines Teils des Adels und der Geistlichkeit ohne Schwierigkeit durch die dankbare Anhänglichkeit der bäuerlichen Bevöl-

kerung aufgewogen werde. In Posen und Galizien wenigstens sei dies der Fall, und im russischen Polen ein etwaiger Aufstand durch polizeiliche[1]) Mittel leicht zu dämpfen.

Der bayerische Minister gab mir dies zu, kam aber wiederholt auf die besondere Vorliebe zurück, welche der französische Kaiser für die Polen an den Tag gelegt habe, und welche auch in der Person des Grafen Walewski ihren Ausdruck finde.

Gegen die Entschließungen Österreichs für den Fall der Fortdauer des Krieges hegte der Minister von der Pfordten das größte Mißtrauen, namentlich wegen der staatsmännischen Unfähigkeit des Grafen Buol. Das letztere Urteil trat mir demnächst in allen Kreisen von München und Stuttgart mit großer Entschiedenheit entgegen, und begleitet von dem Bedauern, daß der Kaiser Franz Josef den Händen seines dermaligen Ministers die auswärtige Politik Österreichs fast ohne Kontrolle überlasse. Demungeachtet sprach der Minister von der Pfordten gegen mich die Befürchtung aus, daß Bayern sich der Politik Österreichs anschließen werde, wenn letzteres im Bündnisse mit Frankreich sich am Kriege beteilige. Seine eigene Ansicht widerstrebe dem zwar entschieden, seine Stellung sei aber nicht hinreichend gesichert, um in dieser Beziehung eine Bürgschaft für die Zukunft abgeben zu können; es gäbe in Bayern nur die drei Parteien: der Ultramontanen, der Konstitutionellen und der Demokraten, und diese, so entschieden sie sich auch auf andern Gebieten bekämpften, träfen doch in der Feindseligkeit gegen Rußland zusammen. Wenn daher Bayern in die Lage versetzt würde, die Unabhängigkeit seiner Entschließungen, im Gegensatz zu einem mit Frankreich verbündeten Österreich, zu betätigen, so werde das Ministerium bei einem Versuch dazu dem Übergewicht der öffentlichen Meinung erliegen und die Regierung möglicherweise dem Herrn von Abel oder dem Fürsten Wallerstein anheimfallen. Der einzige Halt solchen Eventualitäten gegenüber liege in der großen Schwierigkeit, mit welcher der König Max überhaupt wichtige Entschlüsse fasse, und in seiner unzweifelhaften Anhänglichkeit an die Bundesverfassung, deren weitere Ausbildung ihn lebhaft beschäftige, und in welcher er die relativ sicherste Assekuranz gegen äußere und innere Gefahren festhalte. So lange er selbst am Ruder sei, erklärte Freiherr von der Pfordten, unverbrüchlich an dem Grundsatz festhalten zu wollen, daß die deutschen Bundesstaaten sich nur an denjenigen politischen Schritten beteiligen könnten, welche nach vorgängiger Beratung die verfassungsmäßige Sanktion der Bundesversammlung erhalten hätten, und daß alle von Österreich allein und selbständig gefaßten Entschließungen auch von ihm in seiner Eigenschaft als europäische Macht und ohne Beihilfe der deutschen Bundesgenossen durchzuführen seien.

Bei den wiederholten längeren Besprechungen, die ich mit dem Minister von der Pfordten gehabt habe, versuchte ich zu ergründen, inwieweit derselbe den Plänen eines französisch[2]) bayerischen, auf Vergrößerung durch fremde Bündnisse gerichteten Ehrgeizes zugänglich sei; er lehnte jeden Verdacht einer an den Rheinbund erinnernden Politik mit einer, wie mir schien, aufrichtigen Erregtheit ab, indem er darauf hinwies, daß schon in der Persönlichkeit des Königs Max die Unmöglichkeit der Durchführung derartiger Pläne gegeben sei, selbst wenn ein bayerischer Minister sich gegenwärtig bereit finden könnte, zum Verrat an Deutschland die Hand zu bieten. Ich habe in München den Eindruck gewonnen, daß diese Äußerung für die Gegenwart in der Wahrheit begründet ist. Ich halte den Minister von der Pfordten für leicht bestimmbar durch neue Eindrücke, aber nicht für unaufrichtig

---

[1]) Im Konzept und in der Ausfertigung steht: galizische. Dagegen hat eine Abschrift nach dem Konzept: polizeiliche, wie es doch wohl heißen muß und wie auch Poschinger gelesen hat.

[2]) Konzept: spezifisch.

im Ausdruck seiner jedesmaligen Überzeugung. Es scheint, daß der Aufenthalt in Paris in ihm ein lebhaftes Verlangen, die Entwicklung der materiellen Interessen zu fördern, geweckt, und daß die Einflüsse, denen er dort unterlegen hat, vorzugsweise darauf gerichtet waren, auf diesem Gebiete enge Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland anzubahnen. Der Bau einer Rheinbrücke bei Straßburg erscheint ihm eine Lebensfrage für den Verkehr Süddeutschlands, und der französische Code de Commerce und der Fünffrankentaler schweben ihm als Ziele der deutschen Einheitsbestrebungen auf dem Gebiete des Handels und Münzwesens vor.

Es scheint, daß er in derartigen Verbesserungen das hauptsächliche Mittel sieht, die Völker mit den Regierungen auszusöhnen und die konstitutionellen Schwierigkeiten des eigenen Landes zu beschwichtigen, welche mir auf ihn und den König Max schwerer zu drücken scheinen, als die Verwickelungen der europäischen Politik; im Gespräch mit mir gravitierte er stets nach dieser Richtung hin.

Die Klagen der Kammern über das Defizit der Eisenbahnen, der Konflikt zwischen dem Minister von Reigersberg und einem Königlichen Handbillett in betreff der Pfälzer Wahlen, sowie ähnliche Gegenstände nehmen in seinem Gedankenkreise durchaus den Vordergrund ein.

Über die Kosten der Kriegsbereitschaft, die Bayern bereits 4 Millionen Gulden kostete, und über das hartnäckige Festhalten des Militärdepartements an dem jetzigen erhöhten Stande der Truppen und Pferde klagte er lebhaft, wie er überhaupt über alle inneren Verhältnisse und über die Schwierigkeiten, welche ihm von verschiedenen hohen und niedern Seiten bereitet würden, sich mit großer Offenheit gegen mich ausließ, als ich am folgenden Tage mit ihm allein in seinem Hause zu Tisch war. Bei dieser Gelegenheit las er mir auch das Schreiben vor, welches er bei seiner Rückkehr von Paris an den Grafen Bray gerichtet hat, und von welchem er mir sagte, daß es in Berlin mitgeteilt worden sei, anderweit aber nicht. Dagegen hat Herr von Beust von seiner analogen Eröffnung nach Petersburg, wie es scheint, mehrfach Gebrauch gemacht, dieselbe namentlich durch den Grafen Görtz nach Darmstadt direkt, in Abschrift nach Wien mitgeteilt. Nach dem, was ich seither darüber höre, hat die Eröffnung des sächsischen Ministers nach Form und Inhalt in Petersburg einen ungünstigeren Eindruck hinterlassen, als die seines bayerischen Kollegen. Die Eigenschaft eines höheren Selbstvertrauens auf Seite des Herrn von Beust dokumentiert sich auch darin, daß er, wie es scheint, Versuche zur Einleitung einer neuen Bamberger Konferenz gemacht hat, welche indes bisher in München ohne Anklang geblieben waren.

Gegen Württemberg und namentlich gegen den König Wilhelm scheint der bayerische Minister ein lebhaftes Mißtrauen zu hegen, und war der Meinung, daß die dortigen Entschließungen unberechenbar seien. Er klagte über die dortige Eifersucht gegen Bayern, die überall, so auch in den Zollangelegenheiten und deren Vertretung bei den Verhandlungen mit Österreich, sich geltend mache. Ich erfuhr bei dieser Gelegenheit, daß die Besorgnis des Münchener Kabinettes, durch Preußen von der Beteiligung an diesen Verhandlungen ausgeschlossen zu werden, von Wien aus absichtlich genährt, aber ursprünglich hervorgerufen sei durch einen Bericht des Obersteuerrates Meixner aus Berlin über Äußerungen, welche ein diesseitiger Ministerialrat gegen denselben getan habe.

Wiederholt trat Herr von der Pfordten der Meinung entgegen, als habe Bayern die Bundesreformfrage anzuregen beabsichtigt, seine desfalls nach Wien abgegangene Note habe keine andere Bedeutung gehabt, als die einer Zurechtweisung, welche der König dem

Grafen Buol wegen der Umtriebe der von Österreich besoldeten Presse in Bayern zugedacht habe.

Gelegentlich der Besprechung der Verhältnisse der Bundesfestungen stellte sich heraus, daß die bayerische Regierung gegenwärtig die Qualität einer Bundesfestung gern von Landau auf Germersheim übertragen würde. Ich werde mir erlauben, an diesen Punkt eine weitere Berichterstattung an E. K. M. Ministerium zu knüpfen.

Der König Max war am ersten Tage meiner Anwesenheit zur Jagd, und empfing mich demnächst in besonderer Audienz, in welcher ich mich bald überzeugen konnte, wie sehr lebhaft das Interesse ist, welches S. M. der von Bayern angeregten Beteiligung des Bundes an der Entwickelung des deutschen Handelsrechts und besonders dem Auswanderungswesen widmet, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich dem Umstande, daß diese Fragen der ostensible Grund meiner Anwesenheit in München waren, den nach dortigem Hofgebrauch ungewöhnlichen und auszeichnenden Empfang zuschreibe, welcher mir zuteil wurde. Das Eingehen Preußens auf diese Lieblingsideen des Königs wird von Sr. M. mit der lebhaftesten Dankbarkeit aufgenommen und hat bei Höchstdemselben allerdings Erwartungen erregt, deren Verwirklichung bei praktischem Vorgehen auf bisher nicht hinreichend gewürdigte Schwierigkeiten stoßen dürfte. Meine Audienz verlängerte sich sehr bedeutend über die beabsichtigte Frist und über die festgesetzte Tafelstunde hinaus, indem der König demnächst auf die unbefriedigende Lage der inneren Zustände Bayerns überging und das lebhafte Bedürfnis aussprach, faktisch und rechtlich den Kammern gegenüber eine freiere Stellung der Krone wieder zu gewinnen. Bei der gegenwärtigen Verfassung Bayerns scheint in der Tat, zumal gegen den Zeitpunkt des Ablaufs der jedesmal auf 6 Jahre gültigen Budgetbewilligung, der Schwerpunkt der Regierung mehr in der Majorität der Kammern zu liegen, als mit geordneten Zuständen auf die Dauer verträglich ist. Der Inhalt der Verfassung und die Stimmung der Kammern gewähren aber kaum die Aussicht, dies auf dem regelmäßigen Wege einer Veränderung der dermaligen Verfassung zu erreichen. *M. a. u. D. wäre es ebenso wünschenswert als möglich, die Rechte der verschiedenen Landesvertretungen in Deutschland auf ein allgemeines, mit der den Regierungen notwendigen freien Bewegung vereinbares Maß zurückzuführen, wenn die deutschen Fürsten, in deren Landen dies bisher nicht stattgefunden hat, sich ebenso entschieden zur Anwendung der nötigen Mittel entschließen, als sie die Notwendigkeit der Beseitigung des vorhandenen Übels erkennen.*

Der Minister von der Pfordten schien mir entweder für das Bedürfnis einer Änderung der verfassungsmäßigen Zustände nicht in demselben Maße empfänglich wie der König, oder er hatte kein Vertrauen zur Durchführung der nötigen Maßregeln. Auch er indessen war der Ansicht, daß die Fortdauer der gegenwärtigen Zustände vorerst zu einer gänzlichen Auflösung der Disziplin der Königlichen Beamten führen müsse. *Ich habe München mit der Überzeugung verlassen, daß meine dortige Anwesenheit von S. M. dem Könige sowohl als von dem Ministerpräsidenten im Lichte einer für das Münchener Kabinett und dessen Bedeutung in der Politik sehr schmeichelhaften Aufmerksamkeit, welche ihm von uns bewiesen wurde, aufgefaßt worden ist.*

Über die während meiner Anwesenheit in Berlin eingegangene Nachricht, daß Rußland nunmehr geneigt sei, auf das Prinzip der Neutralisation des Schwarzen Meeres einzugehen, und dies in Paris bereits bekannt sei, glaubte ich mich nur vorsichtig aussprechen zu sollen, indem ich dieselbe als etwas in Berlin allgemein Geglaubtes dem Mi-

nister von der Pfordten mitteilte. Sie war ihm bis dahin unbekannt und er rief aus: „Wenn das wahr ist, so ist der Friede sicher“; auch der König war in großer Freude über diese Aussicht. Dem russischen Gesandten in München dagegen erschien die Nachricht durchaus unerwartet und unglaubwürdig.

Am 17. morgens setzte ich meine Rückreise hierher über Stuttgart fort, wo ich an demselben Nachmittag anlangte, mit der Absicht, bis zum andern Morgen zu verweilen und nur dem mir bekannten Minister des Auswärtigen Baron Hügel meinen Besuch zu machen. Bald nach meiner Ankunft wurde ich indessen ohne vorgängige Meldung zu Sr. M. dem König befohlen. In einer mehrere Stunden dauernden Audienz sprach sich derselbe über die verschiedenartigsten Gegenstände und Personen aus. S. M. glaubte nicht an die Nähe des Friedens; der Kaiser Napoleon habe noch vor kurzem an Lord Palmerston geschrieben, daß Frankreich in der allein für England nützlichen Zerstörung der russischen Seemacht kein hinreichendes Äquivalent für seine Anstrengungen zu sehen vermöge, daß es vielmehr bei der Fortsetzung des Krieges auf eine materielle Entschädigung in seiner Nähe Bedacht nehmen müsse. Wenn diese Äußerung wirklich nach England hin erfolgt ist, so möchte ich ihr eher die Absicht unterlegen, die Neigung Englands für Fortsetzung des Krieges zu dämpfen, denn die Aussicht auf Erweiterung der französischen Grenzen kann für England keine willkommene sein, was auch immer die dortigen Staatsmänner im Wege der Drohung gegen Deutschland Gegenteiliges sagen mögen. Von wenig Wohlwollen und Vertrauen zeugten die Äußerungen des Königs in betreff der leitenden Persönlichkeiten Österreichs, bei denen er auch die bescheidensten Ansprüche auf die Eigenschaften eines Staatsmannes vermißte. S. M. hatten von der Existenz eines Planes gehört, Bayern durch das Anerbieten des katholischen Teils von Württemberg für die Absichten Österreichs zu gewinnen. Wenn auch jetzt der Friede zustande kommen sollte, so glaubte der König doch nicht an die Dauer desselben, weil der Kaiser Napoleon teils durch die eigne Gewöhnung an die Rolle, welche er während des Krieges gespielt habe, teils durch das Bedürfnis, die französische Nation in Beschäftigung zu erhalten, stets zu einer unruhigen Politik sich getrieben fühlen werde. An Unternehmungen der Verbündeten in den russischen Ostseeprovinzen für den Fall eines neuen Feldzuges glaubte der König nicht, noch weniger an den Erfolg derselben, falls sie wirklich begonnen würden. Ebensowenig fürchtete er einen Krieg Frankreichs gegen Deutschland, und ist er der Ansicht, daß letzteres auch ohne Österreich, mit Hilfe Preußens, stark genug sei, um einen Angriff des gegenwärtig an alten Truppen so armen Frankreichs abzuwehren. Ähnlich wie von der Pfordten meinte der König, daß in einem deutsch-französischen Kriege heutzutage die Verteidigung schließlich immer siegen und der Angreifer unterliegen werde. Um Österreich vom Kriege gegen Rußland abzuhalten, bedürfe es nach der Ansicht Sr. M. keiner Anstrengung; im Gegenteil, das Kaiserliche Kabinett würde sehr in Verlegenheit sein, wenn die deutschen Staaten, anstatt wie bisher abzumahnen, plötzlich zuredeten, loszuschlagen. Wenn einige deutsche Regierungen aber das Gegenteil fürchteten, so erscheine es durchaus vernünftig, dem Wiener Kabinett gar keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es im Falle eines eigenmächtig begonnenen Krieges ganz allein stehen werde. Ließe sich Österreich dann demungeachtet nicht abhalten, so sei es für diejenigen, welche es notwendig hielten, ihm beizustehen, immer noch Zeit dazu; für Württemberg in solchem Falle eine entgegengesetzte Politik wie Bayern und Baden einzuschlagen, sei allerdings unmöglich; es komme deshalb viel darauf an, dem Münchener Kabinett Festigkeit zu geben gegen den auf oppositionelle Elemente im Innern gestützten Einfluß Österreichs.

Der König kam wiederholt auf die Dankbarkeit zurück, mit welcher die deutschen Fürsten durch die allein der weisen und festen Politik E. K. M. zuzuschreibende Erhaltung des Friedens erfüllt seien; besonders gedachte er mit Befriedigung seines Besuches in Stolzenfels[2]) und dessen, was er von E. M. selbst sowie von dem Freiherrn v. Manteuffel über Allerhöchstdero Intentionen vernommen habe. Dieses Einverständnis mit unserer politischen Haltung gab sich auch in dem besonderen Wohlwollen kund, mit welchem ich am Hofe von Stuttgart aufgenommen wurde. S. M. stellte mir eine Hofequipage zur Disposition und gestatteten mir die Besichtigung der Königlichen Schlösser, auch der selten zugänglichen Wilhelma, und ungeachtet der Kürze meines Aufenthaltes hatte ich neben wiederholten Audienzen die Ehre, zur Tafel gezogen zu werden und auch den Abend im Kreise des Hofes zuzubringen.

Bei meiner Mittwoch den 19. erfolgten Rückkehr hierher habe ich am Bunde noch dieselbe geschäftliche Stille gefunden wie bei meiner Abreise. Graf Rechberg bedauerte lebhaft, daß in der Zwischenzeit keine weitern Schritte der Annäherung zwischen Berlin und Wien geschehen seien, und hat, wie er mir vertraulich mitteilte, in Wien dringend befürwortet, einen außerordentlichen Gesandten, etwa den Geheimen Rat Werner, nach Berlin zu senden, um dadurch diejenigen Schwierigkeiten zu heben, welche in den bei den regelmäßigen Beziehungen tätigen Persönlichkeiten liegen könnten. Graf Rechberg ist seit längerer Zeit ohne Nachricht von Wien über die orientalische Frage, und nicht frei von der Besorgnis, daß er unerwartet Aufträge zu Schritten erhalten könne, welche mit seiner eigenen Überzeugung nicht in Einklang ständen. Aus Äußerungen von ihm schließe ich indirekt, daß Österreich sich anheischig gemacht hat, seinen Gesandten von Petersburg abzurufen, wenn Rußland neuere Vorschläge nicht annehme. Die letzteren scheinen übrigens wesentlich mit den von Rußland selbst neuerdings angebotenen Konzessionen übereinzustimmen. An ein wirklich aktives Vorgehen Österreichs glaubt Graf Rechberg offenbar unter keiner Bedingung. Er schien Andeutungen empfangen zu haben, daß Herr von Beust eine neue Konferenz der deutschen Mittelstaaten herbeizuführen suche.

Der neue französische Gesandte[3]) ist gestern hier eingetroffen, und werden seine Kreditive vermutlich in der von gestern auf morgen verlegten Sitzung überreicht werden.

98. Bericht vom 24. Dezember 1855 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Akkreditierung des neuen französischen Gesandten am Bunde. Erkenntnis des Berliner Stadtgerichts: daß Beleidigungen der Bundesversammlung nicht strafbar seien. — Vgl. Poschinger II Nr. 153 u. 152.

99. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Reinkonzept.]

2. Januar 1856.

In dem von mir über meinen Aufenthalt in München erstatteten Immediatberichte vom 21. v. M. habe ich mir erlaubt, von dem Interesse Anzeige zu machen, welches S. M.

---

[2]) Vgl. oben S. 73.

[3]) Graf Montessuy. Der inzwischen abberufene Gesandte Marquis de Tallenay schilderte später (am 19. Mai 1862) in einem Schreiben an den Minister Thouvenel Bismarck als einen höchst tätigen und höchst intelligenten Mann, der aber eines Tages gefährlich werden könne. Er sei leidenschaftlicher preußischer

der König Max der Verhandlung der von Bayern angeregten gemeinnützigen Vorschläge am Bundestage widmen.

Die Sache wird sich nach den vom Minister von der Pfordten gegen mich ausgesprochenen Absichten zunächst in der Art weiter entwickeln, daß Herr von Schrenck eingehendere Instruktionen über das Detail erhält, um sich dann mit dem Grafen Rechberg und mir wegen der zu stellenden Anträge näher zu verständigen. Ich erfuhr in München schon, daß Österreich bisher die einzige Bundesregierung sei, welche speziell eingehende Instruktionen an ihren Gesandten gegeben habe. Es mag bei Österreich sowohl der Wunsch, Bayern gefällig zu sein, als die Absicht mitwirken, die Gegenstände, um die es sich handelt, in den Bereich der Wirksamkeit der Bundesversammlung und besonders des Präsidiums zu ziehen. Jedenfalls fand ich bei meiner Rückkehr hierher, daß Graf Rechberg dieser Angelegenheit ein besonders lebhaftes Interesse widmete. Die entgegenstehenden Schwierigkeiten würden, seiner Ansicht nach, nur dadurch zu überwinden sein, daß der Artikel XIII der Schlußakte, welcher hinsichtlich der Annahme neuer und Abänderung der bestehenden Grundgesetze, sowie hinsichtlich organischer Einrichtungen Stimmeneinhelligkeit fordert, außer Kraft gesetzt werde, worin ihm eine Verfassungsänderung nicht zu liegen scheine, da nach seiner Ansicht die eigentliche Bundesverfassung mehr in der Bundesakte als in der Wiener Schlußakte liegen möchte. Es ist bezeichnend für die Richtung der persönlichen Tätigkeit des Herrn von Nostitz, daß das Projekt der Beseitigung dieses Artikels von ihm dem Grafen Rechberg suppeditiert und auch bei anderen Kollegen vertraulich angeregt worden ist. Für den Fall, daß dieser Plan auf Hindernisse stoße, hielt mein österreichischer Kollege wenigstens die Nichtbeteiligung Holsteins und Luxemburg-Limburgs von Hause aus für erforderlich, wenn Aussicht auf ein Resultat bleiben solle.

Über den einzuschlagenden Gang war Graf Rechberg der Meinung, daß über jeden Punkt, bevor er zur Verhandlung der Bundesversammlung gestellt werde, eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich vorhergehen müsse. Diese Auffassung scheint auf den ersten Blick von einer besonderen Rücksichtnahme Österreichs auf Preußen Zeugnis abzulegen, und ich bin weit entfernt, dem Grafen Rechberg persönlich dabei eine insidiöse Absicht unterzulegen. Mein unmaßgebl. Antrag würde aber dahin gehen, uns auf einseitige Verhandlungen mit Österreich nicht, sondern nur auf Erörterungen im Schoße der Bundesversammlung einzulassen. Österreich würde voraussichtlich uns gegenüber weitgehende und populäre Ansprüche aufstellen, lediglich um den urkundlichen Beweis dafür zu gewinnen, daß an dem separatistischen Sinne Preußens die Verwirklichung anerkannt gemeinnütziger Wünsche des deutschen Volkes und der Regierung scheitert, und in solchen Punkten, wo dem Wiener Kabinett selbst an Erreichung eines solchen praktischen Resultats wirklich etwas gelegen wäre, würde man durch geschicktes Hineinziehen Bayerns oder einer anderen, im konkreten Falle mit Österreich gleich gestimmten Regierung uns zur Nachgiebigkeit oder doch in eine unbequeme Stellung zu bringen wissen.

Bei den Verhandlungen am Bunde dagegen bietet die Mannigfaltigkeit der konkurrierenden Elemente von Hause aus mehr Leichtigkeit dar, unwillkommene Propositionen in der Entwicklung zu hemmen, ohne daß wir selbst stets in den Vordergrund treten. Auch die Rücksichtnahme auf die Mittelstaaten, insbesondere auf Bayern, dürfte es uns empfehlen, dieselben von den einleitenden Verhandlungen nicht fern zu halten.

Patriot und entschiedener Gegner Österreichs. Übrigens sei er freimütig, gewinnend und vollkommen ehrenhaft. Vgl. Mitteilung Paul Bailleus in der Sitzung des Vereins für die Geschichte der Mark Brandenburg vom 15. Oktober 1919.

Wie ich in meinem Immediatberichte schon angedeutet hatte, schien mir der Minister von der Pfordten für die Schwierigkeiten, welche der Verwirklichung der Entwürfe des Königs Max entgegenstehen, empfänglicher, als der letztere selbst, und wenn er mit mir darüber gleicher Meinung war, daß der erste praktische Schritt am Bunde in der Berufung einer rechtsverständigen Kommission zum Entwurf eines deutschen Handelsrechts und der Bestimmungen über die Vollziehbarkeit gerichtlicher Erkenntnisse zu bestehen habe, so wird er sich über die unberechenbare Zeit, welche eine derartige Kommission von Juristen zur Vollendung ihrer Arbeit zu brauchen haben würde, wohl kaum Illusionen gemacht haben. Auch nach meiner Rücksprache mit dem Freiherrn von Schrenck scheint es mir, daß die Diener des Königs Max in höherem Grade als er selbst Gefahren für die Selbständigkeit der bayerischen Gesetzgebung von der Behandlung jener Frage am Bunde befürchten.

Nach meinem unvorgr. Ermessen würde es sich unter diesen Umständen empfehlen, in der ferneren Entwicklung der Sache die Berufung jener rechtsverständigen Kommission als ersten praktischen Angriffspunkt im Auge zu behalten.

100. **Bericht vom 5. Januar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.**, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger II, Nr. 155, S. 285, Z. 6 lies für „die“ „jede“ Bundestagssitzung, Z. 22 ist vor „seit“ einzuschalten „aber“.

101. **Bericht vom 7. Januar 1856 an Minister v. Manteuffel**, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger II, Nr. 156.

102. **Bericht vom 8. Januar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.**, betr. die Übertragung der Qualität einer Bundesfestung von Landau auf Germersheim, und den Bau einer stehenden Brücke am Oberrhein. — Vgl. Poschinger II, Nr. 157.

103. **Bericht vom 11. Januar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.**, betr. Pensionsgesuche dänischer Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. — Vgl. Poschinger II, Nr. 158.

104. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

11. Januar 1856.

E. E. habe ich von hier, wie seit längrer Zeit so auch jetzt nichts von erheblichem Interesse zu berichten, und ich bin darüber nicht unglücklich, den[n] die Zeiten, wo die Geschäfte hier lebhaft werden, pflegen nicht zu den erfreulichen zu gehören.

Den neuen Vertreter Frankreichs finde ich bisher friedlicher und ruhiger in seinen politischen Auffassungen, als ich nach den Schilderungen vor seiner Ankunft glauben mußte. Nur scheint er sich von dem Vorurtheil noch nicht los zu machen, daß sich **hier** für einen fremden Gesandten sichtbare Erfolge schnell erringen ließen. Er hat 6 Attachés und Secretäre bei sich, besucht täglich die meisten Gesandten und berichtet täglich, ohne einen

denkbaren Stoff dazu. Gesellschaftlich findet man ihn anspruchsvoll, und seiner Frau ist Frankfurt jetzt schon langweilig. Ich kann nicht über ihn klagen, und werde ihm Donnerstag ein großes Diner geben; *eine Förmlichkeit, von der sich Rechberg auch diesmal, wie bei Brunnow zu dispensiren scheint, obschon sie für das Präsidium bundesbeschlußmäßig vorgeschrieben ist. Überhaupt wird Rechberg schwerlich in den Fall seines Vorgängers kommen, der fabelhafte Schulden, wie das Gerücht sagt, 80 000 fl., hier hinterlassen hat; die Handwerker sollen in Jahr und Tag nicht bezahlt worden sein. Ich weiß nicht, wie er das angefangen hat, denn ich habe ein viel größeres Haus gemacht, wie er, und bin doch mit dem, was ich habe, ausgekommen. Dabei spielte er nicht, hielt keine Reitpferde, keine Jagden und sah stets malproper aus; ich weiß nicht, wo er es gelassen hat. Die ganze Metzgerzunft schreit hinter ihm her und ist schon in corpore im Bundespalais mit ihren Rechnungen gewesen.*

Graf Montessuy ist gegen den Gesandten der Sächsischen Herzogthümer, und sonst gegen Niemand, von einer komischen Zuvorkommenheit; er legt damit die Freundschaft seines Kaisers für den Herzog von Coburg an den Tag, von der er mit Ostentation spricht.

Rechberg war bisher in einiger Besorgniß, daß er von Wien Aufträge erhalten werde, welche er selbst für beklagenswerth halten würde, wie er denn überhaupt mit seinem Urtheil über die gefährlichen Mängel der dermaligen Wiener Politik nicht zurückhält. Heut dagegen theilte er mir in großer Freude mit, daß, nach Gerüchten aus Wien, es gelungen wäre, durch Edwin Manteuffel zu einer Verständigung mit uns zu gelangen. Die östreichische Presse hat diese Mission Edwins schon vielfach dazu benutzt, um den deutschen Regirungen zu insinuiren, daß Preußen seine Politik ändre und sie wohl thäten, bei Zeiten daran zu denken, was sie selbst thun wollten. Allerdings ist nichts geeigneter, die Kleinen in's östreichische Lager zu ziehn, als die Erweckung der Besorgniß, daß wir nicht fest bleiben, sondern sie im Stiche lassen würden. Bei Zweifeln über die Entschlossenheit unsrer Politik in der bisherigen Richtung treibt sie die Angst um ihre Selbsterhaltung in das östreichische und demnächst in das französische Lager.

Die russische Circulardepesche vom 22. v. M.[1]) hätte ungleich mehr Eindruck gemacht, wenn sie vor Absendung Esterházy's[2]) von Wien bekannt geworden wäre; etwa gleich als man sich entschloß, in die Neutralisation des schwarzen Meeres zu willigen, was, wie ich glaube, zu Anfang des December war. Wenn Rußland jetzt, wie allgemein erwartet wird, Gegenpropositionen macht und dieselben einigermaßen nachgiebig ausfallen, so wird deren Eindruck m. E. um so günstiger für Rußland sein, je schneller sie allgemein bekannt werden. Ich weiß zu wenig von der heutigen Lage der Verhandlungen, um mir ein Urtheil bilden zu können, welches ich E. E. vorzulegen wagte. Aber ich glaube instinctmäßig nicht an ein günstiges Resultat, solange dieselben ausschließlich über Wien und nicht direct mit Paris geführt werden. Letztres ist der friedliebendste und empfänglichste Punkt im westlichen Lager, während Östreich allgemein dafür gilt, daß es in seiner durch den Aprilvertrag gesicherten Lage, den Krieg der andern noch recht gern eine Zeit lang mit ansehn würde. Die französischen Regimenter sind in der Krim besser aufgehoben, als an der Grenze von Italien, und wie es mit den Fürstenthümern wird, kann man nicht wissen, solange das Wasser trübe ist.

---

[1]) Vgl. Jasmund Nr. 402.

[2]) Der österreichische Gesandte in Petersburg Graf Esterházy hatte ein Ultimatum in Petersburg zu überreichen.

Durch den Tod der Frau von Brints ist eine große Lücke in der hiesigen Gesellschaft entstanden; es ist hier kaum eine Familie jetzt, die nicht einen Trauerfall für diesen Winter hätte. Mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen, verbinde ich meinen herzlichsten Glückwunsch zum neuen Jahr für E. E. und die Ihrigen. In aufrichtiger Verehrung verharre ich . . .

105. Privatschreiben vom 12. Januar 1856 an Graf Rechberg, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger II, Nr. 159.

106. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. Januar 1856.

E. E. gen. telegraphische Mittheilung[1]) habe ich gestern mit g. Danke erhalten. Da die Nachricht von Wien aus, theils über Brüssel und die Indépendance, theils direct, heut auch ihren Weg in die hiesigen Blätter gefunden hat, so habe ich mit einigen meiner Collegen über dieselbe sprechen können, und Graf Rechberg werde ich noch vor Schluß dieses Briefes sehn. Nach der bisherigen Stimmung glaubt man hier nicht daran, daß Östreich den Abbruch der diplomatischen Beziehungen wirklich ausführen werde, weil diese Maßregel ohne gleichzeitige militärische ungeschickt und nutzlos sein würde. Man hält das für einen Buolschen Schreckschuß. Ich würde es auch nicht für einen klugen Streich halten, mich deshalb aber nicht wundern, wenn Graf Buol ihn beginge. Seine ganze Politik im letzten Jahre hat, bis zur Gränze des Kindischen, dem Zwecke gedient, die Westmächte von dem guten Willen Östreichs, und von der Behinderung, die derselbe in Preußen und Deutschland finde, zu überzeugen. Die ganze, mit so viel ostensiblem Aufwand eingeleitete Demonstration, welche im July v. J. von Wien aus hier am Bunde gemacht wurde, hatte offenbar kein andres Ziel. Ebenso kann ich mir wohl denken, daß die Weisheit des Grafen Buol jetzt in der Abberufung Esterhazy's einen neuen Winkelzug ausfindig gemacht hat, auf Grund dessen er die Westmächte eine Zeit lang mit wohlfeilen Worten abzuspeisen, und bei guter Laune gegen Östreich, bei schlechter gegen Preußen, zu erhalten gedenkt. Wenn er diesen Weg einschlägt, so dürften wir in den nächsten Monaten hier am Bunde und bei den deutschen Höfen wieder scheinbar lebhafte Anstrengungen des Wiener Cabinetes zu erwarten haben, um Deutschland im Ganzen und im Einzelnen in die neue, von Östreich genommene Position hinein zu nöthigen, und schließlich auch Herrn von Brunnow „seine Pässe“ erhalten zu lassen. An einen Erfolg solcher Bestrebungen glaubt man in Wien selbst nicht, und würde vielleicht in Verlegenheit gerathen, wenn man ihn unerwartet erreichte. Es hat für den Bund und speziell für uns Preußen auf die Dauer aber den Character einer geringschätzigen Behandlung, wenn sich stets von Neuem das Spiel wiederholt, die Dinge fertig zu machen, als ob wir und die Bundes- und Aprilverträge gar nicht in der Welt wären, und dann zu dem mißgeborenen Wiener Elaborat, wenn es anderswo kein Glück gemacht hat, den Bund zur nachträglichen Anerkennung commandiren zu wollen. Wenn Östreich wirklich diesen abgenutzten Weg wieder einschlägt, so wäre es m. u. E. an der Zeit, ihm das Verletzende dieses seit 2 Jahren beobachteten Verfahrens ernstlich zu Protokoll entgegen zu stellen und ihm die Stipulationen des Aprilvertrages

[1]) Deren Inhalt vgl. Poschinger II, S. 290 f., Anm. 3.

vorzuhalten, welche dem Bunde die „gebührende Einflußnahme" auf die fernern Verhandlungen sichern und Separatbündnisse mit andern Mächten verbieten. Es ließe sich über das Verhalten Östreichs ein Klagelibell mit historischer Zusammenstellung der Facta der letzten beiden Jahre abfassen, welches der „Präsidialhof" doch nicht gern im Protokoll sehn würde.

Rechberg habe ich soeben gesehn; er war aufs Äußerste bestürzt über die Nachrichten von der beabsichtigten Abberufung Esterhazy's, und sah die schwersten Verwicklungen für Östreich voraus. Seine Hoffnung war, daß wir uns der Wiener Politik anschließen würden, um sie von weitern Schritten zurückzuhalten; ich konnte ihm nicht verhehlen, daß mir nach den bisherigen Erfahrungen dieses Mittel nicht zu diesem Zweck zu führen scheine, sondern unser „Anschluß" an Östreich stets der Vorgänger von weitern selbständigen Entschlüssen des Grafen Buol gewesen sei. Rechberg glaubte nicht, daß er den Auftrag zu Anträgen an den Bund erhalten werde, höchstens zu Mittheilungen; er selbst habe erstres auf das Dringendste widerrathen; sie könnten nur dazu führen, den Zwiespalt Östreichs mit dem Bunde an die große Glocke zu hängen; er hoffe, daß wir uns hier einen neutralen Boden erhalten würden. Er glaubte übrigens in der neusten russischen Depesche noch einen Anknüpfungspunkt zu finden, um auf die Frage von der Territorialabtretung zurückkommen zu können, und hoffte, daß dies durch Seebach in Paris werde angebahnt werden. — Herr von Seutter, der badische Militärbevollmächtigte, der den Regenten begleitet, will diese Zeilen mitnehmen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

P[ost]sc[riptum].

Aus einer Darmstädter Quelle höre ich so eben, daß Graf Buol schon vor einigen Tagen gesagt hat, wenn Rußland die Vorschläge nicht annähme, so läge das bloß daran, daß Preußen sie nicht ernstlich befürwortet habe. Als ob irgend jemand erwartet hätte, daß Rußland auf die Gebietsabtretung in dem Umfange eingehn würde; wollte man an der buchstäblich festhalten, so wollte man auch keine ernstlichen Verhandlungen. Buol hat sich dabei beklagt, E. E. hätten selbst zu dem französischen oder englischen Gesandten in Berlin gesagt, daß wir die Propositionen in Petersburg, wenn sie nicht durch Östreich gemacht worden wären, allerdings lebhafter unterstützt haben würden. Ich sehe übrigens auch gar nicht ein, was wir für eine Verpflichtung zur Befürwortung der Cession Bessarabiens an die Türkei, und des hinter unserm Rücken Verabredeten überhaupt gehabt haben sollten; haben wirs nicht gethan, so kann uns niemand deshalb Vorwürfe machen.

107. Bericht vom 18. Januar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Annahme der österreichischen Propositionen durch Rußland. Einnahme von Kars. Die Publikation der Bestimmungen gegen den Mißbrauch der Preßfreiheit in Preußen. — Vgl. Poschinger II, Nr. 162 und 161.

108. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. Januar 1856.

E. E. gen. Mittheilung von heut 3 Uhr erhalte ich so eben durch den Telegraphen. Da ich Graf Rechberg vor Abgang der Post nicht mehr sprechen kann, so benutze ich diese Zeit zu einer vorläufigen Anzeige, daß er mir vorgestern noch sagte, er habe bisher keine

Aufträge zu Mittheilungen an den Bund, werde auch, wenn er solche erhalte, sich jedenfalls mit mir besprechen, ehe er sie ausführe; er hoffe, daß sie eventuell nur einen nachrichtlichen Character haben würden, da er Zeit und Umstände zu einer Discussion am Bunde, bei welcher Meinungsverschiedenheiten zu Tage treten könnten, nicht für geeignet halte.

Die Meinung, daß Östreich dem Bunde jetzt eine Eröffnung machen werde, wird von einigen meiner Collegen mit mir getheilt. Ich sollte glauben, daß das Wiener Cabinet die Gelegenheit nicht wird vorübergehn lassen, die jetzige, den Frieden fast als gesichert betrachtende Stimmung auszubeuten, indem es in einer Gegenerklärung des Bundes auf seine Eröffnungen Billigungen und Zusicherungen von anscheinend beiläufigem Character zu erlangen sucht, welche entweder sein eignes Gewicht während der Unterhandlungen zu verstärken oder, für den Fall eines Mißlingens der letztern, weiter im Sinne des bisherigen östreichischen Systems ausgebeutet zu werden geeignet wären. Voraussichtlich wird man aber mit solchen Bestrebungen nicht vorgehn, ohne sich bei den wichtigern Höfen der Mittelstaaten das Terrain sondirt und vorbereitet zu haben. Je sichrer man dort an den Frieden glaubt, um so leichter wird man sich zu einer belobenden Gutheißung des Verhaltens Östreichs verstehn, ohne an die Consequenzen zu denken, welche daraus vom Wiener Cabinet werden abgeleitet werden, wenn der Frieden n i c h t zu Stande kommt.

Herr von Dörnberg, der neue Kurhessische Gesandte, ist heut von Paris hier angekommen. Er ist voller Mißtrauen in Betreff der Absichten L. Napoleons auf Deutschland, möge der Krieg fortdauern oder nicht. Er meint, daß diesen Tendenzen gegenüber nur ein frühes und festes Auftreten Preußens den Bund werde zusammenhalten können; man rechne in Paris darauf, daß die Besorgniß, Frankreich durch „Demonstrationen“ zu reizen, Deutschland, und uns insbesondere, so lange lähmen werde, bis es zu spät sei, den Südwesten gegen eine französische Invasion zu halten, und dann werde, unter dem Schrecken der einzelnen Fürsten, der Bund sich factisch auflösen. Dem könne nur Preußen begegnen, wenn es frühzeitig die Aufstellung von eignen und Bundestruppen veranlasse, ohne sich an französische Reclamationen zu kehren. Eine Initiative Preußens werde die Bundesfürsten zusammenhalten; wenn wir aber passiv die Entwicklung der Napoleonischen Politik abwarteten, so würden wir isolirt werden, ehe wir selbst angegriffen würden. Dörnberg betrachtet die Rheingränze als unverrückbares Programm Napoleons, und meint, daß er sie leichter mit einem östreich-englischen Bündniß als mit einem russischen zu erreichen glaube, weil Rußland zu wenig Offensivkraft besitze; Östreich falle in diesem Programm das Kaiserthum auf dem rechten Rheinufer zu. Ich habe kein Urtheil über den Grund oder Ungrund dieser Befürchtungen, gebe sie aber ohne Kritik, weil D[örnberg] frisch aus Paris kommt und ein Mann von Einsicht und ruhigem Urtheil ist. Sobald ich von Rechberg etwas herausbringe, werde ich es telegraphisch melden. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . . .

109. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. Januar 1856.

E. E. werden ohne Zweifel schon genauere Kenntniß von einem Circular an die deutschen Höfe haben, welches von Wien auf Grund der ersten, die Gebietsabtretung ablehnenden russischen Antwort erlassen worden ist. Dasselbe ist erst am 16. c. abgegangen,

woraus sich schließen läßt, daß das Kais. Cabinet auch nach erlangter Kenntniß von der unbedingten Annahme Rußlands noch für nützlich erachtet hat, daß der Inhalt des Circulars zur Kenntniß der deutschen Cabinete gelange. Derselbe muß von der Art sein, daß Rechberg es nicht ersprießlich fand, mich Kenntniß davon nehmen zu lassen; er schützte vor, das Circular nur bei dem Durchgange mit fliegendem Siegel nach Darmstadt gelesen zu haben, ohne eine Abschrift davon zu behalten. Es scheint, daß eine Mittheilung Östreichs an den Bund einstweilen nicht erfolgen soll, wenigstens hat Rechberg bisher nichts, und erwartet seinen nächsten Courier erst am Sonntag. Als hier vor einigen Tagen das Gerücht von einer zu erwartenden östr. Eröffnung verbreitet war, haben mehre meiner Collegen, namentlich die von Dänemark und Kurhessen, Rechberg gebeten, seiner Regirung dringend von allen Versuchen, dem Bunde unbestimmte Verpflichtungen für die Zukunft anzumuthen, abgerathen, so wie von jedem Schritte am Bunde überhaupt, so lange man sich nicht mit Preußen deshalb verständigt hätte. Rechbergs Ansicht stimmt damit ohnehin, nicht minder die persönliche meines bairischen Collegen, ohne daß beide der Entschließungen ihrer Regirungen sicher wären; erstrer spricht sich gegen mich und, wie er mir sagt, auch nach Wien, dringender als je für enges und nachgiebiges Zusammenhalten mit Preußen aus, indem er hofft, daß wir durch ein gegenseitig vinculirendes Abkommen Östreich eine feste Stellung gegen alle weitergehenden Verlangen der Westmächte geben würden. Wir haben das leider schon mehrfach vergeblich versucht. Wenn Graf Buol, wie ich aus Rechbergs Reden fast schließe, von uns die Aneignung der Präliminar-Bedingungen mit der Maßgabe erwartet, daß wir zu deren kriegerischer Durchführung mitwirken sollen, sobald der Friede aus den jetzigen Verhandlungen nicht hervorgeht, so würden wir durch das Eingehn auf solche Erwartungen doch in eine sehr bedenkliche Abhängigkeit von dem übeln Willen und der Auslegungskunst gerathen, welche von einem der Decemberverbündeten bei den Conferenzen entwickelt werden könnten. Wir würden den Beistand Preußens für die Gegner Rußlands als Prämie für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen hinstellen. Sir A. Malet hat im Vertrauen wiederholt die Meinung gegen mich ausgesprochen, daß die Abtretung Bessarabiens eine specifisch östreichische Bedingung sei; für England würden andre, nicht gestellte Forderungen, die Kaukasusländer betreffend, wichtiger gewesen sein, und Frankreich lege ersichtlich wenig Werth auf diese Gebietscession, suppeditire sogar die Nichterwähnung von Kars in den Propositionen als Mittel, um auf diese Frage zurückzukommen. Daß letztres Arrangement dem Wiener Cabinet nicht gefalle, wird sich vielleicht bald deutlicher erkennen lassen.

Graf Montessuy fährt fort, wöchentlich 4 Berichte nach Paris zu expediren; ich weiß in der That nicht, wie er hier Stoff dazu auftreiben kann, obschon er täglich 4 Stunden den Besuchen bei meinen Collegen widmet. Er sagte mir gestern bei Gelegenheit der Ordensverleihung an Seebach, daß Beust sich im vorigen Jahre vergebens um das Großkreuz der Ehrenlegion bemüht habe; der Kaiser habe den Grundsatz aufgestellt, daß nur Minister der Großstaaten die erste Klasse haben könnten. *Graf Rechberg hat mir einen Erlaß seines Chef[s] in der Hessen-Philippsthalschen Sache[1]) und einen Vehse-Campe[2]) betreffend gezeigt; beide dürften E. E. schon vorliegen. Meinem ersten Eindruck nach wäre es für den Erfolg der Philippsthalschen Reclamation vielleicht practischer, wenn wir die östr. Auffassung adoptieren, als wenn wir an dem Gutachten von Pernice festhalten; gerichtliche Entscheidung ist das Prinzip beider.

[1]) Beschwerde des Hauses Hessen-Philippstal gegen Kurhessen wegen Rechtsverweigerung.
[2]) Der Buchhändler Campe war der Verleger des Historikers Vehse.

Wiederholt bitte ich E. E. meinen wärmsten Dank für die mir am 20. zu Theil gewordene Auszeichnung*) entgegenzunehmen und den unterthänigsten Ausdruck desselben Sr. Majestät zu Füßen zu legen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung* . . .

110. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

25. Januar 1856.[1])

E. E. gen. Schreiben vom 22. c.[2]) habe ich gestern erhalten, und bitte um Ihre Nachsicht, wenn ich von meinem wenig übersicht gewährenden Standpunkte einige unmaßgebliche Bemerkungen daran knüpfe.

Wenn wir in das Concert eintreten, so geben wir unsre bisherige freie Stellung auf, um unter den moralischen Druck einer Majorität von 3 oder, mit Sardinien und der Türkei, von 5 gegen 1 zu treten. Unser Beitritt kann nur in dem Sinne gefordert werden, daß wir uns bei den zu gewärtigenden Meinungsverschiedenheiten in Betreff der Auslegungen der 4 ersten Punkte und der neuen, nach V zu stellenden Bedingungen[3]) der Meinung der Decemberverbündeten anschließen und unterordnen sollen. In allen Punkten, wo diese 3 Mächte gegen Rußland einig sind, wird es dann schwer sein, eine abweichende Ansicht Preußens aufrecht zu erhalten, ohne mit den Decembristen auf einen schlechteren Fuß zu gerathen, als durch das Beharren in unsrer bisherigen Ungebundenheit der Fall sein würde. Die Andern haben dann uns gegenüber nicht nur das Übergewicht der Majorität, sondern auch das der Autorität des Verfassers der auszulegenden Actenstücke. Wir werden immer dafür angesehn werden, das Programm in dem Sinne angenommen zu haben, in welchem es die A u f st e l l e r desselben gemeint haben oder gemeint zu haben behaupten. Nur bei einem Dissense zwischen den Decemberverbündeten könnten wir auf eine unser würdige Rolle hoffen, dann aber unter der Vormundschaft des m i t uns Dissentirenden. Außerdem steht zu erwarten, daß unser Aufgehn in diesem angeblichen Concert die nähere Beziehung lösen würde, in der die Mehrheit der deutschen Regirungen jetzt zu unsrer gesonderten Stellung steht. Diese deutsch-preußische Solidarität, deren wenigstens äußerlich unbestreitbarer Bestand bisher die Schwerkraft unsrer Machtstellung so wesentlich verstärkt, nimmt unzweifelhaft ein Ende, sobald wir zu den Decemberverbündeten in ein näheres, von den deutschen Regirungen nicht getheiltes Verhältniß treten, und wird bei einem gewichtigen Theil der Bundesstaaten einer intimeren Beziehung zu Östreich oder Frankreich, bei den übrigen einer mehr gelockerten Theilnahme an unsrer Haltung Platz machen. Wir laufen m. u. E. Gefahr, mit einem Schlage die Früchte zweijähriger Weisheit und Ruhe einzubüßen, wie sie sich in unsrer Einheit mit den deutschen Staaten, in unsern geschonten Beziehungen zu Rußland und in unsrer haltbaren und einflußreichen Position gegenüber den Kriegführenden darstellen, wenn wir dem westlichen Programme beitreten, so lange dasselbe nicht abgeklärter ist als bisher. Il y a toujours trop d'inconnu dans ce programme, pour savoir ce qu'on fait en l'adoptant, sagte mir gestern ein französischer Freund; und wenn die Verfasser des Programms unter sich über die Bedeutung dieses „Un-

*) Am 20. Januar 1856 wurde B. der Rote Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen.
[1]) Gedruckt (nach dem Konzept) Bismarckjahrbuch II S. 57 ff.
[2]) Abgedruckt Bismarckjahrbuch III S. 147 f.
[3]) Vgl. unten S. 101 f.

bekannten“ voraussichtlich einig sind, so ist es ohne Zweifel nicht rathsam, zu drei verdächtigen Individuen in ein dunkles Haus zu gehn, dessen Localitäten und Schlupfwinkel jenen genau bekannt sind.

Ich möchte glauben, daß grade unser Bundesverhältniß und die Zusicherungen, welche wir in Gemeinschaft mit Östreich unsern deutschen Bundesgenossen ertheilt haben (bei Gelegenheit des Beitrittes zu dem Aprilbündniß und Zusatzartikel), uns ein schickliches Mittel an die Hand geben, einem zu schnellen Andringen auf Entscheidung auszuweichen, und zugleich das Vertrauen der deutschen Staaten in die Festigkeit und Treue unsrer Politik zu stärken. Auf letztres, auf das immerhin theilweis nur äußerliche Zusammenhalten der Bundesstaaten um unsre Fahne, glaube ich ein sehr großes Gewicht legen zu sollen; eine Politik, die aus einer Stellung gegen die kleinern Staaten des Bundes Vortheil ziehn wollte, ist mit den allerhöchsten Intentionen unsres Herrn unverträglich; sie aber in führerloser Gleichgültigkeit neben uns stehn zu lassen, kann uns niemals nützlich sein[4]). Ihr Vertrauen zu Östreich ist geschwunden und wird, so lange Buol fungirt, schwerlich wiederkehren; geht die dadurch seit den letzten Jahren wieder aufgelebte Anlehnung an Preußen ihnen verloren, so graviriren sie nothwendig um den ohnehin anziehenden und übermächtigen Schwerpunkt von Paris. Einer meiner Collegen aus dem Westen Deutschlands sagte mir kürzlich: Wenn wir über Wien französische Politik beziehn sollen, so können wir das kürzer und wohlfeiler auf directem Wege haben. Es war dabei die Rede von der Qualität Östreichs als „Rheinbundstaat“, von Buols Abhängigkeit durch Bourqueney und von den Bemühungen, Preußen in dieselbe Strömung hineinzuziehn. Zu letzterem Zwecke ist nun allerdings die östr. Note vom 20. c. wieder insidiös genug gefaßt; nur ist es auffällig, daß Graf Buol nicht wenigstens einen ostensibeln Beweis seiner Bemühungen um unsere Zuziehung zu den Conferenzen beigelegt hat; etwas der Art wäre so leicht zu componiren gewesen, und doch vertraulich zu entkräften. Offenbar will er unsern Appetit auf die Theilnahme an dem Symposion erst reizen. Für uns aber ist klar: je größeres und ungeduldigeres Verlangen wir durchblicken lassen, in den Conferenzen zu figuriren, um so höher wird man uns den Stock halten, über den wir springen sollen, um hinein zu kommen. Je kühler wir uns zeigen, desto sichrer rechne ich auf unsre ehrenvolle und freie Zuziehung, besonders wenn wir gleichzeitig alles anwenden, den Bund offiziell in unsrer queue zu behalten. Solche Änderungen von europäischen Rechten, welche uns und die von uns geschlossenen Verträge tangiren, werden, wenn sie zu Stande kommen sollen, das unabweisliche Bedürfniß unsrer Theilnahme erzeugen, und empressement von unsrer Seite kann m. E. nur zu unserm Nachtheil auf die materiellen und formellen Bedingungen unsres Eintrittes zurückwirken.

Herr von Tallenay sagt mir, daß die öffentliche Strafrede des Kaisers Napoleon an den Senat eine nachhaltig verbitternde Wirkung auf diesen Körper und seine einzelnen Glieder erzeugt habe, von der er unter manchen Eventualitäten Gefahren fürchtet. Es scheint, daß diese auffällige Demonstration bestimmt gewesen ist, die Popularität der Krone auf Kosten des Senates zu heben, indem man letzterem die Schuld aufbürdet, wenn so manchen Leiden des Volkes nicht abgeholfen werde.

Bei meinen Collegen herrscht allgemeine Abneigung gegen Discussion der Friedensbedingungen am Bunde, und sie hoffen, daß Östreich höchstens eine erzählende Mittheilung

[4]) Der Teil des Satzes hinter dem Semikolon („eine Politik, die“ usw.) ist bei Poschinger gesperrt, in der Vorlage aber nicht unterstrichen. Unterstrichen sind in der Vorlage nur die Worte „gegen“ und „Vortheil“.

machen werde, weil sie es so wünschen; und selbst diese sähen sie lieber unterbleiben. Es sollte mir leid thun, wenn die eventuellen Conferenzen nicht in Paris wären; schon das Factum, daß sie dort stattfänden, wäre für Frankreich ein Sporn, sie herbeizuführen, und eine Errungenschaft, die der Franzose sich als Gewinn auf Abschlag seiner Ansprüche anrechnet. Die Wahl von Frankfurt wäre eine wesentliche Förderung der Klatscherei und Conjecturalpolitik. Die Glieder der Bundesversammlung würden dabei mehr Einflüssen unterliegen, als selbst dergleichen üben.

Als eine Probe für die Aufrichtigkeit der Friedenswünsche würde ich die Frage betrachten, ob Frankreich, welches der friedliebendste der drei Decembriseurs sein dürfte, sich besonders bemüht, uns solche Garantien für die Auslegung der Propositionen zu geben, welche uns den Entschluß zum Beitritt und die Unterstützung seiner friedlichen Bemühungen in den Conferenzen möglich machten. Letztre können wir aber, wenn wir zu einem Einverständniß mit Frankreich gelangten, in unsrer neutralen Stellung vielleicht noch wirksamer gewähren. Wir werden ja sehn, ob Frankreich vorzugsweise den ernsten Willen zeigt, uns heranzuziehn. Die Spannung der Geldkrise soll vor dem Eintreffen der Friedensnachrichten vom 16. eine nie gekannte Höhe in Paris erreicht haben, wie hiesige Bankiers sagen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

111. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Januar 1856.

E. E. beehre ich mich g. anzuzeigen, daß Graf Rechberg bisher noch keinen Auftrag zu Eröffnungen an den Bund erhalten hat, auch keine weiteren Andeutungen darüber besitzt, als die ihm mitgetheilte Depesche des Gr. Buol an Graf Esterhazy vom 20. c. Er erwartet heut Abend einen Courier; sollte ihm derselbe nur den Auftrag zu historischen Mittheilungen an den Bund oder doch nur zur Stellung solcher Anträge, mit denen Preußen einverstanden wäre, übertragen, so lägen keine Schwierigkeiten vor. Zur Stellung von Anträgen, denen wir nicht beipflichten, würde er sich aber nur dann verstehn, wenn er nach wiederholter, von ihm nach Wien zu richtender Gegenvorstellung nochmals den bestimmten Befehl zu unveränderter Einbringung erhielte. Geschähe letzteres nicht etwa telegraphisch vor der Sitzung am nächsten Donnerstage, so werde er in dieser nichts einbringen, sondern den Erfolg seiner Gegenvorstellung abwarten. Daß die Stimmung der Bundestagsgesandten und ihrer Höfe fast ohne Ausnahme einem Antrage, wie er nach E. E. vorläufigen Nachrichten zu erwarten steht, entgegen ist, darüber hat Graf Rechberg seinem Hofe keinen Zweifel gelassen. Läßt ihn Östreich dennoch sofort einbringen, und ohne daß es eine bessere Stimmung für die Aufnahme desselben am Bunde herbeizuführen versucht, so geht m. E. daraus unzweifelhaft hervor, daß es sich wieder nur um eine Demonstration handelt, dem Westen den guten Willen Östreichs und den schlechten des Bundes darzuthun. Denn wenn es Östreich ernstlich darum zu thun ist, mit Deutschland eine gemeinsame Stellung zu gewinnen, so wird es auf Rechbergs Remonstrationen eingehn und die Sache nur dann beim Bunde anbringen, wenn sie durch Verhandlung mit uns und den andern Höfen gereift ist. Herr von Schrenk ist mit mir in dieser Auffassung einverstanden und der Meinung, daß bisher bei keinem der deutschen Cabinette Schritte geschehn seien, um den etwaigen östreichischen Anträgen eine günstige Aufnahme

zu sichern. Auch er hält dafür, daß dieselben nicht ernsthaft gemeint sein können, wenn sie wirklich in der nächsten Sitzung schon eingebracht werden und auf Annahme und Aufrechterhaltung der Präliminarien durch den Bund gerichtet sein sollten.

Wenn Graf Rechberg inzwischen die angedeuteten Aufträge erhält, so werde ich nicht verfehlen, E. E. telegraphische Meldung zu machen. Er glaubt übrigens, die östr. Depesche vom 20. dahin verstehn zu sollen, daß das Wiener Cabinet uns seine Vorlage an den Bund nicht bloß mittheilen, sondern auch über den Inhalt derselben mit uns verhandeln werde. Er glaubt dieß um so mehr annehmen zu sollen, als es seiner Meinung nach nicht in der Absicht Östreichs liegen könne, jetzt grade Meinungsverschiedenheiten mit Preußen und Deutschland zur Anschauung des Auslandes zu bringen, während die deutschen Großmächte in ihrer beider Interesse mehr als je danach streben müßten, die Meinung in Europa zu erhalten, daß ernste Conflicte eines jeden von ihnen mit dem Auslande schließlich Deutschland einig finden würde[n]. Selbst wenn dieß, im Widerspruch mit seiner eignen Überzeugung, nicht der Fall wäre, so müßte man doch die Illusion daran erhalten und fördern. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

112. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Januar 1856.

Graf Rechberg hat mir soeben die österreichische Vorlage mitgeteilt, welche ich gleichzeitig durch E. E. gen. Erlaß vom gestrigen Tage erhielt.[1]) Infolge der in E. E. telegraphischer Weisung von gestern abend 9 Uhr mir mitgeteilten Ah. Willensmeinung[2]) habe ich meinen österreichischen Kollegen gefragt, ob er glaube, daß das Kaiserliche Kabinett sich zu einer Änderung der Schlußworte der Vorlage entschließen werde, vermöge deren das Verlangen der A n n a h m e und A u f r e c h t e r h a l t u n g der österreichischen Propositionen in den Ausdruck der Hoffnung umgewandelt würde, daß Deutschland willens oder bereit sei, im Verein mit Österreich und Preußen den Frieden auf der gewonnenen Grundlage zu f ö r d e r n. Graf Rechberg bezweifelte, daß man in Wien auf eine Abänderung des Inhaltes der Vorlage, nachdem die letztere bereits eine weitere Verbreitung gefunden habe, eingehen werde. Er wolle indessen unter Bezugnahme auf meinen deshalb geäußerten Wunsch ungesäumt nach Wien berichten und jedenfalls die Vertagung der Mitteilung beantragen.

Auf seine Anfrage, ob ich mir schon ein Bild von der Antwort gemacht habe, welche die Bundesversammlung auf die österreichische Eröffnung erteilen werde, erwiderte ich ihm, daß für mich in dem Ausdruck der Bereitwilligkeit, den Frieden im Verein mit Österreich und Preußen auf der gewonnenen Grundlage zu fördern, das äußerste Maß der Konzessionen liege, für welches ich mich in meinem Berichte an E. E. glaubte aussprechen zu können. Wir kamen schließlich dahin überein. daß ich bei E. E. beantragen würde, mich zur Mitwirkung zu einem in den genannten Worten zu formulierenden Beschlusse zu autorisieren, und daß Graf Rechberg in einem heut nach Wien abzusendenden Berichte alles aufbieten wolle, um die Kaiserliche Regierung zu vermögen, daß sie entweder ihre Vorlage in der gedachten Weise abändere, oder sich mit einer, auf die unveränderte Vor-

---

[1]) Inhalt vgl. Poschinger II S. 302, Anm. 1.

[2]) Wortlaut vgl. Poschinger II S. 302, Anm. 2.

lage mit den mehrerwähnten Ausdrücken zu erteilenden Antwort des Bundes ohne Weiterungen begnüge, oder aber, wenn man auf beides nicht eingehn wolle, alsdann die Eröffnung für jetzt gänzlich unterlasse. Selbstverständlich legten wir dieser Verabredung keinen für unsere beiden Regierungen verbindlichen Charakter bei, sondern betrachteten unsere nach Berlin und Wien zu richtenden Anträge als den Ausdruck unseres persönlichen Gutachtens, dessen Annahme wir bei unseren Vorgesetzten befürworteten.

Graf Rechberg sagte wiederholt, daß es ihm vor allen Dingen darauf ankomme, einen Dissensus Preußens und Österreichs selbst dem Scheine nach zu vermeiden, und wenn dieser Zweck durch die österreichische Vorlage nicht gefördert werde, wenn dieselbe nicht den Eindruck erhöhter Einigkeit der beiden deutschen Großmächte zum voraussichtlichen Resultat habe, so könne sie seiner privativen Ansicht nach der guten Sache nur zum Schaden gereichen.

Meines g. Dafürhaltens würde ein Beschluß, welcher ohne jedes erläuternde Moment die Bereitwilligkeit des Bundes, den Frieden auf der gewonnenen Grundlage zu fördern, konstatierte, nicht ohne Bedenken sein für den Fall, daß der Frieden nicht zustande käme. Die Erfahrung zeigt, und die neue österreichische Vorlage nicht minder als frühere Vorgänge, in welcher Ausdehnung Österreich die den älteren vier Punkten vom Bunde zuteil gewordene vage Billigung, und die Abneigung der zwei ersten derselben, deutet und ausbeutet. Die Bereitwilligkeit, den Frieden auf einer bestimmten Grundlage zu „fördern“, will freilich vielleicht noch weniger sagen, als der am 9. Dezember 1854 gefaßte Beschluß, die Friedensbestrebungen auf der damaligen Grundlage „mit Nachdruck zu verfolgen“. Indessen sind die G r u n d l a g e n seitdem präziser geworden,[3]) und handelt es sich darum, daß Preußen, vielleicht sogar der Bund, durch Teilnahme an Konferenzen, deren Majorität wahrscheinlich in einer anderen als der diesseitigen Auffassung einig sein wird, einem stärkeren moralischen Druck in betreff der Auslegung der eigenen Beschlüsse sowohl, als auch der fremden Grundlage derselben, unterliegen werden.

Der erste Eindruck, den ein derartiger Beschluß, kommentiert durch österreichische Noten, österreichische Presse und österreichische Übersetzung der deutschen Worte ins Französische, in Europa, und namentlich in Paris und London macht, wird meinem Gefühl nach der eines Anschlusses Preußens und Deutschlands an die Haltung Österreichs sein. Den Unterschied, welcher unzweifelhaft zwischen der bestimmteren Fassung der österreichischen Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt, und der allgemeineren des intendierten Bundesbeschlusses stattfindet, wird man für das Ausland hinweg zu interpretieren mit Erfolg bemüht sein, wenn er auch für die Eingeweihten in Deutschland die Bedeutung einer schonenden Ablehnung des österreichischen Ansinnens behält.

Der unmaßgebl. Antrag, den ich an diese Bedenken knüpfe, und bei dem ich von der allerdings noch nicht gesicherten Annahme ausgehe, daß die Ausdrücke, auf welche S. M. der König nach E. E. telegraphischer Depesche von gestern abend 9 Uhr Wert legen, den wesentlichen Inhalt eines zu fassenden Bundesbeschlusses bilden würden, geht dahin, in den Tenor des Beschlusses eine Anknüpfung an den Beschluß vom 26. Juli v. J. aufzunehmen, und in der Motivierung die Voraussetzung wenigstens anzudeuten, daß wir in betreff der

---

[3]) Dies waren die sog. fünf Punkte, die eine nähere Erläuterung der vier Punkte bildeten, welche in der Depesche des Ministers Drouyn de L'Huys vom 23. Juli 1854 formuliert und am 8. August 1854 zwischen den Höfen von Wien, London und Paris durch Notenaustausch vereinbart worden waren. Vgl. oben Bd. I S. 498 Anm. 5; Wortlaut der nunmehr vorgelegten fünf Punkte vgl. Jasmund a. a. O. Nr. 401. Punkt 5 lautete: Conditions particulières. Les puissances belligérantes réservent le droit qui leur appartient de produire dans un intérêt européen des conditions particulières en sus des quatre garanties.

Interpretation der Grundlagen, auf welche, und in betreff der Mittel, mit welchen wir den Frieden befördern wollen, uns die volle Selbständigkeit wahren. Durch die Anknüpfung an den Beschluß vom 26. Juli v. J. ziehen wir, namentlich in Nr. II desselben, ein m. E. für uns günstiges Element der Interpretation herbei; und die ausdrückliche Wahrung unserer Selbständigkeit bei der letzteren schneidet die Voraussetzung ab, daß wir mit unserer eingehenden Antwort auf die österreichische Vorlage uns im voraus dem anschließen, was das Wiener Kabinett in Zukunft aus derselben deduzieren könnte.

Zu einer besonderen Bezugnahme in der Motivierung des eventuellen Bundesbeschlusses dürfte sich auch der Passus eignen, welchen die österreichische Vorlage gegen ihren Schluß, in betreff des V. Punktes des Programms, enthält.

Wenn, wie dem Grafen Rechberg aus Berlin geschrieben wird, E. E. von dem Wiener Kabinett noch weitere Aufklärungen und Garantien über das Verständnis des österreichischen Programms erbeten haben, so bietet vielleicht die Antwort darauf noch ferneres Material, welches uns in betreff der künftigen Deutung unserer jetzigen Beschlüsse nützlich werden kann.

Ich kann nicht leugnen, daß ich ursprünglich auf eine noch entschiedenere Wahrung unseres bisherigen Standpunktes, als ich in Vorstehendem zu beantragen mich beehrt habe, Hoffnung hatte. Die Nachricht indessen, welche E. E. telegraphische Weisung von gestern über die Haltung des Herrn von Beust bringt, hat meine Hoffnung etwas herabgestimmt. Ob mit Grund oder nicht, werden E. E. nach der heutigen Anwesenheit des sächsischen Ministers in Berlin bereits ermessen haben. Hier am Ort haben sich bisher keine Symptome bemerklich gemacht, aus welchen sich die Neigung einer oder der anderen Regierung entnehmen ließe, uns zu einer größeren Nachgiebigkeit gegen Österreich und aus unserer bisherigen Position herauszudrängen. Auf den Freiherrn von der Pfordten wird die Nachricht von der Haltung seines sächsischen Kollegen in Verbindung mit dessen Anwesenheit in Berlin jedenfalls einen Eindruck machen; ob dieser aber die Neigung hervorruft, dem Herrn von Beust zu opponieren, oder ihn zu überbieten, das wage ich nicht zu entscheiden. Ich habe mit meinen Kollegen bisher über meine Unterredung mit Graf Rechberg nicht gesprochen und denke, ihnen gegenüber einstweilen noch eine festere Haltung in betreff der dem österreichischen Antrage zu gewährenden Aufnahme zu zeigen, weil ich darin das einzige Mittel zu sehn glaube, sie die Linie, bis zu welcher wir nachgeben wollen, nicht voreilig und ohne uns überschreiten zu lassen, indem sie demoralisierende Berichte und Anträge nach Hause schicken.

Graf Rechberg schreibt, wie gesagt, heut mit der Post, welche am Donnerstag früh in Wien eintrifft, an Graf Buol, und beabsichtigt bisher, die Vorlage, wenn man ihn nicht ganz von derselben dispensiert, oder ihm noch am Donnerstag früh telegraphische Weisung schickt, erst am Sonnabend in einer außerordentlichen Sitzung einzubringen.

Daß man in Wien auf eine Abänderung der Schlußworte der Vorlage eingeht, glaube ich nicht; daß man mit einer Schlußfassung von dem angedeuteten Inhalt sich befriedigt erklärt, ist eher möglich. Geschieht es nicht, so würde ich darin einen erwünschten Anlaß sehen, eine den bisherigen Standpunkt Preußens entschiedener wahrende und der Mißdeutung noch weniger ausgesetzte Beschlußfassung bei E. E. in Antrag zu bringen.

Eine ungefähre Skizze des Bundesbeschlusses, wie er mir vorschwebt, falls das Kaiserliche Kabinett auf den Bericht des Grafen Rechberg eingehend antwortet, erlaube ich mir g. beizufügen.

*113. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

29. Januar 1856.

Graf Rechberg hat die Vorlage erhalten und berichtet heute, um Aufschub zu erbitten. Mein g. Antrag ist: Zu beschließen, daß der Bund im Anschluß an seine Beschlüsse von 1854 und 26. Juli v. J. der Förderung des Friedens auf der gewonnenen Grundlage seinen Einfluß und seine Tätigkeit widmen wolle. Graf Rechberg fragt zugleich in Wien an, ob Österreich mit einem Beschluß der Art befriedigt sein wolle?[1]) Mein Bericht trifft morgen früh ein.

*114. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.][1])

30. Januar 1856.

E. E. beehre ich mich in Anknüpfung an meinen g. vertraulichen Bericht von gestern noch nachstehenden unmaßgeblichen Entwurf eines Bundesbeschlusses zu gen. Prüfung g. vorzulegen:

Die Bundesversammlung wolle beschließen

1. der Kais. Regirung ihren Dank für die vernommene Mittheilung und ihre Befriedigung darüber auszusprechen, daß durch die Annahme der östr. Propositionen von Seiten des russ. Cabinetes eine den kriegführenden Mächten gemeinsame Basis der Unterhandlung über den europäischen Frieden vorbereitet (gewonnen[2])) ist, in welcher gleichzeitig die betheiligten (Interessen Deutschlands) (deutschen Interessen) ihre volle Berücksichtigung gefunden haben.
2. (zu bekunden) daß der Bund auch ferner bereit (Willens) sei, in dem durch die Bundesverträge, durch das Bündniß vom 20. April und durch die Beschlüsse vom [24. Juli 1854], vom 9. Dez. 1854 und vom 26. July v. J. begründeten engen Vereine mit Östreich und Preußen, das Werk des Friedens auf der nunmehr gewonnenen Grundlage zu fördern.

Die Erwähnung der Sicherstellung der deutschen Interessen als eines Theiles der übrigens viele außerhalb derselben liegende Stipulationen enthaltenden Präliminarien glaubt Herr von Schrenk werde man in München wünschen.

Instructionen von Hause hat noch keiner meiner Collegen, alle aber dürften bisher der Meinung sein[3]), daß ein Beschluß in allgemeinen wohlwollenden Worten, wie ungefähr obiger Entwurf, die Antwort auf die östr. Vorlage zu bilden haben werde[4]). Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

---

113. [1]) Konzept: werde.
114. [1]) Auch das Konzept ist eigenhändig.
[2]) Im Konzept steht noch: erzielt.
[3]) Konzept: sind bisher der Meinung.
[4]) Konzept: sein werde.

115. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiger Entwurf.]

30. Januar 1856.

Den Vorschlag von Beust[1]) halte ich für insidiös und gefährlich, im Fall der Frieden nicht zu Stande kommt, und überdies für einen nur in den Modalitäten der Ausführung bedingten Bruch mit unsrer bisherigen Stellung. Der Haupteffect würde unser Anschluß an Östreich bleiben. Wir würden mit unsern letzten Circulären in Widerspruch treten. Niemand erwartet hier dergleichen. Wir würden die Bundesregirungen demoralisiren und ihr Vertrauen verlieren. *Beust blendet der Ehrgeiz, den Bund vor Europa zu vertreten; er wäre dort sehr gefährlich. Übrigens steht die auswärtige Vertretung des Bundes dem präsidirenden Hofe zu. Man hält hier die Wahl eines Vertreters des Bundes für unausführbar. Derselbe würde factisch nur Instructionen seiner Regirung befolgen. Im Prinzip können wir die Vertretung des Bundes freilich nicht bestreiten. Morgen geht ein anderweiter Beschlußentwurf von mir ein.*

116. Bericht vom 30. Januar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Frankfurter Presse. — Vgl. Poschinger II Nr. 169.

117. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

31. Januar 1856.

E. E. gen. telegraphische Mitteilungen von gestern abend[1]) habe ich zwar auf demselben Wege schon vorläufig zu beantworten die Ehre gehabt, erlaube mir indessen noch nachstehende Bemerkungen einer gen. Erwägung g. anheimzustellen.

Der Vorschlag des Herrn von Beust, dem österreichischen Antrage unter der Voraussetzung der Mitwirkung des Bundes bei den Verhandlungen wörtlich beizutreten, scheint mir nur eine neue Version des bisher von uns mit Entschiedenheit abgelehnten Systems, den Eintritt in die Konferenzen mit unserem Anschluß an das Programm Österreichs zu erkaufen. Noch in dem an die Gesandten in Deutschland am 26. d. M. gerichteten Zirkular haben wir die Hoffnung ausgesprochen, daß Österreich nicht ein nachträgliches Eintreten in seine Politik am Bunde beantragen oder erwarten werde. Durch unsere Beteiligung an einem Beschlusse im Sinne des Herrn von Beust würden wir offenbar die Konsequenz unserer bisherigen Stellung aufgeben und dafür nicht den Eintritt Preußens, sondern den des Bundes in die Konferenzen erlangen. Ich erlaube mir nachher auf den geringen praktischen Wert zurückzukommen, den ich in *unserem* Inter-

115. [1]) Am 30. Januar 1856 hatte Manteuffel telegraphiert, Herr von Beust wolle, daß man dem österreichischen Antrage wörtlich beitrete, aber die Voraussetzung hinzufüge, daß hieraus Verpflichtungen für den Bund nur insoweit folgten, als dieser bei den zu eröffnenden Verhandlungen selbständig mitgewirkt und zugestimmt habe. „Motive: Man darf durch Abschwächung des österreichischen Antrages der öffentlichen Meinung nicht entgegentreten, als halte man die gewonnene Friedensgrundlage nicht fest. Wird der Bund zugezogen, so kann er im Sinne der Mäßigung wirken; wird er nicht zugezogen, so überkömmt er keine Verpflichtungen. Preußen bleibt jedenfalls frei. Der König ist der Idee geneigt. Mein Bedenken ist, die Dezemberverbündeten werden den Vorbehalt entweder übel nehmen, oder ignorieren, und Österreich es übernehmen, den Bund in Kenntnis zu halten, d. h. ihm abgemachte Tatsachen mitteilen. Benachrichtigen Sie mich telegraphisch von Ihrer Ansicht"

117. [1]) Vgl. die vorige Anmerkung.

esse der Beteiligung des Bundes beilege. Wenn unter den Motiven für die Anschauung des Herrn von Beust angeführt wird, „daß Preußen jedenfalls frei bleibt", so darf ich annehmen, daß dem Herrn von Beust eine Konferenz vorschwebt, in welcher Preußen als selbständige Macht nicht figuriert, sondern nur, neben dem Gesandten Österreichs, ein Vertreter des Deutschen Bundes, unter dessen solidarischen Vollmachtgebern auch Preußen neben den andern Bundesstaaten sich befindet. Aus der starken capitis diminutio, welche ein solches Verhältnis für uns involvieren würde, muß ich fast schließen, daß ich die Meinung des Herrn von Beust nicht richtig auffasse. Ich würde es in keiner Weise für ehrenrührig halten, wenn die Konferenzen ohne jede Beteiligung Preußens eingeleitet würden; sie könnten in solchem Falle schwerlich ein anderes als ein für Preußen ziemlich gleichgültiges Resultat erreichen, und es kann sehr wohl Verhandlungen zwischen einer Mehrheit europäischer Mächte geben, welche für eine der übrigen ohne hervorragendes Interesse sind. Aber in unserer Eigenschaft als europäische Macht von einem Geschäfte ausgeschlossen zu sein, dessen Bedeutung für uns wir dadurch zu erkennen geben, daß wir uns angelegen sein lassen, unter der Ägide des Deutschen Bundes eine mit Oldenburg und Darmstadt gleichberechtigte indirekte Beteiligung daran zu gewinnen, darin könnte ich für meine Person nichts anderes als eine schwere Wunde für das ehrenvolle Ansehn erblicken, dessen Preußen sich bisher erfreut.

Wenn ich mir vergegenwärtige, in welcher Weise praktisch zu einer Vertretung des Bundes auf Konferenzen zu gelangen sein würde, so fallen Schwierigkeiten und Bedenken der verschiedensten Art ins Auge. Der K. sächsische Bundestagsgesandte scheint bereits Weisungen in der Sache von Herrn von Beust zu haben, wenigstens hat er zu mehreren meiner Kollegen Äußerungen getan, durch welche diese zu vertraulicher Erörterung der Vertretung des Bundes und der wahrscheinlichen Neigung des Herrn von Beust, diese zu übernehmen, veranlaßt worden sind. Graf Rechberg äußerte sich dabei in dem Sinne, daß eine derartige Vertretung des Bundes kaum anders als durch Preußen und Österreich in Gemeinschaft ausgeübt werden könne, auf welche auch der Präzedenzfall in den belgisch-niederländischen Verhandlungen[2]) hinführe. Herr von Schrenck pflichtete dieser Ansicht mit dem Bemerken bei, daß die Vertretung des Bundes auf diesem Wege allerdings zu einer Formalität würde, etwas anderes aber auch nach der Lage der Dinge nicht wohl sein könne. Im Vertrauen und unter vier Augen sagte er mir nachher, daß ihm die Vertretung des Bundes, wenn sie nicht durch Preußen und Österreich geübt werden solle, nur *neben* der selbständigen Repräsentation der *beiden* deutschen Großmächte möglich zu sein scheine, dann aber Bayern als der nächstgrößte Staat ohne Zweifel den ersten Beruf dazu habe. Der König Max würde unter keinen Umständen mit einer Vertretung durch eines der anderen Königreiche, namentlich nicht mit der durch Sachsen, einverstanden sein, und eher die unerwartetsten und bedenklichsten Entschlüsse fassen, als Herrn von Beust in der fraglichen Eigenschaft bei den Konferenzen fungieren lassen. Alle meine Kollegen, die sich über die Frage ausließen, hoben die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit hervor, einen Gesandten des Bundes mit Instruktion zu versehen. Selbst Herr von Reinhard, der sich eine hervorragende Befähigung in der Handhabung des französischen Depeschenstils[3]) beilegt, und im Innern nicht frei von der Hoffnung ist, daß eine etwaige Wahl auf ihn fallen könnte, gab die Unlösbarkeit der Frage, wie der Vertreter des Bundes instruiert werden könne, zu.

---

[2]) Bei der Londoner Konferenz wegen der Trennung der Niederlande im November 1830.
[3]) Poschinger hat irrig: Französisch-Deutschen Styls.

Es bedarf keines Beweises, daß der geschäftsmäßige Weg der Beschlußnahme über Instruktionen, welche die Bundesversammlung zu erteilen hätte, mit seinen Ausschußgutachten, Rückfragen an 35 Regierungen und Verlesung inkommensurabler Abstimmungen niemals ein rechtzeitiges Resultat liefern wird, selbst dann nicht, wenn man die Zahl der Beteiligten auf die Mitglieder des orientalischen Ausschusses reduzierte. Man würde also notwendig dem Vertreter des Bundes mehr oder weniger Freiheit der Bewegung lassen müssen, und er somit den Instruktionen der einzelnen Regierung, in deren Dienst er steht, anheimfallen. Er würde dann, wenn es Österreich nicht gelingt, die betreffende Regierung ganz in sein Interesse zu ziehen, eine Art schiedsrichterlicher Stellung zwischen dem preußischen und österreichischen Bevollmächtigten annehmen wollen, und auf jeden von beiden mit der Drohung, sein Gewicht in die Wagschale des anderen zu legen, einwirken wollen. Uns könnte deshalb m. g. D. weder Beust noch Pfordten ein erwünschter Zuwachs zu den Konferenzen sein.

Die Vermittelung des diplomatischen Verkehrs der Bundesversammlung ist herkömmlich und zum Teil verfassungsmäßig ein Attribut des Präsidiums. Herr von Prokesch, der allerdings in der Aufstellung zweifelhafter Ansprüche mehr Dreistigkeit hatte als Graf Rechberg, nahm bei früheren Erörterungen über Beteiligung des Bundes an Konferenzen die Prärogative Österreichs zur Vertretung unumwunden in Anspruch, und manche meiner Kollegen waren der Meinung, daß nicht unerhebliche Gründe für diese Behauptung sprächen. Wenn nun die Königreiche sich untereinander den Vorzug nicht gönnen, und wir selbst vielleicht der Wahl eines oder des anderen ihrer Minister entgegenzutreten Grund haben, die kleineren Staaten aber keine geeigneten Persönlichkeiten darbieten, so hat Österreich wohl Aussicht, durch geschickte Opposition gegen jede andere Chance seinen eigenen Wünschen Terrain zu gewinnen. Schon jetzt wird von dem nichtoffiziellen Österreich hier am Ort die Ansicht in Umlauf gesetzt, daß der Bund, wenn er sich an der europäischen Politik beteiligen wolle, sich solcher Organe bedienen müsse, welche von jedem speziellen Territorialnexus möglichst frei wären. Man fügt diesen Äußerungen eine Schilderung der für einen Vertreter des Bundes wünschenswerten Eigenschaften bei, welche ziemlich genau auf den Freiherrn von Blittersdorff paßt, einen dermalen allerdings zuverlässigen Anhänger Österreichs.

Was E. E. mir über die Ansichten des Herrn v. Beust mitteilen, läßt auch die Version zu, daß gerade Preußen mit der Vertretung des Bundes auf den Konferenzen betraut werden möchte. Auch diese Eventualität würde an dem Fehler leiden, daß wir als selbständige Macht ausgeschlossen blieben, durch Vermittelung des Bundes aber teilnähmen. Außerdem aber gäbe sie dem Bevollmächtigten Österreichs in allen zweifelhaften und streitigen Fällen die Möglichkeit, seinen preußischen Kollegen dadurch zu neutralisieren, daß er die Schwierigkeiten, einen Bundesbevollmächtigten formell mit Instruktion zu versehen, ausbeutet. Der Gesandte Österreichs würde stets in der Lage sein, sich auf die ihm als Vertreter des Präsidialhofes beiwohnende Kenntnis des Standes der Bundesinstruktionen zu berufen.

Eine „wörtliche Annahme" des österreichischen Antrages resp. der gesamten Vorlage mit ihren Motiven würde den Annehmenden unter allen Umständen in das Schlepptau der österreichischen Interpretation bringen. Graf Rechberg versichert mich nun zwar, daß die Auslegungen Österreichs die friedlichsten und unserer Politik am meisten entsprechenden sein würden. Soweit ich mir aber bisher von dem mutmaßlichen Gange der Konferenzen eine Vorstellung machen kann, wird es sich allerdings um die Abwehr solcher

englischen Nachforderungen handeln, an deren Durchführung Österreich kein Interesse hat. Es wird aber auch ohne Zweifel Rußland das von den Verbündeten aufgestellte Prinzip, daß militärisch eroberte Plätze ein Objekt territorialen Austausches seien, zu seinen Gunsten geltend machen wollen. Es wird daher ex titulo Kars auf die Abtretung in Bessarabien zurückkommen und namentlich vielleicht die Festung Ismael, deren Wert militärische Erinnerungen erhöhen, behalten wollen. Ich kann kaum glauben, daß der Übergang Bessarabiens von Rußland an die Donaufürstentümer für England und Frankreich von besonderer Wichtigkeit sein sollte. Vertraulich hört man hier auch von allen Seiten, und beispielsweise aus dem Munde meines englischen Kollegen, daß diese Bedingung eine speziell österreichische sei, und bringt sie mit den Plänen in Verbindung, welche man Österreich in betreff der Fürstentümer zuschreibt. Wenn diese Annahmen zuträfen, so könnte leicht gerade von Österreich das Hindernis der Verständigung ausgehn. England, wenn es wirklich die Fortsetzung des Krieges wünscht, würde dann den Widerspruch zwischen Österreich und Rußland zu seinen Zwecken benutzen, zu diesem Widerspruch aber wird die Neigung und der Mut bei Österreich wachsen, wenn es glauben darf, daß wir und der Bund seinen Auffassungen zur Seite stehn.

Diese Kombinationen sind hypothetischer Natur, und ich kann mich dabei in vollem Irrtum befinden. Zweifellos aber scheint mir, daß wir im Falle eines Mißlingens der Friedensunterhandlungen in einer unbequemeren Lage sind als bisher, wenn wir jetzt der österreichischen Vorlage wörtlich beitreten.

Soeben erhalte ich E. E. geehrte telegraphische Mitteilung von heut 1 Uhr 5 Minuten[4]); in dieser Fassung gefällt mir der Vorschlag des Herrn v. Beust allerdings besser als mein eigener Beschlußentwurf[5]). Während letzterer immer noch allgemeine und vage Verpflichtungen enthalten würde, verbindet der erstere zu gar nichts, und selbst die Erwägung, ob wir uns demnächst verpflichten wollen, wird von einer Bedingung abhängig gemacht, welche kaum eintreten dürfte. Ich kann mir nicht denken, daß die Dezemberverbündeten, Österreich an der Spitze, auf eine derartige Beteiligung des Bundes ohne weiteres eingehn sollten, und selbst wenn dies der Fall wäre, so würden der Verwirklichung derselben alle jene Schwierigkeiten in den Weg treten, welche ich mir oben zu entwickeln erlaubt habe. In der Zwischenzeit ergibt sich vielleicht für Preußen die Beteiligung an den Konferenzen, ohne daß wir sie durch Konzessionen erkauften, namentlich wenn man sieht, wie weitläufig sich der Beitritt des Bundes in der Auffassung Österreichs anläßt.

Fraglich ist mir nur, ob wir für den Fall, daß Österreich den Beust'schen[6]) Vorschlägen mit größerer Empfindlichkeit entgegenträte, und sich zur Verständigung mit uns über eine anderweite, unverfängliche Beschlußnahme bereitfinden ließe, nicht besser tun, zu einer solchen die Hand zu bieten. Unsere Stellung an der Spitze der Bundesstaaten auf Grund des Beust'schen Programms erscheint mir unabhängiger und bedeutender, ich möchte aber

---

[4]) Manteuffel teilte hier mit, der Vorschlag von Beust sei: „Der Bund begrüßt 2c. die Präliminarien. Wie der Bund die baldige Herbeiführung des Friedensschlusses als dringendes Bedürfnis anerkennt, so wird derselbe sich der Erwägung, in welcher Weise er die Annahme und Aufrechterhaltung jener Grundlagen zu seiner Aufgabe zu machen habe, nicht entziehen, sobald ihm die dem Artikel 49 der Wiener Schlußakte entsprechende Beteiligung an den bevorstehenden Verhandlungen geboten wird."

[5]) Vgl. Nr. 114.

[6]) Vorlage: „preußischen". Im Konzept steht richtig: „Beustschen".

auch Österreich in den Augen des Auslandes nicht gerne schärfer entgegentreten, als zur Wahrung unserer Selbständigkeit nötig ist.

*118. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiges Konzept.]

31. Januar 1856, 6 Uhr 45 nachmittags.

In dieser[1]) Form scheint der Vorschlag [des Freiherrn v. Beust] unverfänglich, besonders wenn anstatt „geboten wird" gesetzt würde: „gesichert ist".

Practisch hat er wohl nur eine dilatorische Bedeutung und ist gerade deshalb wohl besser, als mein bisheriger Antrag. Die Majorität erhält er nicht, wenn wir nicht wollen, und zu einem Endresultat wird er auch dann schwerlich führen. Zieht aber Östreich einen Beschluß im Sinne meines gestrigen Schreibens vor, so würde ich glauben, daß wir ihm darin gefällig sein sollten. Ich berichte heut.

*119. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

2. Februar 1856, nachmittags.

Graf Rechberg wird die Vorlage am Donnerstag einbringen. Herr v. d. Pfordten schreibt vertraulich an die bayerische Gesandtschaft, daß Bayern keine andere Beteiligung des Bundes an den Verhandlungen als durch Österreich und Preußen will. Bayern will, daß der Bund dem österreichischen Antrag mit Vorbehalt eigenen Urteils zustimme. Graf Rechberg ist damit einverstanden. Wenn der Vorbehalt ausreichend formuliert und nicht dem österreichischen Antrag, sondern den Präliminarien zugestimmt wird, läßt sich auch in dieser Form unsere Stellung wahren, besonders wenn wir vorher zu den Konferenzen ohne Bedingung eingeladen werden. Das Bedürfnis, durch die Bedingung der Beteiligung des Bundes Zeit zu gewinnen, hörte dann auf. Brauchen wir aber den Aufschub nicht, so dürfte jene Bedingung nur störend wirken.

120. Telegramm an Minister v. Manteuffel.

4. Februar 1856.

In einem Pariser Privatbrief von sehr guter Quelle lese ich, Hübner hat hier die Zuziehung Preußens beantragt. Walewski war dafür, die Sache scheiterte aber an Englands Widerspruch und ist abgewiesen. *Wenn dies wahr ist, so bitte ich E. E. meinen morgen eingehenden Antrag als nicht geschrieben anzusehen. In dem Falle würde ich für Aufrechthaltung des mir heute zugekommenen, mit Herrn v. Beust verabredeten Entwurfs stimmen. Kann man in demselben nicht die Worte „im Verein mit Österreich und Preußen" so versetzen, daß es am Schlusse heißt „Gelegenheit sich im Verein mit Österreich und Preußen zu beteiligen geboten wird?"*

---

[1]) Vgl. S. 107, Anm. 4.

121. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

4. Februar 1856.

E. E. geehrte Weisung vom gestrigen Tage, die östreichische Vorlage betreffend,[1]) ist mir heut zugegangen. In der so eben beendigten Sitzung des Militärausschusses bildete dieselbe Angelegenheit den Gegenstand vertraulicher Besprechung meiner Collegen, nachdem Graf Rechberg den Auftrag zu einer Ergänzung der Vorlage erhalten hat, durch welche der Bund von der in Wien nunmehr vollzognen Unterzeichnung Kenntniß erhalten soll. Der sächsische Gesandte hat noch keine Instruction im Sinne der von Herrn von Beust in Berlin kundgegebnen Ansichten; dagegen scheint Hannover für das Prinzip der Vertretung des Bundes auf den Conferenzen durch einen eignen Bevollmächtigten gewonnen zu sein und Herr von Nostitz über die Dresdner Auffassungen äußerlich so viel vernommen zu haben, daß auch er dasselbe verfocht, während er noch vor wenigen Tagen lediglich im Sinne Östreichs wirksam war. Er hat mir Mitteilung seiner Weisungen versprochen, sobald sie eingehn würden. Die übrigen Gesandten sahen in dem Verlangen nach einer Betheiligung des Bundes an den Verhandlungen lediglich eine Erschwerung der Situation; der von Würtemberg beschränkte sich darauf, die Schwierigkeiten der Ausführung geltend zu machen; Herr von Schrenk aber sah in dem Bestreben, jetzt zu den Conferenzen zugezogen zu werden, einen Widerspruch gegen die bisherige Politik, welche auf Zurückhaltung des Bundes aus den schwebenden Verwicklungen gerichtet gewesen sei. Graf Rechberg fand es mit der Würde des Bundes unvereinbar, die Bedeutung und den Ausdruck einer politischen Manifestation von einer Bedingung abhängig zu machen, der[en] Erfüllung von dem Ermessen fremder Mächte abhänge. Er wolle der principiellen Berechtigung des Bundes zu einer derartigen Vertretung nicht widersprechen, glaube aber, daß der Versuch zu ihrer Anbahnung erst dann gemacht werden könne, wenn die Theilnahme Preußens an den Conferenzen geregelt und demnach der Bund die beiden deutschen Großmächte vertraulich oder förmlich ersuchen könne, die Vertretung des Bundes bei den Verhandlungen in Antrag zu bringen oder selbst zu übernehmen. Dieser Ansicht stimmte Herr von Schrenk durchweg bei, und betrachtete namentlich die zuletzt genannte Eventualität als die natürlichste und wahrscheinliche. In der Tat dürfte, wenn der Entwurf des Herrn von Beust wirklich bis in das Stadium seiner practischen Consequenzen durchgeführt werden sollte, die Anbringung des darin formulirten Verlangens, mit Rücksicht auf die Abneigung Östreichs gegen dasselbe, ebenso schwierig, als die Bereitwilligkeit, darauf einzugehn, bei den Westmächten gering sein. Bleibt der einmal beschlußmäßig erhobne Anspruch aber unberücksichtigt, so geräth der Bund in eine beschämende Lage. Er darf m. E. ebensowenig wie wir selbst, als europäische Macht, einen *mißlingenden* Versuch machen, in die Conferenzen einzudringen; er muß gleich uns die Einladung dazu abwarten. Daß diese an Preußen ergehn werde, sieht Rechberg als nahe bevorstehend an, und hofft, daß sie vor Abschluß der Berathungen über die östr. Vorlage erfolgen wird. Bestätigt sich diese Erwartung nicht, dann freilich liegt in der Bedingung der Zuziehung des Bundes ein Element, welches wir ausbeuten können, um Zeit und Concessionsobjecte zur Erlangung unsrer eignen Betheiligung zu gewinnen, indem wir von letztrer unser Verhalten am Bunde gegenüber den östreichischen Wünschen abhängig sein lassen, ohne ein ungeduldiges Verlangen nach demselben zu manifestiren.

---

[1]) Inhalt vgl. Poschinger II S. 312 f., Anm. 3.

Nach der Sitzung schlug mir Graf Rechberg vor, nochmals eine persönliche Verständigung über einen bei unsern Regirungen zu befürwortenden Beschlußentwurf zu versuchen. Ich erlaube mir in der Anlage einen solchen g. vorzulegen[2]), welchem, wie Rechberg annimmt, Östreich selbst zustimmen würde, und mit dem Herr von Schrenk sich einverstanden erklärt. Mir scheint, daß durch den vorausgeschickten Vorbehalt dem Worte „annehmen" alles Verfängliche benommen, und durch den unterstrichnen Passus[3]) auch den Wünschen des Herrn von Beust Rechnung getragen wird, ohne den Bund, im Falle er nicht zugezogen wird, zu compromittiren. Wird dann, getrennt von dem Beschluß, noch die Vermittlung der beiden Großmächte für die Betheiligung des Bundes an den Verhandlungen, wie ich oben als Meinung Graf Rechbergs andeutete, in Aussicht genommen, so dürften Sachsen und Hanover damit wohl zufriedengestellt sein. Ich möchte glauben, daß durch einen Beschluß in der anliegenden Fassung die Freiheit unsrer Bewegung bei den Verhandlungen und die Ungebundenheit unsrer Stellung im Falle des Fehlschlagens derselben vollkommen gewahrt bleibt, und wenn ich darin nicht nach E. E. bessrer Einsicht fehlgreife, so scheint mir, daß nächst diesen beiden Requisiten das Verhüten der Manifestation eines Dissensus mit Östreich der wichtigste Gesichtspunkt ist.

Rechberg hat mir heut die Noten vorgelesen, mit denen Östreich in Paris und London unsre Zuziehung beantragt hat. Sie sind amtlich und klar gehalten, und wenn nicht vertrauliche Contreordre dabei gewesen ist, so beweisen sie, daß man sich in Wien von Conferenzen mit uns Bessres verspricht, als von solchen ohne uns. Das Einverständniß Frankreichs mit unsrer Betheiligung nimmt Rechberg als gesichert an, und wenn also die östr. Bestrebungen aufrichtig sind und Rußland dasselbe Verlangen stellt, so wird England doch trotz aller Artikel der Morning Post schließlich seine Bosheit gegen uns bezähmen.

Wenn E. E. in der Lage sind, mir Hochdero Einverständniß mit dem anliegenden Entwurf zu erkennen zu geben, so würde ich um telegraphische Mitteilung g. g. bitten. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . . .

122. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5. Februar 1856.

Aus einem Privatbriefe des Vertreters eines deutschen Mittelstaates entnahm ich gestern die Nachricht, daß in Paris die Bemühungen, Preußens Teilnahme an den Friedensverhandlungen herbeizuführen, als definitiv gescheitert betrachtet würden, indem der Widerstand Englands energischer gewesen sei, als die von Frankreich unterstützten Bemühungen Österreichs für unsere Zuziehung. Wenn es auch leicht möglich ist, daß die Behauptung meines Gewährsmannes sich mehr auf das erste Entgegentreten Lord Cowley's als auf die definitiven Entschließungen der beteiligten Mächte gründet, so habe ich doch nicht unterlassen wollen, die Nachricht telegraphisch zu E. E. Kenntnis zu bringen, weil

[2]) Der Beschlußentwurf lautete: „Die Bundesversammlung im Anschluß an ihre früheren, auf die orientalische Angelegenheit bezüglichen Erklärungen beschließt: Im Verein mit Österreich und Preußen unter Vorbehalt des freien Urteils über die sich noch etwa ergebenden Einzelfragen und Meinungsverschiedenheiten, die durch das Einverständnis der zunächst beteiligten Mächte gewonnenen Grundlagen des zu errichtenden Friedens anzunehmen und zu deren Durchführung, insoweit ihr dazu die Gelegenheit geboten wird, mitzuwirken."

[3]) In Anm. 2 gesperrt.

[1]) Vgl. Nr. 120.

die gesamte Auffassung, welche meiner bisherigen Berichterstattung in betreff der österreichischen Vorlage am Bunde zugrunde lag, auf der Voraussetzung beruhte, daß unsere Zuziehung zu den Konferenzen nicht ausbleiben könne, nachdem wir unter dem 26. v. M. dem Wiener Kabinett unsere Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung der Präliminarien ausgesprochen haben für den Fall, daß wir zur Teilnahme an den Verhandlungen eingeladen werden würden.

E. E. werden, wenn die eingangs erwähnte Nachricht begründet ist, ohne Zweifel schon nähere Angaben aus Paris darüber vorliegen. Graf Rechberg schenkt ihr keinen Glauben, und ich bin geneigt, seinen Zweifel zu teilen, nachdem er mir soeben gesagt hat, daß, nach einer heute früh von Esterházy aus Berlin ihm zugegangenen telegraphischen Mitteilung, von unserer Seite, unter Aufgabe des von Beust gewünschten Vorbehaltes, zu einer Verständigung mit Österreich über den zu fassenden Bundesbeschluß die Hand geboten werde. Denn wenn die Aussicht auf unsere Mitwirkung bei den Friedensverhandlungen gänzlich oder doch für jetzt abgeschnitten wäre, so würde gerade die, dem Vernehmen nach, von Hannover geteilte Auffassung des Herrn von Beust einen Anhaltspunkt für uns bieten, um vorläufig Zeit zu gewinnen, und demnächst, nach Erfordernis der Umstände, in Gemeinschaft mit dem Bunde eine zurückhaltende Stellung einzunehmen. Meines g. Dafürhaltens könnte es nicht in unserem Interesse liegen, am Bunde oder als selbständige Macht eine Annahme der Präliminarbedingungen auszusprechen, von welcher die beteiligten Mächte demnächst keine Notiz nähmen, und welche kein anderes praktisches Resultat hätte, als daß Österreich in den Stand gesetzt würde, bei den Konferenzen Preußen und den Deutschen Bund als hinter ihm stehend zu bezeichnen. Ich würde in diesem Falle dem Gedanken, daß der Bund keine Veranlassung habe, sich über eine Vorlage auszusprechen, zu deren Verwirklichung ihm die Mitwirkung im Rate versagt, diejenige durch die Tat aber nicht beabsichtigt wird — gern einen noch prägnanteren Ausdruck geben, als es in dem, mir unter dem 3. c. übersandten Beschlußentwurf der Fall ist. Als Amendement zu seiner jetzigen Fassung schlug mir mein kurhessischer Kollege ohnehin vor, die Worte „im Verein mit Österreich und Preußen" aus ihrer Stellung zu dem Worte „mitzuwirken" auf die „Beteiligung an den Unterhandlungen" zu übertragen, so daß die gestellte Bedingung auf eine Beteiligung des Bundes in Gemeinschaft mit Österreich und P r e u ß e n gerichtet werde.

Nach der soeben mir zugehenden telegraphischen Depesche E. E. von 2 Uhr 15 Minuten darf ich zu meiner Freude annehmen, daß meine Nachricht unbegründet ist. In diesem Falle würde ich glauben, daß ein dem mit meinem gestrigen g. Schreiben vorgelegten Entwurfe ähnlicher Beschluß am leichtesten unsere Auffassung mit der Österreichs vermitteln würde, nachdem Graf Rechberg denselben auch dem Herrn von Schrenck zur Befürwortung in München empfohlen hat, also überzeugt sein muß, daß er in Wien Annahme findet. Wird derselbe angenommen, und ist die Teilnahme Preußens an den Konferenzen gesichert, so dürfte sich demnächst nach allem, was ich von der Mehrzahl meiner Kollegen höre, auch die Frage wegen der Vertretung des Bundes in befriedigender Weise dahin lösen, daß Österreich und Preußen ersucht werden, die Rechte und Interessen des Bundes gemeinschaftlich wahrzunehmen.

Solange indessen unsere demnächstige Zuziehung nicht vollständig gesichert ist, laufen wir allerdings noch immer Gefahr, unsere Teilnahme an einer Österreich gefälligen Schlußfassung und unser eigenes Entgegenkommen utiliter akzeptiert zu sehn und demnach von den Verhandlungen ausgeschlossen zu werden. Meines unvorgr. Dafürhaltens sollten

wir uns daher so lange die Rückzugslinie auf eine Stellung im Sinne des Beustschen Entwurfs offenhalten, als unsere demnächstige Teilnahme an den Konferenzen nicht sicher verbürgt ist. Die Gefahr beruht freilich nur auf der Voraussetzung der Möglichkeit eines ungewöhnlich hohen Grades von Perfidie im Spiel Österreichs, und auf der Chance, daß Frankreich mehr Gewicht darauf legte, der Verstimmung zwischen Preußen und Österreich Nahrung zu geben, als auf die Verstärkung der friedliebenden Elemente in den Konferenzen. Ist aber die erste Note vom 30. v. M. ehrlich gemeint, so kann es wohl kaum zweifelhaft sein, daß der Widerstand Englands den vereinten Bestrebungen von Österreich, Rußland und Frankreich wird weichen müssen.

123. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. Februar 1856.

Vor der heutigen Sitzung der zur Besprechung der österreichischen Vorlage vereinigten Ausschüsse teilte mir der bayerische Gesandte eine ihm heut zugegangene telegraphische Instruktion mit. In derselben sagt Freiherr von der Pfordten, auf seine nochmalige dringende Vorstellung in Wien habe sich Graf Buol bereit erklärt, seinem mit Depesche vom 3. an Graf Esterházy mitgeteilten Beschlußentwurf den bereits gestern von mir telegraphisch gemeldeten Vorbehalt hinzuzufügen[1]), so daß der Entwurf im Zusammenhang nunmehr so lauten wird, wie die gehorsamst beigefügte Abschrift besagt[2]). Freiherr von Schrenk wird sodann durch die erwähnte telegraphische Instruktion ausdrücklich beauftragt, dem Entwurf in dieser Gestalt zuzustimmen, da demselben das Einverständnis Österreichs gesichert sei, dasjenige Preußens aber nach den bisherigen Auslassungen des Berliner Kabinettes nicht zweifelhaft sein könne. Herr v. Schrenk wird ferner angewiesen, schon in der heutigen Ausschußsitzung einen auf den anliegenden Entwurf gerichteten Antrag zu stellen und überhaupt auf möglichste Beschleunigung des Verfahrens hinzuwirken, so daß die definitive Beschlußfassung jedenfalls vor Zusammentritt der Konferenzen erfolgen könne.

Herrn von Schrenk selbst war diese Instruktion unerwartet, und sie widerspricht den von ihm und mir mit Graf Rechberg getroffenen Verabredungen, nach welchen wir vor der Hand Zeit zu gewinnen suchen, und namentlich in dem heutigen Ausschusse uns auf die Ernennung eines Referenten beschränken wollten. Angesichts dieser sehr bestimmten Weisung des Freiherrn von der Pfordten konnte indes mein bayerischer Kollege nicht umhin, nachdem er zum Referenten bestellt worden war, zu erklären, daß seine Instruktion für den anliegenden Entwurf laute. Ich glaubte meinerseits in der dermaligen

---

[1]) Wortlaut vgl. Poschinger II S. 319 Anm. 1.

[2]) „Der Deutsche Bund, im Anschlusse an seine Beschlüsse vom (vier Beschlüsse), erkennt in den von dem Kaiserlich österreichischen Hofe dem Kaiserlich russischen Kabinett empfohlenen und von sämtlichen kriegführenden Mächten angenommenen Präliminarien mit Dank und Befriedigung die Grundlagen, auf welchen die Herstellung des allgemeinen Friedens fest und dauerhaft herbeizuführen ist. Daß dieses bald geschehe, erkennt der Bund als ein europäisches Bedürfnis an und wird sich demgemäß die Aufrechterhaltung jener Grundlagen auch zu seiner eigenen Aufgabe stellen, unter Vorbehalt seines freien Urteils rücksichtlich der von den **kriegführenden** Mächten vorzubringenden Spezialbedingungen. In Würdigung der nach dieser Richtung bereits von Österreich und Preußen vorgenommenen Schritte spricht der Deutsche Bund die vertrauensvolle Zuversicht aus, daß beide Hohe Regierungen auch fernerhin den Interessen des Gesamtvaterlandes ihre dankenswerte Fürsorge und Aufmerksamkeit widmen werden."

Lage der Dinge eine bindende Aussprache vermeiden zu sollen, und nahm die Sache mit dem Bemerken ad referendum, daß ich meinen Instruktionen über den so amendierten Entwurf noch entgegensehe und mir bisher zwischen den beteiligten Kabinetten ein Mißverständnis darüber vorzuliegen scheine, ob die von dem Wiener Kabinett gemachte Konzession auf den Text des Wiener Entwurfs oder auf denjenigen des zwischen Graf Rechberg, Herrn von Schrenck und mir hier verabredeten anzuwenden sei. Nach Inhalt des mir heut zugegangenen vertraulichen Erlasses E. E. vom 7. c. m. Nr. 18 würde ich allerdings letzteres wirklich geglaubt haben, wenn ich nicht inzwischen die erwähnte Instruktion des Freiherrn von Schrenck gelesen hätte. Vermutlich hat also Freiherr von der Pfordten die in Wien gemachte Konzession eines „Vorbehaltes“ damit erkauft, daß er den bisherigen, von uns gebilligten Entwurf fallen ließ und, was mir besonders bedenklich erscheint, versprochen hat, auf Beschleunigung der Schlußfassung zu dringen. Wenn dem so ist, so würde ich daraus schließen, daß dem Wiener Kabinett daran liegt, den Bundesbeschluß abgetan zu wissen, bevor über unsere Teilnahme an den Konferenzen entschieden ist. Auch Graf Rechberg ist fortdauernd angewiesen, die Beschleunigung der Verhandlungen hier zu betreiben.

Über den Inhalt des anliegenden Entwurfs erlaube ich mir Nachstehendes g. zu bemerken: In seiner ursprünglichen Gestalt ist er von uns bereits abgelehnt worden. Ob er durch Hinzufügung der unterstrichenen Stelle[3]) für uns annehmbarer geworden ist, hängt sehr von der Deutung ab, welche man gerade dieser Stelle gibt. Dieselbe würde eine ähnliche Garantie, wie der Vorbehalt in dem Entwurfe vom 4. m. c. gewähren, wenn unter den „von den kriegführenden Mächten vorzubringenden Spezialbedingungen“ zugleich die etwaigen Meinungsverschiedenheiten bei Interpretation der vier ersten Punkte verstanden werden können. Dem Wortlaut nach, mit Rücksicht auf die Hervorhebung der kriegführenden Mächte im Gegenhalt zu Österreich und auf die Analogie des Ausdruckes „Spezialbedingungen“ mit dem französischen „conditions particulières“ dürfte der von Österreich zugestandene Vorbehalt nur in betreff neuer, auf Grund von Artikel V etwa aufzustellender Spezialbedingungen eine Deckung gewähren. Daß dies auch die Auffassung Österreichs sei, muß ich aus der Entschiedenheit schließen, mit welcher das Wiener Kabinett sich dem Vorbehalt des „freien Urteils über die sich etwa ergebenden Meinungsverschiedenheiten“ widersetzt. Graf Buol bezeichnet denselben als sich von selbst verstehend, will ihn aber doch keinenfalls ausgesprochen sehn, und einem Vorschlag des mecklenburgischen Gesandten in der heutigen Sitzung, eine ähnliche Erweiterung oder Verdeutlichung des Vorbehaltes in dem nunmehrigen bayerisch-österreichischen Entwurf anzubringen, widersprach Graf Rechberg schnell und bestimmt, so sehr er auch im übrigen sich mit Zurückhaltung äußerte. Hat aber die unterstrichene Stelle lediglich auf Artikel V Bezug, so liegt gerade in der Hinzufügung[4]) dieses teilweisen Vorbehaltes eine erhöhte Präsumtion für die Auslegung, daß man auf die eigene Interpretation in betreff der sich „ergebenden Meinungsverschiedenheiten“ zugunsten derjenigen Macht verzichte, auf deren Vorlage der Beschluß gefaßt wird. Diese Präsumption zu entkräften, wird für uns schwierig sein, wenn wir an den Konferenzen nicht teilnehmen, zumal da Österreich, in Gestalt der bisherigen Entwürfe, den Beweis in Händen haben würde, daß ein weiter-

---

[3]) Hier im Drucke gesperrt.
[4]) Bei Poschinger steht irrig hierfür: Geringfügigkeit.

gehender Vorbehalt von uns und anderen Regierungen zwar beabsichtigt, durch den Bundesbeschluß aber nicht gutgeheißen worden sei.

Ein Korrektiv für diesen Mangel der Fassung ließe sich allerdings darin finden, daß man, wie Herr von Schrenck beabsichtigt, in der Motivierung des Beschlusses ausdrücklich erwähnte, daß der Vorbehalt selbständiger Interpretation, als sich von selbst verstehend, nicht erforderlich scheine, und nur die Unbestimmtheit des Art. V die ausdrückliche Formulierung eines solchen habe ratsam erscheinen lassen. Fraglich ist aber, ob nicht auch in der Motivierung die Beibehaltung des von Herrn von Schrenck beabsichtigten Passus Anstand finden wird; und dann würde immerhin wünschenswert bleiben, daß der Beschluß selbst eine Bezugnahme auf die Motive enthielte, weil letztere an und für sich keinen Gegenstand der Abstimmung bilden. Prinzipaliter würde mein g. Antrag immer dahin gehn, wenn S. M. der König überhaupt eine Beschlußfassung auf Grund des anliegenden Entwurfes genehmigen wollen, den darin ausgesprochenen Vorbehalt auch auf die bei näherer Feststellung der Bedingungen etwa vorkommenden Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Interpretation auszudehnen.

Im übrigen hat der österreichische Entwurf in seinem ersten Teile, welcher die preußisch-sächsische Fassung reproduziert, vor dem hiesigen Entwurf vom 4. c. m. E. den Vorzug einer minder verpflichtenden Fassung, indem der Ausdruck „der Bund erkennt in den Präliminarien die Grundlage“ weniger präzis ist, als der andere „die Bundesversammlung beschließt, die Grundlagen anzunehmen“. Auch das im Schlußpassus ausgesprochene Vertrauen hat seinen Wert, wenn es nicht von uns, sondern von Bayern beantragt wird, und wenn wir in die Lage kommen, dasselbe auf den Konferenzen zu betätigen. Ist zu letzterem keine Aussicht, so erlaube ich mir dagegen E. E. Erwägung die Frage gen. anheimzustellen, ob es für diesen Fall nicht notwendig ist, daß wir schon hier der österreichischen Vorlage gegenüber eine Haltung annehmen, welche mit unserer Nichtteilnahme an den Pariser Verhandlungen vollkommen verträglich wäre. *An und für sich könnte ich kein Unglück darin sehn, wenn wir an den Konferenzen nicht teilnähmen. Es würde daraus nichts weiter folgern, als daß die Stipulationen, welche aus denselben hervorgehn und welche für die Nichtteilnehmer nur von sekundärem Interesse sein können, der Garantie Preußens und des Deutschen Bundes entbehren; und daß es während der Konferenzen zweifelhaft bleibt, für welche der sich etwa ergebenden Meinungsverschiedenheiten das Gewicht Deutschlands in die Wagschale fallen würde. Durch letzteren Umstand kann das Zustandekommen des Friedens erschwert, durch ersteren die Bürgschaft seiner Dauer vermindert werden. Beides zu berücksichtigen liegt aber mehr in dem Interesse der kriegführenden Mächte, als in dem unsrigen. Wir können also unbeschadet unserer Interessen und unserer Würde außerhalb der Konferenzen bleiben; nur müßte dann auch m. E. unser Verhalten am Bunde gegenüber der österreichischen Vorlage schon auf diese Eventualität eingerichtet sein. Peinlich würde unsere Lage erst dann, wenn wir hier am Bunde in offiziellen Abstimmungen eine Haltung angenommen hätten, welche offenbar auf unsere Zuziehung zu den Konferenzen berechnet wäre und letztre uns dann doch verweigert würde.*

124. Bericht vom 9. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung der Frankfurter „Postzeitung“. Die von Österreich abhängige Presse. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 217 f.

125. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. Februar 1856.

E. E. geehrtes Schreiben von gestern[1]) ist, weil Herr von Reizenstein es nur mir persönlich hatte geben wollen, durch Zufall erst so spät in meine Hände gelangt, daß mir nur einige Minuten zur Antwort mit heutiger Post bleiben.

Im Ganzen erlaube ich mir auf meinen gestrigen vertraulichen Bericht g. Bezug zu nehmen, und füge demselben nur dies ehrerbietigst hinzu: Nach Beust's Erklärung glaube ich auch nicht, daß sich etwas erheblich Bessres hier, als der Bairisch-östr. Vorschlag erreichen läßt, wenn wir nicht, in Aussicht auf unsre Nichtzuziehung in Paris, eine ganz kühle Haltung nehmen, und dermalen jede Veranlassung zu einer eingehenden oder gar verpflichtenden Erklärung am Bunde in Abrede stellen wollen; eine, wenn auch schwache Majorität dafür halte ich möglich; jedenfalls ist die Competenz einer Majorität im östr. Sinne, die dem Bunde Pflichten und Garantieen in einem fremden Streit auflegen könnte, aus den Bundesverträgen nicht wohl nachzuweisen; läßt sich der Beschluß aber nicht auf einen bestimmten Artikel der Bundes- oder Schlußacte begründen, so sind die souveränen Bundesglieder in der Minorität auch nicht gehalten, sich majorisiren zu lassen. Die bisherigen Beschlüsse in der Frage waren einstimmig oder doch ohne Widerspruch.

Ich stelle in vertraulichen Reden diese Positionsnahme Preußens als möglich hin, während ich meine Instructionen erwarte, und kann diese Drohung wenigstens als Unterhandlungsmittel benutzen, um in den bair. Vorschlag (den Schrenk den Preußisch-Sächsisch-östr.-bairischen nennt) noch einen Interpretationsvorbehalt hineinzubringen. Jedenfalls muß ein solcher in die Motivirung, und käme es dann darauf an, unsre Bundesgenossen zu vermögen, daß sie in ihren Voten „mit Rücksicht auf die im Ausschußgutachten angegebnen Motive" zustimmen. Wenn wir das durchführen wollen, so müßten m. E. unsre Gesandten höchst vertraulich angewiesen werden, kurz vor der Abstimmung dahin zu wirken, damit nicht Zeit zur Contremine bliebe. Hinreichender Zeitgewinn ist nur dann möglich, wenn die Instructionseinholung durchgesetzt wird; dazu wäre erforderlich, daß außer Würtemberg einige, besonders die nicht im Ausschuß vertretnen Stimmen, es verlangen (Hanover, das keinen Gesandten hier hat, Kurhessen, Dänemark, Holland, Thüringen, Mecklenburg, Oldenburg 2c.). Die Würde des Bundes verbietet, diese Sache mit der Hetzpeitsche zu betreiben, und der Bund würde der Erste sein, der Verpflichtungen für die Sache eingeht, nachdem in Wien nur ein projet de préliminaires gezeichnet ist und in Paris erst Präliminarien verhandelt werden. Darin liegt wohl ausreichender Grund zur Instructionseinholung. Die Geschäftsordnung lautet darüber wie anliegend. Ich schicke morgen Abschrift des mir eben zugehenden Berichtentwurfs von Schrenk, dessen Motivirung allerdings die Fassung zu corrigiren sucht.

Nochmals erlaube ich mir den Punkt anzuregen, ob von dem, was Buol nach München über die Selbstverständlichkeit des Vorbehalts der Interpretation gesagt hat, in amtlichen Noten nach Wien Act zu nehmen wäre. Mit ausgezeichnetster Hochachtung . . .

---

[1]) Abgedruckt Bismarckjahrbuch III 150 ff.

126. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

11. Februar 1856.

E. E. telegraphische Weisung von gestern abends 8 Uhr[1]) sowie das geneigte Schreiben vom 9. c. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. . . .

In Anwendung der mir von E. E. geneigtest gestatteten Freiheit der Bewegung habe ich hier einstweilen eine unbestimmte Stellung zu dem bayerischen Entwurf eingenommen und mich auf die Äußerung beschränkt, daß ich weiteren Instruktionen noch entgegensehe, indem E. E. noch österreichische und bayrische Mitteilungen über die Sache erwarteten und wir auf eine ruhige und geschäftsmäßige Erwägung derselben rechneten. Dem Grafen Rechberg habe ich vertraulich vorgestellt, daß, wenn unser Kabinett, wie es scheine, sich ein schließliches Urteil noch nicht formuliert habe, es von einer wesentlichen Beihilfe zur Verständigung sein werde, wenn dem Vorbehalt in dem neuesten Beschlußentwurf eine generellere Bedeutung gegeben würde. Nach meiner persönlichen Ansicht sei dies der Fall, wenn in dem Entwurf hinter den Worten „freien Urteils“ das Wort „insbesondere“ eingeschaltet würde, indem alsdann der Vorbehalt eine dem in dem Entwurf vom 4. ähnliche Deutung zulasse. Wenn dies geschähe, so wolle ich mich anheischig machen, den Entwurf bei E. E. zu befürworten. Graf Rechberg hat infolgedessen telegraphisch die Bitte ausgesprochen, ihn zu dieser Einschaltung zu autorisieren. Geht man in Wien nicht darauf ein, so glaube ich, daß wir, wenn wir fest darauf beharren, die Einschaltung dennoch durchsetzen, obschon außer dem Minister v. d. Pfordten auch Herr v. Beust sein Einverständnis mit dem bisherigen Text des Entwurfs bereits nach Wien gemeldet hat. Entspricht dieses Verhalten[2]) aber den Ah. Absichten nicht, so bleibt nur übrig, die Verallgemeinerung des Vorbehaltes durch eine deklaratorische Motivierung zu erstreben.

In dieser Beziehung habe ich mich einstweilen mit dem Freiherrn von Schrenck über einen Entwurf des Ausschußgutachtens verständigt, den ich in Abschrift g. beifüge. Die in demselben mit blauer Tinte bezeichneten Stellen enthalten die Abänderungen, zu welchen Herr von Schrenck sich auf meinen Wunsch verstanden hat, bevor er den Entwurf zur Kenntnis des Grafen Rechberg bringen wird, der seinerseits nicht weiß, daß die Fassung mir schon vorgelegen hat. Ob er mit derselben nun einverstanden sein wird, muß sich demnächst herausstellen, ebenso ob von den anderen Ausschußmitgliedern noch Abänderungen verlangt werden. Bei meinen Amendierungen hat mich die Absicht geleitet, dem Ausdruck „Spezialbedingungen“ eine Anwendung auf die Spezialisierung der gesamten fünf Punkte zu geben, während nach dem ursprünglichen Text ausdrücklich hervortrat, daß der Vorbehalt im Tenor des Beschlusses sich nur auf den Artikel V beziehe, für die Auslegung der übrigen vier Artikel der Vorbehalt erst durch die Motive geschaffen werden solle, wo dann seine Bedeutung von derjenigen der Motive, als Teil des Beschlusses, allein bedingt würde, während nach der jetzigen Fassung der Vorbehalt des Beschlusses selbst eine erweiternde Deklaration durch die Motive findet. Mein ferneres Augenmerk habe ich darauf gerichtet, einer Identifizierung der vier, und namentlich der beiden ersten Punkte mit den älteren vier Punkten vorzubeugen; ich glaube, daß Österreich dieselbe allerdings wünschen wird, um zu deduzieren, daß die Abtretung eines Teils von Bessarabien zugunsten der freien Donauschiffahrt ein integrierender Teil der beiden Punkte sei,

---

[1]) Wortlaut vgl. Poschinger II S. 322 Anm. 1.
[2]) Vorlage: Verharren.

welche der Bund sich im deutschen Interesse angeeignet habe. Nach einem Schreiben des Grafen Nesselrode, welches mir Herr von Brunnow gezeigt hat, wird Rußland allerdings, wie vorauszusehn war, eine „Verbesserung“ der Abtretungsklausel gegen Herausgabe von Kars zu erreichen suchen. Nun ist aber nach allem, was man hier hört, die Vergrößerung der Moldau durch jenes Stück von Bessarabien die einzige Friedensbedingung, an welcher Österreich unter allen Umständen festzuhalten entschlossen ist, und welche es sich bemüht, als im Interesse Deutschlands notwendig, und deshalb vorzugsweise unter der Garantie der vom Bunde zu übernehmenden Verpflichtung stehend erscheinen zu lassen. Eine wesentliche Ermutigung für das Wiener Kabinett, auf diesen Plänen zu beharren, wird darin liegen, daß Österreich, wenn es ohne uns an den Konferenzen teilnehmen sollte, dem Bundesbeschlusse, mit welchem wir es ausrüsten werden, ohne Widerspruch eines Anwesenden die Deutung beilegen kann, als stehe ganz Deutschland und Preußen hinter seiner bessarabischen Begehrlichkeit. Wenn es sich nun bestätigen sollte, daß England gern jede Möglichkeit benutzen würde, die Verhandlungen scheitern zu lassen, so würde mit einer solchen Ermutigung Österreichs auch eine erhöhte Wahrscheinlichkeit gegeben sein, daß England Gelegenheit findet, das Zustandekommen des Friedens zu hindern.

Es scheint nachgerade wenig Hoffnung zu bleiben, daß die Einladung zur Teilnahme an den Konferenzen an uns ergehn werde, und in der Tat dürfte das Interesse Österreichs an derselben wesentlich erkalten, sobald hier am Bunde mit Preußens Zustimmung ein den Wünschen des Grafen Buol[3]) entsprechender Beschluß gefaßt sein wird. Mit einem solchen in der Hand und entschlossen, denselben nach Bedürfnis zu benutzen und zu interpretieren, wird die Stellung des Grafen Buol in Paris eine einflußreichere und freiere sein, als wenn er die Kontrolle eines preußischen Kollegen neben sich hätte und dadurch verhindert würde, sich als Repräsentanten ganz Deutschlands zu gerieren und das Gewicht des letzteren nach seiner Wahl figurieren zu lassen.

Indem ich mein Verhalten hier gewissenhaft nach der Ah. Willensmeinung einrichte, kann ich doch nicht umhin, meine eigene unvorgreifl. Meinung nochmals dahin g. auszusprechen, daß es mir als verfrüht erscheint, wenn wir nach Maßgabe der mir gestern gewordenen Instruktion und des oben von mir skizzierten eventuellen Planes auf den österreichischen Beschlußentwurf eingehen[4]). Von den kriegführenden Mächten selbst sind bisher noch nicht wirkliche Präliminarien, sondern nur der Entwurf zu solchen unterzeichnet worden, und der Bund wird, und wir mit ihm, gewissermaßen den Pariser Verhandlungen vorauseilen, wenn er sich, immerhin mit einem Vorbehalt, schon jetzt zur Aufrechterhaltung jener Bedingungen verpflichtet. Wir geben dabei m. E. das Mittel, durch welches wir noch auf unsere Zuziehung drücken können, in dem Augenblicke aus der Hand, in welchem wir dem Beschlusse zustimmen. Nicht ohne Grund hat Österreich in Dresden und München das Verlangen gestellt, daß der Bundesbeschluß vor Beginn der Konferenzen zu Ende gebracht werde. Ich kann die Überzeugung nicht unterdrücken, daß die Rolle, welche wir zu spielen haben, sich besser gestalten würde, wenn wir der Hast entgegentreten, mit welcher man uns zur Aufgabe der Stellung drängt, welche wir bisher, und namentlich noch nach E. E. vertraulichem Zirkular vom 26., einnahmen.

Wenn wir in den Ausschußverhandlungen uns für jetzt darauf beschränken, unser Einverständnis mit einem Votum des Dankes für die österreichische Mitteilung auszu-

---

[3]) Poschinger hat irrig: Beust.

[4]) Über Bismarcks Stimmung nach Empfang der Instruktion vgl. seine Briefe an Leopold v. Gerlach (Kohlsche Ausgabe) S. 278 ff.

drücken, im übrigen aber die Zeit zu einer verpflichtenden Aussprache noch nicht für gekommen erklären, uns die Entschließung vielmehr für die Zeit vorbehalten, wo eine solche wirklich durch die Umstände erfordert werden wird, so ist mit Sicherheit anzunehmen, daß der Bund überhaupt nicht zu einem Beschlusse kommt, solange wir in einer solchen Haltung beharren. An einem Beschlusse, welchem Preußen nicht zustimmte, liegt den Österreichern nichts; er würde im Gegenteil ihr Spiel verderben, und die übrigen Bundesstaaten würden schwerlich den Mut haben, zu ihm mitwirken zu wollen. Überdies läßt sich die Kompetenz des Bundes zu einem Majoritätsbeschlusse, durch welchen der Gesamtheit eine außerhalb der ursprünglichen Bundeszwecke liegende Verpflichtung auferlegt werden sollte, gar nicht begründen. Die Souveränetät der deutschen Fürsten ist durch die völkerrechtlichen Verträge, auf denen der Bund beruht, nur insoweit zugunsten einer Majorität unter den Fürsten eingeschränkt, als dies ausdrücklich in den Verträgen stipuliert ist. Es dürfte aber schwer werden, einen Artikel der Bundes- oder Schlußakte anzuführen, nach welchem die Aufrechterhaltung noch erst festzustellender Bedingungen eines Friedens zwischen Rußland und den Westmächten zu den regelmäßigen, der Entscheidung der Majorität unterliegenden Bundeszwecken gehörte. Selbst der Artikel wegen Erhaltung der äußeren Sicherheit kommt nicht in Frage, weil dieselbe nicht bedroht ist; eine entgegengesetzte Auslegung würde ein für allemal die gesamte auswärtige Politik der deutschen Staaten von der Mehrheit der Bundesversammlung abhängig machen. Auf dem Gebiete des Aprilbündnisses aber findet ohne Zustimmung Preußens als eines selbständigen Kontrahenten gar keine Beschlußfassung statt.

Es bedarf indes der Anwendung dieser rechtlichen Theorien gar nicht, um eine Beschlußfassung zu hindern, solange wir derselben entgegentreten. Die Instruktionen der Majorität werden ausbleiben, solange der Widerspruch Preußens nicht gehoben ist, und selbst die bisherigen Adhäsionen Bayerns und Sachsens beruhen auf der Voraussetzung unseres Einverständnisses.

Wenn wir mit Ernst eine derartige zurückhaltende Stellung einnehmen, so wird Österreich bald die Prätension aufgeben, uns auf seine eigene Vorlage auch den Beschluß diktieren zu wollen, namentlich, wenn wir gleichzeitig in direkte Verhandlungen mit Frankreich treten, um die Feststellung unseres Verhältnisses zu den Präliminarbedingungen einzuleiten. Nach meinem unmaßgebl. Dafürhalten würde dieser Gang der Entwicklung unserer europäischen Stellung mehr entsprechen, als das Eingehn auf den nunmehrigen österreichischen Entwurf vor Eröffnung der Konferenzen. Ich glaube, daß wir nur auf diesem Wege, nicht aber auf dem der Konzession, Aussicht auf Teilnahme an den Verhandlungen gewinnen. Fügen wir uns auf die österreichische Vorlage, wenige Tage nach Einbringung derselben, dem österreichischen Beschlußentwurf, so fürchte ich, daß infolgedessen das österreichische Selbstgefühl sich zu neuen Anmutungen steigert, und daß der Sieg, den dabei nach dem Totaleindruck die Wiener Politik über die unsrige davonträgt, dem Grafen Buol die alleinige Vertretung des mitteleuropäischen Staatenkomplexes durch Österreich und die Zuzählung Preußens als eines primus inter pares zu den übrigen vertretenen Staaten als ein erreichbares Ziel erscheinen wird.

E. E. wollen diese offene Darlegung des Eindrucks, den ich von der Sachlage habe, mit Nachsicht aufnehmen. Hochdieselben wissen, daß ich die Befehle Sr. Majestät, auch wenn sie in einem anderen Sinne ausfallen, mit Sorgfalt ausführen werde, und ich räume gern ein, daß an hiesiger Stelle, wo die Reibungen der Rivalität mit Österreich ihren Brennpunkt haben, die Unbefangenheit des Blickes mancher Trübung ausgesetzt ist.

Wenn des Königs Majestät befehlen, auf eine Schlußfassung im Sinne des dermaligen Entwurfs ohne Weiterung einzugehen, so dürfte in der Anlage, auch wenn die Einschaltung von „insbesondere“ nicht konzediert wird, das Erreichbare gegeben sein, und würde ich das diesseitige Einverständnis aussprechen, sobald E. E. mich telegraphisch dazu autorisieren. Nur auf die Frage, ob demnächst durch Instruktionseinholung weiterer Zeitgewinn zu suchen sei, werde ich mir noch zurückzukommen erlauben. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

127. Telegramm vom 12. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel: Vorschlag zu temporisieren. — Vgl. Poschinger II, S. 327, Anm. 1.

128. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

13. Februar 1856.

E. E. war ich so eben im Begriff, das anliegende résumé über die heutige Ausschußsitzung einzusenden[1]), als ich die Telegraphische Depesche von heut 12 Uhr erhielt, in welcher mir fernere telegraphische Instruction in Aussicht gestellt wird. Letztre ist augenblicklich noch nicht eingetroffen.

Rechbergs Auslassungen im Ausschuß, seine bestimmte Ablehnung der Motive des entworfnen Ausschußberichtes mit ihrer erweiternden Interpretation des Vorbehaltes; die Ablehnung der, immer noch zweideutig bleibenden, Einschaltung von „insbesondre“; die gleichzeitigen Artikel der östreichischen Presse, welche es schon als selbstverständlich behandeln, daß der Vorbehalt des Schlußentwurfs (den sie nur aus amtlichen Quellen kennen können) sich lediglich auf Artikel V beziehe; — dieß alles beweist, daß Östreich darauf rechnet, den Beschluß auch als eine Annahme derjenigen Interpretation der übrigen 4 Punkte behandeln zu können, welche Östreich ihnen wird beilegen wollen. Mit diesen Absichten Östreichs ist aber m. E. der Gedanke unverträglich, daß auf den Conferenzen neben dem östreichischen Interpreten der Haltung Deutschlands und der Tragweite des Bundesbeschlusses ein preußischer figurire, welcher die Angaben Östreichs über die Solidarität Deutschlands mit den Plänen des Wiener Cabinetes, in Betreff der Fürstenthümer und Bessarabiens, auf ihr richtiges Maß zurückführen würde.

Ich zweifle danach um so weniger daran, daß der Wunsch Östreichs, den Beschluß vor den Conferenzen gefaßt zu sehn, mit der jetzt schon feststehenden Absicht Hand in Hand geht, unsre Zuziehung nach Fassung des Beschlusses an irgend einem Vorwande scheitern zu lassen.

Ungeachtet der Desertion von Baiern, Sachsen und Würtemberg, und selbst wenn diese, was ich nicht glaube, auch für die Eventualität Preußischen Widerspruchs schon definitiv feststände, können wir m. E. einen Beschluß am Bunde doch mit Hülfe der Übrigen hindern, wenn wir fest bleiben. Der Theorie, daß der Bund in diesen Dingen per majora eine Bundespolitik vorschreiben könne, dürfen wir uns nicht unterwerfen, wenn wir nicht zu dem Schluß gelangen wollen, daß die ganze auswärtige Politik jedes deutschen Staates in jedem Falle durch ein Majoritätsvotum absorbirt werden kann. Damit würde die

[1]) S. folgende Nummer.

Bundesversammlung und ihr Präsidium in den Besitz der auswärtigen Politik Deutschlands treten, die der einzelnen Staaten aber mediatisirt sein. Wie dem aber auch sei, so erwarte ich in der gegenwärtigen Situation eher bei Frankreich als bei Östreich die Bereitwilligkeit zu einer solchen Verständigung mit uns, daß unsre Stellung als europäische Macht gewahrt bleibt, und ist der Moment gekommen, wo die Mittelstaaten von uns abfallen, so wird es auch erforderlich, unsre europäischen Beziehung[en] mehr zu accentuiren, als die deutschen. Gen. von Gerlach schrieb mir neulich[2]) über seine Besorgnisse in Betreff einer russisch-französischen Verbindung. Ich habe mich, da ich seine Gefühle und noch mehr die unseres Allg. Herrn respectire, in meiner Antwort[3]) darauf beschränkt, die Sache als unwahrscheinlich darzustellen. Die Äußerung aber, welche E. E. geehrtes Privatschreiben vom 9.[4]) über des Königs und über Ihre eignen Ansichten in dieser Beziehung enthält, ermuthigt mich zu dem Glaubensbekenntniß, daß ich eine solche Allianz, vorausgesetzt, daß wir mit beiden Füßen in dieselbe hineinspringen, mehr hoffe, als fürchte. Es ist das einzige Mittel, uns der Vormundschaft der Mittelstaaten und der östreichischen Umgarnung nachhaltig zu entziehn. Außerdem, wenn die Sache kommt und wir sie nicht hindern können, sollen wir donn in dem Bündniß mit Östreich und England Sicherheit dagegen suchen? Östreich wird selbst in der größten gemeinschaftlichen Gefahr seinen Neid und sein Mißtrauen gegen uns nicht überwinden, sondern uns ein Bein stellen, und England kann zu Lande wenig leisten, namentlich unter seinen dermaligen schwankenden innern Verhältnissen.

Ich bitte um Entschuldigung, daß ich diese wichtige Frage hier so beiläufig berühre, aber es fehlt heut an Zeit, sie eingehender zu entwickeln. Mit der Bitte, der gnädigen Frau meine ehrerbietige Empfehlung zu machen . . .

129. Resumé der Sitzung des orientalischen Ausschusses am 13. Februar 1856.

[Eigenhändig.][1])

Herr von Schrenk verlas den Ausschußvortrag, wie ich den Entwurf dazu mit meinem Berichte vom 11. c. vorgelegt habe. Graf Rechberg sagte, daß er demselben zustimmen, sich dabei aber natürlich nicht die Motive, sondern nur den Beschlußentwurf aneignen werde.

Sachsen und Baden beantragten einen Zusatz, durch welchen der Berechtigung des Bundes, an den Verhandlungen sich zu betheiligen, gedacht werde. Baden wollte einen solchen in den Beschluß selbst in Gestalt einer Erwartung, daß Preußen und Östreich den Bund vertreten würden, aufgenommen wissen. Östreich widersetzte sich dem, ich sprach mich für die sächsische Auffassung aus, und wurden, um derselben zu genügen, in der Motivirung die Worte „nach Maßgabe der sich hierzu darbietenden Gelegenheit“, mit der Einschaltung von: „bei den Unterhandlungen oder sonst“, zwischen „hierzu“ und „darbietenden“ versehn. Gleich dahinter wurde statt „offen kundgegeben“ gesetzt: „beschlossen“. Mit dem Beschlußentwurf selbst erklärte sich, außer Östreich und Baiern, demnächst auch Würtem-

---

[2]) 30. Januar 1856.
[3]) 1. Februar 1856.
[4]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III S. 150 ff.
[1]) Anlage zu dem vorhergehenden Privatschreiben.

berg einverstanden. Östreich und Baiern wollten die Beschlußfassung beschleunigt wissen, damit sie jedenfalls vor Eröffnung der Conferenzen in Paris abgethan sei, und Graf Rechberg fügte dem bei, daß er von Esterhazy und aus Wien die Nachricht habe, an Preußens Einverständniß sei nicht mehr zu zweifeln. Um so mehr sprach ich den Wunsch aus, die weitre Erörterung ausgesetzt zu sehn, bis auch mir von meiner Regirung die Thatsache der erfolgten Verständigung mitgetheilt und der amtliche Befehl gegeben sei, unser Einverständniß hier auszusprechen. Graf Rechberg wollte zuerst hierauf nicht eingehn, weil er sehr bestimmte Weisungen habe, ungesäumt voranzugehn. Er äußerte dabei: Wenn der Beschluß nicht vor Eröffnung der Conferenzen gefaßt wird, so ist von dem Augenblick an die Zuziehung Preußens zu demselben schlechthin unmöglich. Ich ließ mich darauf etwa in folgender Weise aus: Wenn die Discussion fortgesetzt werden soll, bevor ich im Besitze amtlicher Nachrichten über die voraussichtlich bereits gefaßten Entschließungen meines Cabinetes sei, so müsse ich inzwischen bei meiner fernern Betheiligung meinem persönlichen Ermessen folgen, und da dränge sich mir die Frage auf, warum grade jetzt und mit so großer Beschleunigung der Bund sich zur Aufrechthaltung der Präliminarien verpflichten solle; zwischen den Unterzeichnern des projet der Präliminarien würden ohne Zweifel noch Discussionen, die vielleicht zu Änderungen führen könnten, der definitiven Vollziehung von Präliminarien vorhergehn; der Bund habe keine Aussicht, sich an den Pariser Verhandlungen zu betheiligen, werde also ziemlich sicher das Ende derselben abwarten können, bevor er seinem jetzt zu fassenden Beschluß irgend eine weitre Folge zu geben in der Lage sein werde. Warum sollten wir uns also jetzt übereilen und um Tage und Stunden markten, während wir sicher sind, daß demnächst Wochen und Monate vergehn werden, bevor wir unsres Beschlusses, als Unterlage für weitre Schritte des Bundes, bedürfen würden.

Da sich gegen dieses Räsonnement keine weitern Gründe geltend machen ließen, als das Vorhandensein der auf Beschleunigung dringenden Instructionen von Östreich und Baiern, so schlug Graf Rechberg, in Würdigung der Stimmung aller übrigen Mitglieder, vor, die weitre Diskussion auf Freitag um 12 Uhr zu vertagen, in der Voraussetzung, daß bis dahin mir auch die amtliche Nachricht über das, ihm nicht mehr zweifelhafte, Einverständniß Preußens zugegangen sein werde.

130. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. Februar 1856.

Die geehrte telegraphische Weisung von gestern 3 Uhr nachmittags[1]) ist mir gestern abend zugegangen, und habe ich nicht verfehlt, den Grafen Rechberg, den ich gestern abend in einer Gesellschaft sah, von unserer Bereitwilligkeit, zuzustimmen, in Kenntnis zu setzen. Voraussichtlich wird in der morgen 12 Uhr stattfindenden Ausschußverhandlung der E. E. bereits bekannte Entwurf des Berichtes die allseitige Genehmigung erhalten. . . .

In betreff der Andeutung wegen der Instruktionseinholung bemerke ich Nachstehendes g. g. Für den Fall, daß wir Zeit gewinnen wollten, um durch Zurückhaltung unserer definitiven Entschließung noch auf die Frage von unserer Teilnahme an den Konferenzen einzuwirken, wäre allerdings der Vorbehalt der Instruktionseinholung das

[1]) Wortlaut Poschinger II S. 330, Anm. 1.

sicherste Mittel gewesen, einen Aufschub von vierzehn Tagen durchzusetzen. Nachdem nun aber durch das Zustandekommen eines einhelligen Ausschußberichtes schon morgen konstatiert werden wird, daß auch Preußen mit dem Inhalte desselben einverstanden ist, wird es nicht mehr tunlich sein, daß von unserer Seite die Instruktionseinholung verlangt, oder mit besonderer Entschiedenheit ein darauf gerichteter Antrag unterstützt werde. Ohne unsere Unterstützung aber dürfte die Instruktionseinholung überhaupt nicht mit der nötigen Entschiedenheit gefordert werden, um Aussicht auf Erfolg zu haben. Auch scheint es mir, daß wir auf dem mit unserer Annahme des Entwurfs eingeschlagenen Wege die Erfolge, welche wir wünschen, mehr von dem konziliatorischen Eindruck unserer Nachgiebigkeit als von der ferneren Zurückhaltung des Bundesbeschlusses zu gewärtigen haben. Ein ostensibles Bestreben aber, ungeachtet unseres kundgegebenen Einverständnisses, die Angelegenheit noch in suspenso zu erhalten, könnte m. E. die Wirkung jenes Eindrucks nur schwächen. Wenn ich mich bei dieser Auffassung in Einklang mit den Intentionen Sr. M. des Königs befinde, so würde ich meinerseits hier die Instruktionseinholung nicht anzuregen haben, obschon ich mich einem von anderer Seite, etwa von Dänemark und den Niederlanden, darauf gerichteten Antrage, nach der Geschäftsordnung und aus Gründen der Billigkeit nicht wohl widersetzen könnte. Von den Gesandten, welche nicht Mitglieder der vereinigten Ausschüsse sind, ist es in der Tat schwer zu verlangen, daß sie schon am nächsten Donnerstag oder gar schon in einer noch früheren außerordentlichen Sitzung über das Resultat der Ausschußberatungen abstimmen sollen.

Wenn es demnach E. E. Absicht ist, daß ich, ungeachtet der Erklärung unseres Einverständnisses, im Ausschusse noch auf Einholung der Instruktionen hinwirken soll, so bitte ich um gen. telegraphische Weisung deshalb. In der Ausschußsitzung von morgen werde ich es vermeiden können, mich in dieser Beziehung zu binden.

Zweifelhaft bin ich ferner geworden über die Angemessenheit meines früheren g. Vorschlages, durch die K. Gesandtschaften noch dahin zu wirken, daß in den Abstimmungen meiner hiesigen Kollegen auf die Motive des Ausschußantrages und deren erläuternde Bedeutung besonders Bezug genommen werde. Es könnte dies nur dann den gewünschten Erfolg haben, wenn wir vor der Abstimmung die Gewißheit erlangten, daß eine mehr oder weniger starke Majorität diese Klausel im Votum aussprechen werde. Blieben die derartigen Vota unter dem Vorgange Preußens in der Minorität, so würde das Resultat der Gesamtabstimmung vielmehr gegen unsere Auffassung und gegen die Bedeutung der Motive in die Wagschale fallen. Jene Sicherheit in betreff der Majorität dürfte aber um so schwerer rechtzeitig zu erlangen sein, als sich hier noch nicht übersehn läßt, ob die Abstimmung nicht schon in einer, noch vor nächsten Donnerstag anzuberaumenden außerordentlichen Sitzung stattfinden wird. Ich werde, soviel es in unauffälliger Weise geschehn kann, dahin wirken, daß die regelmäßige Folge der Sitzungen um dieser Sache willen nicht geändert werde.

Graf Buol ist heute früh hier eingetroffen. Graf Rechberg hatte ursprünglich die Absicht, unsere Kollegen, oder doch einen Teil derselben zu Mittag oder zu Abend zu Ehren des Grafen Buol einzuladen. Dies ist indes unterblieben. Vor der Sitzung aber sagte mir Graf Rechberg, der Graf Buol würde sich freuen, mich zu sehen, wenn ich nach der Sitzung zu ihm (Buol) kommen wollte. E. E. soeben eingehende telegraphische Depesche von heut 11 Uhr gab mir eine willkommene Gelegenheit, dem ohne direkte Ablehnung auszuweichen; ich sagte, daß der Inhalt des Schreibens mich nötige, sofort nach Hause zu gehn. Mein Gedanke dabei war ursprünglich

der, daß, wenn der Graf Buol mich zu sprechen wünschte, die schickliche Einleitung dazu nicht darin liege, daß er mich zu sich bestelle, ohne auch nur eine Entschuldigung etwa darüber zu machen, daß er aus Ermüdung oder anderen Gründen mich nicht besuche. Inzwischen habe ich erfahren, daß Graf Rechberg dieselbe Aufforderung an jeden einzelnen meiner Kollegen besonders gerichtet hatte, um auf diese Weise das Faktum herzustellen, daß die Bundesversammlung in corpore dem auswärtigen Minister des Präsidialhofes ihre Aufwartung gemacht habe. Um so mehr wünschte ich mir Glück, durch meine zeitige Entfernung der Teilnahme an einer in diesem Falle so unpassenden, nur in bezug auf Mitglieder regierender Familien üblichen Demonstration entgangen zu sein. Ich glaube nicht, daß ein anderer, noch so vornehmer Privatmann außer dem Grafen Buol auf den Einfall gekommen wäre, eine derartige huldigende Demonstration zu provozieren und überhaupt Gesandte fremder Mächte zu sich zu bestellen, ohne ihnen vorher wenigstens eine Karte oder eine Entschuldigung zu schicken, daß er sie nicht selbst besuche. Es kann sein, daß Graf Buol mein Ausbleiben, da wenigstens etwa 12 der Gesandten sich bei ihm präsentiert haben, übel vermerkt. Er liebt mich indessen ohnehin nicht, und ich glaube E. E. Billigung versichert sein zu dürfen, wenn ich mich nicht dazu verstehe, seine Zufriedenheit auf Kosten dessen zu erwerben, was ich der Stellung eines Gesandten Sr. M. des Königs schuldig zu sein glaube. Wenn Graf Buol nicht Zeit oder Lust hatte, denjenigen, die er zu sehn wünschte, dies in der üblichen Form der Höflichkeit zu erkennen zu geben, so hätte er wenigstens nicht den preußischen Gesandten vom präsidialen Standpunkte aus mit allen diis minorum gentium als homogene Masse behandeln sollen. Von einem meiner Kollegen, der es gleich anderen nicht gewagt hatte, sich der direkten Anmutung des Grafen Rechberg zu entziehn, wird mir die anliegende Darstellung[2]) der „Cour“ bei dem Grafen Buol vertraulich mitgeteilt. Er und andere Gesandten haben mir seitdem gesagt, daß sie bedauerten, dabei gewesen zu sein, weil sie ihrem Gefühl nach durchaus keine würdige Rolle hätten spielen können.

Graf Montessuy war eben bei mir, und sagte mir: en sortant de chez le comte de Buol j'ai trouvé dans l'antichambre tout le troupeau de la diète rangé et surveillé par le comte de Rechberg et prêt à rendre ses hommages au comte de Buol.

Dieser Schilderung gegenüber konnte ich mich nur wiederholt freuen, mich nicht auch unter dem troupeau befunden zu haben . . .

131. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

15. Februar 1856.

In der heutigen Ausschußsitzung wurde der Bericht über die österreichische Vorlage von allen anwesenden Mitgliedern unterzeichnet. Der Gr. hessische Gesandte wurde durch Krankheit am Erscheinen verhindert. Der Unterschrift ging indessen noch eine längere Diskussion vorher, weil Graf Rechberg den Versuch machte, in betreff einiger und für uns gerade besonders wichtiger Abschnitte der Motive Änderungen durchzusetzen. Dieselben betrafen namentlich den Passus: „nach Maßgabe der sich hierzu darbietenden Gelegenheit und der . . . zu fassenden Beschlüsse . . .“ und den darauf folgenden Absatz, in welchem von dem Vorbehalt des freien Urteils über die Spezialisierung usw. die Rede

[2]) Wortlaut bei Poschinger II S. 334 Anm. 1.

ist. Wir waren auf diesen Versuch, eine Abänderung der als verabredet angesehenen und die Grundlage der eingegangenen Zustimmungen bildenden Fassung nachträglich zu erreichen, nicht vorbereitet. Graf Rechberg fühlte dies selbst, und berief sich auf das ausdrückliche Verlangen des noch anwesenden Grafen Buol, indem er erklärte, daß er nur im Falle der Annahme seiner neuen Vorschläge den Anträgen einfach zustimmen könne, andernfalls aber eine Ablehnung der Motive des Antrages in seinem Votum aussprechen müsse. Mir war die Aussicht hierauf nicht erwünscht, weil ich besorgen muß, daß Österreich diesmal, wenn es die Absicht hat, ebenso wie am 26. Juli, die Motive abzulehnen, vor der Abstimmung noch versuchen wird, andere Regierungen zur Abgabe ähnlicher Vota zu disponieren. Es würde dazu eine direkte Zurückweisung der Motive nicht einmal erforderlich sein, sondern schon die Fassung genügen, daß „der Gesandte dem Beschlußentwurf zustimme", während gewöhnlich das Votum auf die „Ausschußanträge" gerichtet wird. Um einem neuen Kampf durch Zirkulardepeschen mit Österreich vorzubeugen, gab ich den Wünschen des Grafen Rechberg insoweit nach, als es möglich war, ohne die Bedeutung der Motive wesentlich abzuändern. Er begab sich darauf während der Sitzung zum Grafen Buol, um diesen zu befragen, ob die Änderung genüge, um eine einfache Zustimmung Österreichs möglich zu machen; er kam mit einer verneinenden Antwort zurück, und bestand auf einem Amendement, durch dessen Annahme die Möglichkeit beseitigt worden wäre, den Vorbehalt des Beschlußentwurfes als einen nicht bloß auf Artikel V bezüglichen aus den Motiven zu deklarieren. Unter diesen Umständen nahm ich meine eventuelle Konzession zurück und verlangte die Beibehaltung des ursprünglichen Entwurfs in allen Teilen. Unseren übrigen Kollegen entging zu Anfang der Diskussion die Bedeutung des Unterschiedes zwischen beiden Fassungen, und sie konnten oder wollten nicht begreifen, warum Graf Rechberg und ich auf eine jede derselben so entschiedenen Wert legten. Selbst Herr von Schrenck erklärte sich bereit, der österreichischen Änderung zuzustimmen, obschon durch dieselbe das hauptsächliche Amendement, welches er auf meinen Anlaß in seine eigene Fassung aufgenommen hatte, wieder beseitigt und in österreichischem Sinne noch über den ursprünglichen Text hinausgegangen worden wäre. Ich muß aus dieser Wahrnehmung leider schließen, daß die bayerischen Instruktionen sich der Richtung Österreichs in den letzten Tagen noch mehr genähert haben. Unter diesen Umständen lag mir allein die Verteidigung des bisherigen Textes ob, und Graf Rechberg gab seinen Versuch erst auf, nachdem er sich überzeugte, daß ich jedenfalls entschlossen war, erst neue Instruktionen einzuholen, wenn er bei seinen Änderungsvorschlägen beharrte. Demnächst wurde der Ausschußbericht in der Fassung, welche E. E. bekannt ist, vollzogen. Erst nach der Sitzung gelang es mir, der Mehrzahl meiner Kollegen den Unterschied der beiden Fassungen klarzumachen. Eigentümlich war noch, daß in einer, wie es schien, für die Druckerei genommenen Abschrift des Entwurfs in der Beschlußklausel die Worte fehlten: „aus diesen Gründen". Die Abschrift war in den Händen des K. sächsischen Gesandten, welcher in diesen internen Sachen, wie das Druckwesen, dem Präsidium freiwillig zu assistieren pflegt. Ich hob diesen Mangel hervor, so daß es für ein „Versehen" nicht mehr ausgegeben werden kann, wenn die Worte in dem gedruckten Exemplar fehlen sollten, nachdem sie in meiner Gegenwart dem gegeschriebenen eingefügt worden sind.

Nach diesem Inzidenzfall, und nachdem nunmehr feststeht, daß Österreich bei seiner Zustimmung die Ausschußmotive perhorreszieren wird, ist es vielleicht doch nicht überflüssig, wenn unsere Gesandtschaften angewiesen werden, etwaigen österreichischen Ver-

suchen, der direkten oder indirekten Ausschließung der Motive eine Majorität zu verschaffen, in diskreter Weise entgegenzuwirken. Es dürfte für unsere Zwecke vollkommen genügen, wenn die Mehrheit der Vota den Ausschußanträgen einfach zustimmt, ohne der Motive zu gedenken, oder durch eine künstliche Fassung die Zustimmung auf den Tenor des Beschlußentwurfs zu beschränken. Der Kf. hessische Minister von Meyer, welcher heut hier anwesend ist, hat mir seine Zusage in diesem Sinne bereits gegeben, wie er sich denn überhaupt gegen mich über die Beziehungen Kurhessens zu uns in erfreulicher Weise aussprach.

Schließlich wurde im Ausschuß die Frage erörtert, an welchem Tage die Sitzung zur Beschlußfassung anzuberaumen sei. Nach längerer Diskussion, bei welcher mehr Bayern als Österreich auf Beschleunigung durch Abhaltung einer außerordentlichen Sitzung drängte, wurde mit Graf Rechberg verabredet, daß die Abstimmung in der nächsten regelmäßigen Sitzung am Donnerstag den 21. stattfinden solle. Herr von Schrenck sagt mir, er wisse sich das wiederholt telegraphisch ausgesprochene Verlangen des Herrn von der Pfordten, den Beschluß vor Eröffnung der Konferenzen gefaßt zu sehen, nicht anders zu erklären, als aus der Hoffnung, daß dadurch die Zuziehung Preußens werde ermöglicht werden. . . .

132. Bericht vom 15. Februar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. eine Unterredung mit Graf Buol. — Vgl. Poschinger II Nr. 181.

133. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

16. Februar 1856.

E. E. geehrtes Schreiben vom 14.[1]) habe ich mit um so lebhafterem Danke erhalten, als es mir einen neuen Beweis giebt von dem persönlichen Wohlwollen, mit welchem E. E. auf meine Auffassungen auch dann eingehn, wenn sie von den Ihrigen abweichen. Ich darf hoffen, daß unser allergnädigster Herr in demselben Sinne einen excès de zèle, der lediglich die Wärme der Theilnahme an dem Ansehn meines Monarchen und meines Landes zur Grundlage hat, nachsichtiger aufnehmen werde, als den entgegengesetzten Fehler einer stumpfen Blasirtheit in dieser Beziehung. Von dem Augenblick an, wo die Sache entschieden war, habe ich[2]) mein Bestreben darauf gerichtet, sie im Sinne der ah. Intentionen mit demselben Eifer durchzuführen, den ich der Realisation meiner eignen Pläne gewidmet haben würde, und es gehört zu den Zielen meines Ehrgeizes, mir das Lob persönlich zu verdienen, welches der „Preußischen Disciplin“ im Allgemeinen durch den Lauf der Geschichte erworben ist. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen wird mir die dabei etwa erforderliche Resignation durch die Thatsache erleichtert, daß den Entschließungen Sr. Majestät und den Rathschlägen, welche E. E. denselben unterbreiten, neben der zur Entscheidung berechtigenden Stellung, die reifere politische Erfahrung und

---

[1]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III 153 ff.
[2]) Vorlage: mich.

der übersichtlichere Standpunkt zur Seite ist, welchen gegenüber ich, bei der selbstverständlichen Identität des Zieles, nach dem wir streben, mein eignes Urtheil gern gefangen nehme.

Die Ansicht, daß die Bemühungen Rußlands, unsern Eintritt in die Conferenzen zu erwirken, nicht von einem sehr ernstlichen Eifer getragen werden, theile ich ganz. Abgesehn von der Sachlage, die es mit sich bringt, daß eine mehr oder weniger gereizte Sonderstellung Preußens den Russen bessere Eventualitäten in Aussicht stellen kann, als unsre Mitwirkung auf den Conferenzen, konnte ich aus meinen Unterhaltungen mit Herrn von Brunnow wider dessen Willen entnehmen, daß ihm diese Berechnung nicht fremd war. Überhaupt hat mir Brunnow, dessen Geschicklichkeit als Redacteur ich auf Grund der Piecen, die er mir gelegentlich vorlas, fast eben so hoch stelle als er selbst, als Diplomat im mündlichen Verkehr nicht den Eindruck gemacht, der dem vorangegangnen Rufe entsprochen hätte. Er trägt zu stark auf, in seiner Bewerbung um persönliches Wohlwollen, und verräth seine Meinung grade durch die Absichtlichkeit, mit der er sie verstecken will; er näht, wie die Franzosen sagen, mit weißem Faden, und verspricht sich zu leicht sachliche Vortheile von dem Gewinn einer Person; man merkt die Absicht, wenn man auch nicht verstimmt wird; und er war naiv erstaunt, wenn seine Zuvorkommenheiten gegen einen meiner Collegen garkeinen Einfluß auf dessen Abstimmung hatten.

Die Überzeugung, daß wir eine Dankbarkeit Rußlands für unser Verhalten nicht in den Kreis unserer Berechnungen ziehn können und daß wir namentlich in Betreff unsrer Theilnahme an den Conferenzen, in so weit wir nicht den Franzosen ein Interesse daran einflößen können, lediglich auf die Schwerkraft unsrer eignen Haltung angewiesen seien, hat ihren wesentlichen Antheil an den Vorschlägen, welche ich mir in Betreff unsrer Politik am Bunde zu machen erlaubte. Ich möchte nicht gern bei E. E. den Eindruck hinterlassen, als ob ich irgend einer Gefühlspolitik dem Auslande gegenüber activ oder passiv zugänglich wäre. Das Interesse Preußens ist mir das einzige Gewicht, dem ich bei Abwägung unsrer Politik die normale Geltung beilege, und wenn Aussicht gewesen wäre, diesem Interesse durch Theilnahme an dem Kriege gegen Rußland, auf irgend eine den ah. Intentionen entsprechende Weise förderlich zu sein, so würde ich durchaus nicht zu den Gegnern eines solchen Krieges gehört haben. Ich will übrigens nicht einmal dafür einstehn, daß man uns in Petersburg überhaupt Dank schuldig zu sein glaubt.

In meinem vertraulichen Bericht von vorgestern habe ich meiner Beziehungen zu Graf Buol erwähnt; ich füge dem noch hinzu, daß er während seines Besuches bei mir von einer für ihn ganz ungewöhnlichen Liebenswürdigkeit gegen mich war; er mußte glauben, mich damit günstig für die am andern Tage von Rechberg versuchten Änderungen des Ausschußberichtes zu stimmen; denn als ich ihn n a ch der Ausschußsitzung am andern Tage verabredetermaßen besuchen wollte, strafte er mich durch kurze Nichtannahme, obschon ich durch Rechberg wußte, daß er zu Hause war und „annahm“. Ich möchte nur eine Stunde in meinem Leben einmal das sein, wofür er sich alle Tage hält, dann müßte mein Ruhm vor Gott und Menschen feststehn. In meinem Hause geht es nicht besonders; meine Frau ist seit Wochen kränklich an Halsleiden, und ich fühle an mir die Wirkungen der sitzenden Lebensweise und der Frankfurter Diners, die mir die Perspective auf Carlsbad eröffnen. Dabei dient es wesentlich zur Entwicklung von Leberleiden, daß ich in Schönhausen einen höchst streitsüchtigen und übergreifenden Pächter und keinen geeigneten Vertreter meiner Interessen habe. Meine Frau und ich bitten Ihrer Frau Gemalin empfohlen zu werden, und ich verharre mit den herzlichsten Wünschen für Ihr und der Ihrigen Wohlergehn . . .

134. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Februar 1856.

E. E. haben mich durch die h. telegraphische Weisung vom 10. d. M. beauftragt, im Ausschusse auszusprechen, daß selbstverständlich unsere Rechte und Pflichten als Mitunterzeichner früherer Verträge durch unser Votum nicht berührt werden. Ich habe dies im Ausschusse zwar im Laufe der Diskussion getan, allein alle Äußerungen daselbst werden nur als persönliche der Mitglieder betrachtet, insoweit diese nicht die ausdrückliche Aufnahme in den Ausschußbericht verlangen. Anderweit haben derartige Äußerungen keine Folge, da ein Protokoll nicht geführt wird.

Unter diesen Umständen bitte ich E. E. g. g., mich bis zu der am 21. d. M. erfolgenden Abstimmung hochgen. mit Weisung darüber versehen zu wollen, ob ich dem diesseitigen, in das Bundestagsprotokoll niederzulegenden Votum einen Vorbehalt mit Rücksicht auf die fraglichen früheren Verträge beifügen soll.

Ich vermag mir ein eignes Urteil über die Angemessenheit einer derartigen Klausel in der Abstimmung nicht wohl zu bilden, da unsre europäischen Beziehungen mehr als die deutschen dabei maßgebend sind.

In der vorgestrigen Ausschußsitzung machte das Verhalten des Grafen Rechberg auf mich den Eindruck, als wenn er auf spezielle Anweisung des Grafen Buol danach strebte, es zu einem vollständigen Einverständnis über den Wortlaut der Motive des Ausschußgutachtens nicht kommen zu lassen. Bei der Unbestimmtheit dieses Eindrucks habe ich desselben gegen E. E. nicht weiter erwähnt. Nachdem aber zwei meiner Kollegen dieselbe Wahrnehmung gegen mich ausgesprochen, glaube ich darauf doch zurückkommen zu sollen. Es kann dieses Bestreben, wenn es wirklich besteht, kaum einen anderen Grund haben, als den, einen Vorwand herzustellen zur Rechtfertigung der Erfolglosigkeit der österreichischen Bemühungen, unsere Teilnahme an den Konferenzen durchzusetzen. Ich glaube darauf aber keinen erheblichen Wert legen zu sollen, weil ein solcher Vorwand in jeder anderen Weise sich zu leicht finden läßt, sobald bei Österreich die geheime Absicht feststeht, es zu dieser Teilnahme nicht kommen zu lassen.

Die Stellung Englands allein schon wird stets einen plausiblen Grund bieten, ohne daß Österreich die Unaufrichtigkeit seiner eigenen Bemühungen einzuräumen brauchte. Zu einem hiesigen Gesandten, der mir selbst die Tatsache mitteilte, hat Graf Buol bei Besprechung der Beteiligung des Bundes an den Konferenzen geäußert, er sei im Prinzip keineswegs gegen dieselbe, nur müsse der Bund ihm, dem Grafen Buol, die Vertretung übertragen und das Mandat durch keine Instruktionen beschränken.

135. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

20. Februar 1856.[1])

E. E. geehrte telegraphische Weisung von gestern 4 Uhr[2]) habe ich rechtzeitig erhalten und werde demgemäß ohne Bezugnahme auf die frühern Verträge morgen abstimmen.

---

[1]) Im Auszug gedruckt im Bismarckjahrbuch II 60 f.

[2]) Manteuffel teilte mit, daß der König einen Vorbehalt nicht für nötig halte. Weiter hieß es in dem Telegramm: Esterházy war bei mir, um auf Grund Rechbergscher Briefe über Ihr ganzes Verhalten, als

Auch meinem Gefühl nach nimmt sich diese Erinnerung an unsre europäische Stellung hier in der Bundesversammlung nicht gut aus, gehört vielmehr dahin, wo wir mit andern Mächten gleicher Kategorie zu verhandeln haben. Die Gesandten von Sachsen und Mecklenburg sind unbedingt, die von Oldenburg und Weimar 2c. für den Fall, daß Preußen so stimmt, angewiesen, mit besondrer Bezugnahme auf die Motive den Ausschußanträgen zuzustimmen. Die definitiven Instructionen von Würtemberg und Hanover waren heut früh noch nicht da; Baiern und Baden stimmen einfach den Ausschußanträgen bei. Östreich beharrt bei seiner Ausschließung der Motive in der Abstimmung. Daß wir, ähnlich wie Sachsen, die Ausschußmotive in unsrer Abstimmung besonders hervorheben, ist ohne Zweifel nur dann thunlich, wenn es gleichzeitig von einer Majorität der Vota geschieht; im andern Falle ist es eher nachtheilig für das Gewicht unsrer Stellung. Ob ich mit einer derartigen Bezugnahme votiren soll, wenn ich die Überzeugung habe, daß dann die Mehrheit der Abstimmungen ebenso ausfällt, darüber erlaube ich mir heut noch telegraphisch bei E. E. anzufragen. Wenn wir Werth auf eine möglichst große Übereinstimmung unsres Verhaltens mit dem Östreichs legen, so müßte es natürlich unterbleiben, und die Vota, die auch ohne unsern Vorgang die Motive besonders accentuiren, würden alsdann den Werth unsrer versöhnlichen Mäßigung nur erhöhen. Jedenfalls müßte ich ganz sicher sein, daß mir die Majorität folgt, wenn ich der Motive beim Abstimmen gedenke. Von Luxemburg höre ich so eben, daß es einfach für die Ausschußanträge stimmt. Es würde also von den Voten Würtembergs, Hanovers, Kurhessens, Dänemarks und allenfalls der 16. Stimme abhängen, ob die „Motive“ die Majorität haben können, denn auf Darmstadt, Braunschweig und die freien Städte ist nicht gegen Östreich zu rechnen. Der Beitritt zu den „Ausschußanträgen“ würde aber auch alles das enthalten, was nöthig ist, um unsre Stellung auf alle Eventualitäten hin zu wahren; denn die Ausschußanträge enthalten in den Worten „aus diesen Gründen“ die Hinweisung auf die Motive.

Graf Esterhazy ist ein verlogner Patron. Rechberg hat ihm in den letzten 8 Tagen garkeine Briefe geschrieben, sondern ihm nur zwei Mal telegraphirt, und zwar ohne Chiffern; das eine Mal heut vor 8 Tagen, um ihm zu sagen, daß ich noch keine Instruction hätte, das andre [Mal] am Freitag den 15., um ihn von meiner Beistimmung zu benachrichtigen. Das Material zu seiner Beschwerde über mein Verhalten ist also von seiner eignen Erfindung. Dagegen hat Esterhazy am Dienstag den 12. an Rechberg telegraphirt, daß E. E. ihn der Zustimmung Preußens versichert hätten, und Rechberg erklärte dies in meiner Gegenwart am 13. im Ausschuß; aus E. E. geneigter telegr. Weisung an mich vom 13. c. geht nun aber grade hervor, da Esterhazy zwar darauf gedrungen hat, vor seiner Abreise nach Dresden zu Graf Buol definitiven Bescheid zu erhalten, diesen aber nicht bekommen hat. Er hat also damals Rechberg belogen und jetzt gegen E. E. sich auf Briefe Rechbergs berufen, die gar nicht existiren. Ich bin Rechberg in Betreff der „Beschwerde“ Esterhazys über mich nicht grade zu Leibe gegangen, habe ihn aber doch gefragt, ob er sich vielleicht gegen Esterhazy über mich beklagt habe, da der mit meinem Verhalten hier nicht zufrieden zu sein scheine. Ich erhielt darauf die obige Auskunft, unter begleitenden Bemerkungen, die mich zu dem Schluß berechtigen, daß Rechberg kein zu großes Vertrauen in die Person seines Berliner Collegen und in die Art setzt, wie er Östreich dort vertritt. Wenn E. E. mir Ihr Einverständniß zu erkennen geben, so würde

---

Ihren Instruktionen nicht entsprechend, Beschwerde zu führen. Ich habe diesen Vorwurf natürlich auf das entschiedenste abgelehnt und benachrichtige Sie nur davon mit Rücksicht auf Ihre Beziehungen zu Rechberg.

ich Rechberg voraussichtlich dahin bringen können, daß er Esterhazy wegen seiner Insinuation über mich direct zur Rede stellt. Ich weiß aber nicht, ob E. E. es billigen, daß ich mit R[echberg] ganz offen darüber rede. Rechberg sagt mir, daß er mit Ausarbeitung eines Promemoria für den Kaiser beschäftigt sei, um die Nothwendigkeit einer Änderung der östreichischen Politik gegen Preußen und am Bunde darzuthun. Die bisherige müsse dahin führen, daß die Bamberger bei fortgesetzter Übung des Vermittler- und Schiedsrichter Amtes zwischen Berlin und Wien uns über den Kopf wüchsen und dann, wenn wir sie wieder herunter drücken wollten, ihre Anlehnung an Frankreich nehmen würden. Zu letzterem drängen die Könige von Baiern und Würtemberg außer andern Versuchungen auch das immer lebhaftere Bedürfniß, die Zwangsjacke ihrer Verfassungen loszuwerden und daraus mehr im napoleonischen Style unabhängig ihre Länder zu regiren. Dieses Streben nach absoluter Herrschaft sei in Würtemberg allerdings mächtiger im Kronprinzen als im Könige, weil letztrer zu alt und erfahren sei. Graf Buol muthe dem Bunde zu viel zu; die Schäden, welche derselbe dadurch erleide, könnten erst später, vielleicht zu sehr ungelegner Zeit, zu Tage treten und würden durch momentane und äußerliche Erfolge nicht aufgewogen. Sachen, über welche nicht ein vorgängiges Einverständniß beider Großmächte erzielt worden sei, müßten gar nicht an den Bund kommen.

Das alles ist sehr wahr, aber ich fürchte, Rechberg predigt in der Wüste, wenn er dergleichen nach Wien schreibt. Er scheint zu diesen Elucubrationen hauptsächlich durch den Umstand jetzt veranlaßt worden zu sein, daß Baiern morgen selbständig mit seinen gemeinnützigen Anträgen vorgeht, ohne, wie man in Wien dringend gewünscht hat, die Initiative Östreichs und Preußens abzuwarten.

In Betreff der polemischen Haltung der hiesigen östreichischen Blätter hat Graf Rechberg mit seinem Chef bei dessen Durchreise gesprochen und Graf Buol sich jetzt bereit erklärt, zu einer Abstellung des gegenseitigen Zeitungskrieges die Hand zu bieten, wenn der Bund nicht bloß gegen die Frankfurter Blätter, sondern gegen alle auf dem Bundesgebiete vorkommenden Angriffe gegen Bundesregirungen einschreiten wolle. Er unterstützte seine Recriminationen gegen unsre Beschwerden namentlich mit einer Blumenlese aus der Elberfelder Zeitung, die aber doch noch sehr höflich mit Östreich umgeht, wenn man damit die Angriffe der Wiener Blätter und der Postzeitung auf uns vergleicht. Ich berichte darüber noch besonders. Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung . . .

136. Bericht vom 22. Februar 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Abstimmung über den Ausschußantrag in der orientalischen Angelegenheit. — Vgl. Poschinger II Nr. 185.

137. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

23. Februar 1856.

E. E. habe ich mehrfach, unter anderem in den Berichten vom 6. November 1852 und 30. Mai 1853, sowie dem Immediatberichte vom 13. Januar 1854[1]) von der systematisch preußenfeindlichen Haltung des Gesandten der 16. Kurie, Freiherrn von Holzhausen, An-

[1]) Vgl. Bd. I S. 254 f., 334 und Nr. 453.

zeige zu machen Gelegenheit gehabt, und sind von Hochdenselben auch wiederholt Schritte geschehen, um einzelne Regierungen dieser Kurie zu einer größeren Wachsamkeit über das Verhalten ihres Vertreters zu bestimmen.

Bei der Abstimmung über die Ausschußanträge in der orientalischen Angelegenheit in der vorgestrigen Bundestagssitzung gehörte Herr von Holzhausen wieder zu denjenigen, welche sich dem österreichischen Votum dahin anschlossen, daß die 16. Kurie den Motiven nicht überall beitreten könne.

Es ist mir und anderen meiner Kollegen sehr zweifelhaft, daß dies Votum das wirkliche Ergebnis einer regelmäßigen Instruktion der Mitglieder der Kurie sei. Wahrscheinlich hat Herr von Holzhausen seine Mitteilungen an die Höfe von Lippe, Waldeck und Reuß so spät eingehen lassen, daß ihm von dort Instruktion nicht mehr zukommen konnte, und demnächst die von Liechtenstein und Homburg allein zu seiner Richtschnur genommen.

Bekannt ist, daß Herr von Holzhausen das Kuriatvotum mit dem Fürstlich Liechtensteinschen Gesandten, dem in österreichischem Dienste stehenden Herrn von Linde feststellt, und daß für Liechtenstein der österreichische Gesandte die Instruktion gibt. Herr von Holzhausen ist, wie ich schon öfter erwähnt, ein willenloses Werkzeug des Präsidialgesandten und legt sich seine Instruktionen, wenn er auch Zeit hätte, sie einzuholen, unter Benutzung der Anzahl seiner Kommittenten und des Mangels einer Verbindung unter denselben, nach Belieben zurecht. Erst vor kurzem erzählte ein früherer, lange Zeit substituierter Vertreter der 16. Kurie, Herr von Röntgen, vor anderen Personen, wie leicht es sei, für dieselbe zu stimmen; man sei nicht an Instruktionen gebunden, sondern könne ganz nach Belieben votieren, da jede Regierung der Ansicht sei, es sei dies das Votum der Majorität der Kurie, denn eine Kontrolle existiere nicht. In welchem Umfange Herr von Holzhausen hiervon Gebrauch macht, und wie er seinen Mandanten nur unvollständige und von einseitiger Auffassung gefärbte Berichte erstattet, darüber darf ich auf frühere Berichte g. g. Bezug nehmen.

Seine Stellung als Gesandter schmeichelt seiner Eitelkeit, er besitzt ein ziemlich bedeutendes Vermögen und ist unverheiratet und kinderlos. So erhielt er denn auch seinen jetzigen Posten als Mindestfordernder, da die meisten der Fürsten der 16. Kurie nicht den Aufwand machen mögen, der zu einer regelmäßig eingerichteten Kanzlei und Korrespondenz erforderlich sein würde. Von dem durch den Bundesbeschluß vom 22. Oktober 1816 festgestellten Grundsatz, daß kein in nexu civili der Freien Stadt Frankfurt Stehender zum Bundestagsgesandten, außer für die Stadt Frankfurt selbst, ernannt und angenommen werden könne, wurde zu seinen Gunsten Umgang genommen.

Sein Verhalten hat hiernach lediglich den Effekt, daß Österreich statt einer, zwei Stimmen im engeren Rat besitzt.

Zum Beweise, wie Herr von Holzhausen jeden Einfluß Preußens auf die kleineren Staaten zu beseitigen trachtet, führe ich nur noch an, daß er vor einiger Zeit gegen die F. Lippesche Regierung die Bestellung des K. Obertribunals als dritter Instanz für das Fürstentum als nach den Bundesgesetzen „unzulässig" erklärt hatte. Erst weitere Erkundigungen der Lippeschen Regierung ergaben das Unrichtige einer solchen Behauptung.

Meines unmaßg. Dafürhaltens möchte es sich empfehlen, bei denjenigen Regierungen, welche sich uns anzuschließen gewohnt sind, so oft sich uns eine Gelegenheit darbietet, auf das Verhalten des Herrn von Holzhausen zurückzukommen und unser Mißtrauen gegen denselben zu konstatieren. Vielleicht halten E. E. die vorgestrige Abstimmung dazu für angetan, um durch Herrn von der Schulenburg, wenigstens in Detmold und Arolsen, ver-

traulich Erkundigung darüber einziehen zu lassen, ob man Herrn von Holzhausen zu dem von ihm abgegebenen Votum autorisiert, resp. wie er dasselbe gerechtfertigt hat. Am wünschenswertesten würde es für uns immer sein, wenn wir uns, wie Österreich durch Herrn von Linde, eine Beteiligung an den Verhandlungen der 16. Kurie dadurch sicherten, daß ein oder mehrere Mitglieder derselben Herrn von Holzhausen pensionierten und einen anderen Gesandten gemeinschaftlich bestellten. Er bezieht bisher von jedem der Höfe, die er vertritt, ein Gehalt von 777 fl., und die Pension für jede dieser Quoten dürfte, nach Maßgabe der für beide Hohenzollern ihm von uns gewährten, etwa 240 fl. betragen. Es fragt sich, ob unser Interesse, die regelmäßige Gegnerschaft einer der 17 Stimmen zu beseitigen, es nicht rechtfertigen würde, den Beteiligten eine Beihülfe zu den Kosten einer anderen Einrichtung zu gewähren und dazu etwa die beim Eingehen der Kassenabteilung frei werdenden Beträge zu benutzen.

Ein vorläufiger Gewinn wäre schon, wenn nur einer der Kommittenten bewogen werden könnte, dem Freiherrn von Holzhausen durch Pensionierung das Mandat zu entziehen und demnächst, bis zur Ernennung eines anderen Gesandten, Preußen oder auch einen anderen befreundeten Gesandten zu substituieren. Daß irgend etwas in dieser Richtung geschehe, ist um so wünschenswerter, als bei Österreich offenbar die Absicht vorhanden ist, bei etwaigem Abgange des Herrn von Holzhausen den zu diesem Zweck hier in Bereitschaft gehaltenen und mit den Geschäften der Kurie vertrauten Dr. von Linde in seine Stelle zu bringen. Über die ultramontane Feindseligkeit desselben gegen Preußen habe ich mehrfach Veranlassung gehabt, E. E. zu berichten. Herr von Linde würde bei plötzlichem Ausscheiden des Herrn von Holzhausen, wenn wir es nicht hindern, jedenfalls provisorisch die Geschäfte führen und demnächst, wie bisher, eine andere Remuneration, als sein österreichisches Gehalt nicht beanspruchen.

Sollten diese Vorschläge den Absichten E. E. nicht entsprechen, so möchte ich g. g. anheimstellen, bei bevorstehenden wichtigeren Abstimmungen wenigstens einen Teil der Mitglieder der 16. Kurie dahin zu disponieren, daß dem Herrn von Holzhausen der bestimmte Befehl zugeschickt wird, sich mit dem preußischen Gesandten in betreff des abzugebenden Votums zu besprechen. Bei den Höfen von Waldeck, Lippe-Detmold und Reuß dürfte sich möglicherweise die Bereitwilligkeit hierzu, wenn nicht bei allen dreien, doch wenigstens bei einem von ihnen vorfinden.

138. Bericht vom 26. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. Gesundheitszustand des Generalleutnants v. Thümen. — Vgl. Bismarck-jahrbuch II S. 61 f.

*139. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

26. Februar 1856.

Der anliegende Artikel aus dem Journal „Le Nord“ vom 24. d. M. hat nicht verfehlen können, durch seine Indiskretion hier einen lebhaften Eindruck zu machen und besonders mich selbst in die peinlichste Verlegenheit zu setzen. Derselbe reproduziert mit buchstäblicher Genauigkeit einen Teil der Änderungen, welche Herr von Schrenck auf meinen Wunsch in den Ausschußbericht aufgenommen hat. Die Angaben des ursprünglich

Schrenckschen Textes und meiner Amendements sind, selbst in der Übersetzung, so genau, daß ich annehmen muß, dem Verfasser des Artikels habe das Exemplar vorgelegen, welches ich unter dem 11. d. E. E. einzureichen die Ehre hatte und in welchem die Abänderungen mit blauer Tinte eingetragen waren.

Wie ich schon in meinem Berichte vom 11. c. g. g. bemerkte, hat Graf Rechberg bis dahin nicht erfahren, daß der Entwurf des Berichtes früher anders gelautet und Herr von Schrenck ihn in dem von mir gewünschten Sinne abgeändert hatte, bevor er dem Grafen Rechberg zur Kenntnis gebracht wurde. Es wußte bisher, außer Herrn v. Schrenck und mir, niemand davon, daß der Entwurf in dem ersten Konzept des letzteren anders gelautet habe, und wir beide haben, auf Wunsch des Herrn v. Schrenck, das strengste Stillschweigen darüber beobachtet.

Namentlich habe ich, außer meinem Bericht an E. E. vom 11. c., weder mündlich, noch schriftlich gegen jemand der Sache erwähnt. Wenn ich als möglich annehme, daß Herr v. Budberg in Berlin von dem Verlauf der Sache gehört hat, so wird es mir doch schwer zu glauben, daß derselbe diese Veröffentlichung veranlaßt hat, da er sich nicht darüber täuschen konnte, daß durch Veröffentlichung derartiger Details im „Nord“, selbst wenn dieselben, der obigen Gründe wegen, nicht überhaupt geheim bleiben müßten, für alle Eingeweihten der juristische Beweis hergestellt wurde, daß der Korrespondent des Nord seine Angaben direkt oder indirekt aus den Akten der preußischen Bundestagsgesandtschaft schöpfe.

Der Vorgang wegen Einschaltung des Wortes „insbesondere“ ist ebenfalls ganz vertraulich zwischen Graf Rechberg und mir verlaufen, und haben kaum einige meiner Kollegen demnächst eine sichere Kenntnis davon erhalten.

Das nachträgliche Bekanntwerden eines mißlungenen Versuchs dieser Einschaltung kann nur nachteilig auf die Auslegung zurückwirken, welche wir wünschen müssen, dem Bundesbeschlusse zu geben, indem darin der Beweis liegt, daß es für uns nicht möglich war, eine Fassung durchzubringen, welche dieser Auslegung entsprochen hätte.

E. E. stelle ich nach Vorstehendem g. g. anheim, hochgen. zu erwägen, was etwa tunlich sei, um für die Zukunft Veröffentlichungen zu verhindern, bei deren Auswahl mit so wenig Takt verfahren wird . . .

Postscript.

Auch die Veröffentlichung des vollständigen Beschlußentwurfs erfolgte zuerst und während die Ausschußverhandlungen noch schwebten, durch den Nord. Es wird nicht fehlen, daß nach dem vorliegenden Falle, der unverkennbar auf preußische Quellen hindeutet, diese und andere Indiskretionen als von uns ausgehend werden angesehen werden.

140. Bericht vom 27. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die gegen die Zeitungen „Deutschland“ und „Postzeitung“ von seiten des Bundes zu ergreifenden Maßregeln. Anbahnung einer Verständigung zwischen Preußen und Österreich zur Beseitigung gegenseitiger Angriffe in der Presse. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 219 ff.

141. Bericht vom 27. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. Richtigstellung des Protokolles der Bundestagssitzung vom 21. Februar 1856. Gegnerische Fälschungsversuche. Notwendigkeit der Vereidigung und

Inpflichtnahme des Protokollführers der Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 224 ff. S. 227 ist Zeile 8 v. u. hinter „Hergang" einzuschalten „dieser Fälschungsversuche".

142. Bericht vom 28. Februar 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Herstellung der Parität zwischen den preußischen und österreichischen Besatzungsteilen in der Bundesfestung Mainz. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 230 ff.

143. Bericht vom 7. März 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die publizistischen Operationen Österreichs. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 234 ff.

144. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

10. März 1856.

E. E. habe ich mir erlaubt, in dem Berichte vom 23. v. M. von der Abstimmung des Gesandten der 16. Kurie Freiherrn v. Holzhausen in der orientalischen Angelegenheit in der Bundestagssitzung vom 21. v. M. Anzeige zu machen.

Inzwischen entnehme ich aus einer Privatnachricht, daß die Regierungen von Fürstentum Lippe, Schaumburg-Lippe und Waldeck vor der Abstimmung erklärt hatten, sich der preußischen Auffassung anschließen zu wollen; und läßt sich wohl annehmen, daß ein gleiches mindestens auch von Reuß älterer Linie geschehen ist. Es möchte daher dieser Fall vorzugsweise dazu dienen, um eine eigenmächtige Abstimmung des Freiherrn v. Holzhausen zu konstatieren.

Zur Vervollständigung meines Berichtes erlaube ich mir hierauf um so mehr zurückzukommen, als das gedruckte Protokoll jener Sitzung, welches nunmehr verteilt ist, die amtliche[1]) Grundlage für unsere Nachforschungen gewährt.

145. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. März 1856.

E. E. geehrtes Schreiben vom 3. d. M.[1]) würde ich schon früher beantwortet haben, wenn ich nicht gehofft hätte, daß mir die Ereignisse oder doch die Gerüchte inzwischen noch vermehrten Stoff zur Besprechung zuführen würden; aber bis auf einige untergeordnete, mit dem Festungsbau, der Presse und dem Bundes-Cassen-Wesen zusammenhängende Intriguen leben wir hier seit dem 21. eine ziemlich unpolitische Idylle, die ich als einen Zustand der Ruhe bezeichnen würde, wenn der maßlose Geselligkeitstrieb des Völkchens der Bundes-Phäaken ein dem entsprechendes Gefühl aufkommen ließe. *Jedenfalls kann ich aber nicht länger säumen, E. E. meinen wärmsten Dank zu sagen für die Beweise persön-

---

144. [1]) Vorlage: namentliche. Korrigiert nach dem Konzept.

145. [1]) Gemeint ist der Brief Manteuffels vom 2. März 1856, der im Bismarckjahrbuch III S. 156 f. abgedruckt ist.

lichen Wohlwollens, welche Ihr letztes Schreiben mir von Neuem giebt; ich werde stets bestrebt sein, mir die freundschaftlichen Gesinnungen zu erhalten, welche E. E. für mich hegen und welche mir die Erfüllung meiner dienstlichen Pflichten so wesentlich erleichtern.

Die Indiscretionen des Nord und respective Budbergs gehören bereits der Vergessenheit an; mir ist es auch das Wahrscheinlichste, daß der hohe Herr,[2]) welcher damals am Kgl. Hoflager anwesend war, die Möglichkeit zu jenem Zeitungsartikel gegeben hat. Was Budberg von einer Pariser Quelle vorgiebt, ließe sich als fingirt juristisch nachweisen, wenn es der Mühe lohnte.*

Die Conferenzglieder in Paris sind so discret, daß garkeine Nachrichten hierher gelangen; eine Ungewißheit, welche an der Börse zu fabelhaften Schwankungen führt; das Hauptspeculationspapier sind die Actien des Wiener Crédit mobilier, oder im Frankfurter Deutsch die „Moppelche".

In Betreff unsrer Stellung zu den Conferenzen kann ich mich nur vollständig dem Urtheil E. E. anschließen, daß wir kühl und ruhig den Verlauf mit ansehn müssen, wie eine Sache, die uns nur aus allgemein menschlicher Vorliebe für Frieden interessirt; dazu müssen wir m. E. jeden Anflug eines schmollenden oder begehrlichen Ausdruckes auf unserm politischen Gesichte vermeiden. Den vorübergehenden Eindrücken, welchen die öffentliche Meinung und das preußische Gefühl der Massen unterliegt, kann ich einen berechtigten Einfluß auf unsre auswärtige Haltung unter den dermaligen Umständen nicht zuschreiben; die Rücksichtnahme auf dergleichen kann dabei nur die Klarheit des Blickes und die Kälte des Urtheils trüben. Eine K. Botschaft an den Landtag, eine Anleihe, ein Rasseln mit dem Säbel würde einer Kränkung des preuß. Nationalgefühls, deren Vorhandensein ich übrigens bestreite, nur eine sehr vorübergehende und palliative Linderung gewähren. Eine Drohung ohne bestimmte Richtung und ohne erkennbaren Erfolg würde hier nichts als eine geschmacklose Manifestation übler Laune sein, durch welche wir die Unbehaglichkeit unsrer Situation zwar andern erkennbar machen, aber ihr schwerlich abhelfen würden. Gereiztheit zu zeigen, ohne Abhülfe zu erlangen oder zu erzwingen, ist für einen Staat gewiß noch schlimmer, als für einen Partikulier. Wir haben aber bisher kaum einen Grund, mit unserm Schicksale unzufrieden zu sein. Den Umständen nach sind wir zur ersten Rolle in diesem Conflicte nicht berufen, da wir keinen eignen Vortheil gewinnen wollen. Ich glaube kaum, daß Östreich von seiner Stellung innerhalb der Conferenzen sehr befriedigt sein wird; wenn ich nun in Anschlag bringe, daß wir im Vergleich damit noch um so weit zurückstehn würden, als wir dem Objecte und dem Schauplatze des Krieges ferner stehn und als uns das Wiener Cabinet an Unverschämtheit und Lügenhaftigkeit voraus ist, so scheint mir die Rolle, die wir mit den Türken und Sardiniern in der Conferenz spielen würden, aller Wahrscheinlichkeit nach weniger werth, als die anständige und unbetheiligte Freiheit, in der wir uns außerhalb halten können.

Rechberg ist sehr unzufrieden mit den Veränderungen, die in der östr. Diplomatie bevorstehn. Er findet, daß Colloredo nicht nach Rom gehört, weil derselbe eines der Häupter des Josephinismus in Oestreich, seine Frau aber eine ultramontane Polin sei. Es ließ sich bei seinen Worten erkennen, daß die natürliche Consequenz des Concordats[3]), nämlich Verwicklung der Beziehungen Östreichs zu Rom, in Wien schon fühlbar wird; vielleicht hat man grade deshalb Colloredo gewählt, der selbst auf keine Weise ultramontan ist. Apponyi, der Colloredo in London ersetzen wird, findet Rechberg zu inoffensiv und friedliebend für

[2]) Der Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, Bruder der Königin Luise von Preußen.
[3]) Am 18. August 1855 hatte Österreich sein Konkordat abgeschlossen.

diesen Posten, auf dem es bald Streit geben werde; er hätte Appony nach Berlin schicken wollen; er sagt mir ferner, daß man in Wien den Abgang Arnims nunmehr als sicher betrachte, und drückt mir wiederholt den Wunsch aus, mich dort als Nachfolger zu sehn; E. E. wissen bereits, wie wenig es mit meinen eignen Wünschen übereinstimmen würde, wenn S. Majestät in dieser Weise über mich verfügte.

Wie erschütternd ist die Nachricht von Hinkeldey's Tod![1]) Ich weiß über die Veranlassung des Duells noch nichts Näheres; wahrscheinlich stammt es wohl von der Jagdclub-Angelegenheit, obschon ich nicht begreife, wie jene Tölpelei eines subalternen Menschen so ernste Folgen so spät noch hat haben können. In der practischen Polizei wird Hinkeldey eine fühlbare Lücke lassen; er war, was die Franzosen homme de tête et d'action nennen, und wir haben deren nicht viele. Mit der Bitte mich der gnädigen Frau zu empfehlen und mit dem Ausdrucke der aufrichtigsten Verehrung verharre ich . . .

146. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

19. März 1856.

E. E. unterlasse ich nicht auf den h. Erlaß vom 14. d. M. und mit Bezugnahme auf meinen Bericht vom 10. d. M. g. g. anzuzeigen, daß S. D. der Fürst von Waldeck, welcher sich gegenwärtig in Wiesbaden aufhält, im hohen Grade aufgebracht gewesen ist, als ihm dort von dem hier lebenden Prinzen Adolph von Wittgenstein mitgeteilt wurde, daß Herr von Holzhausen bei der Abstimmung in der orientalischen Angelegenheit am 21. v. M. namens der 16. Kurie nicht wie Preußen gestimmt habe. Der Fürst äußerte, wie er Herrn von Holzhausen ein für allemal befohlen hätte, immer für Waldeck mit Preußen zu stimmen; er sei der beste Preuße und Seiner Majestät dem Könige, u. a. H., unbedingt ergeben. Er würde auch immer mit Preußen gehen.

Da Prinz Wittgenstein mir das ganz vertraulich und mit der Bitte mitgeteilt hat, davon keinen Gebrauch zu machen, so bitte ich diese Anzeige auch nur pro informatione entgegennehmen zu wollen. Auch der Fürstlich Schaumburg-Lippesche Gesandte von Strauß, der jetzt die Stimme der 16. Kurie führt, übrigens aber in seiner Ergebenheit für Österreich Herrn von Holzhausen nicht nachsteht, sagt mir, daß letzterer von Schaumburg-Lippe angewiesen gewesen sei, wie Preußen zu stimmen, und daß ihn das von demselben abgegebene Votum überrascht habe.

Unter diesen Umständen zweifle ich nicht, daß durch die von E. E. nach dem h. Erlasse vom 14. d. M. veranlaßten Schritte Herr von Holzhausen dieses Mal der der Majorität seiner Committenten widersprechenden Abstimmung wird überführt werden können.

147. Bericht vom 6. April 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Anstellung eines eigenen Bundeskanzleidirektors. — Vgl. Poschinger II Nr. 188.

148. Bericht vom 11. April 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger II Nr. 189. S. 355 Zeile 6 daselbst muß es „projektierten" heißen.

---

[1]) Am 10. März.

149. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

12. April 1856.

Graf Rechberg hat mir zu wiederholten malen von den Gefahren gesprochen, welchen die volkswirtschaftlichen Zustände Deutschlands durch die unbeschränkte Errichtung neuer Kreditinstitute nach dem Vorbilde des Crédit mobilier entgegen geführt werden. Er betrachtet es als eine Aufgabe des Bundes, durch Beschlüsse und Vereinbarungen der leichtsinnigen Begründung und übertriebenen Ausdehnung derartiger Unternehmungen ein Ziel zu setzen. Das Wiener Kabinett hat sich — ich weiß nicht, ob aus eigenem Antriebe oder auf Anregung meines österreichischen Kollegen — bereit erklärt, zu einem Beschlusse mitzuwirken, durch welchen die Begründung anderer als der bereits bestehenden Kreditinstitute der Art entweder ganz gehindert,[1]) oder doch von der Beachtung allgemeiner, ihre Solidität verbürgender Normen abhängig gemacht würde. Die Initiative durch einen Antrag in dieser Richtung am Bunde will indessen die Kaiserliche Regierung nicht übernehmen, würde es indessen gern sehen, wenn es durch uns oder einen anderen Bundesstaat geschähe.

Es kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die Begründung von Aktienunternehmungen mit ungemessener Ausdehnung, ohne Garantie seitens der ersten Begründer, und mit der vorwiegenden Absicht, die Leichtgläubigkeit des Publikums durch Agiotage auszubeuten, ohne die neugeschaffenen Werte produktiven Zwecken zuzuwenden, wohl geeignet ist,[2]) die deutschen Regierungen zu einer Abwehr der Übelstände und Gefahren aufzufordern, die aus ihnen hervorgehen. Die demoralisierende Wirkung derartiger Spekulationen läßt sich z. B. in dem benachbarten Darmstadt wahrnehmen, wo die Klage schon vielfach gehört wird, daß die Beispiele schneller und müheloser Bereicherung durch Spekulation in den Aktien der Darmstädter Bank viele bisher achtbare Bürger zur Vernachlässigung des bisherigen sichern, aber mäßigen Erwerbes verleitet und zu schwindelhaften Existenzen oder zur Unzufriedenheit mit dem Bestehenden geführt haben.

Das Bestreben der Nachbarstaaten, sich von den üblen Folgen eines derartigen Schwindels frei zu halten, ist ohne Zweifel um so berechtigter, je mehr ins Auge fällt, daß Staaten von dem Umfange, wie Hessen-Darmstadt, Luxemburg, Sachsen-Meiningen oder Lippe, bei Konzessionierung eines Kreditinstitutes von unverhältnismäßiger Ausdehnung nur darauf ausgehen können, durch diesen Mißbrauch ihrer souveränen Autonomie die benachbarten Länder und deren Bewohner auszubeuten.

Die Maßregeln, welche einzelne benachbarte Regierungen gegen ein derartiges Unwesen treffen, zeigten sich erfahrungsmäßig als unzulänglich, wie beispielsweise das Verbot der Zirkulation der Darmstädter Bankvaluten im Herzogtum Nassau, und es liegt deshalb nahe, wenn überhaupt mit Erfolg eingeschritten werden soll, die neuen Kreditinstitute zum Gegenstand gemeinsamer [Maßregeln] deutscher Regierungen zu machen. Das Urteil, ob überhaupt einzuschreiten sei, und in welcher Weise, liegt außerhalb der Grenzen dieser Berichterstattung. Nach den Äußerungen des Grafen Rechberg darf ich annehmen, daß der österreichischen Regierung der Gedanke vorschwebt, von den in Zukunft zu begründenden Unternehmungen ähnliche Garantien zu verlangen, wie sie m. W. den amerikanischen

[1]) Vorlage: zu hindern.
[2]) Vorlage: sind.

Banken in Gestalt des Gesetzes aufgelegt sind, nach welchem jeder Teilnehmer nicht bloß nach Maßgabe seiner Beteiligung, sondern mit seinem gesamten Vermögen für die Sicherheit der Bank haftet.

Ich beschränke mich indessen hier auf die Frage, ob es ratsam ist, dasjenige, was die K. Regierung auf diesem Gebiete für angemessen hält, am Bunde und durch denselben zu tun.

Nach meinem Ermessen würde ich diese Frage bestimmt verneinen. Ich habe bei vielen ähnlichen Gelegenheiten E. E. hohes Einverständnis darüber erfahren, daß die gesamte Bundesverfassung, auch abgesehn von den Vorrechten des Präsidiums, es für Preußen nicht ratsam erscheinen läßt, die freie Bewegung seiner Legislation in höherem Grade, als es ohnehin durch die Bundesverfassung der Fall ist, von den Beschlüssen der Bundesversammlung abhängig zu machen; ich darf daher auf die nähere Erörterung der Gründe dieser Kategorie, welche uns das Eingehen auf die Wünsche Österreichs [nicht ratsam erscheinen läßt] hier verzichten. Aber auch wenn diese wohl schon an sich entscheidenden Gründe nicht vorlägen, würde es mir unbillig erscheinen, daß diejenigen Bundesstaaten, welche sich ungeachtet der Aussicht auf den Gewinn an den ersten Zeichnungen von der Kalamität dieser Unternehmungen ferngehalten, nunmehr schwindelhaften Instituten, welche die jüngste Zeit auf den anderen Territorien hat entstehen lassen, für das gesamte Bundesgebiet ein solides Privilegium und einen Schutz gegen neue Konkurrenz gewähren sollten.

Außerdem scheint es, daß Österreich auch durch dieses Mittel die Fusion seines Geldsystems mit dem unsrigen und die Einbürgerung seiner unsichern Zahlungsmittel auf den übrigen deutschen Geldmärkten erstrebt, und daß diese Absicht mit der der Repression gegen den Schwindel neuer Unternehmungen jedenfalls Hand in Hand geht, vielleicht bei etwaigen Verhandlungen am Orte bald in den Vordergrund treten würde. In Verwandtschaft mit diesen Absichten taucht in der österr. Presse die Besprechung der Zolleinigung und des mitteleuropäischen Bundeszollvereins jetzt wieder auf. Das blühendste der neuen Schwindelgeschäfte, die Darmstädter Bank und deren Präsident Fürst Felix Hohenlohe, stehen mit diesen Wendungen und mit Österreich überhaupt in der engsten politischen und materiellen Verbindung und sind als Filiale einer österreichischen Propaganda zu betrachten. Wenn die K. Regierung, wie es von meinem Standpunkt allerdings sehr wünschenswert erscheint, überhaupt Maßregeln gegen das Unwesen der Kreditinstitute zu ergreifen beabsichtigt, so wäre m. g. D. der geeignetste Weg der einer Verständigung unter denjenigen deutschen Regierungen, welche bisher keine derartigen Unternehmungen bei sich konzessioniert haben. Wenn mit diesen die Grundsätze verabredet würden, nach welchen neue Kreditunternehmungen konzessioniert und die in andern Staaten bereits bestehenden, so wie deren Wertpapiere behandelt werden sollen, so würde Preußen an der Spitze einer solchen Vereinbarung eine günstige und entscheidende Stellung einnehmen und für die mit ihm vereinten Staaten nicht nur die Gefahren jener Schwindelgeschäfte beseitigen, sondern auch den bisher errichteten Kreditinstituten der andern Staaten die Bedingungen stellen können, unter welchen ihre Papiere zur Zirkulation zugelassen werden. Dabei würde Preußen das Verdienst haben, diesen Krebsschaden, welchem die Ungunst des besonnenen und ehrbaren Teils der öffentlichen Meinung zuteil geworden ist, allein und mit einem Erfolge entgegen getreten zu sein, welchen der Bund bei dem Erfordernis der Einstimmigkeit niemals hätte haben können.

150. Schreiben vom 16. April 1856 an König Friedrich Wilhelm IV. betr. die Entsendung eines Bundeskommissars nach Hamburg zur Regulierung der dortigen Verfassungsangelegenheit. Haltung Österreichs in dieser Frage. Beeinflussung des Wiener Kabinetts durch den politischen Katholizismus. Die Bestrebungen des letzteren in evangelischen Ländern. Besorgnisse der kleinen und Mittelstaaten. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 238 ff.

151. Privatschreiben vom 17. April 1856 an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan, betr. die Hamburger Sache und Gerüchte über ein bevorstehendes Revirement. — Vgl. Bismarckjahrbuch VI S. 82 f.

152. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

26. April 1856.[1])

E. E. kann ich zwar seit der Zeit, wo ich die Ehre hatte, Sie hier zu sehn,[2]) nichts Neues von hier berichten; doch ist das Alte und Bekannte wichtig genug, um mich auf Ihre Nachsicht rechnen zu lassen, wenn ich es nochmals versuche, meine Ansichten über unsre politische Lage zusammenhängender zu formuliren, als ich bei mündlicher Besprechung dazu im Stande war.

Ohne mich in gewagte Conjecturen über die muthmaßliche Dauer des neuen Friedens einzulassen, darf ich doch als ein Symptom des geringen Vertrauens zu derselben das besorgliche Unbehagen hervorheben, mit welchem die meisten europäischen Cabinete in die Zukunft blicken, auch nachdem der Friede gesichert ist. Alle, die großen, wie die kleinen, suchen sich einstweilen, in Erwartung der Dinge, welche kommen können, die Freundschaft Frankreichs zu erwerben oder zu erhalten, und der Kaiser Napoleon, so neu und so schmal anscheinend auch die Grundlagen seiner Dynastie in Frankreich selbst sind, hat die Wahl unter den zu seiner Disposition stehenden Bündnissen. Es scheint nicht, daß die auffälligen Bemühungen Orloff's den Apfel schon vom Baum geschüttelt haben; aber wenn er reif ist, fällt er von selbst, und die Russen werden zur rechten Zeit die Mütze darunter halten. Auch den acte de soumission des Grafen Buol, das Streben Östreichs nach der Ehre, der erste Rheinbundstaat zu sein, wenn nur Preußen dadurch der zweite oder dritte wird, scheint der Kaiser N[apoleon] lediglich mit zurückhaltender Höflichkeit aufgenommen zu haben; die offiziöse Wiener Presse giebt aber deshalb die Hoffnung auf eine katholische Ligue mit Frankreich nicht auf und preist einstweilen den Voltairianer Kaunitz als den ersten Staatsmann Östreichs, weil er es mit Frankreich hielt. Die deutschen Mittelstaaten sind nach wie vor bereit, sich derjenigen der deutschen Großmächte zu fügen, welche die meiste Aussicht auf Frankreichs Beistand hat, und den letztern direct zu suchen, wenn die Umstände es räthlich erscheinen lassen. Nicht minder legt England Werth auf die Fortdauer der guten Beziehungen zu Frankreich, und die etwas mürrisch gewordne Ehe der beiden Westmächte wird wohl so hastig nicht geschieden werden. Der Bruch zwischen ihnen

---

[1]) Gedruckt außer bei Poschinger auch im Bismarckjahrbuch II 63 ff (dort nach dem Konzept). Das Schreiben ist unter dem Namen „Der Prachtbericht“ berühmt geworden.

[2]) Manteuffel war am 20. und 21. April auf der Rückreise von Paris, wo er an dem Friedenskongresse teilgenommen hatte, in Frankfurt gewesen.

ist für beide das Kostspieligste und Gefährlichste, was ihnen passiren kann; der Krieg hat die französische Flotte groß gezogen, und im etwaigen Kampfe mit ihr muß England darauf gefaßt sein, zugleich gegen Amerika und Rußland seine Kräfte zu zersplittern. Auch der dermalige Zustand der englischen Landmacht empfiehlt die Erhaltung des westlichen Bündnisses, und der Verdruß über den „französischen Frieden" und was daran hängt, wird sich einstweilen wohl nicht einmal in Neckereien gegen Frankreich Luft machen. Ebenso dürfte Louis Nap[oleon] vor der Hand durch den Zustand seiner Finanzen und durch die Besorgniß vor Verlegenheiten im Innern in Schach gehalten sein. Sollte er einen Bruch mit England voraussehn, so wird er ohne Zweifel vorher thun, was er kann, um das französische Nationalgefühl gegen das perfide Albion wieder so zu montiren, daß englische Versuche, Unruhen zu erregen, an ihm abgleiten, wie Wasser von der Ente.

Es ist kaum anzunehmen, daß Louis N[apoleon] den Krieg jemals um des Krieges willen suchen wird und daß ihn der Ehrgeiz des Eroberers stimulirt; es läßt sich erwarten, daß er den Frieden vorzieht, so lange er ihn mit der Stimmung der Armee, und also mit der eignen Sicherheit, verträglich findet. Für den Fall, daß er hiernach des Krieges bedürfen sollte, denke ich mir, daß er sich eine Frage offen hält, welche jederzeit eine nicht allzu muthwillige und ungerechte Veranlassung zu Händeln liefern kann. Hierzu eignet sich die italiänische Frage jetzt vorzugsweise. Die Krankheit der dortigen Zustände, der Ehrgeiz Sardiniens, die buonapartischen und muratistischen Reminiscenzen, die corsische Landsmannschaft bieten dem „ältesten Sohn der römischen Kirche" vielseitige Anknüpfungspuncte, der Haß gegen die Fürsten und die Östreicher ebnet ihm die Wege, während er in Deutschland von unsrer räuberischen und feigen Demokratie gar keinen und von den Fürsten erst dann Beistand zu erwarten hätte, wenn er ohnehin der Stärkere wäre.

Wenn der Krieg selbst nun auch wohl nicht in so naher Aussicht steht, wie trübe Propheten behaupten, so werden sich doch wahrscheinlich neue politische Gruppirungen bilden, deren Bedeutung und Einfluß schließlich auf dem Hintergedanken der Möglichkeit eines Krieges unter einer bestimmten Constellation von Bündnissen beruht. Eine nähere Verbindung Frankreichs mit Rußland in diesem Sinne ist gegenwärtig zu natürlich, als daß man sie nicht erwarten sollte; es sind diese beiden diejenigen unter den Großmächten, welche noch ihrer geographischen Lage und ihren politischen Zielen die wenigsten Elemente der Gegnerschaft in sich tragen, da sie so gut wie keine nothwendig*) collidirende Interessen haben. Bisher hat die Festigkeit der heiligen Allianz und die Abneigung des Kaisers Nikolaus gegen die Orleans beide in der Entfremdung von einander erhalten; aber der jetzt beendete Krieg sogar wurde ohne Haß geführt und diente mehr den innern als den auswärtigen Bedürfnissen Frankreichs. Nachdem die Orleans beseitigt, der Kaiser Nikolaus todt und die heilige Allianz von Oestreich gesprengt ist, sehe ich nichts, was den natürlichen Zug jener beiden Staaten zu einander hemmen sollte, und die Liebenswürdigkeiten, welche sie mit einander austauschen, sind mehr ein Beweis*) der vorhandenen*) Sympathie, als ein Mittel,*) dieselbe zu erwecken.*)

Zur Zeit des Fürsten Schwarzenberg war viel von dem Plane die Rede, Östreich mit Rußland und Frankreich gegen Preußen und England zu verbinden. Bei der gegenwärtigen Stimmung der Russen gegen Östreich, und bei den gesteigerten Ansprüchen Frankreichs auf Einfluß in Italien, läßt sich nicht annehmen, daß Östreich von Hause aus be-

*) Das Wort von Poschinger gesperrt.

rufen sein werde, als Dritter im Bunde zu figuriren, obschon es ihm an dem guten Willen dazu nicht fehlen dürfte. Östreich wird vielmehr die Gefahren, welche aus dem Zusammenhalten Rußlands und Frankreichs für das übrige Europa entstehn können, zu theilen haben, und muß sie durch rechtzeitige Opfer abwenden, indem es etwa Concessionen in Italien gegen Vortheile in Deutschland macht, oder es muß sich durch Bündnisse zur Abwehr stärken. Ich glaube, daß es den erstern Ausweg vorzieht, indem es vielleicht gleichzeitig Rußlands Vertrauen durch einen Personal-Wechsel im Ministerium wieder zu gewinnen sucht. Von unserm und englischem Beistande wird Östreich sich nur im äußersten Nothfalle abhängig machen wollen. Wenn es sich auch bestreben sollte, uns durch neue Verträge für seine auswärtigen Besitzungen einstehn zu lassen, so glaube ich doch nicht, daß es von solchem Vertrage einen andern Gebrauch machen würde, als ihn auf dem Felde der Diplomatie, so gut und so lange als es geht, zum eignen Vortheil und zu unserm Nachtheil figuriren zu lassen. Wenn ich auch annehmen wollte, daß der Hochmuth und der Haß dem Wiener Cabinet gestatteten, um den Beistand Englands zu bitten und die Kaiserlichen Erblande durch Preußen geschützt zu sehn, so ist es doch m. E. zu vorsichtig, um, selbst im Bündniß mit uns und England, den Kampf gegen Frankreich und Rußland ernstlich aufzunehmen, wenn es sich irgendwie per fas et nefas vermeiden läßt. Es wird die Partie der Germanen für zu schwach halten, um mit ihr zu gehn, und wie mir scheint, nicht mit Unrecht. Wenn sich erwarten ließe, daß in einem derartigen Kriege Preußen, Östreich, der Deutsche Bund und England ihre vollen Kräfte ehrlich, innig und vertrauensvoll zusammenwirken ließen, so wäre es Feigheit, am Siege zu zweifeln. So aber stehn die Sachen nicht. Ich will annehmen, daß England entschlossen zu uns steht und daß es ihm, trotz der französischen, russischen und etwa der amerikanischen, vielleicht auch der dänischen und holländischen Flotten gelingt, sich einer Invasion zu erwehren, die See siegreich zu behaupten, die Nord- und Ostseeküsten vor den uns feindlichen Flotten zu schützen, auch gelegentlich mit 10 oder 20 000 Mann die französischen Küsten zu harassiren. Es würde das meine Erwartungen übertreffen. Aber der Continentalkrieg gegen die Landheere Frankreichs und Rußlands würde der Hauptsache nach auf den Schultern Deutschlands ruhn. Die 4 letzten Armeecorps des Bundesheeres haben an sich nicht die Kriegstüchtigkeit der Armee einer Großmacht, und wieviel davon auf u n s r e r Seite stehn würde, das könnte nur der Erfolg lehren. Auf der Basis von Rußland, Östreich und Preußen würde der Bund so ziemlich zusammenhalten, weil er an den schließlichen Sieg der erstern, mit oder ohne Mittelstaaten, glaubte; in einem so fraglichen Falle aber, wie ein Krieg nach Osten und Westen zugleich, würden die Fürsten, au fur et à mesure daß sie nicht in der Gewalt unsrer Bajonette wären, sich durch Neutralitätsverträge sichern, wenn sie nicht gegen uns im Felde erscheinen. Ich kann versichern, daß kaum unter meinen Collegen jemand ist, der für den Fall einer e r n s t e n Gefahr, wie sie in dem Bündniß Frankreichs mit Rußland oder mit Östreich läge, den Bundesverträgen irgend welchen Werth beilegt. Von den dirigirenden Ministern von Baiern, Würtemberg, Baden, Darmstadt, Nassau habe ich es im vorigen Jahre zur vollsten Evidenz erfahren können, daß sie es für ihre ehrliche Pflicht halten, den Bund aufzugeben, wenn das Interesse oder gar die Sicherheit des eignen Fürsten und Landes durch Festhalten am Bunde gefährdet wäre. Manche der Fürsten mögen den besten Willen haben; aber von welchen läßt sich wohl erwarten, daß sie, gegen den Rath ihrer Minister, gegen die Bitten ihrer Unterthanen, ihr Land den Drangsalen des Krieges preisgeben und ihre Schlösser bis zur Wiedereroberung mit dem Aufenthalt im preuß.-östr. Lager vertauschen! Sie werden sich leicht über-

zeugen, daß die Pflichten gegen ihre Unterthanen höher stehn, als die gegen den Bund, daß so mächtige Herrn, wie die Kaiser von Rußland und Frankreich, sie schließlich nicht fallen lassen werden und daß im allerschlimmsten Falle Östreich und Preußen sich gegenseitig nichts gönnen und weder Baiern im Rieder Vertrag,[4]) noch die Rheinbundstaaten überhaupt 1813 und 14 zu kurz kamen. Der Rheinbund hatte seine Lasten, aber die für einen Fürsten besonders verdrießliche constitutionelle Unbequemlichkeit war wenigstens nicht darunter, und jeder beglückte seine Unterthanen in seiner Weise, wenn er nur die nöthigen Truppen an Frankreich lieferte. Diese Dienstbarkeit hatte ihre schätzbaren Fleischtöpfe und war für die Fürsten nicht so beschwerlich, daß sie, um sich ihr zu entziehn, Land und Leute hätten aufs Spiel setzen und wie jener Kaiser in Bürgers Gedicht, „in Hitz' und in Kälte, im Kriegesgezelte, bei Schwarzbrot und Wurst, bei Hunger und Durst", um ihre und Deutschlands Freiheit hätten werben sollen. Daß die Nachfolger der Rheinbundfürsten eine wesentlich andre Gesinnung nicht belebt, davon habe ich, in aller Devotion vor den Mitgliedern des Durchlauchtigsten Bundes, für meine Person mich in den letzten Jahren hinreichend überzeugen können, und nicht bloß die Furcht vor dem Verlust der gewohnten fürstlichen Existenz, nicht bloß die Leidenscheu, auch der saevus habendi cupido manches ziemlich kleinen Herrn wird am Tage der Prüfung den Bund zu Fall bringen. Mit einer Million Soldaten der heiligen Allianz im Rücken mag der Bund haltbar genug aussehn; wie die Sachen jetzt liegen, besteht[5]) er aber nach meiner pflichtmäßigen Überzeugung eine wirkliche Gefahr von außen nicht. Es bedarf, um das Ausland darüber aufzuklären, gar keiner Reisen von Pfordten und Beust nach Paris und keiner Minister wie Dalwigk; es bedarf auch keiner besondern Verführung, die Ratten aus dem Hause zu locken, wenn es den Einsturz droht. Die fremden Gesandten hier hören es mit sarkastischer Höflichkeit an, wenn gelegentlich von „Bundeskrieg" im großen Style gesprochen wird, und wir Bundestagsgesandte bedürfen der Ernsthaftigkeit der römischen Augurn von guter Schule, um unsre Bundeskriegsverfassung mit gehöriger Gründlichkeit zu revidiren. Es wäre vielleicht früher auch nicht anders gewesen, wenn die heilige Allianz früher zerfallen wäre; daß aber jetzt die innre Morschheit des Bundes so zur Anschauung und zum Bewußtsein bei Aus- und Inland gekommen ist, das danken wir insbesondre dem Verhalten Östreichs in den beiden letzten Jahren, wie es im Dezembervertrage und in der Note vom 14. Januar seinen Culminationspunkt fand.

Der Bund könnte sich auch ohne Verfassungsbruch aus einem Kriege seiner Großmächte frei halten, wenn ⅓ des Plenum (etwa Frankfurt, Nassau, Luxemburg, Holstein, Gr. Hessen, Baden, Würtemberg, Baiern) der Kriegserklärung nicht zustimmten. Aber das wagen sie nicht; sie votiren lieber, und lassen uns dann nach Bedürfniß sitzen.

Können wir nun nöthigenfalls im Bunde mit Östreich uns gegen Osten und Westen wehren, wenn dem letztern Sardinien, wahrscheinlich die belgische Armee und ein Theil des deutschen Bundes zutritt? Wenn alles wäre, wie es sein sollte, so würde ich daran nicht verzweifeln. Aber der Kaiser Franz Joseph ist nicht in demselben Maße Herr seines Landes und seiner Unterthanen, wie unser allergnädigster Herr. Östreich ist in der Offensive nicht zu verachten; es mag mehr als 200 000 Mann guter Truppen außer Landes verwenden können und noch genug zu Hause behalten, um seine Italiäner, Magyaren und Serben nicht aus dem Auge zu lassen. Auf der Defensive aber im eignen Lande von Osten und Westen angegriffen, halte ich das heutige Östreich für sehr schwach, und leicht kann

[4]) Vertrag zu Ried zwischen Österreich und Bayern vom 8. Oktober 1813.
[5]) Verbessert aus „übersteht".

auf den ersten glücklichen Stoß des Gegners ins Innre das ganze künstliche Bauwerk seines centralisirten Schreiberregiments[6]) wie ein Kartenhaus zusammenfallen. Aber wenn ich auch von dieser Gefahr absehe, so liegt die größere darin, daß die Seele eines preuß.-östr. Bündnisses, auch in der größten gemeinsamen Gefahr, das Gegentheil von alle dem sein würde, was ein Bündniß fest macht. Gegenseitiges politisches Mißtrauen, militärische und politische Eifersucht, der Argwohn des Einen, daß der Andre in Separatverträgen mit dem Gegner bei gutem Glück die Vergrößerung des Bundesgenossen zu hindern, bei schlechtem sein eignes Heil zu sichern suchen werde; das alles würde zwischen uns jetzt stärker und lähmender sein, als in irgend einem schlecht assortirten Bündniß der Vergangenheit. Kein General würde dem andern den Sieg gönnen, bis es zu spät wäre. Wir haben in unsrer Geschichte die Verträge von Vossem[7]) und St. Germain[8]), die Erinnerung an unser Schicksal auf dem Wiener Congreß, welche uns berechtigen, gegen die Erfolge östreichischer Bundesgenossenschaft mißtrauisch zu sein, und die Politik der beiden letzten Jahre beweist uns, daß die perfiden[9]) Practiken in Wien nicht aus der Übung gekommen sind. Vielleicht würde man uns Garantien durch einen Personalwechsel geben wollen, nachdem Buol ohnehin Glauben und Vertrauen bei allen Cabineten eingebüßt hat; aber die traditionelle Politik Östreichs und seine Eifersucht gegen uns würde damit nicht beseitigt sein, und ich könnte dem alten Fuchs im neuen Pelz ebensowenig trauen, wie bisher im räudigen Sommerhaar. Nach der Wiener Politik ist einmal Deutschland zu eng für uns beide; so lange ein ehrliches Arrangement über den Einfluß eines jeden in Deutschland nicht getroffen und ausgeführt ist, pflügen wir beide denselben streitigen Acker, und so lange bleibt Östreich der einzige Staat, an den wir nachhaltig verlieren und von dem wir nachhaltig gewinnen können. Durch das Concordat und was daran hängt, ist diese historisch nothwendige Reibung neu geschärft und die Verständigung neu erschwert. Wir haben auch ohne das aber eine große Zahl streitender Interessen, die keiner von uns aufgeben kann, ohne auf die Mission, an die er für sich glaubt, zu verzichten, und die durch diplomatische Correspondenz im Frieden nicht entwirrt werden können. Selbst der schwerste Druck von außen, die dringendste Gefahr der Existenz beider, vermochte 1813 und 49 dies Eisen nicht zu schmieden. Der deutsche Dualismus hat seit 1000 Jahren gelegentlich, seit Carl V. in jedem Jahrhundert, regelmäßig durch einen gründlichen innern Krieg seine gegenseitigen Beziehungen regulirt, und auch in diesem Jahrhundert wird kein andres als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf ihre richtige Stunde stellen können[10]).

Ich beabsichtige mit diesem Raisonnement keineswegs zu dem Schlusse zu gelangen, daß wir jetzt unsre Politik darauf richten sollten, die Entscheidung zwischen uns und Östreich unter möglichst günstigen Umständen herbeizuführen. Ich will nur meine Überzeugung aussprechen, daß wir in nicht zu langer Zeit für unsere Existenz gegen Östreich werden fechten müssen[11]), und daß es nicht in unsrer Macht liegt, dem vorzubeugen, weil der Gang der Dinge in Deutschland keinen andern Ausweg hat. Ist dieß richtig, was allerdings mehr Frage des Glaubens als des Beweisens bleibt, so ist es auch für Preußen nicht möglich, die Selbstverläugnung so weit zu treiben, daß wir die eigne Existenz einsetzen, um die Integrität von Östreich zu schützen, und zwar in einem, m. E.

---

[6]) Bei Poschinger steht: des centralisirten Schreiberregiments von Bach und Buol.
[7]) Friede von Vossem, 6. Juni 1673.
[8]) Friede von St. Germain, 29. Juni 1679.
[9]) Poschinger druckt: welschen.
[10]) Die Worte: „und auch in diesem Jahrhundert usw." bis Satzschluß bei Poschinger gesperrt.
[11]) Die Worte: „in nicht zu langer Zeit usw." bis „müssen" bei Poschinger gesperrt.

hoffnungslosen Kampfe. Unter den Schwächen, mit welchen unsre Seite in diesem Kampfe behaftet sein würde, habe ich obenein derjenigen nicht erwähnt, welche in den eignen Verhältnissen Englands liegen. Seit der Reformbill[12]) hat die erbliche Weisheit der frühern Tage noch nicht wieder die Leidenschaften eines ungeordneten Parteigetriebes lichten können, und wo Zeitungsartikel mehr zu bedeuten haben, als staatsmännische Erwägungen, da ist es mir nicht möglich, Vertrauen zu gewinnen. Die insularische Sicherheit macht es England leicht, einen continentalen Bundesgenossen je nach dem Bedürfniß der brittischen Politik fallen oder sitzen zu lassen, und ein Ministerwechsel reicht zur Bewirkung und Rechtfertigung des Revirements hin, wie Preußen das im siebenjährigen Kriege erlebt hat. Die gegenseitige Abneigung und die gleichmäßige Arroganz Östreichs und Englands, der politische und religiöse Gegensatz würden ein Bündniß beider vielfach lockern und lahm legen.

Und wenn wir wirklich gegen ein französisch-russisches Bündniß siegreich blieben, wofür hätten wir schließlich gekämpft? Für die Erhaltung des östreichischen Übergewichts in Deutschland und der erbärmlichen Verfassung des Bundes; dafür können wir doch unmöglich unsre letzte Kraft ein- und unsre Existenz aufs Spiel setzen. Wollten wir aber in dieser Beziehung Änderungen zu unsern Gunsten in Gemeinschaft mit Östreich durchsetzen, so würde es uns gehen wie 1815, und Östreich würde seine Verträge von Ried und Fuld[13]) zur rechten Zeit abgeschlossen haben und am Ende vom Liede sich durch Verträge mit dem Gegner in die Lage bringen, uns wie damals den Kampfpreis nach Belieben zuzumessen. Jede Perfidie[14]) wird es jetzt wie früher ausüben, um Preußen nicht zu einer höhern Geltung in Deutschland gelangen zu lassen und uns unter dem Drucke unsrer dermaligen geographischen Lage und einer ungünstigen Bundesverfassung zu erhalten.

Wenn ich hier Eventualitäten und Phantasiebilder ausmale, welche sich vielleicht niemals realisiren, so will ich damit vorzugsweise nur meine Behauptung rechtfertigen, daß Östreich selbst die Chancen eines Deutsch-preuß.-Englischen Bündnisses gegen Rußland und Frankreich nicht acceptiren wird, weil sie zu unsicher, zu schwach sind. Wenn es also wahr ist, was man hier erzählt, daß Östreich schon in München Garantieverträge wegen Italien angeregt habe, daß es bei uns Ähnliches beabsichtige, daß Graf Buol zu diesem Zwecke Hanover und Dresden besucht habe, so glaube ich nicht, daß dem der Gedanke zu Grunde liegt, Deutschland fest um sich zu schaaren und dann einer Welt in Waffen zu trotzen; sondern das Wiener Cabinet wird unsre und andre etwaige Zusicherungen lediglich diplomatisch ausbeuten, um sich mit Frankreich und, wenn es sein kann, mit Rußland beßre Bedingungen einer Verständigung auf unsre Kosten zu verschaffen. Es wird den Don Juan bei allen Cabineten spielen, wenn es einen so stämmigen Leporello wie Preußen produciren kann, und getreu dieser Rolle wird es stets bereit sein, sich auf unsre Kosten aus der Klemme zu ziehn und uns darin zu lassen. Bleibt Frieden, so wird es uns, aus Dankbarkeit für unsre bundesfreundliche Gesinnung, im Punkte der Solidarität der deutschen Interessen beim Worte zu halten suchen, um uns den Zollverein aus der Hand zu winden. Wird Krieg, so wird es sich durch alle in seiner Tasche befindlichen Garantie-Verträge nicht abhalten lassen, sich mit ebensoviel Geschmeidigkeit als Unverschämtheit auf der Seite anzudrängen, wo es die beste Aussicht auf Vortheil hat und namentlich auf Herrschaft

---

[12]) Die Parlamentsreform vom Jahre 1832.
[13]) Vertrag von Fuld vom 2. November 1813 zwischen Österreich und Württemberg.
[14]) Poschinger hat: Jedes Mittel wird recht sein.

in Deutschland, deren es bei seiner dermaligen germanisirenden Centralisation mehr als früher bedarf.

Ich bin überzeugt, daß jene Gerüchte von Garantie-Verträgen ihren Ursprung nur in etwaigem guten Willen Östreichs haben. Letztres kann selbst nicht glauben, daß wir oder Baiern uns zu einem so durchaus einseitigen[15]) Geschäfte in einem Augenblick hergeben werden, wo die Situation noch völlig unklar, keine Gefahr indicirt, keine Gruppirung gebildet ist. Wir würden ja damit nichts erreichen, als, gebunden an einen so unberechenbaren und übelwollenden Passagier wie Östreich, in das unbekannte Land der Zukunft hinein zu reisen. Im Jahre 1851, besonders zu Anfang, lagen die Gefahren eines Debordirens der Revolution aus Frankreich und Italien noch näher, und es war eine Solidarität der Monarchien gegen diese Gefahr vorhanden, welche unsern Mai-Vertrag[16]) ganz natürlich herbeiführte; eine ähnliche Situation würde erst wieder da sein, wenn das französische Kaiserthum gestürzt wäre. So lange es steht, handelt es sich nicht um Abwehr der Demokraten, sondern um Cabinets-Politik, bei der die Intressen Östreichs eben nicht mit den unsrigen zusammenfallen. Ein ähnlicher Vertrag, zum Schutz Italiens jetzt abgeschlossen, würde nur den Effect einer vorzeitigen Provocation Frankreichs und einer Abkühlung Rußlands gegen uns haben. Das läge ganz in Östreichs Interesse, und man würde in Wien schon dafür sorgen, daß die Thatsache in Petersburg und Paris nicht unbekannt bliebe; die Schuld der Indiscretion würde dann obenein auf uns geschoben. In allem aber, was Östreich ohne uns zu thun die Lust und die Fähigkeit hat, würde es sich durch den besten Garantie-Vertrag Preußens und Deutschlands nicht irre machen lassen. Hat es doch den Aprilvertrag von 54 zu nichts Anderm benutzt, als um ihn in seinem Interesse moussiren zu lassen, uns schlecht zu behandeln und eine ebenso doppelzüngige als unweise Politik zu betreiben; den Dezembervertrag aber heimlich abzuschließen und es mit jedem Andern je nach eignem Vortheil zu halten, hat es sich durch unsre Garantien nicht hindern lassen. Wäre der Calcül des Grafen Buol nicht an dem Thronwechsel in Rußland und der in Wien offenbar unerwarteten Nachgiebigkeit des Kaisers Alexander gescheitert, so hätten wir Östreichs Dank gegen uns für den April-Vertrag wohl noch anders kennen gelernt, als in dem heimlichen Widerstande gegen unsre Zuziehung zu den Conferenzen.

Meines g. Dafürhaltens ist unsre Lage, als die eines gesuchten Bundesgenossen, eine günstige, so lange neue politische Gruppirungen sich noch nicht zu scharf zeichnen, so lange ihre Thätigkeit eine diplomatische bleibt, und ein gutes Vernehmen mit den Einen nicht den Bruch mit den Andern involvirt. Käme es aber zur Verwirklichung einer russisch-französischen Allianz mit kriegerischen Zwecken, so können wir meiner Überzeugung nach nicht unter den Gegnern derselben sein, weil wir da wahrscheinlich[17]) unterliegen, vielleicht[17]), pour les beaux yeux de l'Autriche et de la Diète, uns siegend verbluten würden.

Um uns jede Chance offen zu erhalten, scheint für den Augenblick ja nichts erforderlich, als vielleicht etwas mehr kostenlose Freundlichkeit gegen Louis Napoleon und Ablehnung jedes Versuches, uns gratuitement[18]) und vor der Zeit an das Schlepptau eines Andern zu fesseln. Bei der Ratification des Friedens wird ohne Zweifel ein Ordens-Austausch der Souveräne stattfinden, und es würde für uns wohl nicht von practischem Nutzen

[15]) Bei Poschinger ist: „einseitigen“ gesperrt.
[16]) Der Vertrag vom 16. Mai 1851. Vgl. Bd. I S. 416 und 447.
[17]) „Wahrscheinlich“ und „vielleicht“ bei Poschinger gesperrt.
[18]) „gratuitement“ von Poschinger gesperrt.

sein, wenn wir uns von dieser wohlwollenden Demonstration Paris gegenüber ausschlössen, oder uns erheblich später als Andre dazu herbeiließen. Es ist gewiß, daß Louis Napoleon an seinem neuen Hofe und nach seinen persönlichen Dispositionen das Eingehn oder Ausbleiben dieses Freundschaftsbeweises höher anschlägt, als die Träger alter Kronen pflegen.

Verzeihn E. E. daß ich soviel Conjectural-Politik über Kriege und Bündnisse mache, die noch in das Gebiet der Träume gehören; aber ich muß die Eventualitäten in das Gebiet meiner Betrachtung ziehn, um meine g. Ansicht von der Gegenwart zu motiviren. E. E. werden es vielleicht als ein Glück ansehn, daß der Postschluß mich nöthigt, diesen unbescheiden langen Brief hier abzubrechen, obschon mich noch ein residuum meiner Betrachtungen über die unerschöpfliche Frage kitzelt, Ihre Geduld noch ferner in Anspruch zu nehmen. So aber will ich nur hinzufügen, daß Rechberg noch immer nicht aufstehn kann, in Folge eines Schlages, welchen er von dem Pferde unsres französischen Collegen erhielt, als er vorigen Mittwoch mit diesem und mir ausritt. Wenn er abergläubisch ist, so kann er ein politisches Augurium darin sehn. Mit unbegränzter Verehrung verharre ich . . .

153 Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. April 1856.

Die Abstimmung über den von dem handelspolitischen Ausschuß gestellten Antrag wegen Niedersetzung einer mit Ausarbeitung eines allgemeinen Handelsgesetzbuchs zu beauftragenden Kommission war auf die Tagesordnung der 14. Bundestagssitzung vom 17. d. M. gesetzt worden. . . . Da 13 Stimmen instruiert waren, dem Ausschußantrage beizutreten, so war dessen Annahme gesichert, und ich beschränkte mich deshalb, ebenso wie diejenigen meiner Kollegen, die noch nicht instruiert waren, um so mehr darauf, mir das Protokoll offen zu halten, als wir uns schon nach München hin mit der Niedersetzung der fraglichen Kommission einverstanden erklärt hatten.

Wenn mich der h. Erlaß vom 21. d. M. anweist, dem bayerischen Antrage nicht zuzustimmen, so würde Preußen mit einem solchen dissentierenden Votum allein stehen. Ich brauche nicht darauf einzugehen, welchen Eindruck ein solcher Widerspruch auf die übrigen Bundesregierungen machen und zu welchen falschen Deutungen er Anlaß geben würde. E. E. wollen mir gestatten, auf die bisherigen diesseitigen Verhandlungen über die bayerischen Anträge Bezug zu nehmen. Wie wenig es den Interessen Preußens entspricht, über gemeinnützige Angelegenheiten der in Rede stehenden Art hier am Bunde zu verhandeln und die Freiheit der Bewegung in der inneren Gesetzgebung durch Bundesbeschlüsse beschränken zu lassen, habe ich bereits in den Berichten vom 26. November v. und 2. Januar d. J. hervorgehoben. E. E. waren mit mir indessen darin einverstanden, daß es sich für unsere politische Stellung nicht empfehle, dem fast allseitig geteilten Streben nach Konsolidation der deutschen Gesetzgebungen über die in Rede stehende gemeinnützige Angelegenheit am Bunde von vornherein direkt entgegenzutreten, daß es vielmehr ratsam sei, darauf, unter sachlicher Festhaltung unserer Gesichtspunkte, formell bereitwillig einzugehen. In diesem Sinne äußerten E. E. in dem Erlasse an den Freiherrn von Bockelberg vom 20. Januar c., wie wir in bezug auf die Frage einer allgemeinen deutschen Handelsgesetzgebung damit einverstanden seien, daß für diesen Zweck in ähnlicher Weise,

wie es früher in betreff des Wechselrechts gehalten worden, zunächst eine Kommission von Sachverständigen niederzusetzen wäre, welche einen Gesetzentwurf auszuarbeiten hätte, daß man demnächst diese Arbeit den einzelnen Bundesregierungen zur Prüfung mitteilte und solchergestalt die weitere Beschlußnahme in der von Herrn von der Pfordten näher angedeuteten Weise vorbereitete.

Erst nachdem die bayerische Regierung sich dieses unseres Einverständnisses versichert, hat sie den in Rede stehenden Antrag eingebracht, davon ausgehend, daß derselbe sich auch in der Bundesversammlung derselben Zustimmung von unserer Seite zu erfreuen haben würde. Wir haben es damals im Interesse unserer politischen Stellung für ratsam gehalten, jene Entwürfe Sr. M. des Königs von Bayern äußerlich nicht zurückzuweisen. Aber ich selbst würde auf das lebhafteste beklagen, wenn auf diesem Felde anders als durch die Initiative eines preußischen Entwurfs etwas zustande käme, und würde es als einen politischen Fehler betrachten, wenn durch das Resultat der bisherige Schwerpunkt aus dem preußischen Zollvereinsprimat in die Bundesversammlung und deren Präsidium verlegt würde. Ich bin daher auch, wie aus meinen früheren Berichten hervorgeht, niemals der Ansicht gewesen, daß hier am Bunde die bayerischen Anträge einen praktischen Erfolg haben sollten. Allein ich glaube, wir können das mit mehr Schonung der Stimmung Bayerns und anderer unserer Bundesgenossen und mit mehr Berücksichtigung unserer eigenen Antezedentien in der Sache erreichen, indem wir es später noch immer in der Hand haben, uns herauszuziehen und die Resultatlosigkeit der Anträge zu sichern. Wir dürften übrigens auch kaum imstande sein, die beabsichtigte Verhandlung der Sache zu verhindern, wenn man von anderer Seite auf derselben bestände. Denn jedem Bundesgliede steht es nach Artikel 64 der Wiener Schlußakte frei, Vorschläge zu gemeinnützigen Anordnungen an die Bundesversammlung zu bringen, und letzterer liegt ob, wenn sie sich von der Zweckmäßigkeit und Ausführbarkeit solcher Vorschläge nur im allgemeinen überzeugt, die Mittel zur Vollführung derselben in sorgfältige Erwägung zu ziehen und ihr anhaltendes Bestreben dahin zu richten, die erforderliche freiwillige Vereinbarung unter den sämtlichen Bundesgliedern zu bewirken. Hienach bedarf es nur zur definitiven Annahme gemeinnütziger Anordnungen, nicht aber zu dem Beschlusse, dieselben in Erwägung zu ziehen, der Stimmeneinhelligkeit, und der Beschluß vom 17. d. M. hätte nicht verhindert werden können, selbst wenn demselben von einer oder mehreren Seiten widersprochen worden wäre. Einen Protest gegen denselben würde also auch eine starke Minorität mit Erfolg nicht haben einlegen können.

Es läßt sich annehmen, daß es für Österreich und seine Pläne durchaus erwünscht sein würde, wenn wir uns von der Teilnahme an jener technischen Kommission, mit deren Niedersetzung alle übrigen Bundesglieder einverstanden sind, fernhielten. Daß die Kommission deshalb nicht ins Leben treten sollte, ist nach den Absichten Österreichs, nach der Stimmung Bayerns und der meisten Mittelstaaten und nach den Schritten, welche die Bundesversammlung bereits in dieser Richtung getan hat, auf keinen Fall zu erwarten. Es würde daher von der technischen Kommission mutmaßlich ein österreichisch-bayerisch-sächsisches Elaborat zutage gefördert werden, welchem Preußen als Hindernis der Einigung Deutschlands gegenüberstände, und diese Sachlage würde von Österreich zur Bearbeitung des Terrains für seine Zolleinigungspläne bei den übrigen Regierungen mit Erfolg benutzt werden.

Zunächst ist an sämtliche Bundesregierungen das Ersuchen gerichtet, sich zu äußern, ob sie zu einer mit Ausarbeitung eines Handelsgesetzbuches zu beauftragenden Kommission

Rechtsgelehrte oder Sachverständige abzuordnen geneigt sind. Die Bereitwilligkeit hiezu von Hause aus vollständig abzulehnen, würde uns, m. u. U. n., nicht nur in amtlichen Widerspruch mit unserer bisherigen Stellung, sondern auch in der angedeuteten Richtung in eine nach mehreren Seiten hin bedenkliche Lage bringen.

Dagegen scheint mir nichts präjudiziert und die Konsequenz unsers bisherigen fingierten, wie des wirklichen Verhältnisses zur Sache gewahrt,[1]) wenn wir in unserem Votum den bisherigen Ausdruck unsers Interesses für die Angelegenheit ungeschwächt aufrecht erhalten, dabei aber aus sachlichen Gründen dartun, daß die Zeit des Zusammentrittes einer Kommission noch nicht gekommen sei. Die Sorgfalt, welche unsererseits in der Vorbereitung eines Entwurfs, in der praktischen Prüfung desselben und in den langjährigen Vorarbeiten angewendet wird, kann, in der Abstimmung richtig hervorgehoben, nur einen unverfänglichen und günstigen Eindruck machen, und die übrigen Regierungen müssen es im allgemeinen Interesse wünschenswert finden, wenn wir uns nur nach vollständiger Reifung und Berichtigung der eigenen Auffassung zur Instruktion und Abordnung eines Kommissarius entschließen, in einem vorzeitigen Zusammentritt der Kommission aber nur die Gefahr einer vielseitigen Verworrenheit ihrer Verhandlungen erblicken. Wenn wir dabei erklären, daß wir unsererseits bei dem Ernste, welchen wir der Angelegenheit widmen, zur Instruierung eines Kommissarius erst nach dem nunmehr bald zu gewärtigenden Abschluß der seit Jahren betriebenen umfangreichen Vorarbeiten schreiten können, und dabei zugleich einen geeigneten Aufschluß über die Motive dieser Vorarbeiten geben, so scheint mir, daß wir dadurch aus dem vorgezeichneten Geleise der Entwickelung außerhalb des Bundes noch nicht heraustreten und dennoch weder den üblen Willen unserer Bundesgenossen reizen, noch Österreich zur Ausbeutung desselben das Feld geben. Im Gegenteil würde die Abstimmung sich wohl so formulieren lassen, daß dem Ernst, mit welchem wir die Sache behandeln, die warme Anerkennung der übrigen nicht fehlen könnte.

E. E. bitte ich g. g., mich in diesem Sinne behufs Abgabe des vorbehaltenen Votums mit Instruktion hochgen. versehen zu wollen, und behalte mir vor, den Entwurf zu einer diesfälligen Abstimmung morgen einzureichen.

154. Bericht vom 1. Mai 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Beschwerde Nassaus gegen das Großherzogtum Hessen wegen Störung der Schiffahrt auf dem Rhein. — Vgl. Poschinger II, Nr. 193. Dort sind in Zeile 3 des Abdruckes hinter der Jahreszahl 1842 ausgefallen die Worte: als auch im Schoße der Rheinschiffahrtskommission (Sitzung vom 20. Sept. 1842).

155. Bericht an Minister v. Manteuffel.

(Ausfertigung.)

5. Mai 1856.

Die Schritte, welche E. E. infolge des von Herrn von Holzhausen bei der Abstimmung in der orientalischen Angelegenheit am 21. Februar c. namens der 16. Kurie abgegebenen Votums getan haben, scheinen bereits insofern einen Erfolg gehabt zu haben, als der Präsident der Fürstlich waldeckischen Regierung, Winterberg, im Auftrage des Fürsten die vertrauliche Anfrage an Herrn von Eisendecher gerichtet hat, ob er zur Übernahme der

[1]) Die Worte: „und die Konsequenz — gewahrt“ fehlen bei Poschinger.

Stimme für Waldeck bereit, und ob dieselbe zulässig, indem der Fürst Herrn von Holzhausen, zu dem er kein Vertrauen habe, jene Stimme zu entziehen entschlossen sei.

Herr von Eisendecher hat mir hiervon vertraulich Mitteilung gemacht, zugleich um meine Meinung zu hören, ob ich eine solche dauernde Vertretung eines Staates durch den Gesandten einer anderen Kurie für zulässig halte. Ich vermag in den Grundgesetzen des Bundes ein Verbot nicht aufzufinden, daß ein Gesandter mehrere nicht zu einer Kurie gehörende Staaten gleichzeitig in der Bundesversammlung vertrete, und spricht für die Zulässigkeit auch die Analogie des Herkommens bei der ehemaligen allgemeinen Reichsversammlung, wo Gesandte zugleich Bevollmächtigte mehrerer Fürsten waren[1].... Dringend wünschenswert erscheint es, daß bei Formulierung der Vota der 16. Kurie durch die Mitbeteiligung eines anderen, wo möglich Preußen ergebenen Gesandten den Willkürlichkeiten des Herrn von Holzhausen ein Hindernis geschaffen und uns ein Einblick in die Geschäfte der Kurie gewährt werde. *Daß dies gerade durch eine Übertragung an Herrn von Eisendecher in dem gewünschten Maße erreicht werden würde, muß ich nach dessen Antezedentien bezweifeln. Ich weiß indessen nicht, ob bei den persönlichen nahen Beziehungen, welche zwischen ihm und dem Präsidenten Winterberg zu bestehen scheinen, auf den letzteren eine Einwirkung in einem anderen Sinne unsererseits sich ausüben ließe. Ist dies jedoch nicht der Fall und die fürstliche Regierung nicht zu bestimmen, ihre Vertretung auf eine uns befreundete Persönlichkeit, etwa Herrn v. Fritsch oder Herrn v. Oertzen, zu übertragen oder aber sich selbständig durch einen uns ergebenen Gesandten vertreten zu lassen, so müßte es immerhin vorzuziehen sein, selbst in der Person des Herrn von Eisendecher ein neues Element in die 16. Kurie zur Erschwerung der Operationen des Herrn v. Holzhausen hineinzubringen.*

Vielleicht folgen einer oder mehrere Staaten dem Beispiele Waldecks, wenn nur erst eine Regierung vorangegangen ist, dem Herrn von Holzhausen aus Mangel an Vertrauen die Vollmacht zu entziehen.

Auch der Gesandte von Schaumburg-Lippe, Geheimer Kabinettsrat von Strauß, klagte neulich bei Gelegenheit einer Privatunterhaltung mit dem Legationsrat Wentzel über die Unzuverlässigkeit des Herrn von Holzhausen und sprach den Wunsch aus, daß von preußischer Seite auf Feststellung der von demselben bei dem Votum vom 21. Februar c. unzweifelhaft begangenen Fälschung und auf eine sorgsamere Überwachung dieses Gesandten hingewirkt werden möchte. Auf die Bemerkung des Legationsrats Wentzel, daß eine solche Kontrolle den beteiligten Regierungen sehr leicht sein müßte, daß es aber allerdings ein eigentümliches Verhältnis sei, wenn dieselben zu dem für sie so wichtigen Posten eines Bundestagsgesandten einen Mann unterhielten, zu dem sie nicht nur kein Vertrauen hätten, sondern von dem sie sogar wüßten, daß er gegen die ihm erteilten Instruktionen handele, äußerte Herr von Strauß, daß einerseits der Geldpunkt, andererseits die Schwierigkeit, sich über einen neuen gemeinschaftlichen Gesandten zu verständigen, dem fast allseitig gefühlten Bedürfnis entgegenstände. Denn Herr von Holzhausen habe im Jahre 1841 den Gesandtenposten als Mindestfordernder erhalten, jeder der 9 Staaten habe 777 fl. zu seinem Gehalt von 7000 fl. übernommen, welches für einen nicht vermögenden Gesandten unzulänglich sei. Seitdem wären die beiden Hohenzollernschen Fürstentümer aus der Kurie ausgeschieden, so daß die übrigen Staaten bei einer neuen Besetzung desto

[1]) Folgen Ausführungen über die staatsrechtliche Zulässigkeit eines solchen Verfahrens.

mehr zu zahlen haben würden. Man habe früher an ihn, Herrn von Strauß, gedacht, doch wisse er wohl, daß er bei einzelnen Mitgliedern der Kurie Anstand finden würde, übrigens halte er 14 000 fl. für das Minimum, womit ein Gesandter hier standesmäßig leben könne, und selbst mit dieser Höhe des Gehaltes würde kaum eine Regierung einverstanden sein. Übrigens halte er den jetzigen Zeitpunkt zu einer Neuwahl schon deshalb für ungünstig, weil Österreich alles aufbieten würde, die Majorität der Kurie, welche zur Wahl hinreiche, auf den F. Liechtensteinschen Gesandten von Linde zu vereinigen, dessen Gehalt die kaiserliche Regierung zu ersparen wünsche. (Bekanntlich ist Herr von Linde auf die Empfehlung des Grafen Thun von Österreich übernommen worden.) Sei Herr von Linde anderweit untergebracht, und Hessen-Homburg, was wohl binnen kurzem zu erwarten, ausgestorben, so werde eine Verständigung weit eher möglich sein.

So sehr auch Herr von Strauß bemüht ist, den Ruf eines treuen Schildträgers Österreichs und des kaiserlichen Präsidialgesandten von sich abzulehnen, so hat er doch in früherer Zeit von seinen Sympathien für Österreich vielfache Beweise gegeben, die bisher durch keine anderweiten Erfahrungen entkräftet sind, und ist es deshalb zweifelhaft, ob eine Ersetzung des Herrn von Holzhausen durch ihn als eine uns günstige Änderung anzusehen wäre. Denn selbst wenn wir auf die Mehrheit der Stimmen der 16. Kurie rechnen dürfen, so kann ein solches Übergewicht doch nicht selten durch die Persönlichkeit des Gesandten paralysiert werden, und würde bei Feststellung des Kuriatvotums Herr von Strauß mehr Geschick entwickeln können als der jetzige Gesandte, weil er klüger wie dieser ist, freilich aber auch möglicherweise zugänglicher für eine Einwirkung von unserer Seite, wenn sein Ehrgeiz von uns ins Interesse gezogen würde. Wenn es sich auch unter diesen Umständen für den Augenblick nicht empfiehlt, schon direkt auf Beseitigung des Herrn von Holzhausen hinzuwirken, so glaube ich doch, daß wir die Gelegenheit nicht versäumen sollten, uns die Möglichkeit hiezu zu sichern, indem wir so klar als möglich zu konstatieren suchen, daß er in der orientalischen Frage falsch gestimmt hat. Schwerlich würde sich hiezu so bald wieder eine Gelegenheit darbieten, bei welcher dies mit gleicher Sicherheit möglich wäre.

E. E. bitte ich deshalb g. g., mich seinerzeit hochgen. davon unterrichten zu wollen, ob die Schritte, zu denen E. E. Sich nach Inhalt des h. Erlasses vom 14. März c. veranlaßt gesehen, ein Resultat in der fraglichen Hinsicht ergeben haben.

156. Bericht vom 9. Mai 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Mitteilung des Pariser Friedensvertrages durch Österreich und Preußen. — Vgl. Poschinger II Nr. 195.

157. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

10. Mai 1856.[1])

E. E. habe ich vor einigen Tagen mit einer ohnehin sehr langen Elucubration über allgemeine Politik behelligt[2]), und wenn ich durch ein nochmaliges Zurückkommen auf die-

[1]) Außer bei Poschinger auch gedruckt im Bismarckjahrbuch II S. 74 ff. (dort nach dem Konzept). Bei Poschinger außer Fehlern auch Auslassungen.

[2]) Gemeint ist der „Prachtbericht" Nr. 152.

selbe Ihre Geduld ermüde, so erlaube ich mir zu meiner Entschuldigung anzuführen, daß der General von Gerlach mir schreibt[3]), er fände meine Auseinandersetzung nicht vollständig, indem ihr ein petitum, ein Gutachten über das, was nunmehr meiner Ansicht nach zu geschehn hätte, fehle. Ich bin allerdings am Schluß meines damaligen Schreibens mit der Zeit zu kurz gekommen, sonst würde ich meine Meinung noch deutlicher dahin formulirt haben, daß die dermalige Situation uns grade empfiehlt, unsre Politik, vor einer deutlichern Erkennbarkeit der Absichten der andern Mächte, nicht durch Entschlüsse oder gar Versprechungen fest zu legen. Denn sobald das geschehn ist, werden wir den Andern uninteressant, und die Werbung um uns macht bei denen, welchen wir nützen, einer undankbaren Sicherheit, bei ihren Gegnern einer feindseligen Haltung Platz. Wir vermögen es nicht, die gegenseitigen Beziehungen der übrigen Großmächte zu einander nach unsrer Wahl zu gestalten, aber wir können uns die Freiheit bewahren, die Gestaltungen, welche sich ohne unser Zuthun und vielleicht gegen unsre Wünsche entwickeln, nach den Anforderungen unsrer Sicherheit und unsrer Interessen zu benutzen. Unsre Beziehungen zu Rußland, England und Östreich sind von der Art, daß sie kein Hindernis für eine Annäherung an jede dieser Mächte bieten, wenn uns die Umstände eine solche rathsam erscheinen ließen. In Betreff Frankreichs findet zwar nicht das Gegentheil statt, aber die Keime einer gegenseitigen Entfremdung sind dort, nach den geschichtlichen und dynastischen Verhältnissen, in dem Maße vorhanden, daß nur eine sorgfältige Pflege unsrer Beziehungen uns die Fähigkeit bewahren kann, nach Umständen ebenso leicht mit Frankreich zu gehn, als mit jeder der drei andern genannten Mächte. Ich will damit nicht einem preußisch-französischen Bündnisse a priori das Wort reden; aber ich glaube, es bedarf keines Beweises, daß unsre Stellung an Gewicht verliert und die übrigen Cabinete anfangen werden, weniger Rücksicht auf uns zu nehmen, sobald aus dem Kreise der für Preußen möglichen Entschließungen die Chance eines Bündnisses mit Frankreich als gänzlich gestrichen anzusehn ist, und wir können außerdem wirklich, ohne daß wir es zu hindern im Stande wären, in Lagen gerathen, wo jene Chance von zwei Übeln jedenfalls das kleinste ist. Wird dies zugegeben, so folgt auch daraus, daß unsre Beziehungen zu Frankreich einstweilen von der Art sein müssen, daß sie uns jederzeit erlauben, dieser Macht, ohne Schaden und Demüthigung für uns, noch näher zu treten, und daß auch die andern Höfe den Eindruck behalten, daß uns diese Möglichkeit offen steht. Besonders für unser Verhältniß zu Östreich und den andern deutschen Höfen halte ich diesen Eindruck entscheidend. Von dem Augenblick an, wo ein östreichisch-französisches Bündniß, mit Ausschluß Preußens von demselben, zur Wahrheit würde, zweifle ich nicht, daß Östreich einen sehr hohen Ton uns gegenüber anstimmen und die deutschen Staaten keinen andern Compaß für ihre Politik mehr haben würden, als den der Angst vor Frankreich und Östreich. Sie gehn, wenn es Ernst wird, unter allen Umständen mit dem, der Frankreich für sich hat, und mit letztrem allein, wenn beide deutschen Großmächte gegen dasselbe stehn sollten. Mögen sie uns vorher versprechen und pactiren, was sie wollen, sie bleiben nur so lange bei uns, als unsre Truppen sie dazu nöthigen, und glauben weder an die Einigkeit Preußens und Östreichs, noch an den Bestand und das Glück einer solchen, wenn sie äußerlich momentan hergestellt würde.

Diese meine Ansicht scheint von dem Wiener Cabinet vollständig getheilt zu werden; Östreich sucht seine Sicherheit keineswegs in dem baufälligen Hause des Bundes, sondern

[3]) 5. Mai 1856, vgl. Briefe Leopold v. Gerlachs an Bismarck S. 193.

buhlt offen und mit jedem Mittel um die Freundschaft Frankreichs; seine offiziöse Presse prahlt mit dem Erfolg dieser Bestrebungen, weil man in Wien weiß, daß Östreich in dem Maße auf die deutschen Staaten und ihre Vota in Bundes- und Zollsachen zählen kann, als es diesen den Glauben an sein Bündniß mit Frankreich beibringen kann. Der Erzherzog Max, welcher heut hier ist, und dem zu Ehren Graf Rechberg eine Soirée giebt, hat bekanntlich den Grafen Mensdorf bei sich. Dieser Umstand wird von der östr. Regierungspresse ausdrücklich benutzt, um darzuthun, daß die Reise Sr. K. H. nach Paris politische Zwecke habe und zu Verhandlungen werde benutzt werden. Auf meine Collegen verfehlen diese Demonstrationen ihren Eindruck nicht, und wenn sie auch noch nicht daran glauben, daß die Reise des Erzherzogs bestimmt sei, den Besuch seines Bruders, des Kaisers, in Paris vorzubereiten und einzuleiten, so findet doch das andre Gerücht bei ihnen Anklang, nach welchem bei dieser Gelegenheit L. Napoleon disponirt werden soll, mit dem Kaiser von Östreich in Rom, zu den Füßen des heiligen Vaters, zusammen zu kommen. Mit noch mehr Bestimmtheit spricht man von einem bevorstehenden Besuche des Kaisers Alexander in Paris, welcher diesen Ausflug bekanntlich schon bei seiner letzten Anwesenheit als Thronfolger in Darmstadt, vor etwa 4 Jahren, von dort aus zu machen wünschte und die Erlaubniß dazu vom Kaiser Nikolaus erbeten und erhalten hatte[4]). Weshalb er damals unterblieb, habe ich vergessen. Reisende, die aus Paris kommen, erzählen, daß der Kaiser Napoleon gelegentlich zu Preuß. Offizieren, unter andern namentlich zu dem Erbprinzen von Reuß bei dessen Vorstellung, den Wunsch und die Hoffnung geäußert habe, die Preuß. Truppen bei einer Übung zu sehn. Da er nicht leicht etwas ohne Absicht und Vorbedacht spricht, so hat man daraus geschlossen, daß er gern eine Einladung nach Berlin haben möchte. Was daran ist, wird Hatzfeld natürlich besser wissen, als ich; wenn es aber richtig wäre, so würde ich in einem solchen Besuche einen sehr gelungnen Abschluß der preußischen Politik in der orientalischen Frage und eine eclatante Exempelprobe für deren Richtigkeit erblicken. Der Selbstbeherrscher[5]) der Franzosen hat dermalen eine so entscheidende Bedeutung in den Combinationen der europäischen Politik, und seine Freundschaft, oder auch nur der Credit des äußern Anscheins derselben, wird von den mächtigsten Monarchen so eifrig gesucht, daß es nicht bloß ein formeller Beweis von Anerkennung, sondern eine Thatsache von politischem Gewicht sein würde, wenn er nach der Ehre strebt, unserm allergnädigsten Herrn vor allen andern seinen Besuch zu machen, während die Kaiser von Östreich und Rußland vielleicht damit umgehn, ihm bis Paris entgegen zu kommen und nicht wenige andre Monarchen nur überlegen, wie sie ohne Nachtheil für ihre Stellung dem Beispiele des Königs von Würtemberg folgen können. Man mag es beklagen, daß es so steht, aber Thatsachen lassen sich nicht ändern, nur benutzen, und wie die Dinge einmal liegen, stellt sich ein Besuch des französischen Kaisers in Berlin als ein diplomatischer Gewinn, das Unterlassen der Einladung, falls die Velleität bei ihm wirklich vorhanden ist, als ein politischer Fehler, meiner unmaßg. Ansicht nach, dar.

Es scheint, daß die französischen Gesandschaften zu vertraulichen Aufklärungen über den Vertrag vom 15. April[6]) angewiesen sind. Wenigstens hat Montessuy mir und Andern, auf Grund einer vorgestern erhaltnen Weisung, gesagt, daß Frankreich schon im vorigen

[4]) Konzept hier und an anderen Stellen abweichend.
[5]) So.
[6]) Am 15. April 1856 war in Paris zwischen Frankreich, Österreich und England ein anfänglich geheim gehaltener Vertrag abgeschlossen, in dem die vertragschließenden Mächte die im Pariser Frieden am 30. März 1856 anerkannte Unabhängigkeit und Integrität der Türkei feierlich garantierten.

Jahre, bei Gelegenheit der Berathung über die von Östreich zu stellenden Friedenspropositionen, den beiden andern Contrahenten die Zusage ertheilt habe, später auf alle Fälle einen derartigen Vertrag zu schließen, es möchte zum Frieden kommen oder nicht, und daß Östreich und England nunmehr auf Erfüllung dieser Zusage gedrungen hätten. England erhält durch den Vertrag einen wenigstens formellen Beweis, daß die Verständigung zwischen Frankreich und Rußland nicht schon zu weit gediehn ist, und daß L. Napoleon der englischen Allianz noch zu bedürfen glaubt; Frankreich erreicht damit den Vortheil, den Riß zwischen Östreich und Rußland offen zu halten, und sichert sich gegen etwaige Neigungen des erstern, gelegentlich mit einem Ministerwechsel wieder auf den Boden der heiligen Allianz einzuschwenken, und Östreich hat durch den 15. April die Genugthuung, sich dem geängsteten Deutschen gegenüber nochmals mit dem Mantel westmächtlicher Wichtigkeit zu drapiren; für uns aber beweist der Vertrag, daß Östreich fortwährend das westliche Bündniß für vortheilhafter hält, als die deutsche Bundesgenossenschaft. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

158. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

27. Mai 1856.

E. E. geehrtes Reskript vom 24. c. Nr. 32[1]), die Verhandlungen der dänischen Herzogtümer betreffend, ist mir gestern, so wie das vom 8. c. Nr. 36 schon früher über Köln zugegangen. Ich habe inzwischen mit einem Teil meiner Kollegen, soweit es die Lage der Dinge zuließ, gelegentlich von dieser Angelegenheit gesprochen und die Überzeugung gewonnen, daß die große Mehrzahl derselben sich der Sache der Herzogtümer gegen die dänischen Bestrebungen sehr bereitwillig annehmen würden, wenn eine Verletzung des unter Mitwirkung des Bundes verbürgten Rechtszustandes klar nachgewiesen und durch Beschwerde von kompetenter Seite am Bunde anhängig gemacht wird. Als kompetent würden die Provinzialstände Lauenburgs oder Holsteins unzweifelhaft betrachtet werden, einzelne Mitglieder dieser Korporationen oder eine Minorität des Reichsrates der Gesamtmonarchie aber nicht. Im allgemeinen glaubt man hier nicht daran, daß eine Beschwerde eines der Herzogtümer erfolgen werde, besonders nachdem vor nicht langer Zeit mein dänischer Kollege nach mehreren Seiten hin vertraulich geäußert hat, daß er längere Zeit hindurch sehr in Sorge wegen derartiger Schritte der Herzogtümer gewesen sei, jetzt aber mit seiner Regierung die Überzeugung teile, daß keine Beschwerde erfolgen werde. Die Ansicht des K. Gesandten in Kopenhagen ist allerdings die entgegengesetzte, wie ich aus den g. wieder beigefügten Berichten desselben vom 29. April, 19. und 24. Mai entnehme. Die Broschüre, betitelt „Die Holsteinsche Provinzialständeversammlung gegen den Minister", bitte ich um die Erlaubnis, noch zurückbehalten zu dürfen, um davon bei meinen Kollegen geeigneten Gebrauch zu machen. Dieselbe ist besonders geeignet, um auf den Grafen Rechberg persönlich zu wirken. Bisher habe ich indessen mit ihm über die ganze Angelegenheit nicht gesprochen, weil ich als gewiß annehme, daß das Wiener Kabinett, welchen Anschein es sich auch in der Öffentlich-

[1]) Darin wurde zur Erwägung gestellt, ob es nicht angezeigt erscheine, daß Preußen im Interesse der Elbherzogtümer eine freundschaftlich warnende Verwendung in Kopenhagen einlege und den Wiener Hof einlade, sich Preußen hierin anzuschließen.

keit geben mag, diese Gelegenheit nur benutzen wird, um sich die dänische Regierung zu befreunden. Die Verdrießlichkeiten, welche Graf Hartig bei seinem Abgange von Kopenhagen gehabt hat, dürften in dieser, durch die österreichische Gesamtpolitik gebotenen Richtung kaum etwas ändern, und mit der entgegenstehenden öffentlichen Meinung in Deutschland wird man glauben, sich durch die üblichen Entstellungen in der Presse abfinden zu können.

Dagegen läßt sich von Bayern, sowohl nach der Stellung Bayerns zu den früheren Verhandlungen am Bunde, als auch nach den dermaligen Äußerungen des Freiherrn von Schrenck über die Stimmung am Münchener Hofe, eine entschiedene Parteinahme für die Rechte der Herzogtümer erwarten.

Nächstdem darf ich annehmen, daß Baden, Darmstadt, die sächsischen Herzogtümer, Braunschweig-Nassau, sowie die 15. und die 17. Kurie in erster Linie jeder Maßregel zum Schutz des deutschen Rechtes gegen Dänemark zustimmen werden. Wenn ich die übrigen Bundesregierungen nicht ausdrücklich nenne, so will ich damit nicht die Ansicht aussprechen, als ob sie sich für eine entgegengesetzte Richtung erklären könnten; nur glaube ich, daß einige unter ihnen in dem Falle mit mehr Vorsicht zu Werke gehen würden, wenn Österreich sich offen für Dänemark erklärte; weniger deshalb, weil gerade Österreich über ihre Sympathien geböte, als aus dem Grunde, daß sie ungern für Stände gegen eine Regierung Partei nehmen, wenn nicht ein allseitiges Einverständnis der übrigen vorhanden ist. Unter allen Umständen aber glaube ich, daß eintretenden Falles eine starke Majorität der Bundesversammlung sich der Sache der Herzogtümer, insoweit sie gerecht ist, auch dann annehmen würde, wenn Österreich sich auf die Seite der dänischen Partei stellte.

Nach dem, was ich aus den Berichten des Grafen Oriolla und aus den Debatten des Reichsrates entnehme, halte ich die Absicht der dänischen Regierung, sich von den mit dem Bunde vereinbarten Grundlagen loszumachen, für unzweifelhaft, und glaube auch, daß die Regierung auf diesem Wege tatsächlich schon Verletzungen ihrer Zusagen begangen hat, welche von der Mehrheit des Bundes für hinreichend qualifiziert zur Begründung diesseitigen Einschreitens gehalten werden würden, sobald eine Beschwerde über dieselben erfolgt. Die Richtigkeit dieser meiner Ansicht ist eine unumgänglich notwendige Prämisse für den günstigen Verlauf der eventuellen Verhandlung am Bunde. Denn so wenig ich daran zweifle, daß eine Beschwerde der Herzogtümer, deren Berechtigung nach Maßgabe der Verträge und des Bundesbeschlusses vom 29. Juli 1852 auf der Hand liegt, die große Mehrheit der Bundesversammlung für sich haben wird, so ist doch auf der anderen Seite gewiß, daß nur einige Mitglieder dieser Majorität bereitwillig und mit Behagen sich der Sache annehmen werden. Den meisten unter ihnen wird es nur willkommen sein, wenn ihnen eine Unklarheit in der Begründung der Beschwerde, ein Zweifel an dem Nachweis schon wirklich vorhandener Rechtsverletzung eine schickliche Gelegenheit zum Ausweichen bietet, ohne daß sie mit den eigenen Antezedentien und mit der öffentlichen Stimmung in Widerstreit zu geraten brauchen. Meiner unvorgr. Ansicht nach ist allerdings für Zweifel der Art kein Raum vorhanden, indessen kenne ich die Bestimmungen der Provinzialverfassungen der Herzogtümer in ihren Einzelheiten noch nicht und vermag mir daher kein Urteil darüber zu bilden, ob der Buchstabe derselben dem dänischen Ministerium juristische Waffen in die Hände gibt, um mit scheinbarem Rechte die im Jahre 1852 aufs neue verbürgten Institutionen dem Geiste nach, in welchem sie verabredet worden, zu neutralisieren.

Meinem g. Dafürhalten nach ist aber unter allen Umständen kein Grund vorhanden, der es uns im Interesse preußischer Politik empfehlen könnte, darauf hinzuwirken, daß eine Beschwerde am Bunde, wenn solche von einem der Herzogtümer beabsichtigt wird, unterbleibe. Auch dann, wenn eine solche Beschwerde einen in die Bestrebungen des dänischen Ministeriums direkt eingreifenden Bundesbeschluß nicht zur Folge hätte, würden doch die Verhandlungen über dieselbe immer von mehr oder weniger entschiedenen Manifestationen der wachsamen Teilnahme Deutschlands an dem Schicksale der Herzogtümer begleitet sein. Eine Verschlimmerung des Zustandes der Herzogtümer würde deshalb m. E., selbst im Gefolge einer Beschwerde, die ohne praktisches Resultat bliebe, nicht zu befürchten sein. Was die Dänen gegenüber dem Bunde und der deutschen Bevölkerung zur Erreichung ihrer Zwecke tunlich finden und zu tun wagen, das werden sie ohnehin nicht unterlassen. In einer sehr kurzen Frist würde eine Beschwerde der Art am Bunde keines Falles erledigt werden, und die Zeit, während der die Verhandlungen schwebten, wäre gewiß eine geeignete, um bei dem Kabinett von Kopenhagen durch unsern Einfluß die Rechte der Herzogtümer geltend zu machen. Wie auch die übrigen Stimmen am Bunde sich verhalten möchten, so hätte Preußen jedenfalls Gelegenheit, ohne Nachteil für die Herzogtümer seine Stellung zu dieser nationalen Frage mit demjenigen demonstrativen Effekt, welcher uns politisch nützlich erscheinen möchte, vor den Augen Deutschlands von neuem einzunehmen. Zeigt Österreich dabei eine andere Farbe, so sehe ich darin keinen Nachteil für uns.

Eine andere Frage ist, ob den Herzogtümern, selbst durch einen vollkommen günstigen Bundesbeschluß, geholfen werden würde. Eine Kontrolle der dänischen Regierung und der Übergriffe ihrer einzelnen Organe von Bundes wegen zu üben, gegen die ungerechten Bedrückungen im einzelnen Schutz zu gewähren, dürfte nicht leicht sein; und wenn Dänemark etwa die Kompetenz des Bundes oder die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses bestritte, so fragt es sich, ob wiederum zur Bundesexekution geschritten werden soll. Die Entschlüsse Dänemarks in dieser Beziehung werden ohne Zweifel davon abhängen, ob es glaubt, auf den Schutz auswärtiger Mächte in letzter Instanz rechnen zu dürfen, und ich würde mich nicht getrauen, über den schließlichen praktischen Erfolg einer Befassung des Bundes mit der Sache ein Urteil zu fällen, ohne die Stellung der Kabinette von London, Paris und Petersburg zu dem von Kopenhagen näher zu kennen. Wenn Dänemark außer der Unterstützung von Österreich im äußersten Falle etwa der der übrigen Großmächte oder auch nur einer derselben sicher wäre, so ist wohl kaum zu zweifeln, daß es den Beschlüssen der Mehrheit der Bundesversammlung schließlich jeden berechtigten oder unberechtigten Widerstand entgegensetzen würde.

Angesichts dieser Erwägungen empfiehlt es sich m. u. E. vor allem, die in E. E. Reskript vom 24. c. ausgesprochene Absicht einer freundschaftlich warnenden Verwendung in Kopenhagen zur Ausführung zu bringen. Die Rücksicht auf die dänische Regierung selbst, insbesondere auch ihr Verhalten während des orientalischen Krieges, spricht zugunsten eines Schrittes der Art, nicht minder aber das Interesse der Herzogtümer, denen vielleicht mit der Hinweisung auf die Eventualität der für Dänemark immerhin sehr unangenehmen Verhandlungen am Bunde mehr genützt werden kann, als durch diese Verhandlungen selbst. Eine Zuziehung Österreichs zu einem solchen Schritte könnte wohl nur dazu beitragen, denselben zu verzögern und seine Wirkung zu lähmen, jedenfalls aber unsere Beteiligung im Lichte einer sekundären erscheinen zu lassen. Selbst die Benachrichtigung des Wiener Kabinetts dürfte sich aus diesem Grunde nur nachträglich empfehlen.

159. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

30. Mai 1856.[1])

Österreich lasse sich nach allen Richtungen hin, wo seine Politik tätig sei, niemals durch finanzielle Rücksichten zur Aufgabe einer Position bestimmen, welche ihm vorteilhaft erscheine.

Wenn ich daraus schließe, daß Österreich politische Gründe hat, die hiesige Garnison beseitigen zu wollen, so kann ich dieselben nur in der Rivalität mit Preußen um den Einfluß und das Ansehen in Bundesangelegenheiten suchen. In der Tat hat das ganze hiesige Garnisonverhältnis einen vorwiegend preußischen Stempel. Das Oberkommando ist in unsern Händen; unser Anteil an der Garnison ist erheblich stärker, als der eines jeden der drei übrigen Staaten; eine Überlegenheit, welche durch die Beziehungen zu unsern benachbarten Garnisonen in Wetzlar und am Rhein, im Vergleich mit der örtlichen Isolierung des österreichischen Detachements, noch mehr Gewicht erhält, und welche auf dem sozialen Gebiete noch viel augenfälliger zutage tritt, als auf dem militärischen. Die österreichische Garnison hat außer dem Platzkommandanten nur einen Stabsoffizier, die unserige neben dem Oberkommando deren vier. *Das wesentlichste Moment aber liegt darin, daß das österreichische Offizierkorps und zwar noch mehr als das von Bayern und Frankfurt durch das unsrige an Bildung nach jeder Richtung hin in einer Weise übertroffen wird, welche sich auch der oberflächlichsten Wahrnehmung nicht entziehen kann. Die gesellschaftlichen Kreise werden von unsern Offizieren vollständig beherrscht, und nur wenige bayerische, noch weniger österreichische suchen oder finden neben den Preußen Zutritt zu denselben. Es ist seit Jahren allgemein bemerkt worden, daß einzelne österreichische Offiziere, welche nach ihrer Erziehung oder ihrer gesellschaftlichen Stellung über das gewöhnliche Niveau ihrer Kameraden sich erheben, die Kreise der letzteren verlassen, um sich denen der preußischen Kameraden anzuschließen; eine schleunige Versetzung ist dann jedesmal die Folge ihres Verhaltens.* Unsere Militäreinrichtungen, die Stellung der Offiziere zu den Leuten, die Behandlung der letzteren, die Schnelligkeit ihrer Ausbildung, die geistige Überlegenheit des Materials selbst in Gestalt der Rekruten, wenn sie mit den des Deutschen unkundigen Böhmen verglichen werden, verfehlt nicht, einen vorteilhaften Eindruck auf alle Kreise zu machen, welche mit Frankfurt in Beziehung stehen, *und es kann den Österreichern nicht entgehen, daß jeder Vergleich, welcher durch eigene Anschauung des preußischen und des österreichischen Militärs nebeneinander gezogen wird, in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Sympathien für Preußen propagandiert. Es geschieht dies hier in Frankfurt in einem ganz andern Maße als in Mainz, weil am letzteren Orte die Truppen vermöge der Einrichtung und Lage der Kasernen, Exerzierplätze und vermöge des gesamten Festungsdienstes sich der öffentlichen Anschauung mehr entziehen und weil Frankfurt, als Sitz des Bundes, als größte Stadt im Südwesten von Deutschland und als Mittelpunkt des Fremdenverkehrs, eine ganz andere Bedeutung hat, als Mainz, und Urteile, welche sich hier bilden, eine viel weitere Verbreitung finden.*

---

[1]) Nach Inhalt eines Erlasses Manteuffels hatte der österreichische Geschäftsträger, Graf Trauttmansdorff, mit ihm jüngst vertraulich davon gesprochen, Österreich wolle, im Falle des preußischen Einverständnisses, vorschlagen, in Frankfurt a. M. die jetzige Bundesgarnison wieder eingehen zu lassen, und hinsichtlich der Besatzungsverhältnisse ganz zu dem Zustande zurückzukehren, wie er vor 1848 bestand. Danach wäre das Besatzungsrecht wieder ausschließlich den Truppen der Stadt Frankfurt zugefallen. Der König habe gegen den Vorschlag nichts eingewandt. Zunächst wünschte Manteuffel indessen, daß Bismarck sich zur Sache äußere.

Das Bestreben Österreichs, die Parität Preußens so wenig als möglich zur amtlichen Anschauung kommen zu lassen, ist seit Wiederherstellung der Bundesversammlung in seiner deutschen und auswärtigen Politik hinreichend erkennbar gewesen. Wenn nun gerade am Sitze des Bundes eine Überlegenheit Preußens in rechtlicher, materieller und moralischer Beziehung durch den Besitz des Oberkommandos, der größeren Truppenzahl und den Geist seiner militärischen Institutionen zur Anschauung eines jeden gelangt, der Frankfurt bewohnt oder besucht, so ist es wohl erklärlich, daß ein solches Verhältnis mit jenen Bestrebungen des Wiener Kabinetts nicht übereinstimmt. Unsere Aufgabe aber müßte es m. D. sein, jede Stellung, in welcher die Parität mit Österreich ihren Ausdruck erhält, fest zu halten, um so mehr, wenn wir sie am Sitze des Bundes innehaben, wo der Besitz des Präsidiums Österreich so ausgedehnte Vorteile verleiht. Aus dem militärischen Gesichtspunkt läßt sich sagen, daß unsere dominierende Stellung in Frankfurt uns unter Umständen eine Stütze für die vergleichungsweise schwächere in Mainz gewähren kann.

Was die Frage anbetrifft, ob die Bundestruppen zur Erhaltung von Ruhe und Ordnung hier erforderlich sind, so würde ich dieselbe unbedenklich verneinen, wenn man der Unerschütterlichkeit der Zustände im übrigen Europa vollkommen sicher wäre. Das Frankfurter Linienbataillon halte ich, wenn es isoliert steht, zwar für keine zuverlässige Truppe; dasselbe besteht aus zu heterogenen Elementen und zum größten Teil aus Leuten von Antezedentien, welche wenig Zutrauen erwecken. Es ist indessen gar keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß unter den gegenwärtigen Umständen in Deutschland, und namentlich in Frankfurt, ein selbständiges revolutionäres Unternehmen versucht werden sollte. Die hiesige Bevölkerung ist von Natur furchtsam, wie die unteren Klassen der Bevölkerung Süddeutschlands überhaupt, sobald sie nicht in rechtmäßiger Uniform in Reih und Glied stehen.

Ohne revolutionäre Veränderungen im Auslande und namentlich in Frankreich, dürfte hier schwerlich etwas vorfallen, und selbst wenn es anders wäre, so würde ich glauben, daß ein gewisses Gefühl von Unsicherheit bei meinen Kollegen unseren Interessen bei übrigens friedlichen Zuständen nicht nachteilig wäre. Die auswärtigen Zustände können sich aber, zumal mit Rücksicht auf den dermaligen Personalbestand der napoleonischen Dynastie, unerwartet ändern; in den ersten beiden Monaten des Jahres 1848 war ebenfalls kein Grund vorhanden, das Bedürfnis einer Bundesgarnison in Frankfurt anzunehmen. Wäre aber eine solche hier gewesen, so zweifle ich nicht, daß die Haltung der Bundesversammlung bis zur Mitte des gedachten Jahres eine festere und besonnenere gewesen wäre, und daß das Bewußtsein militärischen Schutzes den Auffassungen, Berichten und Beschlüssen der Gesandten ein höheres Maß von Weisheit und Umsicht verliehen haben würde. . . .

Nach weiteren Ausführungen über die Angelegenheit wird die Beibehaltung der Bundesgarnison dringend befürwortet. Zum Schluß heißt es:

Zu bemerken erlaube ich mir noch, daß mein vorstehendes g. Votum zugunsten der Beibehaltung der Bundesgarnison ein um so vorurteilsfreieres ist, als die Anwesenheit der Truppen hier am Ort und namentlich der diesseitigen für mich persönlich nur Lasten und Unannehmlichkeiten mit sich bringt, welche, an und für sich beschwerlich, durch fehlerhafte Vorstellungen von den Pflichten der Gesandtschaft gegenüber den bisherigen Militärs und durch Empfindlichkeiten, deren Berücksichtigung mir nicht möglich ist, für mich fruchtbar an Verdrießlichkeiten mannigfacher Art werden.

160. Bericht vom 1. Juni 1856 an Minister von Manteuffel, betr. die Errichtung einer neuen Spielbank in Steudernheim. — Vgl. Poschinger III, Nr. 3.

161. Bericht vom 2. Juni 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger III, Nr. 4.

162. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

6. Juni 1856.

E. E. geehrtes Rescript vom 2. c., die Beurlaubung Wentzels betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt, und vorbehaltlich amtlichen Berichtes erlaube ich mir Nachstehendes g. zu bemerken. Zunächst sage ich meinen verbindlichsten Dank für die geneigte Rücksichtnahme auf meinen eignen Wunsch nach Urlaub; denn ich würde es sehr beklagen, auf denselben verzichten zu müssen, nicht bloß aus der dem Menschen inwohnenden Neigung zum Müßiggang, sondern weil ich wirklich meinen Körper einem kleinen Drainirungs- und Berieselungssystem unterwerfen muß, wenn mir die stockenden Säfte nicht einen schlechten Winter bereiten sollen. Meine Absicht war deshalb allerdings, mit dem Beginn der Ferien Urlaub zu erbitten, um etwa 14 Tage bis 3 Wochen einen erleichternden Brunnen, wahrscheinlich Kissingen, zu trinken, und dann 3 bis 4 Wochen in der See zu baden, demnächst aber auch nicht bloß mit erneutem Eifer, sondern auch mit erneuter Kraft wieder an die Erfüllung der dienstlichen Pflichten zu gehn.

Was nun den Effect einer gleichzeitigen Abwesenheit Wentzels und meiner betrifft, so glaube ich kaum, daß die regelmäßigen Geschäfte darunter leiden. Die Vertagung der Bundesversammlung findet nach einem Regime statt, vermöge dessen während derselben die Geschäfte des Bundes gänzlich stillstehn, so daß meine Collegen, bis auf einige Stammgäste, welche keinen Grund haben, Frankfurt zu verlassen, fast ohne Ausnahme während der ganzen Dauer der Ferien abwesend bleiben und, da die meisten keine Legationssecretäre haben, nur den Cancellisten zum Visiren der Pässe hier lassen. *Ich gestehe indessen, daß auch mir ein Zustand vollständiger Verwaisung der Canzellei auf längere Zeit etwas Unheimliches hat, und man kann nicht voraussehn, was für Vorgänge eintreten, welche der Beobachtung und Berichterstattung werth sind. Aber in den ersten Wochen der Ferien ist mit großer Wahrscheinlichkeit auf vollkommne Geschäftslosigkeit zu rechnen, wenigstens läßt es sich bei Beginn der Ferien ziemlich sicher beurtheilen, ob in den nächsten Tagen etwas vorkommen könne. Ich möchte deshalb E. E. unmaßgeblich vorschlagen, Wentzel seinen Urlaub schon in diesem Monat antreten und etwa 14 Tage nach Beginn der Ferien beendigen zu lassen, so daß, wenn Sie die Gewogenheit haben, mir bei Eintritt der Ferien Urlaub zu ertheilen, nur in die erste unverdächtigste Zeit eine gleichzeitige Entfernung beider fällt. Während derselben würde immer noch Zietelmann E. E. und mich von dem, was hier passirt, au courant halten können. In der Zeit bis zu den Ferien will ich dann wohl ohne Wentzel fertig werden, um nachher frei sein zu können.*

Die Reisen unsrer höchsten Herrschaften geben uns hier selten etwas zu thun, wenn ich die Einkäufe für Damen des Gefolges abrechne. Meistens sind die Herrschaften froh, wenn sie durch keine Aufwartung belästigt werden. Sollte indessen S. M. der König im

Laufe des Sommers hier passiren, so würde ich natürlich gern auf meinem Posten sein wollen, wenn ich auch beurlaubt wäre. Politisch haben wir hier gar nichts Neues, als daß die Gerüchte von einer für den September projectirten Zusammenkunft der Kaiser von Östreich und Frankreich an Bestand gewinnen. Als Ort derselben nennt man Edenkoben (Schloß des Königs Ludwig von Baiern in der Rheinpfalz), Baden-Baden oder Arenenberg in der Schweiz. Früher war von Rom gerüchtweise die Rede. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

163. Schreiben vom 11. Juni 1856 an den Kriegsminister Grafen Waldersee, betr. Klagen über das Verfahren des Luxemburger Gouvernements. — Vgl. Bismarckjahrbuch III, 115 ff.

164. Bericht vom 13. Juni 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Abstellung von Mißständen in der Bureauverwaltung des Bundes. — Vgl. Poschinger III, Nr. 6.

165. Bericht vom 7. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 7.

166. Bericht vom 14. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl Poschinger III, Nr. 8.

167. Bericht vom 15. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl Poschinger III, Nr. 9.

168. Bericht vom 17. Juli 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 10.

169. Bericht vom 21. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 11.

170. Bericht vom 24. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 12.

171. Bericht vom 25. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 13.

172. Bericht vom 25. Juli 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Rastatter Festungsbau. — Vgl. Poschinger III, Nr. 14.

173. Bericht vom 27. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel: Antrag Bayerns betr. die Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 15. Dort ist S. 24 Zeile 3 statt „fördern“ zu lesen „hindern“.

174. Bericht vom 30. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel: Antrag Bayerns betr. die Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 16.

175. Bericht vom 30. Juli 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung des Bundestagsgesandten von Holzhausen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 245 f.

176. Bericht vom 2. August 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verfassung des Großherzogtums Luxemburg. — Vgl. Poschinger III, Nr. 17.

177. Bericht vom 3. August 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.: Antrag Bayerns betr. die Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 18.

178. Bericht vom 3. August 1856 an Minister v. Manteuffel: Antrag Bayerns betr. die Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 19. S. 29 Zeile 9 und 8 v. u. steht im Text: Österreich hat es nicht verschmäht .... heranzuziehen.

179. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Stolpmünde, 19. August 1856.[1])

Verehrtester Herr Legationsrath. Ihr Schreiben[2]) habe ich mit Dank erhalten und seit dem 12. auch die Zeitungen. Ich kann Ihnen von hier nichts von Interesse melden, mein Leben theilt sich einförmig in Baden, Reiten, Essen, Schlafen, Gehn und Seefahren, alles darauf berechnet, dem Körper die Arbeit und Pflege zu geben, die er in Frankfurt entbehrt. Die Gesellschaft besteht hier ausschließlich aus Landjunkern der Umgegend, unter welchen ich den Wenigen ausweiche, die Neigung zu politischen Gesprächen haben. Sie können daher niemals einen dankbarern Leser für Briefe finden, als mich in diesem Augenblick; jede Nachricht aus Frankfurt oder Berlin lese ich mit demselben Interesse, wie ein Landpfarrer seine Zeitung, so lange er nicht etwa erfährt, wer sie eigentlich schreibt. Der Postzeitung, glaube ich übrigens, kann man ihre Vergnügungen lassen,[3]) denn sobald man nicht mehr in Frankfurt ist, hat man Mühe sich zu vergewissern, ob überhaupt ein Blatt dieses Namens existirt. Ich finde in meinem geschäftigen Müßiggange nicht einmal Zeit, die wenigen Blätter zu lesen, die ich hier erhalte, und wenn die Hühnerjagd anfängt, werde ich vollends nicht dazu kommen. Den Meinigen geht es wohl, nur mein kleiner Bill macht uns etwas Sorge mit gastrischen Zuständen, zu denen er durch unreife Stachelbeeren bei meinem Bruder auf der Herreise den Grund gelegt hat. Ich denke in etwa 4 Wochen, zur Zeit der Vermählungsfeierlichkeiten,[4]) in Berlin zu sein; ob ich von dort nach Frankfurt gehe oder noch weitern Urlaub nachsuche, weiß ich noch nicht. Von dem Pferdehändler Nascher habe ich einen Brief, daß der Obltnt. v. Hanffstengel 45 Fdr. für meinen Fuchs geboten hat; wenn nicht mehr dafür zu bekommen ist, so will ich ihn dafür ablassen, denn ich liebe das Thier nicht, obschon es 60 Fdr. sicher werth ist. Sie haben wohl die Güte, Nascher das zu sagen.

---

[1]) Die folgenden 3 Nummern nach dem Bismarckjahrbuch V 13 ff.
[2]) Vom 11. August 1856. Abgedruckt Bismarckjahrbuch V, 72.
[3]) Wentzel hatte über „Frechheiten" der Postzeitung hinsichtlich der Nastatter Sache berichtet.
[4]) Der Prinzessin Luise von Preußen mit dem Regenten von Baden.

Die Einlage bitte ich unter Kanzlei-Couvert an Herrn v. Kleist nach Coblenz zu schicken. Ihrer Frau Gemalin wollen Sie mich bestens empfehlen und Z[ietelmann] und Oertzen von mir grüßen. Der Ihrige.

In den nächsten 14 Tagen finden mich Briefe noch hier, dann in Reinfeld. Sie sind wohl so gut und sehn gelegentlich zu, ob Seufferheld mit seinen Meliorationen fortschreitet, Hildebrand weiß, was gemacht werden soll, besonders wichtig ist das Parket, sonst kann ich keinen Ball geben.

180. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

St[olpmünde], 30. August 1856.

Verehrter Herr Legationsrath, nur zwei Zeilen in Eile. Wenn der Handel mit Hanfstengel noch nicht geschehn ist, so will ich das Pferd behalten oder 60 Frdor. dafür haben. Die Pferde sind hier ganz fabelhaft theuer. Wenn Sie Reinhard sehn, so bitte ich ihm zu sagen, daß ich das Abonnement auf die Theaterloge nicht erneuern will. Die Loge liegt zu schlecht. Ich denke am 3., nachdem S. M. Danzig passirt haben, dahin, von dort auf einige Tage nach Hohendorf bei Reichenbach (Ost-Preußen) und dann bis zum 16. nach Reinfeld zu gehn. Die Post geht grade ab. Der Ihrige.

181. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 18. September 1856.

Verehrtester Herr Legationsrath. Heut früh bin ich hier angelangt und werde jedenfalls bis zum 22. circa hier bleiben, vielleicht auch einige Tage länger. Dann habe ich Excursionen nach Schönhausen, der Ukermark und zu meinem Bruder vor und hoffe meinen Urlaub so ausdehnen zu können, daß ich noch einmal nach Reinfeld gehe. Wenn nicht, so bin ich in den ersten Tagen des October zurück. Einstweilen habe ich folgende Bitte an Sie. Ich weiß nicht, wem ich den Schlüssel zu den Spinden unter den Büchern gegeben habe, Sie werden es wohl ermitteln. In dem mittelsten findet sich ein Convolut mit der Bezeichnung „Schönhauser Pacht“; aus diesem möchte ich so bald als thunlich die jüngern Piecen haben, d. h. alle, welche den jetzigen Pächter (Hänichen) betreffen, besonders die letzten, in einer Correspondenz mit dem Deichhauptmann Gärtner beruhenden Verabredungen mit ihm. Seien Sie so gut und schicken mir dieselben hierher. Ferner bitte ich um Nachricht, soweit es sich erfahren läßt, wer von den Zwangsgästen zum 15. Oktober[1]) wahrscheinlich als an- oder abwesend zu betrachten ist. Ob ich zu der Zeit da bin, weiß ich noch nicht. In Betreff der Reise des Königs nach dem Rhein herrscht noch Unsicherheit, was die Zeit anbelangt. Es heißt, daß S. M. sich, nach Hohenzollern, München und Carlsruh, in Frankfurt Rendezvous mit der Königin geben und dann nach Stolzenfels gehn würde. Sicher ist aber nichts. Hier nimmt noch immer Neufchatel[2]) den ersten Platz im Interesse

[1]) Zum Pflichtdiner des preußischen Bundestagsgesandten am Geburtstag des Königs.

[2]) Am 3. September 1856 hatte unter Führung des Grafen Pourtalès der Putsch zur Wiederherstellung der preußischen Regierung im Fürstentum Neuenburg stattgefunden, der von der Schweizer Regierung niedergeworfen wurde und zur Gefangennahme einer Anzahl Royalisten führte.

ein. Ich finde, man kann es nicht anständiger los werden, als in Gestalt eines Lösegeldes für die Gefangnen. Viele hitzige Leute wollen mit 100 000 Mann der Schweiz zu Leibe. Eine recht erwünschte Gelegenheit für andre Mächte würde das sein, uns auflaufen zu lassen, wie Anno 50 oder wie Rußland in den Donaufürstenthümern. Außerdem können wir so große Anstrengungen nur für Kriege machen, welche die Chance haben, etwas einzubringen. Ich besorge, man wird weder das Ländchen aufgeben, noch sonst etwas für die Compromittirten thun, als Noten schreiben. Ich habe aber noch niemand hier gesprochen. In der Hoffnung auf baldige Nachricht von Ihnen der Ihrige.

182. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Reinfeld bei Zuckers in Pommern, 11. Oktober 1856.

E. E. hatten die Güte mir bei meiner Anwesenheit in Berlin mündlich zu gestatten, daß ich meinen Aufenthalt auf dem Lande verlängerte, und ich habe von dieser Erlaubniß vielleicht schon einen ausgedehnteren Gebrauch gemacht, als in E. E. Absicht lag. Ich würde meine Rückreise auch bereits angetreten haben, wenn nicht meine Kinder von einer hoffentlich nicht gefährlichen, aber doch immerhin bedenklichen Krankheit befallen wären, von einer Art Blattern, welche die Aerzte Varioliden nennen. Wenn es aus irgend einem Grunde nach E. E. Ermessen wünschenswerth ist, daß ich ohne Verzug nach Frankfurt oder Berlin zurückkehre, so liegt in dieser häuslichen Sorge allerdings nichts, was mich davon abhalten könnte, denn meine Anwesenheit hier kann den armen kleinen Patienten keine Erleichterung ihrer Leiden gewähren. Wenn indessen, wie ich nach meinen Frankfurter Nachrichten annehmen darf, dort bisher nichts für mich zu thun ist, so möchte ich gern noch etwa 8 Tage bei den Meinigen bleiben, um hoffentlich beruhigter abreisen zu können und ungefähr den 20. c. in Berlin einzutreffen. Befehlen E. E. aber, daß ich früher dort bin, so würde ich einer geneigten Benachrichtigung darüber dankbar entgegensehn. Bis Cöslin ist Telegraphen-, von dort nach Stolp täglich drei Mal Postverbindung, von Stolp aber nur durch Expressen eine prompte Beförderung zu erreichen; denn die Post geht nur einmal in 24 Stunden von Stolp hierher, und sonderbarer Weise gerade ½ Stunde vor dem Eintreffen der Berliner Schnellpost in Stolp, so daß die Briefe für hiesige Gegend zwar von Berlin in 24 Stunden nach Stolp gelangen, dort aber 23½ Stunden ausruhn, falls sie mit der Schnellpost gekommen sind. Indem ich bitte, mich Ihrer Frau Gemalin zu Gnaden zu empfehlen, verharre ich ehrerbietig . . .

183. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

30. Oktober 1856.

In der soeben beendigten Sitzung habe ich unseren Antrag wegen Neuenburg gestellt[1]. Ich habe das Protokoll Nr. II[2] und die beiden Annexe einstweilen nicht mit

[1] Prot. 1856, § 271. Der Antrag war in Berlin unter Mitwirkung von Bismarck formuliert worden.
[2] Protokoll über die am 24. Mai 1852 im Auswärtigen Amt zu London abgehaltene Sitzung der Vertreter der fünf Großmächte.

vorgelegt, weil in diesen unsere Verbindlichkeit, während der Unterhandlungen zu keiner Selbsthilfe zu schreiten, besonders hervorgehoben ist, einige neuerdings nicht ganz zutreffende Angaben über das Verhalten der Neuenburger Bevölkerung enthalten sind und der „feste Entschluß ausgesprochen ist, nicht auf die unverjährbaren Rechte auf das Fürstentum zu verzichten".[3]) Diese drei Elemente würden m. g. D. nach verschiedenen Richtungen hin die Bedeutung und Wirkung unserer Vorlage abschwächen, wenn jene Aktenstücke gewissermaßen als ein deklaratorischer Teil unserer Vorlage am Bunde jetzt von frischem reproduziert und durch das Protokoll veröffentlicht würden. Falls E. E. die Zurückbehaltung jener drei Piecen nicht billigen, bitte ich um geneigte telegraphische Weisung, und kann sie dann nachträglich noch beifügen.

Nach meinen bisher mit den meisten meiner Kollegen gehabten Besprechungen hoffe ich auch für einen amtlichen Schritt des Bundes zugunsten der Befreiung der Gefangenen Einstimmigkeit zu erhalten, wenn nicht von Herrn von Beust noch besondere Schwierigkeiten ausgehen. In betreff der Form der bei der Schweiz zu tuenden Schritte wird die bisherige bayerische Instruktion vielleicht Weitläufigkeiten machen. Das Münchener Kabinett hat seinem Gesandten den auch E. E. bereits bekannten Entwurf eines direkten Schreibens der deutschen Bundesversammlung an die Schweizer Bundesversammlung zugefertigt, mit dem Auftrage, auf dessen Annahme hinzuwirken. Die meisten anderen unserer Bundesgenossen scheinen eine durch die Gesandten Preußens und Österreichs im Namen des Bundes zu bewirkende Aufforderung an die Schweizer Zentralbehörde vorzuziehen. Auch meines u. Dafürhaltens ist die letztere Form die zweckmäßigere und ohne Zweifel bei der Versammlung leichter durchzubringen. Herr von Schrenck hat mir versprochen, sich noch dahin zu bemühen, daß ihm in betreff der Form des auszuführenden Schrittes die Freiheit gelassen werde, sich der Majorität der übrigen Gesandten zu fügen. Wählt letztere wirklich den Weg eines direkten, mit der Post zu befördernden Schreibens an die Schweizer Behörde, so würde unseren Zwecken auch dieses insoweit genügen, daß wir wenigstens nicht an der Formalität das Zustandekommen der Interzession zugunsten der Gefangenen überhaupt scheitern lassen.

Zur Bearbeitung der Angelegenheit ist gleich heut ein Ausschuß gewählt worden, welcher außer mir aus den Gesandten von Österreich, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt besteht und morgen schon zusammentreten wird. Nach der ersten Sitzung desselben werde ich vielleicht imstande sein, E. E. zu berichten, ob meine Hoffnung, schon heute über acht Tage den Bundesbeschluß zu erzielen, sich verwirklichen wird. Der Ausschuß ist ganz nach meinem Vorschlage zusammengesetzt. Ich bin dabei von der Ansicht ausgegangen, außer den Großmächten die bei unserem etwaigen Durchmarsche interessierten, sowie diejenigen Staaten in den Ausschuß zu bringen, von welchen Schwierigkeiten besonders zu erwarten sind. Auf diese Weise werden mir die Ausschußverhandlungen zum Maßstab dafür dienen können, welche Tragweite wir unserem Antrag verleihen können, ohne in der Versammlung demnächst auf Widerstand zu stoßen. Zum Referenten werden wir voraussichtlich Herrn von Schrenck wählen. Dem letzteren und dem Gr. hessischen Gesandten habe ich einstweilen von dem von Sr. Majestät Aller-

[3]) „Namentlich würde der Passus in dem Bunsenschen Mémoire, welcher von dem festen Entschluß spricht, de ne point renoncer aux droits imprescriptibles sur la Principauté de Neuchâtel, bei den deutschen Staaten sowohl wie beim Auslande den Eindruck machen können, als werde auch nach Freilassung der Gefangenen jede Unterhandlung über eine anderweite Gestaltung des Fürstentums zur Schweiz von E. K. Majestät verweigert werden." (Auszug aus einem Immediatberichte Bismarcks vom 31. Oktober 1856.)

höchstselbst verfaßten Schriftstücke Kenntnis gegeben, und denke dasselbe in gleicher Weise bei den Ausschußverhandlungen mit Erfolg benutzen zu können.

Bei der langen Dauer der heutigen Sitzung ist es zu spät geworden, um weiteres noch berichten zu können, und behalte ich mir die Fortsetzung auf morgen vor.

Graf Rechberg sagte mir soeben, daß seiner Wahrnehmung nach unzweifelhaft die große Majorität dafür sein würde, die Gesandten von Preußen und Österreich zur Ausführung dessen, was der Bund beschließen wird, zu benutzen, indem ein direktes Schreiben allgemein für unpraktisch und für bedenklich in betreff der eventuellen Antwort der Schweiz gehalten werde. Dem Bedenken, ob unser Gesandter, in Betracht unserer besonderen Stellung zur Sache, sich bei Ausführung des eventuellen Kommissoriums des Bundes mitbeteiligen könne, bin ich bei mehreren Kollegen begegnet, indessen gelang es mir überall, demselben mit Erfolg entgegenzutreten.

184. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

31. Oktober 1856.

In der soeben beendeten Ausschußsitzung in betreff der Neuenburger Frage erklärte zuerst Graf Rechberg, daß er mit dem preußischen Antrage vollständig einverstanden sei, soweit er sich in den beiden Sätzen präzisieren lasse: daß der Bund sich die Grundsätze des Londoner Protokolls aneigne und das Verlangen zur Freilassung der Gefangenen an die Schweiz entweder in eigenem Namen stellen, oder eine darauf gerichtete Forderung Preußens unterstützen würde. Von den übrigen Ausschußmitgliedern wurde, abgesehn von der Form der Ausführung des Beschlusses, auf welche ich nachher zurückkomme, dieselbe Bereitwilligkeit an den Tag gelegt, mit Ausnahme von Sachsen, dessen Vertreter zur Aufstellung verschiedener Bedenken angewiesen war. Herr von Beust hegt in betreff des ersten Teiles unseres Antrages den Wunsch, daß dem Bunde, wenn er sich die Grundsätze des Londoner Protokolles aneigne, auch die Mitwirkung bei den auf Grund dieses Protokolles von den europäischen Mächten zu pflegenden Verhandlungen in Aussicht gestellt und eine dahin zielende Voraussetzung in den Vortrag des Ausschusses aufgenommen werde. Ich machte darauf aufmerksam, daß es mißlich sei, einen Anspruch zu erheben, dessen Verwirklichung von dem Einverständnisse der auswärtigen Mächte abhänge und dessen Aufstellung in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen jedenfalls verfrüht sei. Graf Rechberg trat dem sächsischen Ansinnen noch bestimmter entgegen, und fand dasselbe bei den übrigen Gesandten auch keinen Anklang, obschon die Instruktionen Bayerns ebenfalls einen Ausdruck der Empfindlichkeit über die Nichtbeteiligung des Bundes an den europäischen Stipulationen enthalten, welchen Herr von Schrenck indessen im Ausschusse nicht zur Sprache brachte.

Nicht minder hatte Herr von Nostitz in betreff der Forderung der Freilassung der Gefangenen diejenigen Bedenken des Dresdener Kabinetts geltend zu machen, welche E. E. bereits aus den Berichten des Grafen von Redern bekannt sind. Er blieb auch hiermit isoliert, und die Diskussion wandte sich demnächst vorzugsweise der Frage zu, in welcher Form die Interzession für die Befreiung der Gefangenen stattzufinden habe. Die bayerische Ansicht, daß namens der Bundesversammlung ein Schreiben des Präsidiums an die oberste Behörde der Schweiz zu richten sei, wurde von keinem der übrigen Anwesenden

geteilt, und darf ich annehmen, daß auch das Münchener Kabinett davon abstehn werde, nachdem Herr von Schrenck persönlich wenigstens die Triftigkeit der Gegengründe anerkannte. Besonders dürfte der Umstand für eine Veränderung der bayerischen Auffassung maßgebend sein, daß wir demnächst für die auf anderem Wege zu tuenden Schritte nicht bloß die Vermittelung einer oder beider Großmächte, sondern die Mitwirkung sämtlicher bei der Schweiz akkreditierten Gesandten deutscher Bundesstaaten in Aussicht nahmen. Außer Preußen und Österreich haben gegenwärtig nur Bayern und Baden diplomatische Agenten in der Schweiz akkreditiert. Der moralische Eindruck der Demonstration dürfte m. E. durch die Beteiligung dieser, nicht schon ohnehin in ihrer Eigenschaft als Vertreter von Großmächten in der Sache tätigen Agenten nur verstärkt werden, und ich wußte für den Augenblick auch kein wirksameres Mittel, um zu verhüten, daß ein etwaiges hartnäckiges Verharren des Ministers von der Pfordten bei seiner einmal kundgegebenen Auffassung unwillkommene Verzögerungen herbeiführe.

Eine fernere Frage war die, ob der Gesandte Preußens sich bei demnächstiger Ausführung des zu fassenden Beschlusses in Bern im Namen des Bundes beteiligen, oder nur im Namen Preußens die Befreiung der Gefangenen verlangen und dabei von seinen übrigen deutschen Kollegen aus Auftrag des Bundes werde unterstützt werden. Auf meinen Wunsch wurde diese Frage einstweilen offen gelassen. Das Referat kann füglich auch ohne Erledigung derselben gemacht werden. Indessen erlaube ich mir doch, mit Rücksicht darauf, daß der Punkt von neuem erörtert werden könnte, um eine baldige gen. Instruktion über denselben zu bitten. Meines g. Dafürhaltens sprechen überwiegende Gründe für die zuletzt angegebene Alternative. Dieselbe steht mehr in Einklang mit dem Wortlaut unserer Vorlage, welche von einer Mitwirkung der deutschen Bundesgenossen bei einer von uns zu erlassenden Aufforderung spricht. Unsere Rolle dabei ist, wie es sich in unserer eigenen Angelegenheit ziemt, eine hervorragendere, und meinem Gefühl nach ist der Gesamteindruck ein besserer, wenn der Schritt des Bundes nicht vermöge der persönlichen Beteiligung unseres Gesandten an demselben den Charakter einer Art von zweiter Auflage unseres eigenen erhält. Indessen glaube ich in dieser Beziehung je nach den Befehlen Sr. M. des Königs für die eine wie für die andere Modalität das Einverständnis erreichen zu können. Über denjenigen Teil unserer Vorlage, welcher auf einen etwaigen Durchmarsch königlicher Truppen Bezug hat, geht die Instruktion des Grafen Rechberg dahin, eine Erwähnung dieser Frage ganz zu vermeiden. Im Ausschuß war man allseitig der Ansicht, daß die Bewilligung eines derartigen Durchmarsches von der beteiligten Territorial-Regierung allein abhänge, wenn es auch durch bundesfreundliche Rücksichten geboten scheine, die Gesamtheit von dahin zielenden Absichten oder Übereinkommen in Kenntnis zu erhalten. Dieser Anforderung sei durch den Inhalt der preußischen Vorlage genügt, und man wünsche nicht den Anklang einer Drohung, welche darin liege, im Ausschußvortrage zu reproduzieren. Damit es nicht den Anschein haben könne, als liege in dem Stillschweigen über diesen Punkt eine Mißbilligung des von uns Gesagten, werde ich mich mit Herrn von Schrenck, dem das Referat übertragen ist, über eine allgemeinere Redewendung in dem Vortrage verständigen, welche nicht notwendig auf diesen Teil unserer Vorlage bezogen werden muß, aber doch von uns dahin gedeutet werden kann.

Nach meinen Besprechungen mit Herrn von Nostitz darf ich hoffen, daß die von ihm heut erhobenen Weiterungen nicht außerhalb der Grenzen der Ausschußverhandlungen, und namentlich nicht in der protokollarischen Abstimmung werden geltend gemacht

werden. Sicherheit habe ich aber darüber von ihm nicht erlangen können. Meines u. Dafürhaltens dürfen wir aber einen Majoritätsbeschluß in dieser Angelegenheit weder herbeiführen noch zulassen, weil derselbe als Präzedenzfall bei anderen Gelegenheiten in zu bedenklicher Weise gegen uns ausgebeutet werden könnte. Die uns am meisten befreundeten Gesandten haben sich angelegen sein lassen, mir über die in dieser Richtung liegende Gefahr Vorstellungen zu machen, und unsere während der orientalischen Verwickelungen gemachten Erfahrungen haben bewiesen, wie weit es führen kann, wenn man das Prinzip zugeben wollte, daß der Bund durch Majoritätsbeschlüsse eine beliebige aktive Einwirkung auf jede Frage der europäischen Politik nehmen könne. Es liegt auf der Hand, daß in den Konsequenzen eines solchen Prinzipes schließlich die Mediatisierung der auswärtigen Politik der Einzelstaaten liegen würde, und daß eine Majorität unter den 17 Stimmen, möchte sie sich um Österreich oder gar um ausländischen Einfluß gruppieren, einen gefährlichen oder doch sehr unbequemen Mißbrauch mit ihrem Anspruch auf Durchführung einer auswärtigen Bundespolitik treiben könnte, wenn wir durch einen Präzedenzfall in unseren eigenen Angelegenheiten den dahin gerichteten Bestrebungen der Mittelstaaten und, unter Umständen, des Präsidialhofes entgegenkommen.

Ich würde es deshalb vorziehn, unsern Antrag nötigenfalls lieber soweit zu verengern, daß ihm die einhellige Zustimmung gesichert bliebe, als zu einer Majorisierung direkt entgegentretender Vota die Hand zu bieten. Da Herr von Nostitz dem Anschein nach nur in spärlichen Beziehungen mit seinem Chef steht und, wie er mir sagt, die letzten Mitteilungen von Dresden vor etwa drei Wochen erhalten hat, so möchte ich E. E. g. anheimstellen, uns lieber direkt von Dresden Sicherheit über das schließliche Verhalten Sachsens bei der Abstimmung zu verschaffen. Wenn das sächsische Kabinett sich überzeugt, daß ihm allein die Verantwortung dafür zufällt, wenn wir uns veranlaßt sehn, auf die von uns gewünschte bundesfreundliche Mitwirkung Deutschlands zu verzichten, während das Ausland für uns bereitwillig eintritt, und wenn Herr von Beust einsieht, daß uns die Mitwirkung des Bundes, und namentlich Sachsens, schlimmsten Falles entbehrlich ist und nur insoweit Wert für uns hat, als sie den Eindruck bereitwilliger Einhelligkeit macht, so läßt sich hoffen, daß er auf einen Widerstand verzichtet, der bei meinen hiesigen Kollegen nur Stoff zu scherzhaften Bemerkungen über seinen Ehrgeiz, den Deutschen Bund in europäischen Konferenzen vertreten zu wollen, darbietet.

Herr von Schrenck hat mir versprochen, das Referat morgen fertig zu machen, so daß ich E. E. vielleicht übermorgen Abschrift des Entwurfs einsenden kann. Nach dem, was ich über die Lage der Instruktionen bisher habe ermitteln können, darf ich glauben, daß wir am nächsten Donnerstag zum Beschluß gelangen, wenn wir über das zu erwartende sächsische Votum die nötige Sicherheit bis dahin erlangen.

185. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. November 1856.

E. E. beehre ich mich in der Anlage eine flüchtige Abschrift des mir so eben zugehenden Entwurfs eines Ausschußvortrages zu überreichen. Die Stelle, wo von der Berechtigung des Bundes, als einheitliche Macht zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes mitzuwirken, die Rede ist, hoffe ich mit Graf Rechberg noch zu eliminiren.

Im Übrigen ist letztrer mit dem Vortrag einverstanden. Was uns etwa in demselben nicht convenirt, können wir zur Noth, um Aufschub und Streit zu verhüten, passiren lassen. Preußen als solches ist durch die Motive eines Bundesbeschlusses nicht weiter vinculirt.

In unserem Antrage habe ich, mit Rücksicht auf die Wiener Bedenken wegen des Passus über den Durchmarsch, die Worte „hegt S. Maj. das Vertrauen, — daß die freie Bewegung in dem Gebiete der betreffenden Bundesstaaten gesichert sein werde", dahin geändert: „daß die betreffenden Bundesstaaten die freie Bewegung gestatten werden", wonach es ganz unauffällig wird, wenn die Bundesversammlung den Punkt mit Stillschweigen übergeht.

Da der ursprüngliche Text schon zu verbreitet ist, um unbekannt zu bleiben, so kann die Änderung mit der Besorgniß der Bundesstaaten für ihr souveränes Bewilligungsrecht gegenüber dem Bunde motivirt werden, wenn sie jemand auffällt. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

186. Bericht vom 4. November 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. den Ausschußvortrag in der Neuenburger Angelegenheit. — Vgl. Poschinger III Nr. 24.

187. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

4. November 1856.

E. E. beehre ich mich in der Anlage meinen Bericht über den Ausschußvortrag in der Neuenburger Sache, sowie letzteren selbst g. vorzulegen.[1]) Ich wage zu hoffen, daß der Inhalt desselben den ah. Wünschen entsprechen werde, wenigstens ließ sich ein weiteres nur mit erheblicher Verzögerung und wahrscheinlich überhaupt nicht erreichen. Im Vergleich mit früheren Verhandlungen über Fragen der europäischen Politik und im Hinblick auf die Schwierigkeiten, welche man in Dresden, Wien und München anfänglich zu machen geneigt schien, ist die schnelle Erledigung unsres Antrages m. E. als ein verhältnismäßig sehr günstiges Symptom unserer augenblicklichen Stellung im Bunde zu betrachten. Ich schreibe dieses Ergebnis wesentlich der Meinung zu, daß unsere Beziehungen zu Frankreich sich neuerdings freundlicher gestaltet hätten. Vertrauliche Äußerungen einiger meiner Kollegen sowohl, als solche benachbarter Souveräne, welche mir mitgeteilt worden sind, bestätigen diese Auffassung. Die Bundesverfassung an sich, und besonders die Richtung, in welcher die Politik der Mittelstaaten und die bis zu einem gewissen Grade von analogem Interesse geleitete des Präsidialhofes dieselbe auszubilden bestrebt sind, bietet uns kein Mittel, unsern Einfluß in Deutschland über das Maß der uns zuständigen einen Stimme unter 17 zu erheben. Wenn von auswärtigen Beziehungen in der deutschen Politik ganz abgesehn werden könnte, so würden die mannigfaltigen Gründe, welche unsere Bundesgenossen zur Opposition gegen Preußen zu haben glauben, uns in den Stand einer permanenten Minorität am Bunde bringen und das Bestreben, die Kompetenz der Majorität auszudehnen, bald einen erfolgreichen Aufschwung gewinnen. Sobald indes die auswärtigen Verhältnisse sich in einer Weise ge-

[1]) Vgl. die vorige Nummer.

stalten, welche für den europäischen Frieden bedrohlich erscheint, kommt auch in Deutschland der Wert zur Hebung, welchen Preußen vermöge seiner Streitkräfte und sonstigen Hilfsmittel für das Ausland hat, und nicht minder werden alsdann die Hoffnungen mit in Rechnung gezogen, mit welchen die wesentlichsten Elemente der öffentlichen Meinung in Deutschland auf Preußen blicken, während dieselben in friedlichen Zeiten das umgekehrte Ergebnis haben, den Argwohn und die Abneigung der kleineren Regierungen gegen uns wach zu erhalten. Bemerkenswert ist, wie sich in kritischen Zeiten jedesmal herausstellt, daß der Glaube der Regierungen selbst an den Bund und seine Verfassung auf sehr schwachen Füßen steht. Man ist vollständig darauf gefaßt, daß jede Regierung, welche sich Nutzen davon verspricht, zugunsten auswärtiger Verbindungen dem Bunde den Rücken dreht; man ist darauf gefaßt, weil man selbst entschlossen ist, ganz ebenso zu handeln. Nach meiner nunmehr sechsjährigen Erfahrung in den hiesigen Geschäften behaupte ich mit voller Bestimmtheit, daß es, wenigstens unter den mit einer Virilstimme versehenen deutschen Fürsten keinen einzigen gibt, der aus Bundestreue seine eigene Stellung ernstlich gefährden würde. Der etwaige Kampf widerstreitender Pflichten würde nur ein kurzer sein, da jeder dieser Herrn mit seinen Ministern im Grunde ganz ehrlich davon überzeugt ist, daß die Pflichten gegen sein eigenes Haus und seine Untertanen dringender sind, als die gegen den Bund, nach dem Sprichwort, daß ihm das Hemd näher ist als der Rock. Der Bund hat ein Menschenalter hindurch keine andere Auffassung von seiner Bestimmung gehabt, als diejenige, daß er sich in festem Bündnis mit Preußen, Österreich und Rußland gegen Angriffe Frankreichs oder gegen innere Revolutionen zu verteidigen habe. Solange er sicher war, die ansehnliche Reserve der drei östlichen Großmächte hinter sich zu haben, konnte man auf seine Haltbarkeit rechnen, und man wird es jedesmal können, wenn Österreich und Preußen gemeinschaftlich in einem ähnlichen übermächtigen Bündnis gegen Frankreich oder gegen Rußland sich befinden und Glaube an die Haltbarkeit desselben vorhanden ist. Sobald aber Rußland aus einer solchen Allianz ausscheidet, ohne daß Frankreich mit umgekehrter Front hinzutritt, verliert ohne allen Zweifel die Bundesakte jede Kraft und jeden Wert. Wenn Deutschland von zwei Seiten, d. h. von Frankreich und von Rußland, bedroht wird, so mögen Preußen und Österreich immerhin zusammenhalten, sie werden doch nur diejenigen Bundesstaaten in ihrem Lager sehn, welche sie dazu zwingen können, oder welche außerstande sind, ein vorteilhaftes Abkommen mit den Gegnern zu treffen. Wir Preußen namentlich würden uns einem gefährlichen Irrtum hingeben, wenn wir bei unserer Politik für die Zukunft die Berechnung zugrunde legen wollten, daß die Bundesverträge gehalten werden, und daß wir auf einen irgendwie erheblichen Beistand von Bundestruppen zählen können, wenn wir in den Fall kommen sollten, gegen Frankreich Krieg zu führen, ohne daß Österreich und Rußland mit uns wären. Ein Bündnis Frankreichs mit Rußland oder selbst mit dem schwächeren Österreich sprengt den Bund im Kriegsfalle ohne weiteres.

E. E. wollen mir verzeihen, wenn ich diese in den letzten Jahren schon öfter vorgetragene Überzeugung heut nochmals ausspreche; aber die Folgen einer irrtümlichen Rechnung, eines falschen Vertrauens auf die Bundesverträge können zu verhängnisvoll für Preußen sein, als daß ich nicht in meiner Stellung stets von neuem mich berufen fühlen sollte, das Ergebnis meiner hiesigen Eindrücke vorzutragen.

Die gegenwärtigen Verstimmungen Frankreichs gegen Österreich und England geben sich zwar bisher nur in öffentlichen Blättern kund. Sie können aber in der nächsten

Zukunft ebensowohl sich steigern, als beseitigt werden, und werden im ersteren Falle für ihre schließlichen Ausbrüche des russischen Beistandes schwerlich entbehren.

Aus den Zeitungen werden E. E. ersehn haben, daß der Prinz Napoleon sich einige Tage hier aufgehalten hat. Graf Montessuy gab ihm zu Ehren eine Soirée, zu welcher alle hiesigen Diplomaten, welche in der Eile hatten aufgefunden werden können, eingeladen waren. Am anderen Tage fand ein Diner statt, welchem außer mir nur die Vertreter von Österreich, England und Rußland beiwohnten. E. E. ist der Prinz von Person bekannt, und will ich deshalb nur bemerken, wie mir die Ähnlichkeit auffiel, welche zwischen ihm und dem Präsidenten Gerlach besteht, nicht nur in den Zügen, sondern auch in dem Gebärden- und Mienenspiel. Da ich dem Prinzen früher nicht bekannt war, so muß ich es einem vorgefaßten Entschluß zuschreiben, daß derselbe sowohl auf jener Soirée, wie in der bis in die Nacht hinein verlängerten Unterhaltung nach dem Essen sich dem Gespräche mit mir mit einer Ausschließlichkeit widmete, welche für die übrige Gesellschaft bei dem Mangel an sonstiger Beschäftigung einigermaßen peinlich sein mußte. Ich kann daher unmöglich alles wiedergeben, was er mit mir gesprochen hat; es ist auch nicht anzunehmen, daß er bei seiner ganzen Stellung zum Kaiser nach viermonatlicher Abwesenheit in dessen gegenwärtige Auffassungen vollständig eingeweiht war. Aber jedenfalls sprach er mit viel Verstand und gesundem sicheren Urteil, auch mit mehr Ruhe, als ich von ihm erwartet hatte. Die deutschen Verhältnisse, und selbst die Verfassung des Bundes kennt er vermöge seiner württembergischen Beziehungen besser, als die meisten französischen Gesandten in Deutschland. Die Neuenburger Frage behandelte er mit sichtlicher Besorgnis, daß deren Erörterung am Bunde von Österreich als Präzedenzfall ausgebeutet werden könne, wenn letzteres den Beistand des Bundes in seinen italienischen Händeln beanspruchen würde. Mit großer Lebhaftigkeit und Bitterkeit besprach er das Verfahren Österreichs und Englands bei Ausführung des Pariser Friedens und bezeichnete das Verbleiben in den Fürstentümern und im Schwarzen Meere als Treulosigkeit und Vertragsbruch. Seine Abneigung gegen Österreich war offenbar größer, als gegen England, und scheint er, wie das auch seiner sonstigen politischen Stellung entspricht, die Fortdauer der westmächtlichen Allianz dem Abschluß einer französisch-russischen vorzuziehen. Nous venons de parer le coup, que l'Angleterre a voulu porter à l'Autriche dans l'affaire de Naples et nous aurions pu nous attendre, que le comte de Buol nous donnât des preuves de sa reconnaissance, au lieu de nous braver et de nous „asticoter“ avec sa prétendue alliance anglaise. So ungefähr lautete eine seiner Redensarten. Von den Fähigkeiten des Grafen Buol hatte er eine sehr geringe Meinung und fand allein darin die Erklärung der Möglichkeit der heutigen österreichischen Politik. Er erwähnte dabei der Möglichkeit eines Rücktritts des Grafen Buol und verhehlte sich nicht, daß durch dieselbe eine erneuerte Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Österreich und Rußland möglich gemacht werden könne. Als Symptom, daß die Stellung des Grafen Buol unsicher werde, führte er an, daß der Minister Bach anfange, sich von ihm zurückzuziehn, wie eine Ratte von einem schlechten Schiffe. Die Neuenburger Sache — sagte er — sei ein günstiges Ereignis, wenn sie eine Annäherung zwischen unserem ag. Herrn und dem Kaiser Napoleon zu Wege bringe. Die Verbindung Preußens und Frankreichs, als die der beiden zivilisiertesten Völker der Welt, sei die natürlichste von allen, und könne beiden gleich vorteilhaft werden. Frankreich verlange Vergrößerungen nur, falls andere Mächte sich vergrößerten, wie z. B. Österreich in den Donaufürstentümern.

Da der Postschluß eben eintritt, so erwähne ich nur noch, daß der Prinz mir offen

den lebhaften Wunsch aussprach, einen Besuch am Hoflager unseres ag. Herrn zu machen, und dabei auf die Gelegenheit des Gegenbesuches bei der Anwesenheit Sr. K. H. des Prinzen Friedrich Wilhelm in Frankreich rechnete.

188. Bericht vom 4. November 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verfassung des Großherzogtums Luxemburg. — Vgl. Poschinger III, Nr. 26.

189. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

6. November 1856.

Wie ich E. E. durch den Telegraphen bereits zu melden die Ehre gehabt habe, sind die Ausschußanträge in der Neuenburger Sache, von denen ich noch ein gedrucktes Exemplar hier g. beifüge, in der soeben beendeten Sitzung zum Beschluß erhoben worden.[1]) Es stimmten denselben sämtliche Gesandten einfach zu, mit Ausnahme derer von Baden und Holstein-Lauenburg, welche beide sich das Protokoll offen hielten; der erstere, wie er demnächst erläuterte, lediglich zur Motivierung und Vervollständigung seines im übrigen zustimmenden Votums. Der K. dänische Gesandte sprach in der Versammlung die Überzeugung aus, daß seine Instruktion nicht anders als zustimmend lauten könne, daß er sie aber erst heute oder morgen auf telegraphischem Wege erwarte, nachdem der Ausschußvortrag, welchen man in Kopenhagen vorher zu kennen gewünscht habe, heut daselbst eingegangen sein werde. Privatim äußerte Herr von Bülow gegen mich, daß er nichts dawider habe, wenn der Beschluß schon jetzt als ein einstimmig gefaßter bezeichnet werde.

Es dürfte nunmehr m. g. D. darauf ankommen, eine schleunige Ausführung des gefaßten Beschlusses zu betreiben. Auf dem regelmäßigen und formellen Wege würde sich dieselbe dahin gestalten, daß uns, sowie den Regierungen, welche Vertreter in der Schweiz beglaubigt haben, der Beschluß als Protokollauszug mitgeteilt und die Ausführung desselben anheimgegeben werde. Hierzu wäre aber erforderlich, daß das Protokoll vorher angefertigt und allseitig unterzeichnet wäre, eine Manipulation, über welche erfahrungsmäßig 5 bis 8 Tage mindestens vergehn. Es dürfte sich daher empfehlen, daß unsere Gesandten bei den Höfen von Wien, München und Karlsruhe, als den einzigen, welche dermalen Vertreter in der Schweiz haben, angewiesen werden, dahin zu wirken, daß diese Regierungen, sobald sie durch ihre Bundestagsgesandten amtliche Nachricht von dem gefaßten Beschluß erhalten haben werden, auch ohne Verzug ihre Agenten in der Schweiz mit den nötigen Weisungen versehn. Herr von Sydow, oder wen S. M. der König sonst mit der offiziellen Forderung der Freilassung der Gefangenen an die Schweizer Zentralbehörde beauftragen wollen, würde sich alsdann über die Modalität der Ausführung des

[1]) Hiernach beschloß die Bundesversammlung, 1. den in das Londoner Protokoll vom 24. Mai 1852 in bezug auf die Verhältnisse des Fürstentums Neuenburg niedergelegten Grundsätzen beizutreten, und 2. an die deutschen Bundesregierungen, welche diplomatische Vertreter bei der schweizerischen Eidgenossenschaft beglaubigt hatten, das Ansuchen zu stellen, die von der K. preußischen Regierung verlangte Freilassung der in den Septembertagen verhafteten Neuenburger, unter Geltendmachung der im Vortrage erwähnten politischen Erwägungen, durch ihre diplomatischen Agenten namens des Deutschen Bundes befürworten und die desfallsigen Schritte der K. preußischen Regierung bei den eidgenössischen Behörden mit allem Nachdruck unterstützen zu lassen.

Bundesbeschlusses mit seinen deutschen Kollegen in Bern nach Maßgabe ihrer Instruktionen verständigen können.

Es ist mir von mehreren Seiten die Vermutung ausgesprochen worden, daß die Schweizer Behörden, wenn sie sehen, daß ernstere Schritte vorbereitet werden, die Verurteilung der Gefangenen beschleunigen und dann durch deren Freilassung im Wege der Amnestie dem weiteren Verfahren zuvorkommen würden. Meiner persönlichen Ansicht nach halte ich dies kaum für wahrscheinlich; denn die Schweizer werden sich ohne Zweifel selbst sagen, daß sie als Preis für eine die Anerkennung des diesseitigen Rechtes involvierende Freilassung Konzessionen von Sr. M. dem Könige zu erhalten Aussicht haben, die zu einer allseitig anerkannten Beilegung führen können. Für eine Freilassung durch Amnestie aber laufen sie Gefahr, nichts weiter zu erhalten, als eine Fortdauer des status quo von vor dem September c., welcher für uns weniger unbequem ist, als für die Schweiz, sobald die Frage ihre Dringlichkeit dadurch wiederum verloren hat, daß die Gefangenen auf irgendeinem Wege ihre Freiheit faktisch wiedererlangen. Die dann etwa noch pendent bleibende Frage wegen des Vermögens der beteiligten Royalisten verträgt ebenso wie die fernere Geltendmachung der Rechte Sr. Majestät eine langsamere Behandlung.

Nach Privatmitteilungen rechnet man übrigens in Bern noch immer darauf, daß es zu ernsteren Maßregeln gegen die Schweiz um deshalb nicht kommen werde, weil Frankreich dieselben nicht zulassen würde. Namentlich hat mir Graf Barral, der hiesige sardinische Gesandte, welcher viele persönliche Beziehungen in der Schweiz hat, gesagt, daß vorstehende Ansicht nach den Briefen, welche er aus der Schweiz erhalte, dort noch immer die herrschende sei. Er war der Meinung, daß die eidgenössischen Behörden, sobald sie sich wirklich überzeugt hielten, daß auf französische Protektion nicht zu rechnen sei, ungeachtet der großen, auf dem Gebiete der inneren Schweizer Politik entgegenstehenden Schwierigkeiten nachgeben würden. Besonders erfolgreich würde in diesem Sinne die Aussicht wirken, daß von den Schweizern ein Ersatz der Kosten der gegen sie anzuwendenden Maßregeln beansprucht werden könne.

190. **Bericht vom 6. November 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.**, betr. die Haltung Englands in der Neuenburger Angelegenheit. — Vgl. Poschinger III, Nr. 28.

191. **Bericht vom 7. November 1856 an König Friedrich Wilhelm IV.**, betr. die Anstellung eines eigenen Bundeskanzleidirektors. — Vgl. Poschinger III, Nr. 29.

192. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

10. November 1856.

E. E. beehre ich mich hieneben Abschrift eines Briefes des Gr. badischen Bundestagsgesandten g. g. vorzulegen, worin derselbe, indem er mir von der ihm in der Neuenburger Angelegenheit nachträglich zugegangenen Instruktion Mitteilung macht, im Auftrage seiner Regierung mich um eine Auskunft darüber bittet, welche Schritte diesseits bei den schweizerischen Behörden beabsichtigt werden, ob nur schriftliche, oder ob Herr von

Sydow nach Bern zurückkehren und im Verein mit seinen deutschen Kollegen handeln wird. Bayern hat dagegen, wie E. E. aus der in der Abschrift g. beigefügten, mir durch Herrn von Schrenck mitgeteilten Instruktion an Herrn von Malzen gen. entnehmen wollen, letztern bereits mit Weisung auf Grund des Bundesbeschlusses versehen und geht von der Überzeugung aus, daß die nähern Abredungen über die vorzunehmenden Schritte zwischen den Gesandten in Bern erfolgen werden.

Ähnliche Anfragen wie die badische sind auch von solchen meiner Kollegen, deren Regierungen nicht in der Schweiz vertreten sind, an mich gerichtet worden. E. E. habe ich mir bereits in dem Berichte vom 6. d. M.[1]) meine u. Ansicht über die Behandlung der Sache darzulegen erlaubt und insbesondere befürwortet, eine schleunige Ausführung des Beschlusses vom 6. d. M. zu betreiben. Nachdem wir uns haben angelegen sein lassen, diesen Beschluß möglichst bald gefaßt zu sehen und die Bundesversammlung diesem Bestreben mit Bereitwilligkeit entgegengekommen ist, würde eine Verzögerung der Sache in dem jetzigen Stadium den Anschein hervorrufen können, als seien wir über unsere fernern Schritte noch unschlüssig. Dadurch dürfte aber auch bei der Schweiz der Eindruck des Bundesbeschlusses und der ferner von uns in Aussicht gestellten Eventualitäten abgeschwächt werden.

E. E. bitte ich g. g. mich von den gefaßten Entschließungen hochgen. unterrichten zu wollen, um zur Beantwortung der Anfragen meiner Kollegen in den Stand gesetzt zu sein...

193. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. November 1856.

E. E. erlaube ich mir durch dieses Schreiben in Ihrer Eigenschaft als Chef der Admiralität mit einer Bitte zu behelligen.

Mein oldenburgischer College, Staatsrath von Eisendecher, gehört, wie E. E. bekannt ist, nicht zu unsern zuverlässigen politischen Freunden. Als ehemaliger Staatsmann der gothaer Partei sieht er in uns die Verkümmerer seiner frühern politischen und vielleicht persönlichen Hoffnungen. Er hat sich daher auch bemüht, seinen einzigen Sohn, nachdem er dessen Leidenschaft für den Seedienst nicht hat bemeistern können, in die östreichische Marine zu bringen, wo man ihn bereitwillig aufgenommen hätte, wenn nicht in dem entschlossenen Widerstande des Sohnes gegen die Absicht des Vaters ein Hinderniß erwachsen wäre. Der junge Mann, obschon erst 15 Jahr alt, ist so decidirt in seiner Vorliebe für Preußen, daß er auf keinen Fall nach Östreich, sondern lieber in die Hanseatische Handelsmarine gehn will, wenn er in unsrer Kriegsmarine nicht ankommen kann. Er hat diesen, mit seinem Vater so wenig harmonirenden Borussianismus theils von seiner Mutter, der Tochter eines reichen Senatoren in Bremen, theils in meinem Hause eingesogen; seine Mutter ist mit meiner Frau befreundet und hat von den östreichischen Umtrieben ihres Mannes auf dem politischen Gebiete keine Vorstellung. Der junge Eisendecher ist 15 Jahr alt, reif für Secunda und auch außerhalb der Gymnasial-Kenntnisse vielfach unterrichtet, dabei körperlich und geistig von vorzüglichen Anlagen, um einen guten Seeoffizier aus ihm zu machen. Er wird von mütterlicher Seite sehr wohlhabend werden, und sein Eintritt bei uns wäre ein Vorgang, der hoffentlich unter den analogen Elementen der Bevölkerung an

[1]) Vgl. oben S. 169.

der Nordsee Nachahmung finden würde. Indem ich meinen Schützling der Gewogenheit E. E. angelegentlichst empfehle, erlaube ich mir die g. Anfrage, ob derselbe Aussicht hat, Aufnahme in unsern Marinedienst zu finden, welches die amtlichen Schritte sind, die er thun muß, und ob dieselben bei E. E. oder bei des Prinzen Adalbert K. H. anzubringen sind. Genehmigen E. E. . . .

194. Bericht vom 14. November 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. den Antrag Bayerns wegen eines allgemeinen Handelsgesetzbuches. Tagungsort der beabsichtigten Sachverständigenkommission. — Vgl. Poschinger III, Nr. 31.

195. Bericht vom 17. November 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Kosten der Bundesexekution in Kurhessen. — Vgl. Poschinger III, Nr. 32.

196. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

17. November 1856.

E. E. habe ich seit Erledigung des Beschlusses wegen Neuenburg nichts von Interesse über hiesige Vorgänge melden können, und die Ebbe in der Bundespolitik scheint in den nächsten Wochen noch weiter sinken zu wollen. Für heut veranlaßt mich Hanover die Feder zu ergreifen. Herr von Heimbruch besuchte mich gestern und klagte mir vertraulich, daß Rechberg in der Hanöverschen Verfassungsangelegenheit Äußerungen gethan habe, die von einiger Kälte für das gegenwärtige Cabinet Zeugniß gäben, obschon die Zusicherungen Östreichs in Hanover selbst fortwährend befriedigend lauteten. Er führt diese Stimmung auf Besprechungen des Grafen Rechberg mit Herrn von Stockhausen in Wien zurück und ist der Meinung, daß letztrer mit dem Grafen Kielmannsegge unter östreichischem Patronat dahin strebe, Graf Platen zu beseitigen und unter Kielmannsegge's Präsidium selbst in das Ministerium zu treten. Platen hat längst, und namentlich seit der orientalischen Frage, sich die entschiedne Abneigung des Wiener Cabinetes zugezogen; auch Beust liebt ihn nicht und läßt durch den hiesigen sächsischen Gesandten gegen ihn wirken. Ebenso ist der frühere Günstling Östreichs, G. R. Zimmermann, in Wien in Ungnade gefallen. Kielmannsegge dagegen, mit seinen beiden Söhnen im östr. Dienst, und Stockhausen werden so schwarzgelb wie möglich sein, wenn sie ans Ruder kommen, und sie werden den König Georg ohne Zweifel gegen Platen einzunehmen bemüht sein. In unserm Interesse dürfte es nun liegen, letztrem die Stange zu halten und ihn unsrer Unterstützung zu vergewissern. Die große Sorge ist in Hanover, ob die Majorität am Bunde zur Regirung halten werde, wenn eine neue Verfassungsbeschwerde eingehn sollte. Mir ist dies nicht zweifelhaft, sobald wir zu Hanover stehn, indem wir ihm sämmtliche norddeutsche Stimmen außer Sachsen würden sichern können. Herr von Heimbruch ist im Allgemeinen zurückhaltend und ängstlich in seinem Auftreten, und daraus, daß er mir, wenn auch vertraulich, jene Befürchtungen offen mittheilte, möchte ich schließen, daß die angedeutete Intrigue bereits practisch zu werden angefangen hat und Platen schon des Beistandes bedarf.

E. E. vertrauliche Mittheilung, daß Östreich uns in der Schweiz factisch nur eine laue Unterstützung gewährt, erhält eine eigenthümliche Bestätigung dadurch, daß die ultramontane Presse der Schweiz, und namentlich die notorisch von Östreich und dessen Geistlichkeit inspirirte „Schwyzer Zeitung“ das Schweizer Nationalgefühl mit heftigen Worten gegen unsre Forderungen und gegen etwaige ernste Maßnahmen aufstachelt, die Nachgiebigkeit als schwache, unehrenvolle Politik bezeichnet und auffordert, zu zeigen, daß die Schweiz nicht jährlich ihr „schönes Geld in Haufen für gutmüthiges Säbelklirren und friedliche Fanfaren“ hergebe. Auch die eigne östreichische Presse predigt gegen „Gewaltmaßregeln“ Preußens, und die süddeutschen Gesandten deuten an, daß ihnen analoge Insinuationen gemacht seien. *Ich habe Gelegenheit gefunden, meinen Würtembergischen Collegen in unverdächtiger Weise in Betreff dessen zur Rede zu stellen, was er nach Graf Seckendorfs Bericht über von mir ertheilte Versicherungen wegen eventueller Verzichtleistung auf Neuenburg gesagt haben soll. Er weiß nicht, daß mir die Nachricht durch Seckendorf geworden ist, und vermuthet, daß meine Quelle mit der neulichen Anwesenheit J. M. der Königin von Holland in Verbindung steht. Er gab mir sein Ehrenwort, daß er weder mündlich noch schriftlich, weder hier noch in Stuttgart irgend eine der (von Seckendorf berichteten) von mir ihm vorgehaltenen auch nur ähnliche Äußerung gethan habe, daß er auch hier unter unsern Collegen und namentlich von mir nichts der Art vernommen, und von allen Leuten, mit denen er in den letzten Wochen gesprochen habe, nur der englische Gesandte in Stuttgart etwas Ähnliches geäußert habe, aber ohne alle Bezugnahme auf den Bundesbeschluß. Ich glaube, daß Seckendorf die Angaben seines Berichtes vom 12. aus einer Quelle geschöpft hat, vor welcher man ihn vielleicht warnen sollte; Reinhart könnte mir sonst sein Ehrenwort nicht so unbeschränkt geben und nicht so dringend darauf bestehn, daß ich ihm meinen Gewährsmann nennen und weiter der Quelle nachspüren sollte.*

Einiges Aufsehn erregt hier ein von Östreich colportirter Artikel der Köln. Zeitung, nach welchem wir die „unumwundene Erklärung in Wien abgegeben hätten, daß Östreich unter allen Umständen auf die bereitwilligste und ausgiebigste Bundeshülfe von Seiten Preußens mit Zuversicht zählen könne“. Graf Montessuy war so darüber intriguirt, daß er heut früh gleich mit dem Blatte zu mir kam. Meine Poststunde ist da, und ich muß schließen mit der Versicherung der aufrichtigsten Verehrung, mit der ich verharre . . .

197. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

(Eigenhändig.)

18. November 1856.

E. E. beehre ich mich heut mit mehr Muße eine Fortsetzung meines gestern durch den Postschluß unterbrochnen Schreibens[1]) zu liefern.

Der Artikel der Kölner Zeitung, welcher Graf Montessuy gestern beunruhigte, steht in Nr. 318 des Blattes vom 15. c., datirt von Wien unter dem Zeichen der Wage.[2]) Mein französischer College legt im Ganzen zu viel Gewicht auf die Presse und nimmt aus derselben viel unzuverlässigen Stoff zu seinen Berichten, weil er keine richtige Vorstellung von

[1]) Vgl. die vorige Nummer.
[2]) Wortlaut vgl. Poschinger IV, S. 244 f., Anm. 5.

dem Treiben und der Beschaffenheit der deutschen Zeitungs-Correspondenten hat. Er hat überhaupt einen noch ungebrochnen Eifer im Berichterstatten und ist von meinen deutschen Collegen einigermaßen gefürchtet wegen der inquisitorischen Bemühungen und directen Fragen nach den Vorgängen der Sitzungen, mit denen er der geheimnißvollen Wichtigkeit der Gesandten zu Leibe geht. Gesellschaftlich hat er sich keine gute Stellung hier zu machen gewußt, was namentlich an der Frau liegt. Sie wird von den Bundesdamen nicht höflich genug gefunden, um ihr ihre Ansprüche und ihre Diamanten zu verzeihn; ihre Einladungen sind der Keim neuer Feindschaften, weil die Auswahl und die Placirung den vielfachen Klippen der hiesigen Rang- und andern Ansprüche nicht Rechnung trägt; ein Theil der Bundestagsgesandten geht gar nicht mehr hin zu Montessuy's (Sachsen, Baiern u. a.); ich gehöre zu den Wenigen, die sehr gut mit Mann und Frau stehn, und habe an dem Hause nur auszusetzen, daß schlecht gegessen und noch schlechter getrunken wird in demselben, was ich aber mit gewohnter Hingebung für den K. Dienst ohne Murren ertrage, da M[ontessuy] im Übrigen ein angenehmer College für mich ist. Daß Fonton für Rußland herkommen soll, ist mir nicht lieb; ich werde zu ihm niemals einen auch nur mäßigen Grad von Zutrauen fassen können.

Den bisherigen Spanier, Estrada, verlieren wir, wie es heißt, in Kurzem; er ist einer der langweiligsten und unverständlichsten Schwätzer; er schlägt vor, die Neuenburger Frage dadurch zu erledigen, daß S. Majestät, nach Abtretung des Fürstenthums, „erster Ehrenbürger der Schweiz“ und diese Thatsache auf einer Denksäule in Bern proclamirt und verewigt würde; er hat mich wiederholt mit dem dringlichsten Ernst gebeten, diesen modus der Beilegung bei E. E. in Antrag zu bringen. Sein Nachfolger hier soll der Marquis Quinones, jetzt erster Secretär in Paris, werden.

Während der Ferien haben wir auch einen neuen Sardinier herbekommen, Graf Baral, den Mann einer sehr hübschen Pariserin. Ich habe E. E. seiner Zeit wohl geschrieben, daß Graf Rechberg Anfangs im Ausschuß versuchte, darauf hinzuwirken, daß der Vertreter Sardiniens wegen gewisser Äußerungen Cavour's aus Rücksicht auf Östreich vom Bunde gar nicht angenommen werde. Nun ist es im Vergleich damit einigermaßen überraschend, daß sich statt der erwarteten Kälte ein, wie es scheint, sehr freundschaftliches Verhältniß zwischen Graf Baral und Graf Rechberg entwickelt hat. Ich weiß nicht, ob ich in Folgendem einen Schlüssel dazu suchen soll, und ob Baral das seltne Beispiel eines auf Östreich hoffenden Sardiniers liefert. Auch er hat die Gewohnheit sehr indiscreter directer Fragen; bei Gelegenheit einer solchen in Betreff unsrer Beziehungen zu Rußland und Frankreich habe ich ihm, ohne grade etwas zu sagen, dessen Unwahrheit er constatiren könnte, Verschiednes aufgebunden, an dessen weitrem Verlauf ich wohl merken werde, ob er mit Rechberg in Einverständniß ist oder nicht. Das Merkwürdige dabei war mir nun, daß Baral offenbar etwa nachstehende Ansicht hatte: Piemont hat eine ernsthafte Förderung seiner Macht und Unabhängigkeit von Frankreich, und namentlich von einer französisch-russischen Allianz nicht zu erwarten; wenn dagegen Östreich Gefahr läuft, von einem übermächtigen Continental-Bündniß zwischen Frankreich, Rußland und Preußen erdrückt zu werden, so bleibt ihm nichts Andres übrig, als sich selbst an die Spitze der nationalen Bewegung der unterdrückten katholischen Völker, nämlich der Polen, Italiäner, Deutschen und Franzosen zu stellen, so mit Englands Hülfe seine drei Gegner durch die Revolution in die Luft zu sprengen und in dem einigen Deutschland seine Entschädigung für die an Polen und Italien abzutretenden Provinzen zu suchen und mit den neuzubildenden katholisch-liberalen Nationalstaaten ein Europa dominirendes Bündniß zu bilden. Er formulirte

dieses System nicht so, wie ich es hier thue, er sprach im Gegentheil in provocatorischer Weise gegen Östreich, aber er hatte ziemlich viel, für seine Capacität, getrunken, und ich glaube mich nicht zu täuschen, wenn ich das obige abentheuerliche Raisonnement als sein eigentliches Glaubensbekenntniß mir aus seinen Reden abstrahirte. Dasselbe muß auch schon in andern Köpfen gespukt haben, denn Baral ist ein zwar junger, aber doch abgelebter Bonvivant, der solche phantastischen Pläne nicht selbst erfindet. Man kann dagegen einwenden, daß die Revolutionirung Polens durch Östreich und die Frankreichs durch England nicht außer dem Bereich des Möglichen liegt, das Wiener Cabinet aber niemals bei der italiänischen und deutschen Revolution Glauben finden werde; das hindert aber wohl nicht, daß dergleichen von Italiänern im Einzelnen combinirt und geglaubt werden mag. Ich berichte E. E. meine Beobachtung lediglich wie ein Naturforscher, der eine curiose Spezies aufgefunden hat. Es würde aber doch interessant für mich sein, wenn vielleicht von Turin aus oder von Paris, wo Baral früher fungirte, ohne spezielle Bezugnahme auf mich, ermittelt werden könnte, ob er dort zu ultramontanen Umtrieben in Beziehung gestanden hat.

Ein andres eigenthümliches Element in der hiesigen Diplomatie ist der Graf von Mülinen, zweiter Secretär der französischen Gesandtschaft und weitläuftiger Verwandter des Grafen Montessuy. Sein Vater, geborner Schweizer, war in Würtembergischen Diensten, seine Mutter eine Französin, sein Bruder dient in der östreichischen Diplomatie, seine Frau ist eine Tochter des russischen Gesandten in der Schweiz (Krüdener), und er selbst war bis vor nicht langer Zeit in östreichischem Dienste, schied aus demselben ohne eine bekannte Ursache, ließ sich dann plötzlich vermöge der Connectionen seiner Verwandten als Franzose naturalisiren, wurde zuerst Consul in Danzig oder Königsberg und kam mit Montessuy als dessen vertrautester Secretär hierher. Man fragt sich hier vielfach, welche Garantie die französische Regierung hat, daß er nicht noch heut, so gut wie sein Bruder, in östreichischem Dienste steht, da er in seiner dermaligen Stellung als französischer Legationssecretär dem Wiener Cabinet die werthvollsten Dienste leisten könnte. *Seine Vermögensverhältnisse sind unklar, die seiner Frau noch mehr, da der alte Krüdener ein Spieler ist. Mülinen selbst ist ein Mensch ohne Scham und Gram, und er wie seine Frau erwecken jedermanns Mißtrauen, nur nicht das des allerdings sehr harmlosen Montessuy. Daß man sich zu diesem naturalisirten Kosmopoliten jeder That versehen kann, wird hier auf Grund seiner Physiognomie und seines Wesens geglaubt, aber auf den Grund läßt sich der Sache nicht leicht kommen.*

In der Neuenburger Angelegenheit habe ich viele ungeduldige Fragen meiner Collegen zu hören: ob Herr von Sydow noch nicht in Bern sei, ob wir keine militärischen Anstalten für den Fall einer ablehnenden Antwort der Schweiz träfen und dergleichen. Graf Rechberg ist avertirt, daß ihn Herr von Mensbengen sogleich von allen Vorgängen in Bern telegraphisch benachrichtigen werde; er hat aber bisher noch nichts.

Vor etwa 14 Tagen habe ich ein Schreiben an E. E., unsre Erfolge am Bunde in der Neuenburger Sache und die Motive, denen ich dieselben zuschreibe, betreffend, nach Letzlingen[3]) dirigirt, in der Meinung, daß E. E. dort seien; ich hoffe, daß es schließlich durch das Magdeburger Postamt richtig angelangt ist. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

---

[3]) Manteuffel hatte den König zu den Hofjagden in Letzlingen begleitet.

198. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. November 1856.

E. E. zeige ich g. an, daß Hassenkrug gestern hier eingetroffen ist, nachdem er seiner Angabe nach 9 Monat in Paris im Gefängniß gesessen hat und aus letztrem vor 8 Tagen entlassen worden ist. Er hat einen ganzen Sack voll allarmistischer Nachrichten: der Kaiser sei tödtlich krank an der Zuckerruhr und zeitweise gestört, der junge Prinz blind geboren, der Ausbruch der Revolution werde täglich erwartet und dergleichen. Seine Rede wimmelt von Kossuth und Mazzini (den er Maccini ausspricht, also von dessen Freunden wahrscheinlich nie hat nennen hören). Er hat mir seine Mittheilungen schriftlich versprochen, und obschon ich im Voraus kein Wort davon glaube, werde ich mir doch erlauben, sie einzureichen. Ich kenne seine Vergangenheit nicht und weiß deshalb nicht, ob es rathsam ist, ihn frei und brodlos umherlaufen zu lassen. Ich habe ihn deshalb angenommen und angehört, ihm auch einstweilen Geld in Aussicht gestellt, da er ganz mittellos zu sein vorgiebt. Seiner Angabe nach will er noch ein bis zwei Tage hier bleiben und dann nach Berlin reisen. Wenn E. E. mir Befehle in Bezug auf seine Person zu geben haben, so bitte ich morgen um telegraphische Weisung, die ich selbst dechiffriren werde. Ich melde seine Anwesenheit vorläufig telegraphisch.

199. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. November 1856.

E. E. beehre ich mich in der Anlage den gestern erwähnten Bericht Hassenkrugs g. vorzulegen. Ich kann in demselben nur ein übertriebenes und werthloses Fabrikat erblicken, welches mich auf den Gedanken bringt, daß H. entweder in französischem Solde steht und durch Schimpfen auf Personen und Zustände den Verdacht von sich ablenken will, oder daß man ihn im Gefängniß sehr schlecht behandelt hat und er seiner Galle in dieser allarmistischen Ergießung Luft macht. Ist das Erste richtig, so wird sein Geldmangel aus gleichem Grunde vorgeschützt sein. Ich weiß zu wenig darüber, ob, von wem und wie der Mann bei uns gebraucht ist und ob die von ihm behaupteten Beziehungen zu einem der Prinzen in Wahrheit beruhten, sodaß ich es jedenfalls der Vorsicht entsprechend hielt, ihn im Falle wirklicher Bedürftigkeit nicht fremder Mildthätigkeit und Benutzung anheimfallen zu lassen. Nachdem ich meinen gestrigen Brief an E. E. abgeschickt hatte, kam er wieder zu mir und erklärte heut früh abreisen zu wollen, während er sonst noch 2 Tage hatte bleiben wollen; er gab Geldmangel und Sehnsucht nach seiner Frau als Grund an. Ich gab ihm die erbetne Reiseunterstützung und benachrichtigte E. E. nunmehr telegraphisch, um Zeit zu haben, falls noch irgend etwas Gutes oder Böses in Betreff seiner angeordnet werden sollte, sei es Unterstützung, Verhaftung oder Zurückweisung.

Meine neuliche Andeutung in Betreff der östreichischen Pläne gegen das dermalige Cabinet in Hanover erhält eine Bestätigung dadurch, daß die hiesige Postzeitung für das Preuß. Wochenblatt gegen das Hanöversche Ministerium bestimmt Partei ergreift.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung ...

P[ost] Scr[iptum].

Mein Experiment, zu ermitteln, ob der hiesige Vertreter Sardiniens zu Oestreich steht, scheint sich schon bewährt zu haben, wie ich mit ziemlicher Sicherheit aus einem heutigen Artikel des ultramontanen Blattes „Deutschland" schließen kann, der den Beweis liefert, daß Graf Baral den Staatsmännern dieses Organs über meine Unterredung mit ihm Bericht erstattet hat. Bezeichnend ist auch, daß er mit dem verdächtigen Grafen Mülinen, dessen ich gestern gedachte, intim befreundet ist.

200. Bericht vom 21. November 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Anstellung eines eigenen Bundeskanzleidirektors. — Vgl. Poschinger III, Nr. 34.

*201. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

25. November 1856.

E. E. war ich eben im Begriff zu schreiben, als ich die in Abschrift anliegende Einladung zum Herrnhause erhielt. Ich weiß nicht, ob sie nur das allgemeine Schema der Zusammenberufung bildet, oder ob ich es wörtlich zu nehmen habe, daß S. Majestät befohlen haben, mich einzuladen. Jedenfalls würde ich recht gern die Gelegenheit benutzen, einige Tage nach Berlin zu kommen und E. E. mündlich über Verschiednes Vortrag zu halten, wenn Hochdieselben nichts gegen eine kurze Abwesenheit von meinem Posten zu erinnern haben. Ich würde es dankbar erkennen, wenn E. E. mich telegraphisch darüber verständigen und mir zugleich darüber geneigte Auskunft ertheilen wollten, ob ich am 29. früh zeitig genug in Berlin eintreffen würde.

Mit der ausgezeichnetsten Verehrung ...

202. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

27. November 1856.

... Gestern hat nunmehr die Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses stattgefunden, in welcher die infolge der diesseitigen Erklärung vom 13. d. M. weiter zu ergreifenden Maßnahmen zur Beratung gekommen sind. Ich habe zu diesem Behuf die mir unterm 4. v. M. zugefertigten Vorschläge vorgelegt, und gelang es mir nach einer längeren Diskussion, deren Aufnahme in den Ausschußbericht im wesentlichen durchzusetzen. Insbesondere erklärte sich der Ausschuß schließlich nach einer Opposition, die vorzugsweise von Österreich und Sachsen ausging, mit Nürnberg, als dem Ort der Zusammenkunft der Sachverständigen, einverstanden.

Herr von Nostitz wollte nicht nur die Sachverständigen hieher an den Sitz des Bundes berufen wissen, sondern war auch dafür, ihnen selbst die Aufgabe zu überlassen, ihr Stimmenverhältnis zu regulieren, worüber allein wahrscheinlich ihre erste Zusammenkunft resultatlos hingegangen sein würde. Ich bin in der Diskussion namentlich dem von Österreich auf-

gestellten Satze entgegengetreten, daß die Kommission der Sachverständigen als eine vom Bunde aus Autorität seiner Beschlüsse zusammenberufene betrachtet werde, und habe daran festgehalten, daß sie ex autoritate der einzelnen Regierungen zum Behuf einer freien Vereinbarung beschickt werde; denn wenn diese Vereinbarung durch das Organ der Bundesversammlung von den Regierungen betrieben werde, so liege der Grund lediglich darin, daß sich in dieser Körperschaft die Vertreter der Regierungen versammelt vorfänden, keinesweges sei aber damit die Absicht verbunden, daß das Ergebnis der Vereinbarung in betreff seiner Fortbildung, Auslegung oder sonstiger Behandlung Gegenstand von Bundesbeschlüssen werden könne.

Freiherr von Schrenck will den Ausschußbericht im Laufe des heutigen Tages anfertigen, und werde ich ihn daher E. E. binnen kurzem vorlegen können.

Als Termin des Zusammentritts der Kommission ist vorläufig die Mitte des Monats Januar in Aussicht genommen.

203. Resumé einer in Berlin am 2. Dezember 1856 zwischen Manteuffel, Graf Hatzfeldt, Bismarck und Balan abgehaltenen Konferenz.

[Eigenhändiger Entwurf.]

Seitdem in Folge der Septemberereignisse über die Neuenburger Frage verhandelt worden, hat als Allerhöchste Willensmeinung festgestanden, daß die Freilassung der Gefangnen durch Pfandnahme von Schweizer Gebiet oder andre militärische Maßregeln erzwungen werden solle, wenn die Schweiz durch die Vorstellungen der K. Regirung selbst, der europäischen Mächte und des Deutschen Bundes nicht dazu vermocht werden könnte. Der Entschluß Preußens, in diesem Sinne zu handeln, und die Überzeugung, daß die Ehre uns die Pflicht dazu auferlege, sind in verschiednen Formen kundgegeben worden und haben insbesondre in dem von Sr. Maj. Allerh. selbst verfaßten und an die bedeutenderen deutschen Höfe mitgetheilten Aufsatze einen unumwundenen Ausdruck und in der gleichzeitigen Vorlage am D. Bunde eine offne Bestätigung erhalten.

Die Verwendungen der Großmächte haben inzwischen nach Maßgabe der Gesinnung, mit welcher eine jede von ihnen den Interessen Sr. M. des Königs ihre Theilnahme widmet, stattgefunden und sind von der Schweiz ebensowenig berücksichtigt worden, wie die Intercession des Deutschen Bundes. Die Entwicklung des Programmes für unser Verhalten ist damit in das Stadium getreten, wo wir den Ernst unsrer Absichten durch eigne Anstrengungen bewähren müssen, wenn wir den Glauben an denselben erhalten wollen, und wenn nicht die fernere Entwicklung den Character einer Stagnation annehmen soll, innerhalb welcher jeder für uns von Andern etwa noch zu versuchende Schritt in derselben Weise wie die bisherigen an der Ungläubigkeit der Schweizer in Betreff der schließlich gegen sie anzuwendenden Zwangsmaßregeln erfolglos bleiben würde. Überdies sind neue und aufrichtige Bemühungen der fremden Mächte für eine Beilegung des Streites, wie sie *unsern* Forderungen entspricht, wohl kaum zu erwarten, so lange solchen nicht zuvor durch einen stärkeren, vermöge unsrer *eignen* Haltung auf die Schweiz zu übenden Druck neue Bürgschaften des Erfolges gegeben werden.

Von Frankreich sowohl wie vom D. Bunde sind in nächster Frist die amtlichen Mittheilungen zu erwarten, daß die auf unser Anstehn vollzognen Intercessionen fruchtlos geblieben sind, und beide dürften einigermaßen darauf rechnen, wie wir es denn dem Bunde bei unsrer Vorlage ausdrücklich in Aussicht gestellt haben, daß die abschlägigen Antworten, denen man sich in unserm Interesse ausgesetzt hat, auf unsre eigne Thatkraft anregend zurückwirken. Jedenfalls wird die in der Bundesversammlung zu machende amtliche Mittheilung von dem Verlauf der Ausführung des Beschlusses vom 6. v. M. von uns weder ad referendum, noch stillschweigend, oder mit allgemeiner Verweisung auf fernere Verhandlungen aufgenommen werden können.

Der Zeitpunkt, welchen S. M. selbst als denjenigen bezeichnet haben, wo zu „Repressalien, nehmlich zur Besetzung von Schweizer Gebiet“ geschritten werden soll, ist eingetreten, und zwischen uns und der Genugthuung, welche wir für die Ehre der Krone zu nehmen haben, steht kein geographisches Hinderniß, da an der Bereitwilligkeit Badens, den Durchmarsch zu gestatten, im Ernste wohl niemand zweifeln kann, die erfolgreiche Ablehnung desselben auch ein bedenkliches testimonium paupertatis für unser Ansehn in Deutschland vor dem Auslande herstellen würde.

Der Entschluß zu executivischer Durchführung unsres Rechtes gegen die Schweiz und der Übergang zur thatsächlichen Vorbereitung derselben erscheint unter diesen Umständen mit Ehren nicht mehr vermeidlich. Der Ausdruck der Hingebung und freudigen Genugthuung, mit welcher die Worte der Thronrede von dem Landtage begrüßt wurden, gab gleichzeitig den Maßstab für die Gefühle, mit welchen im Lande selbst das Bewußtsein einer ungesühnten Ehrenkränkung empfunden werden würde. Wenn wir einer beharrlichen und allseitig erkannten Verletzung gegenüber auch jetzt, nachdem die Ablehnung der durch Frankreich und durch den Bund gemachten Vorstellungen amtlich constatirt sein wird, in die bereits erschöpften Phasen der Unterhandlung von neuem einkehren sollten, ohne die von uns selbst für diesen Zeitpunkt als nothwendig hingestellte Abwehr und Ahndung auch nur in Angriff zu nehmen, so steht zu befürchten, daß unser Ansehn als europäische Macht einen Schaden erleidet, den größere Opfer als die gegenwärtig erforderlichen später nur schwer werden heilen können. Seit drei Monaten beharrt die Schweiz unverändert bei der Festhaltung der Gefangnen und bei der Vergewaltigung der Rechte Sr. Maj.; im Laufe des Jahres vielleicht kann die Verurtheilung der erstern erfolgen und damit der Zweck der diesseitigen Bestrebungen theilweis vereitelt werden, ohne daß wir der Nothwendigkeit des Einschreitens überhoben würden.

Die Schweiz glaubt nicht daran, daß wir zu militärischen Anstrengungen schreiten, und nur der wirkliche Beginn derselben, nicht aber eine bloße Demonstration wird ihr die Überzeugung davon geben können. Die Ankündigung des Entschlusses, die Beschaffung der Verpflegung, die fernere Rüstung, der Ausmarsch sind Stadien, welche ihren Eindruck auf die Schweiz und auf die für Erhaltung des Friedens interessirten Mächte nicht verfehlen werden, wenn ihre immerhin langsame, aber stätige Fortentwicklung den Ernst unsrer Entschließungen beweist, und wenn dieser Ernst bei uns in der That mit dem Entschlusse vorhanden ist, wirklich in die Schweiz einzurücken, falls wir nicht vorher Gerechtigkeit von ihren Behörden erlangen.

Wären wir hierzu nicht entschlossen, dann dürfte uns kaum ein bessre Wahl bleiben, als auf die Bedingungen der Schweiz einzugehn. Denn jede fernere Hoffnung, lediglich

durch Vorstellungen, die wir selbst oder die andre Regirungen in Bern anbringen könnten, unsern Zweck zu erreichen, wird sich ohne Zweifel als illusorisch erweisen. Die Gefangnen aber ohne andern Beistand, als den unsrer Worte, von den Schweizer Gerichten aburtheilen, einsperren, oder unter beliebigen Bedingungen begnadigen zu lassen, dürfte mit Ehren nur dann möglich sein, wenn unser Einschreiten durch das wirkliche Auftreten eines zweifellos weit überlegnen Widerstandes gewaltsam zurückgehalten würde. Ein solcher Widerstand könnte durch eine zu vorsorgliche Erforschung seiner Eventualitäten, durch das Begehren einer alle Zufälligkeiten umfassenden Assecuranz gegen denselben vielleicht eher provocirt als verhütet werden; erst dann, wenn sein Eintreten unzweifelhaft und öffentlich documentirt wäre, würde er sich mit Ehren und mit Recht als Grund dafür aufstellen lassen, daß wir unsrer Action ein Ziel setzen.

Wenn nun die Nothwendigkeit, eine kostspielige und gefährliche Unternehmung einzuleiten, eine ebenso unwillkommene als unausweichliche ist, so trägt sie doch in sich selbst das Mittel, welches allein von ihrer vollen Durchführung noch dispensiren kann. Eine leere Demonstration ist als solche leicht erkennbar, ebenso bestimmt aber läßt eine ernst gemeinte Rüstung über ihren Character keinen Zweifel. Sobald wir daher eine solche mit dem ausgesprochnen Entschlusse vornehmen, zur That ruhig und sicher überzugehn, dürfte sich ihre Rückwirkung auf die Disposition der Schweiz und auf die Erneuerung der Bemühungen andrer Cabinete auch fühlbar machen, indem der Unglaube in Betreff unsres endlichen Einschreitens schwindet. Es würde dann für uns darauf ankommen, die Elemente der Unterhandlung, welche bisher wirksam gewesen sind, zu erhalten, zu kräftigen, und insbesondre dem Kaiser Napoleon die volle Benutzung der Negociationsmittel zu gewähren, welche des Königs Maj. ihm bereits in den frühern Instructionen an den Gr. Hatzfeld zur Disposition gestellt haben. Der Kaiser d[er] Fr[anzosen] ist bereits davon in Kenntniß gesetzt, daß S. M. der König, nachdem die Gefangnen bedingungslos in Freiheit gesetzt wären, zur Aufgabe der Souveränetät von Neuenburg bereit sein würden.

Wenn dem K[aiser] Nap[oleon] im Geheimen die Gewißheit wird, daß die Bereitwilligkeit Sr. M. des Königs, dem Frieden und der Ehre Preußens den Besitz des Fürstenthums zum Opfer zu bringen, auch jetzt, nach Eingang der zu erwartenden französischen Mittheilungen über die Erfolglosigkeit der bisherigen Verhandlungen, noch fortdauert, so wird Frankreich während unsrer militärischen Vorbereitungen diese letztern als ein wirksames Mittel der Unterhandlung benutzen können. Die Zusage Sr. Maj. in Betreff Neuenburgs würde, nach wie vor, nur dem Kaiser allein bekannt bleiben, und diejenigen Aussichten, welche er mit Rücksicht auf dieselbe den Schweizern eröffnen könnte, würden niemals die Natur einer vorgängigen Concession Preußens annehmen dürfen, sondern nur eine Frucht des Einflusses darstellen, den der Kaiser Nap. nach Freilassung der Gefangnen auf Preußen anwenden würde.

Wenn den bisherigen Bemühungen Frankreichs der Glaube der Schweizer an wirkliches Einschreiten Preußens zur Seite gestanden hätte, so läßt sich mit Wahrscheinlichkeit annehmen, daß sie erfolgreicher gewesen wären. Lassen wir nun über das demnächstige Eintreten dieser Eventualität und über ihre schließliche Durchführung im Fall der Nothwendigkeit keinem vernünftigen Zweifel mehr Raum, so werden wir dadurch nicht nur die Willfährigkeit der Schweiz erhöhn, sondern auch dem Eifer Frankreichs in seinem Vermittelungsgeschäfte neue Beweggründe verleihen. Dem Kaiser Napoleon kann es nur eine sehr unwillkommne Aussicht sein, daß eine starke Preuß. Truppenmacht in die Schweiz

einrückt und er in den Fall kommt, es entweder unthätig geschehn zu lassen, oder uns an der Durchführung eines von ihm selbst anerkannten und unterstützten Rechtes zu hindern. Er wird daher ohne Zweifel in der ernstesten Weise bemüht sein, die Schweiz zum Nachgeben zu bestimmen; er wird uns aber gewiß auf vorgängige Anfragen auch keine Ermuthigung zum Einrücken können zukommen lassen. Wenn es daher eine unabweisliche Rücksicht ist, daß wir ihn von der Beschaffenheit und der Ausdehnung der Maßregeln, welche wir beschließen, aufrichtig in Kenntniß setzen und dieselben mit ihm discutiren, so werden wir bei ihm doch nicht auf unbedingt bindende Zusagen für alle Eventualitäten dringen können, bevor wir unsre Vorbereitungen auch nur begonnen haben. Wir werden ihm aber unter allen Umständen durch unsre Rüstungen ein ihm selbst willkommnes Unterhandlungsmittel der Schweiz gegenüber liefern. Practisch würden sich die nächsten Schritte nach vorstehender Auffassung etwa wie folgt gestalten:

1) Gleichlautende Noten an die 4 Großmächte und den Deutschen Bund als Interessenten des Londoner Protokolls, welche an einem kurzen Abriß der bisherigen Unterhandlungen darthun, daß die Schritte, welche die Mächte im Sinn des Schlußsatzes des Protokolls auf unser Anstehn bei der Eidgenossenschaft gethan haben, fruchtlos geblieben sind, daß S. M. der König Sich nicht länger „der Anwendung anderweiter Maßregeln zur Wiedererlangung Ihrer Rechte überhoben" erachten könne, vielmehr die Anwendung der eignen Mittel zur Herstellung vertragsmäßig anerkannter Zustände in Aussicht nehmen müsse.

2) Eine eingehendere und geheime Erklärung an Frankreich, etwa dahin gehend, daß wir uns der Nothwendigkeit, zu militärischen Maßregeln überzugehn, nicht länger entziehen können, daß wir dieselbe beklagen und es gern sehn würden, wenn bis zu ihrer Durchführung sich noch die Möglichkeit ehrenvoller Beilegung ergäbe, daß wir zu diesem Behuf auf die Fortsetzung der vermittelnden Thätigkeit Frankreichs rechnen und S. M. der König auch ferner zur Aufgabe der Souveränetät von Neuenburg Sich gegen den Kaiser Napoleon bereit erklären wollen, für den Fall, daß derselbe die bedingungslose Freigebung der Gefangnen bei der Schweiz durchsetzt.

(Schreiben Sr. Majestät?)

3) In der deutschen Bundesversammlung, in Anschluß an die offizielle Mittheilung der Antwort aus Bern, eine Erklärung analog wie ad 1 mit dem Zusatz, daß S. Maj. nunmehr mit den Souveränen der an die Schweiz gränzenden Bundesstaaten über die Modalitäten der Ausführung militärischer Maßregeln in nähere Unterhandlung treten würde.

4) Verhandlung mit diesen Gränzstaaten wegen Sistirung der Einführung von Kriegsbedürfnissen nach der Schweiz.

5) Gleichzeitiger Beginn militärischer Vorbereitungen und der Sicherung der Verpflegung von Truppen in Süddeutschland. Je geheimer dieselben betrieben werden, desto mehr dürften sie den Eindruck machen, ernstlich und nicht bloß demonstrativ gemeint zu sein. Hinreichend bekannt, um Eindruck zu machen, werden sie unter allen Umständen.

6) Creditvorlage?

*204. Entwurf zu einer Mitteilung des Gesandten an den Deutschen Bund.

[Eigenhändig.]

[Berlin, Anfang Dezember 1856.][1])

Der Gesandte hat im Anschluß an die ... Mittheilung zunächst den Dank seiner allerh. Regirung für die einmüthige Bereitwilligkeit auszudrücken, mit welcher die h. und h. Bundesgenossen sowohl in der Fassung als in der Ausführung des Beschlusses vom 6. v. M. den diesseitigen Wünschen entgegengekommen sind.

Der Durchl. D. Bund ist, gleich den ursprünglichen Unterzeichnern des Londoner Protokolles, im Verein mit der K. Reg. bemüht gewesen, von der Schweizer Eidgenossenschaft eine Anerkennung der Rechte Sr. M. d. Königs zu erlangen, auf deren Grundlage es möglich gewesen wäre, in Verhandlungen über die Zukunft des Fürstenthums zu treten, nachdem festgestellt worden war, daß S. M. der K. eine derartige Anerkennung in der Thatsache der bedingungslosen Freilassung der Gefangnen erblicken würde.

Die K. Reg. hatte hoffen dürfen, daß die Schweiz den gewichtigen Vorstellungen, welche ihr gemacht worden sind, diejenige Berücksichtigung nicht versagen werde, welche sie dem vertragsmäßigen Rechte an und für sich nicht hatte gewähren wollen. S. Maj. der König konnte daher der Anwendung andrer Mittel als derjenigen der Unterhandlung im Sinne des Londoner Protokolles Sich für überhoben erachten, solange von den Mächten, welche demselben beigetreten sind, der Versuch noch nicht gemacht war, die Schweiz durch ihre Verwendung bei den Behörden derselben dahin zu vermögen, daß sie den völkerrechtlichen Stipulationen Rechnung trage, vermöge deren das Fürstenthum N. unter der Garantie Europas berufen wurde, einen der Cantone der Schweiz zu bilden.

Nachdem aber diese Versuche inzwischen stattgefunden haben, ohne auch nur zur Freilassung der gefangen gehaltnen Unterthanen des Königs zu führen, sind zum Bedauern der K. Reg. die Aussichten geschwunden, welche ihr bisher gestatteten, für die Herstellung des verletzten Rechtes allein durch die Mittel diplomatischer Unterhandlung thätig zu sein. Es bleibt vielmehr Sr. M. dem K. nur übrig, Ihren gerechten Forderungen durch Aufbietung einer dem Zwecke angemessenen Heeresmacht Nachdruck zu verleihn.

Indem der Gesandte sich des Auftrages entledigt, der hoh. Vers. mit Rücksicht auf den Beschluß vom 6. v. M. und auf die soeben vernommne Erklärung über dessen Ausführung und Erfolg diese Mittheilung zu machen, beehrt er sich hinzuzufügen, daß die K. Reg., um die freie Bewegung ihrer Streitkräfte sicher zu stellen, mit den Regirungen der betheiligten Bundesstaaten bereits in Unterhandlung getreten ist und den Höfen von ... durch die hierbei in Abschrift vorgelegte Note von den Entschließungen des K. Cabinetes Kenntniß gegeben hat.

Nach der allgemeinen Anerkennung, welche das bisherige Verhalten der K. Reg. gefunden hat und in dem Bewußtsein, die Erhaltung eines ungetrübten Friedensstandes durch jedes mit der Würde der Krone verträgliche Mittel der Unterhandlung aufrichtig erstrebt zu haben, darf die K. Regirung darauf rechnen, daß die Nothwendigkeit, durch welche ihr die von ihr nunmehr zu ergreifenden Maßregeln vorgeschrieben sind, auch von ihren deutschen Bundesgenossen in gleicher Weise wie von den befreundeten Höfen des Auslandes werde gewürdigt werden.

---

[1]) Endgültige, von Balan herrührende, von Manteuffel genehmigte Fassung abgedruckt: Bundestagsprotokolle 1856 § 345 S. 778 (Sitzung vom 18. Dezember).

205. Bericht vom 6. Dezember 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Verfassung des Großherzogtums Luxemburg und die Beschlußfassung über den Antrag Bayerns wegen eines allgemeinen Handelsgesetzbuches. Ort der Konferenz. Absichten Österreichs. — Vgl. Poschinger III Nr. 38 und 37.

206. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 10. Dezember 1856.

E. E. habe ich schon von Frankfurt aus zu melden mich beehrt, daß der Schreiber der Anlage, p. Hassenkrug, sich dort an mich um Unterstützung gewandt hat, nachdem er seiner Angabe nach von den Französischen Behörden bei Straßburg ohne Mittel über die Gränze gewiesen worden war. Wenn es, was ich nicht zu übersehn vermag, richtig ist, daß Hassenkrug, wie er mir sagt, im höhern Polizei-Sache Dienste geleistet hat und in unmittelbarer Folge derselben in bedrängte Lage gerathen ist, so dürfte er sich allerdings zu fernerer Unterstützung oder Verwendung empfehlen, und erlaube ich mir E. E. geneigte Aufmerksamkeit in diesem Sinne auf denselben zu lenken.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

207. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 10. Dezember 1856.[1])

Lieber Herr Legationsrath, soeben erhalte ich Ihr gestriges Schreiben[2]). Ich hatte angenommen, daß Rechbergs Substitution für die Dauer meiner Abwesenheit stattfinde; ich glaubte, ihm das schon auf dem letzten Diner bei mir gesagt zu haben[3]). Ich komme morgen noch nicht, und wenn nicht in der vorigen Sitzung die Perfidie wegen der Handelsgesetzgebung[4]) vorgekommen wäre, so käme ich erst etwa am 20., da der König mich wiederholt aufforderte, solange hier zu bleiben. Unter diesen Umständen kann ich mich aber der Substitution in der Frage nicht anvertrauen und habe das dem Könige sagen müssen, der in Folge dessen zwischen Rechberg und Prokesch keinen erheblichen Unterschied mehr findet. S. Maj. war schon wegen der Überraschung mit der Vereidigung von Dumreicher[5]) sehr ungehalten und hat mich gescholten, daß ich es passiren ließ. Wenn die Sachverständigen nach Frankfurt berufen werden sollten, so werden wir uns garnicht dabei betheiligen, sondern unser Handelsrecht auf eigne Hand einführen. Darüber können Sie Sich offen aussprechen gegen die Gesandten und auch über die Verstimmung, die das Verhalten Sachsens und Oestreichs in voriger Sitzung hier erzeugt hat. Man kann nicht mehr den Rücken drehn, so wird es benützt. Der Vorgang mit dem Bürgermeisterdiner[6]) ist sehr

---

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 16 f.
[2]) Gedruckt im Bismarckjahrbuch V 81 f.
[3]) Nach Wentzels Mitteilung lautete die Substitution nur auf die Sitzung vom 4. Dezember 1856.
[4]) Versuch, Frankfurt als Tagungsort der Konferenz zu bestimmen.
[5]) Vgl. Nr. 200.
[6]) Es handelte sich um die Plazierung des englischen Gesandten und das Verhalten der Bundestagsbevollmächtigten dabei. Vgl. das Schreiben Wentzels a. a. O.

schwächlich. In Sachen des Handelsrechtes kann über die Frage, ob „Frankfurt", am 18. garnicht gültig votirt werden; sonst könnte zuletzt herauskommen bei der Abstimmung, es solle nicht in Nürnberg sein, sondern in Wien, auch keine Sachverständigen, sondern Gesandte, und nicht über Handelsrecht, sondern über Zollwesen usw.

Ich werde Freitag und Sonnabend bei Graf Asseburg in Meisdorf am Harz sein, und Sonntag, vielleicht auch Montag in Hanover, wo ich bei Isenburg fragen werde, ob vielleicht Briefe für mich [da] sind. Viele Empfehlungen an Ihre Frau Gemalin. Der Ihrige.

208. Bericht vom 19. Dezember 1856 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Antwort der Schweiz in der Neuenburger Angelegenheit. Erklärung Preußens darauf. Unvermeidlichkeit einer Entfaltung der preußischen Streitkräfte gegen die Schweiz. Aufnahme der desfallsigen Entschließung Preußens bei den übrigen Regierungen. Haltung Österreichs und Sachsens in der Durchmarschfrage. — Vgl. Poschinger III Nr. 39.

209. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Dezember 1856.

E. E. habe ich in meinem jüngsten Immediatbericht schon im allgemeinen von den Eindrücken Rechenschaft gegeben, welche ich bei meinem Aufenthalt in Hanover und bei meiner Ankunft hier empfangen habe. Ich erlaube mir dem noch einiges Nähere hinzuzufügen.

Der König Georg war, wie immer, sehr gnädig für mich und besonders dankbar für die von uns in der hannöverschen Verfassungsfrage gewährte Unterstützung; S. Majestät fand besondres Interesse an Besprechung der Neuenburger Expedition, deren baldigen Aufbruch er voraussetzte, und von der er alle, mir selbst unbekannten, Details in Betreff der Truppentheile und ihrer Anführer, welche zur Theilnahme bestimmt wären, zu wissen verlangte. Seine Kenntniß der Personalverhältnisse unsres Offizier-Corps hat mich in Erstaunen gesetzt. Über die Frage, ob wir überhaupt marschiren würden oder nicht, wollte er in Erörterungen nicht weiter eingehn, weil er es nach dem Verhalten der Schweiz für unvermeidlich ansehe und niemand uns mehr mit Ehren zumuthen könne, still zu sitzen; sobald wir Frankreichs sicher seien, falle jeder haltbare Grund, sich die Ungerechtigkeit der Schweizer länger gefallen zu lassen, fort; der Kostenpunkt sei unangenehm, die Ehrenfrage aber von zwingender Gewalt. Ich habe überhaupt seither niemand gefunden, der es noch für möglich hält, daß wir nicht zu den Waffen greifen, wenn die Freilassung nicht *noch* vor dem Urtheil stattfindet. Selbst Engländer und Östreicher, wie Malet und Ingelheim, geben im außerdienstlichen Gespräch offen zu, daß wir nicht anders handeln können, ohne die Achtung im Auslande einigermaßen zu verlieren.

Eine interessante Person in Hanover ist Fonton, auf dessen Rath und Eingebung Fürst Gortschakoff mehr und mehr Gewicht legen soll, wie man mir auch hier bestätigt. Er glaubte, daß Frankreich, wenn es einmal unser Vorgehn gegen die Schweiz zulasse, dabei nicht stehn bleiben, sondern wahrscheinlich cooperiren werde, indem es, en qualité de puissance amie, Genf oder auch mehr besetze; er hatte Andeutungen darüber aus Paris.

Durch den Hannöverschen Gesandten in London[1]) hatte Graf Platen Bericht über Äußerungen Lord Palmerstons in Betreff der Schweizer Differenz, von denen mir besonders in Erinnerung geblieben ist, daß derselbe lachend gesagt habe: Die Preußen werden sich viel Unkosten machen, und im Januar wird die Schweiz die Gefangnen verurtheilen und dann amnestiren; donc la farce sera finie et la Prusse y sera pour ses frais. Dasselbe Raisonnement wird in der östreichischen Regirungspresse vertreten, wie namentlich in der aus der offiziösen „Oestr. Z[eitung]" geschnittenen Correspondenz „Vom Bodensee", die ich beifüge. Damit könnten aber die Schweizer, wie mich dünkt, im günstigsten Falle nichts weiter erreichen, als eine Rückkehr zum status quo ante September c., wenn es nämlich sehr bald und ganz vollständig, für Person und Vermögen der Gefangnen, geschähe. Stehn wir einmal mit 100 000 Mann bei Schafhausen, so würden wir doch damit mehr zu erreichen suchen.

Fürst Ysenburg wird schon berichtet haben, daß die Warnung Oestreichs vor unsren französischen Verbindungen nicht schriftlich, sondern nur mündlich, aber, wie Graf Platen annimmt, auf Grund besondern Auftrags angebracht worden ist. Platen sagte mir, er habe zunächst mit der Frage geantwortet, ob Oestreich denn für derartige Eventualitäten der drei süddeutschen Staaten sicher sei, worauf Graf Ingelheim erwidert: „Durchaus nicht, aber eben darum ist die Gefahr nur größer", und Platen seinerseits fortgefahren sein will: „Für uns ist sie zu groß, wenn wir uns von Preußen trennen wollten, da wir von allen Seiten her durch Preußische Streitkräfte schnell überschwemmt sein können, und wir haben von Oestreich selbst gelernt, uns jedesmal auf die Seite des Stärkern zu rangiren". E. E. sehn daraus, welches eigenthümliche Vertrauen man von allen Seiten in die Haltbarkeit des Bundes für Zeiten der Gefahr setzt.

Ich habe schon früher erwähnt, daß Oestreich in Carlsruh, Darmstadt und Wiesbaden dafür plädirt hat (meine Quelle ist Herr von Labenski in Darmstadt), uns, wenn wir den Durchmarsch beanspruchten, an den Bund zu verweisen, nachdem Rechberg zur Zeit der Verhandlung über den Beschluß vom 6. November die strengsten Instructionen hatte, sich auf nichts in dem Ausschußvortrage einzulassen, was einer Billigung eines preußischen Durchmarsches ähnlich sähe. Natürlich würde man uns mit Ausschußverhandlungen, Instructionseinholungen und Beustischen Gegenvorschlägen gründlich an der Nase umherziehn, wenn man uns dahin bringen könnte, unser Vorgehn von einem fernern Bundesbeschlusse abhängig zu machen. Der heutigen östreichischen Politik, welche sich bei jedem Vorkommniß zuerst fragt, wie es zum Nachtheil Preußens ausgebeutet werden kann, ist es ebenso willkommen wie dem Lord Palmerston, wenn wir uns nicht mit Ehren aus der Sache ziehn; außerdem ist es dem Wiener Cabinet nicht lieb, wenn eine große Preußische Macht in Süddeutschland entfaltet wird und wenn wir unsern Zwist mit der Schweiz energischer durchführen, als Oestreich seinen Streit wegen der Klöster und mit Tessin[2]), wo es schließlich sich viel gefallen ließ. Endlich ist man in Wien wohl gut genug davon unterrichtet, daß Frankreich sich, mit Bezug auf seine erfolglose Verwendung, als von uns im Stiche gelassen betrachten würde, wenn wir nichts thun, und daß Louis Napoleons Freundschaft und seine Achtung vor unsrer Thatkraft, als Freund oder Feind, erheblich nachlassen würde, wenn es bei den bisher gewechselten Worten verbliebe. Das Alles macht es ganz erklärlich, wenn Oestreich sich trotz aller Reden über unser Recht doch bemüht, uns die Bundesschlinge nochmals um die Füße zu ziehn, um uns in Un-

[1]) Graf von Kielmansegge.
[2]) Vgl. Band I S. 312.

thätigkeit zu erhalten. Man würde in diesem Sinne noch entschiedner bei den süddeutschen Höfen wirken, wenn man nicht befürchtete, daß schließlich Frankreichs Einfluß in Carlsruh das verschaffen würde, was Oestreich uns vorzuenthalten sucht, oder daß gar Frankreich selbst uns durchließe, was ich allerdings nicht glaube.

Der Kurfürst von Hessen, bei dem ich hier eine Audienz hatte, sprach die Hoffnung aus, wir würden bald aufbrechen, bevor die Schweiz sich vollständig rüste, und daß er mit Vergnügen uns seine Truppen mitgeben würde. Die Befürchtung, daß Sardinien gegen uns und für die Schweiz Partei nehmen werde, habe ich hier von Niemand getheilt gefunden. Über Graf Barral habe ich von seinen frühern Pariser Freunden gehört, daß er allerdings mehr zu den Conservativen als zu den Cavourianern gerechnet werde und eifriger Katholik sei, und daß diese Partei unter seinen Landsleuten sich neuerdings für eine Verständigung mit Oestreich lebhafter interessire. Übrigens sei er zu sehr verlebter Genußmensch, um sich der Politik mit Eifer anzunehmen.

Von russischer Seite höre ich wiederholt, daß der Posten in London anderweit besetzt werden soll, weil Graf Chreptowitsch sich dort, auch nach der Ansicht seines eignen Schwiegervaters[3]), vollständig unmöglich gemacht hat. Man wisse keinen andern Ersatzmann als Herrn von Brunnow für ihn, der es selbst allerdings auf das Dringendste wünscht. Ich hörte, er habe neulich gesagt, die Entfernung der Engländer aus dem schwarzen Meere sei gar nicht so dringend, wenn nur die Oestreicher aus den Fürstenthümern geschafft würden.

In Betreff Holsteins soll eine russische Circular-Instruction existiren, nach der man sich um den Streit zwischen Deutschland und den Dänen gar nicht bekümmern will, wenn nur der Umfang der dänischen Monarchie und das Londoner Protokoll von 51 bestehn bliebe.

Indem ich E. E. und den Ihrigen ein frohes Fest wünsche, verharre ich . . .

210. Bericht vom 26. Dezember 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Schritte Badens zum Schutze der Südgrenze. Stellung Österreichs hierzu. Bedenken des Wiener Kabinettes gegen das beabsichtigte Vorgehen Preußens wider die Schweiz. Schweizerische Kriegsanleihe. Sendung des Obersten Edwin v. Manteuffel. — Vgl. Poschinger III Nr. 40.

211. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

[26.] Dezember 1856.[1])

Graf Rechberg suchte mich gestern auf, um mir zwei österreichische Aktenstücke zu lesen zu geben. Beide werden E. E. ohne Zweifel schon bekannt sein. Das eine war eine französische, an die ausländischen Großmächte gerichtete Depesche, in welcher die Bedenken formuliert werden, die Österreich auf Grund des Londoner Protokolls gegen unser

[3]) Des russischen Kanzlers Graf Nesselrode.

[1]) Das mehrfach abweichende Konzept, das Poschinger benutzt hat, ist vom 26. Dezember 1856 datiert, die Ausfertigung dagegen vom 30. Die Datierung der Ausfertigung ist irreführend. Vgl. den Inhalt dieser und der folgenden Nummer.

Einschreiten in der Schweiz geltend macht; das andere enthielt das deutsche Zirkular, in welchem dieselben Bedenken nebst jener französischen Depesche den deutschen Höfen mitgeteilt werden, um als Antwort auf unsere Note vom 8. c. und auf unsere Erklärung in der Sitzung vom 18. zu dienen.

Ich weiß bestimmt, daß außerdem noch ein vertrauliches Zirkular Österreichs ergangen ist, welches zwar auch lithographiert ist, aber, wie es scheint, nicht zu schriftlicher Mitteilung bestimmt. Ich habe dasselbe in Händen gehabt, aber man konnte mir nur wenige Sekunden Zeit lassen, um Einsicht davon zu nehmen. Dasselbe enthält, unter Bezugnahme auf die Verpflichtungen aus dem Londoner Protokoll, namentlich auf die traktatmäßige Neutralität der Schweiz, die direkte Aufforderung an die Höfe, für welche es bestimmt ist, den Durchmarsch unserer Truppen nicht zu gestatten und einstweilen uns auf die ferneren Beschlüsse der Bundesversammlung zu verweisen, welche vermöge ihres Beitritts zum Londoner Protokoll, sowie auf Grund der uns gewährten Unterstützung und wegen der Gefahr, welche dem Bundesgebiete drohe, berechtigt sei, die Sache in die Hand zu nehmen. Es wird dann auf die Gefahren aufmerksam gemacht, durch welche Deutschland, im Falle unseres aktiven Vorgehens, von Frankreich aus bedroht sei, indem das Kaiserliche Kabinett die Sicherheit, welcher w i r uns in betreff der Haltung des Kaisers Napoleon hinzugeben schienen, nicht zu teilen alle Ursache habe. Die Piece konnte mir nicht lange genug überlassen werden, um sie bis zu Ende zu lesen; doch schien mir nach dem flüchtigen Überblick, daß die drohende Ausmalung der Zweifel über die Haltung Frankreichs noch weiter ausgesponnen und namentlich von einer Verschiedenheit der Sprache die Rede war, welche von den Vertretern Frankreichs in Wien und in Berlin geführt werde. Ich habe außerdem erfahren, daß Österreich bei den beteiligten Regierungen dahin wirkt, die Entscheidung über unsern Durchmarsch jedenfalls solange hinauszuschieben, bis die Verhandlungen zwischen den Großmächten erledigt seien, welche sich an die von Österreich angeregten Bedenken in betreff des Londoner Protokolls knüpfen würden. Daß schon vor etwa 8 bis 14 Tagen versucht worden ist, die Regierungen von Darmstadt, Nassau und Baden zur Provokation auf einen Bundesbeschluß zu bestimmen, habe ich bereits gemeldet.

Graf Rechberg hat mir außerdem gestern im engsten Vertrauen einen Erlaß des Grafen Buol vorgelesen, von dem Graf Trautmansdorff E. E. gegenüber denselben Gebrauch gemacht haben soll, und welcher seinem Inhalte nach Analogie mit jenem geheimen Zirkular hatte. Ich sagte dem Grafen Rechberg, daß es gewiß dankbar zu erkennen sei, wenn man von Wien aus uns in vertraulicher Weise vor den Gefahren warne, welche uns bei Ausführung unserer Absichten bedrohten, und wenn man uns die besseren Einsichten des Wiener Kabinettes über die Absichten Frankreichs nicht vorenthalte. Weniger bundesfreundlich, und eine zu weit gehende Bevormundung unserer Politik scheine es mir aber zu sein, wenn Österreich, wie mir gerüchtweise zu Ohren gekommen sei, die Fürsorge für Preußens Sicherheit so weit treibe, daß es die süddeutschen Höfe zu bestimmen suche, uns den Durchmarsch zu verweigern. Graf Rechberg erwiderte, daß ihm von derartigen Bemühungen des Wiener Kabinettes nichts bekannt sei, obschon Österreich wohl berechtigt sei, dahin zu wirken, daß wir uns nicht in Kriege verwickelten, in welchen Österreich demnächst uns beizustehn verpflichtet sei. Er wiederholte dabei, daß Graf Montessuy ihm gegenüber eine Sprache geführt habe, welche nicht von einer zustimmenden Ansicht des französischen Kabinettes in betreff unserer Intentionen zeuge, und welche durch die wörtliche Übereinstimmung mit den Auslassungen des Herrn von Bourquenay an Bedeutung gewinne. Er meinte damit eine Äußerung beider französischer Diplomaten, welche dahin

ging, daß das französische Kabinett hoffe, que la Prusse s'arrêterait „sur la pente[2]) qui conduit à la guerre", damit der Schweiz die Möglichkeit von Konzessionen bliebe. Außerdem habe Frankreich in Wien erklärt, daß es über Ausdehnung und Charakter der von Preußen beabsichtigten Expedition nichts wisse und deshalb Aufklärungen verlangen werde. Graf Rechberg wandte viel Beredsamkeit auf, um mir auf Grund dieser beiden Angaben die Absichten Frankreichs im übelsten Lichte darzustellen. Was jenen französischen Passus anbelangt, so ist er aus einer E. E. vielleicht bekannten Pariser Depesche vom 18. c. aus dem Zusammenhange gerissen und lautet richtig ungefähr so: Après la rupture des relations (mit der Schweiz) l'opinion publique en Prusse commence à se monter; il faut espérer toujours, que le Gouvernement pourra s'arrêter sur la pente[3]) qui conduit à la guerre; on ne peut cependant se dissimuler, que la situation est beaucoup aggravée. Ich kann es nur als ein ungeschicktes Manöver ansehn, wenn man diese an sich unverfängliche Redensart aus einer veralteten Depesche benutzen will, um uns zu ängstigen.

Es ist seltsam genug, daß unser deutscher Bundesgenosse Östreich, der selbst so viel über die Schweiz zu klagen hat, der einzige Staat ist, welcher sich offen und geheim anstrengt, unsern Absichten Hindernisse zu bereiten und die deutschen Kabinette gegen dieselben einzunehmen sucht. Unter meinen Kollegen findet dieses Verhalten eine ziemlich ungeteilte Mißbilligung; die meisten, und wie es scheint, auch ihre Regierungen, fassen die Frage nachgerade weniger aus dem Neuenburger Standpunkte auf, als aus dem einer Exekution gegen den Übermut der Schweizer Demokratie. Die uns am nächsten befreundeten sagen, daß sie es in unserm Interesse beklagen würden, wenn wir jetzt noch die Gelegenheit verlieren sollten, eine glänzende Rolle durchzuführen und dadurch eine angesehenere Stellung im europäischen Rate zu gewinnen. Wenn jetzt die Schweiz auf unser Begehren einginge, die Gefangenen freizulassen und dadurch unseren Verzicht auf Neuenburg erreichte, so werde die Schweiz die Lacher auf ihrer Seite haben. Gerade die preußisch Gesinnten unter den hiesigen Diplomaten mahnen mit Ungeduld, daß wir bald Ernst machen sollen, und hören mit Besorgnis von der Vertagung unsrer Mobilmachung auf den 10., dann auf den 15., nun auf den 25. Januar. Ich halte ihnen entgegen, daß wir vor dem März nicht operieren können, und daß jeder Tag, den wir unnötig unter Waffen zubringen, uns 100 000 Taler koste.

Für das Verhalten Österreichs gibt man hier als Hauptmotiv die Eifersucht gegen uns an, das Gefühl, in zweiter Linie zu stehn, während Preußen seine Macht entfalte und nähere Beziehungen zu Süddeutschland und zu Frankreich dabei begründe. Diesem Übelstande und demjenigen, daß Frankreich vielleicht Genf besetze, dadurch zu begegnen, daß auch Österreich in Tessin oder Graubündten Position nehme, werde man durch Geldmangel abgehalten. Letzterer sei wiederum aufs äußerste gestiegen, weil die den Gemeinden der ganzen Monarchie zwangsweise auferlegten Anteile der Nationalanleihe wegen Mangel an barem Gelde nicht realisiert werden können. Man sei deshalb genötigt, an eine neue Anleihe im regelmäßigen Wege zu denken, und Bruck habe auf das entschiedenste dagegen protestiert, „daß auch nur Ein österreichisches Bataillon gerührt werde", weil sonst die Nationalanleihe auf 65 heruntergehe, die Gemeinden also noch weniger imstande sein würden, ihre Zeichnungen derselben zu versilbern, eine neue Anleihe aber alsdann auch nicht höher bei 5 % ausgebracht werden könne.

---

[2]) Poschinger druckt irrig: à la porte.
[3]) Poschinger druckt irrig: devant la porte.

212. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Dezember 1856.

E. E. wollen mir gen. gestatten, meinem vorgestrigen Berichte noch eine Ergänzung hinzuzufügen.

Graf Rechberg fragte mich in der gemeldeten Unterredung mit sehr bedenklichem Ausdruck, ob ich Gr. Montessuy lange nicht gesprochen habe; ich sagte „vorgestern"; dann müsse er mich um das Versprechen strengster Discretion bitten, wenn er mir mittheile, daß derselbe zu ihm gestern in einer Weise geredet habe, welche mit unserm anscheinenden Vertrauen auf die Intentionen Frankreichs nicht übereinstimme; er scheine neue Weisungen aus Paris zu haben. Graf Rechberg wollte und durfte mir nicht mittheilen, was ihm unser französischer College genau gesagt habe, aber wir möchten uns doch hüten, auf den bekannten Moniteur-Artikel[1]) nicht zu viel Werth zu legen, kurz er war voller Sorge für uns. Ich habe darauf das Thema, ohne Rechberg zu nennen, mit Gr. M[ontessuy] besprochen und bin dabei zu dem Glauben gekommen, daß mein östreichischer Freund sein Material zur Erzeugung von Mißtrauen gegen Frankreich aus der Luft gegriffen hat. Ich melde den Vorgang nur zur Beleuchtung ähnlicher Versuche, die vielleicht anderswo gemacht werden. Montessuy sagte mir, daß seine letzten Depeschen einige Tage alt seien, ihrem Sinne nach mit jenem Artikel des Moniteur und mit einer Beleuchtung desselben im „Constitutionel", gezeichnet von Cesena, übereinstimmten, und daß er sich gegen Niemand in einer irgend davon abweichenden Richtung ausgesprochen habe. Die Möglichkeit, daß Frankreich ebenfalls in die Schweiz einrücke, wies er nicht zurück; die Gefahr eines Conflictes mit Oestreich könne daraus nicht entstehn, weil die Cooperation dieser beiden Mächte, wenn sie überhaupt stattfände, sich auf Bezirke beschränken würde, deren Gränzen auf ihren nächsten Punkten doch 50 lieues von einander entfernt wären. Im Laufe des vertraulichen Gespräches sagte er, daß aus dem Conflict die Schweiz jedenfalls als eine andre hervorgehn werde, sei es in politischer, sei es in geographischer Beziehung, d. h. er erwartet mindestens die Wiedereinführung einer conservativen Verfassung, wenn nicht eine Verkleinerung des Gebietes der Schweiz. Nach seinen Reden faßt man in Paris die Frage jetzt vorzugsweise im Lichte einer europäischen Execution gegen die Demokratie auf. Der Gedanke einer Zerstückelung der Schweiz fängt an, ein geläufiger im Publikum zu werden; ich hörte sagen, für Baden liege die Königskrone auf dem Grunde dieser Wirren. Mein badischer College sprach mir halb ernsthaft, halb im Scherz von der Unbequemlichkeit, die das Einschneiden des Canton Schafhausen in das badische Gebiet mit sich bringe, von der Geneigtheit seiner Regirung, gegen den Gewinn von Schafhausen Abtretungen an Hohenzollern zu machen, oder an Baiern, welches uns Stücke der Pfalz dafür geben könne.

Dem Grafen Barral sprach ich gelegentlich davon, daß nicht wenige Schweizer sich mit der Hoffnung auf sardinische Unterstützung schmeichelten. Er sagte, daß seine Regirung unsinnig (tombé en démence) sein müßte, wenn sie sich auf die Unterstützung der Schweizer gegen uns einlassen wollte. Der Schweizer Radikalismus sei den sardinischen Bestrebungen in keiner Art sympathisch; soweit er sich um Italien bekümmere, namentlich in den italiänischen Elementen der Schweiz selbst, sei er durchaus republikanisch. Das Haus Savoyen könne von der Schweiz niemals erheblichen Beistand erwarten, die Hoff-

[1]) Wortlaut bei Poschinger IV, S. 251 f., Anm. 3.

nung seiner Zukunft falle dagegen wesentlich mit der Preußens zusammen, wenn wir uns ihm auch bisher wenig günstig gezeigt hätten. Ehrerbietig verharre ich . . .

213. Bericht vom 30. Dezember 1856 an Minister v. Manteuffel, betr. die Frankfurter Mission des Bundesrats Furrer. Schweizer Kriegsanleihen. Kriegsvorbereitungen. — Vgl. Poschinger III, Nr. 42. Daselbst ist auf S. 71 Zeile 17 vor „H. H. Goldschmidt" einzuschalten: „den Juden", vor „Demokratie" „roten", Zeile 22/23 muß es „Hirzel-Lempe", S. 72, Zeile 8 statt „Anderer" „Berner" heißen.

214. Bericht vom 2. Januar 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Mission des Bundesrats Furrer. Graf Rechbergs Vorschlag zur Lösung der Neuenburger Frage. Verteidigung der österreichischen Politik durch denselben. Antrag Badens auf Grenzschutz durch Bundestruppen. Seine Hoffnung auf Gebietserweiterung. — Vgl. Poschinger III Nr. 43. Von Abweichungen vom Text notieren wir: S. 72 Zeile 10 v. u. lies „Schweizer" statt „Schweiz", S. 73 Zeile 11 ist hinter „Regierungen" einzuschalten: „und namentlich auch Bayern", Zeile 16 hinter „dieselbe" „aus seinem Munde". In der nächsten Zeile ist „seines" nicht zu sperren.

215. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Januar 1857.

Auf E. E. gen. Weisung vom 29. v. M. Nr. 79, die etwaige Vorlage unseres unterm 28. an die Großmächte gerichteten Zirkulars in der Bundesversammlung betreffend, beehre ich mich nachstehendes g. zu berichten.

Die Meinung, daß wir selbst es zum kriegerischen Ernste nicht würden kommen lassen und daß es nur einer mäßigen Einwirkung auf uns im Sinne der neuesten österreichischen Zirkulare bedürfe, um uns zurückzuhalten und so eine jede Gefährdung des Friedensstandes zu hindern, wird von Österreich auf diplomatischem Wege, wie auf dem der offiziösen Presse verbreitet und findet, wenigstens in hiesigen Kreisen, mehr Anklang, als ich geglaubt habe. Auf der anderen Seite gewinnt der Eindruck an Terrain, als ob die Verhandlungen, welche zur Vermeidung des Konfliktes dermalen von den Großmächten noch unter sich und mit der Schweiz geführt werden, ohne Einverständnis Preußens stattfänden und im Grunde zum Zweck hätten, uns wider unseren Willen zurückzuhalten. Die jüngsten Schritte Österreichs[1]) haben natürlich diesen Eindruck nur wesentlich verstärken können. Ich habe mir schon anzuführen erlaubt, daß man, und daß namentlich die wärmsten Anhänger Preußens unser kriegerisches Auftreten der Schweiz gegenüber so sehr durch die Interessen unseres Ansehens und unserer europäischen Machtstellung empfohlen finden, daß es schon deshalb wenig wahrscheinlich gefunden wird, daß wir es billigen, wenn jetzt noch auf dem Wege der Verhandlung das Ziel erstrebt wird, die einfache Freilassung der Gefangenen durchzusetzen und dagegen die Verzichtleistung Sr. M. des Königs auf Neuen-

[1]) Vgl. darüber Poschinger III, S. 74, Anm. 1

burg mehr oder weniger klar zu verbürgen. In der Tat liegt in den dermaligen Verhandlungen die Gefahr, daß sie zu einer direkten Umkehrung der Situation dadurch führen können, daß die Großmächte eine Konzession von der Schweiz erlangen, welche ihnen den Umständen nach als genügend erscheint, unserem Bedürfnis aber nicht ganz entspricht, und daß alsdann derselbe Druck der Großmächte, welcher jetzt auf die Schweiz wirkt, sich gegen uns wendet, um auch von unserer Seite eine Konzession zu erlangen. Möchte dieselbe auch geringfügig und nur formell sein, so würde der Gesamtabschluß der Sache doch immerhin keinen unserem Ansehen günstigen Eindruck machen.

Ganz abschneiden können wir diese Eventualität nun allerdings nur durch ein sofortiges Vorgehen. Da ein solches nicht stattfinden soll, so würde ich es jedenfalls für sehr erwünscht halten, mit möglichster Öffentlichkeit zu konstatieren, daß die Verhandlungen, welche dermalen noch stattfinden, zwar ohne unsere direkte Teilnahme, aber doch mit unserem Einverständnis geführt werden, und daß wir, gerade um denselben noch die Möglichkeit eines Resultates zu gewähren, unser Einschreiten vertagt haben.

Unsere fragliche Zirkulardepesche vom 28. v. M. ist nun nicht nur in dieser Beziehung vorzüglich geeignet, die gewünschte Wirkung zu tun, sondern sie legt auch ein neues Zeugnis ab für den Ernst und die Unwandelbarkeit unserer Entschließungen auf den Fall des Nichterfolges der Unterhandlungen. Ich habe dieselbe vertraulich dem Grafen Montessuy vorgelesen, welcher sowohl von dem Inhalt, als von der Fassung in hohem Grade befriedigt war.

Mein g. Dafürhalten geht unter diesen Umständen allerdings dahin, daß es sich empfiehlt, das Aktenstück auch in der nächsten Bundestagssitzung vorzulegen; denn es erlangt auf diesem Wege eine schnellere und weitere Verbreitung und macht in demselben Maße mehr Eindruck, als bei der bloßen vertraulichen Mitteilung an die deutschen Regierungen. Nur müßte m. E. die Absicht, diesen Schritt zu tun, bis zur Sitzung selbst vollständig geheim bleiben, weil sonst vielleicht eine österreichische Gegenerklärung vorbereitet werden könnte, in betreff deren mir alsdann die Instruktion fehlen würde.

Was die Form der Mitteilung anbelangt, so erlaube ich mir den unvorgr. Vorschlag, ihr nur den Charakter einer Courtoisie gegen den Bund in Anknüpfung an unsern Vortrag vom 18. November zu verleihen. Viele meiner Kollegen legen auf derartige Rücksichten für den Bund, als solchen, einen hohen Wert.

G. anheimstellen möchte ich noch, in meine, die eventuelle Mitteilung an den Bund einleitende Erklärung einen Passus einschalten zu dürfen, welcher die Bereitwilligkeit der beteiligten Regierungen, uns den Durchmarsch zu bewilligen, berührt, um damit die Versuche Österreichs abzuschneiden, einzelne Regierungen dadurch unsicher zu machen, daß man die Bedenklichkeit anderer behauptet.

Für den Fall des h. Einverständnisses E. E. mit meiner Auffassung, erlaube ich mir einen Entwurf der einleitenden Worte, mit welchen ich die Vorlage etwa zu machen hätte, E. E. Genehmigung zu unterbreiten.

216. Bericht vom 2. Januar 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. Vorschläge zur Wahrung des Postgeheimnisses in Frankfurt a. M. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 249 f.

217. Bericht an Minister v. Manteuffel.

(Ausfertigung.)

5. Januar 1857.

Wie ich E. E. schon auf telegraphischem Wege g. gemeldet habe, machte mir Graf Rechberg heut die Mitteilung, daß er beauftragt sei, auf einen Bundesbeschluß hinzuwirken, der zugleich für die außerdeutschen Provinzen Österreichs gültig sein würde, und dahin ginge, daß in bezug auf die Schweiz die Ausfuhr von Pferden, Waffen und Munition verboten werde.

Mein bayerischer Kollege teilte mir demnächst mit, daß die Anregung zu einer derartigen Maßregel ursprünglich von München ausgegangen sei, indem man von dort aus vertraulich bei den süddeutschen Regierungen angefragt habe, ob dieselben zu einem Verbot der Ausfuhr, nicht nur der Kriegsbedürfnisse, sondern auch des Getreides die Hand zu bieten geneigt seien. Der Plan sei aber an dem Widerstande Österreichs gegen ein Verbot der Getreideausfuhr gescheitert und von München dann um deswillen nicht weiter verfolgt worden, weil dadurch der Maßregel die Spitze abgebrochen sei; nur die Getreidesperre habe ein friedliches Surrogat für den gegen die Schweiz zu übenden kriegerischen Zwang gewähren können. Wenn diese letztere Auffassung ohne Zweifel richtig ist, so fragt es sich, welchen Zweck das Wiener Kabinett dabei haben kann, wenn es jetzt diesen bayerischen Plan, mit Hinweglassung des wichtigsten Elementes in demselben, sich aneignet.

Graf Rechberg legte ein besonderes Gewicht darauf, daß die Sperre auf das österreichische Italien ausgedehnt werde, weil dort mehr Waffen fabriziert würden, als in den deutschen Grenzländern Österreichs. Ich kann weder glauben, daß mit der Maßregel dem außerösterreichischen Italien die Bewaffnung erschwert werden soll, weil dessen Bezüge doch fast nur auf der Seeküste stattfinden, noch daß man nur den Zweck haben sollte, den Deutschen Bund an Beschlüsse zu gewöhnen, welche Gesamt-Österreich umfassen. Einen wesentlichen praktischen Erfolg wird die Annahme des eventuellen österreichischen Antrages überhaupt nicht haben, indem die Schweiz die Waffen, welche ihr fehlen, mehr über Genua oder aus Belgien durch Frankreich, als über ihre deutsch-österreichische Grenze beziehen wird. Das vergleichungsweise geringe Bedürfnis der Schweizer Armee an Pferden dürfte durch die bisherigen Ankäufe schon teilweise befriedigt sein.

Ich kann unter diesen Umständen einstweilen kein anderes wahrscheinliches Ziel der Absichten Österreichs auffinden, als dasjenige, uns und den übrigen Regierungen einen scheinbaren und offiziellen Beweis der Sympathien Österreichs für Preußen zu geben. Das Wiener Kabinett hat in der ganzen Periode der Neuenburger Verwicklung Wert darauf gelegt, seine bundesfreundliche Teilnahme für unsere Sache zu beteuern, und es sogar angesichts des offenbarsten Widerstandes gegen unsere Politik für tunlich gehalten, mit diesen Beteuerungen fortzufahren, in der Presse sowohl, als in diplomatischen Aktenstücken. Man hielt das entweder für eine Anstandspflicht unter Bundesgenossen, oder nahm an, daß wir und andere den Worten mehr glauben, als den Tatsachen. Dazu kommt, daß die letzten Schritte Österreichs in der Sache nicht nur bei uns, sondern auch bei den anderen Höfen einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht haben. Nicht wenige meiner Kollegen sprechen davon, daß die österreichischen Mitteilungen seit dem 23. v. M. an ihren Höfen Erstaunen und Entrüstung erregt hätten, und die ziemlich allseitige Abweisung, welche dieselben erfahren haben, hat wohl in Wien das Bedürfnis fühlbar gemacht, durch einen anscheinend bundesfreundlichen ostensibeln Schritt den Eindruck zu verwischen.

Vielleicht ist die plötzlich angebotene Betätigung warmer Sympathien für unsere Sache um so leichter, als die Nachrichten über die Bereitwilligkeit der Schweiz zu Konzessionen und über friedliche Aussichten täglich an Bestimmtheit gewinnen. Österreich erhält, wie ich durch Graf Rechberg weiß, fortlaufend genaue Nachricht über alles, was im Schoße der Schweizer Behörden, namentlich des Ausschusses der Bundesversammlung, vorgeht, und die Verhandlungen der letzteren sollen eine Mißbilligung der bisherigen Haltung des Bundesrates von seiten des Ausschusses ziemlich sicher absehen lassen. Wenn aber aus dieser Konstellation ein teilweises, für uns nicht vollständig befriedigendes Nachgeben der Schweiz hervorginge und es dann darauf ankäme, auch uns Konzessionen zuzumuten, so würde Österreich offenbar mehr befähigt sein, auf uns zu drücken, wenn es seiner Stellung zu der ganzen Sache schließlich einen preußenfreundlichen Mantel umgehängt hat, als wenn es in unmittelbarem Anschluß an seine Zirkulare vom 23. v. M. bei uns die Rolle eines zum Nachgeben ratenden Freundes übernehmen sollte. Diejenigen meiner Kollegen, mit welchen ich bei der Kürze der Zeit über die Sache habe reden können, haben ebenfalls keinen anderen Eindruck davon, als den vorstehend dargelegten. Freiherr von Marschall sagt mir, daß seine Regierung und, soviel er wisse, auch Württemberg und Bayern, schon auf eigene Hand polizeilich die Ausfuhr von Kriegsbedürfnissen über die Schweizer Grenze hindere; Österreich könnte also einfach dasselbe tun, wenn es ihm nur um die praktische Wirkung, nicht um eine Schaustellung seiner bundesfreundlichen Gesinnungen zu tun wäre. Graf Rechberg will schon in der nächsten Sitzung, am 8. c., die Sache in Verhandlung nehmen, und meint letztere so zu beschleunigen, daß schon am 10. c. der Beschluß gefaßt werden könne. Man erklärt diese Eile mehr aus der Besorgnis, daß inzwischen offizielle friedliche Nachrichten eintreffen könnten, als aus der, daß die Schweiz noch starke Zufuhren schnell über die Grenze bringen werde. Nach hiesigen Nachrichten ist eine Stagnation in den noch vor acht Tagen lebhaft betriebenen Ankäufen für die Schweiz eingetreten. Auf meine desfallsige Besorgnis erklärte mir Graf Rechberg, daß jede prinzipielle Diskussion über die verschiedenen Auffassungen des Streites mit der Schweiz überhaupt von den Verhandlungen ausgeschlossen bleiben solle. Gegen andere hat er geäußert, daß er für Sachsen in dieser Beziehung nicht gutsagen könne und unerwünschte Erörterungen fürchte.

Nach meinem unvorgr. Urteil ist demnach der fragliche Antrag für uns jedenfalls ein wertloser, vielleicht ein insidiöser, und ich möchte g. anheimstellen, daß wir demselben nicht durch unsere Beteiligung bei der Antragstellung ein falsches Relief geben, und daß E. E. mich gen. autorisieren, wenigstens mit Rücksicht auf den geringen praktischen Effekt, der zu gewärtigen ist, kein Empressement für die Beschlußnahme an den Tag zu legen, auch etwa bei der Erörterung anerkennend hervorzuheben, daß die süddeutschen Regierungen schon aus eigenem Antriebe in der Richtung des Antrages wirksam gewesen sind.

Einer geneigten und wo möglich telegraphischen Bescheidung sehe ich g. entgegen.

218. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

8. Januar 1857.

In der soeben beendigten Sitzung der Bundesversammlung habe ich die diesseitige, in betreff der Neuenburger Angelegenheit unter dem 28. v. M. an die K. Gesandtschaften bei den Großmächten gerichtete Depesche mit der von E. E. genehmigten Erklärung vor-

gelegt.[1]) Es wurde beschlossen, dieselbe durch Aufnahme ins Protokoll zur Kenntnis der Regierungen zu bringen. Ich schickte eine vertrauliche Erklärung voraus, in welcher ich die Verspätung dieser Mitteilung mit dem Ausfall der letzten Sitzungen motivierte.

Graf Rechberg bemerkte zunächst privatim gegen mich, daß ihn der Schlußsatz meiner Erklärung zu einer Verwahrung in betreff der Durchmarschfrage nötige, weil der Kais. Regierung bei Gelegenheit ihrer jüngsten Zirkulardepeschen von mehreren deutschen Regierungen entgegengehalten worden sei, daß sie bei Gelegenheit unserer amtlichen Mitteilungen in betreff der Verhandlungen über den Durchmarsch unserer Truppen ihre abweichende Ansicht nicht geltend gemacht habe. Ich entgegnete dem Grafen Rechberg, daß seine Verwahrung eine Gegenverwahrung von mir nach sich ziehen werde, bei welcher ich mich zugleich bemühen würde, die Teilnahme aller der Bundesstaaten, welche unserer Ansicht wären, also beinahe aller ohne Ausnahme, herbeizuführen. Nach einigen weiteren Erörterungen in diesem Sinne, die zwischen uns beiden heimlich geführt wurden, beschloß er, sich auf eine allgemeine Erklärung des Inhaltes zu beschränken, daß er zur Vermeidung prinzipieller Streitigkeiten auf eine Darlegung des Standpunktes der Kaiserlichen Regierung nicht eingehen wolle. Es hat, wie ich nachträglich höre, ein nicht geringes Aufsehen unter unseren Kollegen erregt, daß er diese Auslassung demnächst zu Protokoll gab, zumal man allgemein und wohl nicht mit Unrecht annimmt, daß Graf Rechberg dieses Schrittes gern überhoben gewesen wäre und daß er ihn jedenfalls so weit abgeschwächt hat, wie seine Instruktionen, die hiernach sehr bestimmter Natur sein müssen, es irgend zulassen.

Ein Antrag wegen Verbotes der Ausfuhr von Waffen usw. hat nicht stattgefunden. In einer Besprechung, welche ich vorgestern abend mit Graf Rechberg hatte, suchte ich nach Maßgabe der telegraphischen Weisung E. E.[2]) den österreichischen Absichten entgegenzuwirken, ohne dadurch dem Wiener Kabinett eine Waffe gegen uns in die Hand zu geben. Ich hob deshalb besonders die Frage hervor, ob ein Beschluß der Art ohne Einhelligkeit der Stimmen in verpflichtender Weise gefaßt werden könne; bei einer früheren Gelegenheit, im Jahre 1848, habe man sich aus diesem Grunde darauf beschränkt, ein „Ersuchen" an die einzelnen Regierungen zu stellen. In einer solchen Form aber habe die damit zu unsern Gunsten verbundene Demonstration einen Charakter von Mattigkeit, der vielleicht eher nachteilig wirken könne. Noch unerwünschter müsse aber die Anregung eines etwaigen prinzipiellen Streites über die Frage wegen der Stimmeneinhelligkeit in diesem Falle wirken. Sollte eine solche von irgendeiner Seite her zu besorgen sein, so möchte es sich vielleicht empfehlen, den Antrag lieber zu unterlassen, zumal derselbe seinen Wert hauptsächlich als ein Zeichen der bundesfreundlichen Gesinnung der Kais. Regierung habe, praktisch aber von einem durchgreifenden Erfolge nur dann sein könne, wenn auch die französischen und sardinischen Grenzen der Schweiz für die Waffeneinfuhr gesperrt, oder aber das Verbot von deutscher Seite auch auf Getreide ausgedehnt würde. In bezug auf den letzteren Artikel war Graf Rechberg bereit, nochmals telegraphisch in Wien anzufragen, bemerkte aber, daß zum Durchlassen eines bestimmten, sehr beträchtlichen Quantums von Brotfrüchten (wenn ich nicht irre, 500 000 Säcke zu etwa 2 Scheffeln) Österreich vertragsmäßig verpflichtet sei.

---

[1]) Vgl. oben S. 190 f.

[2]) Am 5. Januar 1857 teilte Manteuffel telegraphisch mit, Rechberg sei angewiesen worden, wegen der Ausfuhrverbote von Getreide, Waffen und Pferden einen Bundesbeschluß herbeizuführen. „Unsere Ansicht gegen die Behandlung am Bunde ist Ihnen bekannt. Wir verbleiben dabei; die Ausfuhr der Pferde ist bei uns bereits verboten, und wir erwarten ein gleiches auf unsere Einladung bei den Vereinsstaaten."

Mit Herrn von Schrenck hatte ich die Frage wegen der Stimmeneinhelligkeit schon vorher besprochen, und fand er dieselbe in der Tat sehr bedenklich, so daß er sofort in München deshalb anfragte und von dort die Weisung erhielt, sich nur auf einen die Regierungen um Erlassung des Verbotes „ersuchenden" Beschluß einzulassen. Besonders mit Rücksicht hierauf hat Graf Rechberg es vorgezogen, die Sache heute nicht zur Sprache zu bringen, sondern zuvor nochmals in Wien anzufragen. Die Antwort erwartet er noch. Herr von Schrenck ist angewiesen, telegraphisch nach München zu melden, ob in der heutigen Sitzung ein Antrag wegen des Verbotes erfolgt und Aussicht zu schneller Beschlußnahme vorhanden sei, anderenfalls wolle die bayerische Regierung das Verbot morgen selbständig erlassen.

Mein badischer Kollege hat eine ähnliche Instruktion, wie die bayerische, erhalten, in welcher hervorgehoben wird, daß einem Bundesbeschlusse, wie dem in Rede stehenden, um deswillen das Fundament fehle, weil der Bund nicht auf die erste Anregung der Sache durch Preußen bei Gelegenheit des Beschlusses vom 6. November v. J. eine bestimmtere Stellung sowohl in der Durchmarschfrage als überhaupt zugunsten der Ansprüche Preußens eingenommen habe. In ähnlicher Weise hat sich Herr von Reinhard zu mir ausgelassen.

Die Unsicherheit oder Zweideutigkeit der österreichischen Politik bildet hier einen Gegenstand mißliebiger Verwunderung nachgerade auch für diejenigen, welche sonst nicht leicht an dem, was von Wien kommt, Anstoß nehmen. Besonders wirksam war in dieser Beziehung die heutige Sitzung, wo Graf Rechberg genötigt war, eine Art von indirekter Verwahrung gegen das Durchlassen unserer Truppen zu Protokoll zu geben, während allseitig bekannt war, daß er die preußischen Sympathien Österreichs durch jenen Antrag wegen der Waffenausfuhr hatte betätigen sollen. Ich höre, daß Graf Rechberg selbst in vertraulichen Gesprächen seine große Niedergeschlagenheit über das Verhalten der österreichischen Politik und über deren Mißerfolge bei den deutschen Höfen ausgesprochen hat, indem er zugleich nicht undeutlich die politische Unfähigkeit des Grafen Buol als Ursache der ernsten Verlegenheiten anklagte, welche er für Österreich in der nächsten Zukunft befürchtete.

Nach der ganzen Stimmung, die Graf Rechberg auch mir gegenüber in betreff des Verhaltens des Wiener Kabinettes zu der Neuenburger Frage an den Tag gelegt hat, darf ich annehmen, daß er unserer heutigen Erklärung gegenüber jedenfalls weniger getan hat, als er seinen Instruktionen nach konnte oder sollte, und daß die österreichische Verwahrung sehr viel stärker ausgefallen wäre und sich vielleicht weitergehende Erörterungen daran geknüpft hätten, wenn die von uns gemachte Mitteilung vorher in Wien bekannt gewesen wäre.

219. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

11. Januar 1857.

E. E. vertraulichen Erlaß vom gestrigen Tage in betreff der Vorschläge des Grafen von der Gröben wegen Benutzung der Bundesfestungen Rastatt und Ulm habe ich soeben zu erhalten die Ehre gehabt.

Die Verwirklichung der Wünsche des Grafen von der Gröben wird sich in keiner anderen Weise sicherstellen lassen, als durch einen auf unsern Antrag zu fassenden aus-

drücklichen Bundesbeschluß. Einen solchen herbeizuführen, dürfte uns allerdings wohl gelingen, da die Mehrheit der Bundesstaaten, wie sie sich in der Durchmarschfrage auf unsere Seite gestellt haben, so auch überhaupt bereit zu sein scheint, unserer Expedition auf alle Weise Vorschub zu leisten. Sie sehen die letztere schon um deswillen gern, weil sie dieselbe im Lichte eines Feldzuges für die Sache der Monarchien gegen die Demokratie auffassen, und so lange sie glauben, daß Frankreich unser Vorgehen billigt, wird die österreichische Gegenwirkung es nicht vermögen, sie zu einer unserem Vorgehen hinderlichen Haltung zu bewegen. Von der Haltung Frankreichs hängt es daher ab, ob die süddeutschen Regierungen auch ferner, und namentlich bei einer Beschlußnahme in betreff der Benutzung der Bundesfestungen durch die preußischen Truppen, sich unseren Absichten günstig zeigen und dem Einflusse Österreichs widerstehen werden.

Unter allen Umständen aber bleibt es wahrscheinlich, daß ein derartiger Beschluß sich nicht ohne unerfreuliche Episoden wird herbeiführen lassen, da einer Minorität, welcher die Präsidialmacht angehört, immerhin mannigfache Widerstandsmittel zu Gebote stehen. Daß aber Österreich gegen unser Begehren auftreten wird, darüber kann ich nach dem bisherigen Verhalten des Kaiserlichen Kabinettes, und namentlich nach dem Vorgange in der letzten Sitzung, nicht in Zweifel sein. In der Hergabe der Bundesfestungen zu einer Operationsbasis für unsere Truppen liegt, wie mir scheint, ein sehr viel stärkerer Grad der Beteiligung an unserem Unternehmen, als in der Gestattung des Durchmarsches von seiten einzelner Territorial-Regierungen. Der Bund würde damit das Gebiet einer neutralen Haltung, auch nach der ausgedehntesten Auffassung desselben, entschieden verlassen, indem er sich vermöge eines förmlichen Beschlusses durch Hergabe seiner Festungen als Kriegsmittel für uns an unseren militärischen Operationen beteiligt.

Wieviel dem Wiener Kabinett daran liegt, unsere Angelegenheit an den Bund zu ziehn, geht aus seiner gesamten Haltung hervor. Dasselbe hat nicht Anstand genommen, die gewagtesten bundesrechtlichen Deduktionen aufzustellen und die Eifersucht der mittelstaatlichen Regierungen auf ihre Souveränitätsrechte gegen sich wachzurufen, um vermöge der Durchmarschfrage unsere militärische Aktion unter den hemmenden Einfluß der Bundesbeschlüsse zu ziehn. Wenn wir nun selbst einen Antrag stellen, dessen Erledigung durch Verhandlungen am Bunde nicht nur sehr in die Länge gezogen werden kann, sondern der auch eine bequeme Handhabe bietet, unser gesamtes militärisches Vorhaben in den Kreis der Erwägungen und Beschlüsse der Bundesversammlung zu ziehn, so würden wir damit den von Österreich bisher an den Tag gelegten Absichten selbst in die Hände arbeiten, indem wir freiwillig den Widerstand aufgeben, welchen wir bei den Verhandlungen über den Durchmarsch und bei Gelegenheit des österreichischen Anerbietens der Ausfuhrverbote den Versuchen entgegengesetzt haben, unsere Sache an den Bund zu ziehn.

Wenn unsere Truppen erst ausgerückt sind und keine Aussicht mehr ist, uns von kriegerischem Vorgehn abzuhalten, dann werden wir vielleicht auf geringe oder auf gar keine Opposition stoßen, falls von unsern militärischen Befehlshabern und demnächst von der K. Regierung der Wunsch geltend gemacht wird, die Bundesfestungen in der von dem Grafen von der Gröben angedeuteten Weise zu benutzen. Die Angelegenheit würde alsdann die Gestalt annehmen, als handle es sich um unvorhergesehene, erst im Laufe der Operation herausgestellte Bedürfnisse. Im gegenwärtigen Stadium aber würden unsere desfallsigen Anträge von Österreich, vielleicht auch von anderer Seite, wohl nur als Mittel benutzt werden, uns von kriegerischen Maßregeln abzuhalten.

Meine unvorgr. Ansicht geht deshalb dahin, die Sache für jetzt auf sich beruhen zu lassen, aber dennoch darauf zu rechnen, daß uns bei wirklichem Eintritt des Bedürfnisses die Benutzung der Festungen offiziell oder unter der Hand nicht versagt sein werde.

220. Bericht vom 13. Januar 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Kosten der Bundesexekution in Kurhessen. Vgl. Poschinger III, Nr. 66. Dort irrig 13. Juni 1857 datiert.

221. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. Januar 1857.

S. Dl. der Fürst von Reuß j. L. hat gegenwärtig in der Person eines Herrn v. Bursian einen Ministerresidenten bei der Freien Stadt Frankfurt akkreditiert. Diese Ernennung hat ein allgemeines Befremden erregt, sowohl wegen der Persönlichkeit des Herrn von Bursian, als wegen der politischen Stellung des Staats, den derselbe vertritt . . . Diese Akkreditierung hat keinen anderen Zweck, als den, dem p. v. Bursian eine gesellschaftliche Stellung zu verleihen, indem man ihn zum offiziellen Mitgliede des diplomatischen Korps macht.

Die Erzählungen, welche hier in Frankfurt über die Vergangenheit des p. Bursian zirkulieren, gehen auf die Zeit zurück, wo er als Schuhmacherlehrling in Braunschweig von einer älteren unverheirateten Dame wohlgefällig bemerkt wurde, auf Kosten derselben zuerst eine höhere Schulbildung, dann den Fürstlich reußischen Freiherrntitel erhielt und demnächst von ihr geheiratet wurde. *Nach dem bald erfolgten Tode der Baronin hatte er hier während der Nationalversammlung als Zeitungskorrespondent auf der Journalistentribüne fungiert und ist, nachdem er in dieser Eigenschaft die Protektion der Herren v. Radowitz und von Bally genossen hatte, schließlich von dem Fürsten Felix von Hohenlohe in Dienst genommen, der ihn u. a. in der Scheidungssache seiner Schwester, der Fürstin von Schwarzburg-Sondershausen, demnächst aber vorzugsweise in dem Geschäfte der Darmstädter Bank als Privatsekretär benutzt hat. Die vielfachen Familien- und anderen Verbindungen des Fürsten Hohenlohe haben es diesem, der dem übermäßigen Ehrgeiz seines Schützlings nichts zu versagen vermag, möglich gemacht, demselben eine Protektion angedeihen zu lassen, welche sich durch eine besondere Rücksichtslosigkeit gegen diejenigen, welchen Bursian empfohlen wurde, auszeichnet. Ich weiß nicht, welche Einflüsse ihm in dieser Hinsicht am Fürstl. reußischen Hofe zu Gebote stehen, jedenfalls aber ist Bursian von dem regierenden Fürsten, um ihm Orden zu verschaffen, zu wiederholten Malen als amtlicher Vertreter Sr. Dl. zur Ueberbringung von Glückwünschen an fremde Höfe gesandt worden, wo er dann, wie namentlich bei der jüngsten Feier des Königs der Belgier, in den von ihm selbst geschriebenen Zeitungsartikeln auf eine komische Weise zwischen den vornehmsten Diplomaten der europäischen Großmächte figuriert.* Wenn nun jetzt die Ernennung zu einem geschäftslosen Posten lediglich zu dem Zwecke erfolgt, für ein Individuum dieser Kategorie den bisher vergebens gesuchten Eintritt in die höhere Gesellschaft zu erzwingen, so liegt darin ein Mißbrauch der Souveränität, welcher, einmal anerkannt, schwerlich ohne Nachfolge bleiben wird.

Es wird glaubwürdig erzählt, daß die Fürstl. reußische Regierung gewissermaßen einen offenen Laden für Adelsdiplome hält, wo ein jeder, wer es auch sein mag, gegen Einsendung der nach festen Preisen tarifierten Summe, den von ihm gewünschten Titel kaufen kann. Ich ziehe augenblicklich noch nähere Erkundigung ein, um E. E. auch hierüber g. g. Bericht zu erstatten. Nach dem Vorgange mit Bursian erscheint es nicht unmöglich, daß die Fürstliche Regierung und, wenn das Geschäft rentiert, auch andere, einen ähnlichen Handel mit Ernennungen zum Mitgliede diplomatischer Korps einrichtet. Es gibt in neuester Zeit, namentlich hier am Ort, eine große Menge durch Börsenspiel und anderweit plötzlich zu großem Vermögen gelangter Personen, welchen zu einem befriedigenden Abschluß ihrer Laufbahn nichts weiter fehlt, als die Aufnahme in die höheren gesellschaftlichen Kreise, und welche nicht selten mit krankhaftem Ehrgeiz nach irgendeiner amtlichen Auszeichnung streben, durch deren Beilegung eine bisher zweifelhafte soziale Existenz legalisiert werden würde. Zu diesem Behuf ist allerdings nichts geeigneter, als die Ernennung zum Mitglied eines diplomatischen Korps, in welchem der Beteiligte auf Grund seiner Kreditive einen unabweisbaren Anspruch auf Kollegialität erheben kann. Der vorliegende Fall ist in dieser Beziehung so eklatant, daß er an Ungehörigkeit nicht leicht von einem anderen übertroffen werden würde, *zumal an dem Bursian einmal der Ruf eines Avanturiers haftet und er außerdem nach wie vor als Sekretär im Privatdienst des Fürsten Hohenlohe steht, wenn auch dieses Verhältnis unter den gemeinschaftlichen Beziehungen beider zur Verwaltung der Darmstädter Bank maskiert wird.

E. E. erlaube ich mir g. g. anheimzustellen, ob nicht der Fl. reußischen Regierung in vertraulichem Wege Vorhaltungen über derartige Mißbräuche zu machen wären, um deren Wiederholung zu verhindern. Zur Hebung der Achtbarkeit der Bundesversammlung würde es namentlich nicht beitragen, wenn der dermalige Fürstl. reußische wirkl. Legationsrat und Ministerresident bei der Freien Stadt Frankfurt in ähnlicher Weise, wie Dr. Linde für Liechtenstein oder der Kabinettsrat v. Strauß für Schaumburg-Lippe, zum reußischen Gesandten ernannt würde, wohin jetzt, dem Vernehmen nach, das Streben des Bursian gerichtet ist.*

*222. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

(Eigenhändig.)

21. Januar 1857.

E. E. h. Weisung inbetreff der schließlichen der Bundes-Versammlung über die Neuenburger Angelegenheit zu machenden Mittheilung werde ich in der morgen stattfindenden Sitzung zur Ausführung bringen. Schon aus meinem Immediatberichte über die letzte Sitzung werden E. E. entnommen haben, daß uns nunmehr, nach Erledigung der Schweizer Kriegsbesorgnisse, nur laufende Geschäfte sehr untergeordneter Natur aus dem Gebiete des Verwaltungswesens der Festungen, der Rechnungsrevision und der formellen Controlle des Bundesheeres vorliegen; auch für die nächste Woche steht hierin keine Änderung in Aussicht, so daß meiner unmaßgeblichen Ansicht nach die Interessen des K. Dienstes nicht benachtheiligt werden würden, wenn ich mich auf kürzere Zeit von hier entferne.

Die nächste hier voraussichtlich bevorstehende Verhandlung von Interesse dürfte, wenn nicht inzwischen die dänische Frage an uns gelangt, die Einführung des gemeinsamen Handelsgesetzbuches betreffen, und bezüglich dieser Angelegenheit würde ich gern E. E.

mündlich Vortrag halten, um meine g. Bedenken gegen einen directen oder indirecten Bruch mit der Nürnberger Commission geltend zu machen, ungeachtet unsrer gerechten Empfindlichkeit gegen einige Vorkommnisse daselbst.

Hauptsächlich aber wäre es mir erwünscht, auf einige, wenn auch kurze Zeit, mich im Herrnhause zu zeigen. Meine Genossen vom alten und befestigten [Grundbesitz] in Pommern, die mich Sr. M. präsentirt haben, halten mir nicht selten vor, daß ich stets als parlamentarisch abwesend figurire, und grade in der diesjährigen Session dürften die neuen Finanzvorlagen zu interessanteren Erörterungen Anlaß geben, in welchen ich der K. Regierung vielleicht als vermittelndes Glied im Landtage nützen kann und bei welchen meine Standesgenossen besonders empfindlich über meine Abwesenheit während der ganzen Sitzungsperiode werden könnten.

Unter diesen Umständen würde ich gern die Muße, welche mir hier durch die geschäftliche Ebbe zu Theil wird, benutzen, um meinen Eifer für Erfüllung meiner Pflichten als Mitglied des Herrenhauses an den Tag zu legen, und wenn E. E. kein Bedenken dagegen haben, so bitte ich g., mir die Erlaubniß dazu von S. M. dem Könige geneigtest erwirken zu wollen. Da ich namentlich die freie Zeit nach Abhaltung der Sitzung gern zur Reise benutzen würde, so würde ich eventuell eine gütige Benachrichtigung auf telegraphischem Wege dankbar erkennen.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung ....

223. Schreiben vom 23. Januar 1857 an den dänischen Gesandten v. Bülow, betr. eine Schrift von gotteslästerlichem Inhalt. — Vgl. Poschinger III Nr. 49.

224. Bericht vom 23. Januar 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Erhöhung der Zirkulationsfähigkeit der preußischen Staatspapiere in Süddeutschland. — Vgl. Poschinger III, Nr. 50.

225. Privatschreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 10. Februar 1857.[1])

Verehrter Herr Legationsrath, in Betreff der Nürnberger Drucksachen habe ich Ihnen schon durch Prillwitz einige Zeilen geschickt. Der Minister wünscht, daß der Druck unterbleibt und lehnt die Uebernahme auf Bundeskosten ab. Man begreift nicht, was der Druck in jetzigem Stadium und vor Schluß der Arbeit nützen soll, da das Elaborat doch noch Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Cabineten sein und schwerlich auf den ersten Guß vollendet werden wird. Man legt die Streitpunkte als solche fest, wenn man sie veröffentlicht, und erhöht die Meinungsdifferenzen durch Einmischung der Presse in die Detail-Fragen. Wenn es nur um Aufsehen und nicht ums Zustandekommen zu thun ist, dann mag man drucken lassen. Sprechen Sie doch morgen noch mit Schrenck darüber.

Die Neuenburger Sache ist hier durch die vielen verschiednen Ansichten und deren Friction in eine stagnirende Lage gerathen, daß niemand mehr weiß, wer nun eigentlich das

[1]) Die beiden folgenden Stücke nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 17 ff.

Wort nehmen soll. Es scheint fast, daß S. M. das Ländchen zwar los sein will, aber Angesichts früherer Zusagen und der Gefühle in der Kön. Umgebung es nicht freiwillig zu thun, sondern äußerm Druck zu weichen scheinen will. Wir dachten grade letztres zu vermeiden; geht es nicht, so bin ich in einigen Tagen in Frankfurt ....

Der gesellige Lärm hier ist nie so arg gewesen und läßt mir wenig Zeit zu Geschäften, obschon ich den König dabei täglich sehe. Der Ihrige.

226. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

(Eigenhändig.)

Berlin, 21. Februar 1857.

Verehrtester Herr Legationsrath. Die Abstimmung wegen des Wechselrechts bitte ich der Anlage entsprechend zu ändern, wenn es noch Zeit dazu ist. Wir dürfen nicht zugeben, daß dergleichen Verabredungen, selbst in dem Falle, wenn sie von allen Bundesstaaten angenommen sind, einer bundesbeschlußmäßigen Behandlung unterliegen; sie bleiben eben vereinbarte Verträge souveräner Staaten und können nur nach der Maßgabe verändert, interpretirt u. s. w. werden.

Ich hoffe, nächsten Donnerstag[1]) dort zu sein, schwören kann ich aber nicht darauf ... Der Ihrige in Eile.

227. Bericht vom 9. März 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die holstein-lauenburgische Verfassung. Auffassung des hannoverschen und Wiener Kabinetts. Haltung Dänemarks. Stimmung in Frankfurt am Main. — Vgl. Poschinger III, Nr. 51.

228. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

(Eigenhändig.)

11. März 1857.

E. E. habe ich vorgestern die Ehre gehabt zwei auf die Holsteinische Angelegenheit bezügliche Actenstücke zu überreichen; ich erlaube mir in Betreff derselben noch die g. Bitte um eine ganz vertrauliche Behandlung zu wiederholen; namentlich würde es mich in einige Verlegenheit bringen, wenn der Baron Blome aus Holstein, der vielleicht in diesen Tagen nach Berlin kommt, oder wenn Graf Platen erführe, daß ich die Piecen weiter mitgetheilt habe. Graf Rechberg hat die Idee, welche er auch schon bei deutschen Regirungen zur Sprache gebracht hat, die Behandlung der dänischen Frage am Bunde zunächst auf die Absendung eines Commissarius des Bundes noch Kopenhagen hinzuleiten, der alsdann, in ähnlicher Art, wie es bisher durch unsre und Östreichs Noten geschehn ist, die Abstellung derjenigen Beschwerdepunkte, welche der Bund begründet fände, im Namen des letztern von Dänemark zu erreichen suchen sollte. Wenn sich die Schwierigkeit der Instruirung eines solchen Commissars von Seiten des Bundes, als Vollmachtgebers, überwinden läßt, so würde ich in der Maßregel allerdings eine Erleichterung der Sache sehn; ein solcher Commissar

[1]) 26. Februar.

hat in unmittelbarer Beziehung zu den Personen der dänischen Regirung mehr Spielraum, sein Verhalten den Umständen anzupassen und dasjenige, was der Bund etwa thun könnte, in Verhandlungen zu utilisiren, während die Bundesversammlung durch einseitige und mehr oder weniger unausführbare Beschlüsse sich und uns leicht in Verlegenheiten und schwierige Ehrenpflichten bringen kann. Wenn wir auf den Gedanken einer solchen Abordnung eingingen, so würde es m. E. darauf ankommen, sich vorher durch nähere Ermittelung der Dispositionen der auswärtigen Mächte einige Aufklärung über die Wahrscheinlichkeit des Erfolges der Schritte des Bundes zu verschaffen. Lassen sich Resultate erwarten, so wäre zu wünschen, daß Preußen zur Gestellung eines Commissars ausersehn würde; ist aber eine auf auswärtigen Beistand vertrauende Unnachgiebigkeit der Dänen vorherzusehn, so müßte man die Ehre, die Kastanien aus dem Feuer zu holen, den Mittelstaaten überlassen. Das erstre würde ich glauben hoffen zu dürfen, wenn es gelingt, Frankreich zu überzeugen, daß die Erhaltung Dänemarks in seinem Interesse liegt, mit der Fortdauer des Dänischen Demokraten-Regiments aber unverträglich ist. Wenn Frankreich der Ansicht wäre, daß in dieser Richtung etwas geschehn müsse, so würde Rußland, nach allem, was ich von Fonton höre, entschieden sich anschließen, denn in Petersburg scheint man, nach Fonton, zu besorgen, daß durch die dermalige Gesammtverfassung in Dänemark unsichre Zustände genährt werden, deren Endresultat nur für England günstig sein könnte, weil man an die Lebensfähigkeit des Scandinavismus in Rußland nicht glauben will. Sollten E. E. es für angemessen halten, so würde ich gern bereit sein, unter der Form eines Urlaubs von wenig Tagen zu Einkäufen oder dergl. nach Paris zu gehn, um im Einverständniß mit Hatzfeld die Sache zu besprechen. Nach meinen Wahrnehmungen an Montessuy hat man dort sehr unvollständige Anschauungen von der Lage der dänischen Frage, und letztrer selbst sprach gegen mich den Wunsch aus, daß jemand, der vertraut mit der Sache wäre, mündliche Vorstellungen in unserm Sinne in Paris machen möchte, weil die schriftliche Verhandlung durch manche Rücksichten genirt sei. Auch für Hatzfeld würde es, wie ich glaube, nur erwünscht sein, sich mit mir über den hiesigen Standpunkt auszusprechen. Bis jetzt gehn die hier einlaufenden französischen und russischen Depeschen noch von der Voraussetzung aus, daß die Sache nicht an den Bund kommen werde.

Aus meinen Hanöverschen Wahrnehmungen bemerke ich noch, daß Graf Platen sich sehr eingehend über die Idee eines norddeutschen Zollvereins aussprach und meinte, daß Hanover demselben nicht fehlen würde, sobald Sachsen auch darin sei. Der König Georg plaidirt freilich bisher noch für den östreichischen Gesammteintritt. Ehrerbietig verharre ich . . .

*229. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

(Eigenhändig.)

26. März 1857.

. . . E. K. H. beehre ich mich in der Anlage ein inzwischen gedrucktes Promemoria[1]) zu überreichen, welches eine Zusammenstellung der Holsteinischen Beschwerden enthält und welches auf Veranstaltung einiger Mitglieder des dortigen Landtages an verschiedne Regirungen und Gesandtschaften vertraulich vertheilt worden ist. Die gleichfalls unter-

---

[1]) Anliegend Druck: „Denkschrift betr. die Holsteinische Verfassungsangelegenheit März 1857", Fol. 14 Seiten.

thänigst beigefügten schriftlichen Bemerkungen[2]) über die Denkschrift stammen aus unserm Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten und haben wahrscheinlich den Grafen Schlieffen zum Verfasser. Sie dienen theils zur Erläuterung der Denkschrift, theils zur Darlegung der abweichenden Auffassung unsrer Regirung in den Punkten, wo die Holsteinischen Anforderungen zu weit gehn, um bundesrechtlich vertreten werden zu können.

Unter den drei außerdeutschen Großmächten hat bisher nur Rußland eine bestimmtere Stellung zu der dänischen Frage eingenommen, indem es in einer an den russischen Gesandten in Koppenhagen gerichteten Depesche die von den Dänen bestrittene Competenz des Deutschen Bundes unumwunden anerkennt und dem dänischen Cabinete ernstlich zur Nachgiebigkeit räth. In Frankreich und England kennt man die rechtliche und factische Lage der Dinge in den Herzogthümern noch zu wenig und hat kein Verständniß für fremde Rechtsverhältnisse. Nach den letzten Berichten des Grafen Bernstorff ist indessen Lord Clarendon persönlich unsern Auffassungen zugänglicher, als wir nach frühern Erfahrungen hoffen konnten; Palmerston soll nicht in demselben Grade unbefangen sein und namentlich [ver]meiden wollen, daß die Sache an den Bund gelange; um letztres zu verhüten, glaubt Herr von Manteuffel, daß auch England in Kopenhagen zum Nachgeben rathen werde. M. E. kann es der Sache nur förderlich sein, wenn wir sie am Bunde anhängig machen; mehr, um mit den Beschlüssen, welche hier gefaßt werden *könnten*, zu drohn und so auf die Unterhandlungen zu wirken, als daß ich mir wirklich practische Leistungen vom Bunde verspräche.

Von jeder der beiden Anlagen besitze ich noch ein Exemplar, und kann ich sie daher E. K. H. ganz zu Höchstihrer Disposition stellen. Ehrfurchtsvoll verharre ich . . .

230. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. März 1857.

E. E. beehre ich mich die Anlage[1]) mit g. Danke einzureichen. Sie beweist von neuem, daß der Verfasser ein ungewöhnlich fähiger Kopf ist und ein ebenso nutzbarer sein wird, wenn er sich den Grad von besonnener Ruhe beilegt, der als Ballast neben seinem lebhaften Geiste erforderlich ist, um mit festem Steuer segeln zu können. Seine tadelnden Urtheile über manche Personen halte ich leider für vollständig begründet.

Hier werde ich mit Fragen bestürmt, ob und wann und wie die Holsteinsche Frage an den Bund gelangen werde. Ich habe in Betreff der ersten Partikel stets geantwortet, daß es mir unvermeidlich scheine, da die beiden Großmächte nichts weiter thun könnten, als wiederholen, was sie schon gesagt haben, wenn sie den Schriftwechsel mit Dänemark noch weiter ausspinnen wollten. Meines g. Dafürhaltens wäre es für uns und für die Sache gut, sie bald an den Bund zu bringen. In dem bisherigen gemeinsamen Auftreten mit Oestreich hat letztres uns die Rolle des verantwortlichen Geschäftsführers so viel es konnte zugeschoben, weil die Arbeit eben keinen leichten und klaren Erfolg verhieß. Diese Last theilt ganz Deutschland mit uns, sobald wir sie hier anhängig machen; unsre Tätigkeit

[2]) Anliegend: P. M. (7 Spalten) beginnend: Die Herzogtümer Holstein und Lauenburg hatten früher ein jedes seine selbständige Verfassung . . .

[1]) Es handelt sich um ein Schreiben Quehls. Manteuffel hatte es mit einem Privatschreiben am 16. März (abgedruckt Bismarckjahrbuch III 166 f.), in dem er sich u. a mit der beantragten Reise nach Paris einverstanden erklärt, an Bismarck übersandt.

wird bald ein Gegenstand der Verdächtigung und der Angriffe werden, wenn wir nicht die andern deutschen Regirungen in die Mitleidenschaft der Verantwortlichkeit für die vielleicht mäßigen Erfolge hineinziehn. Der Bund braucht nicht gleich folgenreiche Beschlüsse von Hause aus zu fassen; seine Organisation erlaubt ihm mit mehr Anstand die Sache in die Länge zu ziehn, als den beiden Großmächten, und er hat das vielversprechende Auskunftsmittel der Entsendung eines Commissars nach Kopenhagen. Auf die vermittelnde Thätigkeit der Westmächte wird es, ohne daß wir sie ostensibel hineinziehn, einen belebenden Einfluß üben, wenn sie befürchten müssen, daß der Bund, in ungewohnter Einigkeit mit der öffentlichen Meinung von ganz Deutschland, die Frage zu einem Hebel nationalen Aufschwunges machen könnte, der schließlich eine für sie alle unbehagliche Lebhaftigkeit annehmen würde. Ich rechne dann, daß zur Verhütung von Bundesbeschlüssen mehr geschehn würde, als sich durch die letztern selbst vielleicht erreichen läßt. Der Bund könnte seine Thätigkeit damit beginnen, daß er durch einen Ausschuß eruirt, welche Beschwerdepunkte gegen Dänemark im Bundesrechte ihre Begründung finden oder durch die Versprechungen von 1852 eine vertragsmäßige Grundlage haben. Es kommt dabei Art. 56 der Schlußacte, wegen Abänderung der zu Recht bestehenden Verfassungen, vorzugsweise in Frage; dann aber auch der Bundesbeschluß vom 23. August 1851, indem die, auch für Holstein gültige, Gesammtverfassung dem Herzoge von Holstein nicht die nothwendige monarchische Selbständigkeit zur Erfüllung der Bundespflichten läßt, auch sonst mehrfach mit dem Bundesrecht in Widerspruch steht.

Die Sitzung vom grünen Donnerstag und diejenige der Osterwoche fallen herkömmlicher Weise aus; ich würde daher die Osterferien, ohne daß es besonders auffiele, zu meiner Excursion nach Paris benutzen können und dieselbe, wenn E. E. es erlauben, etwa morgen über 8 Tage antreten. Ich sprach in diesen Tagen über die Stellung Frankreichs zur dänischen Frage mit jemand, der mit dem Mechanismus des Kaiserlichen Hofes sehr vertraut ist. Derselbe sagte mir, der sicherste Weg, auf Louis Napoleon zu wirken, sei durch Persigny, und der Kaiser fasse nicht leicht einen Beschluß, dem jener widerspräche. Nur müsse, wenn man etwas durch Persigny betriebe, Walewsky nichts davon hören, weil er sonst dagegen wirke; P[ersigny] sei indessen vollständig discret und der zuverlässigste von den französischen Staatsmännern der Gegenwart, auch sehr offen, sobald er Vertrauen gefaßt habe.

Über die gegenwärtige Lage der Neuenburger Verhandlung bin ich ganz desorientirt, und würde E. E. für eine gen. Mittheilung, wie sie mir das geehrte Schreiben vom 16. in Aussicht stellt, sehr dankbar sein. Mit unwandelbarer Verehrung . . .

[Nachschrift].

Rothschild fragt mich wiederholt nach dem Schicksal seiner Anerbietungen wegen Domicilirung unsrer Zinszahlungen bei ihm. Er ist bereit, die Auszahlungen ganz ohne Provision und gratis zu übernehmen. Er sagt mir, daß er fortwährend Preußische Fonds in Süddeutschland unterbringe und dies bei Annahme jener Einrichtung in viel ausgedehnterem Maße können würde.

231. Bericht vom 26. März 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung Rußlands in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 52.

232. Bericht vom 3. April 1857 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Kosten für den Druck der Sitzungsprotokolle der Handelsgesetzgebungskommission zu Nürnberg. — Vgl. Poschinger III Nr. 53.[1])

233. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Paris, 11. April 1857.

E. E. erlaube ich mir vorläufig einige meiner hiesigen Eindrücke g. mitzutheilen, da sich mir grade eine Gelegenheit zu sichrer Beförderung bietet.

Ich habe von politischen Persönlichkeiten bisher Graf Walewski, Lord Cowley, Hübner, die Großherzogin Stephanie von Baden und andre gesehn; ohne daß ich meine Herkunft für etwas Andres als eine Ferien- und Vergnügungsreise gab, konnte es doch nicht ausbleiben, daß man von politischen Fragen redete; zunächst von der Neuenburger, in Betreff deren ich mich auf die Rolle des Zuhörers beschränkte, um Hatzfeld nicht ins Gehege zu kommen. Die Auffassung war an den genannten Orten überall dieselbe wie bei Hübner, den ich zuerst sprach: die Sache werde sich auf eine befriedigende Weise in kurzer Zeit lösen, da sämmtliche 4 Mächte die meisten unsrer Bedingungen annehmbar gefunden hätten und in Betreff der übrigen an einer billigen Rücksichtnahme unsrer Seits nicht zweifelten, da sie nicht annehmen könnten, daß Preußen die Verhandlungen mit einem Ultimatum begonnen habe. Gr. Hatzfeld wird schon gemeldet haben, daß die Punkte, in welchen man unsre Bedingungen für zu weitgehend hält, namentlich der Artikel 9 und die Geldforderung sind; der erstere, weil man es nicht zulässig hält, die Schweiz zu einer Verletzung ihrer Verfassung zu nöthigen, die andre, weil die von uns beanspruchte Summe[1]) zu hoch sei. Graf Walewski sagte: u n million est le maximum qu'on pourra obtenir de la Suisse. In beiden Punkten ist es natürlich England, welches der Schweiz am entschiedensten zur Seite steht, und alle oben genannten Personen sagen mir, daß dieß in noch höherem Maße der Fall sein würde, wenn nicht die außerordentlich günstigen Personalbeziehungen Hatzfelds Lord Cowley zu einer größern Mäßigung, als ihm sonst eigenthümlich, und zu einer Abstumpfung seiner Instructionen vermöchten. Hübner bezeichnete als den Hauptfehler der Situation, daß Hatzfeld im vorigen Herbst z u v i e l bei dem Kaiser Napoleon erreicht habe; Niemand habe damals glauben wollen, daß es möglich sei. Er selbst, Hübner, bezeichnete als seine jetzige Instruction, daß er im allgemeinen angewiesen sei, den Kaiser (Napoleon) zu unterstützen, und er sagte dieß, um mir den Begriff zu geben, daß seine Instructionen für uns günstig seien. Auch nach Gr. Walewskis Außerungen darf ich glauben, daß das hiesige Cabinet ernstlich bestrebt ist, uns soviel von unsern Bedingungen durchzusetzen, als sich ohne Verdrießlichkeiten mit England erreichen läßt, daß man aber hier sehr unangenehm berührt sein würde, wenn wir das, worüber Einigung der Mächte erzielt wird, nicht acceptiren wollten. Wenn die Verhandlungen diesen Erfolg nicht hätten, so würde dadurch der Beweis geliefert, daß der Kaiser durch seine Parteinahme für uns in der Frage wegen der Gefangnen einen politischen Fehler gemacht, und diejenigen, die ihm abriethen, Recht gehabt hätten. Ich habe meinerseits kein andres

---

232. [1]) Am 2. April vertagte sich der Bundestag auf 3 Wochen. B. reiste darauf am 3. April zu Besprechungen mit dem Grafen Hatzfeldt nach Paris, von wo er am 22. April zurückkehrte.

233. [1]) Die preußischerseits von der Schweiz geforderte Entschädigungssumme war auf 2 000 000 Fr. fixiert

Urtheil über diese Fragen äußern können, als daß ich für unsre Bedingungen plaidirte, aber ich halte allerdings politisch nicht für thunlich, daß wir das Resultat der Conferenzen[2]) ablehnen, wenn es auch unsern Wünschen nicht vollständig entspricht, denn die Angelegenheit würde sich alsdann factisch so gestalten, daß die Schweiz, nach dem Bekanntwerden der Meinung der übrigen 4 Mächte, besonders soweit sie im Protokoll der ersten, ohne uns gehaltnen Conferenz niedergelegt ist, unsrer Zustimmung nicht mehr bedürftig sein wird, denn sie hat alsdann thatsächlich, wenn nicht rechtlich, einen ausdrücklichen Widerruf des Londoner Protokolles für sich, wir dagegen erreichen nichts von dem, was wir uns ausbedingen wollen, und überlassen unsre Freunde in Neuenburg auf unbestimmte Zeit der Willkühr ihrer Gegner, eine Lage, aus der sie sich früher oder später durch offne Lossagung von uns frei machen würden.

Eingehendere Unterhaltungen habe ich über die dänische Frage gehabt, über welche ich E. E. demnächst berichten werde, weil heut die Zeit kurz bemessen ist und mir auch noch eine Audienz bei dem Kaiser bevorsteht, deren Inhalt mir vielleicht weitern Stoff gewährt.

Ich weiß nicht, ob ich Zeit behalte, um meinen Ausflug bis London auszudehnen; wenn ich nicht schon um die Mitte der nächsten Woche von hier fortgehe, so lohnt es kaum der Mühe, da ich spätestens zum 23. wieder in Frankfurt zur nächsten Sitzung sein muß. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung habe ich . . .

234. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Paris, 22. April 1857.

E. E. telegraphische Weisung wegen meiner Hinkunft nach Berlin ist mir gestern durch Graf Hatzfeld mitgetheilt worden, sowie kurz vorher eine Aufforderung von einer Anzahl Mitglieder des Herrenhauses, welche meinen Beistand gegen die Salzsteuer requiriren wollten. Meines g. Dafürhaltens sind die Ansichten im Hause jetzt schon zu sehr consolidirt, als daß ich in der wenigen Zeit vor der Abstimmung auf die mir politisch nahe Stehenden noch mit Erfolg wirken könnte. Mit meiner alleinigen Stimme aber dürfte dem Gouvernement nichts gewonnen sein, wenigstens nichts, was in Verhältniß mit dem Nachtheil stände, daß ich meinen etwaigen Einfluß auf die Rechte des Hauses für lange, wenn nicht für immer, dadurch zerstörte, daß ich mich mit der ganzen Fraction oder Parthei in isolirten Widerspruch setzte und mich als ein Mitglied characterisirte, welches der selbständigen Überzeugung zu Gunsten rein gouvernementalen Einflusses entsagt. . . . [Der Schluß des Briefes ist abgeschnitten.]

235. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

24. April 1857.

E. E. bin ich gestern zu berichten verhindert worden, weil die Sitzung und vielfache Besuche von Kollegen meine Zeit bis zum Postschluß in Anspruch nahmen.

---

[2]) Am 5. März 1857 hatten in Paris Verhandlungen der 5 Großmächte wegen der Neuenburger Angelegenheit begonnen.

Ich erlaube mir, vorbehaltlich fernerer Berichterstattung, über meinen Aufenthalt in Paris einstweilen auf dasjenige zurückzukommen, was mir in betreff der Neuenburger Angelegenheit von den Mitgliedern der dortigen Konferenz gesagt worden ist, namentlich in den letzten Tagen vom Grafen Walewski und dem General Kisseleff. Letzterer gab mir vertraulich einige Details über die Diskussionen, welche ohne Teilnahme Preußens und der Schweiz zwischen den Vertretern der übrigen vier Großmächte stattgefunden hatten. Er sagte, daß er selbst, seinen Instruktionen und seinen persönlichen Sympathien entsprechend, die diesseitigen Auffassungen jederzeit als der letzte vertreten habe, die Opposition dagegen sei stets von England ausgegangen, obschon er sich selbst von Lord Cowley's wiederholten Bemühungen, seine Instruktionen im Sinne unserer Bedingungen modifiziert zu sehen, habe überzeugen können. Die nächste Unterstützung habe der englische Widerspruch regelmäßig bei Österreich gefunden. Graf Walewski habe bei jedem Punkte den Versuch gemacht, dem englischen Widerspruch Terrain abzugewinnen, im ganzen und schließlich habe er aber sein Verhalten dem Bedürfnis untergeordnet, die Beziehungen Frankreichs zu England nicht zu kompromittieren. Graf Walewski selbst sagte mir über diesen Punkt, als ich ihn das letztemal sah, daß es nutzlos sei, Forderungen an die Schweiz zu stellen, gegen welche die letztere einer entschiedenen Unterstützung Englands sicher sei, denn in der Schweiz sei man überzeugt, daß England es zu Zwangsmaßregeln gegen die Eidgenossenschaft nicht werde kommen lassen, und daß keine der übrigen Mächte um dieser Frage willen es bis zum Bruch mit England treiben werde.

Den Dr. Kern habe ich auf einem Diner bei dem Prinzen Jérome kennen gelernt. Er war im Begriff, nach Bern abzureisen, um dort die Resultate der an demselben Tage, den 20. d. M., abgehaltenen Konferenz zur Annahme zu bringen. Er schien sehr sicher, daß ihm dies gelingen werde, ungeachtet der heftigen Artikel der Schweizer Presse gegen die von der Konferenz befürworteten Zugeständnisse. Auch Graf Walewski war, als ich ihn am 21. d. M. kurz vor meiner Abreise sah, der Ansicht, daß die Schweizer Behörden sich eine günstige Stellung, der Konferenz gegenüber, durch ungesäumte Aneignung des Resultates der letzteren zu verschaffen suchen würden. Ist diese Voraussicht richtig, so wird unsere Stellung zur Sache eine, wie mir scheint, sehr unbequeme. Wenn die Schweiz nicht in den Neuenburger Royalisten uns gegenüber eine Art von Geisel in Händen hätte, so könnte es für uns vielleicht unbedenklich sein, die Pariser Konferenzen ohne definitives Resultat zu lassen. Wir würden alsdann durch unsere Weigerung, das Ergebnis derselben zu akzeptieren, uns nur eine gewisse Verstimmung der übrigen vier Großmächte zuziehen. Unter den jetzigen Umständen aber liegen die unwillkommensten Folgen einer Ablehnung Preußens in dem Gebiete der Neuenburger Zustände. Wenn die Schweiz die Vorschläge der Konferenz akzeptiert, wir dieselben aber ablehnen, so wird zwischen ihr und den Mächten der Konferenz eine Solidarität uns gegenüber hergestellt, welche faktisch einer Aufhebung des Londoner Protokolls gleichkommt. Die Schweiz bleibt im Besitz Neuenburgs, und dieser Besitz wird indirekt von den vier Mächten anerkannt, ohne daß eine einzige der von uns gestellten Bedingungen erfüllt wird. Die Neuenburger Royalisten erlangen keine Amnestie und keinen Schutz für ihre Person und Vermögen, und die Schweizer Behörden würden eben so sehr von der Parteileidenschaft, wie von der Absicht, einen Druck auf die Entschlüsse Preußens zu üben, dahin getrieben werden, gegen die Royalisten mit Prozessen, Entschädigungsforderungen und Vexationen jeder Art vorzugehen. Auf diese Weise können wir in kurzer Zeit wieder unter den Druck eines Ehrenpunktes in ganz ähnlicher Weise geraten, wie vor der Freilassung der

Gefangenen. Die Klagen über ungerechte Bedrückung und Mißhandlungen werden alsdann nicht von einer kleinen Anzahl von Männern ausgehen, welchen neben ihrer Hingebung für S. M. den König mannigfache andere Gründe Zurückhaltung auferlegten, sondern die Leiden eines zahlreichen und großenteils den ärmeren Schichten angehörigen Teiles der Bevölkerung werden zu Klagen und Beschwerden von lauterem Wiederhall und zu der Forderung führen, daß wir, wenn wir nicht die Mittel haben, die Untertanen Sr. M. des Königs gegen ungerechte Gewalttaten zu schützen, die treuen Anhänger des Königs nicht ferner in der Lage erhalten, deren Opfer sie sind. Wollten wir uns wegen Bedrückung und Mißhandlung unserer Freunde alsdann bei den Mitunterzeichnern des Londoner Protokolls beschweren, so ist vorauszusehn, daß dies ohne Erfolg bleiben würde und daß einige der Mächte unsere unangenehme Lage mit einer gewissen Genugtuung sehen möchten, weil wir die gegenwärtigen Vorschläge der Konferenzen nicht angenommen haben. Keinenfalls ist anzunehmen, daß wir dann auf wirksamen Beistand auch nur einer unter ihnen gegen die Schweiz zu rechnen hätten, es würden vielmehr alle einstimmig darin sein, uns zu hindern, wenn wir von neuem dazu schreiten wollten, die Rechte Sr. Majestät auf dem Wege bewaffneten Einschreitens geltend zu machen.

E. E. höherem Ermessen stelle ich g. g. anheim, ob meine Befürchtung, daß die Angelegenheit obigen Verlauf nehmen könne, begründet ist. Wenn sie es wäre, so kann ich aus derselben keinen anderen Schluß ziehen als den, daß die Annahme der Vorschläge der Konferenz für uns eine Notwendigkeit ist. Sowohl unter den uns befreundeten Diplomaten in Paris, als unter denjenigen meiner Kollegen hier, mit welchen ich bisher gesprochen habe, fand sich keiner, der einer anderen Ansicht gewesen wäre.

Gibt es ein Mittel, den Neuenburgern die Amnestie zu sichern, ohne die Vorschläge der Konferenz anzunehmen, so ist die Sachlage allerdings eine andere. Ich sehe indessen ein solches nicht, und es bleibt uns meiner Überzeugung nach kein anderer Ausweg als der der einfachen Annahme der Konferenzvorschläge, wenn wir nicht die Neuenburger Royalisten in eine Lage bringen wollen, welche auf die Dauer doch nicht ohne Rückwirkung auf unsere Entschließungen sein kann. Indem ich um die Erlaubnis bitte, E. E. morgen über die Auffassungen der dänischen Frage, die ich in Paris vorgefunden und über anderweite dortige Eindrücke Bericht zu erstatten, verharre ich ...

236. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändiger unvollendeter Entwurf.]

29. April 1857.[1])

E. E. wollen gen. verzeihn, daß ich nicht schon einige Tage früher geschrieben habe; ich bin seit meiner Rückkehr hierher an den Folgen einer Erkältung krank gewesen, habe zwei Tage zu Bett liegen müssen und schreibe auch jetzt noch unter dem Druck verschiedner Körperleiden.

Zur Abstimmung über die Salzsteuer hätte ich nur, wenn ich von Paris direct auf die durch Hatzfeldt erhaltne Nachricht nach Berlin gefahren wäre, einige Stunden vor der Abstimmung eintreffen können, nachdem letztre schon am Donnerstag stattfand; ich hätte dann lediglich die Minorität um Eine Stimme vermehren können, aber keinen Einfluß auf Andre mehr üben; ich würde denselben vielmehr auch für solche zukünftige

[1]) Nach dem Druck im Bismarckjahrbuch II 78 ff.

Fälle compromittirt haben, in denen die Zeit ihn geltend zu machen vorhanden wäre. Ich zweifle nicht, daß E. E. mir nach Ihrer eignen parlamentarischen Erfahrung hierin beistimmen, vorausgesetzt, daß ich mir bei meinen „politischen Freunden" im Landtage überhaupt noch eine Autorität zuschreiben kann, welche der Mühe werth ist conservirt zu werden.

Die erste Person von Bedeutung, welche ich in Paris gesehn habe, war Hübner und das Thema seiner Unterhaltung die Einigkeit zwischen uns und Oestreich. Er gab zu verstehn, daß er selbst billigere Gesinnungen in Betreff unsrer habe als Graf Buol, daß eine Zufriedenstellung Preußens in Betreff eines bestimmten Antheils an der Leitung Deutschlands zu den Bedürfnissen Oestreichs gehöre, daß die bisherige gereizte Rivalität beider Deutschland auflöse; das Werben um Stimmen gegen einander bei den übrigen Höfen, der Kampf in der Presse müsse aufhören, ein veto jeder der beiden Großmächte am Bunde gegenseitig eingeräumt und mehr zwischen Berlin und Wien als in Frankfurt verhandelt werden. Kurz, er sprach wie ein Buch; seine Collegen in Paris sagten mir aber, es sei ganz gleichgültig, was er sage, da er zu jedem nur das spreche, was er wünsche, daß dieser nach Hause schreiben solle, ohne alle Rücksicht auf Wahrheit und Sachverhalt.

Von französischer Seite bin ich mit einer großen Zuvorkommenheit behandelt worden; mit Graf Walewski habe ich mehre längere Unterredungen gehabt, deren Inhalt ich übergehe, weil der Kaiser mir dasselbe bestimmter und unumwundener sagte, in Betreff Dänemarks sowohl wie der allgemeinen Politik. Letztrer berief mich zu einer Audienz, noch ehe meine amtliche Meldung durch Hatzfeldt stattgefunden hatte. Er sieht sehr wohl aus und ist nicht unbeträchtlich stärker geworden seit 1855, einen Umstand, den ich mit den Krankheiten, die das Gerücht ihm zuzuschreiben pflegt, für unvereinbar halte. Ich bin kein Arzt, aber wie ich ihn gesehn habe, glaube ich nicht mehr an diese Krankheitsgerüchte. Er begann damit von Neuenburg zu sprechen; er thue, was in seinen Kräften stehe, um Sr. M. gefällig zu sein, aber insoweit, als der Widerstand der Schweiz von England unterstützt werde, habe er keine diplomatischen Mittel, ihn zu brechen; es sei ihm sehr peinlich, wenn er unsre Bedingungen nicht in allen Punkten durchsetzen könne, aber wenn das Resultat der Conferenz, sogut es sich Englands wegen machen lasse, bei uns keine Annahme fände, so sei er mit seinem Latein zu Ende, hoffe aber, daß der König ihm keine Schuld beimessen, daß vielmehr unter allen Umständen der bleibende Vortheil freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Monarchen aus dieser Angelegenheit hervorgehn werde; er wenigstens lege sowohl aus Gründen der Politik, wie aus persönlicher Neigung (disposition) den höchsten Werth auf diese Beziehungen und werde thun, was er könne, um sie zu erhalten und auszubilden; in der Richtung seiner Politik liege nichts, was uns trennen (désunir) könne, und nachgerade werde sich auch wohl le parti du Kreiz-Zeitung (sic!) überzeugt haben, daß er nicht die Wege des ersten Kaiserreichs gehe, daß seine Politik nicht erobernd, sondern erhaltend und gemäßigt sei. Ich könnte noch viele Wendungen anführen, in denen er seinen Wunsch guten Einvernehmens mit uns formulirte; er fragte vieles über innre Verfassung, Landräthe, Gemeindewesen, mit Rücksicht auf die Gefahren der Centralisation, besonders aber über die Landwehrverfassung, wobei wiederholt der Wunsch zu Tage kam, unsre Armee zu sehn. Er fragte dann nach meiner Meinung in Betreff der dänischen Frage; ich werde mir erlauben, hierüber zur Vervollständigung der Acten in separato zu berichten[2]), und erwähne hier nur im All-

---

[2]) Vgl. die folgende Nummer.

gemeinen, daß er die Nothwendigkeit von Concessionen auf Seiten Dänemarks anerkannte und dafür wirken wollte, dieselben auf friedlichem Wege zu erlangen; so lange es bei Unterhandlungen bliebe, habe er kein Bedürfniß sich weiter hineinzumischen, als es uns und dem Bunde zur Verhütung von Friedensstörungen (troubles européens) wünschenswerth erscheine; komme es aber zu bewaffnetem Einschreiten, so könne keiner europäischen Macht verwehrt werden, sich vermöge der für die dänische Monarchie übernommnen Garantie oder nach ihren sonstigen Interessen um die Sache zu bekümmern. Wenn sie vor den Bund komme und dieser wolle einen Commissar nach Kopenhagen senden, um wegen Abstellung der Beschwerden zu verhandeln, so werde derselbe jede im Interesse von Ruhe und Frieden nützliche Unterstützung von Seiten Frankreichs haben, offiziell, oder auch vertraulich, wenn wir Werth darauf legten, daß dem Bunde allein die Ehre des Erfolges bliebe. Eine vollständige Heilung des Schadens sei übrigens auf diesem Wege und jetzt ebensowenig in Dänemark wie an andern kranken Stellen Europas herbeizuführen; „mais il faut en attendant mieux y mettre un cataplasme."

Die Audienz dauerte über eine Stunde, und der Kaiser sprach über viele Personen und Zustände mit einer überraschenden Rückhaltlosigkeit, nicht minder bei einer spätern, einige Tage vor meiner Abreise. Bei der erstern wurde er abgerufen, entließ mich aber nicht, sondern bat mich, seine Rückkehr im Cabinet abzuwarten, sodaß ich einige Minuten allein blieb. Da alle möglichen Dinge schon besprochen und die Audienz auch lang genug gewesen war, so schloß ich daraus, daß er noch etwas sagen wolle, worauf er besondern Werth lege, und war aufmerksam auf ein etwaiges neues, vor der Pause noch nicht von ihm berührtes Thema. Es schien mir, als wenn ein nochmaliges Zurückkommen auf unsre innern Zustände, Verfassung, Composition des Herrenhauses, ganz besonders aber die Heereseinrichtungen und der schärfer hervortretende Wunsch, Preußen und einen Theil der Armee zu sehn, der Grund gewesen waren, mich noch nicht zu verabschieden. Die Großherzogin Stephanie hat mir unumwunden von dem Gedanken gesprochen, eine Zusammenkunft Sr. M. des Königs mit dem Kaiser herbeizuführen und letzterm Gelegenheit zu einem Besuche bei uns zu geben. Da mir die ah. Intentionen über diesen Punkt aber nicht bekannt waren, so habe ich nur mit Phrasen mich darauf eingelassen. Nach dem aber, was die Großherzogin mir gesagt hat, und nach der ganzen Haltung, die sie zu mir genommen hat, kann ich mit ihr sehr leicht auf das Thema zurückkommen, wenn ich sie im Sommer gelegentlich in Mannheim oder Baden sehe. Einige Tage nach der ersten Audienz wurde ich zu einem dîner in den Tuilerien geladen, bei dem an Fremden außer mir noch der General Tottleben und der Fürst Ligne, außerdem etwa vierzig französische Herrn und Damen waren; ich saß neben der Kaiserin, die eine sehr lebhafte und heitre Conversation hat und über äußre und innre Politik, Pferde und Toiletten, die Krim und die Attentate sich unbefangen und witzig unterhielt, sodaß ich nicht mehr essen konnte als sie selbst, was leider wenig war. Sie ist eine große Freundin der Engländer, mehr als er, wie mir schien; sie hatte ihm nach dem Essen erzählt, wovon wir gesprochen, und er setzte sich beim Thee mit mir allein, und knüpfte an diese Themata seinerseits eine längre Conversation. Von den letzten Attentaten habe ich hier in Frankfurt viel erzählen hören; in Paris glaubte außerhalb der untern Volksklassen und gobe-mouches niemand ein Wort davon, auch sehr verbitterte Legitimisten nicht, mit denen ich in Beziehung gekommen bin. Die Details, mit welchen die Vorgänge hier erzählt werden, waren zugleich örtlich unmöglich, namentlich in Betreff eines auf angebliche Besuche des Kaisers bei einer Dame begründeten Attentatsgerüchtes. Diese Dame (Castiglione) habe ich auf dem dîner und eines

Abends in Gesellschaft des Kaisers gesehn; sie ist sehr schön, aber ihr Verhalten war so, als ob entweder noch nichts oder nichts mehr zwischen ihr und dem Kaiser vorgehe, denn sie bemühte sich sichtlich, die Aufmerksamkeit des letztern auf sich zu ziehn, was sie nicht nöthig gehabt hätte vor den Leuten zu thun, wenn Gelegenheit unter vier Augen wäre.

Ich wurde am Hofe und vom Kaiser selbst wiederholt gefragt, ob ich die Sendung des Prinzen Napoleon nach Berlin für nützlich zur Förderung unserer gegenseitigen Relationen hielte; da man mir sagte, daß Se. Maj. Sich über das Willkommen dieses Besuches bereits ausgesprochen hätten, so konnte ich nicht nein sagen, obschon ich besorge, daß der Prinz in Berlin nicht überall gefallen wird, und bei seiner lebhaften Art und Weise giebt er uns vielleicht durch unzüchtige Zumuthungen Veranlassung, unsre bundestreue Keuschheit zu Gunsten Oestreichs mit einem Korbe zu bewähren, und ein Vorgang der Art würde nachtheilig auf die Pariser Stimmungen zurückwirken, ohne daß man ihn uns in Wien dankte. Der Prinz N. hat drei sehr lange Unterredungen mit mir veranstaltet und gab mir ein großes dîner von lauter Ministern und Marschällen, bei dem ich den Ehrenplatz bekam; Aehnliches geschah mir bei der Großherzogin Stephanie und dem alten Jérôme von Westphalen. Ich habe dabei so ziemlich die ganze offizielle und Hof-Welt von Paris kennen gelernt und könnte einen dicken Band über die politischen Gespräche schreiben, welche die verschiednen Leute mit mir geführt haben. Doch damit würde ich Hatzfeldt ins Handwerk fallen, und ich beschränke mich darauf, einen Totaleindruck zu resümiren, den ich als persönliche Ansicht, nicht als Bericht gebe, und da ich dort nicht als offizieller Berichterstatter aufgetreten bin, so glaube ich auch meine Gewährsmänner für Einzelheiten, die mit mir als einer Privatperson gesprochen haben, nicht genauer nennen zu dürfen.

Daß ein Bündniß von Frankreich und Rußland nicht schon weiter ausgebildet ist, hängt nur an dem Willen des ersten; die Russen halten noch fortwährend beide Arme weit offen, und Frankreich kann hineinfallen, sobald es ihm gut scheint, natürlich aber auf Kosten der jetzigen guten Beziehungen zu England. Letztere abzubrechen ist eine ernste Sache, denn man sagt sich mit Recht in Paris, daß man mit England entweder alliirt oder im Kriege sein muß, weil bei übelwollenden Beziehungen o h n e Krieg das Bestehn der französischen Regirung gefährdeter ist als nach erklärtem Kriege, der die Franzosen für eine nationale Ehrensache compromittiren würde. Also man fürchtet Erkältung mit England, weil man schnellen Übergang zum vollen Bruch darin sieht, und hat doch keinen rechten Glauben an lange Dauer des westlichen Bündnisses: „l'Anglais est mauvais coucheur, il tire toute la couverture à lui", und man fürchtet steigende Anmaßung der englischen Regirung, die von dem Gefühl gesporni wird, durch Frankreich in zweite Linie gedrängt zu sein. Ohne einen Bruch mit England zu wollen, sagt man sich doch, daß er wahrscheinlich früher oder später eintritt; man zählt die Marinen, die für solchen Fall verbündet sein könnten, und würde die Entwicklung secundärer, insbesondere auch der unsrigen oder einer scandinavischen gern sehn; die der französischen scheint ganz oder doch sehr überwiegend auf das Mittelmeer geworfen werden zu sollen, um der bisherigen Zertheilung der Flotte, mit dem Wege von Brest bis Toulon dazwischen, ein Ende zu machen. Im Zusammenhang mit diesem System scheint eine etwaige Expansivtendenz mehr auf Italien als auf den Rhein gerichtet zu sein. An das Zusammenhalten des Deutschen Bundes, sobald Rußlands Bündniß mit uns und Oestreich nicht den Kitt dazu gäbe, ist kein Glaube vorhanden; ob man von deutschen Staaten Anerbietungen hat, ist natürlich nicht zu wissen, offenbar aber nimmt man an, daß die Einheit der Bundesarmee das Mobilmachungs-

stadium nicht lange überdauern würde. In uns sieht man das kräftigste der Elemente, in die man Deutschland zerlegt, und wünscht uns deshalb lieber zum Bundesgenossen als die Mittelstaaten oder Oestreich; die Politik des letztern nach außen und nach innen gilt in Paris für schlecht geleitet; wenn die Urtheile über Wiener Zustände auf Bourqueneys Berichten beruhn, so kann dessen gerühmte Freundschaft für Buol nicht weit her sein, oder macht ihn wenigstens nicht blind. Ich habe grade keinen Haß gegen Oestreich gefunden, aber keinen Glauben; man sieht die Wiener Politik an, wie man etwa einem Reiter zusehn würde, indem man den Moment abwartet, wo er abfallen wird. Man hält die germanisirende Centralisationspolitik nicht für durchführbar; daß ein so kluger Mann wie Bach dieselben Zustände, welche man als das größte Unglück Frankreichs betrachtet, in Östreich einzuführen bemüht sei, sieht man als Beweis an, daß der bornirtere Buol ein Übergewicht durch den Willen des Kaisers habe. Man begriff nicht, auf welchen Beistand Östreich im Fall der Noth rechne, wenn nicht auf den u n s e r n; bei den übrigen deutschen Höfen sei das Mißtrauen gegen Wien offenkundig und nicht minder die Erbitterung über die Anmaßungen von Graf Buol; nach gesandtschaftlichen Berichten hatte letztern einer der deutschen Monarchen einen chenapan, der andere einen impertinent fastueux genannt, und dieses Urtheil, sagte mir mein Gewährsmann, scheine in Deutschland widerspruchslos verbreitet zu sein. Dem Gesandten eines deutschen Königreichs habe Buol vor zwei Jahren vor Zeugen gesagt: „Ich werde auf die kleinen Fürsten drücken, bis ihnen der Athem zum Widersprechen ausgeht," und einem andern: „Gewöhnen Sie Sich ein für alle Mal daran, daß es in Deutschland keine Politik giebt außer der von Oestreich." Es ist merkwürdig, wie alle dergleichen cancans nach Paris gelangen, aber gewiß, daß sie dort nicht den Eindruck von deutscher Einheit machen. Interessant war mir, daß die Depesche, mit welcher der Kaiser von Oestreich dem von Frankreich auf die Tatarenbotschaft über die Einnahme Sebastopols gratulirte, den Zusatz enthielt: „Je m'associe à toutes les conséquences de vos succès."[3])

237. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. Mai 1857.

E. E. vertrauliche Mitteilung in betreff der dänischen Angelegenheit vom 29. v. M. habe ich heut zu erhalten die Ehre gehabt, und beeile ich mich an den Empfang derselben eine Berichterstattung über dasjenige zu knüpfen, was mir in Paris von der Auffassung des dortigen Kabinetts bekannt geworden ist.

Der Kaiser Napoleon fragte mich gleich in der ersten Audienz, welche ich bei ihm hatte, nach dem Stande der dänischen Frage, oder vielmehr derjenigen der Herzogtümer, wie er sie nannte. Ich fand bei ihm in betreff des gegenseitigen Rechtsverhältnisses des Deutschen Bundes, der dänischen Krone und der der letzteren unterworfenen deutschen Bundesländer klarere Auffassungen, als bei dem Grafen Walewski, aber vollständig hatte sich der Kaiser auch nicht von dem Geiste des Bundesrechtes durchdringen lassen; er fand die Frage, ob diese Angelegenheit eine rein deutsche oder schon jetzt eine europäische sei, von mehr theoretischem als praktischem Werte, und sah in der Behauptung des einen oder des anderen nur eine schickliche Ausdrucksformel für die Wünsche und Interessen,

[3]) Hier bricht das Schreiben mitten auf der Seite ab.

von denen man dieser Sache gegenüber geleitet werde. Die Tatsache sei, daß niemand dem Deutschen Bunde verwehren könne, dasjenige, was ihm wichtig sei, in den Kreis seiner Beratungen zu ziehen, daß man aber auch ebensowenig eine europäische Macht jemals hindern könne, von allem, was in Europa vorgehe, Kenntnis zu nehmen und selbst darüber zu urteilen, in welchem Momente ihr die eigenen Interessen von dem Vorgang berührt zu werden schienen. An diesen Ideengang anknüpfend, entwickelte ich meine persönliche Ansicht über die Lage der Sache in der Art, daß ich zuerst konstatierte, daß Preußen kein Interesse habe, den Bestand der dänischen Monarchie zu gefährden, daß mir sogar jede Kombination, welche an die Stelle des dermaligen dänischen Staates treten könne, größere Unbequemlichkeiten für Preußen in Aussicht stelle, als Dänemark, wie es bis vor 10 Jahren bestanden habe. Es sei aber die dermalige dänische Verfassung und Regierungsweise selbst, welche diesen Staat aus seinen Fugen treibe; nach dem Anteilsverhältnisse der deutschen und der dänischen Nationalität an dem Gesamtstaate sei es ein selbstmörderisches Beginnen, eine dieser Nationalitäten von der andern mit derjenigen Leidenschaftlichkeit unterdrücken zu lassen, welche von der Herrschaft einer demokratischen und nationalfanatisierten Parlamentsmajorität unzertrennlich sei. Ein so gespannter Zustand könne in Friedenszeiten gewaltsam erhalten werden, mache aber den Staat unvermögend, die nächste Krisis zu überdauern. Wenn der dänische Staat zugrunde gehe, so könne der nichtdeutsche Bestandteil desselben entweder englischen oder russischen Einflüssen, oder einer skandinavischen Union verfallen.

Ich habe in Paris meine frühere Wahrnehmung bestätigt gefunden, daß die skandinavische Idee bei Frankreich nicht derselben Abneigung begegnet, wie bei den meisten andern Kabinetten. Die eingehende Offenheit, mit welcher der Kaiser sich zu mir aussprach, veranlaßte mich wiederholt, hervorzuheben, daß ich keinerlei Auftrag hätte, über diese Sachen zu verhandeln, sondern nur meine eigenen persönlichen Ansichten äußern könnte. Diese letzteren sprach ich auf Verlangen in betreff der skandinavischen Union dahin aus, daß mir eine solche bei aller Fähigkeit zu maritimer Entwicklung doch nicht stark genug scheine, um vermöge eigener Kraft die Stellung, in welche sie durch die geographische Lage zu größeren Mächten gedrängt sei, zu behaupten, daß sie daher auf Bündnisse angewiesen sei und solche bei konsolidierten Verhältnissen vielleicht eher in dem auch durch die Beziehungen des Protestantismus, der Rassenverwandtschaft und gemeinsamer geistiger und materieller Interessen nahegerückten deutschen Norden als anderswo suchen werde; ich sähe daher auf den ersten Anblick in einem skandinavischen Reich eine für Preußen weniger bedenkliche Eventualität, als in einer mehr oder weniger ausgebildeten Herrschaft einer der Großmächte über den Sund. Wie schwer es indes sei, sich von dem wahrscheinlichen politischen Effekt einer skandinavischen Schöpfung sichere Vorstellungen zu machen, beweise am besten der Umstand, daß England sowohl wie Rußland, dem Anscheine nach aus entgegengesetzten Gründen, der Idee abgeneigt seien. Voraussichtlich würde ein solches neu zu schaffendes Reich auch mindestens eines Menschenalters voll Unruhe und vielleicht innerer Kriege bedürfen, um sich zu konsolidieren, und würde vielleicht gar nicht imstande sein, die Gravitation Jütlands nach dem Festlande hin zu bewältigen. Dieser Ungewißheit gegenüber scheine mir die Erhaltung des dänischen Reiches in seinem gegenwärtigen Umfange für uns immer das wünschenswerteste, und ich sähe mit Bedauern die dänische Regierung auf einem Wege, welcher notwendig zum Zerfall des Staates führen müsse.

Abgesehen von diesem Interesse für die Erhaltung Dänemarks liege uns in derselben Richtung die Ehrenpflicht ob, die deutschen Untertanen des Königs von Dänemark

gegen die Bedrückungen und Verfassungsverletzungen zu schützen, vor welchen sie durch die Verabredungen des Jahres 1852 hätten sichergestellt werden sollen, und gegen welche ihnen der Bund auf Grund jener Verabredungen sowohl als der Bundesverträge selbst Abhilfe zu gewähren verpflichtet sei. Diesem Beruf des Bundes stehe die öffentliche Meinung in Deutschland mit um so größerer Intensität zur Seite, als sie durch den Abschluß von 1852 unbefriedigt geblieben sei. Es sei leicht möglich, daß diese Stimmung sich zu bedeutender Aufregung steigere, wenn die Bevölkerung Deutschlands sich bewußt werde, mit ihren sämtlichen Regierungen dieselben Überzeugungen zu teilen, und wenn sie sollte befürchten müssen, daß dieser in seltenen Fällen so klar und so einheitlich vorhandene Gesamtwille ohne praktischen Erfolg bleiben könne. Ich machte darauf aufmerksam, mit wie richtigem Takt Rußland die Stimmung Deutschlands erkannt und sich mit derselben identifiziert habe, indem es kaum eine andere Frage gegenwärtig gebe, in der fremde Regierungen mehr als in dieser die Sympathien in Deutschland sich zu gewinnen oder zu entfremden vermöchten.

Der Kaiser hatte wiederholt geäußert, daß er dringend wünsche, den Frieden Europas durch diese Sache nicht gefährdet zu sehen, und ich suchte ihm den Eindruck zu machen, daß die Erfüllung dieses Wunsches mit Sicherheit nur von einer Nachgiebigkeit Dänemarks zu erwarten sei, und daß der Deutsche Bund nicht nur in der Sache eines Erfolges gegen Dänemark bedürfe, sondern auch einer Form in der Herbeiführung dieses Erfolges, vermöge welcher nicht die auswärtigen Mächte, sondern der Bund bei Wahrung der deutschen Nationalinteressen in erster Linie figuriere. Wenn daher die Bemühungen Preußens und Österreichs zu dem Resultate, dessen man bedürfe, nicht gelangten, sei es notwendig, daß die Sache entweder durch die beiden Großmächte oder durch die Provinzialstände in Frankfurt anhängig gemacht würde. Dadurch scheine mir aber auch die Gefahr einer Friedensstörung, soweit sie nicht ohnehin vorhanden sei, nicht geschaffen zu werden. Wolle der Bund sich darauf beschränken, als eine beschließende Körperschaft über die Frage zu entscheiden und seinen Beschluß dem Herzog von Holstein zu insinuieren, so würde auf solchem Wege die Schwerfälligkeit eines korporativen Organs in den Formen seiner Tätigkeit allerdings die Schwierigkeiten leicht vermehren können; man könne diesen aber dadurch aus dem Wege gehen, daß die Bundesversammlung, nachdem sie die Sachlage geprüft und die Streitpunkte klargestellt habe, einen Kommissarius zur Verhandlung über dieselben nach Kopenhagen schicke, um mit Dänemark zu unterhandeln. Wenn dieser Kommissar der dortigen Regierung klar machte, zu welchen Entschlüssen der Bund gedrängt werde, falls keine Konzessionen Dänemarks erfolgen, wenn er dabei sich der vertraulichen Unterstützung der auswärtigen Gesandten, und namentlich der von Frankreich und Rußland, erfreute, so sei kaum zu zweifeln, daß er einen Erfolg gewinnen werde, welcher zur Befriedigung Deutschlands ausreiche und bei welchem zugleich der Bund als offizielles Organ die ihm gebührende Rolle gespielt habe.

Der Kaiser erwiderte mir, daß ihm diese Art der Entwickelung eine durchaus zweckmäßige scheine und er der Durchführung derselben seine Unterstützung zu gewähren bereit sei, wenn das Maß der demnächst an Dänemark zu richtenden Forderungen den Bestand dieser Monarchie nicht gefährde. Er habe nur das Interesse, einen europäischen Bruch verhütet zu sehen, und solange die Angelegenheit im Gebiet der Unterhandlungen verbleibe, habe er kein Bedürfnis, sich weiter hineinzumischen, als es von uns gewünscht werde. Käme es aber dennoch zu bewaffnetem Einschreiten Deutschlands gegen Dänemark, so müßte er alsdann unabhängig prüfen, welche Verpflichtungen ihm die für den Bestand

der dänischen Monarchie übernommenen Garantien, sowie die Interessen Frankreichs auferlegten. Er wolle mir auch glauben, daß die Gesamtverfassung den dänischen Staat nicht konsolidiere, und hege selbst den Wunsch, daß der Herrschaft der Demokratie in Kopenhagen ein Ende gemacht werde; nur scheine es ihm nach seinen Nachrichten aus Kopenhagen kaum glaublich, daß der König von Dänemark, Friedrich VII., der Mann sei, zu solchem Unternehmen die Hand zu bieten. Der Schlüssel der Position scheine jedenfalls in den Händen der Gräfin Danner zu liegen.

Meine Besprechungen mit Graf Walewski über den Gegenstand waren in der Hauptsache ganz analog und charakteristisch für seine Auffassung namentlich die Bemerkung in betreff des Themas, ob die Frage eine deutsche sei: daß in politischen Diskussionen sehr viel mehr vom Recht die Rede sei, bei den Handlungen in letzter Linie aber nur das Interesse eines jeden entscheide, und es eine Aufgabe diplomatischer Geschicklichkeit sei, die eigenen Interessen als mit dem Rechte zusammenfallend darzustellen oder doch mit Rechtsgründen zu unterstützen.

238. Bericht vom 2. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. das Abkommen zwischen Österreich und Baden in betreff der künftigen Besatzung von Rastatt. — Vgl. Poschinger III Nr. 56.

239. Bericht vom 6. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Revision der Geschäftsordnung der Militärkommission. Rastatter Besatzungsangelegenheiten. Deren Bedeutung für Preußen. — Vgl. Poschinger III, Nr. 57.

240. Bericht vom 8. Mai 1857 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Beseitigung von Mißbräuchen in der Bundeskassenverwaltung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 58. Dort ist S. 102 Zeile 8 des Berichts für „nämlich“ zu lesen „namentlich“.

241. Bericht vom 12. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Rastatter Besatzungsfrage. Ihre Beurteilung je nach dem Standpunkte der Bundespolitik oder dem spezifisch preußischen Interesse. Beurteilung des Verhaltens Badens beim Abschlusse der Konvention mit Österreich und in der Bundespolitik überhaupt. Notwendigkeit der Wahrung der Parität Österreichs und Preußens auf dem Gebiete der Bundesfestungen. Winke für die taktische Behandlung der Frage. — Vgl. Poschinger III, Nr. 59.

242. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

12. und 13. Mai 1857.

E. E. wollen mir gen. gestatten, meiner Berichterstattung über Rastatt noch einige Worte privatim hinzuzufügen.

Ich möchte wohl hören, was Oestreich sagte und thäte, wenn wir ein ähnliches Abkommen über die Besatzung von Rastatt mit Baden geschlossen, oder wenn wir uns etwa

mit Darmstadt verständigt hätten, das Battaillon Hessen zu vertreten, welches der Großherzog dort zu halten hat. Wenn wir mit dem Antrage, ähnliche Wünsche sanctionirt zu sehn, oder mit dem einer Erhöhung unsres Antheils an der Friedensbesatzung von Mainz im Bundesinteresse an den Bund kämen, so würden wir eine sehr offne und entschiedne Sprache von Wien aus zu hören bekommen.

In Baden schadet uns außer Meisenbug besonders der General Seutter, Badischer Militär-Bevollmächtigter und General-Adjudant des Großherzogs, ein verhältnißmäßig noch junger, sehr eitler Mann, der ebenso wie seine von hier gebürtige Frau ganz für Oestreich gewonnen ist. Der bekanntlich gleichgesinnte alte Blittersdorf verkehrt in jüngster Zeit viel am Hofe in Carlsruh, wo er bisher nicht in Gnaden stand. Ich finde, daß das Ministerium Rüdt für uns viel besser war als Meisenbug; erstrer war wenigstens einfach, der andre ist ein ruheloser Intrigant.

13. [Mai]. Der Artikel in der heutigen Preußischen Correspondenz[1]) gegen die Kreuzzeitung[2]) regte mich an, E. E. eine längere Herzensergießung über unsre Beziehungen zu Frankreich schreiben zu wollen; ein Thema, über welches ich mit General Gerlach seit meinem Pariser Aufenthalt in freundschaftlichem Streite bin; die dänischen Besuche von Bülow, Rechberg, Montessuy und einer von Reitzenstein haben mich aber nicht zum Schreiben kommen lassen. Der fragliche Artikel der Kreuzzeitung scheint, seinem Schlußpassus nach, von der Besorgniß vor einheimischen Staatsstreichen eingegeben; seiner ganzen Haltung nach verdient er jedenfalls eine Zurechtweisung; er wäre schon stark gewesen, wenn der Prinz N[apoleon] nicht grade als Gast bei uns wäre. Besonders unschicklich finde ich die Affectation, mit welcher ein Monarch, den S. M. der König offiziell anerkannt hat, stets „Louis Napoleon“ genannt wird, ebenso wie im Zuschauer[3]) über die Potsdamer Parade zwischen den Namen unsrer Prinzen mit dem Prädicat der Kön. Hoheit der Prinz Napoleon ostensibel ohne das ähnliche aufgeführt wird. Das fällt hier gleich auf, und man erzählt schon eigenthümliche Geschichten genug über unfreundliches Verhalten gegen den Gast, besonders ganz unglaubliche auf Rechnung des sonst von mir sehr verehrten Prinzen Friedrich Carl.

Ich hätte über manche meiner Pariser Wahrnehmungen gern die Gelegenheit zu mündlicher Besprechung mit E. E. gehabt; besonders in Betreff des Wunsches des Kaisers, uns zu besuchen, und andrer sich daran knüpfender Gedanken, zu denen mir die Unterredungen mit ihm Veranlassung gaben. Schriftlich läßt sich Manches nicht genau wiedergeben, so weitläuftig man auch wird, und bei dem rein privativen Character meiner Beziehungen zu den politischen Persönlichkeiten in Paris sind mir die Grenzen der von mir erwarteten Discretion mit Rücksicht auf unsre Berliner Verhältnisse nicht deutlich genug bewußt. Ich habe indessen der Versuchung, nach Berlin zu kommen, widerstanden, und keine Anträge deshalb gestellt, weil ich nicht das Gefühl habe, daß meine Gegenwart und meine Anschauungen Sr. M. dem Könige ganz willkommen sein würden. Ich will mir aber morgen erlauben, E. E. mit einer rein privativen Meinungsäußerung über unsre allgemeine Politik zu behelligen,[4]) um deren nachsichtige und discrete Aufnahme ich g. bitte, wenn sie bei den abweichenden allerhöchsten Intentionen müßig oder unzeitig erscheint. In unwandelbarer Verehrung verharre ich . . .

---

[1]) Nr. 110 vom 13. Mai 1857. Wortlaut bei Poschinger IV, S. 260, Anm. 5
[2]) Nr. 109 vom 12. Mai 1857. Wortlaut bei Poschinger IV, S. 260 f., Anm. 6
[3]) „Berliner Zuschauer“, Nr. 110 der Kreuzzeitung vom 13. Mai 1857.
[4]) Vgl. Nr. 246.

243. Bericht vom 13. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. den Eindruck der zu gewärtigenden Mitteilung Preußens und Österreichs an den Bund in Sachen der holsteinschen Frage. Erneuter Aufschub derselben. — Vgl. Poschinger III, Nr. 60.

244. Bericht vom 15. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. das Treiben der Frankfurter revolutionären Elemente. — Vgl. Poschinger III, Nr. 61.

245. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

18. Mai 1857.[1])

E. E. würde ich schon früher mich beehrt haben ausführlicher zu schreiben, wenn ich nicht durch Unwohlsein am Arbeiten verhindert gewesen wäre. Ich habe das, was ich vortragen wollte, in dem anliegenden Mémoire[2]) zusammengestellt, welches ich E. E. als einen Versuch, zur Beleuchtung der Situation von meinem Standpunkte aus beizutragen, mit Nachsicht aufzunehmen bitte. Ich weiß nicht, ob meine Auffassungen den allerhöchsten Intentionen entsprechen werden; daß sie mit den Ansichten des Gen. Gerlach nicht übereinstimmen, ersehe ich aus dessen Briefen; nach meinem Eindruck von der wirklichen Lage der Dinge kann ich mir aber von der Haltung, die wir einnehmen sollten, keine andre Überzeugung bilden.

Die Reise des Prinzen Napoleon, die Art, wie seine Aufnahme bei uns im Moniteur verkündet und so zu sagen ausposaunt wird, beweist, welchen Werth die französische Politik auf den Eindruck legt, daß sie mit Preußen gut stehe. Außerdem ist mir in Paris hinlänglich Gelegenheit geworden, mich zu überzeugen, daß man danach strebt, mit uns intimer zu werden und zu scheinen. Wenn es der Auffassung Sr. M. des Königs entspricht, daß mindestens der Schein davon auch für uns erhebliche Vortheile hat, so würde derselbe besonders und in einer Form, die uns zu nichts verbindet, gefördert werden, wenn wir der Neigung des Kaisers Napoleon, Preußen zu besuchen, entgegenkämen. Ich weiß nicht, ob und wie dieses Thema in den offiziellen Wegen zwischen Berlin und Paris oder bei Gelegenheit der Anwesenheit des Prinzen N[apoleon] in Berlin schon verhandelt worden ist; sollte S. Majestät sich bewogen fühlen, darauf einzugehn, und der regelmäßige Weg Bedenken darbieten, so wäre ich, nach dem, was mit mir in Paris darüber gesprochen ist, in der Lage, die Sache in unverfänglicher Weise und quasi auf eigne Hand aufzunehmen oder zu sondiren, sei es bei einem gelegentlichen Besuch der Großherzogin Stephanie, wenn sie in Baden ist, sei es auf andern Wegen. Ich würde es für einen großen diplomatischen Gewinnst Preußens ansehn, wenn es zu Stande käme, und obschon mich Gerlach über den Gedanken tüchtig gescholten hat, würde ich doch glauben sehr richtig gehandelt zu haben, indem ich zurede. In der letzten Berliner Revue steht eine recht hohle historische Declamation über den französischen Besuch in Berlin.[3]) Daß die Franzosen 1806

---

[1]) Konzept gedruckt: Bismarckjahrbuch II. S. 86 f.

[2]) Vgl. die folgende Nummer.

[3]) Gemeint ist der Artikel „Napoleon in Berlin". S. 245—249 der am 15. Mai 1857 ausgegebenen „Berliner Revue", einer Herrmann Wagener nahestehenden Zeitschrift.

in Berlin waren, besagt heut zu Tage nicht mehr, als die andre Thatsache, daß die Russen und Oestreicher im siebenjährigen Kriege auch da waren. Mit Phrasen kann man nicht Politik machen.

Wegen etwaiger östreichischer Bemühungen um Garantie deutscher Staaten für Italien habe ich hier nichts ermitteln können; nicht einmal in dem vorzugsweise plauderhaften Darmstädter Revier. Vielleicht ist nur in Hanover auf Grund von Platens Äußerungen eine versuchsweise Zumuthung der Art gemacht. Die östreichischen Zeitungen stellen eine solche Garantie als überflüssig und als schon durch die Bundesverhältnisse bedingt dar, und meinen Collegen von Frankreich und Sardinien hat man, wie es scheint, zu vermuthen gegeben, daß Oestreich Zusicherungen für Italien von **uns** besitze. In Paris habe ich erfahren können, wie vorsichtig wir in Mittheilungen nach Wien sein müssen und wie jede wohlwollende Redensart von uns, und namentlich alles, was man von Äußerungen an unserm Hofe erfährt, benutzt wird, um dem Kaiser Napoleon Mißtrauen gegen uns einzuflößen und [ihn] glauben zu machen, daß Oestreich uns jederzeit gegen Frankreich führen könne, und daß nichts Vertrauliches von Paris an uns gelange, was wir nicht in Wien mittheilten; letztern Gedanken namentlich sucht man stets lebendig zu halten, und Hübner hat zu Insinuationen viel Geschick ... Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung ...

246. Denkschrift an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.][1])

18. Mai 1857.

Solange ein enges, auf gemeinsame politische Prinzipien begründetes Bündnis der drei östlichen Großmächte bestand, bildete dasselbe zugleich eine sichere Grundlage des Deutschen Bundes und fand in letzterm wiederum einen Zuwachs an Kräften. Mancher Verschiedenheit der Ansichten und Interessen ungeachtet, war unter diesem System das ostrheinische Europa zu einer Art von solidarischer Körperschaft vereinigt, welche gemeinschaftlich eine defensive Frontstellung nach Westen hin einnahm, um von allen Gliedern die Gefahren abzuhalten, mit denen sie von französischen Revolutionen und Eroberungsgelüsten bedroht sein konnten. Diese Verbindung war so stark und besonders im Vergleich mit Frankreich allein so augenscheinlich übermächtig, daß ihre Mitglieder in derselben eine ziemlich sichere Assekuranz des eigenen Besitzstandes fanden. Auch die auf der Westgrenze am meisten exponierten deutschen Fürsten konnten mit großer Wahrscheinlichkeit darauf rechnen, daß ein französischer Angriff auf sie unterbleiben oder von der vereinten Macht der heiligen Allianz überwunden und die etwa bewiesene Untreue in letzterem Falle ihre Strafe finden werde. Es war daher anzunehmen, daß sie, auch unter anfänglichen Unglücksfällen, treu blieben, daß auch für Kriegszeiten die Bundesakte sich als eine Wahrheit, die Bundesarmee sich als eine Realität bewahren würde.

Für Preußen hätte die Stellung in dieser Allianz, wenn wir ehrgeizige Pläne hätten, ihr Unbequemes gehabt. Die enge Verbindung mit den beiden größern Kaiserreichen, die unter sich mehr Analogie der inneren Zustände und Regierungsgrundsätze hatten, als mit uns, gestattete uns keine freie Bewegung auf dem Gebiete europäischer Politik. Aber die Sicherheit friedlicher Existenz hatte auch für uns ihren Werth, und unter dem Schutze

---

[1]) Das im Nachlaß Manteuffels befindliche Exemplar nicht eigenhändig, sondern von der Hand des Kanzleirats Eckert. Poschinger hat wohl auch ein eigenhändiges Konzept benutzen können.

derselben gewannen wir, vermöge der Gleichartigkeit der Zustände und Interessen, in Deutschland einen Einfluß, welchen uns Österreich entweder aus Rücksicht auf seine innere Politik nicht streitig machen konnte, oder welchen es uns stillschweigend gegen gelegentliche Unterstützung seiner Ansichten bei den Kabinetten der anderen Großmächte überließ. Der Deutsche Bund war also eine Einrichtung, auf deren Hülfe wir für den Krieg einigermaßen zählen konnten, und dessen, von Österreich nicht begünstigte, Entwicklung im Frieden mehr für als gegen uns lief.

Es kommt hier nicht darauf an, ob die Auflösung der heiligen Allianz mehr die Schuld Rußlands oder Österreichs ist, sondern nur auf die Tatsache, daß dieses Bündnis nicht mehr besteht. Es ist keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß, wenn heut französische Heere in Deutschland einfielen, russische sich beeilen würden, ihnen mit uns entgegenzurücken; es ist nicht einmal anzunehmen, daß Österreich alsdann seine Ostgrenzen entblößen und sich mit seiner ganzen Macht dem westlichen Feinde würde entgegenwerfen können. Es würde außerdem zweifelhaft bleiben, ob zwischen Preußen und Österreich derjenige Grad von Vertrauen und gegenseitiger Hingebung, welcher allein ihrem Bündnisse einheitliche Energie und Bürgschaften des Erfolges geben könnte, sich in der Schnelligkeit herstellen ließe. Deshalb ist in Deutschland, und besonders bei den einem französischen Angriff in erster Linie exponierten Bundesfürsten, der Glaube an einen schließlich für Frankreich ungünstigen Ausgang des Kampfes weniger fest geworden, wenn nicht verloren gegangen.

Wenn aber Preußen und Österreich in einem solchen Kriege wahrhaftig einig wären, so würden die deutschen Fürsten, nach dem Ausscheiden Rußlands aus der Verbindung, nicht mehr das Zutrauen haben, daß ihre Stellung in und nach den Wechselfällen des Krieges von Österreich und Preußen besser respektiert werden würde, als von Frankreich; die Herrn selbst haben das Gefühl, daß die Kleinstaaterei mit ihrer heutigen hochgeschraubten Souveränität für Deutschland ein Übel, dem französischen Interesse aber nicht nachteilig ist; sie wissen sehr gut, daß die zerrissene Lage Preußens an und für sich schwer zu tragen ist und durch den unnatürlichen Selbständigkeitstrieb der kleinen dazwischenliegenden Staaten eine schwere Fessel für uns und für deutsches Leben und Entwicklung wird. Das Vertrauen, daß Österreich ihnen die bisherige Unabhängigkeit lassen und erhalten werde, haben sie durch Graf Buol und die Wiener Politik im letzten Kriege verloren. Als Herr v. Hügel württembergischer Gesandter in Wien war, sagte ihm Graf Buol etwa um die Zeit der berüchtigten Zirkulardepesche vom 14. Januar 1855[2]) in barscher Weise: „Sie müssen Sich daran gewöhnen, daß in Deutschland nur Österreich das Recht auf eigne Politik hat, und je früher Sie das lernen, desto besser für Württemberg"; gegen Könneritz hat er damals in gleicher Stimmung geäußert: „Wir werden auf die kleinen Staaten drücken, bis ihnen der Athem zum Widerspruch ausgeht." Diese und ähnliche Reden sind natürlich an den mittelstaatlichen Höfen von Mund zu Mund gegangen, und da in dem Charakter der Personen, welche die österreichische Politik leiten, keine Garantie liegt, welche dergleichen als bloße Redensart anzusehen berechtigte, so bilden sie den Ausdruck dessen, was die Mittelstaaten von Österreich erwarten. Dazu ist die Lust der letztern an Selbständigkeit und Einfluß gewachsen durch das abwechselnde Werben Preußens und Österreichs um ihre Stimmen. Ihnen diese Stellung zu erhalten, haben vielleicht Frankreich und Rußland ein Interesse, Österreich und Preußen aber nicht, oder doch nur aus

---

[2]) Vgl. oben S. 9 ff.

Eifersucht gegeneinander, und sie ist daher gefährdet, sobald Österreich der Not oder der Vernunft soweit nachgiebt, daß es seine Beziehungen zu Preußen ehrlich zu bessern sucht.

Angesichts dieser naheliegenden Erwägungen gehört für die süddeutschen Staaten ein sehr hoher Grad von Bundes-Patriotismus dazu, wenn sie ihre Thermopylen am Rhein machen, oder nötigenfalls die Wiedereroberung ihrer Länder im preußisch-österreichischen Lager abwarten sollten; sie werden in der Gefahr nach dem Sprichwort handeln, daß das Hemd einem näher ist als der Rock, das eigene Land näher als der Bund; sie werden beizeiten in Paris direkte Garantien zu erhalten suchen, vielleicht sogar Aussicht auf Gewinn.

Frankreich kann Württemberg und Bayern versprechen, ihnen Baden preiszugeben, welches sich vielleicht im Vorgefühl dieser Gefahr neuerdings Österreich in die Arme wirft.[3]) Es kann noch manche andere Vereinfachung des deutschen innern Grenzwesens lockend erscheinen lassen; aber schon der Erhaltungstrieb allein weist die kleinen Souveräne, gegenüber dem Mißbehagen, mit welchem die Vielherrigkeit Deutschland erfüllt, auf außerdeutsche Anlehnung hin, und in den höchsten Kreisen von Paris hat man leicht den Eindruck, daß diese Anlehnung dort, wenn nicht schon gefunden ist, doch gesucht wird, und daß Frankreich nicht fürchtet, in einem deutschen Kriege die volle Bundesarmee gegen sich zu haben.

Wenn sich schon gegen die Haltbarkeit des Bundes in einem einfachen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich erhebliche Zweifel aufdrängen, so werden dieselben ziemlich zur Gewißheit, wenn man sich den Bund zur Verteidigung gegen einen gleichzeitigen Angriff von Rußland und Frankreich berufen denkt. Schon der Wegfall Rußlands, als einer Reserve hinter dem Deutschen Bunde, raubt den schwankenden Staaten in letzterem das Bewußtsein der Übermacht auf ihrer Seite, und das Ausscheiden Rußlands aus der Allianz nimmt ihnen den Stützpunkt, den sie bisher innerhalb derselben für ihre unbeschränkten Souveränitäten hatten. Wenn wir die Übermacht ohnehin auf unserer Seite haben, so wird uns auch die Bundesarmee nicht fehlen; für jede andere Kombination müssen wir uns gewöhnen, die Bundeskriegsverfassung als nicht mehr vorhanden zu betrachten und nur auf die Kontingente zu zählen, welche sich nach der geographischen Lage in Abhängigkeit von uns befinden.

Auch für die Zeit des Friedens gewährt uns der Bund nicht mehr dieselben Vorteile wie vor 1848. Österreich, welches früher die Leitung der Bundesverhandlungen innerhalb gewisser Grenzen und nicht selten auf lange Zeit das Präsidium an uns überließ, ist als unser Nebenbuhler um Einfluß am Bunde und an jedem deutschen Hofe aufgetreten, und dies Streben beruht nicht in vorübergehenden Anschauungen der gegenwärtigen österreichischen Staatsmänner, sondern ist eine notwendige und dauernde Konsequenz des veränderten Systems seiner auswärtigen und besonders seiner innern Politik; das große Problem der auf dem deutschen Element zu begründenden Zentralisation des Reichs ist mit den 18 bis 20 Prozent Deutschen unter der eigenen Bevölkerung nicht durchzuführen, sondern nur vermöge der Gewinnung und Erhaltung engerer und hegemonischer Beziehungen zum übrigen Deutschland. Bei dem Vorwiegen der handelspolitischen Interessen in unsrer Zeit, und mit Rücksicht auf das Bedürfnis, sich an gesunderen finanziellen Zuständen als den eignen aufzuhelfen, steht das Streben nach der Aufnahme in den Zollverein in erster Linie. Den Bedürfnissen, welchen der Eintritt von Gesamt-Österreich in den Bund entsprechen sollte, würden einstweilen Garantieverträge für Italien

[3]) Durch sein Abkommen in der Rastatter Besatzungsfrage.

und Ungarn abhelfen, ohne daß dadurch die österreichischen Matrikularbeiträge, wie bei dem Gesamteintritte, auf das dreifache erhöht werden. Schon längst wird es von Wien aus mit Erfolg gelehrt, daß die Pflicht, Österreichs Besitzungen außerhalb des Bundes zu schützen, durch die deutschen Interessen geboten und ein indirekter Ausfluß der Bundesverträge sei. Durch diese Theorie wächst den übrigen Bundesgliedern eine große Erweiterung ihrer Verbindlichkeiten ohne Äquivalent und ohne Lasten für Österreich zu. Bis zum orientalischen Kriege hatte das Wiener Kabinett auf diesem Wege, unter geschickter Benutzung der Erinnerung der Fürsten an die preußisch-gothaische Politik, große Fortschritte gemacht, und es gehörte die Ungeschicklichkeit des Grafen Buol dazu, um während des orientalischen Krieges das uns abgewonnene Terrain großenteils wieder einzubüßen; aber nicht wir haben es wiedergewonnen, sondern die Bamberger Staaten finden in Frankreich den schließlichen Stützpunkt der unabhängigen und schiedsrichterlichen Stellung, welche sie in den Rivalitäten der deutschen Großmächte annehmen konnten. Durch diese Gefahr läßt sich das Wiener Kabinett auf seinem Wege nicht beirren, und bekämpft neuerdings mit Erfolg den preußischen Einfluß in dem uns so nahe verwandten Baden.

Wenn wir im Jahre 1842 uns bereit erklärt hätten, Österreich den künftigen Besitz der vom Bunde zu erbauenden Festung Rastatt in Aussicht zu stellen, so ist wohl kaum zweifelhaft, daß es uns Konzessionen, sei es in Mainz oder anderweit dafür gemacht hätte. Aber es rechnet darauf, daß wir lediglich aus bundesfreundlicher Gefälligkeit ihm seine Position uns gegenüber verbessern, und würde uns auch keinen Dank schuldig zu sein glauben, wenn wir gratis Garantien für seine außerdeutschen Länder übernehmen, sondern diese als schuldige Bundesgenossenpflicht entgegennehmen, auch nicht anstehen, sie zu tendenziöser Mitteilung an Frankreich zu benutzen. Es hat uns in allen Gebieten der Politik am empfindlichsten bekämpft, während der Dauer unseres Garantievertrages über Italien[1]) und des späteren April-Bündnisses; es wird uns auch ferner bekämpfen, denn es ist kein willkürliches Gelüst, sondern die natürliche Lebensbedingung des heutigen Österreich, Preußen nicht stärker werden zu lassen, sondern seine Macht zu mindern, wenn es geht.

Der hauptsächlichste und stärkste unter unsern Genossen im Deutschen Bunde hat eine politische Bahn eingeschlagen, die ihn zum notwendigen Gegner unsrer Interessen macht und selbst in Fällen der äußersten gemeinsamen Not schwerlich eine ehrliche und nachhaltige Hilfe von ihm erwarten läßt. Von einem wichtigen Teil der übrigen steht die Leistung der Bundespflicht im Kriegsfalle nicht zu erwarten, und im Frieden haben wir keineswegs den Einfluß auf die Gesamtheit, der mit unsern Bundespflichten im Verhältnis stände und uns für unsere eigene Gebundenheit entschädigen könnte. Wir können deshalb nicht mehr, wie vor 1848, den hauptsächlichen oder gar ausschließlichen Stützpunkt unserer auswärtigen Politik in den durch die Bundesverträge bedingten Verhältnissen nehmen. Die Stütze ist morsch, und wir fallen unzweifelhaft, wenn wir unsere Anlehnung an sie allein nehmen.

Wenn von unseren alten Bündnissen, in der veränderten Konstellation der Politik, nicht mehr zu erwarten ist, daß sie ihren Zweck erfüllen, so können wir Einfluß und Sicherheit nur dadurch wiedergewinnen, daß wir neue anbahnen, oder die alten regenerieren, falls es möglich ist, sie zu erhalten.

---

[1]) Vgl. Bd. I, S. 416 und 447.

Die nordische Allianz von vor 1848 werden wir nicht einfach wiederherstellen können. Rußland, Österreich und Frankreich sind andre geworden, als sie damals waren. Österreich hat der erhaltenden Politik entsagt und will nach drei Richtungen hin, besonders aber in Deutschland und im Orient, wachsen, Rußland fühlt nicht mehr den Beruf, der französischen Revolution oder überhaupt aufständischen Bewegungen außerhalb seiner Grenzen entgegenzutreten, und sieht das gegenwärtige Regime in Frankreich ohne Abneigung; Frankreich selbst aber ist stärker nach außen geworden, als es unter Louis Philipp war.

Es ist unter diesen Umständen ein Gebot der Selbsterhaltung, nicht des Ehrgeizes, daß wir uns nach einem gesicherteren Defensivsystem für die Zukunft umsehn, und die Verbindungen, welche wir in diesem Sinne anknüpfen, brauchen nichts von einer Verschwörung gegen andre, sondern können einen wesentlich erhaltenden Charakter haben. Der Einfluß einer Macht im Frieden hängt in letzter Instanz von der Kraft ab, welche sie im Kriege entwickeln, und von den Bündnissen, mit welchen sie in den Krieg eintreten kann. Für uns aber ganz besonders ist die Gewinnung von Einfluß in Deutschland gegenwärtig allein durch den Glauben der Bundesstaaten an die Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit oder Sicherheit bedingt, mit welcher Preußen im Kriegsfalle auf auswärtige Bündnisse rechnen kann. Die Bundesakte allein gewährt uns keine Mittel, und Österreich leiht uns keinen Beistand, um unsere Bedeutung im Bunde über das Niveau von $^1/_{17}$ Stimmanteil im engeren Rat zu erheben. Nur außerhalb Deutschlands bieten sich uns die Mittel, unsre Stellung im Interesse Deutschlands selbst zu konsolidieren.

Der Kaiser Napoleon hat kein Verlangen danach, das Bündnis mit England abzubrechen. Ein Krieg mit England hat durchaus nichts Einladendes für ihn; er bietet wenig Aussicht auf Vorteil, dagegen die Sicherheit erschöpfender Opfer, und ist für den Kaiser ein Spiel um die Existenz und zwar um eine seinem Geschmack vollständig entsprechende Existenz; nach seiner Auffassung ist ihm aber eine feindselige Stellung Englands gegen ihn ohne Kriegserklärung noch gefährlicher als der Krieg selbst,[5]) und er würde deshalb, sobald unfreundliche Beziehungen zwischen beiden eintreten, bald über dieselben hinweg zum Kriege gelangen wollen, um die Franzosen in ihrer nationalen Ehre gegen den Feind zu kompromittieren. In der Vorhersicht dieser Entwicklung sucht er daher mit großer Aufmerksamkeit jeder Erkältung der Intimität vorzubeugen. Letztre wird natürlich durch jede Annäherung Frankreichs an Rußland beeinträchtigt, und soweit Rußland auch die Arme offenhalten mag, wird der Kaiser Napoleon sich doch schwerlich hineinwerfen, solange sich England so verhält, daß den Franzosen das Bündnis mit ihm erträglich bleibt. Die Politik einer englischen Regierung ist aber unberechenbar, und nicht selten von innern Einwirkungen abhängig, die sich den Kombinationen staatsmännischer Vernunft gänzlich entziehn. Die Vorsicht gebietet daher Frankreich, sich das russische Bündnis offenzuhalten, ohne durch auffällige Bemühungen deshalb sich England ohne Not zu entfremden. Der sicherste Mittelweg hierzu ist die Kultivierung der Beziehungen Frankreichs zu Preußen. Frankreich könnte es mit Österreich oder mit den Rheinbundstaaten halten, beide könnte es ohne Schwierigkeit gewinnen; aber einem Bündnis mit Österreich stehen französische Interessen entgegen, ein solches mit den Mittelstaaten müßte Preußen zum Gegner Frankreichs machen, und Preußen ist das kräftigere und zukunftreiche Element in Deutschland. Die Freundschaft Preußens stellt für Frankreich erheb-

[5]) Vgl. oben S. 210.

liche Vorteile in Aussicht. Dieselbe gewährt ihm eine außerenglische, kontinentale Anlehnung, und hat als solche die Wirkung, daß sie die englische Politik rücksichtsvoller gegen Frankreich und weniger leichtfertig in betreff eines Bruches mit letzterem macht; sie hat dabei nicht das Herausfordernde für England wie die russische Verbindung; sie bildet außerdem ein Verbindungsglied, um für Frankreich die Chance des russischen Bündnisses auf den Fall der Not, offen und die Bedingungen desselben mehr in der Hand zu behalten; sie überhebt Frankreich der Notwendigkeit oder der Versuchung, das russische Bündnis frühzeitig und vielleicht voreilig sicherzustellen und dadurch den Bruch mit England zu zeitigen; sie stellt zugleich die unzweifelhafte Übermacht der Allianz auf dem Kontinent in Aussicht, sobald man dieselbe durch Rußlands Zutritt vervollständigen will, und wirkt dadurch mäßigend auf England. Diese Vorteile machen es erklärlich, daß Frankreich hohen Wert darauf legt, seine Beziehungen zu uns intimer werden oder, wenn wir das nicht wollen, wenigstens intimer erscheinen zu lassen. Für Preußen liegt der Gewinn dabei vorzugsweise in Deutschland; denn, indem Frankreich mehr an unserm guten Willen als an dem der Mittelstaaten gelegen ist, wird den letztern die Rheinbundchance abgeschnitten, und sie sind an uns verwiesen, da sie bei Österreich allein sich nicht sicher und geschützt fühlen, solange dasselbe nicht mit Rußland verbündet ist.

Die Pflege freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich braucht also keineswegs feindselige Tendenzen gegen den Frieden Europas zu haben; im Gegenteil, es liegt in ihr eine erhöhte Bürgschaft des Friedens. Sie vermindert die Wahrscheinlichkeit eines Bruchs zwischen England und Frankreich, sie vertagt die Chance eines französisch-russischen Kriegsbündnisses, gibt uns, wenn es dennoch zu demselben kommen sollte, die Möglichkeit eines moderierenden Einflusses auf dessen Gestaltung und Zwecke, und verleiht demselben alsdann eine solche Übermacht, daß es zur Führung eines Kontinentalkrieges gegen dasselbe schwerlich kommen kann; sie ist ferner das Mittel, und vielleicht das einzige, von der Form und dem Wesen des Deutschen Bundes die Fundamente zum Neubau, und uns einen entscheidenden Einfluß auf letztern zu erhalten. Schon der äußere Anschein intimer Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich wird in dieser Richtung von mächtiger Wirkung sein; der Kaiser Napoleon erkennt seinerseits offenbar das Interesse, welches er daran hat, diesen Schein zu nähren, und er würde, bei einigem Entgegenkommen von unserer Seite, noch entschiedener die Hand dazu bieten. Verhalten wir uns aber ablehnend gegen ihn und schneiden ihm die Hoffnung auf nähere Einigung mit uns von Hause ab, so wird unverzüglich, nachdem man sich in Paris darüber klar geworden ist, ein dringenderes Werben Frankreichs um das Einverständnis mit den deutschen Mittelstaaten beginnen; dasselbe wird bei den meisten von ihnen nicht ohne Erfolg sein und den Deutschen Bund vollständig unterhöhlen; selbst Sachsen wird die Versuchung nur insoweit von sich weisen, als die faktische Gewalt der benachbarten Großmächte es zwingt. Solange das westmächtliche Bündnis hält, bringt uns dann der Zustand der Dinge voraussichtlich keinen andern Nachteil, als eine fortlaufende Abnahme unsers Einflusses in Bundes- und Zollvereins-Angelegenheiten; kommt es aber zum Bruch Frankreichs mit England, so ist mit demselben auch die französisch-russische Allianz gegeben, und wir haben die Wahl, dieser entweder unter den Bedingungen, die sie uns alsdann stellt, beizutreten, oder die Chancen eines österreichisch-englischen Gegenbündnisses zu akzeptieren. In dem letztern wird England, solange es mit Amerika Frieden hat, vielleicht nicht übler situiert sein als bisher, weil seine Sicherheit weniger durch seine Bündnisse, als durch seine eigne

Flotte bedingt ist. Den deutschen Großmächten aber kann es im Kriegsfalle zu Lande wenig nützen, und ihre Partie wird als die schwächere auf dem Kontinent erscheinen, weil zu ihrer Einigkeit kein Zutrauen vorhanden ist, weil die Kräfte von Sardinien, Belgien und eines wesentlichen Teiles von Deutschland voraussichtlich für Frankreich disponibel sein werden, weil Österreich, wenn fremde Armeen in Ungarn und Italien eindringen, sich vielleicht als locker in seinem Zusammenhange erweist, weil zwischen ihm und uns wirklich Argwohn und Mißgunst bestehn, welche die gemeinsame Aktion lähmen würden und weil das Wiener Kabinett in der Tat ein Bundesgenosse ist, von dem wir fürchten dürfen, daß er uns mit einem auf unsere Kosten geschlossenen Separatfrieden im Stiche läßt.[6])

Auf Grund aller dieser Erwägungen würden, auch ohne daß es zum Kriege käme, Österreich und Preußen einer russisch-französischen Allianz gegenüber diplomatisch in gedrückter Stellung und ohne Einwirkung auf die kleinern deutschen und außerdeutschen Staaten sein. Ein russisch-französisches Bündnis kann für Preußen, wenn wir, nach Entstehung desselben, als dritter Aufnahme darin fänden, keine Konstellation sein, die wir herbeizuwünschen hätten; aber das beste Mittel, es zu hindern, zu vertagen, oder seine Schädlichkeit für uns abzuschwächen, scheint darin zu bestehen, daß wir die günstigen Dispositionen Frankreichs für ein intimeres Verständnis mit uns lebendig erhalten und ihm die Aussicht, sie zu realisieren, nicht benehmen. Bei diskreter Handhabung einer solchen Politik bleibt zugleich, solange die westmächtliche Allianz besteht, unser Verhältnis zu England, da es Frankreichs offizieller Bundesgenosse ist, und zu Rußland, da es dasselbe zu werden strebt, unkompromittiert und jeder Entwicklung fähig. Wir halten dabei die deutschen Staaten zusammen, gewinnen eine Stellung, welche vermöge der Furcht vor ihrer weitern Entwicklung vielleicht Österreichs Politik bis zur Verträglichkeit mit uns modifizieren kann, und gegenüber Frankreich ist es leichter, wenn die Umstände es erfordern, aus guten Beziehungen zu kühlern überzugehn, als umgekehrt.

Dieselbe freie und günstige Stellung bleibt uns nicht, wenn wir die Werbungen Frankreichs um unsre Freundschaft gegenwärtig entmutigen, und die erste Konsequenz dieses Verhaltens würde die Entwicklung innigerer Beziehungen der französischen Politik zu einer Anzahl deutscher Staaten sein, und damit zugleich die, für unsere Stellung so nachteilige Ansicht neue Nahrung gewinnen, daß grade Preußen wegen der Rheinprovinz und der französischen Nachbarschaft eines Beistandes von seiten des Bundes, Österreichs oder fremder Mächte am leichtesten bedürftig werden könne, ein Präjudiz, dessen Druck nur durch den Glauben der andern an freundschaftliche Beziehungen zwischen uns und mit Frankreich abgewendet werden kann.

*247. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

19. Mai 1857.[1])

E. E. liefre ich noch ein Postscript zu meinem gestrigen Schreiben, weil ich vergessen habe, demselben anliegenden Abschnitt aus dem Journal de Francfort[2]) beizulegen, welcher deshalb von Interesse ist, weil er bei den bekannten Verhältnissen des

[6]) Die letzte Begründung „und weil — im Stiche läßt“ fehlt bei Poschinger.
[1]) Bei Poschinger III Nr. 62, Auszug.
[2]) Liegt nicht vor.

Blattes und seines Wiener Correspondenten gewissermaßen als amtliche Kundgebung des östreichischen Cabinetes angesehn werden kann. In den achtbaren Kreisen der hiesigen Geldmänner, soweit sie nicht in persönlichen Interessen verletzt sind, findet dagegen unsre Maßregel gegen das Bankunwesen eine unumwundne Zustimmung. Graf Rechberg hatte mir schon vor Zeiten wiederholt von der Nothwendigkeit gesprochen, gegen den Schwindel von Bundeswegen einzuschreiten, und die Manifestationen der östreichischen Presse sind daher mehr ein Ausbruch des Verdrusses darüber, daß Preußen die Sache in die Hand genommen hat und im Zollverein betreibt, und indirect ein Zeugniß mehr für die Richtigkeit des Verfahrens unsrer Regirung.

Eine andre Sache, über welche Graf Buol gegen uns sehr bös ist, theilte mir Graf Rechberg gestern mit, indem er sie als eine höchst beklagenswerthe bezeichnete, „die in Wien den übelsten Eindruck gemacht" habe, nämlich das Zusammenhalten des Herrn von Richthofen mit dem französischen Bevollmächtigten in Sachen der Unionfrage der Donaufürstenthümer. Man hat von Wien dem Gr. Rechberg Abschrift der dortigen Verhandlungen und der von Buol bei uns über Richthofen geführten Beschwerde geschickt, um die Piecen in den hiesigen Kreisen als Beweis für unsre „undeutsche" Gesinnung zu benutzen. Es ist merkwürdig zu sehn, mit welcher Dreistigkeit Oestreich in allen seinen Interessen unsre Unterstützung als ein Recht fordert, ohne daß wir jemals auf die seinige rechnen könnten, weder in deutschen Fragen, noch in der Neuenburger, noch als es sich um unsre Zulassung zu den Pariser Conferenzen handelte. Graf Rechberg sagte, Oestreich werde in der Frage der Fürstenthümer unter keinen Umständen nachgeben und sich bis auf „den letzten Blutstropfen" wehren gegen die Errichtung eines neuen Sardinien an seiner Ostgränze.

Für den Fall, daß Perponcher seiner neuen Bestimmung entgegengeht[3]), erlaube ich mir bei E. E. noch ein Fürwort wegen der Verwendung von Harry Arnim einzulegen. Darmstadt ist ein Ort, wo ein geschickter Mann, wie Arnim ist, sehr viel Nachrichten erfahren kann; es liegt an mannichfachen Personalverhältnissen und an der Lage auf der großen Heerstraße zwischen hier und Baden, daß dort die Klatschnachrichten zusammenfließen, und man ist, bei richtiger Behandlung, in Darmstadt mittheilender als an andern kleinen Höfen, sodaß man dort leichter erfährt, was unter den Mittelstaaten sowie zwischen ihnen und Oestreich vorgeht.

In Paris sah ich Rothan wieder, der früher bei Moustier attachirt war; man hält dort im Ministerium große Stücke auf ihn, indem man und, wie ich glaube mit Recht, eine hohe Meinung von seinen Fähigkeiten hat und ihm deshalb gute Aussichten verspricht. Er hofft auf einen preußischen Orden, oder wünscht ihn wenigstens lebhaft, und legt viel Interesse für gute Beziehungen mit uns an den Tag, wie mir Rosenberg sagte. Vielleicht könnte die Reise des Prinzen Napoleon als Anlaß gelten, seinem Wunsche zu willfahren, da der Prinz sich besonders seiner renseignements bedient hat, um sich über Berliner Verhältnisse zu orientiren. Es würde weniger eine Belohnung für uns früher geleistete Dienste sein, als ein Mittel, ihn uns zu verbinden. Daß er uns nützlich zu sein vermag, bezweifle ich nicht, da mir Gr. Walewski mit großer Wärme von ihm sprach. Unter den heutigen Mitgliedern der Gesandtschaft in Berlin hob letzterer Herrn von Reinach als den hervor, zu welchem er spezielles Vertrauen zu haben schien, als wenn er in ihm, wie früher in Rothan, den faiseur der Mission sähe.

[3]) Graf Perponcher wurde einige Zeit darauf in den Hofstaat der Gemahlin des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (späteren Kaiserin Friedrich) übernommen.

In der Holsteinschen Sache werde ich mir erlauben, noch über die Frage zu berichten, ob es sich empfiehlt, dem Bunde nachträglich Kenntniß davon zu geben, daß und in Folge welcher Verhandlungen die beiden Mächte einstweilen von Dänemark befriedigt sind. Die Collegen wünschen es, und Graf Rechberg will es in Wien befürworten. Vielleicht ziehn E. E. es vor, daß **wir**, sobald wir von Wien die Antwort auf unsre Mittheilung vom 16. c. haben, oder auch schon früher, die deutschen Höfe durch Circular von dem Verlauf und der Sachlage unterrichten und so die Empfindlichkeit beschwichtigen, die unter meinen Collegen über Mangel an amtlicher Kenntniß zu Tage tritt.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

248. **Bericht vom 22. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel,** betr. die Wahrung der Stellung Preußens in der Handelsgesetzgebungsfrage. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 251 ff.

*249. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

24. Mai 1857.

Der Director im französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Benedetti ist heut auf seiner Rückreise von Alexandrien und Wien hier. Aus letzterem Ort erzählt er, daß Graf Buol in Sachen der Donaufürstenthümer entschiedner als je spräche und sich einen sehr „hautainen" Ton angewöhnt habe, daß England jetzt wieder offen gegen die Union aufträte und Oestreich darauf rechne, daß Frankreich nachgeben werde. Die letzten an Graf Montessuy gelangten Pariser Depeschen lassen aber noch nichts davon spüren. Er hat ferner das Gerücht von Annäherung Oestreichs an Rußland gebracht, welche durch Budberg mit Eifer gefördert werde; in Sachen der Fürstenthümer erkläre Rußland, daß es kein Interesse für die eine oder die andre Gestaltung habe und bei seinem Votum für die Union schließlich bleiben werde, ohne sich lebhaft dafür einzusetzen. Bei der Stellung des Herrn Benedetti habe ich geglaubt E. E. den Inhalt seiner Aeußerungen melden zu sollen, obschon sie nur allgemeiner Natur sind. Merkwürdig war mir seine Angabe, daß I. K. H. die Erzherzogin Sophie von Dresden aus in wärmster Anerkennung über den Prinzen Napoleon nach Wien geschrieben und ihn in einer Weise gelobt habe, die dort Überraschung und Sensation erregt habe.

Wegen der Rastatter Besatzung höre ich durch dritte Hand, daß Baden mit Oestreich noch nicht ganz einig sei. Letztres verlange den Commandanten zu ernennen und **mehr** als die Hälfte der künftigen Garnison zu stellen; Baden wolle erstres nicht zugeben und das Recht, 2500 Mann zu stellen, für sich gewahrt wissen. Herr von Marschall hat dieß einem meiner Collegen gesagt; mit mir hat er nicht weiter von der Sache gesprochen. In Folge des Circulars, welches Oestreich am 1. Mai an alle deutschen Regirung[en] erlassen hat, bin ich von Hanover, dem Gesandten der sächsischen Herzogthümer und Mecklenburg über unsre Ansicht von der Sache mehrfach befragt worden. Verzeihn E. E. diese eiligen Zeilen. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung verharre ich . . .

250. Bericht vom 25. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Beseitigung des Remunerationsunwesens am Bunde. — Vgl. Poschinger III Nr. 63.

251. Vertraulicher Bericht vom 27. Mai 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Gründung einer Zettelbank in Oldenburg. — Vgl. Poschinger III Nr. 64. Zeile 8 v. u. des Berichts ist statt „Meininger" „Mainzer" zu lesen.

252. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. Juni 1857.

E. E. beehre ich mich die Anlage[1]) als Fortsetzung des kürzlich eingereichten Promemoria über unsre Beziehungen zu Frankreich g. vorzulegen; ich bin zur Zusammenstellung derselben in der vorliegenden Fassung durch eine Correspondenz über diese Angelegenheit mit General Gerlach[2]) veranlaßt worden, und habe den hauptsächlichen Inhalt meiner Äußerungen gegen ihn in der Anlage resümirt.

Telegraphisch habe ich E. E. bereits gemeldet, daß der König von Bayern seinen Aufenthalt in Paris benutzt hat, um für eine Zusammenkunft der Kaiser von Östreich und Frankreich in Baiern zu wirken. Ich habe die Nachricht an sich aus guter Quelle und halte sie für sicher, nachdem mir auch Graf Montessuy unaufgefordert, aber ganz vertraulich, dasselbe mittheilte. Er nannte als Ort der beabsichtigten Begegnung Pfaffenhofen; der Name war aber seiner Zunge nicht ganz geläufig und kann mißverstanden sein. Von ihm habe ich auch erfahren, daß Baron Bourqueney, der den Plan einer östreichisch-französischen Allianz niemals aus dem Auge verloren hat, mit Eifer für das Project dieser Zusammenkunft thätig sei, und daß Benedetti bei seiner Reise durch Wien für dieselbe Richtung disponirt worden, und nicht ohne Erfolg, wie man aus seinen hiesigen Äußerungen abnehmen konnte. Er brachte auch die unerwartet günstigen Urtheile I. K. H. der Erzherzogin Sophie über den Prinzen Napoleon und die offiziöse Verbreitung, welche dieselben nach Paris gefunden haben, damit in Verbindung. Gewiß geht aus diesen Umständen so viel hervor, daß das Bedürfniß des Kaisers Napoleon, mit andern Monarchen in persönliche Berührungen zu kommen und sich in Deutschland zu zeigen, an den süddeutschen Höfen richtig erkannt und von ihnen ausgebeutet wird, wenn wir versäumen, es für uns zu benutzen.

In Betreff unsres Circulars über die Angelegenheit der Donaufürstenthümer vom 28. v. M.[3]) haben mir einige meiner deutschen Collegen, mit denen ich dasselbe besprach, ihre Genugthuung ausgesprochen, weil an ihren Höfen die Art, wie Östreich unser Verhalten geschildert habe, allerdings einen für uns ungünstigen Eindruck hinterlassen hätte.

Unter den Mitteln, welche angewendet werden, um den Kaiser Napoleon für eine Annäherung an Oestreich und für jene Zusammenkunft in Baiern günstig zu stimmen, wurde mir ein für die Zeit characteristisches genannt. Man hat Leute von der hohen

[1]) Vgl. die folgende Nummer.
[2]) Vgl. Bismarcks Briefe an Leopold v Gerlach Nr. 119 und 120, Gerlachs Briefe an Bismarck Nr 103 und 104, desgleichen G. u. E. I 165 ff.
[3]) Vgl. Jasmund Nr. 475.

Finanz disponirt, dem franz. Kaiser die „Isolirung“ Oestreichs als den hauptsächlichen Grund der Flauheit aller Börsen und des niedrigen Standes der Effecten darzustellen.[4]) Die dadurch eingeflößte Besorgniß wirke entmuthigend auf die Spekulation und drücke besonders die französischen Capitalanlagen in Oestreich. Am Ende geht der Kaiser N[apoleon] nach Pfaffenhofen, um eine hausse der franz.-östr. Eisenbahn-Effecten zu bewirken! Über seine Dispositionen in Betreff der Wünsche des Königs von Baiern habe ich indessen noch nichts erfahren können. Vermuthlich wird es ihm nicht entgehn, daß die Flauheit der Börsen nicht ihren Grund in der Sorge der Banquiers um Oestreich, sondern in der Erschöpfung der disponibeln Capitalien hat, welche dem Übermaß neuer Unternehmungen in den letzten Jahren nothwendig folgen mußte.

An den benachbarten kleinen Höfen ist alles in festlichen Vorbereitungen, in Wiesbaden wegen der schwedischen Heirath,[5]) in Darmstadt wegen des russischen Besuchs,[6]) und in Rumpenheim sammelt sich die landgräfliche Familie, so daß wir hier in einem Kreuzfeuer von Höflichkeitspflichten für die nächste Zeit stehn werden. Der College läßt seiner selten getragnen Uniform ein neues lustre geben, und die Damen üben sich in der Kunst, mit der Schleppe zu manövriren. Mit der aufrichtigsten Verehrung verharre ich . . .

253. Denkschrift für Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. Juni 1857.[1])

Einer der hauptsächlichsten Gründe der Abneigung, auf welche eine nähere Verbindung mit dem heutigen Frankreich bei uns stößt, liegt in der Auffassung, daß der Kaiser Napoleon der hauptsächliche Repräsentant der Revolution und mit ihr identisch sei, und daß ein Kompromiß mit der Revolution ebensowenig in der äußern wie in der innern Politik zulässig sei. In den auswärtigen Beziehungen ist es nicht möglich, den letzteren Grundsatz in der Weise durchzuführen, daß die äußersten, davon abgeleiteten Konsequenzen noch immer jede andere Rücksicht durchbrechen sollen, und außerdem ist es nicht richtig, die Revolution gerade in dem gegenwärtigen Kaiser der Franzosen ausschließlich zu verkörpern. Die nächste Anleitung dazu gibt die ins Auge fallende Illegitimität des Ursprunges seiner Herrschaft. Aber wie viel Existenzen gibt es in der heutigen politischen Welt, welche mit voller Kontinuität im Rechte wurzeln. Spanien, Portugal, Brasilien, alle amerikanischen Republiken, Belgien, Holland, die Schweiz, Griechenland, Schweden, das noch heute mit Bewußtsein in der Revolution von 1688 fußende England können ihre dermaligen Rechtszustände auf keinen legitimen Ursprung zurückführen. Selbst für das Terrain, welches die deutschen Fürsten teils Kaiser und Reich, teils ihren Mitständen, den Standesherren, teils ihren eigenen Landständen abgewonnen haben, läßt sich kein vollständig legitimer Besitztitel nachweisen.

Ein Prinzip kann man aber nur insoweit als ein allgemein durchgreifendes anerkennen, wenn es sich unter allen Umständen und zu allen Zeiten bewahrheitet, und der

---

[4]) Vorlage: dargestellt.

[5]) D. h. des Prinzen, späteren Königs Oskar von Schweden mit der Prinzessin Sophie von Nassau (6 Juni 1857).

[6]) Dort wurde die russische Kaiserfamilie erwartet

[1]) Poschinger gibt an, daß die Denkschrift eigenhändig sei. Die im Nachlaß Manteuffels befindliche Denkschrift, die hier als Vorlage gedient hat, ist von der Hand des Kanzleirats Eckert. Poschinger hat auch ein eigenhändiges Konzept benutzt.

Grund: quod ab initio vitiosum, lapsu temporis convalescere nequit, bleibt der Doctrin gegenüber richtig[2]), [wird aber durch die Bedürfnisse der Praxis unaufhörlich widerlegt.][3])

Die meisten der oben berührten Zustände sind eingealtert, wir haben uns an sie gewöhnt und deshalb ihre revolutionäre Geburt vergessen. Aber auch dann, wenn sie noch nicht diesen Grad von Verjährung hatten, stieß man sich früher nicht an ihrer revolutionären Natur. Cromwell wurde von den europäischen Potentaten „Herr Bruder" genannt und seine Freundschaft gesucht, wenn sie nützlich erschien. Mit den Generalstaaten waren die ehrbarsten Fürsten im Bündnis, bevor sie von Spanien anerkannt wurden; Wilhelm von Oranien und seine Nachfolger in England hatten, auch während die Stuarts noch prätendierten, nichts an sich, was unsere Vorfahren von den intimsten Beziehungen mit ihnen abgehalten hätte; den Vereinigten Staaten haben wir schon in dem Haager Vertrage von 1785 ihren revolutionären Ursprung verziehen. In neuster Zeit hat unser Hof den Besuch des Königs von Portugal empfangen, und mit dem Hause Bernadotte hätten wir uns verschwägert, wären nicht zufällige Hindernisse eingetreten.

Wann und nach welchen Kennzeichen haben alle diese Mächte aufgehört, revolutionär zu sein? Es scheint, daß man ihnen die illegitime Geburt verzeiht, sobald wir keine Gefahr von ihnen besorgen, und daß man sich alsdann auch nicht prinzipiell daran stößt, wenn sie fortfahren, ohne Buße, ja mit Rühmen sich zu ihrer Wurzel im Unrecht zu bekennen.

Es scheint nicht, daß vor der französischen Revolution ein Staatsmann auf den Gedanken gekommen ist, die Beziehungen seines Landes zu anderen Staaten lediglich dem Bedürfnis unterzuordnen, von Berührungen mit revolutionären Erscheinungen frei zu bleiben, und doch waren die Grundsätze der amerikanischen und englischen Revolution, abgesehen von dem Maße des Blutvergießens und von dem nach dem National-Charakter verschiedenen Unfug, der mit der Religion getrieben wurde, ziemlich dieselben wie diejenigen, welche in Frankreich die Unterbrechung der Kontinuität des Rechtes herbeiführten. Auch auf die revolutionären Erscheinungen nach 1789 wird das Prinzip nicht überall ebenso rigoros angewendet, wie auf Frankreich.

Die gegenwärtigen Rechtszustände in Österreich und die politische Richtung der dort leitenden Persönlichkeiten, das Prosperieren der Revolution in Portugal, Spanien, Belgien, Dänemark, das offene Bekennen und Propagieren der revolutionären Grundideen von seiten der englischen Regierung und das Betätigen derselben noch in dem Neuenburger Konflikt, das alles hält uns nicht ab, die Beziehungen des Königs, unsers Herrn, zu den Monarchen jener Länder nachsichtiger zu beurteilen, als diejenigen zu Napoleon III. Die unfürstliche Herkunft des letzteren tut ohne Zweifel viel dabei, aber sie ist in Schweden von noch frischerem Datum, ohne dieselben Konsequenzen zu haben. Die französische Revolution muß daher noch besondere Eigentümlichkeiten haben; liegen dieselben nun gerade in der Familie Bonaparte? Diese hat weder die Revolution in die Welt gebracht, noch würde die Revolution beseitigt oder nur unschädlich gemacht, wenn man gedachte Familie ausrottete. Die Revolution blühte von 1830 bis 1848 recht im vollen, ohne daß dabei von den Bonaparten die Rede war; sie ist viel älter als das geschichtliche Auftreten dieser Familie und viel breiter in ihren Grundlagen als Frankreich. Wenn man ihr einen irdischen Ursprung anweisen will, so wäre auch der nicht

---

[2]) In der Vorlage steht irrig: wichtig.

[3]) Die eingeklammerten Worte fehlen in der Vorlage. Sie finden sich bei Poschinger, der hier das von Horst Kohl, Bismarckjahrbuch II S. 87, erwähnte Konzept herangezogen hat.

in Frankreich, sondern eher in England zu suchen, oder noch früher in Deutschland oder in Rom, je nachdem man die Auswüchse der Reformation oder die der römischen Kirche nebst der Einführung römischer Rechtsanschauungen in die germanische Welt als schuldig ansehen will.

Der erste Napoleon hat damit begonnen, die Revolution für seinen Ehrgeiz mit Erfolg zu benutzen und hat sie später mit falschen Mitteln und ohne Erfolg zu bekämpfen gesucht; er wäre sie gewiß gern aus seiner Vergangenheit los gewesen, nachdem er ihre Frucht für sich gepflückt hatte. Gefördert wenigstens hat er sie nicht in dem Grade, wie die drei Louis vor ihm durch Einführung des Absolutismus unter Louis XIV., durch die Unwürdigkeiten der Regentschaft unter Louis XV., durch die Schwäche Louis XVI., der am 14. September 1791 bei Annahme der Verfassung die Revolution für beendet proklamierte; fertig war sie allerdings ohne Napoleon geworden. Das Haus Bourbon hat auch ohne Philippe Egalité mehr für die Revolution getan, als alle Bonaparten.

Der Bonapartismus ist eine Folge, aber nicht der Schöpfer der Revolution. Auch die ungerechten Eroberungskriege sind kein eigentümliches Attribut der Familie Bonaparte und des nach ihr benannten Regierungssystems. Legitime Erben alter Throne führen dergleichen auch; Louis XIV. hat nach seinen Kräften nicht weniger heidnisch gewirtschaftet als Napoleon, und wenn letzterer mit seinen Anlagen und Neigungen als Sohn Ludwigs XVI. geboren wäre, so würden wir deshalb schwerlich Ruhe vor ihm gehabt haben. Der Trieb zum Erobern ist England, Nordamerika, Rußland und anderen nicht minder eigen als dem napoleonischen Frankreich. Sobald sich Macht und Gelegenheit, ihn zu befriedigen, zusammenfanden, ist es auch bei den legitimsten Monarchien schwerlich die Bescheidenheit oder Gerechtigkeitsliebe, welche ihm Schranken setzt. Bei Napoleon III. scheint er als Instinkt nicht zu dominieren. Derselbe ist kein Feldherr, und im großen Kriege mit großen Erfolgen oder Gefahren könnte es kaum fehlen, daß die Blicke der Armee, der Stütze seiner Herrschaft, sich mehr auf einen glücklichen General, als auf den Kaiser richteten. Er wird daher den Krieg nur suchen, wenn er sich durch innere Gefahren dazu genötigt glaubt. Eine solche Nötigung würde aber für den legitimen König von Frankreich, wenn er jetzt zur Regierung käme, von Hause aus vorhanden sein. Der Eroberungssucht ist der jetzige Kaiser der Franzosen nicht verdächtiger, als mancher andere, und den Makel ungerechten Ursprungs teilt er mit vielen der bestehenden Gewalten, so daß er nicht aus diesem Grunde als ausschließlicher Repräsentant der Revolution, als vorzugsweises Objekt der Feindschaft gegen dieselbe betrachtet werden kann. Die innern Zustände Frankreichs unter ihm stehen ohne Zweifel innerhalb des Gebietes revolutionärer Erscheinungen; aber der Bonapartismus unterscheidet sich dadurch von der Republik, daß er nicht das Bedürfnis hat, seine Regierungsgrundsätze zu propagandieren. Selbst der erste Napoleon hat den Ländern, welche nicht mittel- oder unmittelbar zu Frankreich geschlagen wurden, seine Regierungsform nicht aufzudrängen gesucht; man ahmte sie im Wetteifer freiwillig nach. Fremde Staaten mit Hilfe der Revolution zu bedrohen, ist jetzt seit einer ziemlichen Reihe von Jahren das Gewerbe Englands, und wenn Louis Napoleon ebenso gewollt hätte, wie Palmerston, so würden wir auch in Neapel schon einen neuen Ausbruch erlebt haben. Der französische Kaiser würde durch Ausbreitung revolutionärer Institutionen bei seinen Nachbarn Gefahren für sich selbst schaffen; er wird vielmehr bei seiner Überzeugung von der Fehlerhaftigkeit der heutigen Institutionen Frankreichs festere Grundlagen als die der Revolution im Interesse seiner Herrschaft und seiner Dynastie allmählich zu gewinnen

suchen. Ob er das kann, ist freilich eine andere Frage; aber er ist keineswegs blind für die Mangelhaftigkeit und die Gefahren des bonapartischen Regierungssystems, denn er spricht sich selbst darüber aus und beklagt sich. Die jetzige Regierungsform ist für Frankreich nichts Willkürliches, was Louis Napoleon einrichten und ändern könnte; sie war für ihn ein Gegebenes und ist vielleicht die einzige Methode, nach der Frankreich, auf lange Zeit hin, regiert werden kann. Für alles andere fehlt die Grundlage entweder im Nationalcharakter, oder sie ist zerschlagen und verloren gegangen. Heinrich V.[4]) selbst würde, wenn er jetzt auf den Thron gelangte, wenn überhaupt, auch nichts anderes beginnen können. Louis Napoleon hat die revolutionären Zustände des Landes nicht geschaffen, die Herrschaft auch nicht in Auflehnung gegen eine rechtmäßig bestehende Obrigkeit gewonnen. Wenn er sie jetzt niederlegen wollte, so würde er Europa in Verlegenheit setzen, und man würde ihn ziemlich einstimmig bitten, zu bleiben, und wenn er sie an den Herzog von Bordeaux zedierte, so würde sie dieser ohne fremde Hilfe sich nicht erhalten können. Der Kaiser Napoleon vermag sich keinen anderen Ursprung zu geben, als er hat; daß er aber im Besitz der Herrschaft dem Prinzip der Volkssouveränität faktisch zu huldigen fortführe und von dem Willen der Massen das Gesetz empfinge, wie das jetzt in England mehr und mehr üblich wird, kann man von ihm nicht sagen.

Es ist menschlich natürlich, daß die Unterdrückung und schändliche Behandlung unseres Landes durch Napoleon I. in allen, die es erlebt haben, einen unauslöschlichen Eindruck hinterlassen hat, und daß in deren Augen das böse Prinzip, welches in Gestalt der Revolution die Throne und das bestehende Recht gefährdet, sich allein mit der Person und dem Namen dessen identifiziert, den man „l'heureux soldat héritier de la révolution" nannte; aber es scheint damit dem jetzigen Napoleon doch zu viel aufgebürdet zu werden, wenn man gerade in ihm und nur in ihm die Revolution personifiziert und aus diesem Grunde die Proskription über ihn aussprechen und es wider die Ehre erklären will, mit ihm zu verkehren. Was gerade die französische Revolution für uns als etwas Besonderes und mehr als andere analoge Erscheinungen Feindseliges betrachten läßt, liegt weniger in der Rolle, welche die Familie Bonaparte etwa ferner spielen könnte, als in der örtlichen und zeitlichen Nähe der Ereignisse und in der Größe und Kriegsfähigkeit des Landes, welches von ihnen bewegt wird; deshalb sind sie gefährlicher, aber es erscheint deshalb noch nicht verwerflicher, mit Bonaparte in Beziehung zu stehen, als mit andern von der Revolution erzeugten Existenzen, oder mit Regierungen, welche die Prinzipien der Revolution freiwillig bei sich durchführen, wie Österreich, und für deren Verbreitung tätig sind, wie England. Nachdem Louis Napoleon von uns als Souverän eines benachbarten Landes offiziell anerkannt ist, kann es in keiner Weise ehrenrührig erscheinen, mit ihm in diejenigen Beziehungen zu treten, welche der Lauf der politischen Ereignisse mit sich bringt. Diese Beziehungen mögen an sich nichts Wünschenswertes sein, aber wenn wir auch schließlich andere Intimitäten erstreben wollten, so wird auch das kaum möglich sein, ohne durch die Wirklichkeit oder den Schein der Freundschaft mit Frankreich hindurchzugehen. Nur durch dieses Mittel können wir Österreich nötigen, auf den überspannten Ehrgeiz der Schwarzenbergischen Pläne zu verzichten, und nur durch dieses Mittel können wir eine weitere, Deutschland gänzlich auflösende Entwicklung der direkten Beziehungen der deutschen Mittelstaaten zu Frankreich hemmen. Auch England wird anfangen zu erkennen, wie wichtig ihm die Allianz Preußens ist, sobald

[4]) Der Herzog Heinrich von Bordeaux, Enkel Karls X. von Frankreich, der den Namen Graf Chambord angenommen hatte.

es fürchten muß, sie an Frankreich zu verlieren. Also auch wenn wir uns an Österreich und England anlehnen wollen, müssen wir bei Frankreich anfangen, um jene zur Erkenntnis zu bringen.

Es ist wahrscheinlich, daß über kurz oder lang, jedenfalls sobald Erkältungen zwischen Frankreich und England eintreten sollten, eine französisch-russische Allianz aus dem jetzigen décousu der europäischen Zustände hervorgeht, ohne daß wir es hindern können. Mit dieser Eventualität müssen wir also rechnen und uns darüber klar machen, welche Stellung wir vorkommenden Falles zu derselben einnehmen wollen; ein passives Abwarten der Ereignisse, ein Bestreben, uns von der Berührung durch dieselben fern zu erhalten, ist in der Mitte Europas nicht durchzuführen; der Versuch dazu kann leicht ebenso beklagenswerte Folgen haben wie die unentschlossene Planlosigkeit, welche die Signatur der preußischen Politik 1805 war, und wenn wir uns nicht die Rolle des Hammers vorbereiten, so bleibt leicht nur die des Ambos übrig. Verhältnismäßig schwach werden wir in jeder Verbindung mit andern Großmächten erscheinen, solange wir eben nicht stärker sind, als wir sind. Österreich und England werden, wenn wir mit ihnen im Bunde sind, ihre Überlegenheit über uns auch nicht zu unserem Vorteile geltend machen; wir haben auf dem Wiener Kongreß gesehen, daß gerade die Interessen dieser beiden Mächte sich den unsrigen am meisten entgegenstellten. Österreich kann nicht wollen, daß wir in Deutschland an Bedeutung gewinnen, und England kann uns weder unsere industrielle, noch eine maritime Entwicklung in Handel und Flotte gönnen. In der Politik tut niemand etwas für den andern, wenn er nicht zugleich s e i n Interesse dabei findet; die Richtung aber, in welcher Österreich und die deutschen Mittelstaaten gegenwärtig ihre Interessen verfolgen, ist mit den Aufgaben, welche für Preußen Lebensaufgaben sind, ganz inkompatibel und eine Gemeinschaftlichkeit deutscher Politik gar nicht möglich, solange Österreich nicht ein bescheideneres System uns gegenüber adoptiert, wozu bis jetzt wenig Aussicht ist.

Wie aber auch die Parteinahme Preußens bei einer neuen Gestaltung der Allianzen in Europa ausfallen möge, nach jeder Richtung hin empfiehlt es sich, die gegenwärtigen Werbungen Frankreichs um unsere Freundschaft nicht abzuweisen, sondern umgekehrt dem Vorhandensein intimerer Beziehungen zwischen beiden Regierungen einen für alle Kabinette erkennbaren Ausdruck zu geben. Als einen solchen bietet sich vorzugsweise ein Besuch des Kaisers Napoleon in Preußen dar.

Die deutschen Staaten sind rücksichtsvoll und anhänglich an uns in dem Maße, als sie uns für befreundet mit Frankreich halten; Vertrauen werden sie nie zu uns gewinnen;[5]) jeder Blick auf die Karte benimmt es ihnen, und sie wissen, daß ihre Sonderinteressen und ihr Mißbrauch der Souveränität stets der Gesamtrichtung der preußischen Politik im Wege stehen. Sie erkennen deutlich die Gefahr, welche hierin für sie liegt, und gegen welche nur die Uneigennützigkeit unseres Allergnädigsten Herrn ihnen eine Sicherheit für die Gegenwart gewährt. Ein Besuch des Kaisers der Franzosen bei uns kann deshalb Mißtrauen bei ihnen nicht weiter hervorrufen, dasselbe ist untilgbar vorhanden, und die Gesinnungen des Königs, welche es für jetzt wenigstens entkräften sollten, werden Sr. Majestät nicht gedankt, sondern nur benutzt und ausgebeutet. Die Dankbarkeit und das Vertrauen werden im Fall der Not nicht Einen Mann für uns ins Feld bringen; die Furcht, wenn sie vorsichtig und geschickt benutzt wird, kann den ganzen Bund zu unserer Disposition stellen und, um sie einzuflößen, müssen wir ostensible Zeichen unserer guten Beziehungen zu Frankreich geben.

[5]) Hier hält sich Poschinger an die im Nachlaß Manteuffels befindliche Ausfertigung. Im Konzept, das Kohl eingesehen hat, folgt hinter „in dem Maße“: „als sie uns fürchten und sie fürchten uns in dem Maße“.

Wenn wir dagegen Frankreichs dermalige Werbungen um uns ablehnen, wenn wir namentlich dem in Paris fast zum Bedürfnis gewordenen Wunsch eines Zusammentreffens der Monarchen, eines Besuchs bei uns unerfüllt lassen, so wird der Kaiser Napoleon den Grund unseres Verhaltens nicht in politischen Erwägungen, sondern in seiner Person suchen, und die Empfindlichkeit darüber kann nicht anders als auf die gegenseitigen Beziehungen zurückwirken. Es kann ohne Zweifel auch eine solche Gestaltung der preußischen Politik gedacht werden, die es mit sich bringt, auf kühlem Fuße mit Frankreich zu stehen, wenn sich auch sichere Unterlagen für eine solche in der augenblicklichen Lage Europas nicht erkennen lassen. Solange aber eine solche Politik nicht entschieden von uns adoptiert ist, dürfte es sich unter allen Gesichtspunkten empfehlen, unseren Beziehungen zu Frankreich jede Pflege angedeihen zu lassen, welcher nicht unabweisliche Rücksichten entgegenstehen.

254. Bericht vom 9. Juni 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Erhöhung der Zirkulationsfähigkeit der preußischen Staatspapiere in Süddeutschland. — Vgl. Poschinger III, Nr. 65. Dort ist S. 114 Zeile 7 des Berichts hinter „zurückkommen“ einzuschalten: „indem er darin hervorhebt, wie er der von der Kgl. Bank übernommenen Anleihe von 1856 nicht nur Eingang in Süddeutschland verschafft, sondern auch den Absatz von 7 Millionen Talern vermittelt habe. Daß Herr von Rothschild sich die Ausführung des von der Kgl. Bank ihm erteilten Auftrages hat angelegen sein lassen, ist mir auch anderweit bekannt geworden, indem er, wenn er wegen Unterbringung von Kapitalien konsultiert wurde, diese Anleihe vielfach empfohlen hat. Namentlich ist dies in bezug auf bedeutende Vermögensanteile der Kgl. bayerischen und Gr. badischen Familie der Fall gewesen. Ist dem Hause Rothschild für die 4½prozentigen Anleihen von 1850 und 1852, weil es für deren Vertreibung tätig gewesen, die Einlösung der Zinskupons zugestanden worden, so dürfte jener Grund auch bei den Anleihen von 1856 vorliegen. Auch für die Abnehmer scheint es billig, daß ihnen die Erhebung der Zinsen erleichtert wird. Es rechnen aber auch diejenigen, welche hier bei Rothschild Kapitalien übernommen haben, wie mir bekannt ist, darauf, auch schon vom 1. Juli c. ihre Zinsen auf diesem Wege erheben zu können.“

255. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Juni 1857.

Graf Rechberg hat mir vertraulich mitgeteilt, daß der österreichisch-badische Antrag[1]) wegen der Besatzung von Rastatt in der morgen stattfindenden Sitzung werde eingebracht werden, wenn ihm bis dahin nicht noch anderweitige Weisungen zugingen. Er sprach sich dabei mit Bitterkeit über die Einmischung fremder Mächte, namentlich Frankreichs aus, und erging sich in Schilderungen aller Übel, welche für Deutschland, und namentlich für Preußen, aus derselben folgen könnten. Ich gab die Möglichkeit hiervon zu, konnte aber nicht den Schluß daraus ziehen, daß Preußen sich einem jeden von Österreich einseitig gestellten Verlangen zu fügen habe, sondern vielmehr denjenigen, daß

[1]) Vgl. Nr. 238.

keine der deutschen Großmächte ohne Einverständnis der anderen am Bunde vorgehen solle. So oft das Gegenteil geschehe, sei es unausbleiblich, daß entweder die deutschen Mittelstaaten ein Schiedsrichteramt zwischen Preußen und Österreich übten, oder daß im ferneren Verlauf zwiespältiger Verhandlungen am Bunde die Gesandten fremder Mächte an deutschen Höfen von der Sache Kenntnis nehmen, auf ihre Berichte über dieselbe Instruktionen erhalten und im Sinne der letzteren Einfluß auf die Entschließungen der deutschen Regierungen zu gewinnen suchen. Ich fügte vertraulich hinzu, daß es mir im Interesse eines besseren Verständnisses mit Österreich recht lieb sei, wenn der vorliegende Fall dazu führe, dem Wiener Kabinett eine tatsächliche Anschauung derjenigen Gefahren zu gewähren, welche ein rücksichtsloses und einseitiges Vorgehen einer deutschen Macht gegen die andere in seinem Gefolge haben könne, und wenn eine richtige Würdigung derselben auf den Grafen Buol in dem Sinne zurückwirke, daß er die Notwendigkeit der Verständigung mit uns mehr als bisher erkenne.

Österreich könne unmöglich von uns verlangen, daß wir uns jeder seiner Forderungen fügen, um im Auslande den Eindruck deutscher Einigkeit zu erhalten; die letztere müsse notwendig leiden, wenn die Idee derselben fortwährend in dieser Weise gemißbraucht werde; die Schuld liege lediglich an Österreich, wenn es die Uneinigkeit in Deutschland dadurch erzeuge, daß es ohne und gegen uns vorgeht und dann von uns fordert, daß wir die gestörte Einigkeit dadurch wiederherstellen, daß wir seinem Verlangen Folge leisten.

Ich habe zu Graf Rechberg infolge mancher früheren Äußerung von ihm einigermaßen das Vertrauen gehabt, daß er seinen Einfluß dazu verwenden werde, ein besseres Verhalten Österreichs gegen uns herbeizuführen, weil er mir von der Notwendigkeit zuverlässigerer gegenseitiger Beziehungen durchdrungen schien. Dieses Vertrauen hat dadurch nicht gesteigert werden können, daß er mir auf meine gestrige, sehr offene und entgegenkommende Aussprache nur mit dem Ausdruck der Verwunderung und mit der Frage erwiderte: „In welchem Punkte wir denn eigentlich über die österreichische Politik zu klagen hätten und eine Änderung derselben wünschen könnten?“ Ich konnte darauf nur erwidern, daß ich aus dieser Frage einen Mangel an Geneigtheit entnehmen müsse, auf das angeregte Thema offen einzugehen, und deshalb auch meinerseits darauf verzichte.

Ich teilte dem Grafen Rechberg ferner mit, daß ich seinem Antrage, den ehemaligen provisorisch angestellten Kanzlisten Sintzenich und Chalaupka ferner Unterstützungen aus Bundesmitteln zu gewähren, nicht zustimmen könne, auch nicht glaube, daß dergleichen Geschenke aus der Bundeskasse, namentlich fortlaufende Pensionen, anders als infolge einstimmigen Beschlusses bewilligt werden könnten. Über diese Mitteilung verlor Graf Rechberg zum erstenmal, seit ich mit ihm geschäftlich verkehre, vollständig die Herrschaft über sein von Natur heftiges Temperament. Er wollte in meiner Auslassung nichts als eine Feindseligkeit gegen Österreich sehen und erklärte, demnächst auch seinerseits gegen alle Anträge stimmen zu wollen, welche zugunsten geborener Preußen und namentlich holsteiner Offiziere gemacht werden könnten. Ich erwiderte, daß ich dies lediglich seinem Ermessen anheimgeben müsse; die Angelegenheit der holsteinschen Offiziere sei eine ganz andere und deren Unterstützung von Österreich sowohl wie von Preußen deshalb beantragt worden, weil beide Regierungen gefühlt hätten, daß die Interessen der schleswig-holsteinschen Pensionäre von ihren Kommissarien, dem Grafen Mensdorff und dem General von Thümen, nicht mit hinreichender Klarheit sichergestellt worden seien, und die Bundesversammlung sei der Ansicht gewesen, daß den Offizieren eine rechtmäßige Forderung gegen Dänemark auf Grund des im Namen des Bundes mit diesem Staate getroffenen Abkommens zu-

stehe, habe es aber vorgezogen, die Berechtigten aus eigenen Mitteln schadlos zu halten, anstatt die Forderung von Dänemark beizutreiben. Es ist übrigens durchaus nicht wahrscheinlich, daß Österreich der öffentlichen Meinung gegenüber es auf sich nehmen wird, den Interessen der holsteinschen Offiziere unter Berufung auf das Erfordernis der Einstimmigkeit entgegenzutreten. Im übrigen ist diese Angelegenheit von Anfang an mit sorgfältiger Berücksichtigung des Rechtes einzelner Stimmen zum Widerspruch behandelt worden, und namentlich wurde keine Mühe gescheut, den dänischen Gesandten dahin zu disponieren, daß er sich nicht auf das Erfordernis der Einstimmigkeit berufe.

Graf Rechberg führte mir noch andere Beispiele an, bei welchen in ganz analogen Fällen Beschlüsse auf Grund des Votums einer Mehrheit gezogen worden seien. Es ist dies ganz richtig; wenn aber in einzelnen Fällen die Minorität von ihrem Rechte, der Schlußziehung zu widersprechen, keinen Gebrauch macht, so kann durch eine derartige gelegentliche Rücksichtnahme auf die Wünsche der Mehrheit das in der Bundesverfassung zum Schutze der Minoritäten begründete Recht für alle diejenigen Fälle, in welchen die Minorität sich desselben bedienen will, nicht als aufgehoben betrachtet werden. Graf Rechberg ersuchte mich, wegen des Sintzenich und Chalaupka nochmals an E. E. zu berichten, und wollte zu diesem Behuf die Abstimmung verschieben. Wenn ich auch nicht für den Antrag stimmen würde, so wünschte er doch, daß ich mich der Berufung auf die Stimmeneinhelligkeit enthielte. Ich erwiderte ihm, daß ich mit dem Aufschub der Sache ganz einverstanden sei und überhaupt gerne zu dem älteren Prinzip zurückkehrte, nach welchem jeder Gegenstand, welcher zu Konflikten in der Versammlung führen könnte, bis zur Verständigung über dieselben zurückgehalten wurde. In der Sache selbst aber sei es mir ganz unzweifelhaft, daß niemand verpflichtet sei, sich einem Mehrheitsbeschlusse zu unterwerfen, und erscheine es mir ganz unbillig, zu Ausgaben, welche nicht durch die Bundesverträge, sondern nur durch ein Gefühl des Wohlwollens für einzelne Personen nach Willkür motiviert würden, einzelne Bundesregierungen wider ihren Willen heranzuziehen. Namentlich im vorliegenden Falle sprächen selbst die Gründe der Billigkeit nicht einmal für eine Mildtätigkeit des Bundes, sondern für eine solche der österreichischen Regierung, da es sich um Leute handle, welche den längsten und besten Teil ihres Lebens hindurch mit Auszeichnung im Kaiserlichen Militär gedient hätten, und deren Versorgung nunmehr nicht der Bundeskasse zur Last gelegt werden könne.[1])

Graf Rechberg hat dem Herrn von Fonton mitgeteilt, daß er zu seiner Freude aus den Korrespondenzen des Grafen Buol auf eine baldige Besserung der Beziehungen Österreichs zu Rußland schließen könne. Die diplomatischen Agenten Österreichs seien angewiesen, bei Gelegenheit der bevorstehenden Reise des Kaisers von Rußland jeden Anlaß wahrzunehmen, um in diesem Sinne zu wirken. Mein russischer Kollege teilte mir dies vertraulich unter dem Bemerken mit, daß er gar kein Gewicht darauf lege und sich keinen Erfolg in dieser Richtung verspreche. An glatten Worten habe es von seiten Österreichs gegen Rußland nie gefehlt, und werde man auch jetzt dem Kaiser gegenüber keine Versicherungen sparen. Dieselben könnten indes zu nichts führen, da die gesamte österreichische Politik mit ihnen im Widerspruch steht. Außerdem sei es nach der Stimmung der russischen Bevölkerung, und namentlich in der Armee, für die dortige Regierung kaum möglich, gegenwärtig eine freundschaftliche Haltung für Österreich anzunehmen. Die Äußerungen der großen Zahl von reisenden Russen, mit welchen man hier und in den benachbarten Bädern in Berührung kommt, bestätigen ohne Ausnahme und in überraschendem Maße jene Ansicht.

---

[1]) Über die Erledigung dieser Angelegenheit vgl. den Bericht vom 21. Juli 1857 (Nr. 265).

Über die neuesten Nachrichten aus Kopenhagen ist hier auch von Herrn von Bülow etwas Bestimmtes in den Details nicht zu erfahren, und würde ich E. E. sehr dankbar sein, wenn ich durch Dero Vermittelung Näheres darüber erhielte.

256. Bericht vom 19. Juni 1857 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Vorlage der badisch-österreichischen Konvention über Rastatt an den Bund. Fortsetzung des österreichischen Systems einer Majorisierung Preußens im Bundestage. Erfordernis eines einhelligen Beschlusses zur Regelung der Rastatter Frage. Streit über deren geschäftliche Behandlung. Herr v. Eisendecher. — Vgl. Poschinger III, Nr. 68.

257. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

1. Juli 1857.

E. E. gen. Mitteilungen vom 21. und 25. v. M., die von Herrn von Beust angeregten Reformen der Bundesverfassung[1]) betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Die Mittelstaaten sind im Vergleich zu Preußen unverhältnismäßig stark mit Stimmen am Bunde bedacht, und ihr Einfluß daselbst wächst außerdem durch den Umstand, daß Preußen und Österreich häufig einander neutralisieren. Es ist daher natürlich, wenn Herr von Beust sich bestrebt, das Ansehen des Bundes, als einer Einrichtung, welche den sächsischen Minister auf ein höheres Piedestal hebt, zu kräftigen. Es ist mir aber nicht wahrscheinlich, daß er diesem Ziele auf dem in seinem Promemoria vorgezeichneten Wege näher kommt. Es wird stets der Stein der Weisen für deutsche Politiker bleiben, die Macht der einheitlichen Zentralgewalt zu fördern und zugleich die Autonomie der einzelnen Staaten ungeschmälert zu erhalten, oder den Zentralbehörden des Bundes gleichzeitig das Ansehen und das Vertrauen richterlicher Selbständigkeit zu geben und ihnen [die] diplomatische Biegsamkeit eines politischen Organs zu erhalten. In den Beiträgen, welche Herr von Beust zur Lösung dieses Problems liefert, kann ich keinen neuen praktischen oder auch nur klaren und präzisen Gedanken entdecken; der Überfluß an allgemeinen Phrasen und der Mangel an konkreten Vorschlägen beweisen, daß auch im Kopfe des Herrn von Beust die theoretischen Desiderien, welche einer großen Anzahl deutscher Politiker nebelhaft vorschweben, keine ausführbare Gestaltung zu gewinnen vermögen.

Die einzelnen Punkte des Promemoria haben bereits in E. E. Erlaß vom 21. v. M. auch im Detail eine so treffende Beleuchtung und Würdigung gefunden, daß mir derselben wenig zuzusetzen übrig bleibt.

Im Publikum würden, meinem Gefühl nach, die Schritte, welche Herr von Beust vorschlägt, um das Ansehen des Bundes zu heben, gerade im entgegengesetzten Sinne wirken.

Die Minister-Konferenzen würden Aufsehen erregen, aber mehr Befürchtungen als Hoffnungen; die hauptsächliche Aufgabe dieser Konferenzen würde nach der Absicht des Herrn von Beust darin bestehen, die Presse zu beschränken und ihre Kontrolle durch ein ständiges Bundesorgan einzuleiten und die Bedeutung der ständischen Verfassungen in den deutschen Staaten auf dasjenige Minimum einzuschränken, welches man ohne weiteres

[1]) Über Inhalt der erwähnten Erlasse und der Beustschen Anregungen vgl. Poschinger III S. 122 ff. in den dortigen Anmerkungen.

Bedenken den Experimenten eines Bundesgerichtes überlassen könnte. Die Konferenzen würden daher in den Augen des Publikums, und vielleicht auch in der Tat, ziemlich genau in die Kategorien derjenigen fallen, aus welchen die Karlsbader Beschlüsse von 1819 und 1834[2]) hervorgingen, und würden sich im Laufe ihrer Arbeiten noch schärfer in diesem Sinne ausprägen. Ich weiß nicht, ob Herr von Beust auf diesem Wege „bundesfeindliche Bestrebungen" zu entkräften oder „das Wort Bund in eine Zauberformel zu verwandeln hofft, welche die öffentliche Meinung erhitzt".[3])

Solchen Bestrebungen gegenüber würde das Wenige, was der Bund erfahrungsmäßig für Förderung der materiellen Interessen Deutschlands zu leisten vermag, selbst für die blödesten Mitarbeiter an der öffentlichen Meinung kein Äquivalent bilden, die Einsichtigeren aber würden sich keinen Augenblick verhehlen, daß nach einer Überweisung des Gebietes der materiellen Interessen an den Bund noch viel weniger als bisher auf demselben geleistet werden würde. Ich würde es als einen politischen Gewinn für Preußen ansehen, wenn man Herrn von Beust disponieren könnte, mit seinen Vorschlägen offener herauszutreten und Deutschland zu zeigen, wohin die politische Weisheit der mittelstaatlichen Regierungen und ihre Bundespolitik gerichtet ist. Sachsen sowohl wie ganz Deutschland würde an Sympathien für Preußen gewinnen, wenn wir alsdann diesen Plänen offen entgegenträten.

Das Bundesgericht denkt sich Herr von Beust, wie es scheint, vorzugsweise zur Sicherstellung der Verfassungen und zur Entscheidung von Streitigkeiten über dieselben berufen. Das Charakteristische der letzteren ist aber gerade, daß sie sich nicht durch juristischen Spruch nach formellem Recht entscheiden lassen. Gewöhnlich wird ein Verfassungsstreit dadurch entstehen, daß nach Ansicht der Regierung durch genaue Beobachtung des Wortlautes der Verfassung die Entwickelung des Staates oder gar seine Existenz gefährdet wird, so daß es sich nicht de lege lata, sondern de lege ferenda, und nicht um juristische, sondern um politische Entscheidungen handelt.

Die Kompetenz eines solchen Gerichts so festzustellen, daß jeder Überschreitung mit Sicherheit vorgebeugt wird, dazu dürfte keine Kunst der Redaktion ausreichen. Herr von Beust verwirft das badische Auskunftsmittel, die Kompetenz jedesmal durch Bundesbeschluß festzustellen, und doch dürfte im Prinzip und in der öffentlichen Meinung kein Unterschied zwischen diesem und dem sächsischen Vorschlag sein, nach welchem die Bundesversammlung, so oft sie findet, daß das Gericht zu weit geht, dasselbe durch Beschluß in seine Schranken zurückweisen soll. Außerdem will Herr von Beust von der Verfassung, wie es scheint, so wenig übrig lassen, daß dieser Überrest zu einem mit der Gefahr der Kompetenzüberschreitung verbundenen gerichtlichen Verfahren keinen Anlaß mehr bieten kann. Eine derartige Verfassungsrevision hat manche ihr eigentümliche Vorzüge, aber dieselben sind nicht gerade geeignet, dem Bunde, wenn sie unter dessen Ägide ins Leben gerufen werden, die dankbaren Sympathien der öffentlichen Meinung in höherem Maße als bisher zu gewinnen.

Ebenso glaube ich, daß man durch eine plötzliche offizielle Kundgebung gegen die „Reformbestrebungen" gerade das Gegenteil von der Absicht des sächsischen Ministers erreichen würde. Man hört gegenwärtig, außer einigen theoretischen Schriften und abgesehen von den Kaiserphantasien ultramontaner Blätter, wenig von diesem Thema reden; dasselbe würde aber sofort alle Gemüter beschäftigen und zu weitgehenden Konjekturen

---

[2]) Zu ergänzen ist vor 1834: Beschlüsse der Wiener Ministerkonferenzen von

[3]) Offenbar eine Anspielung auf von Beust gebrauchte Wendungen. Der Wortlaut der Beustschen Denkschrift hat dem Herausgeber nicht vorgelegen.

und unberufenen Ratschlägen und Plänen Anlaß geben, wenn man den angeblichen Bestrebungen auf dem ungewöhnlichen Wege einer Proklamation von seiten des Bundes entgegentritt.

Um darzutun, daß Preußen auf die Ideen des Herrn von Beust nicht eingehen darf, könnte ich nur die in E. E. Reskript bereits enthaltenen Gründe reproduzieren. Dieselben sind konkludent und erschöpfend, und ich habe in obigem nur ausführen wollen, daß Herr von Beust, wenn er wirklich meint, den Bund mit seinen Vorschlägen zu Ansehen zu bringen, ihn volkstümlich und beliebt zu machen, sein Ziel verfehlt. Sein System könnte höchstens den Bestrebungen Vorschub leisten, Preußen, unter dem Vorwande der Förderung föderativer Interessen und einheitlicher Gestaltung Deutschlands, von der Basis seiner eigentümlichen Entwicklung ab und mit der Mehrheit der übrigen deutschen Staaten unter Österreichs bundespolizeilicher Leitung entweder ganz in die Bahnen des Kaiserstaates zu ziehen, oder uns den schwierigsten Konflikten zwischen der Stellung zu dem eignen Lande und derjenigen zum Bunde auszusetzen. Es ist auch schwer zu sagen, inwieweit die österreichische, vom Graf Redern mitgeteilte Auslassung eine aufrichtige, und ob dieselbe ganz wider den Willen Österreichs in die Hände des Grafen Redern gelangt ist. Ich finde nichts in ihr, was der Vermutung entgegenstände, daß das Schreiben an den Fürsten Metternich eine ostensible Instruktion wäre, uns in glaubwürdigster Weise zu überzeugen, daß nicht Österreich, sondern Deutschland die Sache betreibt, und Österreich sie sich im Interesse Deutschlands gefallen lassen würde, wenn Preußen dem letzteren nicht wiederum im Wege stände.

Wie dem auch sei, zu einem wirklichen Resultat im Sinne der Beustschen Anregungen wird der Bund ohne Preußens aufrichtige Beihülfe niemals gelangen, und m. g. D. können wir ohne irgendwelche Gefahr Herrn von Beust eingehend antworten und ihn dadurch vielleicht induzieren, daß er mit seinen monströsen Plänen mehr in die Öffentlichkeit tritt.

Meines unmaßg. Dafürhaltens könnte man in diesem Sinne die Antwort ungefähr so einrichten, daß eine lobende Anerkennung der einsichtigen und wohlerwogenen Vorschläge des Herrn von Beust, ähnlich wie die des Grafen Buol vom 13. Juni, vorausgeschickt würde, und daß man demnächst auf die Klippen aufmerksam macht, welche vermieden werden müssen, wenn der gewünschte Erfolg erreicht werden soll. Dabei würde ich etwa folgenden Ideengang g. vorschlagen: „Besondere Ministerkonferenzen würden ungewöhnliche Erwartungen bei einigen, bei den meisten aber Befürchtungen erregen; jede Analogie wäre möglichst fernzuhalten, durch welche die Erinnerung an frühere lediglich auf Beschränkung der Presse und der ständischen Rechte gerichtete Ministerial-Konferenzen geweckt und die Eindrücke erneuert würden, unter welchen der Bund noch heute in der öffentlichen Meinung Deutschlands zu leiden hätte. Wenn man dem Bunde vermehrtes Ansehen verschaffen wolle, so müsse ihm vor allem die Initiative in wichtigen Verhandlungen über seine eigne Verfassung nicht verkümmert werden, damit er nicht lediglich als ein totes Instrument erscheine. Allerdings müßte der Verhandlung am Bunde eine Verständigung zwischen den Bundesregierungen vorhergehen; die hauptsächlichste Schwierigkeit werde in den eigentümlichen und von der Lage der übrigen Bundesstaaten wesentlich abweichenden Verhältnissen der österreichischen Monarchie liegen. Die Zusammensetzung der Bevölkerung des Kaiserstaates mache es für denselben schwieriger, wie für die übrigen Bundesstaaten, ohne Beeinträchtigung der nötigen Einheit der Monarchie, den zum Deutschen Bunde gehörigen Landesteilen auf dem Gebiete des Artikels XIII der Bundesakte Einrichtungen zu gewähren, welche den in den übrigen Bundesstaaten bestehenden hin-

reichend homogen wären, um die allgemeine Anwendung gleichmäßiger Grundsätze für sämtliche Bundesstaaten zu ermöglichen. Sowohl nach dem früheren als nach dem vorliegenden Promemoria des Herrn von Beust geht dessen Streben dahin, das Verfassungsleben der einzelnen Staaten in eine gesundere und seiner Bestimmung förderlichere Bahn zu leiten, zu diesem Behufe unter Zugrundelegung allgemeiner, vom Bunde als empfehlenswert erkannter Grundsätze eine größere Gleichartigkeit in die Verfassungen sämtlicher Bundesstaaten zu bringen, und dieselben alsdann unter die Garantie des Bundes und eines gemeinsamen Gerichtes zu stellen, indem auf diese Weise vermöge der gegebenen Sicherheit eine Kompensation für den etwa verminderten Umfang der Rechte gewährt werde. Wenn die Kompensation in diesem Rechtsschutz gefunden werden soll, so würde das herzustellende Bundesgericht jedenfalls mit den Formen richterlicher Unabhängigkeit freigebig ausgestattet werden und einer jeden Verfassungsbeschwerde aus allen zum Deutschen Bunde gehörigen Ländern zugänglich bleiben müssen.

Würde sich auf diesem Wege die Aussicht darbieten, das gesamte Deutschland in den Kreis einer gleichartigen Entwicklung zu ziehen, durch deren Formen das Bedürfnis gesicherter staatlicher Ordnung mit dem Verlangen nach Belebung einer besonnenen und nützlichen Tätigkeit der Stände in befriedigender Weise vermittelt würde, so werde unsere Regierung mit Freuden bereit sein, ihre volle Mitwirkung zu diesem Ziele zu gewähren. Dem sächsischen Herrn Minister könne es aber nicht entgehen, daß diese Probleme für keinen der Bundesstaaten so schwierig zu lösen sind, als für Österreich, und daß dieselben nur mit schonender und bundesfreundlicher Berücksichtigung der dort bestehenden Verhältnisse berührt, und nur im vollen Einverständnisse mit dem Kaiserlichen Kabinett Hand an dieselben gelegt werden könne. Auf diesem wichtigen Gebiete Einrichtungen zu treffen, welche auf ein so hervorragendes Mitglied des Bundes, wie Österreich, unanwendbar blieben, würde nicht zur Förderung der Einheit des Bundes, sondern zur Konsolidierung der Ausbildung der einzelnen Teile nach divergierenden Richtungen hin dienen. Es sei daher für uns vor weiterem Eingehen in die Fragen das erste Bedürfnis, uns von der Stellung Österreichs zu derselben zu unterrichten, und würden wir, falls der Minister von Beust nicht selbst schon imstande wäre, uns in dieser Beziehung aufzuklären, seine Erlaubnis erbitten, die Ansichten des Wiener Kabinetts über den Inhalt seines Mémoires einzuholen. Sollte sich dabei herausstellen, daß Österreich in der Einsetzung eines Bundesgerichts, welches Verfassungsstreitigkeiten zu entscheiden berufen wäre, für sich eine Bürgschaft fände, welche ihm die Beteiligung an der gemeinsamen Entwickelung des ganzen Deutschlands erleichterte, so würde die K. Regierung, um diesem wichtigen Ziele näherzutreten, gern die Bedenken, welche sie in betreff des badischen Antrages auf Einsetzung eines Bundesgerichts formuliert hätte, mit Rücksicht auf die Anschauungen des Herrn von Beust einer nochmaligen und gemeinsamen Prüfung unterziehen.

Sobald sich nach Ermittelung der Ansichten Österreichs und anderer Bundesstaaten übersehen lasse, welche Tragweite den gegenwärtig von Herrn von Beust angeregten Reformen zu geben sei, werde man dann die Fassung einer Kundgebung des Bundes beraten können, vermöge deren die Reformen für abgeschlossen erklärt und den idealistischen und verwerflichen Projekten, welche noch heutzutage, besonders in einem Teile der (katholischen) Presse verfochten werden, ein für allemal entgegengetreten würde. Wir würden den Entwurf eines solchen Aktenstückes aus der sachkundigen Feder des sächsischen Herrn Ministers gerne entgegennehmen." (Ich wäre in der Tat neugierig zu sehen, was er bei dieser Gelegenheit zutage fördern könnte.)

Wenn die Antwort Österreichs auf unsere Anfrage formell eingehend ausfiele, so bliebe m. E. für uns daran festzuhalten, daß Verhandlungen nur am Bunde und nicht in Konferenzen betrieben werden, damit die Bestrebungen Österreichs und Sachsens möglichst offenkundig würden, daß ferner nur allgemeine Bestimmungen für das gesamte Bundesgebiet gefaßt werden können, nicht aber durch partielle Vereinbarungen die an und für sich schon heterogenen und mit Deutschland lose zusammenhängenden Teile, wie Österreich, Holstein-Lauenburg und Limburg, der deutschen Entwickelung noch mehr entfremdet würden. Demnächst müßten wir für die von Sachsen erstrebten Normalbestimmungen über Presse und Verfassungen im Sinne der Verteidigung ständischer Freiheiten und mit Bezugnahme auf Artikel XIII der Bundesakte so weite Ziele stecken, daß Österreich unmöglich darauf eingehen könnte. Wir können in dieser Beziehung mehr aushalten, als selbst irgendeiner der Mittelstaaten, geschweige denn Österreich, und der vorliegende Gegenstand eignet sich vielleicht besonders dazu, letzteres durchblicken zu lassen, daß es sich hüten sollte, uns auf die Bahn eines liberalisierenden Werbens um die nationalen Sympathien Deutschlands herauszufordern, wie dies in der abhängigen Presse täglich geschieht; denn es würde uns wenig Mühe kosten, Österreich auf diesem Gebiete in kurzer Zeit zu überflügeln, wenn wir wollen.

258. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

2. Juli 1857.

E. E. werden ohne Zweifel schon im Besitz der dänischen Antwort sein; mir hat sie Herr von Bülow zu lesen gegeben, und ich finde sie zwar nicht so, wie ich sie gewünscht, aber doch besser, als ich sie erwartet habe. Graf Rechberg hat bereits eine Auslassung des Gr. Buol über die Ansichten des Wiener Cabinetes erhalten und in Folge derselben mir und namentlich dem Gr. Montessuy vertraulich mitgetheilt, daß Oestreich sich jeder Initiative für die weitern Schritte der beiden deutschen Mächte enthalten und sich lediglich dem Vorgehn Preußens anschließen werde. Damit will es uns die Verantwortung gegenüber den fremden Mächten, wenn wir vorwärts drängen, und gegenüber der öffentlichen Meinung in Deutschland, wenn wir zögern, aufbürden. Gr. Rechberg fügte als seine persönliche Meinung hinzu, daß wir besser thun würden, den Zusammentritt der Holsteiner Stände abzuwarten, weil die Frage durch eine Beschwerde der letztern in einem geschäftlich regelmäßigern und die Einmischung fremder Mächte weniger zulassenden Wege an den Bund gelangen werde. Das letztre Argument scheint mir nicht unrichtig, denn der rein deutsche Character der Sache kann nicht mehr gewahrt sein, als wenn sie in Form der Beschwerde einer deutschen Ständeversammlung beim Bunde auftritt. Thatsächlich wird aber die Einmischung der fremden Mächte unter keinen Umständen ausbleiben, denn der Widerstand oder die Nachgiebigkeit Dänemarks wird, etwaigen Bundesbeschlüssen so gut als unsern Ermahnungen gegenüber, von dem Verhalten der europäischen Mächte zur Kopenhagener Regirung in letzter Linie abhängen. Ich ziehe hieraus nicht den Schluß, daß wir, da wir die Einmischung später doch nicht vermeiden, lieber jetzt gleich an den Bund gehn sollten, sondern im Gegentheil, bei der Wichtigkeit, welche die Disposition der fremden Mächte für eine ehrenvolle Durchführung unsrer Aufgabe hat, glaube ich, daß wir in allen zweifelhaften Stadien der Entwicklung den Ansichten der europäischen Cabinete Rechnung tragen sollten. Gewiß ist, daß man in Petersburg, London, Paris

wünscht und hofft, daß wir den Zusammentritt der Stände in den Herzogthümern abwarten; ferner ist Oestreich ein sehr lauer Genosse für diese Frage, den Cabineten als solcher bekannt, und giebt ihnen zu verstehn, daß wir allein die Sache treiben, die öffentliche Meinung aufregen und durch sie Oestreich nöthigen. Dabei ist die letzte dänische Depesche nicht von der Art, daß es ihr gegenüber als unzweifelhafte Ehrenpflicht ins Auge fiele, nun sofort ernstere Maßregeln am Bunde vorzubereiten; es fehlt selbst unter meinen Collegen, so antidänisch die meisten sich auch gebärden, nicht an solchen, die vor schädlicher Übereilung warnen, und die Majorität ist vielleicht mit Graf Rechberg recht froh, wenn die Sache garnicht herkommt. Mehr Gewicht, als auf diese Stimmungssymptome, glaube ich aber darauf legen zu sollen, daß wir den großen Mächten gegenüber auch jeden Schein vermeiden, als ob wir Dänemark unbillig brüskiren wollten, oder es gern sähen, wenn die Sache sich complicirte. Die Holsteinschen Ständeverhandlungen werden unsre Position ohne Zweifel verbessern und die Frage auch für außerdeutsche Augen in helleres Licht setzen; wenn wir dieselbe aber jetzt an den Bund bringen, so unterbleibt die Berufung der Stände voraussichtlich. Es schadet schwerlich, wenn wir die Sache einige Monat älter werden lassen, und meiner persönlichen Auffassung nach sehe ich überhaupt nicht ein, was w i r dabei gewinnen, wenn sie schleunig und zu gründlicher Befriedigung aller Theile beigelegt würde.

Es ist gewiß gut, unser Verhalten so einzurichten, daß man nicht den Eindruck erhält, als entzögen wir uns klaren und bestimmten Forderungen des Berufes, Deutschland nach außen zu vertreten; aber sobald die Holsteiner unter ihrem Herzog sehr glücklich lebten, so würden sie kein Interesse mehr für Preußen haben. Dieses Interesse aber kann uns, wenn nicht in diesem Augenblick, doch in möglichen Fällen nützlich werden[1]). Meine g. Ansicht wäre daher, die ganze Sache stets in deutscher Haltung, aber mit zögernder Vorsicht zu betreiben, lieber mitunter etwas Geschrei zu ertragen, als uns ohne Aussicht auf practischen Gewinn in Kosten und Verdruß zu begeben. Vielleicht könnten wir in dem gegenwärtigen Moment den Ausweg einer Antwort auf die dänische Kundgebung wählen, anstatt an den Bund zu gehn, einer Antwort, welche auf die Meinungsunterschiede unsrer und der dänischen Note zurück zu kommen sich vorbehält, wenn wir gesehn haben werden, wie das Kopenhagener Cabinet die Stellung der holsteiner Stände practisch auffaßt und behandelt. Bülow sagt, sie würden mehr halten, als sie versprochen; das glaube ich nicht, aber sie werden weiter geführt werden, als sie gehn wollten, wenn die Stände ihre Schuldigkeit thun. Ich muß m o r g e n dieß Schreiben schließen. Die Post geht ab.

259. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

3. Juli 1857.

E. E. beehre ich mich in Fortsetzung meines gestrigen Schreibens noch Nachstehendes g. vorzutragen.

Ich besuchte vorgestern den mir als früherer College in Frankfurt bekannten Fürsten Gorczakow und traf bei ihm mit Herrn von Bülow von hier zusammen. Das Gespräch kam natürlich auf die dänische Frage, und ich setzte meine Ansicht etwa in Folgendem

[1]) Der Satz bis „nützlich werden" von Poschinger gesperrt.

auseinander, was ich indessen E. E. gegenüber nicht in allen Punkten als meine wirkliche Meinung gebe, sondern theilweis mit Rücksicht auf jene Herrn vorbrachte.

Preußen hat ebensowohl wie Rußland das Interesse, die dänische Monarchie in ihrem Territorialbestande erhalten zu sehn, weil alles, was an ihre Stelle treten könnte, für uns unbequemer wäre, als das heutige Dänemark, sobald es verständig regirt wird. Die Gesamtverfassung ist aber kein erhaltendes Band für den dänischen Staat, sondern ein zersetzendes Element, welches die Trennung zwischen Deutschen und Dänen durch Reibungen fördert und den Staat unfähig macht, europäische Krisen zu überdauern. Um Dänemark zu kräftigen, müsse die Gesammtverfassung und mit ihr die Herrschaft der Demokratie fallen.

Herr von Bülow gab dies, als mit seiner Privatansicht, vielleicht auch mit der einiger der dänischen Minister übereinstimmend, im Allgemeinen zu, meinte aber, daß man der Regirung Zeit lassen müsse, um ein Programm der Art zur Reife und eine conservative Herrschaft zur Entwicklung zu bringen (er ließ dabei vermuthen, daß er alsdann bereiter sein werde, ins Ministerium zu treten); versuche man, die letztre durch eine Pression von außen zu zeitigen, so werde man Unruhen in Copenhagen und in Folge derselben fremde, namentlich englisch-französische Einmischung herbeiführen.

Das Bemerkenswertheste in den Äußerungen des Fürsten Gorczakow war, daß der Schlüssel der Position in den Händen der Gräfin Danner liege, et si on s'assurait d'elle en lui assurant un avenir, so bedürfe es gar keines Regierungswechsels (von dem jetzt gerüchtweise so oft die Rede sei), um mit dem jetzigen Könige alle wünschenswerthen Änderungen durchzusetzen, ohne daß es zu Unruhen oder Einmischungen zu kommen brauche. Herr von Bülow begleitete diese Rede mit einem Kopfnicken, welches eine diplomatische Mitte zwischen Nachdenken und Beifall halten wollte. Schließlich stellte mir Fürst G[orczakow] dringlich vor, wie wünschenswerth es sei, der letzten dänischen Mittheilung gegenüber keine heftigen und unerwarteten Schritte zu thun, sondern erst zu sehn, wie sich die Beziehungen zwischen den holsteinischen Ständen und der Regirung practisch gestalten würden.

Graf Montessuy hat einige Zeit in Paris zugebracht. Seine Äußerungen bestätigen von Neuem meine eignen Wahrnehmungen, daß der Kaiser Napoleon ein Zusammentreffen mit Sr. Majestät und mit dem Kaiser Alexander lebhaft wünscht, aber nicht recht wagt, explicite Schritte dazu zu thun, weil er fürchtet, daß das Bekanntwerden derselben von seinen Gegnern gemißbraucht werden würde, um ihn der französischen Eitelkeit als einen Bittenden um Zulassung in vornehme Gesellschaft darzustellen. Meinem hiesigen Collegen von Frankreich läßt der Kitzel, sich ein Verdienst um die Zusammenkunft zu erwerben, ohne sich zu compromittiren, an keinem Tage Ruhe. Gleich nach seiner Rückkehr hat er zu mir und Herrn von Fonton in dem Sinne gesprochen; er habe keine Aufträge, aber er sei überzeugt, daß es dem Kaiser sehr lieb sein würde; durch Herrn von Moustier seien Nachrichten gekommen, daß auch S. Majestät der König dafür gestimmt sei; er habe gehört, daß durch Hatzfeld eine Einladung des Kaisers N. zu unsern Manövern, oder zu einem Zusammentreffen jetzt in Süddeutschland erfolgt sei oder doch erwartet werde; kurz er steckt voller „on dit" über dieses Thema, hält aber nicht Stand, wenn man ihn genauer fragt. Mit Fonton führt er ähnliche Reden; derselbe nahm sie anfangs kühl auf, sagte, er laufe Gefahr, die Empfindlichkeit des F. Gorczakow zu erregen, wenn er sich auf die Erörterung einlasse; dann theilte er mir Montessuys Bemühungen mit, und sprach[1]) von

[1]) Vorlage: sagte.

der Schwierigkeit, welche die Rang- und Etikettefrage bei solcher Begegnung darbieten würde. Ich fragte vorgestern den Fürsten Gorczakow, ob er auf eine Zusammenkunft beider Kaiser rechne; er sagte, sie sei nicht unmöglich, da sein Kaiser bis zum 22. in Kissingen bleibe; sie würde ihm, und er glaube auch dem Kaiser, zur größten Freude gereichen, da die persönlichen Beziehungen beider Monarchen vermöge ihrer directen Correspondenz ganz ausgezeichnete seien; Schritte, um eine Zusammenkunft herbeizuführen, könnten aber nach allen Avancen, die Rußland an Frankreich gemacht habe, nicht von ersterem ausgehn; die Rangfrage müsse man sich selbst überlassen; wenn man sie vorher bespreche, werde sie schwierig. Er sprach lange und viel über das Thema, über die örtlichen Möglichkeiten, wo man sich treffen könne; das Leichteste schien ein Gegenbesuch des K[aisers] Napoleon in Stuttgart, von dort ein Besuch bei der Kaiserin-Mutter in Wildbad. Im Ganzen hatte ich den Eindruck, daß er mit Sicherheit auf die Verwirklichung rechnet, entweder weil er glaubt, der französische Kaiser werde es nicht lassen können, auch ohne daß Rußland neue Avancen mache, oder, was mir noch wahrscheinlicher wurde, weil die ganze Sache schon arrangirt und abgemacht ist und Gorczakow mir nur den Eindruck lassen wollte, als warte Rußland ruhig das Entgegenkommen Frankreichs ab. Wenn meine Vermuthung richtig ist, so darf ich annehmen, daß auch wir der Verabredung nicht mehr fremd sind, und wünsche uns Glück dazu.

Es ist dringend zu wünschen, daß wir in Deutschland wieder eine gewichtigere diplomatische Position gewinnen, indem sich durch eine solche Begegnung der drei Monarchen der Schatten einer möglichen künftigen Allianz an der Wand zeichnet. Die rücksichtslose Dreistigkeit, mit der jetzt wieder Sachsen, Würtemberg und sogar Hanover in der Rastatter Frage gegen uns Parthei nehmen, anstatt doch wenigstens auf vermittelnde Verhandlungen und Verständigungen hinzuwirken, ist wirklich frech zu nennen und recht geeignet, Oestreich in seinem System, uns zu majorisiren, anstatt uns zu gewinnen, zu bestärken.

Unter der mir heut von E. E. zugegangnen Expedition ist ein Bericht von Zschock[2]) aus Stuttgart; derselbe läßt sich, wie es scheint, durch den Vorwurf verblüffen, daß wir principielle Opposition gegen Oestreich machten; er hätte erwidern sollen, daß Oestreich principielle Opposition gegen uns macht; Oestreich tritt erobernd auf gegen unsre Position in Deutschland, und man will uns vorwerfen und übelnehmen, daß wir uns vertheidigen, statt daß man uns beistehn und Oestreich vorhalten sollte, daß es den deutschen Bund muthwillig sprengt, wenn es fortfährt, Preußen mit Bundesmajoritäten unterdrücken zu wollen.

Die Kreuzzeitung könnte auch etwas Klügeres thun, als in den Chorus der sittlichen Entrüstung östreichischer Blätter über angebliche Provocation französischer Einmischung in deutsche Fragen einzustimmen; sie sollte lieber Oestreich ins Gewissen reden, daß es Frieden mit uns sucht und hält, anstatt uns überlaufen zu wollen. Diese Theoretiker reden, als ob Oestreich gar kein Ausland mehr für Preußen wäre, und als ob wir vollständig in Präsidial-Deutschland aufzugehn hätten. Nicht durch das Bücken vor östreichischer Anmaßung, sondern dadurch, daß wir die Zähne zeigen und auf die nothwendigen Consequenzen einer schlechten Behandlung Preußens offen aufmerksam machen, werden wir zu bessern Verhältnissen in Deutschland kommen können.

In Betreff Oestreichs, sagte F. Gorczakow, sei die Stimmung des Kaisers Alexander dieselbe, wie zur Zeit der Krönung; die Worte Oestreichs würden die in Folge der

---

[2]) Über Zschock vgl. neuerdings die Veröffentlichung von Johannes Schultze, Max Duncker.

östr. Politik natürliche Kälte Rußlands nicht ändern, mit Phrasen lasse man sich nicht abspeisen, und Rußland werde nicht mehr die dupe einer angeblichen Solidarität des „östreichischen“ Conservatismus sein; Frankreich werde, solange sein jetziges System daure, naturgemäß den von Oestreich leer gelassenen Platz einnehmen, und die Verbindung von Rußland, Preußen und Frankreich werde, an Stelle der frühern Allianz, den Frieden Europas erhalten und dem krankhaften östreichischen Ehrgeiz im Orient und in Deutschland Schranken stecken. Den Gedanken dieser Tripel-Allianz formulirte er sehr rondement als Ziel seiner Wünsche, nannte dann auch England gelegentlich als Vierten im Bunde und sprach von demselben bei Weitem nicht mit der Abneigung wie von Oestreich.

Was von dieser, noch sehr in Details über den Character höchster Personen, besonders des Kaisers Franz Joseph, eingehenden Unterhaltung nur für mich, und was aus Überzeugung gesprochen wurde, vermag ich nicht zu sagen; aber viel Vortheil konnte er sich weiter nicht davon versprechen, mir diese Ansichten als die seinigen aufzubinden, wenn er sie nicht wirklich hatte. Er fragte mich, ob ich nicht einen Besuch in Kissingen machen würde, da der Kaiser mich noch nicht kenne; ich konnte nur erwidern, daß ich es gern thun würde, wenn meine hiesigen Geschäfte es gestatteten.

Für den Monat August hat mich der Prinz Friedrich von Hessen auf 14 Tage zur Jagd nach Schweden eingeladen; da wir alsdann voraussichtlich Ferien haben, so würde ich gern hingehn; er sagt mir, daß außer dem Prinzen von Dänemark einige Sommitäten der politischen Welt des Nordens, Baron Blixen und Andre dort sein würden. Ich kann also manche Gelegenheit zur Information dabei haben.

Von einem Mitgliede der französischen Gesandschaft in der Schweiz ist mir gelegentlich die Frage gestellt worden, ob die Herren bei Wiederaufnahme unsrer diplomatischen Beziehungen zur Schweiz von uns decorirt werden würden; ich sagte ihm, daß alle bei dergleichen Vertretungen übliche Ehren ohne Zweifel gewährt werden würden. Der erste dortige Secretär, Tillos, ist einer der ältesten, wenn nicht der älteste premier sécrétaire im französischen Dienst, dabei ein Mann von Fähigkeit und mit deutschen Verhältnissen von der Universität her vertraut, so daß ihm wohl spätere Verwendung im deutschen Dienst bevorsteht; ich möchte ihn deshalb der Berücksichtigung besonders empfehlen. Einer der Secretäre ist kürzlich nach Amerika versetzt. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

[Nachschrift.]

Was Herr von Zschock über den Eindruck unsrer „principiellen Opposition gegen Oestreich“ in Würtemberg sagt, ist deshalb, wenn es wahr ist, merkwürdig, weil der König von Würtemberg und Herr von Hügel bisher und in den letzten zwei Jahren gegen mich und Andre jederzeit nur im Sinne der heftigsten Gereiztheit gegen Oestreich gesprochen haben. Sollte in Stuttgart vielleicht etwas über bairische Besprechungen mit Frankreich, bei Gelegenheit des Besuchs des Königs in Paris, verlautet haben, wodurch Würtemberg beunruhigt und zum Anschluß an Oestreich bestimmt würde?

260. Bericht vom 3. Juli 1857 an König Friedrich Wilhelm IV., betr. die Haltung der Mehrheit in der Militärkommission. — Vgl. Poschinger III Nr. 71.

261. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

7. Juli 1857.

E. E. erlaube ich mir einige mit der Reise des Kaisers von Rußland zusammenhängende Nachrichten g. mitzuteilen.

In einem frühern Schreiben[1]) meldete ich, daß Gr. Buol gegen Gr. Rechberg die Absicht geäußert hatte, die Reise des Kaisers Alexander zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen Oestreich und Rußland zu benutzen. Aus sicherster Quelle habe ich über die Art, wie dieses versucht worden ist, Folgendes in Erfahrung gebracht. Als Gr. Rechberg in der Woche nach Pfingsten, ostensibel zum Besuche seines Bruders, nach Würtemberg ging, hat er im Auftrage seines Cabinetes dem Könige von Würtemberg die Bitte vorgetragen, der Vermittler Oestreichs bei dem Kaiser Alexander zu sein, und der erstre hat es übernommen, auf letztern in dem gewünschen Sinne einzuwirken. Bei der Anwesenheit des Kaisers in Wildbad ist dieß jetzt geschehn, aber ohne den gewünschten Erfolg. Der Kaiser hat auf die Vorstellungen des Königs, welche ihre Begründung vorzugsweise den von der Revolution und eventuell von Frankreich drohenden Gefahren entnommen haben, erwidert: Er hege keine feindseligen Gesinnungen gegen Oestreich, habe aber auch keinen Anlaß zu intimeren Sympathien, und bevor von einer Annäherung Rußlands an Oestreich die Rede sein könne, müsse er andre „Garantien" für die östreichische Politik haben als bisher. Wenn aber auch Oestreich bereit wäre, diese Möglichkeit zu gewähren, so werde sich der Kaiser Alexander doch „à tout jamais" nicht wieder auf eine Allianz zu Dreien mit der Frontstellung g e g e n F r a n k r e i c h einlassen. Fürst Gorczakow hat sich dann gegen den König von Würtemberg noch weiter darüber ausgesprochen, daß Rußland bestrebt sein werde, mit Preußen und Frankreich in enge Beziehungen zu treten, welche darauf berechnet seien, den Frieden und das Recht in Europa gemeinschaftlich aufrecht zu erhalten; wenn Oestreich später das Bedürfniß fühlen sollte, zur Verfechtung derselben Grundsätze jener Verbindung als Vierter beizutreten, so werde Rußland sich dem nicht widersetzen. Der König von Würtemberg selbst hat seinen für die Verständigung Oestreichs mit Rußland unternommenen Versuch als complètement raté bezeichnet.

E. E. werden wohl schon von Baden aus erfahren haben, daß der General Rewbel auf telegr. Befehl des Kaisers Napoleon sich zur Begrüßung des Kaisers von Rußland dort eingefunden und das Bedauern des erstern darüber ausgedrückt hat, daß er nicht früher gewußt habe, wie nahe der K[aiser] von R[ußland] der französischen Gränze gekommen, und ihn daher nur durch den General begrüßen könne. Der K[aiser] Alexander hat erwidert, daß sein Entschluß, nach Baden zu gehn, ein ganz plötzlicher gewesen, und daß es ihm sehr leid thue, nicht schon bei dieser Gelegenheit die persönliche Bekanntschaft des Kaisers der Franzosen haben machen zu können.

Nach einigen mir von Eisenbahnbeamten in Betreff der Circulation und Aufstellung der Hofwagen und sonst zugehenden Notizen glaube ich annehmen zu dürfen, daß der Kaiser Alexander bereits zu Ende dieser Woche wieder hierdurch auf der Bahn nach Heidelberg passiren wird, also vermuthlich am 13. zum Geburtsfest der Kaiserin-Mutter in Wildbad ist.

Die letzten Nachrichten aus Hanover sind sehr eigenthümlich; ich höre, daß die Wendung zu Oestreich persönliche Politik des Königs Georg, im Widerspruch mit Platens

---

[1]) Vgl. oben S. 234.

Ansicht ist, vielleicht das Werk Zimmermanns, der sowohl den König wie Platen beherrscht. Mein Hanöverscher College hier bemerkte dazu, daß Oestreich der einzige Hof sei, der einen Gesandten in Hanover habe; die von Preußen, Rußland und Frankreich[2]) seien fort; von letzterm hörte ich dabei, daß seine Stellung sehr schlecht sei, er sich viel Feinde mache und Politik auf eigne Hand zu treiben suche; so habe er in der Neuenburger Sache gegen uns operirt, im Widerspruch mit seiner Regirung. Es sei für uns schlechterdings nothwendig, einen ständigen Gesandten in Hanover zu haben, wenn wir Einfluß dort behalten wollten; Isenburg habe den besten Willen, sei aber durch die untergeordnete Stellung und die geringen Geldmittel ebensosehr wie durch das Bedürfniß, sich die persönlichen Sympathien in Hanover und die Aussicht auf die Nachfolge bei Nostitz Abgang zu erhalten, an einem festen Auftreten verhindert.

Ein Maßstab für die Gefühle, welche König Georg uns und Oestreich widmet, liegt in der Verschiedenheit, mit welcher der Fall des Jahdebusens und der von Rastadt aufgefaßt wird. Für die Entwicklung deutscher Wehrkraft zur See läßt sich noch patriotischer argumentieren, wie für die östreichische Vertheidigung Rastadts, und letztres ist in ganz anderm Sinne ein Zwing-Uri für den Südwesten, als die Jahde für den Nordwesten Deutschlands. Die Redensarten von der französischen Einmischung liefern dem Könige von Hanover einen sehr willkommnen Vorwand, sich in dem Dilemma zwischen uns und Östreich in anscheinender sittlicher Entrüstung auf die Seite des letztern zu schlagen. Es scheint, daß die deutschen Staaten sich gewöhnen, nur Östreich als hinreichend souverän zu betrachten, um ihm eine selbständige Politik zu gestatten, an die sich dann Preußen jederzeit anschließen muß, bei Strafe für „undeutsch“ erklärt zu werden. Wenn wir uns durch derartige Theorien meistern lassen, so werden wir bis zu einer Linie gedrängt werden, an der wir den Bund nicht mehr halten können, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen. Zeigen wir aber die Entschlossenheit, uns das Recht der selbständigen Politik und der entscheidenden Einwirkung auf die Geschicke Deutschlands durch jedes Mittel zu erhalten, so wird die Einigkeit Deutschlands fester werden, indem die Überhebung Östreichs und der Mittelstaaten aufhört, unsre Stellung im Bunde unhaltbar zu machen. Ich will damit nicht sagen, daß sie schon unhaltbar wäre; sollten wir aber berufen sein, innre oder äußre Stürme zu bestehn, so macht es, bei einer eitlen Nation, wie wir sind, einen bedenklichen Unterschied, ob vermöge der auswärtigen Stellung, die wir haben, das preußische National-Gefühl gedrückt oder befriedigt ist; das eine oder das andre wird es heut zu Tage ziemlich genau in dem Verhältniß sein, in welchem man im Lande glaubt, daß wir abhängig oder unabhängig von Östreich uns bewegen, und ich zweifle nicht, daß es unsern innern Zuständen wohlthun würde, wenn sich im Lande der Eindruck auffrischte, daß die Regirung eine feste Stellung Östreich gegenüber einnimmt.

Sehr schlagend ist die Äußerung des Grafen Walewski gegen Baden, daß es ihn überrasche, dieselben Regirungen, welche über den Durchmarsch der Preußen nach der Schweiz in Paris angefragt hätten, jetzt so empfindlich darüber zu sehn, daß Frankreich seine Ansicht über die Festsetzung Oestreichs in Baden äußre.

In Betreff der dänischen Frage ist hier bei den Gesandten von Oestreich, Sachsen, Würtemberg, Baden, beiden Hessen, Luxemburg, Nassau, der 16. Stimme und natürlich Holstein nicht der mindeste Eifer zu spüren, sie bald an den Bund gebracht zu sehn; man

---

[2]) Graf v. Reculot.

fürchtet, daß die öffentliche Meinung die Thatsache überschätzen, sich zu großen Erwartungen aufregen und der Bund diesen alsdann nicht entsprechen können und vermöge der Enttäuschung im Ansehn leiden werde. Die Collegen von Hanover, Meklenburg, Weimar, Oldenburg, den freien Städten sind schon bereiter als jene, den dänischen Übermuth zu züchtigen; der von Baiern spricht in jüngster Zeit weniger davon als sonst.

Vorgestern besuchte ich den alten Metternich auf dem Johannisberg; ich finde ihn körperlich sehr, geistig wenig verändert seit 5 Jahren; er sprach fast nur von längst vergangnen Zeiten, das einzige Thema der Gegenwart, auf welches er einging, war eine Parallele zwischen Kossuth und Mazzini; man habe Programme und politische Briefe von beiden in neuster Zeit aufgefangen, in welchen beide sich bekämpften. Mazzini wolle Italien durch stets wiederholte Attentate in Aufregung erhalten, Kossuth rathe, im Stillen zu wirken, bis man sich stark fühle und bis die Gelegenheit einträte. Der Fürst erklärte Mazzini und sein Programm für albern und für den Regirungen ebenso nützlich, als die fingirten Attentate auf Louis Philippe, Kossuth dagegen für einen großen und höchst gefährlichen „Staatsmann der Revolution.“ Mit ausgezeichneter Verehrung ...

262. Bericht vom 9. Juli 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. Hessen-Homburger Hofnachrichten. — Vgl. Poschinger III Nr. 72.

263. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. Juli 1857.

E. E. erlaube ich mir in Bezug auf die dänische Frage g. anzuzeigen, daß, nach einer heut an Graf Montessuy aus Paris eingegangnen Benachrichtigung, Oestreich dort bereits erklärt hat, daß ihm die letzte dänische Rückantwort nicht von der Art zu sein scheine, daß die deutschen Mächte genöthigt wären, die Frage nunmehr an den Bund zu bringen. Oestreich werde vorziehn, die Berufung der holsteinischen Stände abzuwarten; es komme daher lediglich darauf an, ob Preußen derselben Ansicht sei.

Ich höre, daß der Großherzog von Darmstadt die Absicht hat, den Kaiser Napoleon in Plombières zu besuchen, und der König von Würtemberg sich später zu ihm nach Biaritz begeben wird; die erstre Angabe ist aus einer gut unterrichteten Quelle, die andre von der Königin von Würtemberg selbst. Der Kaiser Alexander wird, wie ich schon in meinem letzten Schreiben andeutete, die Kaiserin-Mutter zum 13. c. in Wildbad besuchen; er wird übermorgen, am Sonntag, hier bei Herrn von Fonton diniren und am Abend in Wildbad eintreffen. Auf den 14. Abends ist hier Quartier für die Kaiserin-Witwe bestellt, welche am 14. oder 15. ankommen und von hier zunächst nach Weimar fahren will. Mit der ausgezeichnetesten Hochachtung . . .

264. Bericht vom 16. Juli 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Übergriffe des österreichischen Bevollmächtigten bei der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Konferenz. — Vgl. Poschinger III Nr. 73. Hinter „Überschreitungen“ in Zeile 5 ist einzuschalten: „und Fälschungen“.

265. Bericht vom 21. Juli 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Nachzahlung von Pensionsraten an die ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere und die Unterstützung zweier früherer österreichischer Militärs durch den Bund. Haltung Rechbergs in dieser Angelegenheit. — Vgl. Poschinger III Nr. 74.

266. Bericht vom 24. Juli 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. den Antrag auf Anstellung eines ständigen Polizeidirektors für Frankfurt a. M. Absichten Sachsens und Österreichs hierbei. — Vgl. Poschinger III Nr. 75. Daselbst ist S. 145 Zeile 17 vor „Tätigkeit" einzuschalten: „ruhelose".

267. Bericht an König Friedrich Wilhelm IV.

[Ausfertigung.]

24. Juli 1857.

In der gestrigen 24. Bundestagssitzung erstattete der Handelspolitische Ausschuß ... einen Vortrag über den Bericht des Kaiserlich österreichischen Bevollmächtigten bei der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Konferenz, die weitere Behandlung der Geschäfte derselben betreffend. [Es folgen Angaben über das Verfahren des Ritters von Raule.] Der Ausschuß schien ebenfalls durch das Verhalten des österreichischen Bevollmächtigten unangenehm berührt, und war namentlich der Referent, Freiherr von Schrenck, bemüht, eine Fassung für die Anträge zu finden, welche mir die Möglichkeit ließ, denselben zuzustimmen. Der Ausschußbericht .... spricht daher die von dem Ritter Raule nachgesuchte Genehmigung nur für die Verlegung des Kommissionssitzes, behufs Beratung des Seerechts, nach Hamburg aus, schlägt aber sonst vor, der Kommission zu eröffnen, daß die Anzeige des Ergebnisses der bisherigen Verhandlungen, sowie die sachgemäßen Beschlüsse über die weitere Geschäftsbehandlung der Bundesversammlung zur befriedigenden Kenntnis gedient hätten.

Streng genommen hätte ich nach der von uns in Nürnberg zur Sache eingenommenen Stellung die Frage wegen der Beratung in Hamburg nicht als einen Gegenstand der Beschlußnahme der Bundesversammlung anzuerkennen brauchen, zumal es sich nicht um eine eigentliche Verlegung des Sitzes der Konferenz nach Hamburg, sondern nur um eine dem Ermessen der einzelnen Bevollmächtigten überlassene Information in betreff des Seerechts an einem Hafenorte handelte. Ich habe indessen geglaubt, aus Rücksichtnahme auf die Ansicht meiner Kollegen, im Interesse der Verständigung von diesem Punkte absehen zu sollen, und gleich allen übrigen Gesandten den Ausschußanträgen zugestimmt. In Gemäßheit der mir von E. K. M. Ministerpräsidenten erteilten Autorisation fügte ich indessen, unter Bezugnahme auf die in Nürnberg stattgefundenen Verhandlungen, meinem Votum einige Bemerkungen bei, worin ich das Verfahren des Ritters von Raule als eine Überschreitung des ihm gewordenen Auftrages und deshalb als eine Gefährdung des gemeinsamen Zweckes der Konferenz bezeichnete, indem ich darauf hinwies, daß, wenn der bisher leitende Geist bundesfreundlicher Rücksichtnahme und gegen-

seitigen Vertrauens nicht auch ferner vorherrschend sei, für die Erreichung des vorgesteckten Zieles nicht in der Sache liegende Schwierigkeiten entstehen müßten. Hiefür jede Verantwortlichkeit preußischerseits abzulehnen, bezeichnete ich als den Zweck der von mir zu Protokoll gegebenen Bemerkungen.

Graf Rechberg hatte mir den Bericht des Ritters von Raule seinerzeit nicht mitgeteilt, sondern, obschon er voraussehen mußte, daß die Behandlung dieser Frage Schwierigkeiten bot, denselben mir ganz unerwartet zum Vortrag gebracht. Ich habe meinen österreichischen Kollegen bei ähnlichen Vorgängen wiederholt und mit freundlichem Entgegenkommen gebeten, solche Sachen, welche voraussichtlich zu streitigen Erörterungen zwischen uns Anlaß geben, mit mir zu besprechen, bevor sie in die Sitzungen eingebracht werden, indem ich namentlich bei den analogen Fällen der Vereidigung des zweiten Kanzleidirektors und der österreichisch-badischen Anträge wegen der Rastatter Besatzung ihm zu erwägen gab, daß er mich durch überraschendes Einbringen schwieriger Fragen in die Notwendigkeit setze, die Meinungsverschiedenheiten der beiden Großmächte vor der ganzen Versammlung zu erörtern, wenn ich nicht den Rechten E. K. M. ah. Regierung durch Stillschweigen etwas vergeben wolle. Ich habe dabei hervorgehoben, daß diejenigen Meinungsverschiedenheiten, welche vermöge der eigentümlichen Interessen jedes der beiden Staaten schließlich ihren Ausdruck im Protokoll notwendig finden müßten, in viel gemäßigterer und versöhnlicherer Gestalt auftreten könnten, wenn wir uns vorher über die Form und das Maß der Erklärungen beider Teile verständigten, daß dagegen der Versuch einer Überraschung von seiten des Präsidiums mich stets von neuem mit Mißtrauen erfülle und die streitigen Sachen schwieriger mache, als sie von Hause aus schon wären. Ich habe demungeachtet von Graf Rechberg weder Zusicherungen über diesen Punkt, noch, wie der neueste Vorgang mit dem Nürnberger Berichte zeigt, eine Änderung seines Verhaltens erlangen können. Graf Rechberg hat zu viel Urteil, um nicht einzusehen, daß durch ein solches Verhalten die Beziehungen Preußens zu Österreich mutwillig erschwert werden, und es liegt deshalb die Annahme nahe, daß er oder das Kaiserliche Kabinett Gründe hat, dergleichen Reibungen absichtlich herbeizuführen, in der Überzeugung, daß es Österreich gelingen werde, vor den übrigen Bundesregierungen entweder Preußen oder mir persönlich die Schuld der Unverträglichkeit zuzuwenden. Namentlich in solchen Fragen, wo ein Teil oder die Mehrheit der deutschen Regierungen das Zustandekommen einer Vereinbarung wünscht, Österreich aber das mutmaßliche Resultat für sich selbst nicht passend erachtet, ohne eingestehen zu wollen, daß das Hindernis in den eigentümlichen Verhältnissen des Kaiserstaates liegt, ist es natürlich, daß das Wiener Kabinett durch anscheinend unbedeutende Verletzungen unserer prinzipiellen Auffassung unsern Widerspruch provoziert, oder uns zum Aufgeben der eingenommenen Stellung zu nötigen sucht. Leider geht das gewöhnliche Verhalten der Gesandten der Mittelstaaten in solchen Fällen nicht etwa dahin, Österreich zum Abstehen von einer auch von ihnen als unberechtigt erkannten Prätension zu bewegen, sondern sie machen mir, indem sie mir zugeben, daß Österreich anders hätte verfahren können, die Zumutung, nachzugeben und das Werk der Einigung nicht durch Beharren auf „Kleinigkeiten" zu stören. So traten auch in der gestrigen Sitzung die Gesandten der vier Königreiche und [von] Baden dem österreichischen Vorbehalt einer Gegenerklärung gegen meine Bemerkungen bei, während alle übrigen zehn Stimmen, und zu meiner Verwunderung auch die von Darmstadt, Braunschweig-Nassau und der 16. Kurie, den Ausschußanträgen, unter Vortritt des kurhessischen Gesandten, einfach zustimmten und dadurch gewissermaßen Position auf unserer Seite nahmen.

Als Graf Rechberg mir in der Sitzung sein Bedauern ausdrückte, mein Votum nicht vorher gekannt zu haben, erinnerte ich ihn an das von ihm beobachtete Verfahren und bemerkte, daß er die entstandene Differenz hätte sehr mindern, wenn nicht vermeiden können, falls er mit mir vor Einbringung der Sache Rücksprache genommen hätte. . . .

268. Bericht vom 25. Juli 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Vertretung österreichischer Interessen in preußischen Blättern. — Vgl. Poschinger Neue Berichte S. 254.

269. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

Kopenhagen, 24. August 1857.[1])

E. E. erlaube ich mir anzuzeigen, daß ich übermorgen, Mittwoch, Nachmittags in Berlin einzutreffen gedenke und meine Reise gern am Abend desselben Tages mit der Ostbahn fortsetzen möchte. Wenn es E. E. Zeit erlaubt, so würde ich Ihnen bei dieser Gelegenheit über die hier erhaltenen Eindrücke mündlich Bericht erstatten, und werde ich übermorgen etwa um 5 Uhr nachfragen, ob und zu welcher Stunde ich im Laufe des Abends die Ehre haben kann, E. E. aufzuwarten.

270. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 16. September 1857.[1])

Verehrtester Herr Legationsrath, ich bin vorgestern aus Rußland[2]) hier angekommen und habe die Unruhe der höchsten Herrschaften[3]) und einen Brief von Ihnen[4]) hier vorgefunden. Nur jetzt, früh vor 6 und im Begriff nach Spandau zu fahren, kann ich Ihnen zwei Worte schreiben. Das Manöver ist die einzige Gelegenheit, mit Sr. Majestät zu sprechen. Der Kaiser[5]) fährt heut um 4 nach Weimar, von dort zum 18. nach Darmstadt, wo er bis 24. bleiben will. Der König hatte die Absicht, ihm einige Tage später zu folgen, die Aerzte haben es aber absolut verboten und einige Wochen gänzlicher Ruhe für ihn verlangt. Die Leute der nächsten Umgebung Sr. Majestät sind derselben Ansicht, auch die, welche gewünscht hätten, daß er nach Stuttgart[6]) ginge. Vielleicht komme ich noch in dieser Woche für einige Tage nach Frankfurt; einstweilen bitte ich Sie, meinen Leuten das Lohn, welches vermuthlich seit 1. Aug. rückständig ist, bei Seufferheld anzuweisen. Der Koch hat einen Nothruf an meine Frau deshalb gerichtet. Ich hatte bei Seufferheld bestellt,

---

269. [1]) Nach dem Abdruck bei Poschinger IV Nr. 118. Das Original befindet sich in dem an das Geh. Staatsarchiv gelangten Nachlaß Manteuffels nicht.

270. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch V 19.

[2]) Von einem Besuch bei baltischen Freunden in Kurland, mit denen er gejagt hatte

[3]) Wegen des Gesundheitszustandes König Friedrich Wilhelms IV., der im Juli bei einem Besuche in Pillnitz erkrankt war und bei dem seitdem bedenkliche Zeichen geistiger Ermüdung beobachtet wurden.

[4]) Scheint nicht vorhanden zu sein.

[5]) Kaiser Alexander II. von Rußland.

[6]) Zu einer Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland und Napoleon. Vgl auch S. 242.

daß Sie es anweisen würden. Der Kaiser hat mir vorgestern Anne mit Krone[7]) gegeben, entweder weil ich 6 Elenthiere in Rußland geschossen oder weil ich 2 gefehlt habe. Ich muß fort. Der Ihrige.

271. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

23. September 1857.

E. E. werden schon direct durch den Telegraphen Kenntniß davon haben, daß der Kaiser von Östreich am 1. October mit dem von Rußland in Weimar zusammentrifft. Es ist mir mit dem Beding mitgetheilt, gegen niemand als die eigne Regirung etwas davon merken zu lassen; zugleich wurde die Besorgniß geäußert, der Kaiser Franz Joseph könne diese Begegnung in der Absicht angeregt haben, durch Zuziehung Sr. M. des Königs zu derselben sie, der Stuttgarter Zusammenkunft[1]) gegenüber, zu einer Gegendemonstration im Sinne der heiligen Allianz zu benutzen. Fürst Gorczakow sagte mir, daß sein Kaiser, bei dem leicht erregbaren Mißtrauen des französischen, jedenfalls alles vermeiden wolle, was in jenem Sinne gedeutet werden könne, und deshalb eine Zusammenkunft à trois, eine gleichzeitige Begegnung mit unserm allergnädigsten Herrn und dem Kaiser von Östreich für unthunlich halte. Der Kaiser von Östreich hat den von Rußland direct um eine persönliche Unterredung gebeten und letztrer Weimar vorgeschlagen. Gr. Buol wird seinen Herrn nicht begleiten, sondern nur Gr. Grünne. Von Weimar wird der Kaiser Alexander am 2. Oct. um 6 Uhr früh nach Dresden fahren und von dort um 9 Abends in Potsdam eintreffen. In Darmstadt habe ich ihn am Sonntag beim Thee der Großherzogin und Montag auf der Parade der Darmstädter Truppen gesehn. Das erste Mal sprach er wieder sein Bedauern aus, daß S. M. der König nicht nach Stuttgart käme, bemerkte aber, daß der Großherzog sehr zufrieden mit dieser Gestaltung sei, weil die Zusammenkunft ohnehin die deutschen Fürsten beunruhige. Letztres sagte mir Herr von Dalwigk auch und sprach sich schärfer antirussisch zu mir aus, als ich unter jetzigen Umständen erwartete. Wenn er erst weiß, daß der Kaiser von Östreich nach Weimar kommt, so wird er wohl wieder einen andern Ton anschlagen, wie nicht minder die östreichische Presse, die jetzt von allen Seiten das Horn bläst, um Deutschland zur „Wachsamkeit“ aufzufordern. Von Baiern sind lebhafte Anstrengungen gemacht worden, um den Kaiser Napoleon zu bewegen, daß er seine Excursion bis München ausdehne, aber bisher vergebens. In Darmstadt hofft man noch lebhaft auf den französischen Besuch nach der Stutgarder entrevue, kann aber nichts Sichres über die Art der Rückreise nach Frankreich in Erfahrung bringen. Der französische Gesandte sagte mir, daß sein Kaiser heut um 9 Morgens von Chalons abgefahren sei, vermuthlich den Tag in Straßburg oder Metz zubringe und am 24. in Baden sein werde. Rußland ist morgen 4 Uhr, Frankreich übermorgen 5 Uhr in Stuttgart.

Der bloßen Thatsache einer russisch-französischen Zusammenkunft gegenüber hat man hier schon das Gefühl, daß der Deutsche Bund wackelt und alle Bundesfragen bei den Collegen an Interesse verlieren; wie schnell würde die ganze Bundesverfassung auf die Bedeutung historischen Materials herabsinken, wenn ein Bündniß mit praktischen Zwecken zwischen jenen beiden erst wirklich vorläge!

[7]) St. Annenorden 1. Klasse mit der Krone

[1]) Vgl. S. 242 u. 249.

Gerüchtweise sagt man hier, daß Bonin zum Commandirenden des II. Armee-Corps bestimmt sei; wenn das geschähe, so wäre wohl zu wünschen, daß er einen Nachfolger bekäme, der sich während der noch übrigen Zeit des Preußischen Gouvernements der Frage wegen Verbesserung unsrer dortigen militärischen Stellung ernstlich annähme und mit Reitzenstein verabredete, was wir dazu thun können. Der Prinz von Preußen trifft heut Abend hier ein, und ich denke ihn nach Baden zu begleiten, da mit der Abreise des Kaisers von Darmstadt die Stille hier wieder eintreten wird. Mit der ausgezeichnetesten Verehrung ....

272. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Baden, 26. September 1857.[1])

Sie werden schon erfahren haben, daß die französische Rückreise[2]) über Saarbrück geht. Die Ehrenwache aus Mainz ist jetzt aber nicht erforderlich, weil die Garnison von Saarbrück morgen dort schon einrückt und sie selbst geben wird. Ob der Prinz den Kaiser dort als Gen[eral]-Gouv[erneur] nochmals begrüßt, entscheidet sich morgen erst; er ist heute nach Badenweiler, ich gehe mit nach S[aarbrück], falls er hingeht, andernfalls denke ich morgen spät in Frankfurt einzutreffen. Hier verlief alles zu gegenseitiger Zufriedenheit. In Frankfurt soll gestern eine chiffrirte Depesche für mich eingetroffen sein. Wenn etwas Wissenswerthes drin steht, hätten Sie sie wohl hergeschickt. Der Ihrige . in Eile.

273. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. September 1857.

E. E. habe ich schon früher g. angezeigt, daß ich die Ehre gehabt habe, S. K. H. den Prinzen von Preußen nach Baden zu begleiten. Am 24. Abends fand dort eine Soirée bei der Großherzogin Stephanie statt, bei welcher ich mich überzeugen konnte, daß die Frau Großherzogin von der bevorstehenden Zusammenkunft der Kaiser von Rußland und Österreich bereits Nachricht hatte. Ob sie von den näheren Umständen noch keine genaue Kenntniß besaß, oder nur den Schein davon annahm, um von mir etwas zu hören, weiß ich nicht. Den Ursprung der Mitteilungen, welche sie hatte, möchte ich auf ihre, dem Breisgauer Adel angehörige Umgebung, also auf österreichische Quellen zurückführen. Der der Großherzogin beigegebene Cavalier, ein ehemaliger österreichischer Offizier, dessen Name mir augenblicklich nicht beifällt, wurde mir insbesondere als ein österreichischer Agent bezeichnet, welcher mit der Berichterstattung an Österreich und mit derjenigen Einwirkung auf den französischen Hof, welche sich durch die Großherzogin Stephanie ausüben läßt, beauftragt sei.

Über die Unterredung, welche am Tage darauf S. K. H. der Prinz von Preußen mit dem Kaiser Napoleon gehabt hat, wird Herr von Savigny im Auftrage des Prinzen be-

[1]) Nach dem Druck im Bismarckjahrbuch V 19f.

[2]) Am 25. September hatte der Prinz von Preußen mit Kaiser Napoleon in Baden eine Unterredung. zu der B den Prinzen nach Baden begleitet hatte. Vgl. Nr. 271.

richtet und S. K. Hoheit selbst an S. M. den König geschrieben haben. Ich hatte im Verkehr mit dem Grafen Walewski und dem General Fleury den Eindruck, daß die Nachricht von der Zusammenkunft in Weimar den Franzosen neu oder doch vor Ankunft des Kaisers in Baden nicht mit Bestimmtheit und im Detail bekannt gewesen war. Der General Fleury fragte mich, ob es wahr sei, daß der Kaiser von Österreich den von Rußland in Darmstadt aufgesucht habe. Nachdem ich es verneint, erwiderte er, daß es dann wahrscheinlich noch geschehen werde. Graf Walewski hatte offenbar schon nähere Kenntnis von dem, was in dieser Beziehung bevorstand, befragte mich aber doch sehr eifrig und war sichtlich präokkupiert von diesem Gegenstande. Nach der Art, wie General Fleury und Graf Walewski das Zusammentreffen der beiden Kaiser in Weimar unter sich und mit mir besprachen, bin ich überzeugt, daß beide noch nicht die Zeit gehabt hatten, sich eine klare Ansicht darüber zu bilden. General Fleury bemerkte schließlich, daß, wenn ein Souverän dem anderen erkläre, er werde sich auf seinem Wege einfinden, der letztere die Unhöflichkeit nicht so weit treiben könne, seine Reiseroute zu ändern, und daß es zwischen Monarchen Mittel gebe, die Ablehnung einer Zusammenkunft unmöglich zu machen. Der Kaiser Napoleon schien mit Sr. K. H. dem Großherzog nur kühlere Beziehungen an den Tag legen zu wollen, was sich vielleicht durch einige über die Art seiner Durchreise und seines Empfanges in Baden vorhergegangene Mißverständnisse erklärt, über welche Herr von Savigny berichtet haben wird; mit großer Geflissentlichkeit aber legte er seine Verehrung für die Frau Großherzogin an den Tag. Als Kuriosum bemerke ich, daß Graf Walewski über seiner Ziviluniform eine goldene, nach Art unserer Offiziersschärpen gearbeitete Schärpe trug.

Die Gerüchte, welche während meines Aufenthaltes in Baden brieflich und mündlich von Stuttgart aus dorthin gelangten, waren, je nach den politischen Ansichten und Wünschen der Gewährsmänner, verschieden gefärbt. Die russischen Quellen brachten nur Günstiges und Erfreuliches in betreff des Eindrucks, den beide Kaiser sich gegenseitig gemacht, und der Beziehungen, in welchen sie ständen. Nach österreichischen und mittelstaatlichen Erzählungen dagegen sollten manche Verdrießlichkeiten vorgefallen sein. Der Kaiser von Rußland sei bemüht gewesen, zu konstatieren, daß er in Stuttgart zu Hause sei und der Kaiser Napoleon i h n besuche, deshalb sei er früher gekommen, habe länger bleiben wollen und den Verkehrsformen eine darauf berechnete Gestalt gegeben. Der französische Kaiser sei, nur um diesem Eindruck entgegenzutreten, einen Tag länger geblieben; die Ankunft I. M. der Kaiserin von Rußland habe den Franzosen bewiesen, daß die ursprüngliche Behauptung eines Unwohlseins nur ein Vorwand gewesen sei, um das Zusammentreffen mit der Kaiserin Eugenie zu vermeiden; die Begegnung in Weimar habe verstimmend[1]) auf den französischen Hof gewirkt und die Geheimhaltung der Einleitungen dazu durch Rußland keine genügende Erklärung gefunden; endlich habe die Legion von Polizeiagenten, von welchen der Kaiser Napoleon, unter Leitung des Herrn Pietri, in Stuttgart umschwärmt worden sei, einen üblen Eindruck gemacht.

Wenn ich hiermit zusammenhalte, was mir heute der Fürst Gortschakow über Stuttgart gesagt hat, so erscheinen allerdings die österreichischen Darstellungen als Täuschung oder Entstellung. Der Fürst sprach sich gegen mich im Tone der vollständigsten Befriedigung, ich möchte sagen, des Triumphes aus. Die Stuttgarter Zusammenkunft habe, sagte er, alle von Rußland daran geknüpften Erwartungen erfüllt und übertroffen. „On avait

[1]) Vorlage: verstimmt.

attribué à cette entrevue la portée d'un évènement historique, ce caractère dorénavant lui est acquis; c'est un fait accompli, auquel l'entrevue de Weimar ne pourra rien changer". Nach den Reden des Fürsten Gortschakow muß ich allerdings schließen, daß Verabredungen von großer Wichtigkeit zwischen Rußland und Frankreich in Stuttgart getroffen worden sind. Denn er sagte mir auf mein Befragen über die dänische Angelegenheit, daß Frankreich ursprünglich anderer Ansicht gewesen sei, als Rußland, und eine stärkere und frühere Einmischung der europäischen Mächte habe in Anspruch nehmen wollen; nachdem er sich aber mit Frankreich über viel größere Dinge verständigt habe, falle die dänische Frage unter den Satz minima non curat praetor und habe kein Gegenstand der Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Höfen bleiben können; Frankreich habe die Ansichten Rußlands adoptiert, und man werde danach die dänischen Streitigkeiten zunächst den Verhandlungen der Kopenhagener Regierung mit den Chefs der holsteinschen Partei und dann dem Bundestage als eine spezifisch deutsche Frage überlassen. Er werde sich in Berlin mit E. E. hierüber zu verständigen suchen. Herr von Bülow habe ihn in Stuttgart als Freund um seinen Rat gefragt, und er habe diesen nur in der Art geben können, wie ihn ein Vater streitenden Kindern gebe, indem er dem Stärkeren rate, zugleich der Vernünftigere zu sein und nachzugeben, unter den obwaltenden Umständen also dem dänischen Ministerium. So wenigstens verstand ich die mir nicht in allen Einzelheiten klare Darlegung, über welche ich bei der Kürze der Zeit keine aufklärenden Fragen stellen konnte. Wiederholt sagte er, daß die holsteinsche Frage eine spezifisch deutsche und für die „europäischen Interessen" eine minder erhebliche sei, daß dagegen die Stuttgarter Zusammenkunft Fragen von der höchsten Tragweite zum Gegenstande gehabt habe, über welche man sich in einer für Rußland und, wie er glauben dürfe, auch für Preußen vollständig befriedigenden Weise verständigt habe. „Mehr könne er mir für den Augenblick nicht sagen, und auch dies nur unter dem Siegel der Verschwiegenheit."

Schon als ich den Fürsten Gortschakow vor der Stuttgarter Zusammenkunft sah, war er unverkennbar bemüht, eine hohe Idee von der Bedeutung derselben zu erwecken, der Ansicht entgegenzutreten, als ob es sich nur um eine Courtoisie zwischen beiden Monarchen handle, und der Begegnung beider den Charakter eines historischen Ereignisses beizulegen. Inwieweit dieses Bestreben auf seine eigene Beurteilung der Resultate der Zusammenkunft oder auf sein Bestreben, mir über dieselbe eine hohe Meinung beizubringen, eingewirkt hat, vermag ich natürlich nicht sicher zu beurteilen. In betreff der Zusammenkunft in Weimar sagte er etwa folgendes: Dieselbe sei ohne alle politische Bedeutung, und er werde nur bedauern, wenn das Ministerium des Grafen Buol ihr etwa zum Opfer fallen sollte; Rußland könne nur wünschen, daß Graf Buol in seiner Stellung bleibe, derselbe sei dort für das Petersburger Kabinett nützlicher, als ein russischer Gesandter. Daß die Begegnung in Weimar bei Frankreich Mißtrauen erwecke, sei eine österreichische Erfindung, und Frankreich vollständig bekannt mit ihrer gänzlichen Bedeutungslosigkeit; der Kaiser Alexander habe dem Kaiser Napoleon in Stuttgart gesagt, er könne die Zusammenkunft in Weimar so ansehen, als ob sie bereits stattgefunden hätte und vorüber wäre, von Einfluß auf die Politik Rußlands werde sie nicht sein. Daß weder uns noch Frankreich von den Vorbereitungen der Begegnung in Weimar früher, als geschehen, Mitteilung gemacht worden, habe seinen Grund in dem bestimmten Verlangen der Geheimhaltung von seiten Österreichs.

Es hindert dies nicht, daß Österreich, nicht ganz ohne Erfolg, bemüht ist, auf Grund der Geheimhaltung seiner Verhandlungen mit Rußland bei den Franzosen Mißtrauen

gegen letzteres und bei den deutschen Höfen die Meinung zu erwecken, als ob die Aussöhnung zwischen Wien und Petersburg viel weiter vorgeschritten sei, als man glaube. E. E. wird wohl schon bekannt sein, daß die erste Einleitung zu der Begegnung in Weimar bereits im August, wie Graf Rechberg sagt, in den ersten Tagen desselben, nach Äußerung des Fürsten Gortschakow erst später dadurch stattgefunden hat, daß Graf Rechberg im Auftrage seines Kaisers den Prinzen Alexander von Hessen ersucht hat, eine Zusammenkunft zu vermitteln. Durch diesen sind die ersten Schritte dazu während des letzten Aufenthalts des Kaisers in Petersburg geschehen, und von Warschau aus ist die Erklärung des Einverständnisses des Kaisers Alexander erfolgt. Fürst Gortschakow wiederholte auch heute, daß die Begegnung in Weimar, so unerheblich sie in politischer Hinsicht an sich sei, eine für den Kaiser von Rußland sehr peinliche Bedeutung gewinnen könne, wenn sie dazu benutzt werden sollte, den Kaiser von Rußland gleichzeitig mit Sr. M. dem Könige und dem Kaiser von Österreich zusammenzuführen; der Kaiser Alexander sei überzeugt, daß von keiner Seite etwas geschehen werde, ihn in die peinliche Verlegenheit zu setzen, daß er den Anschein einer Gegendemonstration im Sinne der heiligen Allianz gegen die Stuttgarter Zusammenkunft von sich ablehnen und die Empfindlichkeit des französischen Hofes über eine solche würde beschwichtigen müssen. Die unerwartete Reise der Kaiserin von Rußland nach Stuttgart erklärt Fürst Gortschakow damit, daß ein in bestimmter Zeit vorauszusehendes Unwohlsein Ihrer Majestät der Kaiserin, der Berechnung der Ärzte zuwider, drei Tage früher eingetreten und überstanden worden sei, als man geglaubt hatte.

Die Gerüchte über den Rücktritt des Grafen Buol sind hier allgemein akkreditiert, und wird als mutmaßlicher Nachfolger im Publikum Graf Mensdorff oder Graf Colloredo, in den diplomatischen Kreisen aber noch mehr Graf Rechberg genannt. Der letztere selbst lehnt diese Vermutung natürlich ab und sagte mir, daß schon seine Gesundheit ihm die Annahme einer solchen Stelle nicht gestatten werde und er sich hauptsächlich deshalb gegenwärtig von Wien entfernt halte. Die Existenz einer Ministerkrisis gab auch er zu, und äußerte namentlich bei Besprechung der dänischen Frage, daß er in dem gegenwärtigen décousu in Wien nicht darauf rechnen könne, bestimmte Instruktionen in der nächsten Zeit zu erhalten. Er ist in der letzten Zeit außergewöhnlich viel bei dem Fürsten Metternich gewesen und dort mit dem alten Fürsten Windischgrätz zusammengetroffen, von dem er sagt, daß er und die gesamte altkonservative Partei in Österreich sich, auf Grund persönlicher Unterredungen mit dem Kaiser, der Regierung sehr genähert hätten.

Durch die Presse wird hier der Ansicht Eingang verschafft, daß Österreich bald nach Ablauf der Ferien, falls es bis dahin eine Verständigung mit Preußen über eine gemeinsame Vorlage in der holsteinschen Frage nicht erreicht habe, die letztere mit einer selbständigen Erklärung an den Bund bringen werde. Ich weiß nicht, ob Österreich den Zustand der öffentlichen Meinung in Deutschland, nach welchem gegenwärtig noch die Überweisung jener Angelegenheit an den Bund als ein Akt nationaler Energie aufgefaßt wird, benutzen will, um sich wenigstens das Verdienst der Initiative, wenn nicht des alleinigen Handelns zu sichern; aber ich kann nur meine schon früher vorgetragene Ansicht g. wiederholen, daß es besonders in *unserem* Interesse liegt, die alleinige oder doch vorzugsweise Verantwortlichkeit für den ferneren Verlauf dieser Sache, welche bisher auf unseren Schultern lastet, auf den Bund abzubürden und dazu, falls keine Aussicht vorhanden ist, daß es von seiten der holsteinschen Stände geschieht, selbständige Schritte zu tun. Denn die Schwierigkeiten, welche in der Sache selbst sowohl auf holsteinscher, wie auf

dänischer Seite liegen, benehmen uns die Möglichkeit, dieselbe so anzufassen und zu handhaben, daß die für Deutschland erhobenen Erfolge nach ihrem Maße und ihrer Schnelligkeit auch nur annähernd mit den Erwartungen und Forderungen der öffentlichen Meinung Schritt halten könnten. Von Enttäuschungen der letzteren wird die nächste Entwickelung der Angelegenheit unter allen Umständen begleitet sein, und wenn die Lage der Dinge dieselbe bleibt, wie jetzt, so wird es kaum neuer Anstrengungen Österreichs bedürfen, um die Verantwortung für jeden mangelhaften oder unwillkommenen Erfolg auf uns fallen zu lassen.

Von meinen Kollegen sind nur wenige bisher anwesend, Graf Montessuy begibt sich morgen früh nach Paris. Ich denke morgen oder übermorgen von hier nach Berlin und von dort, E. E. gen. Erlaubnis gemäß, nach Pommern zu reisen, und werde mir dabei die Ehre nehmen, E. E. persönlich meine Aufwartung zu machen. Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

274. Materialien zur Erwiderung der Auslassung des Wiener Kabinetts über die Vorschläge des Herrn v. Beust zur Reform des Bundes.

[Konzept.]

1. Oktober 1857.

Der Erlaß des Grafen Buol vom 6. September c. an Herrn von Koller hebt zuvörderst hervor, daß die diesseitigen, nach Wien gelangten Auslassungen sich allein auf eine Erwägung der inneren Verfassungszustände des Deutschen Bundes beziehen, während die Kaiserliche Regierung vorzugsweise in der von dem sächsischen Minister ebenfalls angeregten Pflege der materiellen Interessen einen Gegenstand erhöhter Tätigkeit des Bundes sehen zu wollen scheine.

Die K. Regierung hat allerdings die wichtigsten Gegenstände, mit welchen eine Reform der Verfassung und der Tätigkeit des Deutschen Bundes sich befassen könnte, auf einem Felde höherer Ordnung gesucht, als auf dem der Pflege der materiellen Interessen. Der hauptsächlichste und unmittelbar als solcher bezeichnete Zweck des Deutschen Bundes ist die Erhaltung der äußeren und inneren Sicherheit Deutschlands. Sollte die Kaiserliche Regierung, wie aus dem Erlasse vom 6. September leicht gefolgert werden könnte, die Pflege der materiellen Interessen in erster Linie als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen, so müßten wir darin eine Unterschätzung der Aufgabe des Bundes sowohl, als der Bedürfnisse und des Charakters des deutschen Volkes erblicken. Die letzten Dezennien, welche dem Jahre 1848 vorhergingen, zeichneten sich vor jeder anderen Epoche durch erfolgreiche Pflege und blühendes Gedeihen der materiellen Interessen aus, und nichtsdestoweniger haben die Tatsachen den Beweis geliefert, daß auf diesem Boden die notwendigsten Grundlagen der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands, die Eintracht der Regierungen unter sich und mit ihren Völkern nicht gesichert werden konnten, und wir können auch jetzt nicht ohne Sorge für die Zukunft in einzelnen Bundesstaaten politische Systeme sich entwickeln sehen, welche allein in einem ohnehin von zweifelhaften Erfolgen begleiteten Streben der Regierungen nach Förderung der materiellen Interessen eine ausschließliche Bürgschaft für die Sicherheit Deutschlands zu suchen scheinen. Wenn auf dem

letzteren Wege derjenige Teil der Bevölkerung eine Befriedigung findet, welcher den ersten und unmittelbarsten Gewinn aus der Hebung der äußeren Wohlfahrt zieht, so pflegt auch diese Befriedigung sich als ein zuverlässiges Fundament der Haltbarkeit der Regierungen nicht zu betätigen. Im Gegenteil zeigt die Erfahrung, daß gerade die Klassen und Individuen, welchen das Gedeihen materieller Interessen vorzugsweise zugute gekommen ist, auch in erster Linie bereit zu sein pflegen, diejenigen Forderungen der öffentlichen Meinung, welche dem politischen Gebiete angehören, den Regierungen gegenüber mit besonderem Eifer geltend zu machen. Die politischen Erfahrungen Deutschlands liefern dazu ebensoviele Belege, als die jedes anderen Landes.

Es war daher in unseren Augen ein besonderer Vorzug der Denkschriften des Herrn von Beust, daß dieselben nicht von der oberflächlichen Auffassung ausgehen, allein in der Pflege materieller Interessen eine Erfüllung der Erwartungen zu suchen, mit welchen Deutschland auf den Bund zu blicken berechtigt ist, und deren Nichtbeachtung dem sächsischen Herrn Minister als wesentliche Ursache des Mangels an Teilnahme und Wohlwollen vorzuschweben scheint, unter welchen die Einrichtungen des Bundes leiden.

Schon aus diesen Gründen mußte uns daran liegen, vorzugsweise über die in betreff der deutschen Verfassungszustände von Dresden aus ergangenen Anregungen die Meinung des Kaiserlichen Kabinetts zu erfahren. Mit vollständiger Sicherheit haben wir dieselbe allerdings aus dem Erlaß des Grafen Buol vom 6. September in dieser Beziehung nicht entnehmen können. Das Kaiserliche Kabinett lehnt es ab, im gegenwärtigen Stadium eine abstrakte Verpflichtung zur Beteiligung an einer gleichartigen verfassungsmäßigen Entwickelung mit den übrigen deutschen Staaten zu übernehmen, und wir beklagen dies um so aufrichtiger, als wir eine wichtige Erhöhung der Bürgschaften für die innere Sicherheit Deutschlands uns davon versprochen haben würden, wenn es dem Kaiserlichen Kabinett gefallen wollte, auch seinerseits die dermaligen inneren Zustände der Kaiserlichen Bundeslande, unter den von Herrn von Beust aufgestellten Gesichtspunkten, sowohl der eigenen Erwägung, als auch der des gemeinsamen Bundesorgans zu unterstellen, damit letzteres über die Rechtsverhältnisse, welche es in dem größten der Bundesterritorien garantiert, sich ein Urteil bilden und seine etwaigen Bedenken zur Geltung bringen könne.

Wir vermögen nach der Fassung des Aktenstücks vom 6. September uns den anscheinenden Widerspruch nicht zu lösen, der darin liegt, daß das Kaiserliche Kabinett eine Verpflichtung, sich an gemeinsamen verfassungsmäßigen Organisationen zu beteiligen, ablehnt und demnächst doch einem Zweifel nicht begegnet ist, daß Österreich sich bei den durch das sächsische Promemoria zur Frage gestellten Einrichtungen werde beteiligen können, da doch der wesentlichste und auch nach unserem Gefühl wichtigste Gegenstand der Arbeit des Freiherrn von Beust Vorschläge enthält, die dahin gehen, daß das Bundesorgan auf die Verfassungs- und Preßzustände der einzelnen Staaten eine regelmäßige Einwirkung zu nehmen habe, um denselben unter Zugrundelegung allgemeiner, vom Bunde als empfehlenswert anerkannter Grundsätze, eine größere Gleichartigkeit unter sämtlichen Bundesstaaten zu geben und sie alsdann unter die Garantie eines allgemeinen Bundesgerichts zu stellen.

Wenn der betreffende Passus des Erlasses vom 6. September dahin zu verstehen ist, daß das Kaiserliche Kabinett sich dieses Programm für den Fall hat aneignen wollen, daß „die K. Regierung in allem übrigen den Zeitpunkt für geeignet hält und ihrerseits in der Tat geneigt ist, auf eine Beratung der sächsischen Denkschrift nach deren ganzem Inhalt und

Zusammenhang einzugehen", und dabei in betreff der Form keine Bedenken hat, über die angeregten Fragen am Bundestage zu verhandeln, so würde die K. Regierung in diesem Entschlusse des österreichischen Kabinetts einen so erfreulichen Zuwachs der Bürgschaften für die Erfüllung der Bundeszwecke durch Befestigung der inneren Sicherheit erblicken, daß sie auch ihrerseits gern bereit sein würde, sofort über die Gesamtheit der einzuleitenden Bundesreform in Unterhandlung zu treten.

In betreff derjenigen unter den sächsischen Vorschlägen, welche Reformen in dem Verfassungsleben der deutschen Bundesstaaten zum Zweck haben, hat das K. Kabinett es als eine Pflicht einer jeden Bundesregierung angesehen, sich der Beratung aller derjenigen Vorschläge, welche eine Vereinbarung über gesichertere Verfassungszustände zum Ziele haben, nicht zu entziehen, weil sie dieselben als innerhalb des obligatorischen Teiles der Bundesverfassung und des unmittelbar in Artikel II der Bundesakte angegebenen Zweckes derselben liegend betrachtet, und weil sie sich für verpflichtet hält, zur Erfüllung des Artikels XIII der Bundesakte in allen Bundesländern in derselben Weise anregend mitzuwirken, wie sie bisher im eigenen Lande seit der Beseitigung der durch das Jahr 1848 herbeigeführten Ausnahmezustände bemüht gewesen ist, diejenigen staatsrechtlichen Verhältnisse verfassungsmäßig auszubilden, vermöge deren sie nicht bloß den materiellen, sondern auch den politischen Bedürfnissen ihrer Untertanen entspricht, und somit gleichzeitig ihren Pflichten für die innere Sicherheit des Bundes, sowie den aus Artikel XIII ihr erwachsenden gerecht zu werden glaubt.

Die Bundesverfassung verpflichtet die sämtlichen Bundesregierungen, für die Sicherheit der politischen Zustände auf dem gesamten Bundesgebiete einzustehen, und die K. Regierung kann im Bewußtsein dieser Verpflichtung den Ausdruck der Besorgnis nicht zurückhalten, daß die inneren Zustände der österreichischen Bundesländer, namentlich im Hinblick auf ihren neu geschaffenen organischen Zusammenhang mit den außerdeutschen Besitzungen Sr. M. des Kaisers, bisher nicht den Grad vorsorglichen Schutzes für Recht und Ordnung gegen jede Art von Revolution gewähren, welchen die K. Regierung der Gesamtheit der Bundesstaaten gesichert sehen möchte, und zu dessen verfassungsmäßiger Sicherstellung in den Bundesgesetzen die Verpflichtung und in dem Promemoria des Herrn von Beust eine erneute Anregung liegt.

Wenn es der K. Regierung vorzugsweise darauf ankam, über die höheren unter den von Herrn von Beust angeregten politischen Fragen die Ansichten des Kaiserlichen Kabinetts zu kennen, so geschah dies nicht bloß, weil sie denselben eine größere Wichtigkeit zuschreibt, sondern auch weil sie sich, wie alle übrigen Bundesregierungen, in dieser Beziehung bestimmten, aus der Bundesakte entspringenden Verbindlichkeiten gegenübersieht, und sie deshalb nicht glaubt, die Anregung der dahin einschlagenden Fragen am Bunde auf unbestimmte Zeit vertagen zu können.

Ein anderes ist es mit der Pflege der materiellen Interessen, welche von der Bundesverfassung mehr in ihren fakultativen Teilen betroffen wird, und hinsichtlich welcher sie sich deshalb ermächtigt glaubt, jeden am leichtesten zum Ziele führenden Weg einzuschlagen. Daß letzteres bisher nicht regelmäßig durch Verhandlungen am Bundestage hat geschehen können, liegt in Ursachen, welche die K. Regierung nicht abzustellen vermag, und darf sie die Andeutungen, welche der österreichische Erlaß vom 6. September in dieser Beziehung macht, als nicht zutreffend bezeichnen.

Ein Teil der materiellen Interessen ist lokaler Natur, und die Möglichkeit gemeinsamer Pflege derselben hat eine Gleichartigkeit volkswirtschaftlicher oder politischer Zustände zur Vorbedingung. In betreff solcher Fragen, an welchen nicht alle Bundesglieder das Interesse haben, sich gleichen Gesetzen auf dem Gebiete des materiellen Verkehrs zu unterwerfen, fällt an sich die Anwendbarkeit der Bundesbeschlüsse fort; denn das vorgeschlagene Auskunftsmittel, in Fragen, für welche Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, Bundesbeschlüsse per majora zu fassen, welche nicht für alle Bundesglieder verpflichtend sein würden, dürfte ebenso verfassungswidrig sein, als geeignet, dem Organ des Bundes den einheitlichen Charakter auch für die wichtigeren und obligatorischen Bundeszwecke zu verkümmern.

Außerdem aber erscheint es unzweifelhaft, und dürfte auch von dem Kaiserlichen Kabinett nicht in Abrede gestellt werden, daß nur ein einheitliches Zusammenwirken Preußens und Österreichs eine Grundlage zu einer fruchtbaren Tätigkeit des Bundes bilden kann. Die K. Regierung spricht es ungern aus, daß sie das Bestreben nach einem solchen bei dem Kaiserlich österreichischen Kabinett in fast allen wichtigeren Fragen, welche die Bundesversammlung seit ihrer Rekonstituierung beschäftigt haben, vermißt hat. Sie glaubt aber, daß eine offene Erklärung darüber der richtigste Weg ist, zur Abhilfe eines Gebrechens zu führen, an welchem die Entwickelung der Bundesverhältnisse vielleicht mehr, wie an jedem anderen leidet. Die K. Regierung hat vielfach, sowohl amtlich, als vertraulich, direkt und durch ihren Gesandten am Bunde, den Organen des Kaiserlichen Kabinetts ihren Wunsch zu erkennen gegeben, daß Fragen, in betreff welcher die Übereinstimmung beider Kabinette noch nicht hat erzielt werden können, nicht durch das eine derselben zur Diskussion am Bunde gestellt werden möchten. Die K. Regierung hat das Eingehen auf ihre Wünsche aber weder im Prinzip, noch tatsächlich zu erreichen vermocht. Dem diesseitigen Gesandten am Bunde ist seinerzeit von den Vorgängern des Grafen Rechberg auf seine diesfälligen Vorstellungen erwidert worden, „daß kein Vertrag zwischen beiden Kabinetten bestehe, vermöge dessen das Kaiserlich österreichische sich für sein Vorgehen am Bunde des preußischen Einverständnisses zu versichern habe“, und in jüngster Zeit hat sogar dieselbe ablehnende Auffassung ihren unumwundenen Ausdruck in den Protokollen der Bundesversammlung durch eine Erklärung des Kaiserlichen Präsidialgesandten in der Sitzung vom 23. Juli c. gefunden, indem derselbe mit Bezugnahme auf die Geschäftsordnung die vorgängige Verständigung mit dem diesseitigen Gesandten in einer Frage ablehnte, welche sich als eine besonders schwierige erst neuerlich fühlbar gemacht hatte.

Das Kaiserliche Kabinett hat in allen Fällen, wo Meinungsverschiedenheiten stattfanden, entweder den Ausdruck derselben von seiten Preußens gar nicht abgewartet, oder ist demselben, anstatt eine Ausgleichung zwischen beiden Kabinetten in direkter Verhandlung zu versuchen, mit dem Bestreben entgegengetreten, die Majorität der übrigen Stimmen am Bunde gegen Preußen zu gewinnen und selbst in solchen Fragen, welche unzweifelhaft verfassungsmäßig nur durch Stimmeneinhelligkeit erledigt werden konnten, die Kompetenz der Majorität gegen Preußen durchzuführen. Wir erinnern hier nur an die Bundestagsverhandlungen wegen Auflösung der ehemaligen deutschen Marine, wegen allgemeiner Preßbestimmungen, wegen Einsetzung eines technischen Büros der Militärkommission, wegen Erhöhung des ursprünglichen Anlagekapitals der Bundesfestung Rastatt und wegen Einführung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches. Selbst

in den wichtigsten Fragen hat die Kaiserliche Regierung Anträge eingebracht, ohne eine Verständigung darüber mit uns zu versuchen. Derartige Schritte in der orientalischen Frage sind noch im frischen Gedächtnis, ebenso die ersten Anträge wegen des Ausbaues der Bundesfestungen Ulm und Rastatt, und erst kürzlich der Antrag wegen Überlassung der Rastatter Besatzung an Österreich.

Unzweifelhaft war die Kaiserliche Regierung jederzeit in ihrem verfassungsmäßigen Recht, wenn sie unabhängig von dem Einverständnisse Preußens ihre Anträge stellte und ihre Wünsche, gestützt auf eine Majorität der Stimmen, gegen Preußen durchzusetzen suchte. Aber gewiß kann dieselbe nicht erwarten, daß in einem solchen Verhalten eine Aufmunterung für Preußen liegt, sich eine schnelle und gedeihliche Förderung derjenigen Fragen zu versprechen, für deren Lösung notwendig oder freiwillig der Weg der Verhandlung am Bunde gewählt wird. Schwerlich dürfte auch bei Stiftung des Bundes der Gedanke vorgeschwebt haben, daß die Stimmen der Bundesgenossen lediglich zu zählen und nicht zu wägen seien, und in der Zeit bis zum Jahre 1848 hat man es sorgfältig vermieden, die Einigkeit der Bundesglieder durch zu scharfe Anspannung der Kompetenz der Majoritäten auf die Probe zu stellen, und im Gegenteil einen Widerspruch sehr viel weniger mächtiger Bundesglieder, als Preußen, lieber durch jahrelange Verhandlungen und Vertagungen als durch Majoritätsbeschlüsse von zweifelhafter Berechtigung überwunden. Wenn das Kaiserliche Kabinett nach Rekonstituierung des Bundestages das früher eingehaltene Verfahren aufgibt, so ist es, wie gesagt, in seinem Rechte, nicht minder aber ist dies jeder Bundesstaat, welcher seine Teilnahme an der Entwickelung der Bundes-Institutionen auf das geringste Maß derjenigen Pflichten beschränkt, welche ihm der strikte Wortlaut eines völkerrechtlichen Vertrages zwischen souveränen Staaten auferlegt, und sich der weiteren Entwickelung von Institutionen entzieht, von welchen er eine gerechte Berücksichtigung der Interessen aller Teilnehmer nicht mehr erwartet.

Die K. Regierung ist weit entfernt, die Hoffnung aufzugeben, daß das Kaiserliche Kabinett in der Zukunft in höherem Maße, als es in den letzten Jahren geschehen ist, sein Auftreten am Bunde von dem Bedürfnisse des Einverständnisses mit Preußen abhängig machen werde, und ihrerseits zur Gewährung der Reziprozität jederzeit bereit gewesen. Solange ihr aber nicht stärkere Bürgschaften als bisher für eine rücksichtsvollere Haltung des Kaiserlichen Kabinetts gewährt sein werden, vermag sie auch nicht sich von einer Pflege der materiellen Interessen durch den Bund günstigere Resultate zu versprechen, als von der Förderung derselben auf dem Wege der freien Vereinbarung außerhalb der Bundesversammlung. Diese Betrachtung würde indessen die K. Regierung nicht abhalten, am Bunde auf die Erörterung des gesamten Inhalts der Promemorien des sächsischen Herrn Ministers einzugehen, wenn die Kaiserliche Regierung ihre Teilnahme an den Erörterungen wegen Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im gesamten Bundesgebiete davon abhängig macht, daß die Totalität der von dem Freiherrn von Beust angeregten Fragen ungeteilt in Beratung genommen werde. Die K. Regierung würde sich natürlich vorbehalten, auch ihrerseits alsdann solche Anträge zu stellen, welche ihr geeignet scheinen, die beabsichtigten Reformen auf der Höhe wirklicher Bürgschaften für eine Verstärkung der inneren und äußeren Sicherheit des Bundes zu erhalten, indem es ihr auch unabhängig von den dankenswerten, von Herrn von Beust ausgegangenen Anregungen in hohem Grade wünschenswert erscheint, den Gefahren, welche die Zukunft mit sich führen kann, durch zulänglichere und würdigere Mittel zu begegnen, als durch die ausschließliche Förderung der materiellen Interessen.

275. Schreiben an Legationsrat Wentzel.

[Eigenhändig.]

Berlin, 17. Oktober 1857.[1])

Verehrtester Herr Legationsrath, ich wollte morgen Abend in Frankfurt eintreffen, soll nun aber noch einige Tage hier bleiben. Wenn vor meiner Ankunft eine Ausschußsitzung stattfindet, so haben Sie wohl die Güte, vorher das, was vorkommen wird, bei Rechberg zu erkunden, und wenn für uns bedenkliche Sachen darunter sind, die Bedenken bei ihm geltend zu machen und nöthigenfalls Vertagung zu erbitten. Die Aussichten auf Genesung Sr. Maj.[2]) sind noch unbestimmt, und jedenfalls nach Meinung der Aerzte längere Zeit erforderlich, bevor er sich mit Geschäften würde befassen können. In Eile. Der Ihrige.

276. Immediatbericht vom 23. Oktober 1857, betr. einen neuen Präsidialübergriff und eine Eingabe über die Bundesreform. — Vgl. Poschinger III, Nr. 79.

277. Vertraulicher Bericht vom 23. Oktober 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung des österreichischen Kabinetts und des Grafen Rechberg in der holsteinschen Frage. Ratschläge hinsichtlich des taktischen Verhaltens Preußens. Behandlung der lauenburgischen Beschwerde. — Vgl. Poschinger III, Nr. 80. Dort einige Kürzungen vorgenommen.

278. Bericht vom 29. Oktober 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die in Frankfurt am Main erscheinende Zeitung „Deutschland". Deren Mitarbeiter und ihre ultramontanen und preußenfeindlichen Bestrebungen. Gesinnung der ultramontanen Partei. Aufgabe der preußischen Regierung gegenüber ihrer fortgesetzten Agitation. Motivierung des Antrages auf Verbot der Zeitung „Deutschland" in Preußen. — Vgl. Poschinger III, Nr. 81.

279. Immediatbericht vom 30. Oktober 1857, betr. die Einbringung der preußisch-österreichischen Vorlage in der holsteinschen Angelegenheit. Übergabe der lauenburgischen Verfassungsbeschwerde. Antrag Hannovers auf Anwendung der Exekutionsmaßregeln gegen Dänemark. Dessen Aufnahme in der Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 82.

280. Bericht vom 3. November 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Wiederaufnahme von Verhandlungen wegen allgemeiner Preßbestimmungen. Triebfeder der betreffenden sächsischen Anregung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 83. Dort ist S. 169 Zeile 6/7 zu lesen: statt „staatsmännische Anschauung" „staatsmännischen Talente".

281. Bericht vom 4. November 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Aufnahme der Beustschen Bundesreformvorschläge bei den Bundestagsgesandten und den deutschen Bundesregierungen. Absicht Badens in betreff der Einführung eines Bundesgerichts. — Vgl. Poschinger III, Nr. 84. Dort lies S. 170 Zeile 6 statt „eben" „aber".

---

[1]) Nach dem Druck im Bismarckjahrbuch V 20.

[2]) Der König hatte am 6. Oktober einen Schlaganfall gehabt, von dem er sich nicht wieder erholen sollte.

282. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

9. November 1857.

Bericht betr. die Wahl eines Referenten für den holsteinschen Ausschuß, die auf den bayerischen Gesandten fällt. . . .

Demnächst wünschte Freiherr von Schrenck einige Fingerzeige über die Richtung, in welcher seine Arbeit zu entwerfen sei. *Ich äußerte mich dahin, daß es zunächst für den Ausschuß und für die Bundesversammlung darauf ankomme, sich selbst eine Art von rechtlichem Gutachten und einen status causae et controversiae zu bilden, damit wir das Terrain, auf welchem wir operieren können, allerseits übersehen können und ein klares Bild davon gewinnen, welche der positiven Bestimmungen des Bundesrechts und der Verabredungen von 1852 Dänemark verletzt habe, und zwar wodurch und wie weit.*

Als die am weitesten gehende Ansicht machte sich demnächst diejenige Hannovers geltend, welches der Meinung war, daß der Bund nunmehr ohne weitere Kommunikation mit Dänemark zu verfahren und bis zur Schlußfassung resp. Exekution vorzugehen habe. Dem widersprach Graf Rechberg mit großer Bestimmtheit, und machte darauf Herr von Dörnberg, mit dem ich mich vorher verständigt hatte, geltend, daß uns zwei der Form nach ganz verschiedene Sachen vorlägen, einmal die Beschwerde der lauenburgischen Stände, in betreff welcher das Herkommen und die einer Bundesregierung schuldige Courtoisie erfordere, daß sie der betreffenden Regierung zur Erklärung mitgeteilt werde. Nach der Fassung dieser Beschwerde habe die dänische Regierung volle Veranlassung, sich in ihrer Erwiderung zugleich über die konnexen Verhältnisse Holsteins auszulassen. Bei dem zweiten Gegenstande, nämlich der Mitteilung Preußens und Österreichs, liege in Betracht der Vollständigkeit und Amtlichkeit des Materials weder in der Sache, noch in dem geschäftlichen Herkommen ein Motiv vor, der dänischen Regierung die preußisch-österreichische Vorlage von seiten des Ausschusses mitzuteilen und sie zu einer Erklärung ausdrücklich aufzufordern. Es sei nicht anzunehmen, daß Dänemark seinen, durch die Mitteilung der Großmächte vorliegenden Äußerungen noch etwas Neues in betreff der Vergangenheit hinzuzufügen habe, und zu erwarten, daß es die von ihm etwa noch beabsichtigten Erklärungen an die lauenburgische Beschwerde oder direkt an die ihm durch das Protokoll bekannte Mitteilung der Großmächte knüpfen werde. Wenn daher durch Übermittelung der lauenburgischen Beschwerde an die dänische Regierung allen Erfordernissen in der Form genügt werde, so behalte der Bund es in der Hand, auf Grund der anderen Vorlage inzwischen die Tätigkeit des Ausschusses sich entwickeln zu lassen, die eigenen Ansichten über Natur und Umfang der vorliegenden Rechtsverletzungen festzustellen und, falls eine dänische Auslassung zu lange auf sich warten ließe, auch ohne das Eingehen einer solchen zu Ausschußanträgen bei der Bundesversammlung zu schreiten. Es empfehle sich deshalb auch nicht, dem dänischen Kabinett zur Erklärung über die Beschwerde eine ausdrückliche Frist zu stellen; das eigene Interesse werde auf diese Weise Dänemark, wenn es überhaupt mit seinen Auslassungen gehört werden wolle, von zu langer Zögerung abhalten.

Zu vorstehender Auffassung vereinigten sich im Laufe der Erörterung alle Stimmen mit Ausnahme derjenigen Hannovers, dessen Gesandter fortfuhr, darauf zu dringen, daß der Bund hier, wo es sich um Wahrung des Bundesrechts gegen unzweifelhaft vorliegende Verletzungen handele, die Herstellung der rechtlichen Zustände vermöge seiner

souveränen Beschlüsse direkt ins Auge fasse, ohne den Dänen erst durch vorgängige Anfragen Gelegenheit zur Verschleppung und zur Herbeiziehung fremder Einmischungen in Bundessachen zu geben.

Die Mehrheit des Ausschusses entschied sich indessen für die vorstehend entwickelte Auffassung und wollte, um der öffentlichen Meinung einen Beweis von der schnellen Entschiedenheit des Bundes zu geben, schon am nächsten Donnerstag, den 12., die Mitteilung der lauenburger Beschwerde an Dänemark bei der Bundesversammlung in Antrag bringen. Graf Rechberg teilte aber mit, daß der Druck der Vorlage erst am nächsten Sonnabend, den 14., fertig sein werde, und wurde deshalb die folgende Sitzung, am 19. d., für den beabsichtigten Schritt in Aussicht genommen. Der hierzu erforderliche Vortrag wird in die prinzipiellen Fragen noch nicht einzugehen brauchen; ich werde indes nicht verfehlen, ihn E. E. abschriftlich einzureichen, sobald Herr von Schrenck mir denselben mitteilt.

Nachschrift.

10. November 1857.

Soeben geht mir E. E. gen. Mitteilung vom 9. d. M.[1]) zu, und darf ich hoffen, daß Hochdieselben mein Verhalten im Ausschuß den nach Wien hin ausgesprochenen Ansichten im ganzen konform finden werden. Eine ausdrückliche Mitteilung auch der diesseitigen Vorlage an die dänische Regierung würde kaum im üblichen Geschäftsgange liegen, indem eine Bundesregierung gegen protokollarische Auslassungen einer anderen dasjenige, was sie dagegen zu sagen hat, auf Grund ihrer Kenntnis des Protokolles zu erwidern pflegt, und nur bei Gegenständen, welche zu austrägalgerichtlicher Entscheidung sich eignen, Äußerungen einer Regierung der anderen zur Erklärung durch den Ausschuß übermittelt zu werden pflegen.

Aus guter Quelle höre ich, daß S. H. der Herzog von Coburg in diesen Tagen sich vertraulich an Graf Rechberg mit dem Wunsche gewendet hat, das Kommando über die etwa nach Holstein zu bestimmenden Bundestruppen zu erhalten.

283. Bericht vom 10. November 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die preußenfeindliche Haltung der Zeitung „Deutschland". — Vgl. Poschinger Neue Berichte, S. 255.

284. Immediatbericht vom 19. November 1857, betr. die Annahme des Ausschußvortrages in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit. Haltung Bayerns und Hannovers. Englische Note über die Bentinckische Streitsache. — Vgl. Poschinger III Nr. 86. Dort sind verschiedentliche Kürzungen vorgenommen.

285. Bericht vom 26. November 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die englische Note in der Bentinckschen Streitsache. Englands falsche Auffassung der Stellung des Präsidiums im Bunde. — Vgl. Poschinger III Nr. 87.

---

[1]) Manteuffel teilte darin mit, das Wiener Kabinett habe durch eine Depesche vom 31. Oktober Preußen von neuem provozieren wollen, seinerseits ein Programm für die weitere Behandlung der Holsteinschen Sache vorzulegen, ohne Zweifel, um es nach verschiedenen Seiten in seinem Interesse auszubeuten. Seiner nach Wien ergangenen Rückäußerung zufolge lege Preußen Wert darauf, zunächst die Ratschläge der übrigen Bundesglieder zu hören.

286. Bericht vom 26. November 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Teilnahme Preußens an der Rastatter Besatzung. — Vgl. Poschinger III Nr. 88.

287. Immediatbericht vom 27. November 1857, betr. einen Präsidialübergriff des Grafen Rechberg und eine Geldbewilligung des Bundes aus Anlaß des Auffliegens des Pulverturms in der Bundesfestung Mainz. Zweckmäßigkeit einer solchen. Haltung Österreichs und der übrigen Staaten in der Frage. Stellungnahme Preußens gegenüber der beabsichtigten Entschädigung der durch die Katastrophe Betroffenen. — Vgl. Poschinger III Nr. 89 und 90. Dort sind verschiedentliche Kürzungen vorgenommen. Es handelt sich wieder nur um einen, nicht um zwei Immediatberichte. Nr. 90 gehört vor Nr. 89. Poschinger hat eine Umstellung vollzogen.

288. Immediatbericht vom 4. Dezember 1857, betr. die Mainzer Schadloshaltung aus Anlaß der Pulverturm-Katastrophe. Herrn v. Dalwigks Gründe zur Rechtfertigung des Anspruchs. — Vgl. Poschinger III Nr. 91.

289. Immediatbericht vom 11. Dezember 1857, betr. die Entschädigung an Mainz aus Anlaß der Pulverexplosion. Rangverhältnisse der Bundestagsgesandten in Frankfurt am Main. — Vgl. Poschinger III Nr. 92.

290. Bericht vom 22. Dezember 1857 au Minister v. Manteuffel, betr. den mutmaßlichen Geschäftsgang in der holsteinschen Frage. Gründe für die Zurückhaltung des Münchener Kabinetts. — Vgl. Poschinger III Nr. 93.

291. Bericht vom 22. Dezember 1857 an Minister v. Manteuffel: Vorschlag, den Generalmajor v. Roon als Mitglied der Bundesmilitärkommission zu berufen. — Vgl. Poschinger III Nr. 94.

292. Bericht vom 27. Dezember 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. das Referat in der holsteinschen Angelegenheit. Berührung der schleswigschen Frage, sowie jener der schleswig-holsteinschen Offiziere. — Vgl. Poschinger III Nr. 95.

293. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

27. Dezember 1857.

E. E. danke ich verbindlichst für das gen. Schreiben vom 22.,[1]) welches mir durch den Depeschenkasten richtig zugegangen ist.

Ich begreife, daß die Calamität, welche durch den Zustand der Gesundheit des Königs[2]) über das Land verhängt ist, sich in den Spitzen des staatlichen Organismus am unmittel-

[1]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III S. 169 ff.

[2]) Der kranke König Friedrich Wilhelm IV. hatte sich am 23. Oktober veranlaßt gesehen, den Prinzen von Preußen mit seiner Stellvertretung zu beauftragen.

barsten empfindet. Die Unabhängigkeit der einzelnen Ressorts und der höchsten Vertreter eines jeden derselben hat sich bei uns herkömmlich in dem Maße ausgebildet, daß sie des vermittelnden und zusammenhaltenden Momentes, welches in dem lebendigen Wirken der Königlichen Person liegt, nicht entbehren kann. Vom Prinzen ist letztres nicht in dem erforderlichen Maße zu verlangen, solange er nicht das Bewußtsein hat, nur Gott und sich selbst für seine Regirungshandlungen verantwortlich zu sein, solange ihm bei allen Entschließungen neben den eignen Erwägungsgründen der Gedanke gegenwärtig bleiben muß, was der König dazu sagen werde, wenn er die Regirung wieder an sich nimmt. Gegen diese partielle Lähmung und Unfreiheit der Königlichen Gewalt giebt es aber in unsrer gegenwärtigen Lage kein Mittel. Die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen, auch wenn derselben weniger Gründe und Rücksichten entgegenständen als jetzt, würde darin nichts ändern. Mit dem einen Rechtstitel seiner Geschäftsführung sowenig als mit dem andern würde der Prinz das Gefühl eventueller Verantwortlichkeit los werden, welches von lebendigerem, aus eignem Ermessen entspringenden Eingreifen in etwaige Dissonanzen der Regirungsorgane abhält. Auch die Kammern können als solche darin nichts bessern; wohl aber bringt ihr Zusammentritt eine Menge von neuen Personen auf die Bühne, deren Gesammt-Einfluß sich schwerlich in Förderung der Einigkeit und des gegenseitigen Vertrauens fühlbar machen wird. Ich würde deshalb schon aus eignem Interesse an der gemeinsamen Sache des Landes gern in Berlin anwesend sein, und wenn ich E. E. auf Grund meiner mannichfachen Personalbeziehungen nützlich sein kann, so komme ich sehr gern, sobald ich die Erlaubniß dazu habe und die hiesigen Geschäfte nicht zu brennend werden, um mich loszulassen. Die Holsteiner Sache wird nicht in so schnellen Sprüngen gehn, daß ich in den Intervallen nicht Zeit hätte, abzukommen. Herr von Schrenk hat den Berichts-Entwurf fertig, 80 enge Bogenseiten; Abschrift seiner Schlußanträge schicke ich heut mittelst Bericht ein. Das Wort Schleswig kommt in dem ganzen Referat nicht vor; die Berührung der ziemlich klaren Zusagen Dänemarks in Betreff dieses Landestheiles, etwa in Form eines Vorbehaltes bei der Motivirung, ohne daß es Gegenstand des Beschlusses würde, hätte ich wohl gewünscht. Die Übergehung Schleswigs mit gänzlichem Schweigen wird keinen guten Eindruck machen, und die allgemeine Erfahrung, daß man den Mund voll nehmen soll, um etwas zu erreichen, wird auch hier anwendbar sein.

Die Bundesfestungsangelegenheiten könnten mich eher periodisch hindern, mich zu entfernen. Die Mainzer steht im Vordergrunde, aber ich glaube, die Rastatter wird noch brennender werden. Was erstere anbelangt, so hat sie zwei Seiten, einmal die Schadloshaltung wegen der Explosion, dann der schon vorher betriebne Kasernenbau.

Die Anforderung der Mainzer an den Bund und die Art, wie die Darmstädter Regirung sie unterstützt und das Unglück moussiren läßt, ist eigentlich unglaublich unverschämt. Die sämmtlichen Klein- und Mittelstaaten, zusammen volkreicher wie Preußen, haben ungeachtet ihrer vielen Hofhaltungen und der verhältnismäßig reichen Dotation derselben, sehr wohlhäbige Finanzzustände; sie sparen es, im Vergleich mit uns, am Militärbudget. Sie haben nicht eine gute Landesfestung, selbst Baiern kaum, und Preußen hat an 25. Der Bund baut ihnen die Festungen, erhält diese, giebt die Garnisonen her, die beispielsweise in Mainz seit 42 Jahren jährlich mindestens eine Million Thaler verzehrt, und wenn ein Unglück eintrifft, soll der Bund auch noch vor den Riß treten. Wer würde Coblenz in ähnlichem Falle entschädigen? Und doch dient Coblenz so gut zum Schutz Deutschlands wie Mainz, nur mit dem Unterschiede, daß die Werke von Coblenz der Landesherr selbst bauen und unterhalten muß. Wo es sich um das Mitreden handelt, da ist Darmstadt groß

und selbständig, wo es an das Zahlen und Leisten geht, ist es klein und ruft die Mildthätigkeit des Bundes an, statt die geringe Summe von seinen eignen Kammern zu fordern, um welche der Betrag der milden Beiträge von dem des Schadens überstiegen wird. Mir scheint es erniedrigend, daß wir durch die östreichische Artillerie-Direction von jeder Controlle über das Pulver und dessen leichtsinnige Behandlung ausgeschlossen sind und doch les pots cassés bezahlen sollen. Wir spielen dann etwas die Rolle des alten Herrn in der „Reise auf gemeinschaftliche Kosten", der schlecht ißt und logirt und stets für alle bezahlt. Reitzenstein klagt sehr bitter über Bonins Verhalten in dieser Sache; anstatt die Gelegenheit zu benutzen, um das östreichische Artillerie-Monopol unter Mitaufsicht Preußens und des Bundes zu bringen, hat er die Hand geboten, einen Schleier über alles Unliebsame zu werfen, die Untersuchung östreichischer Leitung überlassen und schließlich die Acten an Östreich ausgeliefert. Vollständig sieht man sie schwerlich wieder. Man hört von allen Seiten hier das Urtheil bestätigen, welches in der Anlage des Briefes E. E. über Bonin gefällt wird. Er ist eine Art von männlicher Coquette, hat das Bedürfniß, allen Leuten mundrecht zu sein und namentlich die Anerkennung Östreichs zu erwerben. Das eigenthümliche Kaiserliche Handbillet an ihn vom 17. Dec. beweist, daß ihm letztres gelingt, und macht einiges Aufsehn in den preußischen Kreisen. Meines g. Dafürhaltens sollten wir die Mainzer Zumuthung an den Bund kühl und entschieden ablehnen. Denn von wem erwarten wir Dank dafür? vom Mainzer Volk? vom Bischof Kettler? von der Darmstädter Regirung unter Dalwigk? Erstres wird niemand, letztre nur Östreich, dem Anstifter des Schadens, danken, der mit fremdem Gelde generös zu sein weiß. Wir haben keinen Pfennig „politischer Zinsen" von einer Freigebigkeit der Art zu erwarten. Und welche Consequenzen wird ein solcher Vorgang für alle Bundesfestungen haben! Jede wird sich für allen Schaden, der mit der Festungseigenschaft oder der Garnison zusammenhängt, als assecurirt durch den Bund betrachten.

Durch den Auftrag in Betreff des Kasernenbaus zu Mainz vom 22.[3]) war ich einigermaßen in Verlegenheit gesetzt; es wäre wohl interessant zu wissen, wer dem Prinzen den Gedanken von der Citadelle auf dem Kästrich suppeditirt hat; wenn es von jemand geschehen ist, der sich au courant der Mainzer militärischen Dinge befindet, so kann ich mich des Verdachtes nicht erwehren, daß derselbe lieber Östreich dienen will als Preußen. Reitzenstein ist derselben Ansicht, und auch Bonin erklärte, wenigstens uns gegenüber, den Plan für durchaus intempestiv und für den Todesstoß unsrer Bauprojekte innerhalb der Citadelle.

Die Mainzer Personalnotizen, welche E. E. Schreiben beilagen, müssen von einem urtheilsfähigen und zuverlässigen Manne herrühren; wenigstens bei den Leuten, die ich kenne, treffen sie durchaus zu. Über die Rastatter Sache berichte ich ausführlich, sobald sie an den Militärausschuß gelangt. Soll unser Verlangen auf Theilnahme an der Besatzung geltend gemacht werden, so wäre es gut, daß es bald geschähe, ehe die Instructionen der andern Gesandten definitiv feststehn. Die Truppen dazu wären nach Reitzensteins Meinung allein schon in Wesel disponibel, wo 5 Batt[aillone] ständen.

Daß Brunnow nach London kommen würde, ist, wie ich hier höre, schon im October entschieden worden; er selbst sprach mir damals bei meiner Abreise in einer Weise davon,

[3]) Am 22 Dezember 1857 erhielt Bismarck von dem Minister den Auftrag, das Projekt der Anlage einer Hauptzitadelle auf dem Kästrich in Mainz schleunigst mit den Generalleutnants von Reitzenstein und von Bonin näher zu besprechen, um sodann in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung einen entsprechenden Antrag zu stellen.

daß ich es für eine schon bekannte Sache nahm; doch nur davon, daß er Berlin verließe und h o f f e, man werde ihm London geben. Er nahm schon damals vollständig Abschied von mir; ich sah E. E. nach dem nicht mehr, sonst hätte ich davon gesprochen, und ich schrieb nicht, weil ich es für keine neue Nachricht hielt. Budberg als Nachfolger Gorczakows wäre, wie ich glaube, wenig in unserm Interesse; er haßt uns im Grunde seiner Seele; ich kann nicht sagen, warum, denn er hat sich über Berlin wahrlich nicht zu beklagen, und hat seine Carriere durch uns gemacht. Aber bei seiner Anwesenheit hier im Sommer hat er sich sehr antipreußisch ausgesprochen, etwa so wie er zur Zeit von Erfurt über uns reden mochte, und von seinen reisenden Landsleuten, die durch Wien gekommen sind, habe ich noch neuerdings Ähnliches über ihn gehört. Über Fonton habe ich hier eine minder nachtheilige Ansicht gewonnen, als E. E. aussprechen. Sein Character ist wie der einer Frau, und obenein wie der einer südländischen; sehr heftig, aber ebenso leicht besänftigt und dann gutmüthig wie ein Kind, in Privatsachen nämlich; arbeitsscheu für gewöhnlich, aber sehr thätig und geschickt, sobald seine Theilnahme oder seine Leidenschaft angeregt ist; leicht zu gewinnen und leicht zu verletzen und für seine Freunde mit Eifer thätig; so war er es für Östreich und gegen uns, als er in Wien war, so für Platen in Hanover. Er hat von hier aus einen eminenten Einfluß auf die Entschließungen seines Cabinetes und macht einen großen Theil der Actenstücke in den großen Fragen. Die jüngste Note an Dänemark ist, wie mir sein Secretär sagt, lediglich auf seinen wiederholten Antrag erlassen und bei den andern Höfen communicirt, auch wörtlich von ihm verfaßt. Ich glaube, daß es von wesentlichem Einfluß ist, ihn zum Freunde zu haben oder nicht, und er hat Neigung, sich da anzuschließen, wo er accreditirt ist. Nach dem, was E. E. von ihm halten, wage ich kaum zuzureden, daß wir ihn für Berlin zu gewinnen suchen, aber ich würde es beklagen, wenn wir ihn ausdrücklich refüsirten und dadurch zu unserm Feinde machten, denn daß in Petersburg wenig ohne seinen Rath geschieht, höre ich von mehren glaubwürdigen Seiten versichern. Die Noth an geschickten Leuten soll so fühlbar sein, daß man über Alles hinwegsieht, was sich gegen ihn sagen ließe, und ihn als indispensable betrachtet, wie auch die Besetzung der höchsten Stelle sich verändern möchte. Budberg ist indessen sein Freund auch nicht. Bei dem Rangstreit[1]) habe ich allerdings von seiner Seite lebhafte Erörterungen mit ihm gehabt; er war von Andern aufgereizt, sah aber am andern Tage aus freien Stücken ein, daß ich Recht hatte, besuchte mich, und war dann unser bester Advocat bei seinen Collegen von Frankreich und Belgien. Im Ganzen kann ich mir keinen Bessern an seiner Stelle wünschen; nur möchte ich, daß sein Privatleben, obschon er gesellschaftlichen Anstoß vermeidet, sich unsern norddeutschen Begriffen von Sittlichkeit mehr anbequemte.

Die englische Beschwerde über mein Verhalten in der Bentinkschen Frage[2]) hat mich überrascht; es muß viel östreichische Verhetzung dabei sein, sonst begreife ich nicht, wie Malet einen Bericht hat schreiben können, auf den dergleichen geschehn konnte. Es ist ein ganz unerhörter Fall, daß eine fremde Regirung eine vertrauliche und nicht protokollirte Discussion im Schoße der Bundesversammlung, von der sie ehrlicher Weise gar keine Kenntniß haben kann, zur Grundlage amtlicher Schritte nimmt. Nicht einmal die Protokolle kann sie officiell kennen. Von Malet konnte ich um so mehr erwarten, daß er die Unwahrheiten, die ihm aufgebunden sind, nicht ohne Anfrage bei mir nach Hause schreiben würde, als er weiß, wie ich mich bei seiner unbesonnenen Diner-Rede zur Zeit

---

[1]) Gemeint ist ein Streit über den Rang der Bundestagsgesandten unter sich und im Verhältnis zu den Gesandten der fremden Großmächte in Frankfurt a. M. Vgl. Nr. 289.

[2]) Vgl. Nr. 295.

des Krieges seiner gegen unsre gerechten Beschwerden angenommen habe. Der zeitige Geschäftsträger Edwardes war heut in Folge der Sache bei mir, nachdem ihm Bloomfields Bericht über seine Unterredung mit E. E. zugesandt worden. Ich habe ihm in demselben Sinne gesprochen, wie ich unter dem 26. November an E. E. berichtete. Mit der aufrichtigsten Verehrung . . .

294. Bericht vom 30. Dezember 1857 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ausschußverhandlungen über die Berührung der schleswigschen Frage sowie der der schleswig-holsteinschen Offiziere in dem Referate über die holsteinsche Angelegenheit. Haltung Englands und Frankreichs. — Vgl. Poschinger III Nr. 96.

295. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

2. Januar 1858.

E. E. h. Erlaß vom 22. v. M., die Angelegenheit des Grafen Bentinck betreffend[1]), habe ich erhalten, und beehre ich mich nachstehendes auf denselben zu erwidern.

Der Schritt, welchen Lord Bloomfield wegen meines angeblichen Verhaltens in der Bundestagssitzung vom 19. November v. J. bei E. E. getan, hat mich aus mehr als einem Grunde überrascht.

Ich glaube nicht, daß sich aus den bisherigen Annalen der Bundesversammlung ein Beispiel nachweisen läßt, wo das Verhalten eines Mitgliedes derselben auf Grund vertraulicher Erörterungen in einer Sitzung der Kontrolle eines auswärtigen Kabinetts vermöge einer Beschwerde bei der betreffenden Bundesregierung unterzogen worden ist, schon aus dem Grunde, weil eine amtliche Kenntnis der nicht zu Protokoll gehenden Vorgänge einer Sitzung nicht zu erlangen ist. Wenn aber ein Gesandter Nachrichten, welche ihm vermöge einer heimlichen und unberechtigten Indiskretion auf dem Wege mündlicher und einseitiger Mitteilung zugehn, als Grundlage amtlicher Berichte benutzen will, so wird er die Wahrheit der ihm gemachten Angaben sehr sorgfältig prüfen müssen; sonst läuft er Gefahr, sein Kabinett durch einseitige und entstellte Nachrichten irrezuleiten. Diese Vorsicht hat Sir Alexander Malet in dem fraglichen Falle vernachlässigt, obschon sie ihm gerade, bei dem offenen und vertrauensvollen Verhalten, welches ich gegen ihn stets beobachtet habe, sehr nahe lag. Er ist deshalb in den Fall geraten, sich von seinem Gewährsmann in tendenziöser Weise mißbrauchen zu lassen und seiner Regierung einen unwahren Bericht zu erstatten. Ich muß es lediglich als eine Erfindung bezeichnen, daß ich mich in der erwähnten Sitzung „in sehr feindseliger Weise gegen die von der englischen Regierung für den Grafen Bentinck eingelegte Verwendung geäußert" haben soll. Ich

[1]) Manteuffel teilte darin mit, der englische Gesandte in Berlin habe vor kurzem mündlich bei ihm Beschwerde darüber geführt, daß Bismarck in der Bundesversammlung sich in feindseliger Weise gegen die von der englischen Regierung für den Grafen Bentinck eingelegte Verwendung geäußert hätte. Er habe dem Gesandten erwidert, daß die Beschwerde nach den ihm vorliegenden Nachrichten auf einer unbegründeten Voraussetzung beruhe. Was dem K. Bundestagsgesandten Veranlassung und gerechte Veranlassung gegeben hätte, sich zu beklagen, sei lediglich Sache der Form gewesen. „Lord Bloomfield wollte nicht in Abrede stellen, daß in der Form auch von Sir A. Malet gefehlt sein möge, indessen glaubte er dabei beharren zu können, daß auch in der Sache selbst E. H. Sich feindselig geäußert hätten, was denn doch durch einen solchen Formfehler nicht gerechtfertigt erscheine; und da er in diesen Tagen sogar von neuem auf die Sache zurückgekommen ist, so habe ich ihm gesagt, daß ich E. H. schreiben und Rückfrage bei Ihnen halten würde." Vgl. auch Nr. 293 und 297.

wüßte auch in der Tat nicht, welche Gründe mich hiezu hätten veranlassen können, da ich sowohl mit den beiden Grafen Bentinck, als mit Sir Alexander Malet jederzeit in den besten Beziehungen gestanden habe und im allgemeinen, wie E. E. bekannt ist, meine Sympathien für England lebhafter sind, als für jedes andre Land außer meinem eignen.

Es hat sich auch in der erwähnten Sitzung gar nicht um eine Kritik der englischen Verwendung oder um eine Erörterung der Bentinckschen Ansprüche gehandelt, sondern lediglich um die Frage, ob der eingebrachte Gegenstand sofort oder in der nächstfolgenden Sitzung zur Verhandlung und Beschlußnahme gelangen sollte. Dem englischen Kabinett sind vielleicht die Einzelheiten des Geschäftsbetriebes am Bunde nicht vollständig bekannt, und namentlich weiß man in London schwerlich, daß in der Regel von allen Bundestagsgesandten nur der Kaiserlich österreichische die Gegenstände, welche in einer Sitzung verhandelt werden sollen, schon bei Beginn derselben kennt, weil ihm, als dem präsidierenden Gesandten, alle Eingaben vorher zu Händen kommen, ohne daß er die Verpflichtung oder die Gewohnheit hätte, den übrigen Mitgliedern der Versammlung vorher Einsicht davon zu gewähren oder auch eine allgemeine Mitteilung zu machen. Bei neu eingehenden Gegenständen kommen deshalb alle übrigen Gesandten in den Fall, sich über eine Sache aussprechen zu sollen, von welcher sie erst in dem Augenblick durch Verlesung des Transmissorialschreibens Kenntnis erhalten, und nur der Gesandte von Österreich ist in der Lage, seine Meinung mit voller Kenntnis aller betreffenden Aktenstücke und nach reiflicher Überlegung auszusprechen. Gegen diesen Übelstand gewährt die Geschäftsordnung die Garantie, daß bei neu eingehenden Sachen jedes einzelne Mitglied der Versammlung das Recht hat, die Aussetzung der Beratung bis zur nächsten Sitzung zu verlangen, um sich mit dem Inhalte der Aktenstücke und der Vorverhandlungen bekannt zu machen.

Ich habe es mir, wie E. E. schon mehrfach gemeldet und von Hochdenselben gebilligt worden, zur Regel gemacht, diesen Aufschub in jedem Falle zu verlangen, wo eine nicht ganz unbedeutende oder gewöhnliche Sache eingebracht wird, ohne daß mir vorher Kenntnis von derselben gegeben wäre, oder wo ein fremder Gesandter vermittels Note eine Verhandlung anregt, ohne mich vorher von seinem Schritte informiert zu haben.

In dem vorliegenden Falle durfte ich um so mehr darauf rechnen, daß ein vorgängiges Einvernehmen mit dem preußischen Gesandten nicht umgangen werden würde, als es fast ausschließlich der lebhaften Teilnahme Sr. M. des Königs an den Interessen der Familie Bentinck zu verdanken ist, daß die Ansprüche der letzteren in den früheren Stadien der Verhandlung nicht eine sehr viel ungünstigere Erledigung gefunden haben.

Aber auch abgesehn von diesen Gründen würde es in der Sitzung vom 19. November aus rein sachlichen Motiven notwendig gewesen sein, die Beschlußfassung auszusetzen. Einerseits bedurfte es einer Prüfung der Frage, ob der frühere Bentincksche Ausschuß noch existierte, oder ob dessen Mandat erloschen und eine Neuwahl notwendig war, andererseits wurde von Oldenburg die Ansicht ausgesprochen, daß die Verwendung Englands als eine unzulässige Intervention in eine innere Justizsache abzulehnen sei, und verlangte der Gr. Gesandte, daß ihm vor irgendeiner Beschlußnahme die Zeit zu derjenigen Gegenerklärung gelassen werde, welche er demnächst später zu Protokoll gab. Es war für die Bundesversammlung sowohl geschäftlich unzulässig, als auch mit der einer Bundesregierung schuldigen Rücksicht unverträglich, diesem Begehren nicht zu entsprechen.

Es scheint dem englischen Kabinett und der Berichterstattung seines Gesandten gänzlich entgangen zu sein, daß die Beschlußfassung über die Frage in der nächstfolgenden

Sitzung am 26. November ohne allen Anstand von meiner oder einer anderen Seite erfolgt ist, nachdem allen Gesandten Zeit und Gelegenheit gelassen war, von den Aktenstücken nähere Kenntnis zu nehmen. E. E. ist bekannt, daß ich in der Zwischenzeit eine neue Instruktion weder beantragt noch erhalten hatte. E. E. wollen aus dieser Darlegung gen. entnehmen, wie mein Verhalten keineswegs ein feindseliges gegen England und dessen Verwendung für Bentinck war, sondern genau dasselbe gewesen sein würde, wenn die Intervention von jedem anderen europäischen Staate ausgegangen wäre, und daß die ganze, durch Lord Bloomfield angebrachte Beschwerde lediglich auf unrichtigen Angaben in den der englischen Regierung zugegangenen Berichten basiert ist. Dabei muß die Quelle, aus der diese Berichte geschöpft haben, jedenfalls eine durch absichtliche Unwahrheit der Darstellung getrübte gewesen sein; ein unfreiwilliger[2]) Irrtum kann nicht stattgefunden haben; denn in der ganzen Versammlung war niemand darüber in Zweifel, daß nur der Widerspruch Oldenburgs der Sache galt, der meinige aber lediglich der Form. Jedermann wußte, daß es mir nur darauf ankam, dem Herrn Grafen Rechberg einen neuen Beweis zu liefern, daß es zweckmäßig sei, mir von den Gegenständen der Beratung vorher Kenntnis zu geben, und die Gründe, mit welchen ich meinen Antrag auf Vertagung der Frage unterstützte, haben allseitig den von mir beabsichtigten Eindruck gemacht, daß in der Sache selbst für mich kein Motiv lag, einen Aufschub zu fordern. Ich habe mich noch in diesen Tagen durch vertrauliche Erkundigung bei einer großen Anzahl meiner Kollegen überzeugt, daß keiner von ihnen mein Verhalten anders aufgefaßt hat, und wenn E. E. mich zu den erforderlichen Schritten deshalb autorisieren wollen, so mache ich mich anheischig, eine Erklärung der Bundesversammlung selbst herbeizuführen, welche konstatiert, daß die von Lord Bloomfield bei E. E. über mich vorgebrachten Angaben falsch sind.

Ich will Sir Alexander über seine Berichterstattung weiter keinen Vorwurf machen als den, daß er bei seinem langjährigen Aufenthalt hier schließlich wissen mußte, was er von einseitigen Mitteilungen zu halten hat. Daß er mir die von ihm an das Präsidium eingereichte Note nicht ebenfalls vor der Sitzung gezeigt hat, wie es seine Kollegen von Frankreich und Rußland in ähnlichen Fällen unzweifelhaft getan haben würden, lege ich weniger ihm zur Last, als den General-Instruktionen, welche für sein Verhalten maßgebend sind. Schon zur Zeit Lord Cowleys konnte ich mich überzeugen, daß der beim Bunde akkreditierte englische Gesandte im allgemeinen die Weisung hat, nur mit dem K. österreichischen Gesandten, als dem Vorsitzenden der Bundesversammlung, geschäftliche Verbindungen zu unterhalten. Von den Vertretern Englands bis in die neueste Zeit ist mir auf desfallsige Beschwerden wiederholt erklärt worden, daß es nach Ansicht des englischen Kabinetts lediglich Aufgabe des Präsidialgesandten sei, seinen deutschen Kollegen Mitteilung über die Beziehungen der fremden Gesandten zum Bunde zu machen, und ist mir dabei die Analogie mit der Stellung des Präsidenten oder auswärtigen Ministers föderativer Republiken entgegengehalten worden, wie denn auch in allen englischen Aktenstücken dei K. österreichische präsidierende Gesandte stets mit dem verfassungswidrigen und von uns ausdrücklich abgelehnten Titel the president bezeichnet wird.

Es scheint, daß die englische Regierung den K. österreichischen Gesandten als eine Art von erstem Beamten Deutschlands auffaßt, welcher durch seine Stellung verpflichtet sei, die Interessen eines jeden der zum Deutschen Bunde gehörigen Staaten in derselben Weise wahrzunehmen, wie die seines eigenen Souveräns, und daß dabei übersehen wird, wie der

---

[2]) In der Vorlage steht: freiwilliger.

Deutsche Bund ein zu bestimmten Zwecken gebildeter völkerrechtlicher Verein souveräner Staaten ist, von welchen jeder im übrigen seine ihm eigentümlichen politischen Interessen und seine eigene vollberechtigte Vertretung am Bunde hat, während Amerika, die Schweiz und andre Bundesstaaten nur Eine auswärtige Politik und Eine gemeinschaftliche diplomatische Vertretung haben. Die Auffassung der englischen Regierung beruht, wie es scheint, auf einer mißverständlichen Auslegung der Bestimmungen über den inneren Geschäftsbetrieb am Bunde. Durch dieselben ist der K. österreichische Gesandte ein für allemal von der Bundesversammlung beauftragt, die schriftlichen oder mündlichen Mitteilungen der fremden Gesandten entgegenzunehmen; diese Bestimmung hat lediglich die Ordnung und Erleichterung des Geschäftsganges zum Zweck, da es nicht tunlich sein würde, von einem fremden Gesandten zu verlangen, daß er 17 gleichlautende Noten an die Stimmen des engeren Rates richte, oder sein Anliegen bei jedem der zahlreichen Gesandten mündlich anbringe. Keineswegs aber hat durch jene Bestimmungen ausgedrückt werden sollen, daß es einem fremden Gesandten, der bei der Gesamtheit des Bundes und bei jedem Mitgliede desselben ebenso vollständig, wie bei Österreich akkreditiert ist, untersagt sei, mit jedem Bundestagsgesandten diejenigen geschäftlichen Beziehungen zu unterhalten, welche für die Erfüllung der beiderseitigen Aufgaben förderlich sein können.

Wenn E. E. die Geneigtheit haben wollen, Lord Bloomfield nach dem Vorstehenden über den Irrtum seiner Regierung in betreff meiner aufklären zu wollen, so erlaube ich mir hoher Erwägung dabei gleichzeitig anheimzustellen, ob diese Gelegenheit nicht zu benutzen sein möchte, um das Londoner Kabinett vertraulich darauf aufmerksam zu machen, daß die Ausschließlichkeit der geschäftlichen Beziehungen zur K. österreichischen Bundestagsgesandtschaft, welche dem Vertreter Englands am Bunde vorgeschrieben zu sein scheint, weder in der Verfassung des Deutschen Bundes und der vollen Gleichberechtigung aller Mitglieder desselben eine Begründung findet, noch für die geschäftlichen Beziehungen förderlich oder den einem Bundesgliede wie Preußen von seiten eines nahe befreundeten Hofes zu gewährenden Rücksichten entsprechend sei.

296. Bericht vom 3. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den württembergischen Antrag wegen Beschleunigung der Arbeiten der Nürnberger Handelsgesetzgebungs-Konferenz. — Vgl. Poschinger III, Nr. 98.

297. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

4. Januar 1858.

E. E. beehre ich mich in der Anlage[1]) einen Bericht, die Beschwerde Lord Bloomfields in der Bentinckschen Angelegenheit betreffend, g. vorzulegen, in welchem ich das zusammengefaßt habe, was m. u. D. zur Kenntnis des englischen Gesandten zu bringen sein möchte. Ich habe dabei etwas weitläuftig in die Sache eingehen müssen, um einem Fremden, wie Lord Bloomfield, bei welchem ich eine ganz richtige Vorstellung von den Bundesverhältnissen nicht voraussetze, die Grundlage eines eigenen Urteils zu gewähren, und glaubte E. E. Intentionen zu entsprechen, wenn ich die Ausstellungen, welche wir im allgemeinen an

---

[1]) Vgl. Nr. 295.

dem Verhalten der hiesigen englischen Gesandtschaft zu machen haben, mit aufnahm. Wenn dem Lord Bloomfield vertraulich die Einsicht eines nicht für ihn bestimmten Berichtes gestattet wird, so ist dies ohne Zweifel der mildeste Weg, unsere Beschwerden beim Londoner Kabinett anzubringen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die tendenziöse Mitteilung, welche der Berichterstattung Sir Alexander Malets zugrunde liegt, vom Grafen Rechberg ausgegangen ist. Es geht dies schon aus dem Umstande mit Gewißheit hervor, daß Sir Alexander grundsätzlich und gewissenhaft mit niemand, außer dem Präsidialgesandten, über Bundesangelegenheiten spricht, nicht einmal mit mir, der ihm persönlich sehr viel näher steht, wie jedes andere Mitglied der Versammlung, Graf Rechberg eingerechnet. Außerdem habe ich mit ziemlicher Sicherheit ermittelt, daß mein englischer Kollege zwischen der Sitzung vom 19. November und seiner Abreise nur Graf Rechberg und Graf Montessuy gesehen hat, und daß er vor seiner Abreise die in Rede stehenden Nachrichten über mein angebliches Verhalten bekommen hat. Er ist am 21. November früh abgereist und hat außer dem Grafen Rechberg und mir keinem der Gesandten die üblichen Abschiedsbesuche gemacht, kann also seine Nachrichten nur von ersterem erhalten haben. Dazu kommt, daß gleich darauf in einer Ausschußsitzung Graf Rechberg, der wohl fühlen mochte, daß er Sir Alexander zuviel gesagt habe, in einer ganz unveranlaßten und gesuchten Weise über die häufigen Indiskretionen klagte, um dann mitzuteilen, daß Graf Montessuy bereits am Freitag früh alles gewußt habe, was den Donnerstag in der Sitzung geschehen sei, und namentlich alle von mir in der Bentinckschen Sache getanen Äußerungen gekannt habe. Ich fragte gleich darauf, ohne vorstehendes zu erwähnen, den Grafen Montessuy, ob und von wem er wisse, was in der Sitzung vom 19. geschehen sei. Er erwiderte mir, daß Graf Rechberg ihm bei einem Besuch am Freitag früh Mitteilungen darüber gemacht und aus freien Stücken, ohne Frage des Grafen Montessuy nach diesem Gegenstande, hinzugefügt habe, daß ich eine sehr heftige Opposition gegen England und dessen Verwendung gemacht hätte. Die Details, welche mir Graf Montessuy nach den Mitteilungen des Grafen Rechberg gab, waren ebenfalls unwahr und geflissentlich entstellt.

Da Sir Alexander Malet seine Beziehung zum Präsidium durchaus amtlich auffaßt und jede Mitteilung, die ihm der Gesandte Österreichs macht, als eine Kundgebung des Bundes durch dessen offizielles Organ betrachtet, so ist es erklärlich, daß er die Erzählungen des Grafen Rechberg mit einer Sicherheit und in einer Form nach London gemeldet hat, auf Grund deren das englische Kabinett weitere Schritte tun zu können glaubte. Es liegt durchaus nicht in dem Charakter meines englischen Kollegen, viel und leichtfertig zu schreiben, und die Mitteilung jedes anderen als des Präsidialgesandten, würde er als Privatäußerung behandelt haben. *Ich habe dem Grafen Rechberg vertraulich gesagt, daß in betreff jener Sitzung vom 19. November Indiskretionen begangen worden seien, welche zu Rückfragen Englands in Berlin geführt hätten, und daß mir der Urheber dieser Indiskretion zwar bekannt [ge]worden sei, nachdem ich mein Wort gegeben hätte, ihn nicht zu nennen. Die Verlegenheit meines österreichischen Kollegen hierbei war so groß, daß er, ein bei ihm sehr seltener Fall, die Fassung verlor, mir gar nichts erwiderte und nicht einmal Worte für den ihm sonst bei solchen Gelegenheiten geläufigen Ausdruck der Entrüstung über die Indiskretion fand.*

Da bei Österreich gegenwärtig kein politisches Motiv vorliegen kann, auf Mißstimmung zwischen uns und England hinzuarbeiten, so kann ich bei Graf Rechberg nur die Absicht voraussetzen, über mich persönlich bei einem befreundeten Hofe eine nachteilige

Meinung hervorzurufen, eine Tendenz, in welcher ich ihn sowohl wie andre Agenten Österreichs auch bei anderen Höfen geschäftig gefunden habe, und zu deren Betätigung, wie es scheint, auch die kleinsten Dinge nicht unbenutzt gelassen werden. Daß diese Angelegenheit von England bis zu einer Beschwerde in Berlin getrieben und dadurch die Veranlassung gegeben wurde, ihr auf den Grund zu gehen, hat augenscheinlich nicht in der Berechnung des Grafen Rechberg gelegen.

298. Bericht vom 5. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Berührung Schleswigs bei Behandlung der holsteinschen Angelegenheit. — Vgl. Poschinger III, Nr. 100.

299. Bericht vom 8. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Erwähnung Schleswigs in den Ausschußerörterungen über die holsteinsche Frage. — Vgl. Poschinger III, Nr. 101.

300. Immediatbericht vom 8. Januar 1858, betr. die Bewilligung einer Pension bzw. Unterstützung für zwei frühere österreichische Soldaten. Antrag Oldenburgs wegen Nachzahlung einer zweijährigen Pensionsrate an die Offiziere der ehemaligen schleswig-holsteinschen Armee. Verhalten Rechbergs hierbei. — Vgl. Poschinger III, Nr. 102.

*301. Schreiben an Minister v. Manteuffel

[Konzept.]

9. Januar 1858.

E. E. h. Erlaß vom 3. Januar c., Nr. 2, die Bundesreformfrage betreffend,[1]) habe ich die Ehre gehabt zu erhalten, und würde ich der Weisung vom 10. v. M. schon früher nachgekommen sein, wenn ich nicht längere Zeit infolge einer vernachlässigten Grippe unwohl gewesen wäre und besonders in der letzten Woche in dem Maße, daß ich den größeren Teil des Tages habe im Bett zubringen müssen und nur zu den gegenwärtig nicht unerheblichen laufenden Geschäften Zeit fand.

Augenblicklich bin ich mit der Bearbeitung des erwähnten Gegenstandes beschäftigt und hoffe den Bericht morgen oder übermorgen einreichen zu können.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung . . .

302. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

11. Januar 1858.

E. E. beehre ich mich in der Anlage dasjenige zu überreichen, was ich mir an Material für die Beantwortung der österreichischen Depesche vom 26. November v. J., be-

[1]) In dem erwähnten Erlasse mahnte Manteuffel an die von ihm unter dem 10. Dezember 1857 erbetene Äußerung über die Depesche Graf Buols vom 26. November 1857 wegen der Beustschen Bundesreformvorschläge, weil er hohen Wert auf Bismarcks Ansicht lege und andererseits die Antwort auf die Wiener Depesche nicht zu lange hinausschieben wolle.

treffend die Bundesreformfrage, g. g. zu suppeditieren erlaube. Ich habe dasselbe in der Form zusammengestellt, als wenn ich einen Teil des Konzepts der Beantwortung selbst liefern wollte, aber lediglich zu Vereinfachung der Ausdrucksweise und Vermeidung der indirekten Rede, da nur nach E. E. eigenem h. Ermessen der Inhalt und die Tonart der Beantwortung bestimmt werden kann.

Anlage:

Mit Befriedigung haben wir aus der Mitteilung des Kais. Kabinetts vom 26. November entnommen, daß dasselbe in einer Tätigkeit des Bundes zur Förderung der materiellen Interessen nicht vorzugsweise und an erster Stelle das Mittel zur Erreichung des Bundeszweckes erblickt, sondern daß es Fragen einer „höheren moralischen Ordnung" sind, neben welchen auch die materielle Volkswohlfahrt des Wirkens der Organe des Deutschen Bundes wert sei. Das Aktenstück gibt uns indessen keinen Aufschluß darüber, wo wir das Gebiet der Fragen zu suchen haben, welchen das Kais. Kabinett neben den materiellen Interessen eine höhere Ordnung beilegt. Daß die in dem Promemoria des Freiherrn von Beust außer der Pflege der materiellen Interessen noch berührten Reformobjekte, nämlich das Verfassungswesen und das Bundesgericht, diesen Vorrang in der Teilnahme des Kais. Kabinetts nicht einnehmen, ist, wie uns scheint, in der Depesche vom 26. November mit Deutlichkeit ausgesprochen. Wir müssen daher auch jetzt noch annehmen, daß, wenigstens unter der Zahl der von dem sächsischen Herrn Minister angeregten Vorschläge, nur diejenigen bei dem Wiener Kabinett einer Geneigtheit für ihre praktische Entwickelung begegnen, welche sich mit den materiellen Interessen beschäftigen, und finden diese Annahme dadurch bestätigt, daß die Kais. Regierung dem Art. XIX der Bundesakte eine stärkere Bedeutung beigelegt, als dem Art. XIII. Wir dagegen haben Gewicht darauf gelegt, der von Herrn von Beust gegebenen Anregung ihren ursprünglichen umfassenden Charakter zu bewahren, indem wir nur auf diesem Wege glauben, diejenige Gesamtheit von Resultaten erreichen zu können, welche wir als wünschenswertes Ziel einer Reform ansehen, und in deren hohem Werte für die Sicherheit und Wohlfahrt Deutschlands wir allein das hinreichende Äquivalent für die von dem System des Freiherrn von Beust unzertrennlichen Opfer eigentümlicher Überzeugung und Interessen erblicken würden. Wir müssen auf unsere frühere Unterscheidung von obligatorischen und fakultativen Bundespflichten zurückkommen, indem wir das Kais. Kabinett darauf aufmerksam machen, wie der Art. XIII der Bundesakte bestimmt und verpflichtend ausspricht, daß in allen Bundesstaaten eine landständische Verfassung stattfinden wird, während im Art. XIX die Bundesglieder sich nur vorbehalten haben, wegen des Handels und Verkehrs (nach Anleitung der auf dem Kongreß zu Wien angenommenen Grundsätze) in Beratung zu treten. Dahin einschlagende Beratungen haben vielfältig bereits stattgefunden; über ihre Richtung und ihren Umfang enthält die Bundesakte nichts Verpflichtendes. In betreff des Art. XIII dagegen ist die Kais. Regierung bisher nicht in der Lage gewesen, die bestimmt gehaltene Voraussetzung der Bundesakte zu verwirklichen. Wir sind weit entfernt, die Motive zu unterschätzen, welche die Kais. Regierung bisher abgehalten haben, der Erfüllung der Verpflichtungen, welcher sie sich nach dem Grundsatze des Art. XIII der Bundesakte vollkommen bewußt ist, näherzutreten; ebensowenig haben wir irgendeine Initiative für die Zumutung ergreifen wollen, daß die Kais. Regierung die „Entscheidung über die Entwickelung der inneren Verfassungszustände Österreichs in die Hände irgendeiner Mehrheit der Bundesglieder lege". Aber das Kais. Kabinett selbst erklärt es in dem

Erlaß vom 26. November für unstreitig, daß eine möglichst übereinstimmende Entwickelung der inneren Verfassungszustände der deutschen Staaten der Grundgedanke des Freiherrn von Beust sei. Sicherlich müßte also die weitere Entwickelung dieses Grundgedankens in Beratungen am Bunde auch die inneren Verfassungszustände Österreichs nicht minder, als diejenigen der übrigen Bundesstaaten berühren, und gerade weil wir zweifelhaft waren, ob eine solche Berührung den Intentionen des Kais. Kabinetts entsprechen werde, fanden wir es durch die Rücksichten, welche wir Österreich schulden, geboten, uns auf dem Wege vertraulicher Anfrage über die Auffassung der Kais. Regierung zu vergewissern, und die Aufmerksamkeit derselben auf alle Konsequenzen der von Dresden aus gegebenen Anregung zu lenken,[1]) bevor wir unsererseits dem K. sächsischen Minister die Hand dazu boten, seine Vorschläge in die Stadien der praktischen Behandlung überzuführen.

Die Depesche vom 26. November hat den Beweis geliefert, daß unsere Zweifel begründet waren. Es hat uns nicht überrascht, daß das Kais. Kabinett jenen „Grundgedanken" des Freiherrn von Beust nicht in der vollen Ausdehnung seiner Konsequenzen auf die Verhältnisse der deutschen Staaten, mit Einschluß Österreichs, für anwendbar erachtet, sondern denselben gegenüber ein besonderes Gewicht auf die Macht der vorhandenen Tatsachen legt, welche den Deutschen Bund von dem idealen Ziele einer allgemeinen und unbedingten Bundespflicht zur Herstellung gleichgearteter Verfassungseinrichtungen trennen. Aber schon die Aufstellung eines solchen idealen Zieles involviert den Grundsatz, daß es die Aufgabe der Bundesglieder sei, sich diesem Ziel nach Möglichkeit zu nähern. Wie auf dem Wege dazu die bundesmäßige Prüfung des gegenwärtigen Verfassungszustandes in jedem einzelnen Bundeslande umgangen werden könnte, sehen wir nicht ein, und wenn es dem Kais. Kabinett unerwünscht gewesen sein würde, die sächsischen Vorschläge auch nach dieser Seite hin ihrer ganzen Tragweite entsprechend beraten zu sehen, so ist es uns jedenfalls erfreulich, durch unsere offene und bundesfreundliche Anfrage bei dem Kais. Kabinett dazu beigetragen zu haben, einer Erörterung vorzubeugen, welche in ihrer folgerechten Entwicklung die Beratungen des Bundes auf ein für Österreich unwillkommenes Terrain hätte leiten müssen. Wir haben unsererseits aus den sächsischen Vorschlägen nicht zu entnehmen vermocht, daß ihr Herr Verfasser die beabsichtigte Reform damit als abgeschlossen ansehn werde, daß dem einzusetzenden Bundesgerichte nur über einzelne Staaten, welche ihre Verfassung unter den Schutz desselben stellen, eine Kompetenz beigelegt werde, daß die durch die Verschiedenartigkeit der Verfassungen in den einen, und durch die Abwesenheit jeder landständischen Verfassung in anderen Bundesstaaten bedingte Ungleichheit fortbestehe, und daß demnächst einige Bundesstaaten bezüglich ihrer innern Einrichtungen der von der Garantie des Bundes und der Kompetenz des Bundesgerichts untrennbaren Oberaufsicht des Bundes unterzogen werden sollten, die andern sich aber an diesem System nur durch Ausübung der Kontrolle über die Verfassungszustände ihrer Bundesgenossen zu beteiligen hätten. Uns scheint vielmehr, daß dem Freiherrn von Beust eine vollkommene Gleichartigkeit aller deutschen Verfassungen zwar nur als Ideal, als Realität aber jedenfalls ein Zustand vorgeschwebt hat, in welchem eine gleichberechtigte Wechselwirkung aller Bundesstaaten aufeinander und des gemeinsamen Organes auf die Verfassungszustände eines jeden, stattzufinden hätte. Ein solcher Zustand kann aber nur unter der Voraussetzung gedacht werden, daß in jedem Bundes-

[1]) Vorlage: aufmerksam zu machen.

staate verfassungsmäßige Objekte der Garantie des Bundes und der Kompetenz des Bundesgerichtes vorhanden sind, und daß nicht einzelnen Staaten um deswillen, weil solche Objekte bei ihnen bisher fehlen, das Privilegium einer lediglich aktiven Teilnahme an der gemeinschaftlichen Einrichtung zufalle.

Schon das Prinzip der Gleichberechtigung der Bundesglieder, welchem der sächsische Herr Minister sicherlich nicht hat zu nahe treten wollen, würde es mit sich bringen, daß jeder, auch der mächtigste Bundesstaat, dasselbe Maß von Einfluß, welches er vermöge des gemeinsamen Organs auf die innern Angelegenheiten seiner Bundesgenossen ausübt, diesen auch in betreff seiner eignen Bundesländer gestatte.

Wir glauben durch das Vorstehende die Auffassung hinreichend ins Klare gestellt zu haben, von welcher wir bei Abfassung unserer Mitteilung vom 3. November v. J. geleitet wurden, und welche von dem Herrn Verfasser der Erwiderung vom 26. desselben Monats in einigen Punkten mißverstanden zu sein scheint. Da uns nach der von dem Kais. Kabinett gemachten Eröffnung auf einen erwünschten Fortgang einer über die Vorschläge des Freiherrn von Beust einzuleitenden Beratung gegenwärtig keine Aussicht bleibt, so brechen wir diese von uns nicht provozierte Diskussion gern hier ab und erlauben uns nur auf den letzten Teil des Erlasses vom 26. November nochmals zurückzukommen, in welchem der Kais. Minister den von uns ausgesprochenen Wunsch erwidert, in dem Auftreten Preußens und Österreichs am Bunde nach Form und Sache einen höheren als den bisher zutage getretenen Grad von Eintracht herbeizuführen.

Es wird dabei um so weniger nötig sein, nochmals auf eine ausführliche Erörterung über die orientalische, Neuenburger und andere Fragen zurückzukommen, als dieselben zu ihrer Zeit und an ihrem Orte genügend diskutiert worden sind und die Urteile darüber sich allerseits hinreichend festgestellt haben, um auf dieselben verweisen zu können. Ohne uns auf eine Prüfung verschiedener Auffassungen von dem Begriffe eines „ernstlichen und anhaltenden Versuches“ einer Verständigung Österreichs mit Preußen einzulassen, genügt es, zur Bestätigung des von uns unter dem 3. November Gesagten lediglich von der Tatsache Akt zu nehmen, daß das Kais. Kabinett es ablehnt, solche Fragen, *in betreff welcher eine gedeihliche Lösung nur von der Übereinstimmung beider Kabinette* zu hoffen ist, solange diese Übereinstimmung noch nicht hat erzielt werden können, nicht zur Diskussion am Bunde zu bringen. Bei dem Bedauern, mit welchem wir diese unumwundene Erklärung gelesen haben, gereicht es uns zu einiger Befriedigung und zum Anlaß besserer Hoffnungen für die Zukunft, daß das Kais. Kabinett geglaubt hat, seine Weigerung nicht aussprechen zu sollen, ohne unserem Wunsche eine andere Deutung unterzulegen, als derselbe nach der Natur der Dinge und nach Inhalt früherer Diskussionen haben konnte.

Es hat uns nicht in den Sinn kommen können, zu verlangen, daß das gemeinsame Bundesorgan sich nur mit Fragen zu beschäftigen habe, über welche die beiden mächtigsten Glieder des Bundes sich bereits vorher geeinigt haben, und auf diesem Wege den übrigen Bundesgenossen zuzumuten, daß sie nur Vorausbeschlossenes anzunehmen hätten. Gerade Preußen ist in den Verhandlungen am Bundestage seit seiner Reaktivierung vielfach in die Lage gekommen, die Gleichberechtigung aller Bundesglieder zu vertreten und auf eine genaue Beobachtung der Bundesgesetze in betreff des Stimmverhältnisses namentlich auch in solchen Fällen zu halten, wo einer einzelnen Stimme ein Widerspruchsrecht zusteht. Wir wissen in der Tat nicht, welche unserer Äußerungen das Kais. Kabinett zu der

Voraussetzung berechtigt, als habe es in unserer Absicht gelegen, die volle und unabhängige Beteiligung eines jeden Bundesgliedes an Beratung und Beschlüssen irgendwie zu beeinträchtigen. Unsere Ansichten in betreff der Gleichberechtigung gehen vielmehr weiter als die des Kais. Kabinetts, indem wir es für kein Unglück halten, wenn auch, was immerhin nicht häufig vorkommen würde, Preußen und Österreich gemeinschaftlich in einer der zur Kompetenz der Majorität gehörigen Fragen überstimmt würden. Es scheint uns vielmehr, daß in einem solchen Vorkommnis geringere Gefahren für eine förderliche Entwickelung des Bundeslebens liegen, als wenn nur einer der beiden Großmächte, sei es nun Preußen oder Österreich, mit Hilfe der anderen, vermöge einer durch verschiedenartige Mittel gewonnenen Majorität, ein Verhalten aufgedrungen wird, welches sie mit ihren eignen Interessen oder Überzeugungen in Widerspruch bringt. Wir schlagen die Einigkeit zwischen Preußen und Österreich so hoch an, daß auch die Besorgnis, es könne eine der anderen Stimmen mit Anträgen von allgemeinem Interesse die Initiative ergreifen, uns nicht würde veranlassen können, sie auf das Spiel zu setzen. Wenn freilich das Kais. Kabinett von der Ansicht ausgeht, daß eine solche Initiative a u s s c h l i e ß l i c h anderen Stimmen als Preußen und Österreich zufallen würde, wenn von den beiden letzteren nur solche Fragen angeregt werden sollten, über welche sie einig wären, so wird damit vorausgesetzt, daß ein Einverständnis beider Mächte zur Stellung derartiger Anträge niemals stattfinden werde; danach müßten wir glauben, daß dem Kais. Kabinett ein so anhaltender und durchgreifender Dissensus zwischen den beiden deutschen Großmächten vorschwebt, wie wir ihn bisher nicht gedacht haben und nur mit dem aufrichtigsten Bedauern und mit Sorge für die künftigen Geschicke Deutschlands als vorhanden erkennen würden. Wir wollen lieber annehmen, daß die fragliche Wendung der Depesche vom 26. auf einem lapsus calami beruht, als in ihr einen unwillkürlichen Ausdruck der Anschauungsweise des Herrn Verfassers suchen.

Unsern Andeutungen hat der aufrichtige Wunsch zugrunde gelegen, es für die Zukunft, soviel an uns ist, zu vermeiden, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Großmächten in einer solchen Form und mit einem solchen Grade von Öffentlichkeit in der Bundesversammlung und infolgedessen auch in der Presse zur Diskussion gelangen, daß deren Eindruck vor ganz Europa die Meinung von der Haltbarkeit des föderativen Bandes beider Mächte abschwächt und einem jeden, der ein Interesse hat, dasselbe zu lockern, die willkommne Gelegenheit bietet, an Erweiterung der sich zeigenden Kluft zu arbeiten. Wenn das unvermittelte Hervortreten eines prinzipiellen Antagonismus beider Großmächte in den Protokollen der Bundesversammlung seit sieben Jahren in fast allen wichtigeren Fragen offenkundig wird, wenn Europa sich an die Erscheinung hat gewöhnen können, daß Preußen und Österreich sich in Zirkulardepeschen an den deutschen Höfen bekämpfen und um deren Stimmen nicht für ein gemeinsames Auftreten, sondern gegen einander werben, und daß die amtlichen Aktenstücke einer solchen Polemik mit auffallender Leichtigkeit ihren Weg in die öffentlichen Blätter finden, um durch deren Kommentare den Zwiespalt zu fördern, so kann es nicht wundernehmen, daß bei den auswärtigen Kabinetten die Meinung von der Einigkeit der deutschen Großmächte, und folgerecht von der Macht und Bedeutung des Deutschen Bundes für den Moment ernstlicher Prüfungen, mehr und mehr abgeschwächt wird. Wir haben geglaubt, daß diese Erscheinung der eignen Wahrnehmung des Kais. Kabinetts nicht entgangen sei, und sind gewiß, daß die Mehrheit unsrer Bundesgenossen, weit entfernt, eine Beeinträchtigung ihrer bundesrechtlichen Gleichstellung und Unabhängigkeit darin zu erblicken, mit Freuden und mit dem

Bewußtsein erhöhter Bürgschaft für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands, aufhören würden, durch ihre Majoritäten in den Sitzungen ein unwillkommnes Schiedsrichteramt in den Streitigkeiten Preußens und Österreichs zu üben. Daß ein andrer Zustand möglich sei, beweisen die Zustände in dem Zeitraume von 1848, wo der Bund sich nach außen hin eines politischen Ansehens und eines Glaubens an seine Solidität erfreute, welche wir gegenwärtig zu unserem Bedauern nicht wiederzufinden vermögen.

In jenem langen Zeitraum findet sich schwerlich ein Beispiel, daß Meinungsverschiedenheiten über wichtigere Fragen zwischen Preußen und Österreich im Schoße der Bundesversammlung mit protokollarischen Erklärungen durchgefochten und durch Majoritätsabstimmungen der übrigen Bundesgenossen entschieden worden wären. Allerdings begnügten sich damals beide Mächte in ihren gegenseitigen Beziehungen nicht mit der Versicherung, daß es ihnen zur größten Genugtuung gereichen werde, im engsten Einverständnis miteinander zu handeln, sondern sie taten, was erforderlich war, um dieses Einverständnis wirklich herbeizuführen. Zu diesem Behufe war es üblich, daß diejenige von beiden Mächten, welche die Mitwirkung der anderen in Anspruch nahm, sich nicht darauf beschränkte, derselben ihre Wünsche mitzuteilen, und wenn sie nicht dem sofortigen Einverständnis begegnete, wenige Tage darauf mit Anträgen am Bunde und mit Zirkulardepeschen bei den einzelnen Höfen vorzugehen. Man enthielt sich lieber der weiteren Schritte, bis durch Verhandlungen, durch aufrichtiges Eingehen in die Ansicht der anderen und durch gegenseitige Konzessionen eine Richtschnur für ein gemeinsames Auftreten gewonnen war. Die Einigkeit beider Höfe und der Eindruck derselben in Deutschland und nach außen hin wurden damals höher angeschlagen, als die Schnelligkeit der Einbringung eines Antrages, wie sehr sich dieselbe auch mit Rücksicht auf das einseitige Interesse einer der beiden Mächte, oder im Hinblick auf den in der öffentlichen Meinung beabsichtigten Eindruck hätte empfehlen mögen. Wir erwarten nicht, hierbei dem Einwande zu begegnen, daß das praktische Ergebnis des gesamten Bundeslebens in dem Zeitraum vor 1848 nicht geeignet sei, die damalige Behandlungsweise der Bundesangelegenheiten als zweckmäßig zu empfehlen. Dem Kais. Kabinett ist so gut wie uns bekannt, daß, wenn so manche wünschenswerte Förderung des nationalen Lebens in jener Epoche nicht zur Ausführung kam, die Ursachen davon weniger in dem Charakter der damaligen Behandlung der Geschäfte, als in den Ansichten und dem Willen der Kabinette selbst lagen, und dessenungeachtet können wir nicht umhin, die Frage aufzuwerfen, was denn auf dem seit 1851 eingeschlagenen Wege, eine direkte Verständigung Preußens und Österreichs erst dann ernstlich zu suchen, wenn alle Mittel der Fehde am Bunde und in der Presse erschöpft sind, Erhebliches durch den Bund geleistet worden sei, obschon diese Periode vermöge der europäischen Ereignisse und der Erfahrungen der vorangegangenen revolutionären Zeit sehr viel reicher an Aufforderungen und an Gelegenheiten zur Entwicklung der Tätigkeit des Bundes gewesen ist? Wir fragen in demselben Sinne, ob das Ansehen und der Einfluß des Bundes zur Zeit des jüngsten orientalischen Krieges größer gewesen ist, als in der Epoche nach der Juli-Revolution, oder zur Zeit der Komplikationen von 1841? Die Streitkräfte des Bundes haben sich vermehrt und eine verbesserte Organisation gewonnen, die Finanzen der meisten Bundesstaaten sind blühender, als sie zu den beiden letztgenannten Zeitpunkten waren; aber der Glaube an ein einmütiges und kräftiges Auftreten des Bundes zur Zeit einer Gefahr hat sich vermindert, weil die Unverträglichkeit seiner beiden mächtigsten Glieder im Auslande ohne Unterlaß in den Verhandlungen am Bunde und anderweit zu amtlicher Anschauung gebracht wird.

Möge das Kais. Kabinett aus dieser Entwickelung unserer Ansichten entnehmen, daß wir die Einigkeit der beiden deutschen Großmächte nicht nur als eine neben anderen Bundesangelegenheiten im Auge zu behaltende Aufgabe ansehen, sondern als das wichtigste und oberste Bedürfnis des gesamten Bundeslebens, als eine Bedingung, ohne deren vorgängige Erfüllung sich weder eine förderliche Entwickelung der inneren Angelegenheiten Deutschlands, noch derjenige Grad von äußerer Macht und politischem Ansehen sicherstellen läßt, auf welchen die Gesamtheit des Deutschen Bundes einen unbestreitbaren Anspruch machen darf, so oft und so lange ein aufrichtiges Einvernehmen zwischen Preußen und Österreich besteht. Unser Vorschlag war deshalb dahin gerichtet, ein offenkundiges Hervortreten zwiespältiger Haltung beider Großmächte nach Möglichkeit zu verhüten, nicht aber die Selbständigkeit der übrigen Bundesglieder zu beschränken.

Wir können nur den Ausdruck des Bedauerns wiederholen, mit welchem wir aus der Depesche vom 26. November entnommen haben, daß das Kais. Kabinett die von uns unter offener Darlegung unserer Beschwerden zur Verständigung dargebotene Hand zurückweist. Wir müssen nach den Erklärungen des Kais. Kabinetts annehmen, daß dasselbe fortfahren will, solche Fragen, in betreff welcher eine gedeihliche Lösung nur von der Übereinstimmung beider Kabinette zu erwarten ist, auch dann zur Diskussion am Bunde zu bringen, wenn diese Übereinstimmung noch nicht hat erzielt werden können. Das Kais. Kabinett wird also in solchen Fällen bemüht sein, unser Einverständnis durch den Druck der von ihm gegen uns zu gewinnenden Majoritäten in der Bundesversammlung zu erzwingen oder entbehrlich zu machen. Wir werden genötigt sein, nach diesem Verhalten das unsrige zu bemessen, und werden uns dabei unter allen Umständen gewissenhaft an die Vorschriften der Bundesverfassung halten, deren allseitige Beachtung von anderen aber auch streng überwachen. Wir sind niemals abgeneigt gewesen, uns einem Majoritätsbeschlusse der Bundesversammlung in allen Fällen zu unterwerfen, wo die Kompetenz der Majorität unzweifelhaft feststeht, auch wenn Österreich und Preußen beide in der Minorität sich befinden sollten. Wenn aber versucht werden sollte, diejenigen Zwecke, welche von einzelnen Bundesgliedern nach ihrer partikularen Auffassung willkürlich für „Bedingungen eines geordneten Bundeslebens" erklärt werden, durch eine verfassungswidrige Ausdehnung der Kompetenz der Majorität zu fördern, so werden wir dergleichen Bestrebungen diejenige Haltung entgegensetzen, zu welcher uns eine Infraktion der Bundesverfassung von anderer Seite berechtigen würde, *und finden die Anwendbarkeit der in der Depesche vom 26. gerügten Hindeutung auf eine eventuelle Versagung von Matrikularbeiträgen dabei nicht ausgeschlossen.*

303. Bericht vom 11. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Rastatter Besatzungsangelegenheit. Rücksichtnahme auf Bayern in der Frage eines Austausches der Bundesfestung Landau gegen Germersheim. — Vgl. Poschinger III Nr. 104.

304. Bericht vom 14. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Teilnahme Preußens an der Rastatter Besatzung. Vertauschung von Landau gegen Germersheim. Beseitigung des bayerischen Besatzungsrechts in diesen Plätzen. Preußen muß in der Verfolgung des Anspruches auf Parität mit Österreich in Rastatt entschieden sein. — Vgl. Poschinger III Nr. 105.

305. Immediatbericht vom 15. Januar 1858, betr. den Ausschußvortrag in der holsteinischen Angelegenheit. Erklärung Dänemarks. Vertagung der Abstimmung. — Vgl. Poschinger III Nr. 106.

306. Bericht vom 20. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Taxis'sche Post. Mißstände in deren Verwaltung. Notwendigkeit einer Einwirkung auf sie. Befürwortung eines Antrages am Bunde auf Prüfung der gegen sie vorliegenden Beschwerden. — Vgl. Poschinger III Nr. 107. Dort lies S. 215 Zeile 22 „vage" für „rege".

307. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

22. Januar 1858.

*E. E. würde ich schon früher meinen g. Dank für das geehrte Schreiben vom 9. c.[1]) ausgesprochen haben, wenn ich nicht abgewartet hätte, ob diese Tage mir Stoff von mehr Interesse liefern würden, als den bisher vorliegenden. Auf die Gefahr hin einen inhaltlosen Brief zu schreiben, will ich nun doch nicht länger in mora bleiben.

Die Mainzer Kästrich-Angelegenheit ist nun in regelmäßigem Gange; ich habe mich leichter als Reitzenstein darin ergeben und werde darauf bedacht sein, nunmehr auf diesem Wege die Verbesserung unsrer Position in Mainz und die Wiederherstellung der Gleichheit mit Oestreich so gut als möglich zu erreichen. Wenn es durchgeht, was bei entschiedenem Beistande Oestreichs möglich ist, so müßten wir darauf Bedacht nehmen, gewissermaßen zwei selbständige Citadellen herzustellen, die alte und die neue, eine für Preußen, eine für Oestreich. Im Fall eines Bruchs im Bunde können wir unsre so lange als nöthig selbständig halten.*

Die Äußerungen meines französischen Collegen sind nicht frei von Beunruhigung über den Umfang und die Lebhaftigkeit der freudigen Theilnahme in Preußen an der Vermählung des jungen Prinzen[2]). Auch in offiziösen Pariser Zeitungscorrespondenzen äußern sich analoge Empfindungen. Die Franzosen haben keine recht klare Vorstellung von unsern Beziehungen zwischen Fürst und Volk und von deutschem Familienleben, auch in höchsten Kreisen. Die Anwesenheit der ganzen Königlichen Familie in London macht ihnen den Eindruck einer politischen Demonstration, und die Theilnahme Preußens für seine künftige Königin erscheint ihnen wie ein entfesselter Durchbruch nationaler Sympathie für England. Daß mein englischer College von hier abwesend ist und von England also gar nichts zur Feier des Tages hier geschieht, fällt etwas auf. Er ist in Italien und kommt vielleicht am Montag wieder. *Er hätte es recht wohl einrichten können, wenigstens ein preußisch-englisches dîner im Gasthofe zu geben, was hier ganz üblich ist. Es geht ihm darin wie mir, daß er keine Wohnung hat; seit 9 Monaten bewohnt er ein kleines Haus auf dem Lande; für nächsten Sommer werde ich in derselben Lage sein, da schlechthin keine vermiethbare Wohnung von schicklichem Umfange in Frankfurt existirt. Ich habe, in der Meinung, daß ich am 15. nach Berlin gehn würde, meinen üblichen großen Ball vorher gegeben, und bin nun leider zu einer Wiederholung am 25. genöthigt, ein, bei dem hier

[1]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III 171 f.

[2]) Des Prinzen Friedrich Wilhelm (späteren Kaiser Friedrich) mit der Prinzeß Royal Victoria von Großbritannien und Irland, die am 25. Januar 1858 erfolgte.

üblichen Luxus, schwieriger Kostenpunkt. Etwas mußte aber an dem Tage von mir geschehn, und ein dîner wollte ich nicht, weil Rechberg niemals den Ehrenplatz cedirt, auch nicht bei solchen Gelegenheiten, und weil im Verhältniß der vielen hier befindlichen Landsleute beider Theile doch nur wenige diniren können. Bethmann, als preuß. Consul, giebt nun ein preuß.-englisches dîner an dem Tage, Reitzenstein einen rout zum Polterabend. Die Geselligkeit steigt hier mit jedem Jahre an Lebhaftigkeit und Luxus, und während ich in den ersten Jahren mit meinem Gehalt sehr gut auskam, habe ich in den beiden letzten Mühe, während der Ferienzeit das in den übrigen 9 Monaten gestörte Gleichgewicht des Budgets wieder herzustellen. Die Preissteigerungen nach allen Richtungen hin haben allerdings viel Antheil daran.*

Die Ernennung Budbergs[2]) hat bei den hiesigen Russen so überrascht, daß man sie Anfangs gar nicht glauben wollte. Fonton erklärt sie sich dadurch, daß Budberg in Wien zu viel eigne Politik mit Östreich gemacht und Fürst Gorczakow ihm dieses Terrain habe entziehn wollen. Es scheint, daß Fonton gern nach Berlin gegangen wäre, aber nicht nach Wien, wo ihm seine Bitterkeit gegen Östreich in der jüngsten Zeit die Praxis verdorben hat. Er sagte mir, daß zur Zeit der Ernennung des Fürsten Gorczakow in Petersburg als zweite Alternative ein Ministerium Orloff, mit Budberg als Staatssecretär und faiseur für das Auswärtige daneben, aufgestellt worden sei, diese Combination aber jetzt als todt und ohne Chance der Auferstehung angesehn werde. Über Chreptowicz habe Gorczakow sich schon hier im Sommer mit ostensibler Geringschätzung seiner Fähigkeiten geäußert und dessen Berichte stets ungelesen in die Kanzlei gegeben.

Bekannt wird E. E. wohl schon sein, daß Graf Bülow in Schwerin Gesundheits halber zurücktritt; d. h. er will versuchen, ob er es noch etwas über ein Jahr durchführen kann, was ihm einen Pensions-Unterschied von 4 auf 12 000 Thlr. machen soll. Als sein Nachfolger wird mit Bestimmtheit von allen Seiten mein hiesiger College Oertzen genannt; ein achtbarer, ruhiger Character, etwas pedantisch und juristisch, aber ehrlich und zuverlässig, und bisher, wie sich auch in Abstimmungen vielfach zeigt, preußisch, soweit es ein Meklenburger von der ritterschaftlichen Partei irgend sein kann. Er war es 1850—51 nicht, aber eine siebenjährige Beobachtung der östreichischen Politik hier an Ort und Stelle hat ihn wesentlich umgewandelt, und ich glaube, wir können seine Ernennung zum Minister, wenn wir Einfluß darauf haben, dreist befürworten.

Die Eindrücke des pariser Attentates[3]) boten hier nur eine bemerkenswerthe Seite. Das Journal de Francfort, welches bekanntlich seit vorigem Jahre durch einen Vertrag mit Herrn von Brints direct unter der Leitung des Wiener Preßbüreaus steht, brachte in der ersten Nummer, in welcher es das Attentat besprach, ich glaube am 18. oder 19., zwei ohne Zweifel aus Wien stammende Artikel, welche nicht nur sofort für das englische Asylrecht in die Schranken traten, sondern mit unangenehmen Spitzen für den Kaiser Napoleon durchwirkt waren, die sich grade bei dieser Gelegenheit übel ausnahmen. Dem gegenüber äußerte Graf Rechberg laut seine Entrüstung über das Blatt, schrieb die Wiener Artikel Mazzini und seinen Genossen zu und schürte den schon heftigen Zorn des Grafen Montessuy gegen Brints, der mit der Mi[e]ne gekränkter Unschuld die Vorwürfe beider schweigend anhörte. Frankreich wird wahrscheinlich bei den Behörden der Stadt gegen das Blatt reklamiren.

---

[2]) Zum Gesandten in Berlin.
[3]) Attentat des Italieners Orsini auf Napoleon am 14. Januar 1858.

Auch bei einer Unterredung mit mir über „quid faciamus nos"[4]) ließ Gr. Rechberg seiner Kritik der östreichischen Politik einigermaßen den Zügel und sprach für bessere Verständigung mit Preußen. Gegen einen ihm befreundeten Partikülier hat er Östreichs Verhalten in der Neuenburger Frage eine „bornirte Albernheit" genannt. Er ist klüger als Buol, kennt die Verhältnisse so gut wie dieser, und sein Urtheil bestätigt, daß Östreichs Politik sich auf Holzwegen befindet[5]), wo wir uns ihr unmöglich anschließen können. Leute wie Frantz, oder wer sonst jene Brochüre geschrieben hat, bedenken nie, daß wir uns doch nicht à tout prix an Oestreich anschließen können, und daß die Bedingungen, unter denen es uns nützlich sein könnte, von Östreich klar perhorrescirt werden. Die Kritik in der Zeit war recht geschickt verfaßt, hat aber Rechberg „tief betrübt".

Letztrer sagte mir noch, er höre, daß der Obristlieutenant von Schlegel zum preußischen Commandanten hier designirt sei; wenn es richtig ist, so beweist es, daß die Oestreicher schnelle und gute Nachrichten aus unserm Kriegsministerium haben. Schlegell ist übrigens, soweit ich ihn habe kennen gelernt, ein tüchtiger Offizier, und möchte er im Übrigen sein, wie er will, so würde ich ihn doch dem nach allen Seiten voller Intrigen steckenden Deetz[6]) vorziehn, dessen Gespenst einige Zeitungs-Correspondenten für den Posten citiren.

Zur Zeit der Festlichkeiten würde ich gern in Berlin sein, wenn ich des Einverständnisses E. E. versichert bin und wenn Holstein oder Mainz mich alsdann hier nicht fesseln. In der erstern Frage habe ich nicht gemeldet, daß der bekannte Skandinave und Freund des Ministers Hall, Baron Blixen, vor einigen Tagen hier war. Seiner Meinung nach würden die Schwierigkeiten sich durch Lostrennung Holsteins im Eiderdänischen Sinne leicht lösen, wenn wir keine Ansprüche wegen Schleswig machten und keine neuen Verhandlungen mit den holsteinschen Ständen verlangten. Dänemark, d. h. der König, werde dann die vom Bunde verlangten Änderungen in Holstein-Lauenburg ohne Weitres octroyiren und die Gesammtverfassung für den Rest der Monarchie behalten. Ob das wirklich die Absicht ist, will ich aber deshalb, weil Blixen es sagt, noch nicht verbürgen. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

308. Bericht vom 27. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Wechsel des Oberkommandos der Bundesgarnison Frankfurt. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 259 ff.

309. Bericht vom 30. Januar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Einzahlung des preußischen Matrikularbeitrages zu den Pensionen an die schleswig-holsteinschen Offiziere für 1852 und 1853. — Vgl. Poschinger III Nr. 108.

---

[4]) „Quid faciamus nos", 1858 anonym in Berlin bei Ferdinand Schneider erschienene, an die Kaiserzusammenkünfte in Stuttgart und Weimar anknüpfende Flugschrift des Publizisten Constantin Frantz, des Schwagers von Quehl, über die damalige politische Lage. Sie erlebte mehrere Auflagen, kostete aber den Verfasser die von ihm bekleidete Stelle eines Generalkonsuls von Barcelona, angeblich weil sie gegen Manteuffels Politik gerichtet sei.

[5]) Vorlage: befinden.

[6]) Deetz war im März 1854 von seiner Stellung als Kommandant zu Frankfurt entbunden worden. An seine Stelle war ein österreichischer Offizier getreten.

310. Bericht vom 2. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Antrag Hannovers auf Erlaß eines Inhibitoriums in der Holstein-Lauenburgischen Angelegenheit. Einfluß einer etwaigen neuen dänischen Erklärung auf den Gang der Verhandlungen. — Vgl. Poschinger III Nr. 109.

*311. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

3. Februar 1858.

E. E. wollen mir gen. erlauben, den beifolgenden Berichten[1]) meinen herzlichen und ehrerbietigen Glückwunsch zum heutigen Tage[2]) hinzuzufügen.

Ich hoffe noch immer, daß ich wenigstens auf zwei Tage hier werde abkommen können, um dem Empfang der Neuvermählten[3]) am Montage beizuwohnen. Am Freitag und Sonnabend werden wir hier noch im Holsteinschen Ausschuß verhandeln und ich mich inzwischen nach Anleitung meiner Instructionen mit Rechberg ausreichend über die gemeinschaftliche Haltung verständigen. Wenn ich dann erst am Sonntag in Berlin eintreffe, so rechne ich mit auf E. E. Güte, daß ich für Montag und Dienstag, insoweit große Feste an diesen Tagen bei Hofe stattfinden, mit Einladung berücksichtigt werde. Zum Mittwoch, oder spätestens Donnerstag früh zur Sitzung, bin ich dann wieder hier. Es ist mir für diesmal hauptsächlich um die Courtoisie gegen unsre präsumtive zukünftige Königin zu thun; aber vielleicht werden E. E. grade wegen der Feste doch einige freie Momente für mich zu vertraulichem Vortrage übrig haben. Der Postschluß drängt, und mit der Bitte mich Ihrer Frau Gemalin zu empfehlen, verharre ich ehrerbietig . . .

312. Bericht vom 3. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die englische Interzession in der Bentinckschen Streitsache. — Vgl. Poschinger III Nr. 110. Dort ist S. 221 Zeile 10 für „erhöhter" zu lesen „erheblicher".

313. Bericht vom 3. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ausschußverhandlungen über den Antrag Hannovers auf Erlaß eines Inhibitoriums zugunsten der Herzogtümer. — Vgl. Poschinger III Nr. 111. S. 223, drittletzte Zeile ist dort vor „Äußerung" einzuschalten „besorgliche".

314. Immediatbericht vom 5. Februar 1858, betr. die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger III, Nr. 112.

315. Bericht vom 5. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Streitsache wegen des Fahrplanes der Berlin-Hamburger Eisenbahn. — Vgl. Poschinger III Nr. 113.[1])

---

311. [1]) Nr 312 und 313.
[2]) Manteuffels Geburtstag.
[3]) Vgl. Nr. 307. Anm. 1.

315. [1]) Am folgenden Tage reiste B. nach Berlin, um an den bevorstehenden Feierlichkeiten aus Anlaß des Einzuges des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen und dessen Gemahlin (8. Februar) teilzunehmen.

316. Immediatbericht vom 12. Februar 1858, betr. die Ausschußverhandlungen über den hannoverschen Antrag auf Erlaß eines Inhibitoriums zugunsten der Elbherzogtümer. Dänenfreundliche Haltung Österreichs. Vertagung der Beschlußfassung in der Bundesversammlung. Deren Abstimmung über die Hauptanträge in der holsteinschen Frage. Vorbereitung der Wahl des Exekutions-Ausschusses. — Vgl. Poschinger III, Nr. 114. S. 227, Zeile 5, ist zu lesen „Phasen“.

317. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Februar 1858.

Mein gestriger Bericht über die letzte Sitzung des Militärausschusses hat mir bereits Gelegenheit gegeben, E. E. gen. Aufmerksamkeit wiederum auf die Tatsache zu lenken, daß sämtliche Mitglieder der Bundesmilitärkommission ohne Rücksicht auf die Dispositionen ihrer Regierungen sich in ihren Abstimmungen in der Regel nicht von technischen und sachlichen Erwägungen, sondern von einer politischen Parteinahme gegen Preußen leiten lassen. Der General von Reitzenstein wird vielfach Veranlassung gehabt haben, über diese Wahrnehmung in seinen Berichten Klage zu erheben, und aus den Akten selbst werden E. E. entnommen haben, wie begründet diese Klagen sind, wenn den klarsten und triftigsten Argumentationen des diesseitigen Bevollmächtigten in der Regel eine einfache Verneinung von den Mitgliedern der Majorität entgegengesetzt wird.

Die Ursachen dieser Erscheinung suche ich teils in den Mitteln, welche Österreich vermöge des einheitlichen Zusammenwirkens aller militärischen und anderen Organe des Staates für die Zwecke der österreichischen Diplomatie zu Gebote stehen, um sich die persönliche Zuneigung der Militärbevollmächtigten kleinerer Staaten zu erwerben. Der Besitz des Präsidiums erleichtert dies, und von seiten der österreichischen Offiziere wird jenen Bevollmächtigten hier sowohl, wie bei den Inspektionen in den Bundesfestungen, jede denkbare Ovation und sonstige Vorteile zugewendet. Außerdem hat Österreich das Prinzip und bringt es vielfach mit Erfolg zur Anwendung, jeden fremden Agenten, der sich der Kaiserlichen Regierung unangenehm macht, bis in seine Heimat persönlich zu verfolgen, zu verdächtigen und ihm Verdruß zu bereiten, während es auf denselben Wegen seinen Freunden jeden möglichen Vorschub leistet. Die Folge ist, daß meine Kollegen sowohl, wie die Militärbevollmächtigten, wenn sie nicht Leute von unabhängigem Charakter sind, sich nicht leicht entschließen, gegen Österreich aufzutreten.

Außerdem ist uns in eigentümlicher Weise die militär-wissenschaftliche und persönliche Überlegenheit unserer eigenen Vertreter nachteilig geworden. Unter den nichtpreußischen Mitgliedern der Kommission befindet sich außer dem österreichischen Obersten von Rzikowsky kein einziger, der auch nur annähernd den erforderlichen Grad militärischen Wissens besäße, um sich ein unabhängiges Urteil über die Gegenstände der Verhandlungen bilden zu können. Selbst der bayerische General von Liel erhebt sich nur wenig über dieses Niveau; die Vertreter von Sachsen und Hannover sind Kavallerieoffiziere des gewöhnlichen Schlages, die von Baden und Württemberg durch persönliche Konnexionen zu ihren Stellungen gelangt, und bei den kleineren Kontingenten fehlen von Hause aus die Hilfsmittel zur Ausbildung im Geniewesen und wird bei der Auswahl der zu Verwendenden wohl mehr die Entbehrlichkeit vor der Front, wie die Befähigung zu einem Urteil über das

Geniewesen und Fragen allgemeiner Organisation zum Maßstabe genommen. Es scheint nun, daß die Überlegenheit der diesseitigen Bevollmächtigten den übrigen nicht selten ein Ärgernis gegeben und ihre Empfindlichkeit gereizt hat. Unzweifelhaft ist wenigstens die Tatsache, daß nicht wenige Militärbevollmächtigte ihre hiesige Laufbahn in persönlich günstiger Stimmung für Preußen begonnen, sich demnächst aber allmählich von uns abgewandt und schließlich definitiv und nicht selten mit großer Bitterkeit in den antipreußischen Chorus der übrigen eingestimmt haben. Ich führe beispielsweise und als Vertreter von Regierungen, die uns prinzipiell nicht gegenüberstehen, die früheren Bevollmächtigten von Mecklenburg und Oldenburg, die Majore Bilguer und Plate, an, und kann in ähnlichem Sinne die gegenwärtigen Bevollmächtigten von Hannover und Baden nennen.

Nach dem Gange der Geschäfte am Bunde ist das Votum der Militärkommission von dem wesentlichsten, man kann sagen von unverhältnismäßigem Einfluß auf dieselben. In gewöhnlichen Zeiten fallen die meisten der verhandelten Fragen ganz oder teilweise in das Gebiet des Kriegswesens, und wenn sie auch, wie die über den Besitz von Rastatt, über die Parität in Mainz, über die Korpseinteilung des Bundesheeres hauptsächlich politischer Natur sind, so treten doch die kollidierenden Interessen hier jederzeit nur unter dem Gesichtspunkte der technisch-militärischen Zweckmäßigkeit für die Wehrkraft des Bundes zutage, weil offiziell die unleugbare Tatsache niemals eingestanden wird, daß die Bundesstaaten, namentlich Preußen und Österreich, einander widerstrebende Partikularinteressen haben und vertreten. Die Folge davon ist, daß in allen diesen Fragen die Militärkommission als technischer Beirat der Bundesversammlung den ersten Angriff hat und die Militärbevollmächtigten unter der Form eines rein militärischen Gutachtens den politischen Wünschen Österreichs oder unserer sonstigen Gegner Ausdruck geben. Wenn demnächst im Militärausschuß und in der Bundesversammlung, unter Zugrundelegung der Fiktion uneigennütziger Hingabe einer jeden Regierung für die allgemeinen Bundeszwecke und unter gänzlichem Ignorieren aller Partikularinteressen, die Sache verhandelt wird, so ist der Umstand, daß die Majorität der technischen Behörde der einen oder der anderen Auffassung zur Seite steht, auch dann, wenn die Armut dieser Majorität an Gründen selbst für den Nichtmilitär ersichtlich ist, doch von einer Bedeutung, welche die ganzen Verhandlungen beherrscht.

Ich brauche deshalb die politischen Nachteile, welche es für uns hat, daß in allen unseren Streitfragen mit Österreich die Mehrheit der Militärkommission gegen uns Partei nimmt, nicht an Beispielen näher zu entwickeln, deren die Verhandlungen der letzten Jahre viele darbieten. Es ist fast zur Regel geworden, daß in allen wichtigeren militärischen Fragen ein isoliertes preußisches Separatvotum der Bundesversammlung aus der Militärkommission zugeht.

Unter den Mitteln, mit welchen wir gegen diesen Zustand ankämpfen können, liegt wohl dasjenige am nächsten, welches wir gegen den Freiherrn von Holzhausen mit einigem Erfolge angewendet haben, nämlich, daß wir durch unsere Gesandtschaften die Regierungen von dem Verhalten ihrer Militärbevollmächtigten in Kenntnis erhalten und nach Umständen vertraulich Beschwerden über dieselben anbringen. Ich kann mir nicht denken, daß es beispielsweise den Wünschen des sächsischen Kabinetts durchgängig entspricht, daß der Oberst von Spiegel, vielleicht das unwissendste Mitglied der Militärkommission, unter allen Umständen prinzipiell und von Hause aus gegen alles Partei nimmt, was von uns vorgebracht wird, und sich den sprichwörtlichen Ruf eines Gegners von Preußen verschafft hat. Ebensowenig dürfte die Haltung des Obersten Schultz sich der Regel nach aus sachlichen Gründen

motivieren lassen, oder mit dem Maße der Sympathien seiner Regierung für uns immer gleichen Schritt halten. Bei den Vertretern des 7. und 8. Armeekorps fallen allerdings die militärischen gleich den politischen Interessen ihrer Regierungen vielfach mit denen Österreichs zusammen; indessen ist namentlich bei Baden nur die preußenfeindliche Gesinnung des Militärbevollmächtigten, Generals von Seutter, von Einfluß auf den Anschluß Badens an Österreich, da dieser Offizier bei S. K. H. dem Großherzog in hoher Gunst steht; und auch da, wo die süddeutschen Partikularinteressen weniger entscheidend mitsprechen, wie bei den Mainzer Verhältnissen, finden wir die Bevollmächtigten Bayerns und des 8. Armeekorps stets mit Sicherheit unter unseren Gegnern.

Die Möglichkeit, in diesen Verhältnissen eine Besserung herbeizuführen, wird auch in hohem Grade von der Wahl des Nachfolgers des Freiherrn von Reitzenstein[1]) abhängen. Dringend wünschenswert ist es, daß derselbe mit den sonstigen Erfordernissen für seine Stellung angenehme Formen des Umganges und die Fähigkeit verbinde, überlegenes Wissen mit Schonung und Versöhnlichkeit geltend zu machen. Wenn diese Eigenschaften fehlen, so wird uns die ausgezeichnetste Kapazität nach dermaligen Umständen keinen erheblichen Nutzen stiften können. Sehr zweckmäßig wäre es ohne Zweifel, wenn der Nachfolger des Generals von Reitzenstein einige Zeit vor dessen Abgang hier eintreffen könnte, um Personen und Geschäfte kennen zu lernen, bevor er die letzteren selbst übernimmt.

318. Immediatbericht vom 19. Februar 1858, betr. die Wahl des Exekutionsausschusses. Nichtberücksichtigung Hannovers. Kurzsichtigkeit der Politik Österreichs und der Königreiche. — Vgl. Poschinger III, Nr. 116. Die Sperrung im Text rührt von Poschinger her.

319. Bericht vom 19. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Erbauung einer Rheinbrücke bei Waldshut. Haltung Preußens gegenüber Baden in dieser Frage. — Vgl. Poschinger III, Nr. 117. S. 234 Zeile 9 ist zu lesen „dessen Interesse“ statt „demselben Maße“.

320. Bericht vom 21. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Einzahlung des preußischen Matrikularbeitrages zu den Pensionen der ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere für 1852 und 1853. Verhalten des Herrn v. Nostitz dabei. — Vgl. Poschinger III, Nr. 118.

321. Bericht vom 23. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Stellung eines Antrags Preußens auf Teilnahme an der Rastatter Besatzung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 119.

322. Bericht vom 24. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Verhältnisse in der Militärkommission. Stellung und Richtung der einzelnen Bevollmächtigten. — Vgl Poschinger III, Nr. 120.

---

[1]) Gen.-Lt. v. Reitzenstein wurde im März 1858 seiner Stellung als 1. preuß. Bevollmächtigter bei der Bundesmilitärkommission und als Oberbefehlshaber der Bundesgarnison in Frankfurt a. M. enthoben und für ihn der Generalmajor Dannhauer zum 1. Bevollmächtigten bei der Militärkommission ernannt.

323. Bericht vom 24. Februar 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Abschätzung des in Mainz durch die Pulverexplosion angerichteten Schadens. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 262 ff. Dort ist S. 267 Zeile 2 vor „Österreich" das Wort „Frankreich" weggelassen.

324. Immediatbericht.

[Ausfertigung.]

26. Februar 1858.

... Der K. hannoversche Gesandte hatte die Weisung, im Namen seiner Regierung eine Anzeige zu machen, welche so lautet: Die K. Regierung hat beschlossen, dem Vorgange Preußens folgend, gleichfalls das Interesse an der Sache der Herzogtümer reell zu betätigen und den matrikularmäßigen Beitrag zur Unterstützung der vormals schleswig-holsteinischen Offiziere in die Bundes-Matrikularkasse einzuzahlen. Der Gesandte ist angewiesen, hoher Bundesversammlung hievon Mitteilung zu machen.

Herr von Heimbruch sagte mir vor der Sitzung [am 25.], er habe dem Grafen Rechberg absichtlich bisher keine Mitteilung hievon gemacht, weil er befürchtet habe, daß dieser alsdann, um Hannover zu strafen, die Abstimmung über den Antrag seiner Regierung in der holsteinschen Verfassungssache nicht auf die Tagesordnung setzen werde. Es ist bezeichnend, daß man dem Präsidium ein solches Verhalten, zu welchem dasselbe in keiner Weise berechtigt sein würde, zutraut. Unmittelbar vor Beginn der Sitzung teilte nun der hannoversche Gesandte seinen Auftrag an den Grafen Rechberg mit, und dieser wandte ihm ein, daß die beabsichtigte Erklärung einen Antrag involviere und deshalb nach § 19 der Geschäftsordnung dem Präsidium 24 Stunden vor der Einbringung hätte mitgeteilt werden müssen. Der Legationsrat v. Heimbruch bestritt diese Ansicht mit Recht, da seine Regierung keinen Antrag stelle und die Fassung eines Beschlusses nicht verlange, sondern lediglich der Bundesversammlung Anzeige mache von einem Beschlusse, den sie in Hannover gefaßt habe; eine Beschlußfassung der Bundesversammlung werde erst erforderlich sein, wenn Hannover die Einzahlung wirklich anbiete und dieselbe von der Bundeskasse, ähnlich wie die preußische, etwa zurückgewiesen werde. Die Sitzung begann demnächst, und Graf Rechberg rief Hannover nicht, wie es bei vorgängiger Anmeldung üblich ist, zur Abgabe seiner Erklärung auf. Als der Gesandte darauf das Wort nahm, um zu sagen, er habe im Namen seiner Regierung eine Mitteilung zu machen, unterbrach ihn Graf Rechberg mit den Worten: „Die nehme ich nicht an, das lasse ich mir nicht gefallen," und wiederholte Ähnliches in anderen Wendungen, ohne den Gesandten Hannovers auch nur zu Wort kommen zu lassen, geschweige denn, ihm die versuchte Vorlesung seines Auftrages zu gestatten. Niemand in der Versammlung, außer dem Grafen Rechberg und mir, wußte, welches der Gegenstand der beabsichtigten Erklärung sei, und selbst Graf Rechberg konnte nicht wissen, ob Hannover nicht auch eine andere Erklärung, außer der zwischen ihm und dem Legationsrat von Heimbruch vorher besprochenen, abgeben wolle. Es war dies ein vielleicht in der Bundesversammlung noch nie dagewesener und nur aus dem eigentümlich heftigen Temperament des Grafen Rechberg zu erklärender Vorgang, daß der Präsidialgesandte unumwunden den Mund einem Kollegen verbietet, wenn dieser erklärt, daß er im Auftrage seiner Regierung eine Mitteilung zu machen habe. Wenn dergleichen einmal zugelassen wird, so kann es gelegentlich, und wo das Präsidium sich auf sichere Majoritäten stützt, gegen

einen jeden angewendet werden, und ich hielt deshalb für meine Pflicht, hervorzuheben, daß einem Gesandten das Wort zu einer amtlichen Mitteilung nicht versagt werden könne, und daß die Versammlung jedenfalls das Recht habe, die von Hannover beabsichtigte Mitteilung, deren Gegenstand und Inhalt der Versammlung bisher unbekannt sei, zu hören. Mit Mühe brachte ich es so weit, daß dem Gesandten die Verlesung seiner oben wörtlich angeführten Mitteilung gestattet werde. Aber auch demnächst beharrte Graf Rechberg dabei, dieselbe zur Aufnahme in das Protokoll nicht zulassen zu wollen. Ihm trat sofort der K. sächsische Gesandte, dessen Dienstwilligkeit gegen Österreich auch vor den spitzfindigsten und unmöglichsten Behauptungen in keinem Falle zurückschreckt, bei, indem er deduzierte, daß, wenn Hannover zahlen wolle, es die Annahme seiner Zahlung durch die Kasse voraussetze; um die Kasse dazu in den Stand zu setzen, sei aber ein Beschluß der Versammlung oder doch eine Präsidialverfügung erforderlich, also enthalte die hannoversche Mitteilung einen Antrag. Ich wandte dagegen ein, daß nach dieser Theorie, obschon die Geschäftsordnung mehrfach und ausdrücklich einen Unterschied in der Behandlung von „Anzeigen“ oder „Mitteilungen“ und von „Anträgen“ mache, jede Vorlage als Antrag charakterisiert werden könne, weil wohl kaum eine Erklärung irgendeiner Art vorkomme, ohne daß etwas darauf beschlossen werde, sei es auch nur, sie durch das Protokoll zur Kenntnis zu bringen, oder sie an einen Ausschuß zu verweisen, wie das mit Anzeigen jeder Art über fürstliche Familienereignisse, Standeslisten, Publikationen und andere Nachweise allwöchentlich ohne Anstand geschehe. Der K. hannoversche Gesandte machte wiederholt geltend, daß er seine Erklärung lediglich als eine nachrichtliche Mitteilung über eine Intention seiner Regierung behandelt wissen wolle, keine Art von Beschlußnahme auf dieselbe verlange oder erwarte, und gegen die ihm untergeschobene Intention eines Antrages ausdrücklich protestiere. Graf Rechberg erklärte demnächst, die Frage, ob die Sache zu Protokoll zu nehmen sei, durch Abstimmung entscheiden zu wollen. Ich stellte die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens in Abrede, weil auch die Majorität der Versammlung der Minorität das Protokoll nicht verschließen könne. Wenn indessen ungeachtet meines Widerspruchs die Abstimmung beliebt werde, so wolle ich selbst die Frage stellen, ob die Versammlung glaube, einer Bundesregierung die Aufnahme einer Erklärung in das Protokoll versagen zu können, da es mir von hoher Wichtigkeit zu sein scheine, ein für die Freiheit der Diskussion und für die Rechte der Minoritäten so weitgreifendes Prinzip zu klarer Entscheidung zu bringen. Nachdem ich mir eine Verwahrung vorbehalten, erfolgte die Abstimmung, deren dem Präsidium günstiges Resultat mir nach der Kenntnis der Persönlichkeit der meisten meiner Kollegen nicht zweifelhaft war. Die wenigen unabhängigen und unparteiischen Stimmen von Luxemburg, den sächsischen Herzogtümern und Mecklenburg hielten sich zu meinem und dem hannoverschen Votum, auch Oldenburg, bei dessen Vertreter ich in diesem Zeichen von Selbständigkeit einen erheblichen Fortschritt erkenne, wie nicht minder darin, daß er, ungeachtet günstiger Anerbietungen von Österreich, seinen Sohn in die preußische Marine hat eintreten lassen. Befremdend war es auf der anderen Seite, daß mein sonst ziemlich selbständiger Kollege von Bayern sich der geschraubten Deduktion des sächsischen Gesandten und der Meinung des Präsidiums anschloß. Ich kann dies nur aus der augenblicklich in München gegen Hannover herrschenden Verbitterung und Eifersucht erklären, welche sich dem Freiherrn von Schrenck, als dem Referenten des holsteinschen Ausschusses, in den Diskussionen gegen Hannover persönlich mitgeteilt hat. Namentlich verletzte ihn auch in diesem Falle die „reelle Betätigung des Interesses an der Sache der Herzogtümer“, welche Hannover mit seiner neuen Vorlage an den Tag zu legen

erklärt, während die bayerische Instruktion in betreff der schleswig-holsteinschen Offiziere ganz entgegengesetzt lautet. Bei den Gesandten von Sachsen, welcher zugleich die kurhessische Stimme führt, Württemberg, Baden, Darmstadt, Nassau und der 16. Kurie ließ teils die persönliche Abhängigkeit von Österreich, teils die Furcht vor Beschwerden desselben von Hause aus keinen Zweifel über ihr Votum, welches sie in keinem Falle, wo sie sich nicht auf ganz unumgänglich klare Instruktionen berufen können, gegen Österreich abgeben. Bei den Herren von Nostitz, von Münch, von Dungern und von Holzhausen ist diese Ergebenheit durch persönliche Motive verschiedener Art bedingt, bei dem Freiherrn von Marschall durch die dermalige Hingebung seiner Regierung an Österreich, und zugleich bei ihm wie noch mehr bei unserem württembergischen Kollegen durch einen ungewöhnlich hohen Grad von Furchtsamkeit in Anbetracht der persönlichen Unannehmlichkeiten, welche Österreich durch jedes Mittel den Gesandten, die sich ihm nicht fügen, zu bereiten nicht nachläßt. Der Staatsrat von Reinhard hat in dieser Beziehung zur Zeit der orientalischen Frage, vermöge fortgesetzter und starker Beschwerden des Wiener Kabinetts über ihn, eine Einschüchterung erfahren, deren Eindruck er auch jetzt noch nicht überwinden kann.

Die Erregtheit des Grafen Rechberg war noch nach der Sitzung so groß, daß er, der gewöhnlichen Vorsicht vergessend, zwei von denjenigen Gesandten, welche gegen ihn gestimmt hatten, auf das ernstlichste mit seiner persönlichen Feindschaft und der seiner Regierung bedrohte, ihnen sagte, daß er dieses Verhalten nie vergessen, und daß es sich zeigen werde, wer auf die Dauer stärker sei, sie oder Österreich.

Daß Dänemark für die Schonung, welche Österreich ihm durch jedes nicht zu ostensible Mittel gewährt, und daß Hamburg für die österreichische Anleihe seine Dankbarkeit durch ein Votum für Österreich betätigten, war natürlich. Schon bei den Ausschußwahlen und anderen Verhandlungen über Holstein hat sich der Vertreter von Hamburg für die österreichischen Machinationen gegen Hannover willig benutzen lassen.

Das Resultat der Abstimmung war also, daß die Versammlung mit 11 Stimmen, die kurhessische eingerechnet, erklärte, die von Hannover beabsichtigte Mitteilung zu Protokoll n i c h t zulassen zu wollen.

Ich habe gegen diesen Vorgang sogleich eine Verwahrung eingelegt, deren Abschrift ich E. K. M. Ministerpräsidenten einreiche, bin aber der a. u. Ansicht, daß ein für die Freiheit der Diskussion und für die Rechte souveräner Regierungen in einer diplomatischen Konferenz so bedenklicher Präzedenzfall, wie er in dieser rechtswidrigen Vergewaltigung der Minoritäten liegt, nicht unangefochten bleiben kann, und werde weitere Anträge deshalb bei E. K. M. Ministerpräsidenten zu stellen mir erlauben.

Es ist der Vorfall ein neuer Beweis, wie Graf Rechberg sich zwar mit denjenigen Gesandten, welche ihm niemals widersprechen, sehr gut verträgt, durch Meinungsverschiedenheit aber sich zu einer Stimmung reizen läßt, in welcher er, wie in seiner dermaligen gegen Hannover und gestern gegen die Gesandten, welche mit uns gestimmt hatten, alle Rücksichten der Politik und selbst die Regeln der Schicklichkeit, welche das amtliche Ansehen einer Bundesregierung vorschreibt, vollständig vergißt. Es konnte für die Interessen Österreichs ihm ganz gleichgültig sein, ob die Mitteilung Hannovers in dieses oder das folgende Protokoll aufgenommen wurde, ja den hannoverschen Gesandten hätte niemand abhalten können, wenn er unmittelbar nach der Abstimmung eine neue Erklärung namens seiner Regierung in einer Fassung hätte abgeben wollen, welche dasselbe sagte und dennoch, außer etwa dem K. sächsischen Gesandten, niemandem einen Anhaltspunkt geboten

hätte, sie für einen „Antrag“ auszugeben, oder er hätte seine Erklärung wörtlich in die demnächstige Abstimmung über den hannoverschen Antrag aufnehmen können. Ohne allen praktischen Grund also, und lediglich in einem Ausdruck der Erbitterung gegen Hannover und dessen bekundete Parteinahme für Preußen, führte er diese peinliche Diskussion herbei, indem er zur Rechtfertigung seines eigenmächtigen Verfahrens und auf die Suggestion des sächsischen Gesandten allgemeine Prinzipien zur Geltung bringen wollte, welchen sich die Bundesregierungen nach ihrem eigenen Interesse unmöglich unterwerfen können. Der hannoversche Gesandte und der hier anwesende Geheime Rat Zimmermann sind durch die ihrer Regierung zuteil gewordene Behandlung, an welcher diesmal die Eifersucht auf die Rolle Hannovers in der holsteinschen Sache viel Anteil hat, sehr gekränkt, und einigen der Gesandten von der Majorität scheint ihr Votum schon leid zu tun, nachdem sie sehen, daß dasselbe zur Kenntnis der Regierungen kommt.

Der Verlauf dieser Angelegenheit zeigt aber auch, wie die Mehrheit meiner Kollegen gegen klares Recht sich aus persönlichen Rücksichten und zu Parteizwecken mißbrauchen läßt, und wie gefährlich es für die Einzelregierungen sein würde, über die Verpflichtung der Bundesverträge hinaus, irgendwelche wichtigere eigene Interessen von der Entscheidung dieser Versammlung abhängig zu machen ...

[Es folgt ein Bericht betr. die Abstimmung über den hannoverschen Antrag in der holstein-lauenburgischen Verfassungsfrage. Wortlaut vgl. Poschinger III, Nr. 122.]

325. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

27. Februar 1858.

Aus meinem gestrigen Immediatberichte über die Sitzung vom 25. c. werden E. E. von dem Verhalten des Präsidenten und der Majorität der Versammlung gegen den Versuch Hannovers, eine Erklärung zu Protokoll zu geben, gen. Kenntnis genommen haben. Es ist in dieser Sitzung die Befugnis, die amtliche Erklärung einer Bundesregierung zu Protokoll zurückzuweisen, zunächst von dem Präsidium allein für sich in Anspruch genommen und demnächst von der Majorität der Versammlung durch ihre Abstimmung wirklich geltend gemacht worden.

[Die bisher in solchen Fällen geübte Praxis. Kritik der neu aufgestellten Theorie.]

Ich habe die vorliegende Streitsache ernstlicher aufgenommen, als die praktische Wichtigkeit ihres Ursprunges es mit sich brachte, um einen Beweis von der Unermüdlichkeit zu liefern, mit welcher das Präsidium bei den geringfügigsten Veranlassungen bestrebt ist, seine Machtvollkommenheiten durch Gewinnung von Präzedenzfällen prinzipiell zu erweitern und die mit Österreich selbst vereinbarten Vorschriften der Geschäftsordnug nach seinem Bedürfnis zu ändern oder zu ignorieren. Wie hoch Österreich diesen Zweck anschlägt, geht daraus hervor, daß die Präsidialkanzlei seit vorgestern eifrig bemüht ist, von denjenigen Gesandten, welche sich günstig für die österreichische Auffassung ausgesprochen haben, schriftliche Abstimmungen zu Protokoll zu erlangen, um die darin enthaltenen Grundsätze als prinzipielle Majoritätsentscheidung zu konstatieren. Manche der Gesandten sind durch diese Zumutung in Verlegenheit gesetzt und suchen sich ihr zu entziehen.

Es war mir außerdem wichtig, daß aus diesem Falle den Bundesregierungen anschaulich gemacht werden kann, wie weit einige ihrer Vertreter jederzeit bereit sind, sich von Österreich benutzen zu lassen, sobald sie nach persönlichem Ermessen stimmen können. Vor

allem trägt der K. sächsische Gesandte die Verantwortung für den gefaßten Beschluß, indem er zuerst die Behauptung aufstellte, daß die Majorität unter allen Umständen darüber zu entscheiden habe, ob und inwieweit etwas in das Protokoll aufzunehmen sei, gleichviel, ob es eine Erklärung oder ein Antrag sei. Ich habe schon vielfachen Anlaß gehabt, über die Parteilichkeit des Herrn von Nostitz zugunsten Österreichs zu klagen. Hat er keine Instruktion, so stimmt er ohne Ansehen der Sache mit Österreich; ist er in letzter Richtung instruiert, so macht er dies frühzeitig geltend, im umgekehrten Falle aber schweigt er über dieselbe, gibt sogar sehr zweifelhafte Andeutungen nach Bruchstücken und stimmt schließlich mit einem bedauernden Blick nach dem Präsidialgesandten so annähernd an Österreich, als die Instruktion es irgend gestattet. In allen Geschäften des Präsidiums ist er der strategische Ratgeber desselben, und bei jeder sich erhebenden Diskussion, an der Österreich ein Interesse hat, ist es weniger Graf Rechberg, als Herr von Nostitz, welcher, wie es scheint, im generellen Mandat, die Sache Österreichs in einer Weise führt, daß man zweifelhaft wird, ob die Abneigung gegen Preußen oder die Vorliebe für Österreich das stärkere Motiv für ihn ist. Es kommt häufig vor, daß er für das Präsidium weitergehende Rechte in Anspruch nimmt, als Graf Rechberg selbst, und auch vor den gewagtesten und spitzfindigsten Deduktionen schreckt er dabei nicht zurück.

Welche persönlichen Motive ihn dabei leiten, vermag ich natürlich nicht zu beurteilen; gewiß ist jedenfalls, daß — während er bis zum Jahre 1848 noch in ähnlicher Weise wie jetzt für Österreich, als eine Art amanuensis des Grafen Dönhoff fungierte — er schon im Frühjahr 1850 von Österreich als Kandidat für die Vertretung Sachsens in dem damaligen sogenannten Bundestage ausgesucht wurde; vielleicht hat er sich daher die Qualifikation einer persona grata für Österreich schon in seinen Beziehungen zum Grafen Dönhoff erworben.

Das Resultat seines Verhaltens ist jedenfalls, daß von einer eigentlich sächsischen Politik, ungeachtet der hervorragenden Persönlichkeiten Sr. M. des Königs Johann und des Freiherrn von Beust, in den Verhandlungen des Bundes eine Spur nicht zu erkennen ist, nicht einmal in dem Maße, wie etwa Württemberg, Baden oder Darmstadt sich fühlbar machen, der vergleichungsweise bedeutenden Rolle von Bayern und Hannover gar nicht zu gedenken. Die Tätigkeit eines sächsischen Gesandten geht unter in der eines österreichischen Gesandtschaftsrates. Ich weiß nicht, ob das Dresdner Kabinett über das Verhalten des Herrn von Nostitz ganz im klaren ist, ich kenne auch die etwanigen persönlichen Beziehungen des Freiherrn von Beust zu Herrn von Nostitz nicht, und weiß deshalb nicht, wie weit es sich empfehlen kann, in Dresden auf vertraulichem Wege offen über das Verhalten meines sächsischen Kollegen uns auszulassen. Darauf aber könnten wir den sächsischen Staatsmann bei dieser Gelegenheit vielleicht aufmerksam machen, daß es uns nicht geraten erscheinen kann, über die strikten Bundespflichten hinaus irgendwelchen wichtigen Teil unserer Interessen in die Hände einer Majorität zu legen, welcher es in dem Maße an Unparteilichkeit fehlt, daß sie einen Beschluß, wie den vorgestrigen, fassen konnte.

Meines g. Dafürhaltens können wir den erwähnten Beschluß nicht auf sich beruhen lassen, wenn wir nicht für den Fall, daß wir uns in der Minorität befinden, noch mehr von Garantien gegen das Präsidium entblößt sein wollen, als dies vor Erlaß der neuen Geschäftsordnung der Fall war.

Wenn E. E. mit dieser Ansicht einverstanden sind, so erlaube ich mir g. vorzuschlagen, daß wir den Bundesregierungen in einem Zirkular den Vorgang der letzten Sitzung und unsere Auffassung über die Streitfrage vortragen und bei den Regierungen der Gesandten

der Majorität hervorheben, wie unerwartet uns jene Abstimmung habe sein müssen, und daß E. E. mich gen. beauftragen, sobald als möglich in der Bundesversammlung einen auf den Gegenstand bezüglichen Antrag einzubringen, zu dessen Unterstützung die Regierungen in dem ev. Zirkularschreiben aufzufordern sein möchten.

Ich erlaube mir einen Entwurf eines solchen Antrages zu gen. Prüfung beizufügen, indem ich g. bemerke, daß ich zur Motivierung desselben aus dem in diesem Berichte vorgetragenen das Erforderliche entnehmen würde.

Den Grundsatz, daß es jeder Bundesregierung freistehen müsse, in den Sitzungen alle Äußerungen, auch zweifellose Anträge, mit welchen sie ihren Gesandten beauftragt, zu Protokoll zu geben, möchte ich anheimgeben, nur in Form einer diesseitigen Verwahrung niederlegen zu lassen, weil ich zweifelhaft bin, ob er in dieser Allgemeinheit gegenwärtig Anklang findet und durch eine entgegenstehende Abstimmung die Sachlage verschlechtert werden würde. Vielleicht geben uns die Rückäußerungen der Regierungen auf ein Zirkularschreiben näheren Anhalt für ferneres Verhalten.

Es ist aber diese Frage auch in solchen Fällen wichtig, wo, wie es mit unserer neuesten Vorlage über Rastatt der Fall war, die Weisung zu einem schleunigen Antrage einem Gesandten erst in den letzten 24 Stunden vor der Sitzung zugeht. Der praktische Unterschied in solchen Fällen ist der, daß ein Antrag, der nicht zu Protokoll genommen ist, auch in der nächstfolgenden Sitzung noch als neu eingebracht betrachtet, und von jeder einzelnen Stimme also eine weitere Vertagung beansprucht werden kann. Bei dem Mangel an Zeit bitte ich g., die Flüchtigkeit des Berichtes zu entschuldigen und die Fassung der vorgeschlagenen Anträge nur als eine vorläufige Skizze anzusehen, deren bessere Redaktion ich entweder ehrerbietigst anheimstelle, oder mir demnächst zu überlassen bitte.

Die von mir vorgestern abgegebene Verwahrung, sowie den Antrag auf Abstimmung füge ich g. bei.

326. Bericht vom 1. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Haltung des Grafen Rechberg und des Herrn v. Nostitz in Sachen der Nachzahlungen für die ehemaligen schleswig-holsteinschen Offiziere. — Vgl. Poschinger III, Nr. 124. S. 253 Zeile 3 des 2. Absatzes ist für „Verdunkelung“ zu lesen „Entstellung“.

327. Bericht vom 3. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Auslegung des Artikels XIX der Bundesakte durch die österreichische Presse. — Vgl. Poschinger III Nr. 125.

328. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. März 1858.

Mit Bezugnahme auf meine Berichterstattung über die Sitzung vom 25. v. M. und die Majoritätsabstimmung in betreff der Geschäftsordnung erlaube ich mir noch nachstehendes g. vorzutragen.

Ich habe schon erwähnt, daß nach der Sitzung Graf Rechberg dem Herrn vom Heimbruch und dem Staatsrat von Scherff allen Ernstes die Feindschaft Österreichs gegen ihre Personen für die Zukunft ankündigte. Das damit zur Anwendung gebrachte Negotiationsmittel ist für Österreich nicht neu; aber nur ein Kaiserlicher Gesandter von dem Temperament des Grafen Rechberg spricht solche Drohungen offen aus. Man könnte glauben, daß dergleichen Worte nur im augenblicklichen Unmut gesprochen und dann vergessen werden. Wie mir aber Herr von Heimbruch sagt, hat Graf Rechberg seit jenem Tage es geflissentlich vermieden, mit ihm zu reden, oder auch nur ihn zu begrüßen. Dazu kommt, daß andere Gesandte, besonders diejenigen, welchen es schwer wird, ihr Votum vor ihren Regierungen zu rechtfertigen, sich dem Verhalten des Präsidialgesandten anschließen und Hannover in der Person seines Gesandten als einen Überläufer aus dem Bamberger Lager in das preußische betrachten und behandeln. Österreich wird die Sache praktischer angreifen, indem es einen Gesandten, der sich dazu hergegeben hat, dem Präsidium die Spitze zu bieten, von seiner Regierung zu trennen und ihn bei derselben zu verdächtigen und anderweit zu verfolgen sucht, damit er selbst und andere ein Exempel daran nehmen. Es fragt sich, ob wir etwas dagegen tun können, ohne zugleich den Argwohn Hannovers zu befördern, den Österreich mit den Vorstellungen zu wecken suchen wird, daß Hannover, und insbesondere Herr von Heimbruch, sich von Preußen beherrschen lasse. Meines g. Dafürhaltens könnte es am füglichsten in der Form geschehen, daß wir eine besondere Mitteilung über den Vorgang vom 25. v. M. nach Hannover richten, in derselben den Sachverhalt, wie ich ihn berichtet habe, rekapitulieren und namentlich als erste Ursache der ganzen Streitigkeit die formlose Weise und den verletzenden Ton hervorheben, mit welchem Graf Rechberg dem Gesandten Hannovers auf eigene Verantwortung des Präsidiums das Wort verboten, welches er im Namen seiner Regierung ergriffen habe. Ohne diesseitige Lobeserhebungen für das entschiedene Verhalten des Herrn von Heimbruch würde daran m. g. D. die Mitteilung zu knüpfen sein, was von uns etwa im Interesse der Freiheit der Diskussion und zum Schutze der einzelnen Regierungen und der Minoritäten gegen die Wiederkehr ähnlicher Beschlüsse zu tun beabsichtigt wird. Wahrscheinlich werden auch von Hannover derartige Schritte geschehen; wenn ich aber die dortigen Stimmungen richtig beurteile, so wird man sie lieber selbständig, als in Verbindung mit uns tun. Im Augenblick lege ich namentlich darauf ein besonderes Gewicht, daß die Erzählung der Tatsachen, wie sie von Herrn von Heimbruch gegeben sein wird, der hannoverschen Regierung auch diesseits bestätigt werde, um den Entstellungen und unvollständigen Angaben, welche von anderer Seite dort gemacht werden, den Boden abzugewinnen.

Da ich auf meinen g. Bericht vom 27. v. M. eine Weisung bisher nicht erhalten habe, so werde ich mich in der morgen stattfindenden Sitzung darauf beschränken, die von mir am 25. v. M. schon abgegebene Verwahrung durch einige in demselben Sinne gehaltene Zusätze zu vervollständigen, zu welchen der Inhalt der nachträglich zu Protokoll gegebenen Abstimmungen einiger Mitglieder der Majorität die Aufforderung bietet.

329. Bericht vom 4. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Streit über die Geschäftsordnung. Zurückweisung eines Vermittelungsvorschlages des mecklenburgischen Gesandten durch Rechberg. — Vgl. Poschinger III Nr. 127.

*330. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

5. März 1858.

E. E. sage ich meinen g. Dank für die schnelle und eingehende Gewährung meiner Anträge in Betreff der Sitzung vom 25. v. M. Die Regirungen werden aus unserem Circular den wahren Sachverhalt und die Gefährlichkeit der aufgestellten Doctrin erkennen, nachdem anzunehmen ist, daß die Berichte, welche manche meiner Collegen nach Hause schicken, es an Entstellungen nicht haben fehlen lassen. In Darmstadt hat Wentzel schon Gelegenheit gehabt, die Meldungen des Herrn von Münch zu berichtigen. Graf Rechberg scheint in der abgelaufenen Zeit das ganze Quantum Selbstbeherrschung, welches ihm zu Gebote steht, verbraucht zu haben. Bei dem leisesten Widerspruch explodirt er wie ein projectile creux von Orsini. Er hat zu schlechte Nerven für diese Stellung; meine Collegen erklären sich sein Verhalten anders, indem sie das, was ich für das Product seiner angebornen und längst bekannten Reizbarkeit und der spätern Verbitterung durch Unglück in der Ehe ansehe, als das Ergebniß politischer Berechnung auffassen. Sie sagen, daß entweder Oestreich Streit zu suchen befohlen habe, um einen Vorwand für kühleres Verhalten in der dänischen Frage auf unsre Kosten zu gewinnen, oder daß Rechberg seiner Abberufung gewiß sei und nur nach einem eclatanten Streite suche, um mich so darin zu verwickeln, daß auch meine Versetzung die Folge davon sein werde. Vertrauen kann ich allerdings nicht wieder zu ihm fassen, nach der hinterlistigen Intrigue, die er mir mit England in der Bentinkschen Sache gespielt hat, und nach den persönlichen Injurien, zu denen er sich mehrmals auf Grund meiner dienstlichen Thätigkeit gegen mich hat hinreißen lassen. Doppelt zu beklagen ist es unter diesen Umständen, daß eine so beträchtliche Anzahl meiner Collegen aus allerhand Gründen, der eine als Katholik, der andre für Familienvortheile, der dritte aus Furcht oder seiner frühern Personal-Beziehungen wegen, weit über die Stellung ihrer eignen Regirung hinaus, zu Oestreich hinneigen. Die Zahl derselben wird leider wiederum durch den Nachfolger des vortrefflichen Dörnberg vermehrt werden; denn ich höre allgemein Baumbach als solchen nennen, der nicht nur selbst mit Haut und Haar Oestreich gehört, sondern auch noch eine ultramontane Frau, geb. Gumpenberg aus Baiern, mitbringen wird. Als Nachfolger Oertzen[s], dessen Ernennung zum Minister in Schwerin nun definitiv feststeht, nennt man Bülow, der früher bei uns und jetzt in Wien Meklenburg vertritt. Ich kenne seine politische Färbung garnicht und verliere Oertzen jedenfalls ungern.

Mit meiner Wohnung komme ich in die größte Verlegenheit; eine ganz geeignete existirt unter den vermiethbaren überhaupt nicht, und zwei, welche ich als pis-aller allenfalls nehmen könnte, sollen nur auf längere Contracte ohne Kündigungsclausel vermiethet, oder, wenn das nicht geht, verkauft werden. Dabei sind die Miethpreise, seit ich hier bin, um reichlich 50 % gestiegen. Das Garten-Palais des Kurfürsten, auf welches wir auch einmal handeln wollten (man forderte 250 000 Thaler) soll jetzt für 305 000 Gulden an eine Gesellschaft verkauft sein, die die Grundstücke zu Bauplätzen parcelliren will. Blittersdorf, der viel Geschäfte der Art macht, behauptet, daß die Käufer 5 bis 600 000 fl. dabei gewinnen würden. Er selbst macht, in schlechteren Lagen, 50 000 fl. aus dem Morgen Bauplatz, und das churfürstl. Grundstück hat etwa 16 Morgen in bester Lage, und für 200 000 fl. stehende Gebäude! In der ehrerbietigsten Ergebenheit verharre ich . . .

331. Bericht vom 7. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Absichten des Kopenhagener Kabinetts in der Herzogtümerfrage. — Vgl. Poschinger III Nr. 128.

332. Bericht vom 8. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Entwurf eines preußischen Antrages aus Anlaß des Streites über die Geschäftsordnung. Anschluß Hannovers. — Vgl. Poschinger III Nr. 129.

333. Bericht vom 11. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die geschäftlichen Beziehungen zu dem preußischen Militärbevollmächtigten. Die Korrespondenz der preußischen Festungsbehörden in Luxemburg und Mainz mit den Bundesbehörden. — Vgl. Poschinger III Nr. 130.

334. Immediatbericht vom 12. März 1858, betr. das Wiederaufleben des Streites über die Geschäftsordnung aus Anlaß einer oldenburgischen Erklärung. — Vgl. Poschinger III Nr. 131. S. 265, Zeile 16, ist „Anzeige" zu sperren, ebenso Zeile 17 „dasselbe", Zeile 22 ist vor „begonnenen" einzuschalten: „mit aller Bescheidenheit", Zeile 25 hinter „Wahrheit" einzuschalten: „und Graf Rechberg das Gegenteil davon". Am Schluß ist hinzuzufügen: „Insbesondere Graf Rechberg scheint das ruhige Gleichgewicht, welches für seine Stellung mehr wie für jede andere erforderlich ist, noch immer nicht wiederfinden zu können."

335. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. März 1858.[1])

E. E. danke ich g. für das gen. Schreiben vom 8. c.[2]); im Begriff, dasselbe zu beantworten, erhalte ich den Erlaß von gestern und vorgestern, die Zwistigkeit Hanovers mit Östreich über die Sitzung vom 25. v. M. betreffend. Ich bin nicht überrascht durch das Maaß von Lüge und Perfidie, welches die österreichische Diplomatie anwendet, um den armen Heimbruch dafür zu strafen, daß er sich von seiner eignen Regirung zu einem für Östreich mißliebigen Schritte hat brauchen lassen. In vollerem Lichte erscheint dieses Verfahren noch, wenn man weiß, daß Graf Rechberg nach jener Sitzung den gerade nach Hanover von hier abreisenden G. R. Zimmermann vertraulich bat, von der ganzen Episode in Hanover so wenig als möglich und nur in freundlichem Sinne zu sprechen; er werde nach Wien hin dasselbe thun, denn es sei zu wünschen, daß die Sache ohne Eclat und ohne Einmischung der Regirungen in Vergessenheit gerathe. Grade zu der Zeit, wo er so sprach, muß er seine Beschwerde über Heimbruch, wie sie in Hanover angebracht worden, redigirt haben.

*Im Ganzen ist Rechbergs Mangel an Befähigung für seine dermalige Stellung bei dieser Gelegenheit so hervorgetreten, daß man hier viel von seiner Abberufung, etwa gegen Ende des Jahres, spricht. Ihm ist die Aufgabe gestellt, die Heerde des Bundes unter dem Hirtenstabe Oestreichs zusammen zu halten, den fremden Cabineten den Glauben an

[1]) Entwurf gedruckt im Bismarckjahrbuch II 87 ff.
[2]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III 173 ff.

die Einigkeit des Bundes zu erhalten, die Beziehungen Oestreichs insbesondere zu den norddeutschen Regirungen zu fördern und deren Intimität mit Preußen zu hindern, in Betreff der Geschäftsordnung möglichst viele der Entwicklung des Präsidial-Einflusses günstige Unbestimmtheiten zu erhalten. Das Resultat seiner jähzornigen Aufführung ist aber: 1. daß über eine an sich ganz gleichgültige Sache ein Zank herbeigeführt wird, der vermöge der dabei entwickelten Heftigkeit und Ungerechtigkeit zur Kenntniß der ganzen Welt gelangt; 2. daß der wichtigste norddeutsche Staat sich mit Oestreich überwirft, uns in die Arme getrieben wird und seine mißtrauische Scheu vor Preußen soweit vergißt, daß er zum ersten Mal, und in einer Parteisache, sich zu gemeinschaftlichen Hanövrisch-Preußischen Anträgen herbeiläßt; 3. daß über einige dem Präsidium besonders unwillkommne Sätze der Geschäftsordnung eine strengere Auslegung und Beobachtung als bisher herbeigeführt wird.*

Die letzte einlenkende Depesche des Grafen Buol nach Hanover beweist, daß man den gemachten Fehler fühlt und den sonst so nützlichen Bundesgenossen wieder zu gewinnen sucht. Ich fürchte nur zu sehr, daß dieses später gelingen wird, und daß, wie Isenburg schon andeutet, Heimbruch als Opfer der Versöhnung fällt. *Letztrer ist allerdings kein, oder noch kein Gesandter, wie er sein sollte; bei allem Verstande, den er hat, fehlt es ihm an Muth und Character; es ist peinlich zu sehn, mit welcher unterwürfigen Freundlichkeit er die fortdauernde brutale Unhöflichkeit entgegennimmt, mit der ihn Graf Rechberg seit Wochen behandelt. Sehr zu bedauern wäre aber der Anschein, als ob er um deshalb fiele, weil er sich den Unwillen Oestreichs zugezogen hat.* Die Furchtsamkeit aller meiner Collegen in ihrer Haltung gegen Östreich würde dadurch wieder beträchtlich gesteigert werden. Es ist erstaunlich, welche Erfolge Östreich durch das System erreicht, jeden fremden Diplomaten, der sich ihm nicht fügt, der es wagt, die Interessen seines eignen Landes gegen den Willen des Wiener Cabinetes zu vertreten, mit allen Mitteln der offnen Feindschaft, der Verläumdung und der Intrigue rastlos zu verfolgen, bis er sich aus Furcht oder Ermattung in der Abwehr dem Willen Östreichs fügt. Es giebt wenig Diplomaten, welche es nicht schließlich vorzögen, mit ihrem Gewissen und ihrem Patriotismus zu capituliren und die Interessen ihres eignen Fürsten und ihres Vaterlandes lieber mit etwas weniger Entschiedenheit wahrzunehmen, als unabläßig und mit Gefahr für ihre persönliche Stellung gegen die Schwierigkeiten zu kämpfen, die ihnen ein so mächtiger, unversöhnlicher und vor keinem Mittel bedenklicher Feind bereitet. Kann Östreich es nicht durchsetzen, einen Gesandten bei dessen Minister aus dem Sattel zu heben, so richtet es seinen Belagerungspark gegen den Minister selbst, verbündet sich mit jeder Opposition gegen ihn, besonders der ultramontanen, knüpft Verbindungen mit seinen Gegnern bei Hofe an und verschmäht es nicht, ihn auf dem Wege der fürstlichen Familien-Corresondenz zu verdächtigen. In den kleinen Staaten wirkt das; durch diese Mittel sind Pfordten, Beust, Hügel gezähmt worden, und ungeachtet aller Avanien, welche sie von dem Grafen Buol erfahren haben, ungeachtet ihrer Verurtheilung der Gesammtpolitik Östreichs fügen sie sich derselben doch, *weil ihre Posten ihnen mehr werth sind als die Interessen ihres Landes und die eigne Überzeugung, und weil sie sicher sind, durch Oestreichs Machinationen gestürzt zu werden, wenn sie bloß ihrem Könige und nicht auch dem Kaiser von Oestreich dienen wollen.*

Unendlich wird dem Wiener Cabinete dieses Spiel erleichtert durch Personalbeziehungen und außeramtliche Agenten jeder Art. Die ganze Miliz der Jesuiten steht ihm zu Gebot, die ganze ultramontane Geistlichkeit (die Concordate beweisen die Wichtigkeit

dieses Einflusses), und in Süddeutschland ist kaum ein bedeutender Mann im Staats- oder Hofdienste, der nicht Söhne, Brüder oder andre Angehörige im Dienste Östreichs hätte, durch welche dem letztern Beziehungen und Einflüsse auf ihn möglich sind. E. E. wissen, in welcher Weise jeder Offizier oder Beamte in Östreich für die Zwecke der Gesammtpolitik vorkommenden Falles herangezogen wird, und welche hohen Summen aus geheimen Fonds von Östreich im Auslande ausgegeben werden. Der Minister von Hügel kam vor 2 Jahren von Wien nach Stuttgart mit der festen Überzeugung, daß die Wiener Politik Deutschland und den Bund ruinire, daß Graf Buol ein unfähiger Staatsmann sei, daß man sich Östreich nicht anschließen könne, so lange derselbe das Ruder führe, und sprach dieß alles mit großer Bitterkeit offen aus. Jetzt geht er in allen Fragen mit Buol, weil er sich überzeugt hat, daß er sonst nicht 6 Monat Minister bleibt; und dabei ist der König von Würtemberg gerade nicht der am leichtesten von Östreich zu lenkende unter den Souveränen der Mittelstaaten. Bei den kleineren Staaten hat man leichtes Spiel, und auch Hanover wird man so weit wiedergewinnen, daß es nicht in wichtigeren Fragen gegen Wien stimmt. Dabei kommt die Furcht vor Preußischen Eroberungen, wie sie durch unsre geographische Lage genährt wird, die Erinnerung an die Unionspolitik und der Neid andrer Fürstenhäuser gegen die seit 200 Jahren erwachsne Größe des unsrigen den Bemühungen Östreichs auf halbem Wege entgegen und macht ihm jeden Erfolg leicht. Die Bundesregirungen wissen erfahrungsmäßig, daß Östreich seine Forderungen niemals fallen läßt, die Zähigkeit ist seine traditionelle Eigenschaft; sie sehn es deshalb als natürlich an, daß, bei entstehender Meinungsverschiedenheit zwischen Preußen und Östreich, erst e r e s durch „bundesfreundliches" Nachgeben die Eintracht herstelle.

Wenn nun die gesammte östreichische Politik, mit allen ihren Mitteln und bei so günstiger Beschaffenheit des Terrains für sie, in Deutschland nur den Einen Zweck verfolgt, die Disposition über die Gesammtkräfte des Bundes für die auswärtige Politik Östreichs und für die Kräftigung seiner Finanz- und Verkehrsinteressen zu gewinnen, für letztere aber den Zollverein in die Hand zu bekommen, und wenn Preußen für diese Bestrebungen das hauptsächliche Hinderniß ist, so geht daraus hervor, daß alle Anstrengungen Östreichs in Deutschland dem Ziele gelten, Preußen in das Fahrwasser der Wiener Politik hineinzunöthigen und darin festzuhalten. Das wirksamste Rüstzeug dazu ist der deutsche Bund und unsre nachtheilige Stellung in demselben. Bis jetzt werden noch unsre Außenwerke belagert und untergraben; sollten aber die europäischen Constellationen uns in ernste Verlegenheit bringen, so wird unter dem Schutze derselben der Sturm nicht ausbleiben.

Bis 1848 wurde der Bund, seiner ursprünglichen Bestimmung gemäß, als Schutzverein gegen Kriege und Revolutionen behandelt; man muthete ihm die Rolle eines obersten Gesetzgebers für Deutschland nur mit Vorsicht zu, und nur dann, wenn alle, oder doch Östreich und Preußen, einverstanden waren. Seit seiner Reactivirung im Jahre 1851 aber ist Östreich bemüht, den Wirkungskreis der Bundesbeschlüsse zu erweitern, den der einzelnen Bundesregirungen zu beschränken. Dem Fürsten Schwarzenberg war es nicht entgangen, welche Vortheile das Präsidium und die Leichtigkeit, Preußen gegenüber Majoritäten am Bunde zu gewinnen, Östreich gewährten, wenn es gelang, die äußre und innre Politik der einzelnen Bundesstaaten mehr als bisher von den Bundesbeschlüssen abhängig zu machen. Die Umwälzung der innern Organisation Östreichs, vermöge deren das schwache deutsche Element des Kaiserstaates der a l l e i n i g e politische Träger der Regirung zu werden bestimmt war, gebot einen intimeren Anschluß an Deutschland. Der überwiegende Einfluß Östreichs auf die Beschlüsse der meisten Bundesregirungen war gesichert, es kam

daher nur darauf an, die Competenz der Bundesbeschlüsse zu erweitern, der freien Entschließung der Einzelregirungen Terrain zu Gunsten der Bundesversammlung abzugewinnen. Man begann mit den populärsten Gegenständen, den materiellen Interessen, der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Die Mehrheit der deutschen Zeitungen wurde von Östreich in Sold genommen, um den Bund als alleinigen Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede Preußische Bestrebung auf dem Gebiete derselben als gemeinschädlichen Particularismus darzustellen. Sobald man am Bunde auf Widerspruch Preußens stieß, fing man an, die gefährliche Theorie von der Zulässigkeit der Majoritätsbeschlüsse in allen Sachen geltend zu machen, welche bisher Gegenstand freier Vereinbarung waren. Man stellte den Satz auf, daß die Majorität selbst darüber zu entscheiden habe, ob eine Frage zu ihrer Competenz gehöre, oder ob dem Einzelnen ein Recht des Widerspruchs zustehe. Denselben Satz hält Östreich noch heut in seiner Depesche wegen der Rastatter Besatzung aufrecht. Wenn er zur Geltung gelangt, so ist damit die Majorität allmächtig und die Mediatisirung der Bundesstaaten unter die Beschlüsse der Bundesversammlung ausgesprochen. Demnächst wurde in auswärtigen Fragen die neue Lehre von einer „Bundespolitik" eingeführt, und sowohl in der Neuenburger Frage als in dem orientalischen Kriege der Grundsatz geltend gemacht, daß der Bund über seine auswärtige Politik durch Majorität beschließe und die einzelnen Bundesstaaten ihre Haltung nach diesen Beschlüssen einzurichten hätten. Wenn auf diese Weise einem Staate wie Preußen das Recht zu eigner auswärtiger Politik abgesprochen wird, so fragt man sich, ob dieß ernst gemeint, oder nur in der Absicht vorgebracht wird, den Bund zu lockern, respective zu sprengen. Letztres war aber sicher nicht der Fall; denn jene Behauptung wurde in einer Sitzung von Würtemberg unter Zustimmung fast aller Gesandten, besonders des Präsidiums aufgestellt, und der Vertreter Würtembergs ist der eifrigste unter den Vorkämpfern für die Befestigung und Erhöhung des Bundes. Die kleinern Staaten halten überhaupt einstweilen eifrig am Bunde, bis ihnen etwa die Sorge für die eigne Sicherheit empfehlen wird, abzufallen. So lange das nicht der Fall ist, sehn sie im Bunde die Gewähr ihrer Fortexistenz, und ihre Minister das Piedestal ihrer Wichtigkeit, von dem herab sie über die Angelegenheiten Preußens, Deutschlands und Europas dreist und gefahrlos mitreden können. Mit der Herrschaft der Bundesversammlung über die einzelnen Regirungen wächst die Wichtigkeit der Mittelstaaten und nimmt die von Preußen ab; jene bilden das Material für die östreichischen Majoritäten, und geben sich mit Freuden her, um Preußen auf ihr eignes Niveau herabzudrücken. Wir sind zur Minorität im Bundestage prädestinirt und werden diesem Geschick nicht entgehn, wenn wir auch die gerechteste Sache gegen Östreich haben und eine überirdische Geschicklichkeit und Liebenswürdigkeit entwickeln. Sie bieten sich alle die Hand, das Netz der Bundesverfassung über dem Haupte des „emporgekommenen" Preußischen Staates zusammen zu ziehn. Die hiesigen östreichischen Blätter, besonders die Postzeitung, sind dreist genug, diese Pläne offen zu besprechen. Man wird einen Gegenstand nach dem andern, mit Zoll und Handel anfangend, durch Majoritätsbeschlüsse zur „Bundesgesetzgebung" heranziehn und uns majorisiren, bis wir erklären, uns nicht mehr fügen zu wollen. Dann sind wir reif zur Bundesexecution, und mit dieser wird man warten, bis wir etwa durch üble Constellationen der europäischen Politik ohnehin in Verlegenheit gerathen. Ein solcher Moment kann wohl gelegentlich eintreten. Nichts ist geeigneter, diese Politik zu ermuthigen, als wenn wir derselben zollweise Terrain einräumen. Meine bald siebenjährige Amtsthätigkeit hier ist, wie E. E. wissen, ein ununterbrochner Kampf gegen Über-

griffe aller Art gewesen, gegen die unablässigen Versuche, den Bund auszubeuten als ein Instrument zur Erhöhung Östreichs, zur Verminderung Preußens. Östreich stellt uns niemals eine andre Wahl, als die zwischen widerstandloser Ergebung in seinen Willen, oder Streit mit allen Mitteln des Kampfes, und geben wir nicht nach, so erhebt es an den deutschen Höfen und in der Presse Klage über die von uns gestörte Einheit Deutschlands. Ich könnte mir dabei das Leben ebenso leicht machen, wie mein Vorgänger Rochow, und gleich den meisten meiner Collegen durch einen mäßigen und äußerlich kaum bemerkbaren Grad von Landesverrath mir eine friedliche Geschäftsführung und das Lob eines verträglichen Collegen erkaufen. So lange ich mich dazu nicht herbeilasse, stehe ich gegen jeden Angriff hier in erster Linie allein, da meine Collegen, auch wenn sie Beruf dazu fühlten, nicht wagen, mir beizustehn, und muß es mir gefallen lassen, von Östreich und andern, ebenso wie jetzt Heimbruch, als Sündenbock behandelt, als unverträglich denuncirt und angeschwärzt zu werden. *Diese Aufgabe wird dadurch nicht weniger dornenvoll, daß Oestreich zu dem Posten des Präsidialgesandten, der eine unerschütterliche Ruhe vor allen andern Eigenschaften verlangt, hintereinander drei ungewöhnlich leidenschaftliche Menschen ernennt, Thun, Prokesch und Rechberg. Der erste war bei Weitem der ruhigste und fähigste unter ihnen. Wenn Prokesch ein Brechmittel war, so ist Rechberg eine wahre kleine Giftflasche, und wo so viele streitige Fragen, so viele unzulässige Prätensionen verhandelt werden, ist mit ihm auf die Dauer garnicht geschäftlich zu verkehren. Er wird grob gegen jeden, der andre Instructionen hat wie er; dann geht er in sich und beherrscht sich einige Tage, bis er schlimmer als vorher wieder losbricht.* Ich habe mich in der Kammer mit jedem Gegner, auch dem röthesten Demokraten, persönlich vertragen, und hier komme ich noch in den Ruf eines Zänkers bei allen, die nicht wissen, wie es hier hergeht. Ich will aber das alles gern ertragen, so lange meine Nerven aushalten, wenn ich nur auch ferner, wie bisher, durch E. E. Instructionen den Rücken gedeckt behalte und somit die wirkliche Abwehr der Übergriffe durch den ununterbrochnen Kampf erreicht wird. Was mich augenblicklich am meisten präoccupirt, ist die Rastatter Frage; wenn wir da zugeben, daß die mit Stimmeneinhelligkeit stipulirten Vorbedingungen für die Erbauung von Rastatt per majora abgeändert werden, so läßt sich auch nichts dagegen einwenden, daß die Majorität später einmal beschließt, die Garnisonverhältnisse von Mainz, Luxemburg und Landau nach Belieben abzuändern. Sie bedarf dann nur eines Majoritätsbeschlusses, der die Frage, ob Einstimmigkeit dazu erforderlich sei, verneint. Schon das „jus singuli“, welches Östreich bei Rastatt in Anspruch nimmt, bedingt die Stimmeneinhelligkeit, noch mehr aber die Vereinbarung von 1841. Sie zu verneinen, sich über sie hinwegsetzen zu wollen, ist einfach ein Vertragsbruch. Ich freue mich, daß wir in den betreffen[den] Circulardepeschen unsre Position so klar und entschieden genommen haben; wenn wir dabei verharren, so wird Östreich die Sache auch nicht zu Ende bringen, wenn es sich auch jetzt das Ansehn gibt, sie ebenso rücksichtslos durchzuführen, wie sie eingeleitet wurde. Wollte man sich aber an unsern Widerspruch nicht kehren, so würde das eben beweisen, daß es die höchste Zeit für uns ist, eine sehr ernste Sprache zu führen. Wenn wir mit Östreich und den Bundesmajoritäten auf erträglichem Fuße leben wollen, so ist das einzige Mittel dazu ein festes Zurückweisen jeder ungerechten Zumuthung; weichen wir, so ist jede Concession die Mutter neuer Ansprüche, bis wir so an die Wand gedrängt werden, daß uns vielleicht sehr zur ungünstigen Stunde die Wahl gestellt wird zwischen radicalem Bruch oder vollständiger Unterwerfung unter die Majoritätsbeschlüsse, die Östreich am Bunde durchsetzt.

In Sachen der Holsteiner Offiziere haben wir Östreich durch Festigkeit zum vollständigen Nachgeben genöthigt, und es wird uns auch in wichtigern Dingen gelingen, wenn wir unbeugsam sind. Wir müssen Östreich zu einem Verhalten zwingen, bei dem die Einigkeit mit uns ohne Verletzung unsrer Würde und Unabhängigkeit möglich bleibt. Die Ernennung eines Gesandten in Wien von entschiedner Farbe und festem Character würde viel dazu beitragen[3]). Noch mehr Eindruck würde es machen, wenn wir bei uns der Presse gestatten und den Kammern Gelegenheit geben wollten, sich über deutsche Politik und Preußens Stellung dazu freier auszusprechen, auch wenn uns selbst, d. h. der Regirung, nicht alle Tonarten gefallen, die dabei angeschlagen werden. Welche Aufmerksamkeit haben in Deutschland die mäßigen Berührungen der holsteinischen und der Bundesreform-Frage in den kleinen Sächsischen Kammern hervorgerufen. Wenn wir die Unbequemlichkeiten des Landtages für das Innre tragen, so sollten wir ihn, m. u. D., auch gelegentlich für unsre auswärtige Stellung nützen und uns namentlich den antipreußischen Machinationen am Bunde gegenüber ein Relief damit geben.

Ich habe meiner Feder längern Lauf gelassen, als E. E. vielleicht Zeit haben lesend zu verfolgen, und bitte um Entschuldigung, wenn von dem, wovon das Herz voll ist, mein Tintfaß überläuft. Darüber ist der Postschluß gekommen und ich verharre in Ehrerbietung . . .

336. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

15. März 1858.

Ich hatte das anliegende Schreiben[1]) in der Absicht gemacht, daß es Sr. K. H. dem Prinzen vorgelegt werden könnte. Bei der Durchlesung finde ich aber, daß es in der Eile etwas ungeordnet und unklar ausgefallen ist, und werde mir deshalb erlauben, den Hauptinhalt zu einem Mémoire umzuarbeiten und dieses dem Prinzen einzusenden. Die Quehlschen Briefe beehre ich mich hier wieder vorzulegen. Bei allem seinen Verstande geht doch die Lebhaftigkeit antidänisch mit ihm durch. Warum sollen wir eigentlich besondre diplomatische Anstrengungen aufwenden, damit die Deutschen in Dänemark zur vollen Zufriedenheit mit ihren heimischen Zuständen gelangen und dem Bunde die Glorie der Erreichung dieses Zweckes zufällt? Was hat Preußen davon, zumal wenn der Bund eclatant durchsetzte, was wir mit Östreichs angeblicher Hülfe nicht konnten. Die jetzt mögliche Lösung der Frage wird sich wohl in dem Satze ausdrücken lassen, daß der Bund über Holstein, Europa über Schleswig entscheidet. Le mieux est l'ennemi du bien, und wenn der Bund Schleswig mitberücksichtigen will, so zieht er nothwendig die europäische Einmischung herbei. Was die Dänen, nach Quehls Angaben, beabsichtigen, ist für die Holsteiner jedenfalls unleidlich, und für den Bund unbefriedigend; aber ich sehe in Quehl mehr Enthusiasmus als Staatsklugheit, wenn er jeder deutschen Regirung, und namentlich uns, zumuthet, darauf „mit Thaten zu antworten“. Wenn eine solche dänische Erklärung an den Bund gelangt, so wird der Bund zu sehn haben, was er darauf thut, er, nicht wir, trägt die Verantwortung. Alle Weisheit, die ich darüber

[3]) Graf Arnim befand sich damals noch in seiner Stellung als Gesandter in Wien.

[1]) Vgl. die vorhergehende Nummer.

vortragen könnte, finde ich in E. E. Brief[2]) mit den Worten zusammengefaßt, daß wir bei den Verhandlungen und Beschlüssen der Bundesversammlung „mehr nach vorn als nach hinten“ stehn. Das wird uns nicht sehr schwer werden; wir haben es bisher vollkommen durchgeführt, und nichts nöthigt uns in einer Sache, bei der jetzt gar nichts, später nur dann etwas zu gewinnen ist, wenn sie jetzt in unbefriedigter Lage bleibt, mit unsrer eignen Verantwortlichkeit aus der Deckung hinter dem Bunde herauszutreten. Der Beifall der öffentlichen Meinung ist ein wünschenswerthes Gut für Preußen, aber mit der Gefahr, gegen das gesammte Ausland zu stehn, scheint er doch zu theuer erkauft.

Blixen kenne ich viel genauer wie Quehl. Ein Aventurier ist er grade nicht, aber krankhaft eitel. Er hat alles, was das Herz eines Privatmannes begehren kann, namentlich große und schöne Güter und viel Geld; aber er möchte gern politisch berühmt sein und seinen Namen in den Zeitungen lesen; wahrhaft kindisch sind mitunter seine Bemühungen, von sich reden zu machen. Er ist der Einzige in der dänischen Aristokratie, der Ehrgeiz hat, scheut keine Arbeit und keinen Geldaufwand, um ihn zu befriedigen, geht mit Demokraten und Aristokraten Verbindungen ein, und diese können ihn, da er Verstand, Kenntnisse und Energie besitzt, in einem an den beiden ersteren armen Lande wohl ins Ministerium führen, wenn er sich nicht durch voreilige Prahlereien und durch den Mangel an Gradheit und Offenheit, mit dem er alle Welt mißtrauisch macht, den Weg dazu verdirbt. Mit Schele ist er gar nicht zu vergleichen, schon lediglich der äußern Politur und Wohlerzogenheit wegen, die er besitzt. Was ich in „sehr vertraulichen Gesprächen“ mit ihm geredet habe, kann ohne Schaden in jeder Zeitung gedruckt werden. *Den anliegenden Brief[3]) habe ich namentlich mit Rücksicht auf das geschrieben, was E. E. über Kollers Umtriebe gegen Sie sagen, und stelle ich g. g. anheim, ob E. E. es in dieser Beziehung nützlich halten, daß ihn der Prinz liest; das analoge Memoire schicke ich etwa übermorgen ab. Wenn Sie befehlen, komme ich sehr gern, da wir zu Ostern wohl 14 Tage pausiren und Rechberg auch fortgeht; sehr gern ist eigentlich zu viel gesagt, denn eines Theils habe ich noch keine Wohnung zum April und muß jede Chance der Unterkunft aufsuchen und wahrnehmen, andern Theils kann ich die Empfindlichkeit noch nicht überwinden, die mir meine Aufnahme oder vielmehr Nicht-Aufnahme am Hofe bei Gelegenheit der Einzugsfeierlichkeiten hinterlassen hat, während der Prinz persönlich sehr gnädig für mich war. In treuer Ergebenheit* . . .

337. Bericht vom 17. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. Kritik der österreichischen Haltung in der Regelung der Besatzungsverhältnisse in den Bundesfestungen. Die Unzulässigkeit der Theorie von Majoritätsentscheidungen. — Vgl. Poschinger III Nr. 133.

338. Immediatbericht vom 19. März 1858, betr. den Antrag Preußens und Hannovers zur Erledigung des Geschäftsordnungsstreites. Gereiztheit der Mehrheit gegen den Antrag. Ihre Absicht, ihn ohne weiteres abzulehnen. Zurückweisung der Doktrin von der Allmacht der Majoritätsbeschlüsse. — Vgl. Poschinger III Nr. 134. Dort mit Auslassungen gedruckt. Am Schluß heißt es:

In dem Bericht über diese [die vorige] Sitzung habe ich a. u. gemeldet, daß Graf Rechberg damals den Widerspruch des hannoverschen Gesandten im barschen Ton mit

---

[2]) Vom 7. März 1858. Wortlaut im Bismarckjahrbuch III 173 ff.
[3]) Nicht bekannt.

der Bemerkung abschnitt, daß er wünschen müsse, diesen unangenehmen Gegenstand zu verlassen. Nachdem ich den Präsidialgesandten, der mein Nachbar in der Sitzung ist, in leisem Tone hieran erinnert hatte, schienen seine Gefühle ihn einen Augenblick in der Weise zu übermannen, daß er die Worte, die er etwa sagen wollte, nicht [zu] articuliren vermochte, und er war mir ohne Zweifel für den Augenblick dankbar, daß ich der Situation mit der Erklärung ein Ende machte, ich sei beauftragt, die Standesliste des diesseitigen Bundeskontingents pro 1858 zu überreichen . . . .

339. Bericht vom 22. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Beseitigung der Mißstände der Taxisschen Postverwaltung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 135.

340. Immediatbericht vom 27. März 1858, betr. die dänische Erklärung in der holstein-lauenburgischen Verfassungsfrage. — Vgl. Poschinger III Nr. 136.

341. Bericht vom 29. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Ankauf und die Befestigung des Kästrich in Mainz. Ein Versuch zur Täuschung des Militärausschusses. Bekämpfung und Verschleppung des preußischen Projekts durch Österreich. — Vgl. Poschinger III, Nr. 137.

*342. Brief an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

30. März 1858.

E. K. H. haben mir gnädigst gestattet, Höchstdenselben auch im Wege directer Schreiben meine Wahrnehmungen und Ansichten unterthänigst aussprechen zu dürfen. E. K. H. wollen gnädigst verzeihen, daß ich in Folge dessen ein so voluminöses Actenstück wie das hierbei erfolgende[1]) vorzulegen mir erlaube. Ich wage auch nicht zu hoffen, daß E. K. H. dasselbe ohne Weitres durchlesen werden, sondern stelle nur unterthänigst anheim, Höchstsich aus demselben dasjenige gelegentlich vortragen zu lassen, was für E. K. H. etwa von Interesse sein möchte.

Ich habe in der Anlage diejenige politische Auffassung entwickelt, welche ich seit dem Antritt meiner hiesigen Stellung in Berlin befürwortet habe, theils in Briefen und vertraulichen Berichten an Herrn von Manteuffel, theils in der Privat-Correspondenz, welche ich mit dem General von Gerlach zu dem Zwecke unterhielt, den wesentlichen Inhalt meiner Schreiben durch ihn zur Allerhöchsten Kenntniß gebracht zu sehn.

Zur Begründung meiner Ansichten habe ich in Details eingehn müssen, welche nur von hier aus wahrnehmbar sind und aus den amtlichen Berichten nicht leicht ersichtlich werden. Dadurch ist dieser Aufsatz so lang geworden, daß ich beschämt darüber bin, ihn E. K. H. vorzulegen.

Ob der Inhalt, insoweit E. K. H. Kenntniß davon zu nehmen geruhn, überall Höchstdero Billigung finden wird, wage ich nicht vorher zu beurtheilen. Der Posten, auf welchen mich die Gnade Sr. Majestät des Königs seit bald sieben Jahren gestellt hat, giebt mir zur Beobachtung der Politik der deutschen Bundesstaaten vorzugsweise Gelegenheit; aber ich

[1]) Vgl. Nr. 343.

bescheide mich, daß die Schlüsse, welche ich aus meinen Wahrnehmungen ziehe, auf keine andre Bedeutung Anspruch haben, als auf diejenige, der Ausdruck eines aufrichtigen und warmen Gefühls für den Ruhm und die Macht des Königlichen Hauses und des Vaterlandes zu sein. Mit Rücksicht darauf darf ich von der oft bewährten gnädigen Gesinnung E. K. H. vertrauensvoll erwarten, daß Höchstdieselben die Mängel der anliegenden Arbeit, in Würdigung des Strebens, aus dem sie hervorgegangen ist, nachsichtig beurtheilen wollen. Mit dieser Hoffnung verharre ich in tiefster Ehrfurcht . . .

343. Einige Bemerkungen über Preußens Stellung am Bunde.

[Ausfertigung.]

Ende März 1858.[1])

Inhalt:

---

[1]) Es ist dies die Denkschrift, deren Abfassung Bismarck im Auge hatte, als er am 15. März 1858 an Manteuffel die Begleitworte zu der Denkschrift vom 14. März 1858 (vgl. Nr. 335 und 336) schrieb, nämlich die nähere Ausführung jener Denkschrift, die er dem Prinzen von Preußen zu übersenden gedachte. Während der Prinz die Ausfertigung erhielt (vgl. Privatschreiben an Manteuffel vom 10. April 1858), schickte B. dem Minister nachträglich eine Abschrift (vgl. die betreffenden Bemerkungen in dem genannten Privatschreiben). Diese Abschrift hat Poschinger als Vorlage zu seinem Abdruck (III Nr. 224 S. 487 ff., letztes Stück der drei ersten Bände) gedient. Horst Kohl hat das Konzept (in dem er drei Redaktionen unterscheidet) im Bismarckjahrbuch II S. 93 ff. veröffentlicht. Die Denkschrift ist unter dem Namen „Das kleine Buch des Herrn v. Bismarck" bekannt. Die Ausfertigung wird hier zum erstenmal gedruckt.

[2]) Die Seitenzahlen der Ausfertigung sind im folgenden Abdruck in Klammern beigefügt.

(Passivität und innerer Frieden des Bundes vor 1848.) (1) Bis zum Jahre 1848 wurde der Deutsche Bund, welches auch die theoretischen Ansprüche an ihn sein mochten, tatsächlich doch nur als ein Schutzverein der deutschen Regierungen gegen Krieg und Revolution behandelt. Österreich ließ damals im allgemeinen die preußische Politik in Deutschland gewähren und nahm als Kaufpreis für diese Konzession die Unterstützung Preußens in europäischen Fragen entgegen; in Deutschland begnügte sich das Wiener Kabinett, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß Preußen den ihm überlassenen Spielraum nur innerhalb gewisser Grenzen nutzbar mache. Zu diesem Behuf wurde insbesondere der Geschäftskreis des Bundes auf wenige und verhältnismäßig unwichtige Angelegenheiten beschränkt (2), das Widerspruchsrecht und die Unabhängigkeit der einzelnen Regierungen aber mit Schonung gepflegt, Angelegenheiten, über welche Österreich und Preußen nicht einverstanden waren, gelangten nicht zur Verhandlung, eine aus den Protokollen ersichtliche Meinungsverschiedenheit beider Großmächte gehörte zu den Seltenheiten, ein offener Streit ihrer beiden Vertreter in den Sitzungen war etwas Unerhörtes und wurde, als gefährlich für das Bestehen des Bundes, unter allen Umständen vermieden. Auch mit kleineren Bundesregierungen wurde, wenn sie nicht etwa einer Begünstigung liberaler Bestrebungen verdächtig waren, lieber jahrelang verhandelt, als daß man ihnen durch Majoritätsbeschlüsse Zwang (3) angetan hätte.

Der Gedanke, daß wichtige Meinungsverschiedenheiten durch Majoritätsbestimmungen am Bunde zur Entscheidung gebracht werden könnten, lag so fern, daß das Wiener Kabinett den Präsidialgesandten nur mit langen Unterbrechungen in Frankfurt anwesend sein und die Vertretung der österreichischen Interessen auf Jahr und Tag in den Händen des preußischen Gesandten ließ. Es begnügte sich damit, dem letzteren in der Person des noch fungierenden K. sächsischen Gesandten einen Beobachter zur Seite zu stellen.

Die Führung des Präsidiums durch Preußen, sowie die lange Dauer der ungestörten Einigkeit beider Kabinette in betreff der Bundesangelegenheiten haben nicht wenig dazu beigetragen, die Überlegenheit des Präsidiums in der Bundes(4)versammlung auszubilden.

(Fürst Schwarzenberg ersah ihn zum Instrumente österreichischer Hegemonie.) Ein ganz anderes Bild gewähren die Verhandlungen am Bundestage seit der Reaktivierung im Jahre 1851. Der Fürst Schwarzenberg nahm den Plan auf, die Hegemonie über Deutschland, zu welcher Preußen durch die konstituierenden Versammlungen und die Unionsversuche nicht hatte gelangen können, für Österreich durch die Mittel zu gewinnen, welche demselben die bestehende Bundesverfassung darbietet. Der Gedanke lag nahe, nachdem Österreichs innere Organisation eine Richtung genommen hatte, in welcher dauernde Erfolge nur durch Anlehnung an Deutschland, behufs der Kräftigung des verhältnismäßig wenig zahlreichen deutschen Elements im Kaiserstaat, erreicht werden konnten. Die Durchführung des Planes war möglich, (5) wenn es Österreich gelang, sich der Majorität am Bunde auf die Dauer zu versichern, demnächst die Kompetenz des Bundes und seiner Majoritätsbeschlüsse zu erweitern und, wenn Preußen die Macht oder der Entschluß fehlte, erfolgreichen Widerstand zu leisten. Der Augenblick war für eine solche Konzeption ein sehr günstiger.

Österreich konnte, nach seinen intimen Beziehungen zu Rußland, auf dessen Unterstützung für seine deutsche Politik rechnen und hatte mit dem in Frankreich neu erstehenden Kaisertum Verbindungen angeknüpft, welche gegen das Lebensende des Fürsten Schwarzenberg Besorgnisse vor einer engen Allianz der drei Kaiser im Gegensatz zu Preußen und England hervorriefen.

(Günstige Aspekten für diesen Plan.) Die große Mehrzahl der deutschen Regierungen, erschreckt, durch die Revolution und die aus derselben ent(6)sprungene Gefahr einen Teil ihrer Souveränität an Preußen zu verlieren, lehnte sich bereitwillig an Österreich an. Letzteres konnte die, fast ohne Ausnahme noch heut fungierenden, Bundestagsgesandten der im Jahre 1850 hier zusammentretenden Regierungen ziemlich selbständig ernennen und suchte dazu solche Männer aus, welche durch ihre Personalverhältnisse und ihre Vergangenheit an das österreichische Interesse gekettet waren. Österreich durfte der Majorität in der Bundesversammlung auf längere Zeit hinaus Preußen gegenüber sicher sein. Die Erinnerung an die Erlebnisse von 1848 bis 1850 hatten der Besorgnis vor preußischer Oberherrschaft, welche an und für sich in der geographischen Lage der meisten Bundes(7)staaten im Verhältnis zu Preußen begründet ist, frische Nahrung gegeben, und die Eifersucht, mit welcher das 200jährige Wachsen des preußischen Königshauses einen großen Teil der anderen deutschen Fürsten erfüllt, wirkt bei diesen in derselben Richtung, wie die Furcht vor Preußens Machtvergrößerungen auf ihre Kosten. (Österreichs Mittel, sich die Majorität zu gewinnen und zu erhalten.) Zur Erhaltung und Förderung dieser Stimmungen hat Österreich mannigfache, nur ihm zu Gebote stehende Mittel.

(1. Seine Personalverbindungen.) In erster Linie stehen dabei die Personalbeziehungen, in welchen sich die Mehrzahl der politisch hervorragenden und einflußreichen Leute in Süd- und zum Teil auch in Norddeutschland befindet. Schon aus althergebrachter Gewohnheit geht der Adel der süd- und mitteldeutschen Staaten in österreichische Dienste; (8) die Kleinheit seiner heimischen Verhältnisse bietet nur zu beschränkter Laufbahn Aussicht, und die in Österreich zu einem mäßigen Fortkommen erforderlichen Anstrengungen und Kenntnisse beschränken sich auf ein geringeres Maß, als in den übrigen Bundesstaaten. Diesen Dispositionen kommt Österreich bereitwillig entgegen. Sobald Angehörige eines einflußreichen Beamten, eines Ministers oder Gesandten, in dem Alter sind, daß über die Wahl ihrer Laufbahn entschieden werden muß, finden sie sich von öster-

reichischen Werbern mit glänzenden Versprechungen umgeben, und es kommt vor, daß 16jährige junge Leute, welche niemals ein Regiment gesehen haben, Offizierspatente zugestellt erhalten, ohne daß noch darum gebeten worden ist.

(9) Einmal in Österreich angestellt, dienen dieselben als Geisel für die Ergebenheit ihrer Väter und demnächst zur Unterhaltung der Beziehungen Österreichs zu ihren in Deutschland bei den Höfen und im Staatsdienst angestellten Verwandten.

Unter den Bundestagsgesandten hängen die von Sachsen, Darmstadt, Nassau-Braunschweig und der 16. Stimme durch ihre Familienbeziehungen mehr an Österreich wie an der eigenen Regierung und dienen ersterem, soweit sie können, durch alle ihre amtlichen Handlungen, insbesondere durch parteiische und unwahre Berichterstattung. Derselben Kategorie gehörten früher Graf Kielmansegge, jetziger Finanzminister für Hannover, und der Herr von Trott für Kurhessen an. Der bayerische Bundestagsgesandte ist zwar ein gewissenhafter Charakter, aber auch (10) ihn bewegen seine durchweg österreichischen Familienverbindungen und sein auf die Politik übertragener Katholizismus in der Richtung, daß er unwillkürlich österreichischen Sympathien folgt. In ähnlichen Verhältnissen steht eine große Anzahl der Minister und Hofbeamten in den kleineren Staaten, und Österreich spart keine Mühe, in der Umgebung der Fürsten bei eintretenden Vakanzen ihm ergebene Personen anzubringen. Ein Blick auf die gothaischen Grafen- und Freiherrn-Kalender liefert den Beweis, in welchem Maße die nächsten Angehörigen der deutschen Hof- und Staatsmänner dem Kaiserlich-Königlichen Dienste verpflichtet sind, und selbst in Preußen finden Beziehungen der Art statt, welche es für Österreich wenigstens erleichtern, (11) über alle intimen Vorgänge gut unterrichtet zu sein.

(a an Baden dargetan.) Am deutlichsten macht sich die Wichtigkeit solcher Verbindungen und das praktische Resultat derselben gegenwärtig in Baden erkennbar. Wenn irgendein Staat in Deutschland, so hätte Baden jede Veranlassung, sich mehr an Preußen wie an Österreich anzuschließen; der bekannte und mehrmals verhandelte Plan, das Land zum Vorteil Österreichs und Bayerns zu teilen, die österreichischen Umtriebe in dem erzbischöflichen Streit, die Sympathien der Bevölkerung des Breisgaues für Österreich, die mißliche Lage des evangelischen Fürstenhauses bei einer überwiegend katholischen Bevölkerung sind starke Motive des Mißtrauens gegen Österreich, während der so erfolgreich betätigte Beistand Preußens gegen (12) die Revolution und die nahe Verwandtschaft der Fürstenhäuser geeignet wären, eine dankbare Hinneigung für Preußen zu begründen. Nichtsdestoweniger gelingt es den österreichischen Sympathien der persönlichen Umgebung Sr. K. H. des Großherzogs, namentlich des einflußreichen Generals von Seutter, der Herrschaft, welche der österreichische Herr von Meysenbug über seinen badischen Bruder ausübt, und den ultramontanen Umtrieben des Herrn von Uria, die Politik Badens gänzlich von der Österreichs abhängig zu machen.

(b die Mittel, sie zu erwerben und zu erhalten.) Wo Beziehungen der Art fehlen, setzt Österreich jedes Mittel, auch das der geheimen Fonds, in Bewegung, um sie zu schaffen. Es belohnt seine Freunde mit derselben energischen (13) Konsequenz, mit welcher es denen, die ihm Widerstand leisten, zu schaden und sie unschädlich zu machen sucht. Schon der Umstand, daß ein Gesandter sich dazu hergibt, Aufträge seiner Regierung ohne Scheu und Rücksicht auf Österreich auszuführen, reicht hin, um ihm eine scharfe Verfolgung zuzuziehen. Man behandelt ihn unhöflich, sucht ihn zu reizen, sammelt sorgfältig alles, was sich bei seiner eigenen Regierung gegen ihn anbringen läßt und scheut dabei keine Lüge und Verleumdung, um seine Stellung zu untergraben. So wie vor

einigen Jahren der nassauische Gesandte durch schlechte Behandlung seiner in Österreich dienenden Söhne, so wurde später der württembergische durch nachhaltige und vielseitig unterstützte Angriffe und Beschwerden in Stuttgart zur Unterwerfung (14) gebracht und dergestalt eingeschüchtert, daß er sich die Unzufriedenheit Österreichs nicht wieder zuzuziehen wagt. Arbeitsscheue und furchtsame Menschen vergessen nicht leicht, welche Mühe und Sorge ihnen die Rechtfertigung gegen Klagen, die bei ihrer Regierung angebracht wurden, gemacht hat. Augenblicklich ist der hannoversche Bundestagsgesandte Gegenstand einer ähnlichen Verfolgung, und obschon er lediglich die Befehle seiner Regierung ausgeführt hat und diese ihn gegenwärtig schützt, auch die anmaßlichen Ungerechtigkeiten des österreichischen Verfahrens selbst fühlt, so ist doch vorauszusehen, daß Herr von Heimbruch in nicht zu langer Zeit der Empfindlichkeit Österreichs geopfert werden wird, und die übrigen Gesandten werden aus dem Exempel, welches (15) Österreich an ihm statuiert, von neuem ersehen, wie gefährlich es ist, sich zum Instrument seiner eigenen Regierung gegen Österreich herzugeben.

Ist ein solcher Gesandter nicht aus dem Sattel zu heben, weil ihn sein vorgesetzter Minister schützt, so richtet das Wiener Kabinett unbedenklich seine Angriffe gegen den Minister selbst und sucht ihm durch jedes Mittel das unabhängige Handeln und die Absicht, nur seinem eigenen Monarchen dienen zu wollen, zu verleiden. Österreich verbindet sich gegen ihn mit jeglicher Opposition im Lande, mit jedem Nebenbuhler. Alle vorhandenen Unzufriedenheiten, selbst die der Untergebenen des angefeindeten Ministers, werden ins Gefecht gezogen, und die erfahrungs(16)mäßig sichere Verschwiegenheit und Geschicklichkeit österreichischer Intrigen erleichtert manchem den Entschluß, sich zu Verbindungen herzugeben, welche dem Landesverrat nahe verwandt sind. Wenn Österreich alle ihm ergebenen Personen in Tätigkeit setzt, so ist es ihm nicht schwer, Verleumdungen gegen einen Minister auch an dem betreffenden Hofe in Kurs zu setzen, und selbst die fürstlichen Familienkorrespondenzen zu diesem Zwecke zu benutzen, wird nicht selten versucht.

(2. Der Beistand der ultramontanen Partei.) In allen deutschen Staaten stehen dem Wiener Kabinette die Hilfsmittel zu Gebote, über welche die politischen Leiter der katholischen Kirche disponieren. Auch da, wo die Masse der katholischen Bevölkerung zu einer Unzufriedenheit mit ihrer (17) Regierung keinen Grund fühlt, sind doch die oberen und intellektuellen Leiter der katholischen Politik den protestantischen Regierungen feindselig und erfahrungsmäßig stets bereit, den Interessen der österreichischen Regierung mit ihrem Einflusse auf Staat und Volk zu dienen. In allen katholischen Kammeroppositionen tritt die Hinneigung zu Österreich von Zeit zu Zeit offen an den Tag und lassen sich die Einflüsse Österreichs auf die Haltung „katholischer" Parteien gegen deren eigene Landesregierung erkennen.

(3. Die besoldete Presse.) Die gesamte Presse der Jesuiten und Ultramontanen kämpft für Österreich mit verstärktem Eifer seit Abschluß des Konkordates; noch bedeutender aber ist der Einfluß, den Österreich sich für Geld in der Presse geschaffen hat. Schon bald nach der Her(18)stellung der Ordnung im Lande setzte der Fürst Schwarzenberg sehr viel höhere Summen als früher für die Vertretung der österreichischen Politik in der europäischen und insbesondere in der deutschen Presse aus. Man sagt, daß die Ziffer von 800 000 fl. in manchem Jahre erreicht worden sei, eine Angabe, welche allerdings übertrieben klingt. Gewiß ist, und wenn es nicht ohnehin bekannt wäre, so würden es die von Herrn von Prokesch verlorenen Papiere urkundlich beweisen, daß Österreich durch die Herren Hock, Lakenbacher und andere die Redaktionen deutscher Blätter wie

durch Handlungsreisende beschickte und mit fast allen wichtigeren unter ihnen förmliche Verträge schloß, durch welche sich einige ganz und zu (19) jeder beliebigen Benutzung an Österreich verkauften, die meisten aber sich bereit finden ließen, gegen bestimmte jährliche Subventionen, oder gegen Bezahlung von Insertionskosten, alle Artikel aufzunehmen, welche ihnen von den zahlreichen und zum Teil sehr fähigen Literaten geliefert werden, die Österreich in Sold genommen und unter gemeinsame Oberleitung eines Büros in Wien gestellt hat. Preußen ist genötigt gewesen, zur Verteidigung gegen die von der österreichischen Propaganda in der Presse systematisch durchgeführten Angriffe ein analoges Institut ins Leben zu rufen, welches aber gegen die so massenhaft überlegenen Geldmittel des österreichischen nicht mit gleichem Erfolge anzukämpfen vermag. Die Aufgabe, welche diese Presse (20) vorzugsweise zu erfüllen hat, ist die, Österreich als den ausschließlichen Vertreter deutscher Einheit und deutscher Interessen darzustellen und zur Anschauung zu bringen, daß nur Österreich die Macht und den Beruf habe, den gesunden und besseren Teil der Gedanken, welche in der revolutionären Zeit das Volk bewegten, ins Leben zu führen, und daß Österreich sich hierzu des Bundes als des verfassungsmäßigen Werkzeuges bediene. Von allem, was Österreich will, hat diese Presse zu beweisen, daß es den deutschen Interessen entspricht, jeden Widerspruch dagegen als undeutsch, partikular[ist]isch und als mutwillige Beförderung der Zwietracht in Deutschland zu brandmarken.

(4. Die Besitzer österreichischer Fonds.) Ferner stehen den Bestrebungen Österreichs in (21) ganz Deutschland, besonders aber im Süden und Westen, die Sympathien der Mehrheit unter den Industriellen und Geldmännern zur Seite, welche auf verschiedenen Wegen Vorteile von Österreich ziehen, oder von dessen Zollsystem erwarten. Grade eine der schwächsten Seiten dieses Kaiserstaates, nämlich sein krankes Finanzsystem, ist für denselben eine erhebliche Quelle politischen Einflusses. Wie der Arzt an einem Kranken, der gut bezahlt, so hängen die Kapitalisten an Österreich. Die unverhältnismäßige Höhe der österreichischen Staatsschulden bringt es mit sich, daß die Anzahl der Besitzer österreichischer Wertpapiere sehr groß ist, und der hohe, durchschnittlich 6 bis 7prozentige Zinsfuß derselben, der aus ihrem niedrigen Kurse hervorgeht, lockt zu Kapital(22)anlagen in österreichischen Schuldpapieren um so mehr an, als von Wien aus kein Mittel verabsäumt wird, diesen Papieren den Markt im Auslande zu öffnen und zu erhalten. Man gewährt den Inhabern jede Erleichterung, ihre Zinsen unverkürzt im Auslande zu beziehen, während beispielsweise ein Besitzer preußischer Staatspapiere bei dem Mangel analoger Einrichtungen mannigfachen Abzügen, Verlusten und Weitläuftigkeiten ausgesetzt ist, um zu seinen Zinsen zu gelangen. Durch seine Betriebsamkeit und den hohen Zinsfuß weiß Österreich die Unsicherheit seiner Staatsschulden im Vergleich mit den preußischen mehr als aufzuwiegen, und es erreicht dabei zwei Vorteile, einmal hilft es durch ausländisches Kapital dem Mangel im Inlande ab, (23) dann aber, was hier hauptsächlich in Betracht kommt, wird jeder Besitzer österreichischer Staatspapiere ein politischer Anhänger Österreichs in demselben Maße, wie sein Vermögen von dem Wohlergehen, den Erfolgen und dem darauf begründeten Kredit dieses Staates abhängig gemacht worden ist. Die Frankfurter Geldinstitute, welchen die österreichischen Zinszahlungen anvertraut sind, vermögen Aufschluß darüber zu geben, wie weit diese Grundlage österreichischer Sympathien reicht, nachdem die Verwalter so mancher fürstlichen Privatvermögen aus dem hohen Zinsfuß ein Motiv zu Geldanlagen in Metalliques oder Nationalanleihe entnommen haben.

(Erfolgreicher Gebrauch dieser Mittel gegen deutsche Minister.) Aus der Aufzählung aller dieser Hilfsmittel, welche der österreichischen Poli-

tik (24) eigentümlich sind, läßt sich entnehmen, wie mannigfache Waffen dem Wiener Kabinett gegen einen Minister zu Gebote stehen, der den Mut hat, sich in der Vertretung der Interessen seines Landes durch entgegenstehende österreichische nicht irre machen zu lassen. Die Beispiele, daß Österreich alle diese Fäden seines Einflusses anzieht, um den Widerstand eines deutschen Ministers zu brechen, sind nicht selten. Bei vielen dieser Herren ist an und für sich das Gefühl für Pflicht und Unabhängigkeit schwach genug, um einer klugen Erwägung des eigenen Vorteils das Feld zu räumen, und ein einmal gewonnener Überblick der Angriffsmittel Österreichs reicht hin, um sie zu der Einsicht zu bringen, daß es wohlgetan ist, den Wiener Wünschen Rechnung zu tragen. (25) Andere, wie dermalen Herr von Meysenbug, der Fürst Wittgenstein, der frühere Minister von Baumbach in Kurhessen, Graf Kielmansegge in Hannover und manche in kleineren Staaten gehören von Hause aus und ohne Zwang dem österreichischen Lager an. Die Herren von der Pfordten und von Beust aber haben manchen Versuch gemacht, sich zu emanzipieren, und in den letzten fünf Jahren so viele Verletzungen und Demütigungen von Wien aus erfahren, daß sie persönlich die bittersten Gefühle gegen den Grafen Buol hegen; der württembergische Minister von Hügel hatte kurz vor seiner Ernennung Unannehmlichkeiten jeder Art in Wien zu ertragen gehabt: man hatte seine Abberufung von dort verlangt, und in der ersten Zeit seines Ministeriums gab er die heftigste Gereiztheit (26) gegen Österreich und dessen Minister ohne Scheu zu erkennen. Trotzdem haben jene drei Minister niemals wagen dürfen, der österreichischen Politik entgegenzutreten, selbst nicht zu Zeiten und bei Gelegenheiten, wo sie dieselbe offen verurteilten und den Grafen Buol ziemlich laut für einen ebenso unfähigen als gefährlichen Menschen erklärten, der den Bund ruinieren und Deutschland ins Verderben führen werde. Der Graf Platen hat, seit er Minister ist, dokumentiert, wie sehr er persönlich Gegner der heutigen Regierung Österreichs ist; demungeachtet wagt er doch nicht, in Fragen von Wichtigkeit, wo Preußen und Österreich divergieren, wie in betreff der Rastatter Besatzung, ein Votum gegen Österreich abzugeben.

(27) Die Minister dieser vier Königreiche sind sich bewußt, wie groß die Verlegenheiten sind, welche Österreich ihnen bereiten würde, wenn es nicht mehr darauf rechnen könnte, daß sie bei wichtigen Angelegenheiten sich ihm gegen Preußen anschließen. Sehr weise ist es dabei ohne Zweifel von der österreichischen Politik, daß sie stets mehr auf die Unterwerfung wie auf den Sturz eines mißliebigen Ministers hinarbeitet, mehr einschüchtert als wirklich zuschlägt, und lieber einen Widerspenstigen durch die Schwierigkeiten und Gefahren, die sie ihm bereitet, zähmt, als mit dem etwaigen Nachfolger von vorne anzufangen. Sie behandelt diese Minister der vier Königreiche, deren Mangel an Liebe für Österreich und den Grafen Buol ihr vollkommen bekannt ist, (28) nach dem Grundsatze Friedrich II.: Sprecht, was Ihr wollt, und tut, was Ihr sollt.

(5. Hilfsbedürftigkeit der deutschen Staaten am Bunde.) Jeder deutsche Staat hat ab und zu ein Anliegen an den Bund, und nicht wenige kommen in die Lage, in betreff ihrer wichtigsten inneren Fragen zeitweise von Bundestagsbeschlüssen abhängig zu sein. Dann werden der an sich mächtige Einfluß des Präsidiums und die von Österreich bestimmbaren Majoritäten zu Instrumenten der Züchtigung oder Belohnung, je nachdem der beteiligte Staat sich früher gegen Österreich verhalten hat. Hannover, Württemberg mit seinen standesherrlichen Beschwerden, Kurhessen, Oldenburg wegen des Bentinckschen Streites, Lippe haben diese Erfahrungen in den letzten Jahren durchgemacht, und Österreich hat sich stets bemüht, so lange (29) als möglich ihre Wunden offen und ihre Sache am Bunde schwebend zu erhalten.

(*Nachweis, wie fest durch diese Mittel Österreichs Einfluß begründet ist.*) Durch die geschickte Benutzung aller dieser verschiedenen Hilfsmittel wird ein Einfluß Österreichs auf die Regierungen der mittleren und kleineren Staaten des Bundes begründet, für dessen Unverwüstlichkeit ein besonders auffälliger Beweis in dem Umstande liegt, daß er durch das Verhalten des Wiener Kabinettes während der orientalischen Krisis und durch die Behandlung, welche die Regierungen vom Grafen Buol erfuhren, keinen merklichen Stoß erlitten hat. Der Kaiserliche Minister ist damals mit den deutschen Staaten nicht wie mit Bundesgenossen, sondern wie mit Vasallen Österreichs umgegangen; um ihren Anschluß an Österreich zu erzwingen, wurde (30) ihnen nicht nur direkt, sondern auch mit der Macht des Auslandes, mit dem Einmarsch französischer Truppen in ihre Staaten gedroht. Diesem Verhalten suchte Graf Buol nicht etwa durch verbindliche Formen den Stachel zu benehmen.

Der heut fest an Österreich haltende Minister von Hügel erzählte beim Antritt seiner Stellung, daß Graf Buol ihm auf bescheidene Gegenvorstellungen in betreff der an Württemberg gestellten Forderung eines unbedingten Anschlusses in wegwerfendem Tone erwidert habe: Die deutschen Regierungen müßten sich daran gewöhnen, daß nur Österreich das Recht zu einer auswärtigen Politik habe; es werde für Württemberg ratsam sein, sich das stets gegenwärtig zu halten; je früher Württemberg (31) das lerne, desto besser. Dem sächsischen Gesandten von Könneritz hat Graf Buol bei derselben Gelegenheit gesagt, daß Österreich „auf die Kleinen drücken werde, bis dem Herrn von Beust der Atem zum Widerspruch ausgehe".[3]) Durch die geheime Zirkulardepesche vom 14. Januar 1855 erklärte Österreich allen deutschen Regierungen unumwunden, daß es ihm auf Sprengung des Bundes zur Durchführung der Wiener Politik nicht ankomme, und forderte die Einzelnen auf, unabhängig von, und eventuell im Widerspruch mit den Bundesbeschlüssen, in ein separates Kriegsbündnis mit Österreich zu treten, als dessen Resultat den sich Anschließenden, nach Maßgabe der Truppenzahl, die sie dem Kaiser von Österreich zur Disposition stellen würden, Vorteile ver(32)heißen wurden, die nur auf Kosten der nicht beitretenden Genossen des Deutschen Bundes gewährt werden konnten.

Wenn Preußen in analogen Fällen nur den mäßigsten Versuch zu einem ähnlichen Verfahren mit den deutschen Bundesgliedern gemacht hätte, so würde die Entrüstung der mittelstaatlichen Regierungen über bundeswidrige, anmaßliche und gewalttätige Separatbestrebungen und über die verletzende Form derselben noch heut nicht besänftigt sein, während Österreich über die Staatsmänner und Regierungen, welche es beleidigt und mißhandelt hat, seinen Einfluß längst wieder gewann und über ihre Stimmen am Bunde disponiert.

(*Um den Besitz desselben nutzbar zu machen, sucht Österreich den Wirkungskreis des Bundes zu erweitern.*) Im Besitz der Macht, Majoritätsbeschlüsse der Bundesversammlung ziemlich sicher herbeizuführen, jedenfalls solche, welche ganz unwillkommen (33) sind, verschleppen und hindern zu können, hat Österreich sein Bestreben natürlich darauf gerichtet, den Wirkungskreis des ihm dienstbaren Instrumentes zu erweitern. Es ist zu diesem Behuf erforderlich, mehr und wichtigere Gegenstände als vor 1848 in den Kreis der Bundesgesetzgebung zu ziehen, dann aber auch bei Beschlußnahme über dieselben das Widerspruchsrecht der Einzelnen und der Minoritäten zu beseitigen und für Majoritätsbeschlüsse eine erweiterte Kompetenz zu gewinnen.

---

[3]) Vgl. oben S. 211 u. 218.

(Die Mittelstaaten haben das gleiche Interesse.) Mit diesem Bestreben geht das der meisten Bundesstaaten, ganz abgesehen von dem Einfluß, welchen Österreich auf sie übt, vermöge ihrer eigenen Interessen vollständig Hand in Hand.

Die kleineren und Mittelstaaten haben keinen Beruf, einer Kräftigung des Bundes auf Kosten der einzelnen (34) Regierungen abhold zu sein: sie finden in dem Bundesverhältnis allein die Garantie ihrer Fortexistenz, und ihre Minister gewinnen durch dasselbe ein Piedestal, von welchem herab sie über die Angelegenheiten Deutschlands und Preußens, ja selbst in der europäischen Politik dreister und lauter mitreden können, als es zulässig wäre, wenn sie mit den großen Verhältnissen der Weltpolitik in unmittelbare Beziehungen treten sollten. In der Bundesversammlung spricht jeder von ihnen ebenso laut und hat ebenso viel Stimmrecht, wie Preußen, und insoweit sie zusammenhalten, geben sie den Ausschlag in den so häufig vor ihr Forum gezogenen Streitigkeiten Preußens und Österreichs. Es ist nicht zu verwundern, wenn sie sich für die Befestigung und (35) Ausbildung eines Institutes interessieren, in welchem sie mit einem vergleichungsweise so geringen Aufwande nicht nur Sicherheit, sondern einen Zuwachs an politischer Wichtigkeit erlangen.

Hessen-Darmstadt beispielsweise hat für den Kriegsfall das Recht auf den Beistand der preußischen Armee und steht dafür Preußen in dessen Kriegen mit 6200 Mann bei. Die Geldbeiträge Preußens sind ungefähr das vierzehnfache von denen Darmstadts, die Stimmberechtigung beider aber ist die gleiche, und diese Gleichheit wird sehr entschieden geltend gemacht. Wie sollte Darmstadt nicht an einer Sozietät, welche ihm gegen so geringe Einlagen so große Vorteile gewährt, festhalten, so lange keine Gefahr damit verbunden ist und es nur darauf ankommt, Rechte geltend zu machen?

Sollte der Bund in Not (36) geraten und opfermütiger Leistungen bedürfen, so kann der Abfall immer rechtzeitig vollzogen werden. Sobald die Feinde des Bundes stärker als er zu sein scheinen, werden diejenigen Bundesstaaten, denen die freie Entschließung nicht durch die Gegenwart überlegener Streitkräfte anderer verkümmert wird, schwerlich den Beruf fühlen, ihre Existenz einer idealistischen Bundestreue zu opfern, sondern sie werden sich alsdann verbunden glauben, ihrem Lande vor allem die Erhaltung der angestammten Dynastie zu sichern, und ihre Regierungen werden in landesväterlicher Weisheit den richtigen Moment ermessen, wo die Sorge für das Wohl ihrer Untertanen ihnen den Übergang zum Feinde zu einer schmerzlichen, aber unabweislichen Pflicht macht. Diese eventuelle (37) Voraussicht hält sie aber nicht ab, für die Dauer der Zeit, wo sie dem Bunde angehören, in demselben alle ihre Rechte eifrig auszuüben und durch ihn einen möglichst hohen Grad von Einfluß und Wichtigkeit zu erstreben. Wenn für die Tatkraft eines süd- oder mitteldeutschen Staatsmannes das Gebiet des eigenen Landesherrn einen ausreichenden Spielraum nicht gewährt, so wird derselbe gern eine Befriedigung seines Ehrgeizes in der Bestrebung suchen, durch die Organe des Bundes auch auf die 17 Millionen Preußen, auf die 40 des Bundes oder die 70 des mitteleuropäischen Reiches einen, vermöge der eigenen überlegenen Befähigung jedenfalls hervorragenden Einfluß zu gewinnen. Geister höherer Ordnung vermögen in den engen Verhältnissen kleiner Staaten keine Befriedigung (38) zu finden, und wenn Herr von Beust auf den Dresdener Konferenzen den Grafen Buol geleitet hat, so traut er sich auch wohl zu, in Gemeinschaft mit dem Kaiserlichen Minister Deutschland zu leiten, wenn nur der Bund, das Werkzeug ihrer Aktion, mehr über die einzelnen Regierungen zu sagen hätte.

Nicht nur auf Antrieb Österreichs, sondern auch nach eigener Überzeugung arbeiten daher die meisten deutschen Regierungen mit an der Aufgabe, durch Erweiterung der Kompetenz des Bundes und durch Beseitigung des Widerspruchsrechts der einzelnen die Selbständigkeit der Regierungen in ihrem Verhältnis zur Bundesgewalt zu mindern.

(Preußen das entgegengesetzte.) In diesem System ist aber für Preußen, so lange es nicht auf die Eigenschaft (39) einer europäischen Macht verzichten will, kein Platz. Ein Großstaat, welcher seine innere und auswärtige Politik auf der Grundlage seiner eigenen Kräfte selbständig führen kann und will, darf zu einer strafferen Zentralisation des Bundesverhältnisses nur in dem Maße die Hand bieten, als er die Leitung der Bundeskörperschaft zu gewinnen und gemeinsame Beschlüsse, die seiner eigenen Politik entsprechen, herbeizuführen vermag. Es ist also natürlich, daß Österreich sowohl wie Preußen gleichzeitig nach einer solchen Stellung im Deutschen Bunde streben. Dieselbe ist aber nur für Einen von ihnen möglich; Österreich ist gegenwärtig in ihrem Besitz und, wie vorstehend entwickelt, mit allen Hilfsmitteln ausgestattet, um (40) sich darin erhalten zu können. Bei der jetzigen Organisation des Bundes, und solange die Beschlüsse desselben allein von den deutschen Fürsten und ihren Ministern abhängen, ist es für Preußen nach aller menschlichen Voraussicht unmöglich, Österreich den dominierenden Einfluß zu entreißen.

(Österreich ist der Majorität zu sicher, um sich auf Verständigung mit Preußen einzulassen.) Dessen ist sich Österreich bewußt, und darum lehnt es jeden Wunsch Preußens, sich über eine Teilung oder gemeinschaftliche Ausübung dieses Einflusses zu verständigen, ohne weiteres ab. Es hat erkannt, daß Preußen in der jetzigen Bundesversammlung zur Minorität prädestiniert ist, und glaubt deshalb auch ohne Preußen und gegen Preußen, gestützt auf die Majorität der übrigen Bundesstaaten, Deutschland im Fahrwasser der Wiener Politik erhalten zu können.

(sucht vielmehr Preußen durch Kampf am Bunde seiner Majorität zu unterwerfen.) (41) Mit der Reaktivierung des Bundes ist daher das Prinzip der Schonung Preußens in den Verhandlungen des Bundes, der vorgängigen Verständigung zwischen Berlin und Wien über wichtigere Gegenstände, von Österreich aufgegeben worden. Letzteres sucht vielmehr Meinungsverschiedenheiten dadurch zu erledigen, daß es die Majoritäten, auf die es jederzeit zählen kann, gegen Preußen ins Gefecht führt, und durch den Druck derselben die volle oder teilweise Nachgiebigkeit Preußens erzwingt. Es verliert das Bewußtsein, mit Preußen um die Hegemonie von Deutschland zu kämpfen, in keinem Momente; es ist sich über seinen Zweck vollständig klar, seiner Mittel sicher und zu rücksichtsloser Benutzung derselben dergestalt entschlossen, daß es keiner (42) Art von Konflikt mit Preußen ausweicht. Es kleidet seine Forderungen zwar in bundesfreundliche Worte, betreibt sie aber mit der konsequenten Entschiedenheit, welche Preußen nur die Wahl läßt, sich zu fügen oder in anhaltendem Streite zu leben.

So oft Preußen bei seiner abweichenden Ansicht beharrt, wird ihm in der Diplomatie und der besoldeten Presse die Schuld der Uneinigkeit aufgebürdet, und diese Beschuldigungen nehmen die Färbung einer Anklage wegen Störung des Friedens im Bunde und Untergrabung seiner Institutionen an, sobald die allezeit fertige Majorität am Bunde Österreich zur Seite steht. Es kann daher nicht fehlen, daß die Tätigkeit des preußischen Gesandten am Bunde seit sieben Jahr(43)en eine selten unterbrochene Kette von Kämpfen gegen österreichische Zumutungen bildet, bei denen die Parteilichkeit der Mittelstaaten und ihrer

Vertreter stets bereit ist, Preußen die Schuld aufzubürden, das Sachverhältnis zu diesem Behuf zu entstellen und selbst mit Österreich [zu] stimmen.

(Ursachen, welche diesen Streit verbittern.) Diese Verhältnisse sind seither noch durch den Umstand erschwert worden, daß Österreich zum Vorsitz in einer Versammlung, wo die streitigen Interessen von 35 souveränen Staaten diskutiert werden, wo die Stellung Österreichs als Partei und als Präsidialmacht eine besonders delikate ist, also zu einem Posten, der neben großer Geschäftskunde einen besonders hohen Grad von Ruhe erfordert, nach einander drei Männer wie Graf Thun, Herrn von Prokesch und Graf Rechberg (44) ernannt hat, deren leichte Erregbarkeit, ja deren Leidenschaftlichkeit bekannt genug war, um voraussehen zu lassen, daß sie den sachlichen Differenzen persönliche beimischen würden.[*])

Ebensowenig, wie der Charakter der Personen, durch welche Österreich seine Sache am Bunde gegen Preußen verfechten läßt, hat die Wahl der Waffen, deren es sich dabei bedient, dazu beigetragen, den Verhandlungen eine bundesfreundliche und versöhnliche Färbung zu erhalten. An Versuchen der Überlistung jeder Art, wie sie die Tradition[en] der Wiener Diplomatie seit Jahrhunderten mit sich bringen, und zu welchem dem Präsidium der Besitz des Aktenmaterials und der Initiative in den Verhandlungen erhöhte Leichtigkeit gewährt, an Entstellungen der Tatsachen (45), an Verdächtigungen der Personen hat es nicht gefehlt; selbst amtliche Fälschungen von Akten, Beschlüssen und von Urkunden über schriftliche Verabredungen zwischen den Regierungen haben offiziell konstatiert werden können.

(Tatsächlicher Verlauf desselben am Bunde.) Diese Kämpfe begannen am Bunde sofort nach Wiederbeschickung desselben durch Preußen. Ihr erster Gegenstand betraf die Anerkennung der ohne Preußen geführten Verhandlungen.

(1. in betreff der Flotte und Liquidation.) Demnächst ließ eine aus fast allen Regierungen bestehende Majorität sich bereit finden, gegen Preußen den ungerechten und bundeswidrigen Ansprüchen Österreichs in betreff der Flotten- und der Liquidationsfrage ihren Beistand zu leihen. An der Flotte beanspruchte[e] Österreich sein volles Recht, ohne Beiträge leisten zu wollen, und den Forderungen aus (46) der allgemeinen Liquidation entzog es sich unter der Behauptung, daß seine italienischen und ungarischen Kriege Bundeskriege gewesen seien, für die es ein Recht auf Schadloshaltung habe.

(2. der Zollfrage.) An diese Streitigkeiten schlossen sich diejenigen über die Zollfrage an; die damals bevorstehende Erneuerung des Zollvereins bot den Anknüpfungspunkt zu einer Agitation, vermöge deren in diplomatischen Aktenstücken und in der Presse der Bund für die Zukunft als der alleinberechtigte und fruchtbare Förderer der öffentlichen Wohlfahrt, jede preußische Bestrebung auf diesem Gebiet aber als ein gemeinschädlicher Partikularismus geschildert wurde. Wenn es Österreich gelingt, seine Aufnahme in den Zollverein durchzu(47)setzen, so ist allerdings das Verlangen, die Zoll- und Handelsgesetzgebung in Zukunft auf Grund des Artikels XIX der Bundesakte am Bunde zu verhandeln, nicht leicht mehr auf die Dauer zurückzuweisen. Nach den heutzutage von den bedeutendsten Bundesregierungen verfochtenen Ansichten über die Berechtigung der Majoritätsbeschlüsse stände kein rechtliches Hindernis im Wege, diese Angelegenheiten direkt und auf die Dauer zum Gegenstande der beschließenden Tätigkeit des Bundes zu machen, nachdem die etwaigen Einwendungen gegen die Kompetenz der Majorität durch eine Schlußfassung im engeren Rate beseitigt wären, ganz in derselben Art, wie Österreich die

[*]) Vgl. S. 298

Rastatter Frage zu lösen beabsichtigt. In dem offiziösen Organ Österreichs (48) — der Frankfurter Postzeitung — ist dieser Entwickelungsgang bereits als nicht nur berechtigt, sondern auch als unvermeidlich dargelegt worden. Schon der gegenwärtige Zollverein lähmt, vermöge des Erfordernisses der Stimmeneinhelligkeit, die freie Bewegung Preußens auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung. Tritt aber ein Staat mit so abweichenden Interessen, wie Österreich, der Verbindung hinzu, und sollte auch alsdann noch Stimmeneinhelligkeit zu jeder Modifikation des Bestehenden erforderlich bleiben, so würde eine gänzliche Stagnation unvermeidlich werden. Eine Körperschaft, für welche der kleinste Schritt nur dann tunlich ist, wenn alle ihre Mitglieder einstimmig sind, wird ziemlich sicher zu voller Unbe(49)weglichkeit verurteilt sein, wenn die Interessen der einzelnen so heterogener Natur sind, wie die Österreichs und der bisherigen Vereinsstaaten.

Die Agitation für den Eintritt Österreichs in den Zollverein dauert unter der Hand fort, und wird mit dem Herannahen des neuen Kündigungstermines an Lebhaftigkeit gewinnen. In ihren Bereich fällt der von Österreich so ausschließlich befürwortete Teil der Bundesreformpläne des Freiherrn v. Beust, und der täglich nach allen Richtungen hin wachsende Drang, die Berechtigung der Majorität zu erweitern, ebnet den Weg, auf welchem die Erreichung des Zieles, die deutsche Zoll- und Handelsgesetzgebung in die Hände des Bundes zu bringen, als möglich gedacht wird.

(50) (3. der Verfassungs- und Preßangelegenheiten.) Auf dem Gebiet des staatlichen Verfassungswesens und der Presse hat die Bundesversammlung ihre Einwirkung auch in den letzten Jahren mit Erfolg geltend gemacht, sie hat bisher nur in die inneren Verhältnisse kleinerer und mittlerer Staaten ostensibel eingegriffen, und der Versuch, auch Preußen zu einer Änderung, wenigstens seiner Preßgesetzgebung zu nötigen, ist in den Jahren 1853 und 1854 an dem nachhaltigen Widerstande der K. Regierung gescheitert. Die Neigung aber, derartige Versuche gelegentlich zu wiederholen, wird durch den Kitzel, den die Mittelstaaten empfinden, gerade Preußen das Ansehen ihres Bundes fühlen zu lassen, wach erhalten, und nach den neuesten Theorien Österreichs über die Begründung der Kom(51)petenz der Majorität würde ein bundesverfassungsmäßiges Hindernis nicht mehr im Wege stehen, wenn etwa die politische Lage Europas irgendeinen Moment als günstig erscheinen ließe, um auch für Preußen durch Bundesbeschlüsse die Frage zur Entscheidung zu bringen, ob seine Institutionen den Bundesgrundgesetzen konform sind.

Gerade auf diesem Gebiete der Presse und des Verfassungswesens würde Österreich je eher je lieber dem System der Vereinbarung das der Mehrheitsbeschlüsse unterschieben.

(4. der auswärtigen Politik.) In betreff der auswärtigen Politik gab die Periode des orientalischen Krieges mehrfache Gelegenheit zu lehrreichen Wahrnehmungen über die Auffassung des Bundesverhältnisses von seiten der Mittelstaaten. Es ist wohl kaum einer unter ihnen, (52) welcher dem Berliner Kabinett nicht vertraulich zu verstehen gegeben hätte, daß sie, wenn es zu einem wirklichen Bündnisse Österreichs mit Frankreich kommen sollte, sich nicht mehr an die Vorschriften der Bundesgesetze und an eine Berücksichtigung allgemeiner Bundesinteressen binden könnten, sondern lediglich das Bedürfnis eigener Sicherheit zu Rate ziehen müßten. Sie gaben dem preußischen Kabinett mit dankenswerter Offenheit zu erkennen, daß ihr Festhalten am Bunde nicht über den Punkt hinaus erwartet werden könne, wo Gefahr für die eigenen Staaten damit verbunden sein würde. Sogar in Hannover, welches von Preußen gewissermaßen enklaviert wird, gelangte diese Ansicht zur Herrschaft und zum Ausdruck.

(53) (5. der Ansichten über die Bedeutung des Bundes.) In einem eigentümlichen Kontraste hiezu stand der Anspruch der Mittelstaaten, durch ihre Beschlüsse nicht nur die Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Österreich endgültig zu entscheiden, sondern auch eine auswärtige „Bundespolitik" vorzuschreiben, welcher jedes Mitglied des Bundes, und namentlich Preußen, sich zu fügen und seine Unterstützung zu gewähren haben werde. Diese Theorie, welche den Grundsatz in sich schließt, daß Preußen kein Recht zu einer eigenen auswärtigen Politik habe, sondern auch in dieser Hinsicht die Maßgabe für sein Verhalten aus den Majoritätsbeschlüssen des Bundes entnehmen müsse, ist in den damaligen Verhandlungen am Bundestage wiederholt als selbstverständliche Konsequenz der Grundgesetze des Bundes aufgestellt und ohne anderen Widerspruch (54) als den von Preußen für richtig angenommen worden. Die gesandtschaftlichen Berichte aus jener Zeit werden ohne Zweifel nähere Details darüber enthalten. In dem Werke eines der österreichischen Hofpublizisten, des F. Liechtensteinschen Gesandten Dr. von Linde, eines geborenen Münsterländers, welches mit Benutzung aller amtlichen Verhandlungen des Bundes auf Anlaß und unter Leitung Österreichs geschrieben ist, wird diese Doktrin, und somit die Mediatisierung der auswärtigen Politik Preußens, als unbestreitbarer Ausfluß des Bundesrechtes hingestellt.

In der neuesten Zeit hat sich das Streben, die Herrschaft der Majorität zu konsolidieren, namentlich bei Verhandlung der Frage von der Rastatter Besatzung fühlbar gemacht. In der hierauf (55) bezüglichen Depesche des Grafen Buol vom 7. März c.[5]) werden neue Lehren über das Bundesrecht aufgestellt, welche, wenn sie Geltung gewinnen, die Majorität der Bundesversammlung allerdings in den Stand setzen, mit dem Erfordernis der Stimmeneinhelligkeit unter allen Umständen kurzen Prozeß zu machen. Wie bereits bei den Streitigkeiten über die Erhöhung der ursprünglichen Bausumme für Ulm und Rastatt, so stellt Österreich auch jetzt den Grundsatz ohne weiteres als gültig hin, daß die Frage, ob ein Beschluß nach den Bundesverträgen der Zustimmung aller bedürfe, durch gewöhnliche Stimmenmehrheit im engeren Rate entschieden werden könne.

Es dürfte nach den bereits im Schwange befindlichen Ansichten über die Aufgaben des Bundes und die Rechte (56) seines Zentralorganes kaum ein Fall denkbar sein, in welchem die Majorität, wenn sie die Zustimmung der Minderheit nicht gewinnen kann, nicht Gründe des Zweifels beizubringen vermöchte, ob die Stimmeneinhelligkeit überhaupt erforderlich sei, und diese Zweifel würde dann dieselbe Majorität zugunsten ihrer eigenen Kompetenz zu entscheiden das Recht haben.

Zur Herbeiführung und derartigen Erledigung solcher Konflikte würde es in den meisten Fällen nicht einmal erforderlich sein, der Bedeutung der Worte und dem gesunden Menschenverstande in dem Maße Gewalt anzutun, wie dies von seiten der Majorität beispielsweise in der Sitzung vom 25. Februar c. geschehen ist. Die Vorgänge in derselben beweisen, wie weit der Mangel an Achtung (57) und Rücksichtnahme für die einzelnen Regierungen bereits gediehen ist, und wie geringfügig ein Anlaß nur zu sein braucht, um im Gefühle der Allgewalt der Majorität jede besonnene und bundesfreundliche Erwägung auszuschließen. Die Grenzen der Kompetenz des Bundes und seiner Majorität verschwinden in dem Nebel der Phraseologie, mit welcher die Bundesdiplomaten sich gegenseitig in dem Wahn bestärken, als ob die Bundesverträge von einer ganz anderen Bedeutung wären, als Staatsverträge überhaupt, als ob dem Bunde, über den eigentlichen Inhalt der Grundver-

---

[5]) Vgl. Poschinger III S. 272 ff

träge hinaus, noch eine unbestimmte Autorität beizulegen sei, welche ihre Unterlagen nach Bedürfnis aus Attributen der ehemaligen Reichsgewalt, oder aus Analogien mit (58) den Verhältnissen kollegialischer Behörden in Einheitsstaaten entlehnt. Aber nicht nur für die Bundesverträge, sondern auch für alle indirekten Folgerungen, welche eine Majorität vermöge einseitiger Interpretation aus derselben ableitet, wird ein höherer Grad von Heiligkeit in Anspruch genommen, als sonst für die bündigsten Traktate[6]); Zweifel an der Rechtsverbindlichkeit solcher Auslegungen, wie überhaupt Kompetenzbedenken, werden unter allen Umständen als „Partikularbestrebungen" angesehen und sind deshalb verwerflich. Die Existenz **rechtmäßiger** Partikularinteressen wird gar nicht mehr zugegeben; der bundesmäßige Sprachgebrauch bringt es mit sich, daß alle Taten einer deutschen Regierung als Ausdruck ihrer Hingebung für Bundes(59)zwecke erscheinen.

(**Änderung dieser Richtung nicht zu erwarten.**) Auch diese Übertreibungen bilden Maschen zu dem Netze, mit welchem Österreich und seine Majorität Preußen zu umgarnen bestrebt ist, und auf ein freiwilliges Aufgeben dieser Bestrebun[gen] kann Preußen nicht rechnen, weil dieselben nicht das Ergebnis von vorübergehenden Personalverhältnissen und zufälligen, durch diese bedingten Antipathien und Sympathien ist, sondern in ihnen eine, vermöge **dauernder Verhältnisse** natürliche, und von dem Standpunkte Österreichs und der meisten seiner Anhänger auch subjektiv richtige, politische Tendenz ihren Ausdruck findet[7]). In derselben verkörpert sich das Streben der Mittel- und Kleinstaaten, den verschiedenen Nachteilen, welche die Kleinheit ihres Gebietes und ihrer Macht mit sich bringt, durch einen Or(60)ganismus abzuhelfen, welcher ihnen selbst einen wesentlichen, und nach Umständen entscheidenden Einfluß auf die Angelegenheiten der Gesamtheit sichert, und ihnen dabei, vermöge der Wichtigkeit, welche ihre Unterstützung für Österreich hat, soviel Unabhängigkeit läßt, als sie nach dem Maße ihrer Kräfte überhaupt beanspruchen und sich erhalten können.

Ebenso ist die parallele Gesamtrichtung der österreichischen Politik nicht aus den persönlichen Überzeugungen der jetzigen Machthaber Österreichs herzuleiten, sondern sie ist der Ausdruck der dem Kaiserstaate nach seinen jetzigen Einrichtungen für die Dauer natürlichen Aufgaben und Bestrebungen.

(**Österreich verfolgt sie auch in der europäischen Politik mit Entschlossenheit.**) Mit welcher zweifellosen Entschiedenheit das Wiener Kabinett den ihm[8]) dadurch angewiesenen Bahnen folgt, (61) läßt sich auf dem Schauplatz der europäischen Politik ebenso deutlich erkennen, wie in den Verhandlungen am Bundestage. Auch dort ist der Weg der gütlichen Verständigung und der Bewerbung um die Sympathien Preußens nicht mehr derjenige, auf welchem Österreich sich der Unterstützung der norddeutschen Großmacht zu versichern bestrebt ist. Selbst in solchen Fragen, wo sein Interesse unbeteiligt, oder gar mit dem preußischen identisch war, hat es keine Anstrengung gescheut, um das Ansehen Preußens zu beeinträchtigen und seiner Politik Hemmungen zu bereiten. Die Teilnahme Preußens an der Pariser Konferenz, bei welcher es sich der Hauptsache nach nur um einen Ehrenpunkt handelte, wurde von keiner Macht eifriger hintertrieben, als von Österreich, (62) lediglich um durch den Ausschluß Preußens aus dem Rat der Großmächte das preußische Ansehen in den Augen Deutschlands herabzudrücken. In der Neuenburger Frage waren die Gegner Preußens zugleich die natürlichen Feinde

[6]) Vorlage: Tractaten.
[7]) Vorlage: finde.
[8]) Vorlage: ihnen.

Österreichs, aber der Wunsch, Preußen nicht zu einer Entfaltung seiner Kriegsmacht in Süddeutschland und nicht zur befriedigenden Erledigung einer Ehrensache gelangen zu lassen, war in Wien stärker, als die Abneigung gegen die Schweizer Demokratie und als die Sorge um deren Einwirkung auf Italien. Das Wiener Kabinett suchte gegen den Marsch preußischer Truppen durch Süddeutschland Bundesbeschlüsse zustande zu bringen und wurde in diesem Bestreben von Sachsen gefördert. Es (63) würde ohne Zweifel auch für diesen Ausdruck seiner Gesinnungen gegen Preußen eine Majorität erlangt haben, wenn der Einfluß Frankreichs und die Furcht vor demselben ihm nicht damals bei den Mittelstaaten zugunsten Preußens die Wage gehalten hätte. Die dänische Frage ist von Österreich, solange es möglich war, ausgebeutet worden, um Preußen in der deutschen Presse der Lauheit, bei den europäischen Kabinetten der Heftigkeit anzuklagen.

(Preußens Interessen sind mit diesen Bestrebungen nicht verträglich.) Wenn hiernach kein Aussicht ist, daß Österreich und seine Bundesgenossen sich freiwillig entschließen, ihrer Politik gegen Preußen eine andere Richtung zu geben, so fragt es sich, ob Preußen demgegenüber in seiner bisherigen Haltung auf (64) die Dauer verharren kann.

Daß die am Bunde dominierenden Elemente auf Zustände hinarbeiten, welche Preußen nicht akzeptieren kann, ist gewiß. Preußen kann nicht auf den Anspruch der Gleichstellung mit Österreich verzichten, die Rolle der zweiten deutschen Macht aufrichtig und definitiv übernehmen, und sich gleich jedem anderen deutschen Bundesstaate der Herrschaft der Majoritätsbeschlüsse, welche der Bund unter Österreichs Führung zu fassen für gut findet, unterordnen.

In einer solchen Stellung würde Preußen als Äquivalent für die Verzichtleistung auf seine Selbständigkeit nicht einmal die Genugtuung haben, den von dem Gesamtorgan des Bundes auf die einzelnen Staaten zu übenden Einfluß mit den (65) übrigen sechzehn von Österreich präsidierten Stimmen gleichmäßig zu teilen, weil auch durch seine Unterwerfung die meisten der Ursachen nicht beseitigt würden, welche ihm eine Stellung in der Minorität, und der Majorität eine antipreußische Haltung zuweisen. Eine derartige Gestaltung des Bundesverhältnisses hat nicht in der Absicht der Stifter des Bundes gelegen; eine europäische Großmacht konnte demselben nicht mit der Voraussetzung beitreten, daß ein wesentlicher Teil ihrer eigenen Gesetzgebung und Politik von den Mehrheitsbeschlüssen dieses Bundes abhängig werden sollte, in welchem sie sich mit einem Siebzehntel des Stimmrechts begnügt und auf jeden Anteil an dem Vorsitz verzichtet hat.

Österreich kann die Betei(66)ligung an einem solchen Bunde einstweilen durchführen, weil es die Majorität desselben beherrscht. Preußen hat diesen Vorteil nicht. Wenn es dennoch den ihm feindseligen Prinzipien, welche sich im Schoße des Bundes entwickeln, bisher nicht offen entgegentritt, sondern sogar den Schein bewahrt, ihnen auch seinerseits zu huldigen, so beruht dieses Verhalten ohne Zweifel auf dem Bewußtsein, daß es tatsächlich nicht so ganz leicht sein wird, die Monarchie Friedrichs des Großen unter ein Kollegium von siebenzehn Bundestagsgesandten zu mediatisieren.

(Nächste Gefahr für Preußen.) Eine näherliegende Gefahr ist aber die, daß Preußen in formelles Zerwürfnis mit der Bundesgewalt gerät, indem die Majorität Beschlüsse faßt, welche Preußen nicht anzuerkennen vermag, ohne Schaden (67) an seiner Selbständigkeit zu leiden. Die bundesfreundlichste Nachgiebigkeit hat ihre Grenzen, und in Verhandlungen mit Österreich ist jede Konzession die Mutter einer neuen Forderung. Wenn die Sachen so weiter gehen, wie in der letzten Zeit, und namentlich im Sinne der

Depesche des Grafen Buol über Rastatt vom 7. d. M., und im Sinne des Majoritätsbeschlusses vom 25. Februar c. die gegnerischen Operationen fortgesetzt werden, so kann der Moment nicht sehr fern sein, wo Preußen die Majorität der Überschreitung ihrer Befugnisse, und die Majorität Preußen der Auflehnung gegen gültige Bundesbeschlüsse anklagen wird, beide sich also gegenseitig des Bundesbruches beschuldigen.

Preußen in diese Lage zu versetzen, ist vielleicht das (68) nächste Ziel der Politik seiner Gegner; wie und wann eine solche Situation demnächst von ihnen weiter auszubeuten wäre, das wird von den Konstellationen der europäischen Politik abhängen, je nachdem dieselben es als tunlich erscheinen lassen, gegen Preußen mit mehr oder weniger Dreistigkeit aufzutreten.

Eine solche Situation, zumal wenn der Moment ihres Eintretens nicht zu berechnen ist, kann jedenfalls unbequem genug werden, um zur Anwendung von Vorbeugungsmitteln aufzufordern, insbesondere wenn diese Mittel zugleich dahin führen, Preußens selbständiges Ansehen und seinen Einfluß auf Deutschland zu kräftigen.

(Preußens Mittel dagegen.) Die Lage Preußens wäre vielleicht eine bessere, wenn der Bund gar (69) nicht existierte diejenigen näheren Beziehungen zu den Nachbarn, deren Preußen bedarf, hätten sich deshalb doch, und zwar unter Preußens Leitung, gebildet. Nachdem er aber besteht und der Mißbrauch seiner Institutionen gegen Preußen mit Aussicht auf Erfolg versucht wird, kann Preußens Aufgabe nur sein, alle unzweifelhaften Bundespflichten in Krieg und Frieden zwar treu zu erfüllen, aber jede Entwickelung der Bundesgewalt auf Kosten der Unabhängigkeit des einzelnen, welche über den strikten Wortlaut der Verträge hinausgeht, abzuschneiden. Preußen würde dadurch seinem deutschen Berufe keineswegs untreu werden, es würde sich nur von dem Druck losmachen, mit dem die Fiktion seiner Gegner auf ihm lastet, daß „Bundes(70)tag" und „Deutschland" identische Begriffe seien, und daß Preußens deutsche Gesinnungen nach dem Maße seiner Fügsamkeit unter die Majorität der Bundesversammlung zu beurteilen sei[en]. Seine deutschen Gesinnungen unabhängig von der Bundesversammlung zu betätigen, hat kein Staat in dem Maße den Beruf und die Gelegenheit, wie Preußen, und es vermag dabei zugleich den Beweis zu liefern, daß Preußen für die mittleren und kleineren Staaten mehr Wichtigkeit hat, als eine Majorität von neun Stimmen für Preußen.

Die preußischen Interessen fallen mit denen der meisten Bundes**länder**, außer Österreich, vollständig zusammen, aber nicht mit denen der Bundes**regierungen**, und es gibt (71) nichts Deutscheres, als gerade die Entwickelung richtig verstandener preußischer Partikularinteressen. Eben deshalb steht ihnen aber die in der Bundesversammlung allein vertretene Politik der Mehrzahl der Bundesregierungen entgegen, weil grade die Existenz und Wirksamkeit der 35*) Regierungen außer Preußen und Österreich das hauptsächliche, wenn auch legalberechtigte Hindernis der kräftigen Entwickelung Deutschlands sind. Preußen würde für die Erfüllung seiner Aufgabe in Deutschland erst volle Freiheit erlangen, wenn es aufhörte, erheblichen Wert auf die Sympathien der mittelstaatlichen Regierungen zu legen. Alle Anstrengungen, dieselben zu gewinnen, bleiben für immer erfolglos, und jede Rücksichtnahme auf ihre Wünsche und Empfindlichkeiten ist für Preußen eine (72) nutzlose Selbstbeschränkung.

Die Bundesverträge bedingen in ihrem obligatorischen Teile kaum etwas anderes, als eine gemeinsame Bürgschaft für die innere und äußere Sicherheit der 35 Paziszenten. Sie

---

*) So steht in der Vorlage.

müssen von Preußen mit Treue gehalten werden, solange die anderen sie nicht brechen. Aber was darüber hinausliegt, ist nicht bloß für Preußen vom Übel, sondern auch für Deutschland, und sogar für die Festigkeit des Bundes selbst. Die Kämpfe widerstreitender Interessen, welche von einer weiteren Ausbildung des Bundes unzertrennlich sind, werden denselben lockern und früher oder später sprengen, und für die Entwickelung Deutschlands wird weder jetzt, noch später etwas geleistet werden durch ein Organ, dessen Majoritäten von undeutschen Interessen (73) abhängig sind. Denn unter die letzte Kategorie fällt ebensowohl der Partikularismus der Mehrzahl kleiner Regierungen, als die aus größtenteils außerdeutschen Beziehungen entspringenden Tendenzen der österreichischen Politik.

Diejenigen, welche unter einem „bundesfreundlichen" Verhalten Preußens nichts anders, als dessen möglichst weit getriebene Unterwerfung unter den durch das Präsidium und die Majorität ausgedrückten Willen der übrigen Bundesgenossen verstehen, werden allerdings in eine lebhafte Verstimmung geraten, wenn sie gewahr werden, daß Preußen sich ihren Schlingen entzieht und das Maß seiner freien Selbstbeschränkung fernerhin nur dem wirklichen Inhalt der Bundesverträge entnehmen will. Unabweisliche (74) Interessen, die einzigen Grundlagen haltbarer Beziehungen auch zwischen den deutschen Staaten, werden aber bald bewirken, daß die Verstimmten sich in das Unvermeidliche fügen, und dieselben Regierungen, welche jetzt bemüht sind, Preußen zu majorisieren, werden sich entschließen, Preußens Einverständnis zu suchen, sobald sie sich überzeugt haben, daß die Haltung Preußens nicht auf einer vorübergehenden Verstimmung, sondern auf festen und definitiven Entschließungen, auf einer wohl überlegten Erkenntnis der eigenen Interessen beruht.

(Deren Anwendung: 1. am Bunde.) Praktisch würden sich die Konsequenzen einer solchen Haltung am Bunde dahin gestalten, daß Preußen sich auf keine Vereinbarungen und sonstige Beschlüsse, zu denen notorisch Stimmeneinhelligkeit erforderlich ist, mehr einläßt, daß (75) es den ersten Versuch, einen Majoritätsbeschluß ohne streng verfassungsmäßige Kompetenz zu fassen, offen als ein Attentat gegen die Bundesverfassung bezeichnet und sich an die letztere auch seinerseits nur insoweit gebunden erklärt, als sie von der anderen Seite genau beachtet werde. Wenn in der Rastatter Besatzungsfrage z. B. das unumstößlich klare Recht auf Stimmeneinhelligkeit mit frivolen und sophistischen Spitzfindigkeiten ernstlich gefährdet werden sollte, so wäre die natürlichste Repressalie, daß Preußen seine Matrikularzahlungen zurückhielte.

(2. Verhalten zu Österreich.) Die Frage, wie sich bei einer solchen Modifikation der Bundespolitik Preußen[10]) sein Verhalten gegen Österreich zu gestalten haben würde, ist zu wichtig, um ihr nicht eine besondere Erwägung zu widmen.

(76) Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob ein engeres Bündnis mit Österreich für Preußen sich empfiehlt oder nicht. Darüber aber läßt die Erfahrung keinen Zweifel zu, daß Nachgiebigkeit und Freundschaftsversicherungen für Preußen nicht das Mittel sind, mit Österreich auch nur in erträglichen, geschweige denn sicheren Beziehungen zu leben. Wohlwollen, Dankbarkeit für Konzessionen, landsmannschaftliche Sympathien, Gefühle überhaupt, sind nicht maßgebend für die Politik Österreichs. Seine Interessen gebieten ihm, Preußens Ansehen und Einfluß in Deutschland nach Kräften zu bekämpfen und zu schmälern, dabei aber in Kriegsfällen und gegen die mannigfaltigen Österreich umgeben-

---

[10]) Vorlage: Preußens.

den Gefahren auf den Beistand der vollen Macht Preußens zählen zu können. (77) In diesem zwiespaltigen Bedürfnis Österreichs liegt das alleinige Mittel für Preußen, mit der süddeutschen Großmacht sich in ein klares und sicheres Verhältnis zu setzen, indem es dem Wiener Kabinett zu verstehen gibt, daß der Beistand Preußens bei eintretender Gefahr der eines sehr lauen und selbst bedenklichen Bundesgenossen sein werde, wenn Österreich sich in seiner deutschen Politik nicht mäßigt und mit Preußen verständigt.

Einstweilen versichern sich beide Kabinette fast wöchentlich ihrer bundesfreundlichen Gesinnungen und ihres gegenseitigen Wohlwollens; Österreich räumt niemals ein, etwas anderes, als Preußens wahres Wohl zu suchen, es leugnet den ganzen Kampf der Rivalität, weist jede Annahme ehrgeiziger Partikularbestrebungen als un(78)würdige Verdächtigung mit Entrüstung zurück und motiviert sein Beharren bei Ansichten, welche Preußen bekämpft, allein aus dem Bedürfnis föderaler Zwecke.

Preußen aber wird durch die hergebrachte Gewohnheit, den Bund stets mit achtungsvoller Phraseologie zu umgeben, abgehalten, den Nimbus einer Fiktion allseitiger Bundesfreundlichkeit zu zerstören und die Tatsache ins Licht zu setzen, daß *der* Bund, welchem die Beteuerungen Österreichs gelten, nichts weiter ist, als die österreichische Majorität im Bundespalais.

Das Resultat derartiger Schriftwechsel ist in der Regel nur ein Zuwachs an Verstimmung und Mißtrauen. Diese Gefühle sind auf beiden Seiten zu einer Höhe gediehen, daß ein von Preußen und Österreich jetzt (79) gemeinschaftlich zu führender Krieg wahrscheinlich eine beklagenswerte und verhängnisvolle Reihe von Beweisen der gegenseitigen Eifersucht und des Mißtrauens sein würde. Der Glaube an die Möglichkeit eines einmütigen Handelns beider Mächte ist nirgends tiefer gesunken, als gerade in Deutschland; die Mittelstaaten kennen die Sachlage am besten, denn sie sind es vorzugsweise, welche die Zwietracht der Großmächte schüren; ihr einfaches Mittel dazu ist die Unterstützung jedes ungerechten Anspruchs von Österreich gegen Preußen. Das Schiedsrichteramt zwischen beiden im Frieden und ein plausibler Vorwand im Kriegsfalle, den Bund bei der Uneinigkeit Preußens und Österreichs als unhaltbar im Stich lassen zu können, sind die Früchte dieser ihrer Politik.

Bisherige Versuche Preußens zur Einleitung besserer Verhältnisse mit dem Wiener (80) Kabinett haben nur Denunziationen über dualistische Bestrebungen Preußens bei den Mittelstaaten zur Folge gehabt. Solange Preußen solche Denunziationen scheut und sich selbst noch mit der falschen Hoffnung schmeichelt, in der Gunst der mittelstaatlichen Regierungen mit Österreich rivalisieren zu können, solange fehlt auch eine Grundlage der Verständigung mit Österreich. Auf dem bisherigen Kampfplatz stehen keine anderen Resultate für Preußen in Aussicht, als daß es, wenn die Einsicht von der Nutzlosigkeit seiner bundesfreundlichen Konzessionen die nötige Klarheit, wenn das Gefühl, sich umgarnt und überlistet zu sehen, die erforderliche Höhe erreicht hat, sich schließlich doch zum Bruch genötigt sieht, und das vielleicht in einem sehr ungünstigen Momente.

(81) Anders würden sich die Beziehungen der deutschen Großmächte zu einander gestalten, wenn Preußen den Entschluß faßte, sie frei von der konventionellen Beimischung unwahrer Gefühlsausdrücke auf die einfachen und allein sichern Grundlagen der beiderseitigen Interessen zurückzuführen. Dies würde geschehen, wenn Preußen an Österreich erklärte, daß es seine Beteiligung am Bunde, bei dessen jetziger Verfassung und bei der politischen Richtung der meisten Teilnehmer, *auf strikte Erfüllung* unzweifelhafter Pflichten beschränke, daß es über diese hinaus dem Bunde seine Mitwirkung und der

Majorität und ihrem Präsidium jedes Zugeständnis versage, daß es bestimmt ablehne, mit Österreich in eine Zolleinigung zu treten, daß es, solange man von anderer Seite die Verträge ebenso genau beobachte, im Kriege, wenn die deutsche Bundesgrenze angegriffen werden sollte, Österreich mit dem vertragsmäßigen Bundeskontingent zu Hilfe marschieren werde, daß aber jedes Entgegenkommen über die Grenze dieser Bundespflichten (82) hinaus von dem Benehmen Österreichs gegen Preußen und von dem Maße der Gemeinschaftlichkeit ihrer politischen Ziele abhängen werde.

Nur durch solche Sprache und dementsprechendes Verhalten dürften sich ehrliche und haltbare Beziehungen zu Österreich und, nach Umständen, ein sicheres Bündnis mit demselben begründen lassen, und nur auf diesem Wege wird für den Deutschen Bund die Gefahr gänzlicher Sprengung vermieden werden, welcher er durch die jetzige Überspannung der antipreußischen Bundespolitik entgegengeführt wird.

In demselben Maße, wie die preußische Regierung der österreichischen zu erkennen gäbe, daß sie den Bundestag nicht als exclusives Organ der deutschen Interessen ansieht, daß sie deshalb entschlossen ist, Preußen nicht in der Majorität der Bundesversammlung aufgehen zu lassen, daß sie durch den Bund nichts weiter als die Erfüllung der vertrags-(83)mäßigen Bundespflicht betreiben werde, in demselben Maße werden sich auch vor dem Auge Deutschlands die Umrisse Preußens wieder in ihrer natürlichen Größe und Bedeutung abzeichnen.

(3. in einer von beiden unabhängigen preußischen Politik.) Die leitende Stellung, welche Preußen vor 1848 einnahm, beruhte nicht auf der Gunst der Mittelstaaten und der Bundesversammlung, sondern auf der Tatsache, daß Preußen in allen Richtungen staatlicher Entwicklung den Vorsprung nahm, daß alles, was spezifisch preußisch war, in den übrigen Bundesstaaten als mustergültig anerkannt und nach Kräften erstrebt wurde. Die Überstürzung dieses Entwicklungsganges in der revolutionären Zeit, das dadurch geweckte Mißtrauen der deutschen Regierungen haben notwendig starke Rückschritte in dem Aufschwunge des preußischen Einflusses zur Folge gehabt. Die durch den Rückschlag der Bewegung erfolgte Abschwächung der vor 1848 so gewaltigen Macht der öffentlichen Meinung und die Neuheit (84) des österreichischen Auftretens als Mitbewerber machen es heutzutage schwer, die Strecke, um welche Preußen auf seinem Wege zurückgekommen ist, wieder einzubringen. Dennoch aber bleibt dieser Weg der einzige, um die Stellung zu gewinnen, deren Preußen zur Erfüllung seiner staatlichen Aufgaben bedarf, und seine Überlegenheit an Mitteln auf diesem Gebiete ist im Vergleich mit Österreich und den andern deutschen Staaten noch immer bedeutend. Die Sicherheit, daß S. M. der König von Preußen auch dann noch Herr im Lande bleibe, wenn das gesamte stehende Heer aus demselben herausgezogen würde, teilt kein anderer kontinentaler Staat und namentlich kein deutscher mit Preußen; auf ihr aber beruht die Möglichkeit, einer den Anforderungen der heutigen Zeit zusagenden Entwicklung des öffentlichen Lebens näher zu treten, als es andere Staaten können. Der Grad von freier Bewegung, welcher zulässig ist, ohne die Autori(85)tät der Regierung zu beeinträchtigen, ist in Preußen ein viel höherer als im übrigen Deutschland. Preußen vermag seiner Landesvertretung und seiner Presse ohne Gefahr auch in betreff rein politischer Fragen einen freiern Spielraum zu gewähren, als bisher. Es hat vor 1848 unter einer fast unumschränkten Regierung sich das Ansehen der intellektuellen Spitze von Deutschland zu erringen und zu erhalten gewußt, und würde auch jetzt, unabhängig von seiner inneren Verfassung, dasselbe vermögen. Notwendig ist dazu nur, daß sein innerer Zustand ein solcher sei, der den Eindruck des einheitlichen Zu-

sammenwirkens aller Organe und Kräfte des Landes im Auslande nicht stört und dieses Zusammenwirken im Innern auch tatsächlich fördert. Ist die heutige Verfassung Preußens eine definitive Einrichtung, so muß auch die feste Geschlossenheit der Regierungsorgane in sich und ihr Einklang mit der Landesvertretung in einem solchen Grade erreicht werden, daß die (86) Gesamtkraft Preußens nicht durch Reibungen im Innern vermöge einander zuwiderlaufender Strömungen teilweise gebrochen wird, sonst kann [sie] nach außen hin, wenigstens im Frieden, nicht den dominierenden moralischen Eindruck auf Deutschland ausüben, welcher ihr sicher ist, wenn sie ungeschwächt zur Wirkung gelangt. Die Königliche Gewalt ruht in Preußen auf so sichern Grundlagen, daß die Regierung sich ohne Gefahr durch eine belebtere Tätigkeit der Landesvertretung sehr wirksame Mittel der Aktion auf die deutschen Verhältnisse schaffen kann. Es ist bemerkenswert, welchen Eindruck in ganz Deutschland der Vorgang gemacht, daß die sächsischen Kammern sich in jüngster Zeit mit der Erörterung der Bundespolitik und der Stellung Sachsens zum Bunde beschäftigt haben. Wie viel mächtiger würde dieser Eindruck gewesen sein, wenn im Schoße der preußischen Kammern eine analoge Diskussion stattgefunden hätte. Wenn Preußen (87) seine deutsche Politik, seine Stellung zum Bunde, die Schwierigkeiten, welche es in derselben zu überwinden hat, die Bestrebungen seiner Gegner offen diskutieren ließe, so würden vielleicht wenige Sitzungen des preußischen Landtags hinreichen, um den Anmaßungen der Majoritätsherrschaft am Bunde ein Ende zu machen. Die gerade für Preußen spezifisch notwendige Bundespolitik kann durch die Publizität und durch öffentliche Besprechungen nur an Kraft gewinnen. In der Presse vermag die Wahrheit sich in der Unklarheit, welche durch die zahlreichen und unermüdlichen Fälschungen der von Österreich besoldeten Blätter herbeigeführt wird, nicht Bahn zu brechen, solange nicht der preußischen Presse zur Besprechung der gesamten Bundesverhältnisse das volle Material und der höchstmögliche Grad von Freiheit gewährt wird.

Wenn Preußen eine vom Bunde unabhängigere Position nimmt, so wird es vermöge der ihm innewohnenden Schwerkraft der natürliche Krystallisationspunkt für solche Verbände, welche seinen Nachbarstaaten ebenso sehr Bedürfnis sind, als ihm selbst. Dieses System der freien, auf Kündigung geschlossenen Vereine durch Verständigung außerhalb des Bundes ist das Gebiet, auf welchem Preußen, unbehindert durch das Präsidium Österreichs und die Majoritätstheorien der Bundesversammlung, seinen politischen und Verkehrsbedürfnissen genügen kann. In solchen Verbindungen steht ihm das ganze Gewicht seiner Größe und seiner Eigenschaft als reindeutscher Staat, der Gleichartigkeit seiner Bedürfnisse und seines Entwicklungsganges mit der übrigen deutschen Bevölkerung unvermindert zur Seite. Die benachbarten Bundesstaaten werden sich deshalb auch herbeilassen, Einigungen mit Preußen auf diesem Wege zu suchen, wenn sie erst fest überzeugt sind, daß Preußen sich am Bunde, von welchem sie (89) bisher noch günstigere Ergebnisse für sich erwarten, auf dergleichen unter keinen Umständen einläßt.

Sie werden dabei um so entgegenkommender und leichter zu behandeln sein, je mehr sie erkennen, daß Preußen entschlossen ist, in allen Beziehungen lieber die Unbequemlichkeiten seiner zerrissenen Lage zu ertragen, als von ihnen sich das Gesetz für sein eigenes Verhalten und seine eigenen Interessen geben zu lassen. Denn diese Unannehmlichkeiten sind für die meisten von ihnen, und namentlich für Sachsen, Braunschweig, beide Hessen, Nassau, vermöge ihrer Kleinheit, ihrer binnenländischen Lage und ihrer Grenzverhältnisse zu Preußen viel schwerer auf die Dauer zu ertragen, als für Preußen selbst, mag es sich dabei um Zollgemeinschaft, um Eisenbahnanlagen, um gemeinsames Wechsel- und Handelsrecht, um

Kartellkonventionen, Posteinrichtungen, (90) Papiergeldfragen, Bankwesen oder irgendeinen anderen der Gegenstände handeln, welche die österreichische Präsidialpolitik und die Majoritätsstaaten der Bundesgesetzgebung allmählich zu unterziehen beabsichtigen.

Nur Hannover ist vermöge seiner Lage an der See und zwischen dem Osten und Westen Preußens im Verhältnis zu den übrigen deutschen Staaten mit mehr Elementen für eine unabhängige Stellung Preußens gegenüber ausgestattet, und das Einverständnis mit ihm ein zwar nicht schlechthin notwendiger, aber doch nicht ohne große Übelstände zu entbehrender Schlußstein für das Gebäude einer selbständigen preußisch-deutschen Politik. Auf allen oben genannten Gebieten kann Preußen die Ausführung jedes Planes, über den es mit Hannover einig ist, ohne erhebliche eigene Unbequemlichkeiten in Angriff nehmen, und den Anschluß anderer abwarten. Hannover ist deshalb der einzige (91) unter den deutschen Mittelstaaten, in betreff dessen die deutsche Diplomatie Preußens, ohne sich durch Schwierigkeiten und Mißerfolge irremachen zu lassen, unausgesetzt alle Anstrengung und Geschicklichkeit zur Anwendung bringen sollte, um seinen guten Willen für Preußen zu gewinnen und sein Mißtrauen zu beruhigen. Aber selbst wenn dies nicht gelänge, hat Preußen von selbständiger Benutzung der eigenen Kraft immer noch mehr zu hoffen, als von einer längeren Duldung der Bundespolitik seiner Gegner.

Bei keinem Teil des deutschen Volkes und bei wenigen Staaten des Auslandes ist zugleich die Zufriedenheit mit der eigenen Regierung, die Bereitwilligkeit, derselben vertrauensvoll und opferbereit entgegenzukommen, in dem Maße wie in Preußen von dem Gefühle abhängig, daß dem Lande eine selbständige und angesehene Stellung nach außen hin gewahrt (92) wird, und die Wahrnehmung, daß Preußen in Deutschland von Österreich überflügelt würde, daß bayerische und sächsische, hessische und württembergische Majoritäten irgendwelchen bestimmenden Einfluß auf Preußen wider dessen Willen mit Erfolg beanspruchen könnten, wäre selbst in der heutigen Zeit der materiellen Interessen für das preußische Volk ein schärferer Stachel zu gereizter Verstimmung, ein wirksameres Mittel zur Erregung von Unzufriedenheit, als die Mehrzahl wirklicher oder vermeintlicher Übelstände im Innern, während umgekehrt der Preuße über jede Erhöhung seines Selbstgefühls gegenüber dem Auslande leicht dasjenige vergißt, was ihn an den innern Zuständen etwa verdrießt.

Im März 1858.

344. Bericht vom 30. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Rastatter Besatzungsfrage. Besprechung mit dem bayerischen Gesandten über die beiderseitige Stellung am Bunde. — Vgl. Poschinger III Nr. 138. Mit Auslassungen gedruckt. Die Sperrung auf S. 286 rührt von Poschinger her.

345. Bericht vom 31. März 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. eine Ausschußsitzung zur Beratung der dänischen Mitteilung in der Lauenburgischen Verfassungsfrage. Deren Ergebnislosigkeit. Bestreben, Preußen das Bundeskommissorium zur Regelung der Herzogtümer-Frage zu übertragen. Bedenken hiergegen. — Vgl. Poschinger III Nr. 139. S. 291, Z. 22 ist hinter „Beruf habe“ einzufügen: Sollte sich unter dieser Äußerung etwa der Wunsch Bayerns, selbst dazu ausersehen zu werden, mit Bescheidenheit verbergen, so würde ich glauben, daß wir einem derartigen Ehrgeiz des Münchener Kabinetts keine Hindernisse in den Weg legen sollten.

346. **Bericht vom 9. April 1858 an Minister v. Manteuffel**, betr. eine Unterredung mit Rechberg über die Mainzer Festungsbauten. — Vgl. Poschinger III Nr. 140. Dort Auslassungen.

347. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

10. April 1858.

E. E. kann ich nicht umhin, persönlich meinen g. Dank auszusprechen für die jüngste Mittheilung in Betreff der Rastatter Frage[1]); die Freude über dieselbe giebt mir die Feder in die Hand, nachdem ich seit mehren Wochen an einer Erkältung, die ich Anfangs nicht beachtete, leidend gewesen bin, und in der letzten Zeit so, daß ich nur in Intervallen die laufenden Geschäfte betreiben konnte. In meinem letzten Privatschreiben an E. E.[2]) erwähnte ich bereits, daß ich Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen ein Mémoire über unsre Beziehungen zum Bunde und zu Östreich vorzulegen beabsichtigte. Mir schwebte bei Abfassung desselben hauptsächlich vor, was mir E. E. in Betreff der Kollerschen Umtriebe gegen Sie geschrieben hatten. Aus diesem Gesichtspunkte habe ich geglaubt, daß es bessern Eingang finden würde, wenn es nicht durch E. E. selbst, sondern direct an den Prinzen gelangte. Ich fürchte nur, daß er es seiner Länge wegen garnicht liest, aber ich glaubte alle thatsächliche Beweismittel vortragen zu müssen, weil allgemeine Klagen und Behauptungen über das gegnerische Verhalten immer den Eindruck subjectiver Ansichten machen. In einem Begleitschreiben[3]) habe ich dem Prinzen gesagt, daß ich die Durchlesung eines solchen opus von Sr. K. H. nicht erwarten könne, aber bäte, Sich über die darin niedergelegten Erfahrungen meiner siebenjährigen Praxis Vortrag halten zu lassen. Ich darf daher annehmen, daß die Arbeit in E. E. Hände gelangt ist, und bitte um eine nachsichtige Beurtheilung derselben. Sollte es noch nicht der Fall sein und E. E. den Prinzen nicht darum angehn wollen, so werde ich, wenn Sie es befehlen, noch eine Abschrift machen lassen; ganz schnell wird das aber nicht gehn, da ich auf den alten Kelchner[4]) als Feder gar nicht mehr rechnen kann und auch Eckert vielfach kränklich ist. Die Sache enthält für E. E. auch nicht viel Neues, da Sie Alles, was ich dem Prinzen über Vergangenheit und Gegenwart geschrieben, besser kennen als ich, und meine Ansichten über unsre Aufgaben in der deutschen Politik E. E. aus meinen Briefen und Berichten nicht nur bekannt sind, sondern von Ihnen, wie ich mir schmeichle, im Großen und Ganzen auch gebilligt werden. Letztres ist, nach meinen Eindrücken, bei Sr. M. dem Könige allerdings nicht in demselben Maße der Fall. Dem Auslande gegenüber kann man in der Vertretung Preußens nicht Parteimann in derselben scharfen Ausprägung, wie im Innern, bleiben, wozu England uns den Beleg und gute Beispiele liefert. Wenn wir nicht in der östreichischen Bundes-Politik „aufgehn", oder in unbequemer Zeit der Alternative eines Bruches gegenübergestellt werden wollen, so müssen wir uns bei Zeiten auf den Schwer-

---

[1]) Am 6. April teilte Manteuffel mit, daß die Regierung fest entschlossen sei, in der Rastatter Sache nicht nachzugeben und daß er unter Benutzung von B.'s Bericht vom 17. März eine entsprechende Erklärung nach Wien richten würde.

[2]) Poschinger hat hier textändernd „vertraulichen Bericht" statt „Privatschreiben".

[3]) Nr. 342.

[4]) Über Kelchner vgl. Allg. Deutsche Biographie Band 15 S. 556.

punkt des eignen Gewichtes zurückziehn und von dort her die Kräfte wirken lassen, denen Östreich keine gleichartigen entgegenstellen kann. In nächster Linie rechne ich dazu, daß wir die Treibhauspflanzen der Bundes-Politik der freien Luft der Öffentlichkeit aussetzen, und nicht bloß in der Presse, gegenüber dem großen östreichischen Lügensystem, die freiste Besprechung deutscher Politik gestatten, sondern auch durch Herbeiführung von Kammerverhandlungen über dieselbe eine authentische Publicität schaffen, gegen welche die Entstellungen der Presse nicht Stich halten. Wir haben da die Mittel, unsre Zurückhaltung von angeblich nationaler Bundes-Politik sehr populär zu machen, und wenn wir nur erreichen, daß Östreich und die Majoritätsschwindler vor den Consequenzen, zu denen sie uns treiben, stutzig werden und ihre Versuche, uns mit dem föderalen Bande enger zu umschlingen, aufgeben, so ist durch dieses negative Resultat gegen jetzt schon viel gewonnen. Wir werden dann, wenn es in den allerhöchsten Intentionen liegt, wenigstens ein zuverlässigeres Bündniß für „äußre und innre Sicherheit“ am Bunde schaffen können, als jetzt.

Doch ich fürchte, daß in Berlin jetzt die Zuckersteuer momentan die Interessen mehr in Anspruch nimmt, als meine Bundesquärelen. Einige meiner Freunde in den Kammern haben mir in den letzten Wochen geschrieben, um, wenn ich nicht selbst käme, doch schriftlich meine Meinung zu haben. Ich habe einem derselben zur Mittheilung an die andern geantwortet[3]) und erlaube mir von dem Concept meines Briefes eine Abschrift der Hauptsache beizulegen. Die am Schluß der Anlage in Bezug genommene Persönlichkeit ist der Minister von Bodelschwingh, die kurz vorher angedeutete, Heydt. Ersteren klagte mein Correspondent des Mangels an verschiednen Eigenschaften, den letztern noch üblerer Dinge an. Es scheint, daß namentlich unter den Capitalisten, welche Preußische Eisenbahnactien haben, große Gereiztheit gegen das Handelsministerium herrscht und Verdächtigungen aus diesen Kreisen auch in andre verbreitet werden. Man behaupt[et], daß die Ausübung des Aufsichtsrechtes und die postalischen Befugnisse benutzt würden, um die Course einzelner Actiengattungen zu heben oder zu drücken, oder um unfügsame Directionen zu peinigen. Dazu kommt, daß Geldmänner, welche äußerlich mit dem Handelsminister gut zu stehn scheinen, allerhand nicht greifbare, aber doch wirksame Andeutungen über Motive des Verhaltens in Eisenbahnsachen gegen das Ausland, über die Concurrenzverhältnisse der Ruhr- und der Saarkohlen verbreiten. Kurz, in den fraglichen Briefen meiner Freunde fand sich eine artige Sammlung von Verläumdungen, die man über den Herrn gehört hatte, und die unter der Hand gewiß sehr nachtheilig wirken, denen man aber nicht in so positiver Gestalt begegnet, daß man ihnen entgegentreten könnte, ohne ihre Bedeutung grade dadurch erst zu vergrößern. Ich habe mich in meiner theilweis anliegenden Antwort auch auf diese Dinge nicht in Correspondenz einlassen können, sondern einfach zu erwägen gegeben, daß der Zucker nicht das Mittel ist, solchem Mißtrauen Ausdruck zu geben. E. E. wollen mir verzeihen, wenn ich über diese Dinge pro informatione rückhaltlos schreibe, da ich weiß, daß Sie ohnehin mit der Bedeutung der Unterstützung, welche einzelne Herrn der Regirung und Ihnen selbst gewähren, vollständig bekannt sind.

Graf Montessuy hat mich soeben durch einen längern Besuch unterbrochen. Er kam, um mir mitzutheilen, daß Graf Buol, wie Bourqueney berichtet, sich gegen letztern günstig über die dänische Mittheilung[4]) ausgelassen habe und von derselben die Erwartung hege,

---

[3]) Gemeint ist ein Schreiben an den Abgeordneten v. Below-Hohendorf vom 3. April 1858, das Poschinger unter falschem Datum (15. März) abgedruckt hat (III Nr. 122).
[4]) Vgl. Nr. 340.

daß sich fruchtbare Verhandlungen daran knüpfen ließen, wenn Preußen derselben Ansicht sei. Buol habe besonders den versöhnlichen Ton der dänischen Depesche gelobt, und dem franz. Gesandten gesagt, daß die Vertreter mehrer deutscher Höfe sich in derselben anerkennenden Weise darüber geäußert hätten. In der Öffentlichkeit wird die Sprache des Wiener Cabinetes wohl anders lauten.

Wentzel ist in Darmstadt, wo die Badischen Herrschaften sich auf zwei Tage zu Besuch aufhalten. Ich kann das Zimmer nicht verlassen, sonst würde ich versucht haben, meine Aufwartung zu machen. Es ist merkwürdig, daß grade Baden unter allen Mittelstaaten in Form und Sache uns am schärfsten gegenübertritt; die Meisenbugsche Note über den 25. Februar[5]) ist in manchen Stellen grob zu nennen. Der Verfasser und überhaupt faiseur bei Meysenbug soll Herr von Uria sein, einer der wildesten Ultramontanen. Mit der ausgezeichnetesten Verehrung . . .

348. Bericht vom 14. April 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger III Nr. 141.

349. Bericht vom 16. April 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die zweideutige Haltung Österreichs in der holsteinschen Frage. Vorteile einer Verlegung des Schwerpunktes der Verhandlungen darüber an den Bund und einer Ablehnung kommissarischer Verhandlungen. Haltung des russischen Gesandten am Bunde. — Vgl. Poschinger III Nr. 142. S. 298 ist Zeile 5 v. u. hinter „spielen“ einzuschalten:

Sollten auswärtige Mächte in unserer Ablehnung der jetzt von Dänemark angebotenen kommissarischen Unterhandlungen einen Mangel an gutem Willen erblicken wollen, so könnte man ihnen vertraulich zu erwägen geben, daß gerade die gleichmäßige Beteiligung des gesamten Bundes allein die Möglichkeit einer gemäßigten Haltung gewähre, indem jede einzelne Regierung, welche ein Kommissorium übernehme, dem Druck der öffentlichen Meinung und der Verantwortung, welche ihr im Vergleich mit den übrigen alsdann obliege, in höherem Grade ausgesetzt sei, als die Gesamtheit des Bundes.

350. Bericht vom 17. April 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Einigung über einen Beschlußentwurf in der holsteinschen Frage. Sonderstellung Sachsens. — Vgl. Poschinger III Nr. 143.

351. Vertraulicher Bericht vom 21. April 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Ministerwechsel in Mecklenburg-Schwerin. Politische Richtung des Herrn v. Oertzen. — Vgl. Poschinger III Nr. 144.

352. Immediatbericht vom 24. April 1858, betr. die erste Abstimmung über den Antrag von Preußen und Hannover zur Geschäftsordnung. — Vgl. Poschinger III Nr. 145.

---

5) Vgl. Nr. 324.

353. Immediatbericht vom 30. April 1858, betr. die Schlußabstimmung über den preußisch-hannoverschen Antrag zur Geschäftsordnung. — Vgl. Poschinger III Nr. 146.

354. Bericht vom 4. Mai 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Befestigung des Kästrich in Mainz. — Vgl. Poschinger III Nr. 147.

355. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Konzept.]

4. Mai 1858.

E. E. beehre ich mich in der Anlage ein mémoire über die Stellung des Ministers von Meysenbug in Baden g. vorzulegen.[1]) Ich habe dasselbe auf Veranlassung und nach den Angaben von Angehörigen des Großherzogtums, welche sich vertraulich mit mir in Verbindung gesetzt haben, zusammengestellt und eine Abschrift davon Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen übergeben, für den Fall, daß Höchstderselbe Gelegenheit nehmen wollte, den Inhalt zur Kenntniß S. K. H. des Großherzogs zu bringen. Ich weiß nicht, ob letzteres geschehen ist; wenn aber dem Großherzoge der Wortlaut der Anlage nicht bekannt geworden ist, so möchte ich g. anheimstellen, ob nicht der Aufsatz in der Presse gegen H. v. Meysenbug zu benutzen wäre.

Ich füge noch hinzu, daß selbst unter den Österreich befreundeten Gesandten hier die Art, wie Herr von Meysenbug die badischen Interessen den österreichischen geopfert hat, Befremden erregt. In einer Besprechung darüber äußerte beispielsweise Herr von Nostitz, er sei für die Besetzung Rastatts durch Österreich, weil die Bundesgrenze dadurch 4000 Mann disponible Truppen mehr erhalte; was aber die badische Regierung zum Abschluß des Vertrages mit Österreich bewogen haben könne, und wie Herr von Meysenbug denselben bei dem Großherzog durchgesetzt habe und verantworten wolle, das verstehe er allerdings nicht.

356. Denkschrift betr. den Minister v. Meysenbug.

[Konzept.][1])

Während es den meisten deutschen Mittelstaaten seit 1850 durch geschickte Benutzung der Umstände und durch umsichtige Förderung ihrer dynastischen Partikularinteressen gelungen ist, eine höhere politische Bedeutung zu gewinnen, als sie vor 1848 besaßen, hat das Großherzogtum Baden die nach Verhältnis seiner Ausdehnung wichtige Stellung, welche es früher in dem deutschen Staatenbunde einnahm, nicht wieder zu gewinnen vermocht.

Die Ursachen dieser Erscheinung sind vielleicht nicht alle erkennbar und liegen auf verschiedenen Feldern der Politik und der Verwaltung zerstreut. Aber wie in den anderen deutschen Mittelstaaten, so ist auch dort der Minister des Hauses und der aus-

---

355. [1]) Vgl. Nr. 356.
356. [1]) Anlage zu Nr. 355. Am Rande vermerkt: mundiert 21. April 1858.

wärtigen Angelegenheiten dazu berufen, die Rolle des leitenden Staatsmannes zu übernehmen, und dem Minister von Meysenbug wird daher die Verantwortlichkeit für das unbefriedigende Gesamtresultat der badischen Politik und für die Mißgriffe, welche sich derselben nachweisen lassen, vorzugsweise zufallen.

Es galt zu Anfang des vergangenen Jahrzehnts mit Recht für ein glückliches Ergebnis der Anstrengungen badischer Staatsmänner, daß nicht nur die Erbauung von Rastatt durchgesetzt, sondern namentlich auch die Garnisonverhältnisse dieser Bundesfestung so geordnet wurden, daß der Großherzog von Baden tatsächlich als Herr derselben betrachtet werden konnte. Solange die Dynastie im Besitz dieser Festung blieb, war unter allen Umständen im ganzen Lande nichts für sie verloren, und sie besaß dadurch und durch die geographische Lage des Landes eine Wichtigkeit, die es der europäischen Politik zur Notwendigkeit machte, in allen deutschen Verwickelungen das Großherzogtum Baden in ihre Berechnungen aufzunehmen. Wenn diese Festung infolge der Ereignisse von 1849 vorübergehend auswärtigen Truppen anvertraut werden mußte, so war dies ein Unglück; aber gewiß war es ein unverzeihlicher Fehler, aus diesem transitorischen Zustande einen permanenten werden zu lassen, und diese Permanenz demnächst durch einen Separatvertrag mit Österreich zu sanktionieren. Der Widerspruch Preußens gegen einen Vertrag, durch den die Gr. Regierung sich selbst ein Armuthszeugnis ausstellte und die wertvollste Perle aus Badens Krone verschenkte, war von jedem einigermaßen für die Stellung eines dirigierenden Ministers befähigten Politiker vorauszusehen, und der Streit, der gegenwärtig um die Teilnahme an der Garnison von Rastatt zwischen Österreich und Preußen geführt wird, kann die badische Regierung am besten darüber belehren, welchen Wert sie auf dieses Verhältnis zu legen hat. Wollte oder mußte sie sich einmal eines Teils ihrer Garnisonrechte entäußern, so wäre es zuverlässig weniger bedenklich gewesen, auch noch andere deutsche Staaten, insbesondere Preußen daran teilnehmen zu lassen, als sich ausschließlich in die Arme Österreichs zu werfen und sich dadurch für alle Zeiten der Möglichkeit eines selbständigen Entschlusses in den wichtigsten Fragen des Landes und der Dynastie zu begeben. Auch heute noch sollte der Widerspruch Preußens dazu benutzt werden, um womöglich von dem Vertrage mit Österreich loszukommen und das Ganze auf den Bundesbeschluß von 1841 zurückzuführen. Gelingt dies nicht, so kommt es wahrscheinlich nunmehr zu keiner definitiven Ordnung der Garnisonverhältnisse von Rastatt. Es würde somit der Septembervertrag mit Österreich fortbestehen und damit der ganze Nachteil eines provisorischen und bestrittenen Zustandes auf Baden lasten. Noch größer wurde der begangene Fehler dadurch, daß der Vertrag mit Österreich ohne Kenntnis und Teilnahme Preußens unterhandelt und zum Abschluß gebracht wurde. Bis dahin war es Axiom der badischen Regierung, in allen wichtigen und gemeinsamen deutschen Angelegenheiten keinen Schritt zu tun, ohne vorher sich ebensowohl mit Preußen als mit Österreich ins Einvernehmen gesetzt zu haben. Eine Abweichung von diesem Axiom, kurz nachdem Baden von Preußen die ausgiebigste militärische Hilfe erhalten hatte, und während Preußen durch die eingegangene Familienverbindung eine neue Garantie für die Stellung der badischen Dynastie gab, mußte von der preußischen Regierung mit Recht übelgenommen werden, und insofern Herr von Meysenbug dieses Verfahren angeraten hat, muß ihm zum mindesten der Vorwurf einer seltenen Taktlosigkeit gemacht werden. Mit diesem Vertrage hatte es überhaupt keine Eile. Nur ein Neuling in der Politik konnte fürchten, daß Österreich wirklich ohne weiteres seine Truppen aus Rastatt ziehen werde, wenn Baden den Vertrag nicht abschloß; aber selbst

wenn dies geschehen wäre, so hätte Baden bereitwillig die Stellung wieder einnehmen müssen, welche es vor 1849 in Rastatt inne hatte. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die Auflösung der badischen Armee sich in derselben Gestalt wiederholt, wie in jenem Jahre. Ihr Geist ist ein besserer geworden, und man wird nicht wieder denselben Fehler machen, daß man Cadres, deren Geringfügigkeit mit allen militärischen Regeln in Widerspruch stand, durch plötzliches und massenhaftes Herbeiziehen undisziplinierter Elemente aus der Mitte einer aufgeregten Bevölkerung zu einer zuchtlosen Masse anschwellt, in welcher der ursprünglich bei der Fahne gewesene und allein den militärischen Charakter bewahrende Teil der Truppen als eine unmerkliche Minorität verschwindet. Der militärische Geist ist erfahrungsgemäß ein besserer, wenn die Truppen in größeren Garnisonen zusammenstehen, als wenn sie in kleinen Abteilungen über das Land zerstreut sind. Der Kern der badischen Armee, in Rastatt konzentriert, würde dem Großherzog den Besitz des Landes sicherer gewähren, als die Stellung kleiner zerstreuter Truppenteile im Lande umher. Wenn die badische Division keine zuverlässige Besatzung für eine im Lande belegene Festung mehr abgäbe, so wäre sie überhaupt nicht wert, beibehalten zu werden. Schwer verständlich ist es, wie Diener des Großherzogs, auch wenn sie dem Militär nicht selbst angehören, sich nicht haben schämen können, direkt oder indirekt einzuräumen, daß eine badische Besatzung allein keine Sicherheit für Rastatt gewähre; noch weniger verständlich ist es, wenn man damit sagen will, daß Baden die Besatzung nicht abgeben könne, weil seine Division vollzählig im Felde erscheinen solle. Glaubt man mit derselben, je nachdem sie 1500 Mann stärker oder schwächer ist, einer französischen Invasionsarmee die Spitze bieten zu können, oder hat man der Eitelkeit, im 8. Armeekorps mit einer höheren Ziffer an Feldtruppen zu figurieren, den Besitz der einzigen Festung des Landes und nach Umständen die Selbständigkeit des Fürstenhauses geopfert? Die badische Division kann in einem Kriege auf der deutschen Westgrenze an keiner Stelle eine ehrenvollere und für die Dynastie und das Land nützlichere Verwendung finden, als in der Verteidigung von Rastatt. Man sollte glauben, daß diese, für einen jeden, der es mit dem Lande und seinem Fürstenhause ehrlich meint, so einleuchtende Wahrheit auch dem Herrn von Meysenbug nicht hätte entgehen können; aber anstatt derselben Rechnung zu tragen, hat er Baden ohne Not und ohne Vorteil in wahrhaft widernatürliche Mißverhältnisse mit Preußen, dem notwendigsten Bundesgenossen der badischen Dynastie, gebracht, und derjenigen Macht, von welcher der unabhängige Bestand des Großherzogtums bei etwaigen Verwickelungen am meisten zu fürchten hat, ein ewiges Recht auf den Besitz des einzigen festen Punktes im Lande vertragsmäßig eingeräumt.

Nicht glücklicher als in dieser Lebensfrage für Baden sind die Operationen des Herrn von Meysenbug auf dem Gebiete des zu seinem Ressort gehörigen Eisenbahnwesens gewesen. Bei der zunehmenden Wichtigkeit und Ausdehnung der Eisenbahnen hätte man erwarten dürfen, daß der dirigierende Minister die Unterhandlungen über den Anschluß badischer Bahnen an die der Nachbarstaaten in ein System bringen würde, welches den Interessen des Landes Rechnung trüge. Wenn dies der Fall gewesen wäre, so würde man vor allen Dingen die Erbauung einer stehenden Rheinbrücke zunächst bei Mannheim ins Auge gefaßt haben. Abgesehn von dem allgemein deutschen Interesse, eine Brücke da zu besitzen, wo beide Ufer deutsch sind, ist Mannheim weitaus der bedeutendste Handelsplatz des Landes, dessen Wichtigkeit aber von den Anordnungen einer umsichtigen und intelligenten Verwaltung des Landes abhängig bleibt. So gewiß als Mannheim bei richtiger Unterstützung der Regierung zum Mittelpunkt eines groß-

artigen Verkehrs erhoben werden kann, ebenso sicher ist es, daß diese Stadt rückwärts gehen muß, wenn ihre Interessen denjenigen anderer Lokalitäten hintenan gesetzt werden. Diese Interessen hätten aber unbedingt die schleunigste Herstellung einer Eisenbahnverbindung mit den bayerischen Bahnen in der Pfalz durch eine Brücke und in Franken durch eine Odenwälder Bahn erfordert. Diese Verbindung ist um so dringender, als von anderen Seiten die größesten Anstrengungen gemacht werden, um den Handelsverkehr zwischen Osten und Westen von Mannheim abzuleiten. Statt nun mit aller Energie sich hierauf zu werfen und die allgemeinen deutschen Interessen ins Spiel zu ziehen, hat Herr von Meysenbug die Verhandlungen mit Bayern völlig vernachlässigt und ohne Rücksprache mit den deutschen Mächten den Vertrag über die Kehler Brücke mit Frankreich abgeschlossen. Dadurch hat Baden seine Verkehrsinteressen denen einer großen auswärtigen Macht untergeordnet, welche diese Gelegenheit begierig ergriff, um sich in deutsche Angelegenheiten zu mischen und Baden behufs der Ausführung des Kehler Brückenvertrages bei den deutschen Bundesgenossen zu vertreten. Dieser ungeschickte Gang der Verhandlungen setzte die Gr. Regierung dem Vorwurf eines undeutschen Benehmens und einer separaten Hinneigung zu Frankreich aus. Ebenso wie der Brückenbau bei Straßburg überwiegend das Interesse Frankreichs fördert, weil der wichtigere Endpunkt der Brücke der französische ist und Kehl neben Straßburg verschwindet, so wäre die Brücke bei Mannheim in demselben Maße dieser badischen Handelsstadt vorzugsweise zugut gekommen. Sie würde die Erbauung der Odenwälder Bahn, die engere Verschmelzung der nordöstlichen mit den übrigen Landesteilen in ihrem Gefolge gehabt und bewirkt haben, daß Mannheim durch eine gedeihliche Entwickelung, die es der Gr. Regierung verdankte, sich unter derselben wohl fühlte. Ähnliche Vorteile, wie für diesen Kreuzungspunkt der Eisenbahn und des Rheins sind auf der Straße über Kehl für keine der badischen Stationen zu erwarten. Die Vorteile des Brückenbaues fallen auf jener Route allein Straßburg zu, und die etwaigen ärarischen Mehrerträge, welche eine erhöhte Frequenz auf der Strecke der Staatsbahn zwischen Kehl und Bruchsal gegen die zwischen Mannheim und Bruchsal in Aussicht stellt, können nur von einer engen und kurzsichtigen Finanzpolitik gegen die Wohlfahrt der ersten Handelsstadt des gesamten Unterrheinkreises in die Wagschale gelegt werden.

Nicht minder hat [sich] Herr von Meysenbug durch den Abschluß des Vertrags mit Frankreich über die Waren-Etiketten eine Blöße gegeben, indem er wiederum ohne Rücksprache mit den übrigen Zollvereinsstaaten die Interessen der Industrie Badens und Deutschlands ohne Gegenleistung von seiten Frankreichs preisgab. Die Beschwerden der deutschen Industrie über diesen Vertrag sind bekannt und haben den in politischer Beziehung nach außen und für das Ansehn der Regierung im Lande nicht gleichgültigen Verdacht bestärkt, als hege Baden eine Hinneigung zu partikularer Anlehnung an Frankreich und gestatte demselben einen übermäßigen Einfluß auf deutsche Interessen.

Einen auffälligen Mangel an Eifer oder an richtigem Blick für die Interessen des Großherzoglichen Hauses hat Herr von Meysenbug ferner in der Domänenfrage an den Tag gelegt. Es wäre unter den jetzigen Verhältnissen, bei geschickter Benutzung der Dispositionen der Stände, nicht schwer gewesen, dem Großherzog anstatt einer Erhöhung der Zivilliste die Rückgabe der Domänen und ihre Verwaltung zu verschaffen. Darin hätte das sicherste Mittel zur Hebung und Befestigung der Macht und des Ansehns des Landesherrn gelegen, welcher auf diesem Wege eine von der Bevormundung durch den Konstitutionalismus und das Beamtenwesen sehr viel freiere Stellung gewonnen hätte. Die Verhält-

nisse waren der Durchführung der Maßregel ungemein günstig. An einen ernstlichen Widerstand der Stände war nicht zu denken, und der Großherzog hatte das Recht ganz auf seiner Seite. Es scheint aber, daß der Großherzog den Hauptwiderstand bei einem Teil seiner Staatsdiener gefunden hat, welche mehr die Bedeutung der eigenen Stellung als die ihres Fürsten im Auge haben. Dem Vernehmen nach hat Herr von Meysenbug selbst sich nicht darüber getäuscht, wie wichtig der Besitz und die Verwaltung des Domanialvermögens für die Stellung seines Herrn sein würde; schon das Beispiel so mancher anderer deutscher Dynastien, welche keine Anstrengung gescheut haben, diese Grundlage unabhängiger Würde, dieses wirksame Mittel direkter landesherrlicher Einwirkung wieder zu gewinnen, hat ihn darüber belehren können. Er hat sich aber, weil ihm die dem Staatsmanne unerläßliche Selbständigkeit und Kraft eigener Ueberzeugung fehlt, anderen Einflüssen untergeordnet, und auch auf diesem Felde, wo das Richtige so nahe lag, daß die Erkenntnis desselben nicht fehlen konnte, aus Mangel an Energie die Interessen des Großherzoglichen Hauses verkümmern und die Gelegenheit entgehen lassen, demselben nach dem Beispiel der übrigen deutschen Dynastien wiederum ein großes und selbständiges Patrimonialvermögen zu sichern.

Es ist nicht leicht, unter den Bewohnern des badischen Landes jemand zu finden, welcher den Mißgriffen des dermaligen Ministeriums, dem Schaden, welchen dasselbe den Interessen des Landes und der Dynastie zugefügt hat, Erfolge gegenüberzustellen vermöchte, durch welche sich das gegenwärtige Kabinett ein Recht auf die Anerkennung des Großherzogs und auf die Dankbarkeit seiner Untertanen erworben haben könnte.

357. Privatschreiben an den preußischen Gesandten in London Graf Bernstorff.

[Eigenhändig.]

7. Mai 1858.

Verehrtester Freund und Gönner

wenn man, wie ich, sieben Jahre hindurch an der großen Heerstraße des Continents gewohnt hat, so weiß man aus Erfahrung, daß die Empfehlung eines Künstlers an einen diplomatischen Kollegen gewöhnlich auch den Adressaten nicht den Eindruck eines collegialischen und rücksichtsvollen Verhaltens macht. Wenn ich Ihnen daher dennoch durch diesen Brief den beifolgenden Gr. Mecklenburgischen Kapellmeister Schmidt vorzustellen mir erlaube, so bitte ich Sie zu glauben, daß ich nicht ohne Grund Ihr so vielfach bewährtes Wohlwollen für mich auf diese mißliche Probe stelle. Mein hiesiger Mecklenburgischer College, Herr von Oertzen, der künftige Minister in Schwerin, hat es dringend gewünscht, und ich kann ihm nicht leicht etwas abschlagen, weil er für mich in der Bundesversammlung „unter Larven die einzige fühlende Brust“ ist, eine sichre Stimme für Preußen in allen Fragen, wo das Recht auf unsrer Seite ist, und das will viel sagen, hier, wo der Vertreter unsres allergnädigsten Herrn in der Regel zur Rolle des Uhu verurtheilt ist, nach dem die Krähen stoßen[1]). Ich begreife selbst bei Graf Buol den Leichtsinn nicht, mit dem Oestreich hier alles thut, was im Bereich der Möglichkeit liegt, um sich und dem Bunde Preußen zu entfremden,

[1]) Dieselbe Wendung braucht B. in dem Briefe an seinen Bruder vom 29. April 1858.

mit dem es aus den erbärmlichsten Formfragen große und giftige Händel entwickelt, als ob es im Wiener Interesse läge, am Bruch mit Berlin zu arbeiten. Rechberg ist beschränkt und leidenschaftlich genug, um nicht zu merken, wie die Mittelstaaten ihn gegen Preußen mißbrauchen, und die Staatsmänner der letztern sind zu eitel und zu kurzsichtig, um auf die momentanen Genugthuungen zu verzichten, die sie aus ihren Verhetzungen Oestreichs gegen Preußen ziehn. Ich weiß nicht, welchen Eindruck die deutsche Einheit jenseits des Kanals macht; von hier sieht sie schlechter aus, als zur Zeit Ludwigs XIV. oder von 1795 bis 1806. In Berlin bin ich in voriger Woche 6 Tage gewesen, lange genug, um zu erkennen, daß der Tod von Alvensleben den Abgang oder doch die Modifikation des Ministeriums verhütet hat. Lange kann es aber so nicht währen, wenn die Lenker des Staates es nicht über sich gewinnen, sich untereinander mehr als bisher zu lieben oder doch zu dulden.

Ich vergesse, daß ich Ihnen nicht Politik, sondern Musik schreiben wollte; wovon aber das Herz voll ist, davon geht das Tintenfaß über. Ich bitte Sie nochmals, mir die Belästigung zu verzeihn, und füge nur hinzu, daß Sie Sich die Mecklenburgischen Herrschaften verpflichten, wenn Sie diesem Kapellmeister einen coup d'épaule geben können. Haben Sie die Güte, der Frau Gräfin den Ausdruck meiner Verehrung zu Füßen zu legen und der freundschaftlichen Hochachtung eine Stelle in Ihren Gedanken zu bewahren, mit der ich stets verbleibe der Ihrige.

358. Immediatbericht vom 7. Mai 1858, betr. eine ungeeignete Eingabe an die Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger III Nr. 149.

359. Bericht vom 10. Mai 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage. Verhandlungen aus Anlaß des hannoverschen Separatvotums. — Vgl. Poschinger III Nr. 150.

360. Bericht vom 11. Mai 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Lage der Rastatter Besatzungsangelegenheit. Bundesrechtliche Theorien des Herrn v. Reinhard. Steigerung des Machtgefühls der Majorität. — Vgl. Poschinger III Nr. 151. Die Sperrungen daselbst rühren von Poschinger her.

361. Bericht vom 17. Mai 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Rastatter Besatzungsangelegenheit. Verweigerung einer technischen Begutachtung der preußischen Ansprüche. — Vgl. Poschinger III Nr. 152.

362. Immediatbericht vom 21. Mai 1858, betr. die kurhessische Verfassungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger III Nr. 153.

363. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

26. Mai 1858.

E. E. wollen mir gestatten, meinen guten Willen als Correspondent mit einigen Zeilen zu bethätigen, wenn ich auch kaum irgendwelchen Stoff dazu habe, der von In-

teresse ist. Ich beginne mit dem Wetter und melde, daß es kalt und unfreundlich ist, täglich regnet, den Feldfrüchten aber sehr gedeihlich zu sein scheint. Sogar der Raps verliert das lückenhafte Ansehn, welches er aus dem Winter brachte, und hat reichlich geblüht. Am Bundeshimmel ist das Wetter umgekehrt, trocken und unfruchtbar. In der Rastatter Frage hat das Drängen Rechbergs etwas nachgelassen; sei es, daß er endlich anfängt, an unsern Ernst in der Einstimmigkeitsfrage zu glauben, oder daß die trüben Aspecten in Montenegro[1]) und Italien das Einvernehmen mit Preußen wichtiger erscheinen lassen. Die Wiener Instructionen für die Presse weisen auf letztres hin; ich höre von hiesigen östreichischen Zeitungsagenten, daß sie angewiesen sind, allen andern Hader ruhn zu lassen und nur die Nothwendigkeit zu demonstriren, daß Preußen in den orientalischen Streitigkeiten zu Östreich halten müsse. Wenn wir Östreich in den europäischen Fragen fest entgegentreten (und in dem vorliegenden steckt nichts, was uns aus eignem Interesse davon abhalten könnte), und wenn wir in Wien zu verstehn geben, daß unser Verhalten seinen Grund in der östreichischen Politik in Deutschland hat, so m u ß die letztre schließlich andre Saiten aufziehn und die Verständigung mit uns suchen und erkaufen. Aus Ungarn sind hier sehr eigenthümliche Nachrichten: die directen Steuern sollen in einem solchen Umfange rückständig sein, daß die executivische Beitreibung, wegen Unverkäuflichkeit der Executionsobjecte in solchen Massen, hat sistirt werden müssen. Wenn den Steuerpflichtigen das erst klar wird, so werden viele es bequemer finden, nicht zu zahlen. In der vorigen Woche hieß es hier, daß Herr von Meisenbug in seiner Stellung gewankt habe, und zwar in Folge der Angriffe, welche die ultramontane Partei, unabhängig von Östreich, gegen ihn gerichtet hätte; der Einfluß des letztern soll die Sache wieder ins Geleise gebracht haben. Es scheint, daß Meisenbug sich in der Person seines vortragenden Rathes, des Herrn von Uria, einen Dorn ins Fleisch hat setzen lassen; derselbe passirt für den fähigsten Kopf unter den Ultramontanen hiesiger Gegend und hat die Aufgabe, einstweilen durch Meisenbug, später nach Umständen ohne ihn, die Zügel zu führen.

An der hiesigen Börse macht seit einiger Zeit die Rhein-Nahe-Bahn ein Aufsehn, welches von unsern politischen Gegnern lebhaft befördert und ausgebeutet wird. Die bedeutendsten hiesigen Bankhäuser, außer Rothschild, sind bei der Bahn betheiligt und natürlich sehr betrübt, daß dieselbe statt des Anschlags von 9 Millionen jetzt über 14 kosten soll. Unsre Gegner behaupten nun alles Mögliche, um die Rechtlichkeit der Preußischen Regirung zu verdächtigen und das Vertrauen auf dieselbe als ein leichtsinniges darzustellen. Bald soll der Anschlag mit Berechnung zu niedrig gestellt worden sein, um den harmlosen Frankfurter in das Unternehmen hineinzulocken, und hochgestellte Beamte sollten sich dieses „Preußischen Pfiffes“ gerühmt haben; bald sollen die hohen Summen, welche jetzt verlangt werden, das Ergebniß einer übertriebnen und luxuriösen Veranschlagung sein, mit welcher man den Cours drücken wolle, um die Actien wohlfeil zu erwerben. Heut erzählt man mit besondrer Entrüstung, daß der Inhalt einer Audienz, welche die Herrn Grunelius und Koch gestern Morgen bei dem Herrn Handelsminister gehabt hätten, auf der gestrigen Mittagsbörse hier schon bekannt gewesen und gleichzeitig ein Berliner Fixer, Namens Kosinsky, hier erschienen sei, dessen Personalbeziehungen in Berlin namhaft gemacht werden, und der die Mission gehabt habe, die Actien noch mehr zu drücken. Zu diesem Zweck habe er seine Agenten aus der Mitte der hiesigen

---

[1]) Es waren damals Unruhen in der Herzegowina ausgebrochen.

Börsenleute instruirt, und diese [hätten] während der Börse den Cours um 3 Prozent geworfen, indem sie, unter Anführung amtlicher Quellen für ihre Angaben, das Unternehmen als ein ruinirtes und als mit der Ungunst der Preuß. Regirung behaftetes dargestellt haben. Bei der feindseligen Benutzung, welche derartige Gerüchte hier finden, wäre es recht erwünscht, wenn zu ihrer Widerlegung etwas geschähe, und wenn die Vertreter der Actionäre, welche sich jetzt in Berlin befinden, über die wahren Ursachen der Verrechnungen aufgeklärt und nicht ohne Trost heimgeschickt würden. Sie wollten von mir eine Empfehlung an E. E. mit auf den Weg haben; ich glaubte aber, Ihnen eine unerquickliche Besprechung ersparen zu sollen, und bezog mich bei meiner Ablehnung auf die Ressort-Verhältnisse. Wenn die Lage der Dinge sich nicht ändert, so wird die Gesellschaft wohl in nächster Zeit eine ziemlich stürmische General-Versammlung halten.

Aus der Heimath erhalte ich Briefe mit zaghaften Wahlnachrichten. Man klagt über die Zerfahrenheit und Spaltung der bisherigen conservativen Partei und über die Rührigkeit der Opposition, welche schon jetzt die Wähler bearbeite. Ein gutes Symptom bleibt dabei immer, daß man nicht wagt, sich als Gegner der Regirung hinzustellen, sondern daß jeder von sich behauptet, der eigentliche Repräsentant der allerhöchsten Ortes vorherrschenden Intentionen zu sein. Schriftliche Mittheilungen aus Ostpreußen, Pommern, mündliche aus Westphalen bekunden mir, daß man den Wahlen mit mehr Spannung entgegensehe, als das letzte Mal. Damals war es günstig, daß die Furcht vor Krieg gegen die Oppositionscandidaten in die Wagschale fiel. Zu einiger Erregung der Gemüther trägt gegenwärtig auch das sehr verbreitete Gerücht bei, daß im Herbst, falls nicht bis dahin S. M. der König die Regirung wieder übernähme, sehr durchgreifende und principielle Änderungen in Personen und Systemen stattfinden würden. Es wäre gewiß nicht rathsam, mit aufregenden Ungewißheiten in die Wahlen hineinzugehn. Etwaige Änderungen sollten vorher erfolgen, und wenn sie überhaupt nicht beabsichtigt werden, so würde eine bestimmte Kundgebung in diesem Sinne vor dem Beginn der Wahlmanipulationen gewiß sehr nützlich sein, um alle auf Entstellungen und aufregende Gerüchte basirte Partei-Manöver zu stören.

Zum Johannistag bin ich zum Ritterschlag vorgeladen, und werde dann um Erlaubniß bitten, mich in Berlin einzufinden. Mit der ausgezeichnetesten Verehrung . . .

364. Bericht vom 29. Mai 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Anzeichen eines Rückzuges der Mehrheit in der Rastatter Besatzungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger III Nr. 154, gekürzt.

*365. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

[1858. Mai?]

. . E. K. H. überreiche ich unterthänigst eine kurze Zusammenstellung der Verschiedenheiten zwischen den Fällen von Luxemburg und Rastatt, den Bericht des Militärausschusses vom Februar v. J. über Luxemburg, ferner unsre Antwort vom 6. April d. J. auf die östreichische Depesche vom 7. März (den Abdruck habe ich in Berlin beantragt),

meinen Bericht vom 17. März c.[1]), leider nur in einem schlechten Concept, sein Hauptinhalt steht aber in der Depesche vom 6. April, endlich den Beschluß über die diesjährige Inspection des Bundesheeres.

Die Rastatter Sache ist von Graf Rechberg heut wiederum nicht auf die Tagesordnung gesetzt, die Abstimmung findet also nicht statt.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .

366. Bericht vom 1. Juni 1858 an Minister von Manteuffel, betr. die Veröffentlichung der Bundestagsverhandlungen. — Vgl. Poschinger III Nr. 155.

367. Bericht vom 2. Juni 1858 an Minister von Manteuffel, betr. die Notlage der Rhein-Nahe-Bahn. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 269 f.

368. Immediatbericht vom 6. Juni 1858, betr. den Kehler Brückenbau. Andere Rheinbrücken-Vorschläge in deutschem Interesse. Schnelle Beschlußfassung. — Vgl. Poschinger III Nr. 156.

369. Bericht vom 10. Juni 1858 an Minister von Manteuffel, betr. die Luxemburger Eisenbahnfrage. — Vgl. Poschinger III Nr. 157.

370. Immediatbericht vom 11. Juni 1858, betr. die Rastatter Besatzung. Verwahrung gegen ein neues Prinzip Badens für die Behandlung der Bundesfestungs-Angelegenheiten. Diplomatische Schritte Österreichs. Aufnahme versöhnlicher Vorstellungen seitens der Bundestagsgesandten. Anmaßliches System einer Zurückhaltung der Mittelstaaten. Entschiedenheit der badischen Regierung auf die Gefahr eines Konfliktes mit Preußen hin. Hoffnung auf dessen Nachgiebigkeit. — Vgl. Poschinger III Nr. 158.

371. Bericht vom 14. Juni 1858 an Minister von Manteuffel, betr. die Vorschläge für den formellen Gang der Verhandlungen gegen Dänemark. Einleitung der Exekution. Haltung des Münchener Kabinetts. — Vgl. Poschinger III Nr. 159. S. 330 Zeile 13 ist zu lesen „angedeutete" für „angetretene", S. 332 Zeile 5 „anrechnen" statt „annehmen".

372. Bericht vom 15. Juni 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Mißstände bei Gewährung von Remunerationen an preußische Militärs seitens des Bundes. Charakter der dienstlichen Stellung der in den Bundesfestungen stehenden preußischen Offiziere. — Vgl. Poschinger III Nr. 160.

---

[1]) Nr. 337.

373. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

17. Juni 1858.

E. E. h. Erlaß vom gestrigen Tage nebst der vertraulichen Depesche des Grafen Buol an den Freiherrn von Koller vom 14. c., die dänische Angelegenheit betreffend, habe ich heute zu erhalten die Ehre gehabt, bin indessen nach der langen Dauer der heutigen Sitzung nicht imstande, gegenwärtigen Bericht vor Postschluß zu expedieren.

Graf Buol ist der Ansicht, daß nur in den durch die Bundesexekutionsordnung vorgeschriebenen Formen weiter vorzugehen sei, zugleich aber schlägt er eine Abweichung von denselben dahin vor, daß die Bestimmungen des Artikels 3 der Exekutionsordnung keine Anwendung zu finden hätten, sondern die in demselben vorgeschriebene Frist als erledigt durch die bisherigen an Dänemark ergangenen Aufforderungen anzusehen sei. Er bezieht dabei die Worte „nach Beschaffenheit der Umstände" auf die Frage, ob überhaupt eine solche erste Frist erforderlich sei, während sie nach dem Text des Artikels 3 doch wohl nur auf die Dauer des anzuberaumenden Termins Anwendung finden können.

Daß bei Einleitung des Exekutionsverfahrens von der ersten Beteiligung des Exekutions-Ausschusses an drei Fristen gestellt werden müssen, ist bisher von den bundesrechtlichen Autoritäten (cf. Klüber „Deutsches Staatsrecht" §§ 178/9) und wird auch jetzt von denjenigen meiner Kollegen, die ich darüber gehört habe, als unzweifelhaft angenommen. In früheren analogen Fällen, beispielsweise in dem des Herzogs von Braunschweig im Jahre 1830, ist gleichfalls streng danach verfahren worden. Es würde mit der Erfüllung dieser Formalität ein erheblicher Zeitverlust nicht notwendig verbunden sein. Die Exekutions-Kommission kann ihren dem Artikel 3 entsprechenden Bericht unmittelbar nach Ablauf der gestellten sechswöchigen Frist einbringen, und die erste Frist kann in Betracht der früheren Aufforderungen sehr kurz, wenn man will, auf nur acht Tage, bemessen und damit dem Formmangel vorgebeugt werden, welcher sonst sehr wahrscheinlich eine hervorragende Rolle in späteren dänischen Deduktionen spielen wird.

Wenn die jetzt laufende Frist von sechs Wochen bereits auf das Exekutionsverfahren angerechnet werden sollte, so hätte sie auch am 20. Mai unter dieser Androhung gestellt werden und Ergebnis eines Vortrages der Exekutions-Kommission sein müssen. Statt dessen war ihr Charakter aber lediglich der, daß eine Anforderung, welche ursprünglich ganz allgemein und ohne Termin gestellt war, unter Anberaumung einer Frist, ohne alle Bezugnahme auf die Exekutionsordnung und ohne Mitwirkung der Exekutions-Kommission, wiederholt also ein Exzitatorium erlassen wurde, wie es überall einem Exekutionsverfahren vorherzugehen pflegt. Erst durch den Beschluß vom 11. Februar c. ist der dänischen Regierung zu erkennen gegeben, was der Bund von ihr fordert, darauf ist sie einmal unter Fristfstellung exzitiert worden, und können daher wohl die ersten Exekutionsanfänge erst nach Ablauf dieser Frist als beginnend angesehen werden.

Meines u. Dafürhaltens sollte unter diesen Umständen die Bundesversammlung auf die vom Grafen Buol angedeutete Modalität nicht eingehen, sondern die Formen der Exekutionsordnung ganz genau einhalten.

Was nun die vom Grafen Buol weiter in Aussicht genommenen Eventualitäten anlangt, so erlaube ich mir unmaßgeblich vorzuschlagen, daß wir an dem Grundsatze festhalten, in allen den Stadien dieser Sache, in welchen nicht der gesamte Bund zur Tätigkeit berufen ist, entweder beide deutsche Großmächte oder keine von ihnen mitwirken zu

lassen, nicht aber darauf einzugehen, daß Preußen neben zwei Mittelstaaten eine vorwiegende Beteiligung und Verantwortung übernimmt, während Österreich sich zurückhält. Wenn sich nach der Lage der Sache absehen ließe, daß Preußen in den Stellungen, welche die Depesche des Grafen Buol uns zudenkt, seinem Berufe, die Rechte und die Ehre des Bundes nach außen zu vertreten, in einer glänzenden und erfolgreichen Weise würde nachkommen können, so wären die Vorschläge des Wiener Kabinetts gewiß mit Dank anzunehmen, würden aber auch dann schwerlich gemacht worden sein. Wie wird sich praktisch die Rolle gestalten, welche die deutschen Kommissarien und ihre Truppen in Holstein spielen werden? Wenn nicht schon die Rücksicht auf die europäischen Verhältnisse, so wird das Kommissorium, welches der Bund erteilt, ihrer Tätigkeit an der Eider eine Grenze setzen. Nach dem, was bisher über die Absichten Dänemarks verlautet, wird dem Einmarsch der Exekutionstruppen nichts in den Weg gelegt, auch nicht mit einer Blockade der deutschen Küsten darauf geantwortet werden, sondern man wird die Exekutionstruppen zu Lasten der Bevölkerung Holsteins stehen und die Zivil-Kommissarien die Verfassung Holsteins bis an die Eider organisieren lassen und abwarten, ob der Bund eine weitere Initiative wegen Schleswigs ergreift. Dieser Zustand der Dinge wird weder den Anforderungen der öffentlichen Meinung in Deutschland, noch den Wünschen der Deutschen in den Herzogtümern entsprechen, welche in Schleswig sowohl, wie in Holstein ihre Abneigung gegen die Schöpfung eines holsteinschen Sonderstaates vielfach dokumentiert haben. Der Freiherr v. Scheel-Plessen, der mich vor kurzem hier besuchte, sprach mir wiederholt seine Besorgnisse in dieser Richtung aus, und war der Ansicht, daß eine längere Dauer der angedeuteten Sachlage infolge einer Bundesexekution nur dazu führen werde, den Deutschen jede Verständigung mit den Dänen, auch auf schlechte Bedingungen hin, annehmlich erscheinen zu lassen.

Dennoch muß der Bund ohne Zweifel den angedeuteten Weg mit der Exekution gehen, da ein anderer nicht offensteht; aber es dürfte nicht zu wünschen sein, daß vorzugsweise Preußen der ostensible Träger des ganzen Verfahrens wird, nachdem sich eine vollständige und die öffentliche Meinung befriedigende Lösung der gestellten Aufgaben ebensowenig, wie die Gelegenheit zu irgendwelchen glänzenden Leistungen dabei erwarten läßt.

Nach dem früheren Verhalten Österreichs in dieser Sache dürfen wir wohl erwarten, daß dasselbe jede Beziehung, in welche Preußen, ohne gleichmäßige Mitbeteiligung Österreichs, zur Lösung der Frage tritt, benutzen wird, um uns bei den Kabinetten eines drängenden Eifers und in der Presse der Lauheit anzuklagen, daß die Unvollständigkeit der Erfolge uns zur Last gelegt und der ganzen Angelegenheit die Färbung einer spezifisch preußischen gegeben und dem Verdacht, daß wir ehrgeizige Partikularzwecke in derselben verfolgten, an auswärtigen Höfen Vorschub geleistet werden wird.

Nach meiner u. Auffassung wäre es daher dringend zu wünschen, daß, wenn nur ein Zivilkommissar fungieren sollte, dieser weder von Preußen, noch von Österreich gestellt werde, um auf diese Weise dem rein deutschen Charakter der Sache einen Ausdruck zu geben; wenn aber die betreffenden Funktionen von einer Kommission ausgeübt werden, daß entweder Preußen und Österreich, oder keines von beiden in der Sache vertreten werde. Dieselben Erwägungen finden auch auf die Stellung der Exekutionstruppen Anwendung, welche nach den bundesrechtlichen Vorschriften mit der des Zivilkommissars von einer und derselben Regierung erfolgen sollen.

Herr von Plessen sagte mir, daß es in Dänemark besonders verletzen und die Nachgiebigkeit erschweren würde, wenn die Exekutionstruppen nur von kleineren Staaten, wie

etwa Hannover und Mecklenburg, ohne Beteiligung der beiden Großmächte, gestellt würden. Diese Erwägung ist ohne Zweifel richtig, und würde es sich m. E. empfehlen, wenn an einer Expedition, bei welcher es voraussichtlich nicht zum Schlagen kommt, sondern nur in einem bundesrechtlichen Akt die Fahne des Bundes gezeigt wird, mehrere Kontingente, jedes in geringer Anzahl, sich beteiligten. Namentlich aber wäre es wichtig, daß Österreich den Eindruck, welchen sein Verhalten während des dänischen Krieges hinterlassen mußte, und das Vorurteil, als ob es sich um eine nicht allgemeine deutsche und namentlich für Österreich unwichtige Sache handele, dadurch beseitige, daß wenigstens die österreichischen Farben, wie gering auch die Beteiligung numerisch sein mag, bei der Exekution gezeigt werden. Jedenfalls würde ich ehrerbietigst vorschlagen, daran festzuhalten, daß weder Preußen noch Österreich eines ohne das andere bei der Sache beteiligt werden können.

Über die Frage, welche Maßregeln durch die Exekution von Dänemark erzwungen werden sollen, scheint das Wiener Kabinett mit E. E. h. Erlaß an den Grafen Flemming vom 14. d. M. sich ganz im Einverständnis zu befinden, und läßt sich wohl kein anderes Ziel zunächst stellen, als dasjenige, die rechtswidrigen Gesetze in den Herzogtümern außer Kraft zu setzen. Meine u. Bedenken in betreff der Vorschläge des Grafen Buol beziehen sich nur auf die Form des Verfahrens und auf die Rollenverteilung unter den Bundesstaaten.

Als Kuriosum erwähne ich schließlich noch eines Gerüchtes, daß Österreich, im Falle des Einrückens von Exekutionstruppen in die Herzogtümer, die Gelegenheit benutzen will, seine Flagge vor den Elb- und Wesermündungen zu entfalten, und zur Vorsorge für den Schutz des deutschen Handels einige Kriegsschiffe in die Nordsee schicken werde, nachdem es sich ohne Zweifel zuvor mit Dänemark darüber verständigt hat, daß dieselben unter keinen Umständen einem feindlichen Zusammenstoß mit der dänischen Seemacht ausgesetzt sein werden. Österreichische Blätter haben schon früher Andeutungen in diesem Sinne gemacht, neuerdings sind mir solche von seiten einer auswärtigen Gesandtschaft hier zuteil geworden.

374. Bericht vom 17. Juni 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Jubiläumsfeier der Universität Jena. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 271 f.

375. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

21. Juni 1858.[1])

E. E. beehre ich mich nachstehendes in betreff einer Unterredung mit Graf Rechberg über die Rastatter Frage g. g. zu berichten.

Vor einigen Tage suchte mich der mecklenburgische Gesandte auf, um mir mitzuteilen, daß S. K. H. der Großherzog ihn angewiesen habe, sich die Vermittelung besserer Beziehungen zwischen Preußen und Österreich am Bunde noch vor seiner Abreise von hier persönlich angelegen sein zu lassen. Er fragte mich um Rat, wie er sich dieser Aufgabe entledigen könne, und ich verwies ihn primo loco an Graf Rechberg. Wie Herr von Oertzen selbst sich hat überzeugen können, bestehen die Zerwürfnisse beider Großmächte am Bunde

[1]) Konzept gedruckt: Bismarckjahrbuch II 134 ff.

wesentlich durch die Notwehr Preußens gegen Österreich und dessen Majorität. Mit den Angriffen würde auch die Abwehr aufhören. Preußen kann nicht zulassen, daß es am Bunde nicht wie ein Drittel von Deutschland, sondern wie eine unter den sechzehn von Oesterreich präsidierten Stimmen behandelt wird. Der Bund kann auf die Dauer nicht seine Aufgabe erfüllen, wenn nicht jeder der beiden Großmächte ausdrücklich oder stillschweigend ein Veto wenigstens für solche Fälle zugestanden wird, wo sie der Kompetenz eines Majoritätsbeschlusses widerspricht. Dasjenige Drittel von Deutschland, welches die übrigen Staaten bilden, besitzt dieses Veto vermöge seiner Stimmenzahl. Österreich besitzt dasselbe teils vermöge der Präsidialgewalt, teils vermöge der Tatsache, daß es die Majoritäten leitet. Für jedes Mitglied der gegenwärtigen Bundesversammlung ist es ein undenkbarer Fall, daß Österreich, wenn es die Kompetenz der Majorität bestreitet, mit Erfolg majorisiert, daß seinen Anträgen die Prüfung durch einen Ausschuß oder durch die Militärkommission versagt würde, und daß über seinen Widerspruch gleich dem des kleinsten Staates ohne Vermittelung und ohne Beachtung zur Tagesordnung gegangen werden könnte. Wenn nun dieselbe Rücksicht auf Preußen nicht genommen, wenn die wiederholten Versuche Preußens, angemessenere Verhältnisse herbeizuführen, wie noch zuletzt bei der Korrespondenz über die Reformvorschläge des Herrn von Beust, von Österreich zurückgewiesen worden sind, so bleibt für Preußen zur Herbeiführung besserer Beziehungen der Bundesstaaten unter sich nur das Mittel übrig, den tatsächlichen Beweis zu führen, daß der Bund, ohne Preußens Einverständnis für die Zwecke seiner Majorität zu gewinnen, den letzteren nicht zu entsprechen vermag. Zu diesem Behuf empfiehlt es sich, die nächste vorliegende Frage von einiger Wichtigkeit zu dieser Beweisführung zu benutzen. Ich würde daher auch dann, wenn die Rastatter Angelegenheit von geringerer politischer Wichtigkeit wäre, es der preußischen Politik für entsprechend halten, den Widerstand gegen das Verfahren Österreichs und seiner näheren Verbündeten unter allen Umständen so lange fortzusetzen, bis eine Verständigung mit uns von der anderen Seite versucht und herbeigeführt wird.

Herr von Oertzen stimmte meinem Raisonnement in allen Punkten bei und gab zu, daß die Schuld der obwaltenden Mißverhältnisse wesentlich bei Österreich zu suchen sei. Er nahm sich vor, mit dem Grafen Rechberg in diesem Sinne zu reden. Einige Zeit darauf besuchte er mich wieder und teilte mir mit, daß Graf Rechberg nicht nur von dem Bedürfnis einer Verständigung auf das tiefste durchdrungen sei, sondern auch seinerseits einräume, daß, bei der bisher von Österreich und der Majorität befolgten Politik, ein gutes Verhältnis zu Preußen auf die Dauer schwerlich erreicht werden könne. Die Schuld der jetzigen Verstimmungen falle aber weniger dem Grafen Buol als den Ministerial-Referenten zur Last. Der Graf Buol habe nicht die Gewohnheit, die deutschen Angelegenheiten selbständig zu bearbeiten, und es werde deshalb der Animosität der Herren von Biegeleben und von Meysenbug ein zu weiter Spielraum gelassen. Man könne zwar mit Preußen nicht einen förmlichen Vertrag über ein gegenseitig einzuräumendes Zustimmungsrecht abschließen, denn ein solcher würde das Mißtrauen der übrigen Bundesstaaten wecken. Man müsse aber tatsächlich zu einem Verhältnis gelangen, welches einem solchen Vertrage entspreche, man müsse Preußen eine Garantie dafür geben, und eine solche könne vielleicht in dem Ausscheiden der erwähnten Ministerial-Referenten aus der Staatskanzlei liegen. Vielleicht lasse sich auf solche Grundsätze hin eine m ü n d l i c h e Verständigung beider Kabinette in dem Sinne erzielen, daß man die Wirksamkeit des Bundes von seiten beider Großmächte mehr als bisher einschränke, und ihr dieselben Grenzen anweise,

innerhalb deren sie sich vor 1848 bewegte. Eine solche Verständigung hielt Graf Rechberg für möglich, wenn man in dieselbe zugleich die schwebende Rastatter Frage inbegriffe, um sie im Sinne Österreichs zu erledigen. Wenn das Eingehen Preußens auf diesen Plan einigermaßen verbürgt sei, so glaube er, daß es allerdings an Österreich sei, eine Initiative zu ergreifen, welche etwa in der Entsendung eines höheren Militärs nach Berlin bestehen könnte, um dort über die Besatzungsangelegenheiten von Rastatt und Mainz in ihrem Zusammenhange zu verhandeln. Herr von Oertzen autorisierte mich, falls ich selbst mit Graf Rechberg über die Sache sprechen wolle, auf den vorstehenden Inhalt seiner Unterredung mit ihm Bezug zu nehmen.

Ich habe darauf mein nächstes zufälliges, durch die holsteinische Angelegenheit veranlaßtes Zusammentreffen mit Graf Rechberg benutzt, um der Mitteilungen des Herrn von Oertzen zu erwähnen. Ich fand natürlich eine größere Zurückhaltung bei ihm, als er gegen Herrn von Oertzen beobachtet hatte. Er fragte zunächst, ob ich Instruktionen zur Herbeiführung einer Verständigung über Rastatt hätte, oder ihm angeben könne, welche Konzessionen wir in dieser Angelegenheit machen würden. Wenn er hierüber Andeutungen von mir erhielte, so wolle er gleich nach Wien schreiben, um die Anknüpfung von Unterhandlungen in Berlin zu empfehlen. Ich entgegnete, daß ich gar keine Instruktionen über diesen Punkt hätte, mit Ausnahme derjenigen, deren Inhalt aus den Protokollen ersichtlich sei. Nur mein persönliches Interesse an Herbeiführung eines besseren Verständnisses zwischen unseren Höfen und das Gefühl, daß es meine Pflicht sei, einen Anknüpfungspunkt wie denjenigen, welchen er mir durch Herrn von Oertzen habe geben lassen, nicht zu ignorieren, veranlasse mich, auf den Gegenstand einzugehen.

Ich sei nicht in der Lage, irgend etwas über die Absichten meiner Regierung äußern zu können, wohl aber erbötig, meine persönliche Bereitwilligkeit zur Herbeiführung einer versöhnlichen Annäherung zu betätigen. Ich gab ihm zu, daß das Einvernehmen beider deutschen Großmächte unter Umständen von sehr viel höherer Wichtigkeit sein könne, als die Interessen, welche sich für uns an die Besatzungsfrage von Rastatt knüpfen. Es liege indessen in der letzteren meiner Überzeugung nach ein Element, welches mir wichtiger sei, als die Anwesenheit einiger preußischer oder österreichischer Bataillone in Rastatt. Nach der Lage, in welcher sich die Angelegenheit nunmehr befinde, hielte ich es mit der Würde Preußens für unverträglich, uns einem wider unseren Willen gefaßten Majoritätsbeschluß zu fügen, und glaubte, daß diese meine Ansicht auch von der K. Regierung werde geteilt werden. Es sei wahrscheinlich nicht schwer gewesen, vor Einbringung der Sache an den Bund eine Verständigung zu erzielen, wenn man die Verhandlungen mit uns fortgesetzt hätte, anstatt, wie es durch die Depesche des Grafen Buol an den Freiherrn von Koller vom 10. Juni pr. geschah, uns mit unseren weiteren Einwendungen an den Bund zu verweisen. Nachdem aber letzteres geschehen und am Bunde sowohl, wie in der offiziösen Presse Österreichs, der Widerspruch Preußens und seine Berufung auf das Erfordernis der Vereinbarung als ein unwesentliches Hindernis behandelt worden sei, durch welches die Majorität sich in ihrem Verfahren nicht beirren oder auch nur aufhalten lassen werde, nachdem sogar dem preußischen Vorschlage die technische Begutachtung solle verweigert werden, gleich als könne man nicht schnell genug und nicht verletzend genug zu dem bevorstehenden Konflikte gelangen, so sei es ein für Preußens Ehre und Stellung im Bunde wesentliches Bedürfnis unserer Politik, in dieser Frage dem Versuche eines Majoritätsbeschlusses nicht zu weichen und unseren Widerspruch nur gegen ein öffentlich erkennbares Äquivalent aufzugeben. Inwieweit die K. Regierung ein solches in geheimen Zusagen

Österreichs über das Verhalten des Wiener Kabinetts gegen Preußen werde finden können, vermöchte ich nicht zu ermessen, und jedenfalls würde m. D. ehrenhalber eine andere, nicht geheim bleibende Konzession, etwa in betreff der Mainzer Verhältnisse, hinzuzutreten haben. Die materielle Wichtigkeit einer solchen könne um so mäßiger sein, je bedeutender der Inhalt vertraulicher Verabredungen sich gestalte. Einer bloßen mündlichen und allgemein gehaltenen Zusage würde man in Berlin einen materiellen Wert wohl nicht beilegen können, wenn dieselbe nicht von tatsächlichen Bürgschaften für eine Modifikation der Wiener Politik gegen uns begleitet würde. Ich erwähnte, daß mir Herr von Oertzen von der Aussicht auf Absendung eines höheren Militärs nach Berlin gesprochen habe, worauf Graf Rechberg äußerte, daß der rein militärische Teil etwaiger Verhandlungen zu wenig Spielraum für dieselben darbiete, und es sich deshalb vielleicht mehr empfehlen würde, einen Geschäftsmann mit der etwaigen Sendung zu betrauen. Er fragte, ob der Baron Werner wohl eine persona grata in Berlin sein würde. Ich erwiderte, daß dieser jedenfalls die Traditionen der freundschaftlichen Beziehungen aus früheren Zeiten für sich habe. Wenn man wirklich unterhandeln wolle, so komme es aber vor allen Dingen darauf an, die auf den 24. d. M. anstehende Beschlußfassung über Verweisung unseres Vorschlages an die Militärkommission auszusetzen. Denn wenn, wie es den Anschein habe, auch wiederum in dieser Frage die Majorität dem preußischen Antrage jede eingehende Prüfung von Hause aus versagen wolle, so müsse dies natürlich uns von neuem lebhaft verletzen, uns jede Illusion über die Rücksichten, welche wir von der Majorität des Bundes zu erwarten hätten, benehmen und bei uns den Entschluß befestigen, in der die Majorität leitenden Auffassung unseres Verhältnisses zum Bunde um jeden Preis eine Änderung herbeizuführen.

Ich konnte erwarten, daß Graf Rechberg, wenn es ihm mit seinen Bemühungen um eine Verständigung Ernst war, diesen Aufschub als etwas Selbstverständliches ohne weiteres zugestehen würde. Meine Meinung von seiner Aufrichtigkeit gegen uns sowohl wie gegen Herrn von Oertzen mußte daher einen erheblichen Stoß erleiden, als er hierüber Schwierigkeiten machte und sagte, er wolle in Wien darüber anfragen, wenn ich ihm Aussicht machen könne, daß und inwieweit wir in der Rastatter Sache nachgeben wollten. Ich wiederholte, daß ich in dieser Beziehung nichts zu erklären hätte, und wenn ich bei ihm nicht dieselbe Bereitwilligkeit fände, bei seiner Regierung Unterhandlungen zu beantragen, wie ich sie meinerseits zu erkennen gegeben hätte, so müßten wir der Sache ihren Lauf lassen, und ich bäte ihn, die Führung meiner Stimme in der nächsten Sitzung zu übernehmen und für Verweisung an die Militärkommission im Namen Preußens zu votieren. Wenn der Beschluß anders ausfalle, so lasse sich alsdann nach der bisherigen Haltung der Majorität annehmen, daß der definitive Ausschußvortrag in nicht zu langer Zeit werde erstattet werden. Ich wisse noch nicht, welche Form meine Regierung ihrer Stellung, gegenüber einem Versuche, sie zu majorisieren, geben werde. Mein Antrag bei E. E. werde dahin gehen, daß Preußen in solchem Falle zu Protokoll konstatiere, daß es die Bundesverträge als verletzt ansehe, und daß ich erkläre, mich der weiteren Teilnahme an den Beratungen der Bundesversammlung bis zum Eingange anderweiter Weisung von seiten der K. Regierung enthalten zu müssen. Graf Rechberg wollte nicht glauben, daß meine Regierung mich zu einem solchen Schritte autorisieren würde, und ich sagte ihm, daß ich darüber ebenfalls keine Gewißheit hätte, sondern ihm nur mitteilte, was ich bei E. E. beantragen würde, wenn Hochdieselben mich um meine Meinung fragten; die Entschließun-

gen Allerhöchsten Orts könnten vielleicht gemäßigter, vielleicht auch noch entschiedener ausfallen. Schließlich verstand sich Graf Rechberg wenigstens dazu, mit Rücksicht auf meine wahrscheinliche Abwesenheit am 24. die Sitzung auf den 26. d. M. zu verlegen. Zugleich erklärte er sich bereit, sofort nach Wien zu schreiben, um die Einleitung von Verhandlungen im Sinne seiner Unterredung mit Herrn von Oertzen und die Sendung eines Bevollmächtigten nach Berlin zu befürworten. Er könne mir aber, fügte er hinzu, keine Gewißheit darüber geben, ob man in eine weitere Vertagung der bevorstehenden Abstimmung willigen werde.

Mir macht der ganze Vorgang den Eindruck, daß er lediglich ein Manöver zur Erreichung der österreichischen Zwecke in betreff Rastatts ist und daß man unsere Nachgiebigkeit um den Preis gewisser allgemeiner und mündlicher Zusicherungen über die bundesfreundlichen Absichten Österreichs gewinnen will, wie wir dergleichen auch schon schriftlich vielfach erhalten haben, ohne eine praktische Betätigung derselben wahrnehmen zu können. Vielleicht hat Graf Rechberg ursprünglich nur den wohlmeinenden Bemühungen des Herrn von Oertzen gegenüber einen Beweis seiner versöhnlichen Gesinnung geben wollen und demnächst dessen Verlangen, mir ihre Unterredung mitteilen zu dürfen, zur Anknüpfung eines Versuchs benutzt, ob der Streit über Rastatt sich durch einige bundesfreundliche Auslassungen im österreichischen Stile zugunsten der Wiener Politik beendigen läßt. Allerdings sollte man es für möglich halten, daß das Wiener Kabinett angesichts der mannigfaltigen Verwickelungen, von denen Österreich bedroht ist, sich bewogen finden könnte, das gute Einvernehmen mit Preußen ernstlicher als bisher zu erstreben. Es würde darin eine neue Rechtfertigung des Satzes liegen, daß nur durch eine feste und energische Haltung von unserer Seite die Möglichkeit einer unserer Würde entsprechenden und somit haltbaren Allianz mit Österreich zu erzwingen ist. Es würde mich aber überraschen, wenn wir bei diesem Resultate schon jetzt angelangt wären. In der offiziösen österreichischen Presse, einem ziemlich bewährten Barometer der Wiener Politik, ist bisher eine Änderung noch nicht zu spüren; die Postzeitung schreibt feindseliger und anmaßender wie je über Preußen. Auch höre ich, daß die österreichische Diplomatie an den deutschen Höfen ihre Anstrengungen gegen uns neuerdings verdoppelt und namentlich auch die uns zunächst befreundeten Regierungen für das System der Majorisierung Preußens in der Rastatter Frage nicht ohne Erfolg zu bearbeiten fortfährt.

Da ich übermorgen früh in Berlin eintreffe,[1]) so darf ich um die Erlaubnis bitten, E. E. mündlich weiteren Vortrag über den Inhalt dieses Berichtes zu erstatten.

*376. Schreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

[Berlin, 25. (?) Juni 1858].

Koller war eben bei mir; er hat eine Depesche von Buol über meine Unterredung mit Rechberg wegen Rastatt.[1]) Es scheint, daß man uns Redensarten über bundesfreundliche Verständigung und A u s s i c h t auf Concessionen in Betreff der Mainzer Artillerie-Direction geben will. An Aufrichtigkeit im ersten Punkte können wir m. g. D. nur

375. [1]) Um am Johannitertag teilzunehmen.
376. [1]) Vgl. Nr. 375.

glauben, wenn Oestreich das Rastatter Verfahren am Bunde vollständig sistirt (einschließlich der bevorstehenden Abstimmung), bis etwa die Verhandlungen mit uns ein Ergebniß geliefert haben . . . in Eile.

377. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

28. Juni 1858.

Bald nach meiner Rückkunft suchte mich Graf Rechberg auf, um von mir zu erfahren, welchen Eindruck in Berlin die vom Freiherrn von Koller E. E. vorgelesene Depesche des Grafen Buol vom 22. d. M. gemacht habe. Ich sagte ihm, daß mir die definitiven Entschließungen E. E. über den Inhalt der von uns zu erteilenden Antwort noch nicht bekannt seien; wenn aber, wie es den Anschein gehabt habe, die Depesche vom 22. einen befriedigenden Eindruck nicht gemacht hätte, so würde ich die Ursache vorläufig in zwei Umständen suchen. Einmal habe Graf Buol erklärt, die bevorstehende Abstimmung nicht aufhalten zu wollen, dann aber sei es zur Kenntnis E. E. gelangt, daß Österreich bei den deutschen Höfen fortfahre, die lebhaftesten Anstrengungen zu machen, um die Ablehnung unseres Antrages auf Begutachtung durch die Militärkommission durchzusetzen. Wenn man in Wien aufrichtig entschlossen sei, ein rücksichtsvolleres Verfahren gegen Preußen am Bunde einzuhalten und diesen Entschluß auch schon in der Rastatter Sache zu betätigen, so müsse man in Verhandlungen mit uns mit der Absicht eintreten, die Sache am Bunde auf sich beruhen zu lassen, wenn jene Verhandlungen kein Resultat lieferten. Aus den angezogenen Tatsachen aber gehe hervor, daß Österreich, wenn das Ergebnis der Spezialverhandlungen mit Preußen seinen Wünschen nicht entsprechen sollte, das Majoritätsverfahren am Bunde fortsetzen und mit der von ihm gewonnenen Majorität in den Verhandlungen einen Druck auf unsere Entschließungen ausüben wolle. Solange aber das Wiener Kabinett an solchen Intentionen festhalte, fehle uns jede Bürgschaft dafür, daß dasselbe die Verhandlungen mit denjenigen Gesinnungen einleite, aus welchen ein befriedigender Erfolg hervorgehen könne.

Graf Rechberg äußerte in seinen Gegenreden die Hoffnung, daß S. K. H. der Prinz von Preußen den Verhandlungen eine günstige Wendung geben werde, und kann ich seinen vorherrschenden Gedanken in der Kürze darauf zurückführen, daß Österreich bereit sei, in der Zukunft am Bunde mehr wie bisher mit Preußen Hand in Hand zu gehen, wenn wir nur in der Rastatter Sache nachgeben wollten.

Nachdem ich ihm erklärt hatte, daß dazu meiner Überzeugung nach keine Aussicht sei, knüpfte er heute nach der Sitzung des Militär-Ausschusses das Gespräch, ohne mein Zutun, von neuem an. Ich sagte ihm, daß ich zu Verhandlungen in der Sache weder einen Auftrag hätte, noch den Beruf fühlte, sondern vorschlüge, abzuwarten, zu welchen Mitteilungen etwa Graf Flemming in Veranlassung der Wiener Depesche vom 22. beauftragt werden würde. Auch bei dieser Gelegenheit bin ich in meiner Überzeugung befestigt worden, daß Österreich die Sache nicht aufs äußerste zu treiben wagt, solange es überzeugt ist, daß wir fest bleiben. Meine wiederholten Versuche, mich zu entfernen, hinderte Graf Rechberg jedesmal mit Erneuerung des Gespräches, welches seinerseits in Schilderungen der Gefahren bestand, welche uns bedrohten, wenn Deutschland nicht einig wäre, und in Versicherungen, daß Österreich, mit Ausnahme von Rastatt, in der Zukunft kein Opfer scheuen werde, um die Einigkeit mit uns zu erhalten. Er blieb aber auch jetzt dabei, daß die Bürg-

schaften, welche Österreich uns für diese verheißungsvolle Zukunft geben werde, weder in schriftlichen Zusicherungen, noch in einer sofortigen Anwendung des Verständigungsprinzips auf die schwebende Rastatter Frage bestehen könnten. Erst nachdem letztere zugunsten Österreichs erledigt sein werde, könne das goldene Zeitalter beginnen, in welchem Preußen und Österreich am Bunde niemals wieder gegeneinander stimmen würden. Einen Austausch schriftlicher Versicherungen verbiete das Mißtrauen der Mittelstaaten gegen dualistische Bestrebungen. Ich fragte ihn, wo denn unter diesen Umständen eine des Nachgebens in betreff von Rastatt werte Garantie dafür gefunden werden solle, daß die Zukunftspolitik Österreichs am Bunde eine günstigere für uns sein werde, als die der Vergangenheit. An bundesfreundlichen Versicherungen habe es auch in der letzteren nicht gefehlt, und wenn es mit einer Änderung ernst gemeint sei, so müsse man den mittleren und kleinen Staaten die Tatsache einer erfolgten Verständigung zwischen Preußen und Österreich auch keineswegs vorenthalten, sie ihnen vielmehr auf das unzweideutigste kundtun. Diejenigen unter ihnen, welche ehrlich zum Bunde halten wollten, würden sich darüber freuen, und auf die übrigen sei ohnehin für niemand sicher zu rechnen.

Unsere Unterredung wurde durch das Eintreffen einer chiffrierten telegraphischen Depesche aus Wien unterbrochen, deren Inhalt, wie ihn mir Graf Rechberg demnächst mitteilte, ich E. E. bereits gemeldet habe. Ich weiß nicht, welches der darin angedeutete „letzte Versuch“ des Grafen Buol sein mag, aber ich bin gewiß, daß er, wenn er mißlingt, nicht der letzte sein wird.

M. u. E. erheischt die Rücksicht auf unser Ansehen vor der Welt, und namentlich am Bunde, daß wir uns auf keine Verständigung einlassen, wenn nicht zuvor Österreich auf jede Fortsetzung des Verfahrens am Bunde Verzicht leistet und das Ergebnis ausschließlich von den Verhandlungen mit uns abhängig macht. Führen dieselben zu einem Resultat, was immerhin nicht in zu kurzer Frist der Fall zu sein brauchte, so kann dasselbe demnächst durch einen Bundesbeschluß sanktioniert werden; liefern sie kein Ergebnis, so bleibt es einstweilen beim status quo, der vorteilhaft genug für Österreich ist und deshalb für uns nicht den Wert hat, daß wir eine solche Wendung durch irgendwelche Konzession erkaufen sollten.

Ich bin bemüht gewesen, dem Grafen Rechberg keinen Zweifel über die Entschiedenheit unserer Entschließungen zu lassen, und sagte ihm, daß ich für alle Fälle bereits mit ausreichender Instruktion versehen sei. Er meinte, daß der status quo um deshalb nicht beibehalten werden könne, weil wir seit längerer Zeit die Einzahlungen für Rastatt zurückhielten; er habe aus besonderer Schonung für uns diesen Umstand bisher nicht monieren wollen. Ich erwiderte ihm, daß durch ein Vorgehen mit unberechtigten Majoritätsbeschlüssen die Sachlage nur verschlimmert werden könne. Denn wenn man die Bundesfestung Rastatt in eine verfassungswidrige Lage bringe, so würden natürlich dadurch unsere Beiträge nicht flüssig werden, vielmehr würde m. D. uns dadurch ein Recht erwachsen, auch diejenigen Summen, welche wir bisher für Rastatt und dessen Erbauung gezahlt hätten, an unseren sonstigen Matrikularbeiträgen zu kürzen. Graf Rechberg machte im Verlauf des Gesprächs auch den Vorschlag, daß wir uns mit Beibehaltung des status quo einverstanden erklären möchten, dann glaube er, daß man die Sache einstweilen in der jetzigen Lage beruhen lassen könne. Ich lehnte es ab, einen solchen Ausweg bei E. E. zu befürworten; wenn die Verhandlungen am Bunde in der jetzigen Lage einstweilen auf sich beruhen blieben, so bliebe schon dadurch der status quo tatsächlich bestehen. Zu einer rechtlichen Sanktion

desselben könne ich aber meiner Regierung nicht zureden, weil eine solche ziemlich gleichbedeutend mit der Annahme des österreichisch-badischen Antrages sei. Auch dieser Inzidenzpunkt liefert einerseits den Beweis, daß Österreich dem Konflikt gern ausweicht, andererseits beweist er, wie hohen Wert Österreich auf die faktische Fortdauer des Besitzes von Rastatt legt.

Graf Rechberg suchte mir die Einwilligung des Grafen Buol, die Abstimmung am Donnerstag noch nicht vorzunehmen, als einen glänzenden und gar nicht zu erwartenden Beweis der bundesfreundlichen Nachgiebigkeit des Wiener Kabinetts darzustellen. Ich gab ihm darauf zu erwägen, daß es sich um die Abstimmung über einen von uns gestellten Antrag handle, und ich noch nicht wisse, ob meine Regierung mit einem ferneren Aufschub derselben einverstanden sei, falls sich nicht in Berlin inzwischen günstigere Aussichten auf eine Verständigung mit uns, als die bisherigen, durch den Freiherrn von Koller zu erkennen gegeben hätten.

378. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

29. Juni 1858.

Meinem gestrigen Bericht über Rastatt erlaube ich mir ehrerbietigst noch einige Worte hinzuzufügen. Graf Rechberg räumte in unserem Gespräche ein, daß das Wiener Kabinett in jüngster Zeit wiederum Zirkulardepeschen an die deutschen Regierungen gerichtet habe, um dieselben zu bestimmen, daß sie ihre Gesandten gegen die Verweisung an die Militärkommission instruieren. Besonders auffällig ist die Wirkung der österreichischen Bemühungen im Haag und in Hannover gewesen. Von beiden Orten ist neuerdings an meine betreffenden Kollegen die Weisung ergangen, in jener Vorfrage gegen Preußen zu stimmen. Die Motive dieser Entschließungen liegen in beiden Fällen offenbar außerhalb des Kreises der bundestäglichen Verhandlungen. Denn was Hannover anbelangt, so hat dessen Gesandter im Militärausschusse mit mir in der Minorität gestimmt und in der Diskussion unsere Auffassung verfochten. Ich weiß auch, daß nicht nur er in diesem Sinne berichtet, sondern auch Graf Platen dementsprechende Anträge dem Könige von Hannover vorgelegt hat. Das Nichteinverständnis des Grafen Platen dokumentiert sich auch in der Fassung der Instruktion an Herrn von Heimbruch, welche ausnahmsweise dahin lautet, daß dem Ministerium durch besondere Königliche Kabinetts-Ordre der Befehl zugegangen sei, den Gesandten zu dem Votum gegen uns anzuweisen; und in vertraulichen Mitteilungen wird dem Herrn von Heimbruch der Sachverhalt noch näher als Erläuterung für die unwillkommene Tatsache angegeben, daß man ihn nötigt, mit seiner Haltung als Ausschußmitglied in Widerspruch zu treten. Charakteristisch für die Aufrichtigkeit des Grafen Rechberg ist dabei noch folgender Umstand. Nach der in meinem gestrigen Berichte erwähnten Unterredung mit mir, in welcher er die versöhnlichsten Gesinnungen an den Tag legte, sich bereit erklärte, dem Einverständnis mit Preußen seinen ganzen Einfluß zu widmen, und nur bedauerte, daß diese seine persönlichen Gefühle in Wien nicht überall geteilt würden, hat er den Herrn von Heimbruch über den Inhalt seiner Instruktionen befragt und seine lebhafte Freude über dieselben ausgesprochen. Da Herr von Heimbruch Bedenken ausgesprochen hat, ob es ein für den Bund sehr erfreuliches Ereignis sein werde, wenn Preußen aus Mangel an Rücksicht beleidigt werde, hat

ihm Graf Rechberg, der ihn seit dem Erfolge der österreichischen Operationen gegen Herrn von Heimbruch als eine Art von österreichischer Novice betrachtet, dessen Erziehung gemacht werden müsse, mit Heftigkeit und in starken Ausdrücken seine schwächlichen Sympathien für Preußen verwiesen und unter anderem gesagt, daß der Bund gar keine Anträge mehr würde ablehnen können, wenn er sich an jeden kehren wolle, der sich dadurch beleidigt fühle. Da ich diese Mitteilung von Herrn von Heimbruch selbst habe und nicht wohl von einem andern haben kann, so bitte ich g. g., keinen weiteren Gebrauch von derselben machen zu wollen, indem mein Gewährsmann sonst wieder neuen österreichischen Verfolgungen in Hannover ausgesetzt werden würde. Es scheint fast, als hinge es nur noch von Österreich ab, ob Herr von Heimbruch auf die Dauer auf seinem Posten bleibt oder nicht.

Was die luxemburgische Stimme anbelangt, so haben Herr von Scherff sowohl wie der General van Panhuys alle ihre Berichte und Anträge stets in unserem Sinne abgefaßt und niemals andere als eingehende Instruktionen darauf erwartet. Zu ihrem Befremden sind beiden nunmehr, trotz ihrer wiederholten Remonstrationen, entgegengesetzte Weisungen zugegangen, und soll Herr von Scherff sogar in betreff der Verweisung an die Militärkommission gegen uns stimmen. E. E. habe ich schon mündlich vorzutragen die Ehre gehabt, wie betreten Herr von Scherff über diese damals noch nicht definitiv feststehende Sachlage ist, und welchen Ursachen er sie zuschreibt. Es scheint, daß Österreich einen besonderen Wert darauf gelegt hat, den Beweis zu liefern, daß selbst diese für Preußen sonst so sichere Stimme sich entweder dem Einflusse oder dem Gewicht der Rechtsgründe Österreichs nicht entziehen kann.

Unzweifelhaft sind wir am Bunde lediglich auf das Gewicht unserer eigenen Macht und auf die Kraft verwiesen, welche uns die Festigkeit unserer eigenen Entschlüsse verleiht. Diese Mittel dürften aber ausreichen, um nicht nur unsere bisherige Haltung durchzuführen, sondern auch demnächst dem österreichischen Einflusse Schranken zu setzen.

Es ist für den preußischen Gesandten am Bunde nicht leicht, dem österreichischen und den anderweiten antipreußischen Einflüssen gegenüber, den persönlichen Beistand auch nur einiger seiner Kollegen zu gewinnen. Die beiden obigen Beispiele beweisen aber, wie wenig selbst unter den günstigsten Umständen durch derartige Erfolge der Herrschaft gegenüber erreicht wird, welche Österreich auf die Höfe ausübt, von denen die Instruktionen ausgehen.

379. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

30. Juni 1858.

E. E. h. Erlaß vom 27. d. M. mit der Depesche des Grafen Buol vom 24., sowie denjenigen von demselben Tage mit dem gesandtschaftlichen Berichte vom 17. c. aus Kopenhagen habe ich erhalten.

Die Äußerungen des Wiener Kabinetts enthalten zwar keinen Widerspruch mehr gegen die diesseitige Auffassung, aber auch nicht die bestimmte Zusage, zur Durchführung derselben mitzuwirken. Graf Buol stellt die schließliche Entscheidung über die Beteiligung Österreichs an der Exekution und an der sie begleitenden Kommission, oder die eventuelle Wahl nur eines Kommissars, den Verhandlungen der Ausschüsse und den Beschlüssen der

Bundesversammlung anheim. Wir haben keine Garantie, daß Österreich nicht an Herbeiführung eines Majoritätsbeschlusses arbeiten wird, vermittels dessen uns eine vorzugsweise Beteiligung an den Exekutionsmaßregeln und damit die Verantwortlichkeit für deren Ergebnis übertragen würde. Es wäre gewiß sehr unwillkommen für Preußen, ein derartiges Ehrenamt einem formellen Bundesbeschlusse gegenüber ablehnen zu müssen, und doch wiederum bedenklich, sich ihm zu unterziehen. Ich sehe indessen nicht ein, welche Vorbeugungsmittel wir noch ergreifen könnten, nachdem wir die gewichtigen Gründe, welche für die gleichmäßige Beteiligung Österreichs sprechen, durch E. E. Zirkular zur Kenntnis aller Regierungen gebracht haben.

In der Beantwortung der österreichischen Depesche vom 24. d. möchte ich u. anheimstellen, jenem Aktenstücke nach Möglichkeit die Auslegung zu geben, als ob wir aus demselben das volle Einverständnis des Wiener Kabinetts entnehmen und in demselben die Zusage fänden, mit uns gemeinschaftlich bei den Verhandlungen am Bunde im Sinne des Erlasses E. E. vom 21. d. an den Grafen Flemming zu wirken. Ich werde dann nach Kräften dahin streben, daß das Ausschußgutachten und der Beschluß dementsprechend ausfalle.

Was die Berichte des Grafen Oriolla vom 17. d. anbelangt, so erlaube ich mir über deren Inhalt nachstehende g. Bemerkungen.

Die sechswöchentliche Frist für Dänemark läuft am 15. Juli erst ab, weil die Unterschrift des Protokolls vom 20. Mai, und infolgedessen die Insinuation an Herrn von Bülow durch eine Abwesenheit des Gr. badischen und des F. schaumburg-lippeschen Gesandten bis in die ersten Tage dieses Monats verspätet worden ist.

Ich kann kaum glauben, daß Dänemark alsdann gar keine oder eine auf den ersten Blick offenbar unzureichende Erklärung abgeben sollte. Nach der ganzen Haltung der dänischen Politik ist ein derartiges abkürzendes Verfahren von ihr nicht zu erwarten. Es läßt sich vielmehr annehmen, daß sie ein ziemlich umfangreiches, vielleicht sogar mit einigen Konzessionen ausgestattetes Elaborat liefern werde, auf Grund dessen jedenfalls der Ausschuß prüfen muß, ob es eine Erfüllung der Bundesbeschlüsse gewährt, und welches in einer unklaren und geschrobenen Fassung neue Vorwände gewähren kann, um die Nachgiebigkeit Dänemarks bei den außerdeutschen Kabinetten zu rühmen. Eine solche Eventualität wird um so wahrscheinlicher, wenn es richtig ist, daß das Kopenhagener Kabinett vor kurzem, wie man sagt von Paris aus, zur Annahme einer weniger spröden Haltung ermahnt worden ist. Wenn aber auch Dänemark auf ein derartiges Zwischenspiel verzichten sollte, so werden immerhin für die vorbereitenden Stadien der Exekution mindestens drei Monate erforderlich sein, wenn in jeder Woche eine Sitzung stattfindet, und noch mehr, falls in irgendeiner Phase mit Erfolg auf Instruktionseinholung angetragen werden sollte. Der Marsch der Exekutionstruppen, die Installierung derselben in den Herzogtümern werden eine weitere Zeit in Anspruch nehmen. Als nächstes Ziel der Exekution dürfte die Außerkraftsetzung der angefochtenen Verfassungsgesetze feststehen, und erst dann, nach provisorischer Herstellung des status quo ante, der Moment der Verhandlungen über die Neugestaltung eintreten. Derselbe wird sich vielleicht, wenn, wie es in der Natur der Dinge liegt, die dänische Regierung die Initiative zur Herstellung neuer Verfassungsnormen in ihren Ländern ergreifen soll, noch auf unbestimmte Zeit weiter verschieben.

Es ist gewiß wünschenswert, sich schon jetzt ein Bild von dem zu erstrebenden Ziele zu machen; aber die Ereignisse können, bevor dasselbe ins Leben geführt werden kann, sich noch so mannigfach ändern, daß die Ansichten über das Maß des alsdann Erreichbaren

sich jetzt m. g. D. noch nicht festlegen lassen. Es ist in einer so schwierigen Sache immerhin schon ein befriedigender Gedanke, für die nächsten Monate, d. h. bis zur tatsächlichen Außerkraftsetzung der angefochtenen Bestimmungen auf dem Wege der Exekution, außer Zweifel darüber zu sein, was zu geschehen habe.

Wenn sich die Gestaltung, welche Graf Oriolla in seinem Bericht andeutet, ins Leben rufen läßt, so würde ich das allerdings als ein sehr erwünschtes und alle berechtigten Ansprüche zufriedenstellendes Ergebnis ansehen. Meines u. Erachtens wäre nach möglichster Einschränkung der gemeinsamen Angelegenheiten und Aufstellung eines festen, ohne landständische Bewilligung nicht zu überschreitenden Budgets für dieselben die zweite Alternative des Berichts vom 17., nämlich die Übertragung der gemeinschaftlichen Angelegenheiten auf die Königliche Autorität, die vorzüglichere. Eine gemeinschaftliche Vertretung mit gleicher Kopfzahl für Dänemark und für die Herzogtümer würde das dänische Selbstgefühl bei der Ungleichheit der Volkszahl äußerlich viel stärker verletzen und im Grunde den Herzogtümern doch keine Garantien gewähren, da unter ihren Vertretern, insbesondere unter denen des nördlichen Schleswig, sich jederzeit solche finden würden, welche mit den Dänen oder mit einem antideutschen Kabinette stimmten. Die Abneigungen des dänischen Liberalismus gegen eine Verstärkung der Königlichen Autorität würden gegen eine Gleichstellung der Herzogtümer in der Zahl ihrer Vertreter wahrscheinlich mit noch mehr Entschiedenheit gerichtet sein, da bei den Dänen das Nationalgefühl wohl noch stärker ist, als der Liberalismus; der letztere aber, soweit er nicht auch auf einem nationaldänischen Sonderlandtage ein ausreichendes Feld seiner Bestrebungen und Garantien gegen Bedrückungen von oben findet, darf m. E. überhaupt eine Berücksichtigung in den Berechnungen für die Zukunft nicht finden, wenn man auch nur vorübergehend zu haltbaren Zuständen gelangen will.

Indem ich im übrigen die von Graf Oriolla entwickelten Ansichten, auch in betreff des pis-aller eines holsteinschen Sonderstaates, vollständig teile, erlaube ich mir nur noch bezüglich der am Schluß berührten Besorgnis vor einem französischen Kriege einige Worte.

Meines g. Dafürhaltens ist in keiner Weise zu besorgen, daß Frankreich in *dieser* Frage einen Bruch mit Deutschland suchen werde. Es mag immerhin möglich sein, daß es, *insoweit auch England dazu die Hand bietet*, mit diesem gemeinschaftlich in einem späteren Stadium eine demonstrative Haltung zugunsten Dänemarks einnimmt. Wenn aber Frankreich einen kontinentalen Krieg sucht, in welchem es England nicht auf seiner Seite haben würde, so vermag ich dem Kaiser Napoleon einen so unweisen Entschluß nicht zuzutrauen, daß er gerade die holsteinische Sache zum Angriffspunkte wählen würde. Wenn irgendeine, so würde gerade diese im gegenwärtigen Augenblicke das gesamte deutsche Nationalgefühl ins Gefecht ziehen und die deutschen Regierungen zur Einigkeit gegen Frankreich auch wider Willen mit fortreißen. Es ist aus diesem Grunde schon nicht recht wahrscheinlich, daß der Kaiser Napoleon, wenn er glaubte, einen Krieg beginnen zu müssen, unmittelbares deutsches Gebiet zum Ziel seines Angriffes wählen würde. Wer aber die Ansicht verbreitet, daß derselbe zum Anlaß eines solchen Angriffes gerade eine Frage wählen werde, welche zum Symbol deutscher Nationalehre seit Jahren hinaufgeschraubt worden ist und deren eifrige Vertretung jedermann als das geeignetste Mittel betrachtet, um seine deutschen Gesinnungen zu bewähren und die Gunst der öffentlichen Meinung zu gewinnen, der hat m. E. besondere Gründe, Befürchtungen der Art zu erregen, oder den gesunden Menschenverstand des Kaisers Napoleon zu verleumden.

380. Bericht vom 2. Juli 1858 an Minister v. Manteuffel betr. die Bemerkungen zu dem hannoverschen Promemoria über die holsteinsche Frage. Bedenken gegen die Teilnahme Hannovers an dem zu bestellenden Zivilkommissariat in den Herzogtümern. — Vgl. Poschinger III Nr. 166.

381. Privatschreiben an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

2. Juli 1858.[1])

Verehrtester Freund. Die Expedition durch den Feldjäger habe ich richtig erhalten, Ich wollte, daß diese Einrichtung ewig bliebe, während Kelchner in ihr eine unbehagliche Neuerung sieht.

Meine etwas flüchtige Kritik über das Holsteinische Promemoria erfolgt heute schon,[2]) da ich glaube, daß Ihnen an Beschleunigung der Antwort liegt. Der Prinz erhielt durch einen Feldjäger einen Brief des Königs von Hanover und schien in keiner ganz günstigen Stimmung über seinen Vetter Georg. Der Überbringer wollte mit nach Baden, um gleich Antwort zu haben, der Prinz schickte ihn aber mit dem Bemerken zurück, daß er auf andrem Wege antworten werde. Die Rastatter Sache präoccupirte ihn vorzugsweise; er fand des Grafen Buol „letzten Versuch“[3]) wahrhaft unverschämt. Es wäre in der That auch zu arg, wenn wir uns und den ganzen Bund auf jede Chance hin an die leichtsinnige, übermüthige und verlogne Politik ketten wollten, nach der Buol das gebrechliche Staatsschiff von Oe[streich] steuert. Was Holstein betrifft, so war der Prinz in Sorge, den Einwohnern durch zu viele Executionstruppen zur Last zu fallen, sonst aber stramm und entrüstet bei meinem Wunsche nach Ferien. Die Post schließt. Der Ihrige.

382. Immediatbericht vom 2. Juli 1858, betr. die Haltung Österreichs in der kurhessischen Verfassungsangelegenheit. — Vgl. Poschinger III Nr. 167.

383. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

5. Juli 1858.

E. E. beehre ich mich in betreff der Rastatter Angelegenheit nachstehendes g. g. vorzutragen. In bezug auf das Schlußergebnis kommt m. u. D. alles darauf an, daß unseren Gegnern aller Zweifel an dem Festhalten der von uns eingenommenen Stellung genommen wird, indem sie noch immer die Hoffnung auf unsere schließliche Nachgiebigkeit nicht aufzugeben scheinen. Es ist nicht anzunehmen, daß Österreich die Sache schon vor der Abstimmung über unseren Antrag wegen Verweisung des diesseitigen Vermittelungsvorschlages an die Militärkommission wird fallen lassen, da ihm, wenn es überhaupt verhandeln will, noch nachher Zeit genug dazu bleiben würde. Denn die Beratung der Sache im Ausschusse, die Erstattung des Majoritäts- und Minoritätsberichts und die Frist

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch VI S. 65.
[2]) Vgl. die vorige Nummer.
[3]) Vgl. S. 343 und Nr. 384.

zur Instruktionseinholung wird immer einige Monate erfordern, und jedenfalls hat es Österreich in der Hand, wenn es will, durch den Referenten, den K. bayerischen Gesandten, die Berichterstattung hinauszuschieben. Ich glaube daher nicht, daß Österreich die Abstimmung über jenen Antrag länger zurückhalten wird, und es bestärkt mich in dieser Ansicht die Haltung der österreichischen Presse.

Mein g. g. Vorschlag würde unter diesen Umständen dahin gehen, daß wir, um die Entschiedenheit unserer Entschließungen zu dokumentieren, unsererseits die fragliche Abstimmung in Erinnerung bringen. Wir haben hiezu um so mehr den Beruf, als es sich um einen von uns gestellten Antrag handelt, und eine stillschweigende Verzichtleistung auf die Abstimmung einer Zurücknahme gleichstehen möchte.

E. E. beehre ich mich ehrerbietigst anheimzustellen, mich, im Falle Hochdero Einverständnisses mit meiner Ansicht, hochgen. autorisieren zu wollen, bei Graf Rechberg die Abstimmung über unseren Antrag in Erinnerung zu bringen.

384. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

5. Juli 1858.[1])

E. E. geehrte Schreiben vom 30. und 2.[2]) habe ich mit verbindlichstem Danke erhalten, und erlaube ich mir Nachstehendes g. g. zu erwidern.

Daß Östreich uns die fragliche Zumuthung[3]) früher oder später machen würde, war zu erwarten; die gegenwärtige Wiener Politik hat garkeinen Boden unter den Füßen, wenn sie nicht auf unsern Beistand voll und sicher rechnen kann. Ich habe mich gewundert, daß nicht schon eher Versuche der Art gemacht worden sind, und es mir dadurch erklärt, daß Gr. Buol entweder wirklich annimmt, Preußen könne vorkommenden Falles doch keine andre Wahl treffen, oder daß der östreichische Stolz[4]) vielleicht nur von einem Frankfurter Beobachter in seiner ganzen Albernheit gewürdigt und als wichtiger Factor der Wiener Politik erkannt werden kann, bisher das Wort, daß man unser bedarf, nicht über die Lippen zu bringen vermochte. Wäre der Vorschlag ganz aus heiler Haut, so sah er zu klar wie ein Hülferuf aus. Man brauchte einen Anknüpfungspunkt; die Rastatter Sache war kein ganz geeigneter, aber ein besserer stand nicht in naher Aussicht, und bei einer dreisten Stirn kann man auch bei diesem den Schein behaupten, als handle es sich mehr um die Interessen des Bundes und um Preußens Stellung in demselben, als um die Deckung Östreichs. Das Wort der Einleitung zu finden war schwierig; sie ist plump genug, aber an jüdischer Unverschämtheit hat Östreich wohl schon Stärkeres geleistet. Der Vorschlag dient ihm zugleich als ballon d'essai, um zu probiren, wie wohlfeil wir uns wohl geben werden, und wie ernst etwa unsre Entschließungen in der Rastatter Sache sind.

Unsre Ablehnung wird wohl dahin führen, daß zunächst England, vielleicht auch einige deutsche Mittelstaaten, in mehr oder weniger umwundenen[5]) Anspiegelungen ihre Überein-

---

[1]) Bei Poschinger mit zahlreichen Abschwächungen. Im Bismarckjahrbuch II 141 ff. nach dem Konzept.

[2]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III S. 176 ff.

[3]) Preußen sollte seine Zustimmung zu einem gegenseitigen Territorial-Garantievertrage zwischen Preußen, Österreich und dem Deutschen Bunde geben.

[4]) Poschinger hat statt Stolz „morgue“.

[5]) So die Vorlage. Kohl liest nach dem Konzept: unumwundenen.

stimmung mit den Wünschen Östreichs zu erkennen geben, daß letztres uns durch dritte Hand oder direct sondirt, um zu erfahren, wie wir gewonnen werden können. Unter Beistand der den östreichischen Interessen verbundenen und zu unserem Königshause in nahen Beziehungen stehenden Souveräne von Belgien, England, Sachsen, Baiern und durch die persönliche Einwirkung höchstderselben, hofft man dann wohl uns allmählich und ohne große Kosten und Anstrengungen in die östreichischen Umgarnungen hineinzumanövriren. Ich will garnicht behaupten, daß ein solcher Plan in Wien und anderswo schon in allen Details vorbereitet und festgestellt sei, sondern basire meine Vermuthung über den Verlauf der Sache nur auf die dermalige Lage der Dinge und auf den jüdischen Character der Wiener Politik. Die ersten Scenen der Exposition spielen vielleicht schon in diesem Augenblick Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen gegenüber in Baden, wo auch der König von Würtemberg eingetroffen ist. So lange Östreich uns nicht sicher hat, wird es fortfahren, in den europäischen Fragen groß in Worten und vorsichtig in Thaten aufzutreten; wenn es aber unsre Macht für seine Zwecke mit in die Wagschale legen kann, so wird es nicht mehr bloß in Worten anmaßend sein, sondern uns in schwere Händel verwickeln und weder die Kraft noch den guten Willen haben, uns das zu halten, was es etwa als Kaufpreis unsres Beistandes versprochen hätte.

Schwerlich ist der Buolsche Brief Östreichs letztes Wort über die Sache. Es hat uns wohl nicht für so „schwach oder dumm", nach E. E. Worten, gehalten, daß es sofortigen Zuschlag von uns erwartet hat. Aber es probirt, wie weit unser Muth und unsre Weisheit reichen, und ob wir nicht durch Überrumpelung, Zureden Dritter und Bangemachen wohlfeil für östreichische Zwecke zu haben sind.

Daß die übrigen Bundesstaaten unserm Beispiele folgen würden, wenn wir auf den Antrag Östreichs eingingen, daran zweifle ich keinen Augenblick. Was sollten sie [in] Friedenszeiten Andres thun oder wünschen? So bald der Krieg käme und die deutsche Partei die schwächere zu sein schiene, könnten sie ja aus einem solchen Bündnisse immer ebenso leicht abfallen, wie von dem Deutschen Bunde; ihre Rechtfertigung für beides liegt in ihrer Schwäche, ihrer geographischen Exposition und in den „Pflichten gegen ihre Unterthanen"; wie der König von Würtemberg mir in der orientalischen Krise sagte: Das Hemd (Würtemberg) ist mir schließlich näher als der Rock (Bund). Daß diese Herrn aber im Frieden wagen sollten, sich von einer solchen durch Preußen und Östreich proponirten Garantie auszuschließen, ist nicht anzunehmen. Dazu ist es doch zu unsicher, ob der Kaiser Napoleon und seine Dynastie leben und bleiben, und ob der Krieg nicht Frankreich als Republik oder sonst in unsociabler Gestalt auf den Kampfplatz führt. Der „Bund im Frieden", das ist der Mittelstaaten eigentliches Element, wo sie wie die Fische im Wasser sich fühlen; sie haben darin eine Behaglichkeit und Wichtigkeit, die ihnen niemals werden kann, wenn sie nackend, ohne den Bund, in der freien Luft der europäischen Politik ständen. Der Bund sowohl als der Frieden würden sich durch den Garantie-Vertrag auf Kosten Preußens consolidiren; der letztre vielleicht nur scheinbar, weil die östreichische Politik anmaßender und herausfordernder gegen das Ausland werden würde. Der Bund aber würde alsdann dem Ideal der östreichischen Partei in der Bundesversammlung ziemlich nahe kommen. Der Dualismus wäre verschwunden, Preußens auswärtige Politik mediatisirt, von der Wiener abhängig und diese durch die Majoritätsbeschlüsse einigermaßen bedingt. Preußen hätte an europäischer Bedeutung nicht um eines Haares Breite vor Baiern voraus; im Gegentheil, Baiern hätte noch die Vor-

aussetzung für sich, daß es schlimmsten Falls durch den Übergang in Feindes Lager seinen eignen Interessen Rechnung tragen werde; von uns würde man das nicht glauben, und wir würden vom Feinde dann auch nicht so ohne Weitres zu Gnaden aufgenommen werden. Wir hätten nur noch die Natur einer Reserve, bestimmt, die Thorheiten und Überhebungen der östreichischen Politik gut zu machen oder zu bezahlen. Wenn Preußen sich zu einer solchen Abdication seiner Selbständigkeit herbeiließe, so glaube ich, daß die übrigen Staaten nicht einen Augenblick zweifelhaft sein können über die Wahl, die sie zu treffen haben. Treten sie bei, so fahren sie fort, mit Östreich zusammen uns zu majorisiren, und wir können uns dem, ohne wortbrüchig zu werden, nicht mehr entziehn, auch gar nicht mehr damit drohn, daß wir uns entziehn würden; treten sie aber nicht bei, so fordern sie die Rache des durch Preußen und die andern Beitretenden verstärkten Östreichs offen heraus und sind schon im Frieden genöthigt, ihre letzte Karte, die Anlehnung an Frankreich, auszuspielen, die ihnen dann in Paris kaum noch gedankt werden würde, weil sie keine Wahl mehr haben. Ihre Freiheit der Bewegung wird durch Übernahme der Garantie thatsächlich nicht vermindert. Sie haben dieselbe überhaupt nur im Frieden. Würden jetzt, ohne Garantie, die außerdeutschen Besitzungen Östreichs angegriffen, so würde keiner der mittlern und kleinen Staaten seine Stellung zur Sache frei nach eignem Ermessen nehmen können, sondern, je nachdem die Streitkräfte Preußens, Östreichs oder Frankreichs sich zu ihren Ländern in dominirender Stellung befänden, würden sie sich der Politik dieser Staaten anschließen müssen. Diese Sachlage würde durch einen Garantie-Beschluß des Bundes nicht geändert; nur wäre es eine Verlegenheit weniger für die Kleinstaaten, zu wissen, daß Preußen keine freie und selbständige Entschließung mehr fassen darf, und die Berechnung, wie sie sich nach allen Seiten hin zu salviren haben, dadurch vereinfacht wird.

Daß Östreich eine Verhandlung am Bunde von so herausfordernder Natur für Frankreich und Rußland gegenwärtig anzuregen bereit ist, zeigt übrigens doch, daß ihm das Feuer etwas auf den Nägeln brennt. Ich zweifle nicht, daß unsre Ablehnung, trotz der zugesagten Discretion, bei England und in Deutschland benutzt werden wird, um uns zu verdächtigen und um Mithelfer zur Bearbeitung unsrer fernern Entschließungen zu gewinnen. Aber das läßt sich nicht ändern; wo Holz gehauen wird, da fallen Späne, und die Annahme des Vorschlags ist doch so unmöglich, daß man mit dem angestrengtesten Nachdenken schwerlich etwas ausfinden könnte, was im gegenwärtigen Moment unmöglicher für Preußens Politik, nach innen und außen, wäre. Die eigentliche Unverschämtheit bei dem Vorschlage liegt darin, daß man uns anbietet, „einen Verzicht auf die Entscheidung der Rastatter Sache in Carlsruh zu bevorworten", und in diesem „Vorwort bei Baden" ein Äquivalent dafür zu finden, daß wir unsrer Selbständigkeit entsagen und das Gesammt-Capital der Preußischen Macht und Existenz für die ehrgeizigen und leichtsinnigen politischen Speculationen Oestreichs zur Disposition stellen sollen, nachdem dieses uns seit 8 Jahren schlecht behandelt und noch vor kurzem gezeigt hat, wie es einen solchen Garantie-Vertrag zu mißbrauchen versteht und wie es uns dafür zu danken gesonnen ist. Die Rastatter Sache liegt jetzt augenscheinlich ähnlich, wie vor einigen Monaten die Verhandlungen über unsern Antrag wegen der Protokoll-Freiheit.[6]) Graf Rechberg hätte damals dringend gewünscht, der Abstimmung überhoben zu sein, in dem Gefühle, daß der Sieg der Majorität eine Niederlage für den Bund war. So auch jetzt,

[6]) Vgl. Nr. 324.

nachdem man zu fürchten anfängt, daß wir doch fest bleiben könnten, fürchtet man die Entscheidung, und es wird schließlich von uns abhängen, ob wir sie urgiren wollen. Östreich bedarf des Waffenstillstandes[3]), nicht wir; die Belassung in statu quo ist Östreich günstig, und gibt ihm thatsächlich alles, was es will; dennoch giebt sich Gr. Buol das Ansehn, eine herablassende Concession zu machen, wenn er die Sistirung der Verhandlungen in Frankfurt bei Baden bevorworten würde!

Je ruhiger und höflicher E. E. Zurückweisung dieser dreisten Zumuthungen gehalten ist, um so fester können wir in der Sache sein. Meines Dafürhaltens kommt alles für den Augenblick darauf an, den Glauben zu erhalten, daß unsre Entschließungen wegen der Rastatter Sache unwiderruflich feststehn und wir dem Conflict nicht ausweichen. In diesem Sinne möchte es sich vielleicht empfehlen, daß wir demnächst die Abstimmung über den von uns gestellten Antrag auf Verweisung an die Militärcommission in Erinnerung bringen. Ich erlaube mir amtlich darüber zu berichten.

Im Widerspruch mit E. E. Ansicht halte ich das Schreiben an Flemming[4]) für ein durchaus „gelungnes Werk", maßvoll und fest. Nur den Satz: „Das, was Gr. Buol vorschlägt, kann vielleicht einmal ꝛc." hätte ich gern nachträglich unterschlagen, wenn es ginge. Man wird darin eine Stelle finden, die sich weich anfühlt, ein Anerkenntniß, daß der Vorschlag nur intempestiv, nicht an sich schamlos ist, und der Wiener Handelsmann wird seine Stimmung daran aufrichten. Verzeihn Sie diese kritische Schlußbemerkung, auch bei voller Freigebung der Kritik die einzige, welche ich zu machen haben würde. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

385. Privatschreiben an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

5. Juli 1858[1])

Verehrtester Freund. Vielen Dank für Ihre Zeilen von vorgestern[2]). Meine Antwort an Manteuffel erfolgt hierbei s. volanti[3]). Ich hätte die Erwiderung nach Wien doch etwas verwunderter gewünscht, sonst finde ich sie vortrefflich. Daß aber der Ausdruck des Erstaunens ganz darin fehlt, wird, wie ich glaube, selbst Buol angenehm überraschen. Wenn sich jemand lange besönne auf den dümmsten Streich, den Preußen in diesem Augenblick etwa machen könnte, so müßte er, wenn er ein klarer Kopf, auf einen solchen Garantievertrag kommen. Dieser dreiste Anlauf ist wohl abgeschlagen, aber ich fürchte die Familiendiplomatie, Baden, König Leopold, und Haus Coburg und Königin Victoria. Man fängt uns schließlich doch, und gratis!

Morgen gehe ich auf 24 Stunden nach Baden.

Die Bamberger werden recht ihre Freude an solchem Vertrage haben; sie treiben dann wieder europäische Bundespolitik im großen Style, bestimmen dieselbe durch Bundesbeschlüsse unter Oestreichs Anleitung, reden dabei aber doch auch ihr Wörtchen mit. Schon das Bewußtsein, dieß zu können, ist schmeichelhaft. Der Ihrige.

---

[3]) Poschinger fügt hier ein: am Bunde.
[4]) Manteuffel an Flemming 30. Juni 1858. Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III 179 ff.
385. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch VI S. 67.
[2]) Abgedruckt a. a. O. S. 66.
[3]) Vgl. Nr. 384.

*386. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

8. Juli 1858.

E. E. erlaube ich mir einige Worte über einen zweitägigen Aufenthalt in Baden[1]) zu berichten.

S. K. Hoheit war in der Rastatter Sache in derselben Weise zu fester Durchführung entschlossen, wie bei der Abreise von Berlin. Mit dem Großherzoge hatte der Prinz garnicht über dieses Thema gesprochen, dagegen haben Küpfer und Schleinitz sich der Aufgabe unterzogen, zwischen beiden hohen Herrn zu vermitteln und bei dem Prinzen die Ansichten des Großherzogs zu vertreten. Herr von Schleinitz war bemüht, dem Prinzen auf Grund einiger Artikel der Wiener Blätter und der Cölner Zeitung die Fehlerhaftigkeit unsrer Politik nachzuweisen. Ich konnte mich und, wie ich glaube, auch S. K. Hoheit überzeugen, daß H[err] v. Schl[einitz] von der gesammten Sachlage nichts weiter kannte, als eben den Inhalt dieser Zeitungsartikel, die er als Stimme der öffentlichen Meinung geltend machte; dabei sagte er mir gegenüber unverhohlen, daß uns nichts übrig bleibe, als unsre Stellung fest durchzuführen, während er doch darauf hinarbeitete, die dem entsprechenden Entschließungen des Prinzen zu erschüttern; glücklicherweise ohne Erfolg. Der Prinz wünscht die Publication unsrer Antworts-Depesche, die wir, ich glaube am 6. April, auf die von Wien publicirte östreichische vom 7. März erlassen haben. Ich habe schon durch Zietelmann den Abdruck in Berlin beantragen lassen. Grade das östreichische Actenstück benutzte Schleinitz zu seiner Argumentation gegen den Prinzen. Küpfer hat die Stellung eines politischen Orakels an unserm Hofe in Baden angenommen, wiegt sich mit Wohlbehagen in der neuen Rolle eines Höflings und Lieblings der Damen; er hatte stets die Schwäche auf letztrem Felde glänzen und geglänzt haben zu wollen. Schleinitz wohnt in dem Hause der höchsten Herrschaften; er theilt diesen Vorzug nur mit Gr[af] Boos, während das übrige Gefolge im Gasthof logirt. Edwin[2]) und Illaire sind bisher, außer den Vorträgen, selten bei Ihren K[öniglichen] H[oheiten], nur einmal waren sie zur Tafel befohlen gewesen, der aber die Frau Prinzessin wegen Unwohlsein nicht beiwohnen konnte. Die Badischen Herrschaften sind gestern nach Rippoldsau[3]) für mehre Wochen gegangen, der Minister v. Meisenbug nach Badenweiler. Blittersdorf sagt von ihm: der Bube (hier zu Lande nur dasselbe wie Knabe bei uns) hat vor m i r die Flucht ergriffen.

Meines u. Dafürhaltens wäre es doch sehr gut, wenn E. E. in der Zeit, die S. K. Hoheit noch in Baden zubringt, einen kurzen Besuch dort machen wollten. Die Umtriebe derer, welche sich an den Prinzen drängen, beschränken ihre Tragweite nicht auf die Rastatter Frage und wiederholen sich täglich; es werden auch wohl noch andre Agenten als die jetzt anwesenden auf der Bühne erscheinen. E. E. gelegentliche Gegenwart, zum Behuf der Besprechung irgend welcher wichtigeren Angelegenheit, dürfte das wirksamste Präservativ gegen die Action der Miasmen sein, welche sich in der Atmosphäre von Baden entwickeln. Der König von Würtemberg ermahnte mich einerseits dringend zur Einigkeit in Frankfurt, andrerseits sprach er so von Oestreich, daß man vor der Einigkeit mit demselben erschrecken mußte. In der Wiener Politik sah er das Product von zwei Factoren, der eine, die Furcht vor Frankreich, Italien, Ungarn, Rußland, Preußen,

[1]) Am 6 und 7. Juli.
[2]) Edwin v. Manteuffel.
[3]) Badisches Bad.

der andre die Eitelkeit und Beschränktheit des Gr. Buol, welche jene Furcht mit großen Worten bemänteln will. Auch vom Kaiser hatte er keine bessere Meinung wie vom Gr. Buol; von einer Vertheidigung Oestreichs in Italien gegen Frankreich, ein Thema, das er anregte, wollte er nichts wissen; er erzählte, daß Baiern dagegen in Turin vertraulich habe mittheilen lassen, ganz Deutschland, jedenfalls aber Baiern, werde für Oestreich einstehn, wenn es in Italien angegriffen werde; er fand es einfältig, Oestreich durch solche Demonstrationen zu ermuthigen; für Holstein hat er gar kein Interesse. Der Prinz war verdrießlich, daß er von E. E. keine Abschrift Ihres eigenhändigen Schreibens an Flemming vom 30. v. M. erhalten habe; ich sagte ihm, daß E. E., da der Inhalt Sr. K. H. bekannt und mit dem Prinzen verabredet sei, wohl nicht glauben würden, noch eine Abschrift schicken zu sollen; er berief sich aber auf „besondre Verabredung“ dieser Sendung. Ehrerbietigst verharre ich . . .

387. Bericht vom 8. Juli 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Betreibung der Abstimmung in der Rastatter Frage durch Preußen. — Vgl. Poschinger III Nr. 170.

388. Immediatbericht.

[Ausfertigung.]

9. Juli 1858.

Vor der gestrigen 22. Bundestagssitzung befragte mich Graf Rechberg, ob ich damit einverstanden sei, daß die Abstimmung wegen Verweisung unseres Rastatter Vorschlages an die Militärkommission noch ausgesetzt bleibe. Während er bisher diese Angelegenheit als eine dringliche betrieb, in vertraulichen Gesprächen mit den Anhängern Österreichs jeder Beschleunigung das Wort geredet und veranlaßt hat, daß sogar in dem Vortrage der Mehrheit des Ausschusses die Dringlichkeit der Entscheidung als besonderes Motiv für die Ablehnung der Begutachtung durch die Militärkommission ausdrücklich hervorgehoben wurde, erklärte mir Graf Rechberg jetzt zum ersten Male, daß die Sache nicht dränge und nicht ersichtlich sei, weshalb wir den Streit darüber ohne Not fördern sollten. Ich erwiderte ihm, daß ich bisher keine Anweisung hätte, die Sache in Erinnerung zu bringen, und daher meinerseits die Abstimmung in der Sitzung nicht monieren würde. Die Äußerungen der zu Österreich haltenden Gesandten der Mittelstaaten sind indessen bisher weit entfernt, diesem zögernden Verhalten Österreichs eine versöhnliche Auslegung zu geben. Sie behaupten vielmehr, und namentlich geschieht dies in der Besprechung mit der außerdeutschen Diplomatie, daß man uns nur Zeit lassen wolle, uns in unsere Lage zu fügen; denn daß wir in nicht zu langer Zeit nachgeben würden, sei unzweifelhaft. Ich habe dem gegenüber in vertraulichen Besprechungen mit großer Bestimmtheit versichert, daß wir in unserer bisherigen Haltung auf jede Gefahr hin verharren und auch die unbestimmte Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes, vermöge dessen Österreich sich im widerrechtlichen Besitz der Festung befindet, nicht zulassen würden. Ich glaube auch wiederholt die Überzeugung a. u. aussprechen zu dürfen, daß unsere Gegner nachgeben werden, wenn wir fest bleiben, indem Österreich, wenn seine Entschlüsse unwandelbar feststünden, schon vor vierzehn Tagen ohne Zögern mit der Abstimmung vorgegangen sein würde. . . . .

*389. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

9. Juli 1858.

In den Anlagen beehre ich mich E. K. H. einen Auszug des heut nach Berlin eingereichten Immediatberichtes[1]) über die gestrige Sitzung unterthänigst vorzulegen. Die sonstigen Gegenstände der Verhandlung waren ohne Interesse.

Es scheint unzweifelhaft, daß Dänemark am nächsten Donnerstag eine Erklärung abgeben wird. Wenn dasjenige richtig ist, was man an den Herrn von Fonton darüber aus Petersburg geschrieben hat, so will das Kopenhagner Cabinet sich erbieten, am Bunde über das Ausscheiden der deutschen Herzogthümer aus dem Verfassungs-Verbande der dänischen Monarchie und über deren künftige Stellung zu unterhandeln. Das wird aber nicht genügen, um die Einleitung des Executions-Verfahrens aufzuhalten. Nach Französischen Mittheilungen würde die dänische Erklärung mehr gewähren, als das erneute Anerbieten von Unterhandlungen. Vollständig befriedigend wird sie wohl in keinem Falle sein; der Unterschied in den Wahrscheinlichkeiten, die man aufstellen kann, wird sich darauf beschränken, ob das Actenstück so dürftig ausfällt, daß man es auf den ersten Anblick für unzulänglich erklären kann, oder ob es[2]) soviel gewährt, daß wenigstens ein Ausschußgutachten darüber erstattet werden muß.

E. K. H. kennen wahrscheinlich die vertrauliche Depesche, durch welche Frankreich den europäischen Höfen vor kurzem seine friedliebenden Gesinnungen hat ausdrücken wollen. Da indessen der Graf Montessuy hier keine Abschrift derselben hat geben wollen, so wäre es möglich, daß sie auch in Berlin nur vorgelesen worden. Ich füge deshalb eine Abschrift unterthänigst bei, die wider den Willen meines französischen Collegen in meine Hände gelangt ist.

Sir Alexander Malet will sichre Nachricht erhalten haben, daß Gr. Montessuy zum Nachfolger Moustiers und letztrer zum Gesandten in London bestimmt sei. Gerüchte der Art circuliren schon längst, und Gr. Montessuy wünscht diese Veränderung auf das Eifrigste. Bei Gr. Rechberg haben Ihre K. Hoheiten die Erzherzöge Johann und Albrecht angefragt, wie lange E. K. H. noch in Baden verweilen würden, und die Absicht ausgesprochen, Höchstdenselben ihren Besuch zu machen. Der Erzherzog Albrecht trifft aber nicht vor dem 26. c. in hiesiger Gegend ein.

Daß der Kaiser Napoleon nach Baden kommen wird, nimmt man auf der hiesigen französischen Gesandtschaft als gewiß an, aber man weiß nichts Näheres über den Zeitpunkt.

In tiefster Ehrfurcht verharre ich . . .

390. Privatschreiben an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

10. Juli 1858.[1])

Verehrtester Freund. Ihre beiden Schreiben vom 7. und 9.[2]) sind mir heut zugegangen. Von Dänemark war bisher sehr wenig erwartet; Fonton und Montessuy

389. [1]) Vgl. Nr. 388.
[2]) Vorlage: er.

390. [1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch Band VI S. 69 f.
[2]) Abgedruckt a. a. O. S. 67 ff.

hatten Mittheilungen, man wolle mit dem Bunde „unterhandeln". Das thut man ja seit 6 Jahren. Beide Herrn befürworteten aber dieses neue Erbieten, weil man auf der Basis der Ungültigkeit der Verfassung unterhandeln werde. Möglich, daß die Minister-veränderung in Kopenhagen etwas annehmbareres bringt. In Baden fand ich Küpfer und Schleinitz als advocatos diaboli gegen alles, was die Regirung thut, namentlich für Anschluß an Oestreich und Coburgische Politik arbeitend; bisher ohne eine Spur von Erfolg beim Prinzen; der Herr dürstet vielmehr nach Argumenten gegen die Dialectik dieser beiden Arkadier, die sich dort am Hofe wie der Fuchs im Dachsloch eingenistet haben. Sie treiben englische, belgische, öſtreichische, aber um Gottes willen keine Preußische Politik, und das alles den Damen zu Liebe. Ich habe dem Minister sehr gerathen, einmal wenigstens sich zu zeigen in Baden.

Der Prinz klagte, man behandle ihn von Berlin aus cavalièrement, informire ihn nicht und ignorire seine Wünsche. Ich habe deshalb heut wegen Abdruck unsrer Depesche vom 6. April amtlich berichtet, die S. K. H. schleunigst erwartete. Ich glaubte, sie würde inzwischen erfolgen. Ich habe sie heut wieder gelesen, sie ist etwas lang.

Eben bringt mir Bülow die Erklärung. Er hat mir 1 Stunde daran vorgelesen. Die Pointe steckt im Schluß, Dänemark will die Gesammtverfassung und die Holsteiner Verfassung außer Kraft setzen („als ruhend betrachten"), und wegen Neubesetzung dieser tabula rasa unterhandeln. Das Object einer Execution ist damit, wie mir scheint, beseitigt, denn ehe wir neue Zustände in Holstein via execut[ionis] einführen können, müssen wir selbst wissen, welche, nachdem die alten ohne Execution weichen. Die Poststunde drängt. Der Ihrige.

*391. Telegramm an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

10. Juli 1858. Nachmittags.

Der Prinz von Preußen erwartete schon am 7. d. M. die Veröffentlichung unsrer Depesche über Rastatt vom 6. April. Erfolgt dieselbe in Berlin oder soll ich sie hier bewirken?

*392. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

10. Juli 1858.

E. E. werden aus den öffentlichen Blättern ersehen haben, daß Österreich seine Depesche vom 7. März c. in betreff der Rastatter Frage publiziert hat. Bei meiner jüngsten Anwesenheit in Baden wurde dieses Aktenstück gerade von der Kölner Zeitung gebracht und — unterstützt durch mündliche, dem von der K. Regierung eingeschlagenen Verfahren ungünstige Kommentare — verfehlte es nicht, in den höchsten Kreisen Eindruck zu machen.

Ich trug Sr. K. H. dem Prinzen von Preußen die Widerlegung der österreichischen Depesche mündlich vor, und Höchstdieselben sprachen die Erwartung aus, daß diesseits im Sinne derselben durch die Presse werde geantwortet werden. Nachdem ich darauf erwähnt hatte, daß die von mir vorgetragenen Widerlegungsgründe aus der diesseitigen Antwortsdepesche vom 6. April c. entnommen seien und der Abdruck der letztern durch den Regierungsrat Zitelmann bei der Zentralpreßstelle bereits beantragt sei, sprachen S.

K. H. Ihre Zufriedenheit damit aus und hofften, daß diese Veröffentlichung inzwischen erfolgt sein werde, um den ungünstigen Eindruck der Wiener Publikation zu entkräften. Ich habe Sr. K. H. am Tage darauf Abschrift der Depesche vorgelegt. Da nun bisher der Abdruck nicht erfolgt ist und S. K. H. mehrfach Ihr Mißfallen über die bei den räumlichen Entfernungen allerdings unausbleiblichen Verzögerungen des Geschäftsganges geäußert haben, so erlaube ich mir die g. Anfrage, ob der Abdruck der Depesche vielleicht heute erfolgt oder ob E. E. zur Vermeidung von Zeitverlust mich vielleicht telegraphisch autorisieren wollen, die Veröffentlichung durch ein hiesiges Blatt zu veranlassen, von welchem ich dann sogleich ein Exemplar an S. K. H. schicken könnte.

*393. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

11. Juli 1858.

Mit Rücksicht auf E. E. h. telegr. Weisung von gestern habe ich den Abdruck unsrer Depesche vom 6. April, die Rastatter Sache betreffend, in dem Frankfurter Journal veranlaßt und ein Exemplar desselben schon heute früh an S. K. H. den Prinzen von Preußen eingereicht.

*394. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

[13. Juli 1858.][1])

Die Erklärung, welche Dänemark in der nächsten Sitzung abgeben wird, ist durch Herrn v. Bülow einigen Gesandten vorgelesen worden und bildet seitdem einen Gegenstand vertraulicher Besprechungen.

Graf Rechberg hat zunächst dem französischen Gesandten gesagt, daß er die dänischen Zugeständnisse für sehr befriedigend halte und daß der Bund nunmehr gewiß auf Verhandlungen eingehn würde, falls nicht Preußen neue Schwierigkeiten erhebe; die Entscheidung liege allein in Berlin. In der heutigen Sitzung des Militär-Ausschusses wurde die Sache gelegentlich von den Mitgliedern desselben besprochen, und fand ich, daß die Gesandten von Baiern, Sachsen und Würtemberg ebenso gestimmt waren, wie mein östreichischer College. Letztrer suchte dem dänischen Actenstück eine erweiterte Auslegung zu geben, indem er den Gesandten, die es noch nicht kannten, sagte, daß die Gesammtverfassung für Holstein „abgeschafft" sei. Auf meine Bemerkung, daß der Ausdruck der Dänen, jene Verfassung „mittlerweile als ruhend" betrachten zu wollen, doch dem Sinne der Bundesbeschlüsse, nach welchen die Verfassung garnicht zu Recht besteht, nur sehr unvollkommen entspreche, sagte mir Graf Rechberg im Geheimen, daß man vielleicht Herrn von Bülow werde bestimmen können, jenen Ausdruck noch zu modificiren und die Suspension der Verfassung deutlicher und schärfer auszusprechen. Ich konnte hieraus entnehmen, daß in betreff der jetzigen dänischen Erklärung ebenso wie es bei der letzten geschah, vertrauliche Vorverhandlungen zwischen Gr. Rechberg und Herrn v. Bülow über die ihr zu gebende

---

[1]) Das Datum ergibt sich aus der Bezugnahme auf die Sitzungen des Militär- und des holsteinischen Ausschusses, ferner aus dem Bericht an Manteuffel vom 14. Juli (s. S. 361) und aus dem Schreiben an denselben vom selben Tage.

Redaction stattgefunden haben. Unter Zustimmung der Ausschußmitglieder, mit meiner und des Herrn v. Heimbruch Ausnahme, führte darauf Freiherr von Schrenk aus, daß einerseits der Bundesbeschluß vom 20. Mai erfüllt sei, da Dänemark die Gesammtverfassung abstelle und sich früher schon erboten habe, in Betreff der sechs angefochtenen Paragraphen der Holsteinischen Verfassung die Stände nachträglich zu hören, und daß andrerseits das Ziel für ein Executions-Verfahren durch die Suspension der Gesammtverfassung beseitigt sei; wolle der Bund jetzt Execution beschließen, so werde er schwerlich genau angeben können, welches der nächste Zweck der Execution sei und was Dänemark sofort thun solle, um die Execution zu vermeiden. Vor der neusten dänischen Erklärung habe man sich die Abstellung der angefochtenen Verfassungsgesetze als eine Forderung formuliren können, welche mit Execution durchgesetzt werden solle; nachdem die Dänen selbst aber diese Gesetze suspendirten, sei der Execution dieses Material entzogen, und sie könne zunächst nur darauf gerichtet werden, etwas Neues an Stelle der außer Kraft gesetzten Verfassungen zu schaffen; was dieses Neue sein solle, wisse aber der Bund selbst noch nicht, und könne es deshalb nicht mit Execution einführen oder unter Androhung derselben von Dänemark verlangen.

Der sächsische Gesandte führte darauf in Gemeinschaft mit Graf Rechberg noch das Thema aus, daß es auf die außerdeutschen Cabinete den Eindruck großer Unbilligkeit machen würde, wenn der Bund sich „nach den von Dänemark gemachten Concessionen“ weigern wollte, auf Unterhandlungen einzugehn, und wenn er mit Zwangsmaßregeln vorgehn wollte, ohne den Dänen genau zu sagen, was dieselben bezweckten und wie Dänemark sie vermeiden könnte.

Herr von Heimbruch (Hanover) nahm die ganze, allerdings außeramtliche Besprechung stillschweigend ad referendum, weil er die Ansicht seiner Regirung noch nicht kenne, und überließ es mir allein, auszuführen, in welchen Stücken die dänische Erklärung den Bundesbeschlüssen nicht genüge. Graf Rechberg sagte mir nachher, daß sich Hanover nicht für executivische Maßregeln aussprechen wolle, weil sein Gesandter nicht Mitglied des Executionsausschusses sei. Er wolle erst abwarten, ob derselbe bei der nächsten Neuwahl werde hineingewählt werden. Wenn die Regirungen, von denen die wichtigsten im Militärausschuß vertreten sind, ebenso warm für die dänische Erklärung Partei nehmen, wie ihre Gesandten, so läßt sich vorhersehn, daß die Majorität für vermittelnde Beschlüsse stimmen werde. Ich hatte, als die Discussion im Ausschusse stattfand, noch keine Weisung darüber, wie ich mich verhalten sollte; ich habe indessen, mit aller gebotenen Vorsicht, meine persönliche Ansicht im Widerspruch mit den übrigen dahin geäußert, daß die dänische Erklärung von Preußen als genügend nicht werde angesehn werden.

Aus den Äußerungen der betreffenden Gesandten ging nebenbei hervor, daß Oestreich und Baiern nicht zugeben, daß durch den bisherigen Notenwechsel zwischen Berlin, Wien und München bereits eine Verständigung über die Art der Execution und über die Frage, wer Truppen und Commissarien dazu stellen solle, zu Stande gekommen sei; diese Frage müßte[2]) vielmehr, wenn es zur Execution kommen sollte, erst durch Bundesbeschlüsse regulirt werden.

Aus allen diesen Symptomen geht die Lauheit meiner Collegen und wahrscheinlich auch ihrer Regirungen hervor. Sie wollen, wie der Jäger spricht, den Fuchs nicht beißen.

---

[2]) Vorlage: müßten.

In der Rastatter Sache sind wir glücklich so weit, daß Rechberg mich in jeder Woche um meine Einwilligung bittet, die Abstimmung über die Verweisung an die Militär-Commission noch aufzuschieben. Ich habe ihm heut auf seine Anfrage gesagt, daß ich schon in der vorigen Woche angewiesen worden sei, die Abstimmung zu verlangen, und nur auf meine Bitte sei mir überlassen worden, den Moment zu einer solchen Erinnerung selbst zu wählen. Er sagte darauf, daß seine Regirung gern noch 8 bis 14 Tage Zeit zu haben wünschte, um neue Unterhandlungen zu versuchen. Ich vermuthe, daß Oestreich bemüht sein wird, Schritte von Badischer Seite bei E. K. H. zu veranlassen; wenn diese nicht gelingen, wird man vielleicht einen Mehrheitsbeschluß für die Verweisung an die Militär-Commission bewirken, doch so, daß Baden und Oestreich, weil sie sich schon offiziell ausgesprochen haben, nicht dafür votiren, sondern sich überstimmen lassen. Gewiß ist, daß man sich in Verlegenheit befindet und gegen unsre feste Haltung nicht vorzugehn wagt. Darin liegt schon jetzt ein moralischer Sieg und eine Hebung unsrer Stellung am Bunde.

Im Begriff diese Zeilen zu schließen, erhalte ich E. K. H. gnädiges Schreiben vom heutigen Tage,[3]) für welches ich meinen unterthänigsten Dank um so freudiger sage, als ich dadurch in den Stand gesetzt werde, der zweideutigen Haltung meiner Collegen mit bestimmten Auffassungen entgegenzutreten. Ich werde die letztern zunächst in einer Ausschußsitzung geltend zu machen haben, welche wir übermorgen, unmittelbar nach Entgegennahme der dänischen Antwort, halten werden. Am Freitag[4]) bitte ich dann mir gnädigst gestatten zu wollen, daß ich E. K. H. in Baden mündlich das Ergebniß melden darf. Der russische Gesandte sagt mir heut, daß er sichre Nachricht über die Absicht des Kaisers der Franzosen habe, in diesen Tagen nach Berlin zu kommen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .

395. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

14. Juli 1858.

E. E. Erlaß vom 12. c.[1]) und das demselben anliegende Promemoria, sowie die telegraphische Depesche von gestern[2]), die holsteinsche Angelegenheit betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Ich erlaube mir zunächst über die Besprechungen zu referieren, welche sich hier an die vorläufige Mitteilung des Herrn von Bülow geknüpft haben.

Der Standpunkt des Grafen Rechberg hat sich zunächst in einer Unterredung dokumentiert, die er mit dem französischen Gesandten gehabt hat. Er hat dabei ausgesprochen, daß ihm die dänische Antwort vollkommen genügend und eine angemessene Grundlage für die von Dänemark gewünschten Unterhandlungen zu sein scheine. Er glaube auch, daß diese Ansicht am Bunde vorwiegen werde, wenn nur Preußen keine Schwierigkeiten erhebe.

---

[3]) Noch nicht bekannt.

[4]) 16. Juli.

[1]) Manteuffel teilte ein Promemoria mit, welches die in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung von dem dänischen Gesandten abzugebende Erklärung resumierte.

[2]) Balan teilte am 13. Juli mit, der Prinz von Preußen habe ihm telegraphiert, die dänische Antwort sei ungenügend, der Bundestag müsse nun antworten, daß Kommissare den status quo ante (28. Januar 1852) herstellen würden, wenn Dänemark dies nicht in acht Tagen tue. „Ich stelle anheim, in dieser Richtung das dortige Terrain zu sondieren und vorzubereiten, auch mich möglichst schleunig von der dortigen Stimmung zu avertieren, da der Prinz auch ferner die Initiative von Preußen genommen sehen will."

In einer vertraulichen Besprechung mit mir äußerte sich Graf Rechberg in ähnlichem Sinne. Da ich noch ohne Anweisung über mein Verhalten war, so beschränkte ich mich auf eine objektive Beurteilung des dänischen Aktenstückes; ich gab zu, daß der Grundgedanke desselben eine kluge Konzeption sei, wenn er darin bestehe, dem Bunde zunächst das Terrain zu einer Exekution zu entziehen oder zweifelhaft zu machen. Die Ausführung sei indessen keine geschickte. Dänemark hätte ganz bestimmt aussprechen müssen, daß es die vom Bunde für hinfällig erklärten Verfassungen außer Kraft setze. Graf Rechberg bemerkte darauf, daß man Herrn von Bülow vielleicht noch veranlassen könne, den betreffenden Passus in diesem Sinne zu ändern, und schloß ich aus seinen Worten, daß er auch bisher den Erwägungen über die Redaktion des dänischen Aktenstückes nicht fremd geblieben war. Er schlug mir vor, mit Herrn von Bülow eine derartige Änderung zu besprechen; ich lehnte es ab, weil ich keinen Beruf fühlte, die Situation durch Verbesserung des dänischen Aktenstückes zu erschweren.

In der gestrigen Sitzung des Militärausschusses entspann sich unter den Mitgliedern desselben eine allgemeinere vertrauliche Erörterung der Sache. Die Gesandten von Sachsen, Hannover, Württemberg und Darmstadt kannten angeblich die dänische Mitteilung noch nicht, und Graf Rechberg gab ihnen über den Inhalt derselben Auskunft, indem er die Zugeständnisse Dänemarks durch Anwendung anderer Worte wesentlich amplifizierte. Ich hob demnächst hervor, daß auf den genauen Wortlaut doch vieles ankomme, und daß es sich namentlich fragen werde, ob der Ausdruck „mittlerweile als ruhend betrachten" gleichbedeutend sei mit der rechtlichen Abschaffung der Verfassung im Sinne des Bundesbeschlusses vom 20. Mai. Den Artikel 1 des Bundesbeschlusses, die Einreichung positiver Vorschläge betreffend, lehne Dänemark direkt ab. Diesen Teil des Beschlusses exekutorisch durchzuführen, sei allerdings für den Bund keine so einfache Aufgabe, wie die Außerkraftsetzung einer Verfassung. Dies sei indessen eine Erwägung, welche uns bei der Fassung des Beschlusses hätte gegenwärtig sein müssen; in diesem Augenblick stehe die mit einer Frist gestellte Forderung des Bundes unerledigt da, und die Frist sei abgelaufen.

Der bayerische Gesandte ergriff demnächst das Wort, um in einem längeren Vortrage folgendes zu entwickeln. Es handele sich hier um zwei verschiedene Stadien der Sache, das eine, die Abschaffung des unrechtmäßig Bestehenden, das andere, die rechtliche Herstellung neuer Verfassungszustände in sich begreifend. Das erste werde durch die dänische Erklärung in einer Weise erledigt, daß es wenigstens zu einer Exekution keinen Anhaltspunkt mehr biete. Eine Exekution in betreff desselben könne zunächst doch nur das Ziel haben, die Gesamtverfassung für die Herzogtümer außer Kraft zu setzen, nachdem die Vorlage der sechs ersten Paragraphen der holsteinschen Verfassung an die Stände bereits früher von Dänemark zugesagt sei. Nunmehr aber habe Dänemark selbst diese Verfassung außer Kraft gesetzt, denn der sprachliche Unterschied zwischen ruhenlassen und suspendieren sei ein zu spitzfindiger, um auf ihn eine Maßregel von der Tragweite einer Bundesexekution gründen zu können. Man werde den auswärtigen Kabinetten diesen Unterschied gar nicht einmal klar machen können, ihnen vielmehr die Überzeugung gewähren, daß man Dänemark unbillig behandle und um jeden Preis zur Exekution gelangen wolle. Es handele sich jetzt nur noch um das zweite Stadium, nämlich um die Herstellung neuer verfassungsmäßiger Zustände. Diese könne der Deutsche Bund unmöglich mit einer Exekution eröffnen, da er selbst noch nicht im klaren sei über das, was eingeführt und geschaffen werden solle. Letzteres müsse notwendig ein Ergebnis von Unterhandlungen sowohl mit Dänemark, als mit den Ständen der Herzogtümer sein, und der Eintritt Dänemarks

in solche Unterhandlungen bedinge die Vorlage dänischer Vorschläge über die Neugestaltung, also die Erfüllung der Nr. 1 des Bundesbeschlusses.

Auch der K. sächsische Gesandte entwickelte darauf, daß uns nach Eingang der dänischen Antwort für den Inhalt eines Exekutionsmandates der Stoff fehle. Er wenigstens wisse nicht, wie ein solches formuliert werden solle, und müsse dieses denen überlassen, welche etwa die Exekution für erforderlich hielten. In Gemeinschaft mit dem Grafen Rechberg deduzierte Herr von Nostitz dann auch seinerseits, welchen peinlichen Eindruck es in London, Paris und Petersburg machen werde, wenn die von den dortigen Kabinetten mit Mühe herbeigeführten dänischen Konzessionen von dem Bunde keiner Berücksichtigung gewürdigt würden und der Bund doch mit artikulierten Forderungen über das, was er von Dänemark verlange, und wodurch Dänemark der Exekution vorbeugen könne, nicht hervortrete. . . .

Bemerkenswert war noch, daß im Laufe der Diskussion von Freiherrn von Schrenck besonders hervorgehoben wurde, daß die Vorverhandlungen zwischen Berlin, Wien und München in betreff des Exekutionsverfahrens kein Resultat geliefert hätten, daß vielmehr lediglich durch Bundesbeschlüsse noch entschieden werden müsse, welche Staaten die Exekutionstruppen und die Kommissarien zu stellen haben würden. Nach dem Zusammenhange hatte diese Andeutung etwa den Sinn, daß Preußen, wenn es durch seinen Widerstand den Bund zu der Erklärung veranlassen wolle, daß die dänischen Eröffnungen ungenügend seien, auch die Verantwortung für das weitere und namentlich die Ausführung der Exekution und die Stellung des Zivil-Kommissars übernehmen möge. Jedenfalls habe ich keinen Zweifel mehr, daß die desfallsige Wahl des Bundes, wenn es zur Exekution kommt, auf uns fallen wird, und daß man uns die Lösung der uns zugedachten Aufgabe von Frankfurt aus nicht gerade zu erleichtern bemüht sein wird. Für die Ablehnung eines solchen ausschließlichen Auftrages gibt die Bundesverfassung keine bestimmten Rechtsgründe an die Hand.

Nachdem ich mein Referat über die Besprechungen im Ausschuß entworfen hatte, ging mir gestern E. E. telegraphische Weisung über die Befehle Sr. K. H. des Prinzen von Preußen zu, und bald darauf von Höchstdenselben aus Baden der Befehl, über die hiesige Sachlage direkt zu berichten. Ich habe dies in einem eigenhändigen, mit dem heutigen Feldjäger beförderten Schreiben[3]) in vorstehendem Sinne getan und um die Erlaubnis gebeten, Sr. K. Hoheit übermorgen das weitere persönlich melden zu dürfen, da morgen gleich nach der Bundestagssitzung der holsteinsche Ausschuß zusammentreten wird. Ich werde in demselben mich der telegraphischen Weisung von gestern gemäß aussprechen und dadurch ohne Zweifel den Anlaß zu Rückfragen meiner Kollegen an ihre Regierungen geben. Was die Gesandten gestern im Ausschuß geäußert haben, wollten sie nur als ihre persönlichen Ansichten gelten lassen. Es ist indessen nicht wahrscheinlich, daß sie sich ohne Vorwissen ihrer Regierungen so bestimmt sollten ausgesprochen haben, namentlich ist es für Herrn von Schrenck nach seinen mir bekannten General-Instruktionen ganz unmöglich, ohne Genehmigung des Ministers von der Pfordten derartige Erklärungen von sich zu geben. Seine und des Herrn von Nostitz Kenntnis der dänischen Vorlage war zu genau und durchdacht, um von einmaliger Vorlesung durch Herrn von Bülow herrühren zu können. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß die dänische Antwort in München und Dresden früher bekannt geworden ist, als bei uns, und daß beide Gesandte schon auf Grund der-

[3]) Nr. 394.

selben instruiert waren. Deshalb sprachen sie auch mit Graf Rechberg den Wunsch aus, der Ausschuß möge am Donnerstag ohne weitere Rückfragen bei den Regierungen die Grundzüge der Berichterstattung nach eigenem Ermessen feststellen.

Im Laufe des Tages habe ich Besuche der Gesandten von England, Rußland und Frankreich gehabt, welche alle in der Absicht kamen, mir zu sagen, daß nach den Mitteilungen aller meiner Kollegen es allein von Preußen abhänge, ob die von ihren Kabinetten mühsam erreichten Zugeständnisse Dänemarks zu Unterhandlungen führen oder fruchtlos bleiben sollten. Diese Herren erklärten sich beauftragt, nach allen Kräften dahin zu wirken, daß der Bund die Antwort nicht für ungenügend erkläre, dieselbe vielmehr als Basis der Unterhandlungen benutze und weiter ausbilde.

Der französische Gesandte hob besonders hervor, daß von uns um so weniger ein Widerstand gegen dieses System erwartet werden könne, als die dänische Erklärung hauptsächlich in Anknüpfung an und in Übereinstimmung mit denjenigen Äußerungen zustande gekommen sei, welche E. E. vor einiger Zeit vertraulich gegen den Grafen Plessen getan hätten. Ich erwiderte, daß mir darüber nichts bekannt sei, und Graf Montessuy schickte mir demnächst die beigefügten beiden Auszüge aus Berichten des französischen Gesandten in Kopenhagen.

Wenn ich morgen gegen die Auffassung meiner Kollegen bestimmteren Widerspruch einlege, so läßt sich voraussehen, daß die weiteren Verhandlungen bis zur Instruktionseinholung ausgesetzt werden. Demnächst aber zweifele ich kaum, daß Österreich und mit ihm die Mehrzahl der Regierungen sich uns widerwillig anschließen werden. Alsdann aber werden sie auch bemüht sein, uns die Durchführung der Konsequenzen unserer Politik vorzugsweise aufzuerlegen. Wir können uns dem, wie mir scheint, nur unterziehen, wenn wir eines der Sache nach und für die öffentliche Meinung einigermaßen befriedigenden Erfolges gewiß sind. Dazu wird es aber m. u. D. erforderlich sein, daß wir der deutschen Politik in Dänemark weitere Ziele stecken, als die bisher am Bunde verhandelten. Sollten wir demnächst Bedenken tragen, uns dafür zu entschließen, so fürchte ich, daß wir durch unser jetziges Verhalten und vermöge der demnächst auf uns fallenden Wahlen für die Exekution eine undankbare Aufgabe zu lösen haben werden. . . . .

*396. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

14. Juli 1858.

E. E. haben ohne Zweifel schon Kenntniß von den Entschließungen, welche S. K. H. der Prinz in der dänischen Sache gefaßt haben. Höchstderselbe hat mir gestern Abend den Bericht des Geh. R. Balan vom 11. c. mit dem (anliegenden) Memoir, die telegraphische Depesche vom 12. July 12 U 26 und ein Höchstes Handschreiben[1]) überschickt, nach welchem S. K. H. Sich mit dem Inhalt dieser Piecen einverstanden erklärt und mir dieselben zu meiner Direction zustellt. Durch telegraphische Depesche von Balan[2]) hatte ich schon kurz vorher die analoge Weisung erhalten. S. K. Hoheit legt dieselbe dahin aus, daß „der Bund nunmehr in das erste Stadium der Execution eintrete, d. h. Dänemark ankündige, daß nach 8 Tagen die Bundes-Commissarien erscheinen würden, um von Bundeswegen die pp. Verfassung außer Kraft zu setzen, also den status quo ante (1852) wiederherzustellen“.

[1]) Vgl. oben S. 359.
[2]) Vgl. oben S. 359.

Ich habe heut nach Berlin berichtet[3]), wie entgegengesetzt dieser Instruction die Auffassungen meiner Collegen sind, und wie die Vertreter der 3 außerdeutschen Mächte mich belagern, weil meine Collegen sie an mich verweisen. Ich habe noch mit keinem von den Instructionen gesprochen, die ich habe. Morgen im Ausschuß werde ich dann einfach den Antrag stellen, die Sache an die Executions-Commission abzugeben, da die dänische Antwort nicht genüge. Die weitre Durchführung der Weisung Sr. K. Hoheit hängt nicht von mir, sondern von der Majorität ab. Ich möchte sagen, wie jener Dachdecker, der vom Thurm fiel, ça va bien, pourvu que cela dure. Diese Politik wird die Wahl der Execution auf uns lenken, und wir werden dann, wenn wir mit Anstand aus der Sache herauskommen wollen, der Sache eine der nationalen Auffassung mehr entsprechende Wendung geben und vielleicht so weite Ziele in dieser Richtung stecken müssen, daß der Bund Anstand nimmt, uns zu folgen.

Montessuy war angewiesen, mir besonders bemerklich zu machen, daß E. E. gegen Graf Plessen geäußert hätten, wir würden befriedigt sein, wenn die Gesammtverfassung suspendirt würde; wir könnten also unmöglich jetzt Schwierigkeiten machen. Er gab mir einen darauf bezüglichen Depeschen-Auszug, den ich mit eingereicht habe.

Uebermorgen wollte ich nach Baden, um mündlich vorzutragen, daß die 8 tägige Frist und die Commissarien nicht von uns allein beschlossen werden können. Dort und hier werde ich keine leichte Aufgabe haben.

Die Post ruft nach Schluß. In aufrichtiger Verehrung . . .

397. Bericht vom 15. Juli 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Vorbereitung des Ausschußvortrages in der holsteinschen Frage. Nachgiebige Haltung Österreichs und der Mehrheit. Antrag des preußischen Gesandten auf Einleitung des Exekutionsverfahrens. Widerlegung der bayerischen und von anderer Seite vorgebrachten Bedenken. Bayerisch-sächsischer Vermittelungsvorschlag, betr. die Zuziehung des Exekutions-Ausschusses zu dem holsteinschen Verfassungs-Ausschusse. Unerwünschtheit einer militärischen Exekution für Preußen. Mutmaßlicher Gang des Exekutionsverfahrens. Notwendigkeit einer eventuellen Änderung der schleswig-holsteinschen Politik Preußens im Sinne der nationalen Wünsche Deutschlands. Aussetzung der Ausschußverhandlungen. — Vgl. Poschinger III Nr. 173.

*398. Telegramm an den Prinzen von Preußen.

[Konzept.]

15. Juli 1858. Abends 7 Uhr.

Die dänische Antwort ist übergeben und dem Ausschuß überwiesen. In letzterem bin ich nach Befehl vom 13. verfahren. Näheres melde ich morgen mündlich.

*399. Programm, betr. die holstein-lauenburgische Verfassungsfrage.

[Abschrift.][1])

1. Der holsteinsche Ausschuß zieht den Exekutions-Ausschuß zu seinen Beratungen zu; beide Ausschüsse berichten der Bundesversammlung, daß die dänische Antwort nicht

[3]) Vgl. die vorhergehende Nummer. Manteuffel befand sich damals auf seinem Besitztum Crossen.
[1]) Dem Prinzen von Preußen am 16. Juli 1858 in Baden-Baden unterbreitet.

genügend erscheint; der Exekutions-Ausschuß allein beantragt bei der Bundesversammlung die Einleitung des Exekutionsverfahrens, unter Vorlage des Entwurfs der ersten Aufforderung.

Anmerkung. Alle Mitglieder des Exekutions-Ausschusses (fünf an der Zahl) sind auch im holsteinschen Ausschuß. Letzterer hat nach Beschluß vom 15. die dänische Antwort zu begutachten, der Exekutions-Ausschuß aber handelt ex officio, sobald er sich überzeugt, daß ein Bundesglied seine Pflichten nicht erfüllt.

Will der holsteinsche Ausschuß die Zuziehung des Exekutions-Ausschusses nicht, so macht der preußische Gesandte von dem jedem Ausschußmitgliede zustehenden Rechte Gebrauch, indem er den Zusammentritt des Exekutions-Ausschusses allein fordert. Daß der Exekutions-Ausschuß, allein oder mit dem holsteinschen kombiniert, in Funktion tritt, erspart Zeit. Wenn jetzt der holsteinsche allein das Gutachten erstattete, daß die dänische Antwort nicht genügt, so würde alsdann erst die Bundesversammlung die Überweisung an den Exekutions-Ausschuß beschließen und dieser in einer späteren Sitzung seinen Antrag auf Einleitung des Exekutionsverfahrens stellen.

2. Die Bundesversammlung beschließt auf den vom Exekutions-Ausschuß gestellten Antrag die erste exekutivische Aufforderung an Dänemark, nach Artikel 3 der Exekutionsordnung.

Anmerkung. Diese Aufforderung kann etwa des Inhaltes sein, daß der Bund

a) von der Aufhebung der Gesamtverfassung Akt nimmt und es Dänemark überläßt, dieser Auslegung seiner Erklärung zu widersprechen. Preußen könnte einstweilen bei der Ansicht verharren, daß der dänische Wortlaut auch in diesem Punkte ungenügend sei, und sich erst auf den Wunsch der übrigen Ausschußmitglieder zu der milderen Form, die dänische Erklärung besser zu verstehen, als sie gemeint war, herbeilassen.

b) In betreff der Vorschläge, welche laut Beschluß vom 20. Mai Dänemark machen sollte, ist es seinen Pflichten nicht nachgekommen. Der Bund fordert dasselbe daher auf, in einer Frist von (vierzehn Tagen, lieber drei Wochen) Genüge zu leisten. Zu diesem Behufe erwartet der Bund, indem er mit Rücksicht auf die demnächst mit den Ständen noch erforderlichen Verhandlungen eine sofortige Erklärung Dänemarks zu Protokoll nicht für angemessen hält, daß der dänische Gesandte in einer auf den ... August anzuberaumenden vertraulichen Sitzung des Ausschusses (Exekutions- oder kombiniert mit dem holsteinschen Ausschuß) imstande sein werde, solche Vorschläge in betreff der Neugestaltung der Verfassungsverhältnisse und der deshalb den Ständen zu machenden Vorlagen im Namen seiner Regierung zu produzieren, daß die Bundesbeschlüsse vom 11. Februar und 20. Mai dadurch erledigt werden.

Entspreche Dänemark dieser Aufforderung nicht, so werde der Bund nach Artikel 4 der Exekutionsordnung zur weitern Einleitung der Exekution schreiten.

Träte dieser Fall ein, so würde 3. der Bund beschließen, die Exekution zu vollstrecken, und Dänemark hiervon, unter Anberaumung einer neuen kurzen Frist zur Erfüllung, in Kenntnis setzen.

Anmerkung. Erst in diesem Stadium kommt die Frage zur Entscheidung, von welchen Staaten und in welcher Form die Exekution vollzogen werden soll. Vielleicht läßt Dänemark es gar nicht dahin kommen, sondern entspricht der ersten Sommation. Im entgegengesetzten Fall müssen wir bis dahin aus dem Verhalten der andern entnehmen, ob sie mit uns eine gemeinschaftliche Bundes-Exekution ehrlich vollstrecken, oder ob sie dieselbe zu einer spezifisch preußischen stempeln wollen, um uns Verlegenheiten zu bereiten und die Verantwortung für jede Unvollständigkeit des Erfolges auf uns zu werfen.

In demselben Maße, daß wir letztere Tendenz bemerken, würden wir für die Stellung Holsteins, und schließlich für dessen Beziehungen zu Schleswig, solche Forderungen auf-

stellen, daß die andern schwerlich mit uns gehen und, wegen der Popularität der von uns gesteckten Ziele, doch nicht wagen würden, es offenkundig werden zu lassen, daß sie uns gehemmt haben. Sobald sie dergleichen merken, werden sie darauf verzichten, uns die Falle einer ausschließlich „preußischen" Exekution zu stellen, und sich zu einer ehrlichen, das heißt von Preußen, Österreich und einem Mittelstaate ausgeführten, verstehen.

Ehe man zum Beschluß über die Beteiligung an der Exekution gelangt, werden mindestens vier, vielleicht acht bis zehn Wochen von jetzt ab erforderlich sein. An Truppenbewegungen, wenn es zu denselben überhaupt kommt, dürfte unter drei Monat nicht zu denken sein.

Die Entsendung von Kommissarien, welche nicht bloß verhandeln, sondern aus Machtvollkommenheit des Bundes bestimmend in den Verhältnissen der Herzogtümer Anordnungen treffen sollten, ist nur als Exekutionsmittel, also erst dann zulässig, wenn der Bund die Exekution wirklich beschlossen hat (Nr. 3).

*400. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

[20. Juli 1858.][1])

In der Anlage[2]) beehre ich mich E. K. H. die befohlne Abschrift der Notizen über die Holsteinische Frage unterthänigst zu überreichen.

Der Legationsrath Wentzel sagt mir, daß in den Ansichten der Majorität des Ausschusses sich bisher nichts geändert habe und namentlich Graf Rechberg sich nach allen Seiten dahin ausspreche, daß die dänische Erklärung befriedigend sei, daß aber Oestreich, wenn Preußen dennoch vorgehe, nicht zurückbleiben könne. Dem russischen Gesandten, der gestern Abend von Heidelberg aus mit mir fuhr, hat Rechberg gesagt, daß die Chikanen Preußens in der dänischen Sache jede ruhige Entwicklung derselben hinderten.

Heut ist Ausschußsitzung, über deren Verlauf ich mit dem nächsten Feldjäger, oder früher, falls sich sichre Gelegenheit bietet, zu berichten die Ehre haben werde.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .[3])

*401. Telegramm an den Prinzen von Preußen in Baden-Baden.

[Eigenhändiges Konzept.]

20. Juli 1858. Aufgenommen nachm. 5 Uhr 45.

Nach dem heutigen Ausschuß darf ich glauben, daß morgen in erneuter Sitzung Nr. 1 unsres Programms vollständig zur Annahme gelangt. Bericht erfolgt morgen.

*402. Brief an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

20. Juli 1858.

In den Anlagen[1]) habe ich die Ehre, E. K. H. das Ergebniß der heutigen Ausschußberathungen unterthänigst vorzulegen. Der bairische Entwurf geht der Hauptsache nach

400. [1]) Das Datum ergibt sich aus der Bezugnahme auf die Ausschußsitzung.
[2]) Gemeint ist das unter Nr. 399 abgedruckte Programm.
[3]) Eingelegt in das Schreiben findet sich ein Blatt mit folgenden Bemerkungen von Bismarcks Hand: Unter den Correspondenz-Zeichen des deutschen Frankfurter Journals bezeichnet mir der hiesige Beamte unsrer Preßstelle folgende:
*† ist der Berliner offiziöse, †† der offiziöse Bairische Berichterstatter, ** der östreichische.

402. [1]) Anliegend Abschrift des in der Folge erwähnten bayerischen Entwurfs und des Berichtes an Manteuffel vom 20. Juli 1858 (Nr. 403).

dahin, sich auf die von Dänemark angebotnen Verhandlungen einzulassen, indem der Bund Voraussetzungen ausspricht, welche Dänemark gutheißen soll; erst wenn es dieses ablehnt, soll das Executionsverfahren beginnen. Das heißt nichts weiter, als nach Ablauf der Frist von 6 Wochen den Dänen nun noch eine neue von 14 Tagen stellen, ohne andern Unterschied als den, daß die Forderungen jetzt in der Form von Voraussetzungen ausgesprochen werden. Das ließe sich noch hören, wenn man sicher wäre, daß Dänemark mit ja oder nein darauf antwortet. Statt dessen würden wir aber halbe und verklausulirte Erklärungen erhalten und nach 14 Tagen in schlimmeren Zweifeln als jetzt über die Frage sein, ob noch hinreichender Grund für die Execution vorhanden ist. Ich darf hoffen, daß morgen der Ausschuß, wenn auch widerwillig, sich der von E. K. H. gutgeheißenen Operationsbasis, wie sie in Nr. 1 und 2 skizzirt ist, fügen wird.

Von der Widerlegung des Artikels der Postzeitung über unsre Rastatter Depesche hoffe ich morgen früh einen Abdruck beilegen zu können. Ich hatte sie stärker gefaßt, aber das Frankfurter Journal wollte sie nur drucken, wenn sie gemildert würde, weil die hiesigen Blätter nicht gern feindlich gegeneinander auftreten; sie fürchten sich gegenseitig. Wie sich die Postzeitung gegen Preußen zu schreiben erlaubt, werden E. K. H. vielleicht aus der heutigen Nummer, 188, ersehn haben. Das Blatt hat gar keinen andern Zweck, als Anfeindung und Schmähung Preußens, und dabei gehört es dem Fürsten Taxis. Eine tägliche Widerlegung derartiger Schimpfreden ist garnicht möglich und würde den Wünschen der Redaction selbst grade entsprechen, weil sie die Aufmerksamkeit auf dieses wenig verbreitete Blatt lenken würde. Dasselbe hat seinen Absatz fast nur durch die Protection der Taxisschen Post-Aemter, und besonders in hiesigen Preußischen Kreisen ist es seit langer Zeit in Bann und Acht.

Wenn Oestreich, wie es den Anschein hat, die Betreibung der Rastatter Sache jetzt aufgeben will, so behält es allerdings einen günstigen status quo für sich, den wir auch nicht für immer können bestehn lassen; aber theils bleibt doch das Recht auf den Besitz der Festung für die badische Dynastie und für die Enkel E. K. H. gewahrt, theils ist es ein erheblicher moralischer Sieg und unser erster seit langer Zeit in den Bundesverhandlungen, wenn wir durch die Entschiedenheit unsrer Haltung Oestreich und seine Majorität nöthigen, aus dem Angriff zum Rückzug überzugehn. Die Abstimmung über unsern Antrag auf Verweisung an die Militär-Commission werden wir aber noch herbeiführen müssen, und hatte ich die Absicht, sie in der nächsten Woche zu verlangen.

Meine telegraphische Depesche von heut Mittag[2]) wird spät in E. K. H. Hände gelangt sein, weil der gestrige Gewittersturm bei Darmstadt die Telegraphen-Stangen umgeworfen hat.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .

403. Bericht vom 20. Juli 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Aufnahme des Bismarckschen Programms im holsteinschen Ausschusse. Annäherung sämtlicher Stimmen an die preußische Auffassung. Betrauung des preußischen Bundestagsgesandten mit der Ausarbeitung des Referates. — Vgl. Poschinger III Nr. 175.

---

[2]) Nr. 401.

404. Bericht vom 21. Juli 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Annahme des Bismarckschen Beschlußentwurfs in der holsteinschen Frage. Zurückweisung verschiedener Abschwächungsversuche. Tendenz des Bundestagsbeschlusses. — Vgl. Poschinger III Nr. 176.

*405. Telegramm an den Prinzen von Preußen in Baden.

21. Juli 1858, nachmittags 4 Uhr 50.

Wenn nicht neue Instruktionen bis morgen noch eingehen, so tritt der Exekutionsausschuß unseren Anträgen einstimmig bei. Dieselben entsprechen genau unserem Programm und bei II a desselben der entschiedneren Fassung.

*406. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

21. Juli 1858.

E. K. H. überreiche ich unterthänigst eine Abschrift meines Berichtes an das Ministerium[1]) über die heutige Sitzung der Ausschüsse und den Entwurf eines Beschlusses, mit welchem die Mitglieder des Executions-Ausschusses sich einstweilen und vorbehaltlich der Rückfrage an ihre Regirungen einverstanden erklärten. Die Opposition gegen unsre Auffassung war auch heut noch lebhaft, aber nicht mehr so entschieden wie gestern; die heutige Sitzung währte etwas mehr als 2, die gestrige über 3 Stunden, und ich war in beiden ohne Secundanten; mein Hannövrischer College verhielt sich schweigend. Seine Instructionen sind offenbar mehr darauf berechnet, daß der Geheime Rath Zimmermann zur Function eines Bundes-Commissars gelangt, als darauf, daß die Sache selbst Fortschritte macht. Meine Collegen im Ausschuß haben sich bis Montag Zeit erbeten, glauben aber nicht, daß sie bis dahin andre Instructionen erhalten werden, und ich darf E. K. H. Glück wünschen, daß unsre Ansichten, trotz der Anfangs dürftigen Aussichten, einen vollständigen Sieg errungen haben.

Der Minister-Präsident telegraphirt mir, daß er morgen, am Donnerstag, Abends hier eintreffen werde. Frau von Manteuffel und sein Sohn begleiten ihn. Wenn nicht noch unvorhergesehene Geschäfte eintreten und der Minister nicht länger hier bleibt, so hoffe auch ich am Freitag E. K. H. wiederum meine Aufwartung machen zu dürfen.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich . . .

407. Schreiben vom 26. Juli 1858 an den Prinzen von Preußen, betr. Sitzung des holsteinschen Ausschusses über die Rastatter Frage. — Vgl. Anh. z. G. u. E. I 25 ff.[1])

408. Immediatbericht vom 29. Juli 1858, betr. die Erklärung Hannovers zu dem Ausschußvortrage in der holsteinschen Frage. Undankbarkeit

406. [1]) Nr. 404.
407. [1]) Dort nach dem Konzept. Die Ausfertigung scheint nicht ins Hausarchiv gelangt zu sein.

Hannovers gegen Preußen. Ablehnung des hannoverschen Antrages auf Vertagung. Verwahrung Hannovers. Verhandlung mit Rechberg vor der Abstimmung über die Rastatter Frage. Majorisierung Preußens. Gedrückte Stimmung nach der Entscheidung. — Vgl. Poschinger III Nr. 178 und 177. S. 382 Z. 5 ist für „Unwahrscheinlichkeit" zu lesen „offenbare Frivolität".

409. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

1. August 1858.

E. E. beehre ich mich in der Anlage die Erklärung g. g. zu überreichen, welche Hannover in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit in der Sitzung der Bundesversammlung vom 29. Juli abgegeben hat.

Aus den öffentlichen Blättern werden E. E. inzwischen ersehen haben, welche Stellung die hannoversche Regierung vor der öffentlichen Meinung dem Ausschuß und auch uns gegenüber zu nehmen beabsichtigt. Vielleicht empfiehlt es sich, abzuwarten, wie sich die österreichische Presse zu dieser Erscheinung verhalten wird; aber auch von unserm Standpunkte wird m. g. D. nicht ganz darauf verzichtet werden können, den hannoverschen Publikationen entgegenzutreten. Das Unrichtige derselben liegt besonders darin, daß Hannover nach der dänischen Erklärung vom 15. v. M. vierzehn Tage lang mit seiner eigenen Auffassung zurückgehalten und eine zuwartende Stellung eingenommen hat, obschon die ersten Auslassungen der süddeutschen Ausschußmitglieder die vollste Aufforderung zu eigener Meinungsäußerung enthielten. Auch die von uns vorgeschlagenen Ausschußanträge hat Hannover nach erster Lesung rückhaltslos gebilligt und tritt nun noch mehr gegen diese als gegen die Motive in der Presse auf. Augenscheinlich hat man gewartet, bis das Ausschußgutachten festgestellt war, um dann mit einem Separatvotum darüber hinauszugehen. *Hannover hat uns den Beistand, den wir ihm in dem Verfassungsstreit, bei der Wahl zum Exekutionsausschusse und noch energischer damals leisteten, als es mit seiner Erklärung vom 25. Februar c. durch die Majorität zurückgewiesen wurde, wenig gedankt. Man hat gegen den Prinzen Ysenburg, um die innewohnende Hinneigung zu Oesterreich zu rechtfertigen, die ungerechtesten Anklagen über unser Verhalten erhoben; man hat in der Rastatter Sache die schärfste Parteistellung ohne Not sich angeeignet und bezeigt sich in bezug der Eisenbahnbauten keineswegs rücksichtsvoll gegen Preußen.*

Wir haben es Hannover wesentlich erleichtert, in der holsteinschen Sache eine hervorragende Rolle zu spielen; wenn es diese aber benutzen will, um, mit auf unsere Kosten, sich eine wohlfeile Popularität zu erwerben, wohlfeil besonders deshalb, weil Hannover die Konsequenzen seiner Sonderpolitik niemals allein oder vorzugsweise zu tragen und zu verantworten haben wird, vielmehr nur auf Rechnung des preußischen und deutschen Rückhaltes hin soviel Mut und Nationalgefühl entwickelt, so dürfte es vielleicht an der Zeit sein, in Hannover vertraulich darauf aufmerksam zu machen, daß unser Wohlwollen für den befreundeten Nachbarstaat, solange es nur einseitig betätigt wird, nicht unerschöpflich ist, sondern daß es zu seiner Erhaltung einer gewissen Reziprozität bedarf.

Am Schluß dieses g. Berichts geht mir E. E. h. Erlaß mit dem Bericht des Grafen Flemming vom 29. v. M. zu. Da man annehmen darf, daß Graf Buol nicht die Absicht hat, den Eindruck dänischer Konzessionen abzuschwächen, so zeigt es, m. g. D., einen

Mangel an Urteil, wenn er die Forderung in II 1 wegen des inneren Ministeriums aus dem Beschluß fortgelassen wissen will. Der Eindruck wird gerade ein stärkerer sein, wenn bei Prüfung der Erfüllung des Beschlusses durch Dänemark eine jedenfalls durch die gemachte Konzession erledigte Position in dem Beschlusse stehen bleibt.

410. Vertraulicher Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

2. August 1858.

Nach einer mir aus dem h. Ministerium zugehenden Privatmitteilung des Prinzen zu Ysenburg scheint es, daß Österreich in Hannover sich unter der Hand den Anschein geben will, als ob es der hannoverschen Auffassung in der holsteinschen Frage näher stände und zu einem Kompromiß mit Hannover über die definitive Beschlußfassung bereit wäre. Meines g. Dafürhaltens können wir uns durch diese Nachricht in unserer bisherigen Haltung nicht irre machen lassen. Es bleibt zunächst dahingestellt, ob die Nachricht überhaupt wahr ist, und ob nicht vielmehr Graf Platen und der Staatsrat Zimmermann dem Prinzen Ysenburg unrichtige Mitteilungen machen, um Preußen zu einem Wettstreit mit Österreich um die Gunst Hannovers anzureizen. Es ist immerhin wahrscheinlich, daß das Wiener Kabinett, wie in den bisherigen Phasen der Angelegenheit, so auch jetzt, bestrebt sein wird, seine Gesinnungen in einem dem Könige von Hannover möglichst angenehmen Lichte darzustellen, soweit dies auf Kosten Preußens und durch Worte, welche zu nichts verbinden, geschehen kann. Aber es ist in der Tat nicht ersichtlich, welche Änderungen in dem vorliegenden Beschlußentwurf Österreich in Gemeinschaft mit Hannover etwa befürworten könnte. Das Exekutionsverfahren ist eingeleitet, und die allerschärfsten Entschließungen, welche Hannover etwa beantragen möchte, können ohne formellen Rechtsbruch etwas weiteres als die beantragte Aufforderung nach Artikel 3 der Exekutionsordnung auch nicht zutage fördern. Eine solche Aufforderung kann entweder gar keine Antwort Dänemarks zur Folge haben; dann erfüllt sich die Exekutionsordnung ohne weiteres nach Artikel 4, oder es folgt eine Antwort, dann muß diese unter allen Umständen geprüft werden. Wird diese Prüfung in der von Hannover gewünschten Form eingeleitet, d. h. durch Abgabe der dänischen Antwort seitens der Ausschüsse an die Bundesversammlung, so hat letztere weiter nichts zu tun, als das Aktenstück an dieselben Ausschüsse zur Prüfung zurückzugeben, und der Unterschied liegt lediglich in dem Zeitverlust, welchen der Weg Hannovers mit seinem Durchgange durch das Protokoll und den Aufschub der Ausschußberatungen bis zur Unterschrift des Protokolls mit sich bringt. Das Gutachten der Ausschüsse, in welchen die bedeutendsten Regierungen vertreten sind, wird immer unvermeidlich und das entscheidende Moment für die Beurteilung der dänischen Mitteilungen sein.

Die einzige wirkliche Abweichung der hannoverschen Auffassung liegt schließlich in der Frage, ob der Gesandte für Holstein persönlich vor den Ausschüssen erscheinen, oder seine Mitteilungen schriftlich machen soll. Darüber aber dürfte kein Zweifel sein, daß die letzteren umfassender und offener zu erwarten sind, wenn die erste Eröffnung vertraulich und mit mündlichen Erläuterungen gemacht werden kann. Der Weg Hannovers führt allerdings mit mehr Wahrscheinlichkeit und schneller zur militärischen Okkupation Holsteins und zum Bundeskommissariat des Staatsrats Zimmermann. In meinen bisherigen Berichten habe ich mir erlaubt, die Gründe darzulegen, aus denen ich die Exekution nicht

für etwas an sich Wünschenswertes, sondern nur für eine eventuelle Notwendigkeit auf den Fall ansehe, daß wir Gewißheit über die Unaufrichtigkeit der Absichten Dänemarks erlangen. Will Dänemark ehrlich unterhandeln, so ist es auch für uns ratsam, diesen Weg nicht zu erschweren oder zu sperren. Der Austritt des Ministers Andrae, die Abstellung des innern Ministeriums und die Bereitwilligkeit, nur holsteinsche Truppen zur Inspektion zu stellen, sind Symptome eines Systemwechsels in Kopenhagen. Erweisen sie sich als trüglich, so kann die Beurteilung einer dänischen Antwort durch die Ausschüsse so streng und der weitere Fortschritt im Exekutionsverfahren ein so rascher sein, als es der hannoverschen Regierung irgend gefällig ist. Erschweren oder versagen wir aber den Dänen die Betätigung einer etwaigen Sinnesänderung, so führen wir ihnen wiederum die vollen Sympathien der auswärtigen Mächte zu. Dieselben Kreise, von welchen jetzt in einem Teil der deutschen Presse ein blinder Lärm ausgeht, weil sie mit der Sachlage und den politischen Verhältnissen kaum oberflächlich vertraut sind, würden, wenn man ihren vagen Deklamationen zu genügen versuchte, deshalb nicht minder bereit sein, die Regierungen, von welchen sie mit Recht ein besseres Verständnis und mehr Besonnenheit als von sich verlangen, für die Versäumnis alles dessen, was auf anderm Wege hätte erreicht werden können, verantwortlich zu machen.

Ich sehe nach wie vor in dem Verhalten der hannoverschen Regierung nur das Bestreben, ohne Rücksicht auf die Sache selbst und auf Kosten anderer Bundesstaaten die Unwissenheit und Erregtheit der öffentlichen Meinung auszubeuten, um auf diesem Wege die eigene Impopularität im Lande zu vermindern und zugleich die persönlichen Wünsche einiger Staatsmänner zu befriedigen. Meines g. Dafürhaltens können wir ruhig abwarten, zu welchen Schritten Hannover etwa die Initiative ergreifen, und wie Österreich sich zu denselben verhalten wird. Nur erlaube ich mir ehrerbietigst anheimzustellen, ob nicht in der Presse ein Anstoß dahin zu geben wäre, daß der bereits publizierte Beschlußentwurf und nicht minder die Haltung Hannovers gegen denselben in unserem Sinne und vielleicht unter Benutzung des vorstehend Vorgetragenen kommentiert werden.

411. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

3. August 1858.

In Anknüpfung an dasjenige, was ich in meinem Immediatbericht vom 29. Juli in betreff der Abstimmung von demselben Tage über die Rastatter Frage gesagt habe, erlaube ich mir E. E. nachstehendes g. vorzutragen.

Die Abwehr des Druckes, welchen Österreich mit der antipreußischen Majorität am Bunde auf uns übt, wird besonders dadurch erschwert, daß für das Verhalten am Bunde jederzeit die bundesfreundlichen Gesinnungen und die Hingebung für die Interessen des Bundes als allein maßgebend in der offiziellen Sprache angenommen werden. Dabei identifiziert man Deutschland und seine Interessen mit der Bundesversammlung und dem Willen der Majorität in derselben. Dieser Fiktion entgegenzuarbeiten, liegt in unseren Bedürfnissen, weil durch dieselbe unsere Gegner mit dem Nimbus ausgerüstet werden, welcher den nationalen Ideen in Deutschland eigen ist. M. E. müssen wir zu dem Ende jede sich darbietende Gelegenheit ergreifen, um das Institut des Bundes auf das ihm durch den unzweifelhaften Inhalt der Verträge angewiesene Niveau einer Anstalt zur äußeren und

inneren Sicherheit des Bundesgebietes zurückzuführen, und um uns den Schlingen eines Sprachgebrauchs zu entziehen, welcher der Annahme Vorschub leistet, daß unsere Gesinnungen für Deutschland nach unserer Fügsamkeit gegen die Majorität der Bundesversammlung zu bemessen sind. In der Rastatter Frage haben uns unsere Bundesgenossen eine, wie mir scheint, besonders passende Veranlassung geboten, um uns von unbequemen Pflichten, welche uns die bei jedem Bundesgliede legal präsumierten bundesfreundlichen Gesinnungen auferlegen könnten, loszusagen und vor der Öffentlichkeit zu konstatieren, daß mit Ministerien und Regierungen, welche in so rücksichtsloser Weise mit dem vornehmsten deutschen Staate umgehen, eine gedeihliche und die Interessen Preußens hinlänglich beachtende Entwicklung der deutschen Verhältnisse nicht zu erwarten ist. Ich habe bereits erwähnt, wie ungern meine Kollegen an die fragliche Abstimmung gingen, und wie lebhaft in ihnen das Gefühl ist, daß sie uns aus Konsequenzmacherei eine ungerechte Verletzung angetan haben. Derselbe Eindruck wird in der öffentlichen Meinung bei eingehender Besprechung ziemlich allgemein geteilt werden. Hierin sehe ich den Vorteil, den wir durch Herbeiführung der Abstimmung gewonnen haben, und den wir m. g. D. entschlossen benutzen sollten, um uns dem Einfluß, welchen Österreich und seine Majorität durch Ausbeutung der Bundeseinrichtungen in ihrem Sinne auf uns üben, mehr als bisher zu entziehen.

Zur Verfolgung dieses Vorteils würde m. E. nötig sein, daß wir zunächst in einer Erklärung zu Protokoll konstatieren, wie wir uns durch das Verfahren der Majorität verletzt und in der Stellung, welche wir am Bunde beanspruchen, beeinträchtigt fühlen, und daß wir unsere ferneren Beziehungen zur Bundesversammlung dieser Überzeugung entsprechend einrichten werden. Wenn wir in dieser Weise von der uns angetanen Kränkung Akt nehmen, so gewinnen wir damit einen nutzbaren Vorwand, den wir etwaigen Zumutungen, welche die Mitglieder der Majorität an unsere bundesfreundliche Gesinnung stellen werden, nach unserer Konvenienz entgegenhalten können. Ich glaube nicht, daß wir bald eine so günstige Gelegenheit wieder finden werden, um die drückenden Anstandspflichten in etwas zu lösen, welche die Voraussetzung einer alle Sonderinteressen ausschließenden bundesfreundlichen Begeisterung uns auferlegt. Unsere Gegner sind sich darüber klar, daß sie ungeschickt gehandelt haben, indem sie uns die Rolle eines ungerecht Gekränkten zuschieben, und werden die Wiederkehr dieser Situation zu verhüten suchen. Den unmaßgebl. Entwurf[1]) einer derartigen Erklärung beehre ich mich g. beizufügen . . .

412. Entwurf einer Protokollerklärung Preußens am Bundestage vom 3. August 1858 wegen Änderung der preußischen Bundespolitik im Hinblick auf das Verhalten der deutschen Bundesgenossen. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte, S. 273 ff.

413. Bericht vom 4. August 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Ausschließung der Motive des holsteinschen Ausschußberichts. Haltung Österreichs gegenüber der Sonderstellung Hannovers. Aussicht auf eine weitere Ausführung seines Separatvotums. Kritik der hannöverschen Politik in der Herzogtümer-Frage. Unmöglichkeit einer Wahl Hannovers in den Exekutions-Ausschuß. Vgl. Poschinger III Nr. 182.

---

[1]) Vgl. Nr. 412.

414. Schreiben an den Prinzen von Preußen.

[Eigenhändig.]

4. Auguſt 1858.[1])

Soeben habe ich durch den Miniſter-Präſidenten die Abſchrift eines Schreibens Sr. K. H. des Großherzogs von Oldenburg nebſt dem Hanöverſchen Promemoria über die Holſteiniſche Sache erhalten. Ich glaube, dem Auftrage, mich über beide Schriftſtücke zu äußern[2]), nicht beſſer entſprechen zu können, als durch Einſendung der beifolgenden Abſchriften meiner beiden letzten nach Berlin erſtatteten Berichte.

Die ganze Angelegenheit iſt beſonders in der Beziehung eine ſchwierige, daß die öffentliche Meinung Erwartungen hegt, welchen die deutſchen Regirungen vorausſichtlich mit dem beſten Willen und der größten Energie doch nicht vollſtändig werden entſprechen können. Die Gründe hiervon ſind dem Publikum und den Zeitungs-Redactionen, welche dasſelbe belehren oder aufregen wollen, zum größten Theil nicht klar, weil nicht viele Menſchen außerhalb der Regirungskreiſe die Sachlage in den Herzogthümern, den Inhalt der Verträge über dieſelben, die Bundesgeſetze und die Beziehungen der auswärtigen Großmächte zu der Sache gründlich genug kennen, um richtig zu würdigen, was möglich und was zweckmäßig iſt. Es iſt daher nicht zu verwundern, wenn in den Zeitungen viele unklare Declamationen ſtehn, welche ins Gelag hinein tadeln, was geſchieht, ohne etwas Beſſeres und dabei nach dem Rechte und den Umſtänden Ausführbares vorzuſchlagen. Zu beklagen aber iſt es, wenn eine der Regirungen ſelbſt, obſchon ſie alle Schwierigkeiten kennt, dieſelben dadurch vermehrt, daß ſie in das Geſchrei und die Verdächtigungen des großen Haufens mit einſtimmt, um für ſich ſelbſt eine günſtige Meinung auf Koſten der Andern zu gewinnen.

In den Gegenbemerkungen Hanovers iſt ein übermäßiges Gewicht auf die Motive des Ausſchußvortrags gelegt. Der dortigen Regirung muß aber bekannt ſein, daß die Motive eines Antrags am Bunde niemals als Theil des Beſchluſſes angeſehn werden, und daß Niemand, der den Anträgen zuſtimmt, ſo angeſehn wird, als eigne er ſich zugleich die Motive damit an. Die letztern werden daher nicht einmal als eine Quelle für die Interpretation des Beſchluſſes zugelaſſen, ſondern ſie gehören lediglich der Majorität des Ausſchuſſes an und kommen für die Bundesverſammlung, für die Wirkung und Auslegung des Beſchluſſes gar nicht in Betracht. Wenn dieſes nicht feſtſtehende Praxis wäre, ſo würde ich allerdings auch im Ausſchuß einigen Stellen der Motive noch beſtimmter widerſprochen haben. Des öffentlichen Eindruckes wegen kann man bei der Abſtimmung noch ausdrücklich erklären, „daß man ſich die Motive nicht aneigne". Es gibt eine Beſchlußform, bei welcher die Motive ausdrücklich mit hineingezogen werden. Dieſe wurde z. B. bei dem Beſchluß vom 20. Mai, durch ausdrückliche Bezugnahme in Nr. 1 des Beſchluſſes auf den Vortrag, ſo wie bei einigen Beſchlüſſen in der orientaliſchen Angelegenheit zur Anwendung gebracht, und hat dann mitunter die Folge, daß manche Vota beſonders erklären, daß ſie die Motive nicht mit annehmen. Wenn aber bei der gewöhnlichen Antragsform, wie ſie im gegenwärtigen Falle geſtellt iſt, ähnliche Erklärungen vorkommen, ſo pflegt jedesmal darauf bemerkt zu werden, daß ſie überflüſſig ſeien, da jedes Votum nur den Anträgen, nicht den Motiven gelte.

---

[1]) Bei Poſchinger III S. 394 ff. nach einer Abſchrift gedruckt. — Auf dem Original eigenhändige Randverfügung des Prinzen von Preußen.

[2]) Dieſer Auftrag war Bismarck von Manteuffel unterm 2. Auguſt aus Oſtende zugegangen.

Die Bedenken, welche ſich nicht gegen den Antrag, ſondern nur gegen die Motivirung richten, ſind alſo m. u. D. müßig, und wird jeder Skrupel in dieſer Beziehung auch bei dem mit den Geſchäftsformen des Bundes unbekannten Publikum fallen, wenn den Abſtimmungen jene Clauſel, welche die Motive ausſchließt, ausdrücklich beigefügt wird. Ich zweifle nicht, daß die meiſten Stimmen dazu bereit ſein werden, vielleicht mit Ausnahme Baierns, von dem die Motivirung herrührt, und welches den Zuſatz für überflüſſig erklären wird. Graf Rechberg war auf meine Frage ſchon heut damit einverſtanden.

Was nun die Anträge ſelbſt anbelangt, ſo weichen dieſelben in einer Beziehung von dem von E. K. H. genehmigten Programm in etwas ab. In Betreff der Geſetze, welche außer Kraft zu treten haben, ſollte nach Nr. 2a jenes Programms von ihrer Aufhebung, als ob ſie geſchehn ſei, Act genommen und Dänemark der Widerſpruch überlaſſen werden. Jetzt aber iſt beantragt, daß Dänemark ſich ausdrücklich darüber erklären ſoll, ob ſie außer Wirkſamkeit ſeien; dieſes entſpricht der Alternative des Programmes unter 2a am Schluß des Satzes. Die Faſſung iſt dadurch inſofern eine ſtärkere geworden, als Dänemark nun nicht bloß durch ſein Stillſchweigen zu unſrer Interpretation, ſondern durch eine poſitive Äußerung zugeſtehn ſoll, daß jene Beſtimmungen außer Kraft treten. Dieſer Punkt wird für Hanover keinen Anlaß zur Kritik geben, da es im Ganzen darüber klagt, daß wir in die Däniſche Erklärung mehr hineingelegt hätten, als darin ſei, und dieſer Beſchuldigung würden wir durch die zuerſt erwähnte Faſſung Vorſchub geleiſtet haben.

Am meiſten entſtellt iſt in den Hanöverſchen Auslaſſungen der Paſſus der Anträge, welcher ſich auf das Erſcheinen des däniſchen Geſandten im Ausſchuß bezieht. Der Vertreter Dänemarks ſoll nicht als Mitglied im Ausſchuß figuriren, wie die offizielle Hanöverſche Preſſe fälſchlich andeutet, ſondern er ſoll vor dem Ausſchuſſe erſcheinen, um ihm Mittheilungen zu machen. Die Form einer „Einladung" iſt eine diplomatiſche Höflichkeit für den Begriff der Citation. Die Ausrede der Dänen, daß ſie eine Verfaſſung, über deren Inhalt ſie noch mit den Ständen der Herzogthümer verhandeln müſſen, um ſie rechtskräftig einführen zu können, nicht als fertiges Actenſtück zu dem Bundesprotokoll geben können, iſt eine plauſible, und wird ihnen dadurch benommen, daß man die vertrauliche Vorlage im Ausſchuß wählt. Wenn der Geſandte perſönlich, auf eine ſechs Wochen vorher bekannte Einladung, im Ausſchuſſe erſcheint, ſo muß er über alle Unklarheiten der Mittheilungen ſeiner Regirung inſtruirt und im Stande ſein, Auskunft zu geben, oder man wird auf dieſem Wege ſchneller dahinter kommen, daß keine aufrichtige Bereitwilligkeit zu Conceſſionen vorhanden iſt, als auf dem einer umfangreichen ſchriftlichen Mittheilung an die Verſammlung, nach deren Verleſung der Geſandte ſich in diplomatiſches Schweigen hüllt und dem Bunde die Prüfung des Geſchriebenen überläßt. Von einer Zuſage, mit Dänemark zu unterhandeln, wie Hanover annimmt, ſteht in dem Ausſchußantrage gar nichts; ſogar aus den Motiven ſind auf mein Verlangen die darauf bezüglichen Andeutungen des bairiſchen Geſandten geſtrichen worden. Das ganze Verfahren hält ſich rein und correct im Executionswege, und wird der erſten Aufforderung nicht genügend entſprochen, wobei wir ja den ſtrengſten Maßſtab anlegen können, ſo ſteht nichts im Wege, zur zweiten Sommation nach Artikel IV der Executionsordnung überzugehn, ohne daß Zeit verloren wäre. Daß Dänemark dabei für den Fall, daß es aufrichtig einlenken will, die Gelegenheit dazu geboten wird, liegt im deutſchen Intereſſe ſelbſt, denn die militäriſche Execution, auf welche Hanover hindrängt, fördert die Sache an ſich nicht. Einer der hervorragendſten Führer der Oppoſition in Holſtein ſchrieb mir in dieſen Tagen: „Wenn Sie uns 10000 oder gar 40000 Mann ins

Land schicken, so werden Sie uns Speck und Brot theuer machen, aber verfassungsmäßige Zustände werden Sie uns damit noch nicht schaffen.“ Die militärische Occupation der Herzogthümer kann Ehren halber und als weiteres Executionsmittel demnächst unvermeidlich werden, aber sie hat viele unwillkommne Seiten, und es wäre eine Täuschung, wenn man mit ihrem Eintritt den Streit als beendigt oder als leicht zu beendigen ansehn wollte. Rathsam erscheint es daher, vorher die Probe zu machen, ob Dänemark sich nicht ohne dieses Mittel zum Ziele legt, und ihm jede zulässige Facilität hierzu zu gewähren. Dazu gehört aber namentlich, daß man ihnen vertrauliche Aussprache vor dem Ausschusse gestattet, und sie nicht nöthigt, Alles, was sie concediren wollen, von Hause aus in Einem fertigen Actenstücke in das öffentliche Protokoll niederzulegen.

Ich habe oben noch zu erwähnen vergessen, daß Graf Rechberg mir in Betreff der Motive zu den Ausschußanträgen sagte, er betrachte sie als lediglich für England und Frankreich bestimmt, und glaubt, daß sie dort gute Wirkung thun würden.

Ich erlaube mir unterthänigst, dieser Expedition noch die Abschrift eines heut in Betreff der Rastatter Sache nach Berlin eingereichten Antrages beizufügen. Über die später dieser Angelegenheit zu gebende Wendung habe ich vielleicht die Ehre, E. K. H. mündlich demnächst Vortrag erstatten zu dürfen. Wenn in der Sitzung am 12. der Beschluß wegen Holstein gefaßt wird, woran bisher ungeachtet der Bemühungen Hanovers für weitre Vertagung alle meine Collegen festhalten, so will das Präsidium den Ausfall der drei nächsten Sitzungen, bis zum Eingang der dänischen Antwort, vorschlagen. Wenn das beschlossen wird, so würde ich um Urlaub in der Zwischenzeit unterthänigst einkommen und im Falle einer gnädigen Bewilligung auf meiner Reise nach Hause mich in Berlin melden. In tiefster Ehrfurcht verharre ich . . .

415. Privatschreiben an den Wirkl. Geh. Legationsrat Balan.

[Eigenhändig.]

4. August 1858.[1])

Verehrtester Freund. Ich überhäufe Sie mit Berichten,[2]) aber ich thue es nicht gern, denn es ist noch unangenehmer, sie zu machen als sie zu lesen. Ich fürchte, Ysenburg läßt sich in Hanover die Jacke volllügen und einängstigen; Zimmermann ist zu lange im östreichischen Lager gewesen, um das nicht zu verstehn.[3]) Von Ostende habe ich bisher nichts erhalten; sobald mir die in Aussicht gestellte Instruction vom 2. zugeht, werde ich die telegr. gewünschte Mittheilung machen. Ich hoffe nicht, daß unsre Spitzen in Ostende sich von Hanover tyrannisiren lassen; wir haben ja bei Prüfung der verlangten dänischen Antwort alle Freiheit, zu züchtigen oder loszulassen, und können bei dem mindesten Symptom von der alten unaufrichtigen Halsstarrigkeit mit dem ganzen furor Teutonicus auf den Dänen losstürzen. Der Ihrige.

416. Immediatbericht vom 6. August 1858, betr. die Verlesung des hannoverschen Separatvotums in der holsteinschen Frage. Entrüstung in der Bundesversammlung darüber. Charakteristik des Votums. Sein Zweck:

---

[1]) Nach dem Abdruck im Bismarckjahrbuch Bd. VI S. 71 f.
[2]) Nr. 410—413. Manteuffel weilte mit dem Prinzen von Preußen in Ostende.
[3]) Zimmermann war 1849/50 in österreichischen Diensten.

Irreführung der öffentlichen Meinung. Vorschläge der Gesandten hinsichtlich der geschäftlichen Behandlung des Votums. Mißlingen der Versuche, die Formfrage auszugleichen. Zurückweisung des Votums durch die Bundesversammlung. — Vgl. Poschinger III Nr. 184. S. 400, letzte Zeile, sind am Schluß die Worte „vollständige Garantie gewährt" ausgefallen, S. 402 Zeile 12 v. u. lies „Erweiterung" statt „Erörterung", Zeile 10 v. u. ist „so" vor „ungewöhnlicher" einzuschalten. Die Sperrungen rühren meist von Poschinger her. Am Schluß ist folgende Stelle fortgeblieben:

In vertraulichen Besprechungen nach der Sitzung machte sich die Erbitterung über Hannover ohne Rückhalt Luft; man erklärte den Staatsrat Zimmermann und die von ihm geleitete Politik Hannovers für die besten Bundesgenossen Dänemarks, und daß nunmehr wohl jede Möglichkeit abgeschnitten sei, Hannover bei der bevorstehenden Neuwahl in den Exekutionsausschuß aufzunehmen. In der Tat erscheint das Verfahren Hannovers als ein ebenso schädliches für die Sache selbst, wie rücksichtslos für die übrigen Bundesgenossen und insbesondere für Preußen.

417. Immediatbericht vom 7. August 1858, betr. fernere Charakterisierung des neuesten Verhaltens Hannovers in der holsteinschen Frage. Hinterhaltigkeit und Taktlosigkeit desselben. Selbstüberschätzung Hannovers. Seine Hintergedanken. Notwendigkeit des Festhaltens an der preußischen Position. Duplizität der österreichischen Politik gegen Hannover. Allgemeine Billigung der Zurückweisung des Separatvotums. — Vgl. Poschinger III Nr. 185. S. 405, Zeile 12 des Textes ist „Dank", Zeile 17 „Schmähschrift" zu sperren.

418. Schreiben vom 10. August 1858 an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz v. Kleist-Retzow, betr. die Erwerbung einer evangelischen Garnisonkirche in Mainz. — Vgl. Poschinger III Nr. 186.

419. Bericht vom 10. August 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Formulierung der preußischen Abstimmung über die Anträge des Exekutions-Ausschusses in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 187.

420. Immediatbericht vom 13. August 1858, betr. die Verwahrung Hannovers gegen die Zurückweisung seines Separatvotums. Annahme der Anträge des Exekutions-Ausschusses in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 188.

*421. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

Stolpmünde, 2. September 1858.

E. E. geehrtes Schreiben vom 26. v. M.[1]) habe ich gestern mit g. Danke erhalten, nachdem es mir in die Häuser verschiedner Pommerscher Vettern, welche ich besucht

[1]) Abgedruckt im Bismarckjahrbuch III S. 185 f.

hatte, gefolgt war, ohne mich zu erreichen. Wenn E. E. von mir ein Gutachten über die Beantwortung des Briefes an Gr. Buol[2]) erfordert hätten, so würde ich sehr mit mir zufrieden sein, wenn ich die Antwort grade so vorgeschlagen hätte, wie sie gegeben worden ist. Der dreisten Stirn, mit der Gr. Buol die östreichische Strebsamkeit für Selbstverläugnung und versöhnliche Gesinnung ausgiebt, ist mit der Macht der Wahrheit fest entgegengetreten und dabei doch unsrerseits jede mögliche Verträglichkeit an den Tag gelegt, indem wir uns bereit erklären, den wirklichen status quo ante, d. h. die Thatsache der östreichischen Occupation ohne beschlußmäßige Anerkennung herzustellen und binnen Jahr und Tag nicht anzufechten. Es wäre wohl gut, daß dieses unser Anerbieten bekannt würde. Ich glaube nicht, daß Gr. Buol seine Drohung wahr macht und zum Majoritätsbeschluß schreitet, nachdem er aus E. E. Antwort gesehn hat, daß wir fest halten; besonders der Schluß derselben wird seine Wirkung nicht verfehlen. Aber wahrscheinlich wird er doch nicht ohne Weitres auf den diesseitigen Vorschlag eingehn, sondern noch neue Versuche machen, ob er uns nicht etwas abdringen kann, und zu diesem Behuf im Militär-Ausschuß die Haltung annehmen, als wolle man nunmehr rücksichtslos vorgehn. Aber unsre Position bleibt unangreifbar, so lange wir sie nicht räumen.

Ich darf die weitre Besprechung der Sache wohl auf meine Anwesenheit in Berlin verschieben, wo ich am Sonntag früh mit der Ostbahn einzutreffen hoffe. Es fehlt mir sogar an geeignetem Schreibmaterial, wie E. E. aus diesem Format[3]) entnehmen wollen.

Ich habe hier eine Anzahl Mitglieder beider Häuser gesehn: Below, Berg, Blankenburg, Osten, Rexin, Somnitz, Puttkamer und Andre. Bei denselben fand der von der Berliner Revue mitgetheilte Gedanke viel Anklang, die bisherigen Abgeordneten Behufs Ordnung der Regentschaftsfrage nochmals zu berufen,[4]) und das Dementi, welches derselbe in der Kreuzzeitung[5]) erhielt, wurde beklagt. Auch ich glaube, daß die Regirung mit einer bessern Position und mit mehr Erfolg in die neuen Wahlen eintreten würde, wenn jene Angelegenheit vorher abgeklärt würde. Daß überhaupt das Provisorium in der Stellvertretung Sr. Majestät aufhören werde, nimmt man hier allgemein als sicher an, und jene Mitglieder der Landesvertretung, von denen einige in ausgedehnter Correspondenz mit Genossen verschiedner Parteien stehn, waren der Meinung, daß der Landtag die Regulirung der Regentschaftsfrage von allen Parteien dringlich anregen werde, wenn sie nicht vorher von Seiten der Regirung in Angriff genommen werde. Ueber das Befinden Sr. Majestät fehlen hier alle Nachrichten, soweit sie nicht in den Zeitungen stehn.

Die Wahlen dürften hier, nach allem, was ich höre, ziemlich genau so ausfallen, wie die früheren; nur sagt man mir, daß die Wiederwahl Gerlachs in Neustettin zweifelhaft sei, und Arnim-Heinersdorf ihr namentlich entgegen wirke.

Meine Frau und meine Schwiegermutter sagen E. E. ihren verbindlichsten Dank für das freundliche Andenken, welche[s] Sie ihnen bewahren, und ich bitte, Ihrer Frau Gemalin unsre ehrerbietige Empfehlung auszurichten. Mit der ausgezeichnetsten Verehrung . . .

---

[2]) Vom 24. August 1858. Abgedruckt bei Poschinger, Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten von Manteuffel III 288 ff.

[3]) Der Brief ist auf zwei kleinen Oktavbogen geschrieben, während B. zu seinen Privatbriefen an den Minister gewöhnlich Quartbogen benutzte.

[4]) Am 23. Oktober 1858 lief die Stellvertretung des Prinzen von Preußen ab.

[5]) Neue Preußische Zeitung vom 31. August 1858 unter „Deutschland“.

422. Immediatbericht vom 10. September 1858, betr. die Erklärung Dänemarks in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 189.

423. Bericht vom 13. September 1858 an Minister v. Manteuffel: Verwendung für den Leutnant Klüber. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 280.

424. Bericht vom 13. September 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die vertrauliche Ausschußerklärung des dänischen Gesandten in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 190.

425. Bericht vom 15. September 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die Redaktion der dänischen Erklärung in der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 191.

426. Immediatbericht vom 24. September 1858, betr. den Brückenbau bei Kehl. Neuwahl der Exekutionskommission. Ausschluß Hannovers. — Vgl. Poschinger III Nr. 192.

427. Immediatbericht vom 1. Oktober 1858, betr. die eigentümliche Zurückhaltung der deutschen Regierungen in der holsteinschen Frage. Motive ihres Anschlusses an die preußische Politik. — Vgl. Poschinger III Nr. 193. In der drittletzten Zeile des Berichts muß es statt „Verabredung" heißen „Unterredung".

428. Bericht vom 2. Oktober 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. eine Ausschußsitzung zur Entscheidung der Exekution gegen Dänemark. Stimmen für und wider dieselbe. Vorbehalt weiteren Meinungsaustausches. Bestreben der Bundesversammlung, der Bundespolitik in der Herzogtümer-Frage den Stempel einer preußischen aufzudrücken. Vorschläge für die Beantwortung der österreichischen Depesche vom 27. September. — Vgl. Poschinger III Nr. 194. S. 422 am Schluß des ersten Absatzes ist eine Satzgruppe ausgefallen.

429. Immediatbericht.

[Ausfertigung.]

8. Oktober 1858.

. . . In der holsteinschen Angelegenheit hat eine Ausschußsitzung seit derjenigen vom 1. d. M., über welche ich E. M. Ministerpräsidenten berichtet habe, nicht stattgefunden. Graf Rechberg weicht bisher der Besprechung darüber aus, und die übrigen Ausschußmitglieder, mit welchen ich gelegentlich Erörterungen gehabt habe, erklären, die Verständigung beider Großmächte abwarten zu müssen. Die Äußerungen meines K. württem-

bergischen Kollegen waren so charakteristisch, daß ich mir erlaube, dieselben wörtlich anzuführen. Er sagte nämlich: „Ich will gar nicht in Abrede stellen, daß unsere (die Bundes-) Regierungen sich große Erfolge in dieser Sache nicht versprechen und gerade deshalb Preußen mit der Führerschaft die Verantwortlichkeit zuzuwenden bemüht sind, und ich finde es daher natürlich, daß Sie Sich diesem Plane zu entziehen suchen, sobald Sie denselben „gemerkt" haben."

Ich erwiderte ihm, daß wir dies schon längst „gemerkt", aber stets den Mut unserer Meinung gehabt hätten.

Diese Konversation war, wie ich mir a. u. hervorzuheben erlaube, eine durchaus vertrauliche und gelegentliche.

430. Bericht vom 11. Oktober 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Stillstand der Verhandlungen in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit. Instruktion des K. sächsischen Gesandten. Verhandlungen mit Herrn v. Bülow. — Vgl. Poschinger III Nr. 196.

431. Bericht vom 12. Oktober 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. den Briefwechsel Manteuffels mit Buol zwecks gütlicher Erledigung der Rastatter Frage. Deren Behandlung am Bunde. — Vgl. Poschinger III Nr. 197. Dort auch (S. 429 ff.) und noch einmal in Poschingers Veröffentlichung „Unter Friedrich Wilhelm IV., Denkwürdigkeiten des Ministers v. Manteuffel" (Band III S. 288 ff.) der fragliche Briefwechsel im Wortlaut mitgeteilt. Der Briefwechsel befindet sich nicht in den Akten des Auswärtigen Amtes, sondern ist Poschinger aus den Privatakten Bismarcks abschriftlich zur Verfügung gestellt und später, bei Gelegenheit der Veröffentlichung der Manteuffelschen Denkwürdigkeiten nach den Privatakten des Ministers erfolgt. Poschinger bemerkt in „Preußen im Bundestage" III 429 f., innere und äußere Gründe sprächen dafür, daß Manteuffels Antworten von Bismarck während seines Aufenthaltes in Berlin im August 1858 konzipiert worden wären. Daß diese Annahme nicht zutrifft, zeigen die Briefe Manteuffels an Bismarck vom 26. August und 15. September 1858 (Bismarckjahrbuch III S. 185 und 186), die Poschinger selbst in den Denkwürdigkeiten Manteuffels III S. 293 f. abdruckt, ohne seine frühere Annahme zu korrigieren.

432. Bericht an Minister v. Manteuffel.

[Ausfertigung.]

16. Oktober 1858.

Graf Rechberg teilte mir gestern mit, daß von Wien aus in betreff der holsteinschen Angelegenheit eine Antwort auf den diesseitigen Erlaß vom 6. d. M.[1]) ergangen sei, in welcher das Wiener Kabinett seine Ansichten mit voller Klarheit dem unsrigen vortrage und empfehle. Dieselben seien allerdings nicht in Einklang mit den von mir bisher im Ausschuß vertretenen; indessen hoffe Graf Rechberg, daß infolge der Wiener Aus-

[1]) Vgl. Poschinger III S. 426, Anm. 1.

lassung meine Instruktionen vielleicht modifiziert und den Anschauungen, welche er selbst vertrete, angenähert werden würden; er sprach deshalb den Wunsch aus, daß ich die Weisungen, welche mir infolgedessen von E. E. zugehen würden, zunächst abwarten und nicht darauf dringen möchte, daß schon heute eine Ausschußsitzung abgehalten werde. Wenn ich es dennoch verlange und in derselben unsern bisherigen Standpunkt entschieden festhalten wollte, so würde sich zwar Graf Rechberg schließlich unserer Ansicht anbequemen müssen. Es sei indessen doch wünschenswert, daß auch vorübergehend eine Meinungsverschiedenheit beider Kabinette nicht zum Ausdruck gelange.

Ich erklärte mich bereit, für heute keine Sitzung zu verlangen und bei E. E. darüber anzufragen, ob ich eine solche auf Montag beantragen solle. Am Montag nachmittag würde ich mich auf einige Tage nach Berlin begeben, und falls mir nicht anderweite Weisungen von E. E. zugingen, so würde ich, wie bisher, auf Grund persönlicher Überzeugung, an den im Ausschuß vorgetragenen Ansichten festhalten.

Graf Rechberg äußerte sich gegen mich und andere mit Empfindlichkeit darüber, daß unsere Depesche vom 6. d. M. an die übrigen Höfe, und zwar, wie er behauptet, an einige früher als nach Wien, mitgeteilt worden sei. Ein besonderes Licht auf die Absichten des Wiener Kabinetts wirft noch der Umstand, daß über den Inhalt unserer erwähnten Depesche die übertriebensten Gerüchte nach Paris und London hin mitgeteilt worden sind, und zwar nach England hin durch Vermittlung von Sir Alexander Malet, der seine Auffassung wiederum dem Grafen Rechberg verdankt. Er hat sich einreden lassen, daß wir die übertriebensten, der Politik des Geheimen Staatsrats Zimmermann vollständig entsprechenden Forderungen aufstellen. Ich habe auf vertraulichem Wege bereits Veranlassung getroffen, daß der wirkliche Inhalt der Depesche zur Kenntnis des Grafen Malmesbury gelangt, möchte aber E. E. g. anheimstellen, ob dieses Aktenstück nach seiner gemäßigten und milden Fassung sich nicht dazu eignet, wörtlich in London vertraulich mitgeteilt zu werden. Es dürfte sich dies auch um deshalb empfehlen, weil in demselben der bei englischen Politikern so verbreiteten Meinung widersprochen wird, als verfolgten wir in der holsteinschen Frage irgendwelche Interessen einer eigennützigen preußischen Sonderpolitik.

In betreff der eingangs angeregten Frage wegen Abhaltung der Ausschußsitzung würde ich um geneigte telegraphische Weisung bitten, damit die Sitzung event. rechtzeitig angesagt werden kann.

433. Vertraulicher Bericht vom 16. Oktober 1858 an Minister v. Manteuffel, betr. die österreichische Auffassung der Stellung des Präsidiums. Beanspruchung des Ranges eines Botschafters durch den Präsidialgesandten. — Vgl. Poschinger III Nr. 199.

434. Privatschreiben an Minister v. Manteuffel.

[Eigenhändig.]

28. Oktober 1858.

E. E. zeige ich g. an, daß die heutige Sitzung „wegen Verhinderung mehrer Gesandten“ vom Präsidium abgesagt worden ist. Die Verhinderten sind die von Baiern und

Würtemberg, welche krank sind, und der Badische, welcher sich in Carlsruh befindet. Gegenstände von Erheblichkeit liegen überdies nicht zur Verhandlung vor. In Betreff Holsteins sagt mir Gr. Rechberg, daß er eine Ausschußsitzung anberaumen wolle, sobald er von Wien seine Instruction auf unsre Mittheilung vom 23. c.[1]) haben werde. Letztres Actenstück theilte ich ihm mit, und glaubte er, daß er nunmehr angewiesen werden würde, sich der Preußischen Auffassung anzuschließen. Ich sprach ihm wiederholt den Wunsch aus, nunmehr endlich das Referat in Angriff genommen zu sehn, und die Hoffnung, daß die Krankheit des Herrn von Schrenk nicht neue Verzögerungen herbeiführen werde. Der englische Gesandte hat dem Gr. Rechberg zwei Depeschen vorgelesen; die eine ist bestimmt, gewissen Auslegungen zu widersprechen, welche Gr. Platen einer Unterredung zwischen ihm und Lord Malmesbury in Betreff der dänischen Angelegenheit gegeben habe. Die andre scheint identisch zu sein mit den Mittheilungen, welche der englische Geschäftsträger E. E. gemacht hat. Sie deutet an, daß jede Erwähnung Schleswigs die holsteinische Sache zu einer der Cognition der Unterzeichner des Londoner Protokolles anheimfallenden machen werde; sie bezeichnet aber auch die Ausführung der Bundes-Exekution in Holstein als einen Fall, bei dessen Eintritt England nur noch seine eignen Interessen zur Richtschnur für sein Verhalten nehmen werde. Sie ist, nach Angabe des Gr. Rechberg, in ziemlich entschiedenem Tone gehalten. Sir A. Malet hat Abschrift derselben lassen wollen, Gr. Rechberg aber deren Entgegennahme abgelehnt, weil er sie sonst der Bundesversammlung vorlegen müsse, in welcher der Inhalt lebhafte Mißbilligung und eine kräftige Zurückweisung hervorrufen werde. Ich werde mich bemühn, bei meinem englischen Collegen Einsicht der Piece zu erhalten. Dagegen theilte mir Gr. Montessuy so eben ein Schreiben seines Cabinetes und einen Kopenhagner Bericht mit, nach welchen Frankreich hofft, daß Dänemark sich unserm Verlangen wegen der Verfassungsaufhebung fügen werde. Ich hoffe eine Abschrift davon fertig zu bekommen, ehe die Schriftstücke wieder abgeholt werden, obschon sie mir nur zur Einsicht von Gr. Montessuy, den ich eben wieder erwarte, zugestellt sind.

In Betreff Rastatts fragte mich Gr. Rechberg, ob Gr. Buol die Basen, auf denen Östreich und Baden mit uns unterhandeln wollten, bereits in Berlin mitgetheilt habe; sie scheinen also doch schon festgestellt zu sein. Gr. Montessuy wollte von sichrer Hand aus Carlsruh wissen, daß man uns in der That die Betheiligung an der Besatzung zu ⅓ anbieten werde.

Mit der ausgezeichnetesten Verehrung . .

435. **Bericht vom 1. November 1858 an Minister v. Manteuffel,** betr. Vorschläge für die geschäftliche Behandlung der holsteinschen Frage. — Vgl. Poschinger III Nr. 201.

436. **Bericht vom 5. November 1858 an den Prinzregenten,**[1]) betr. den Kehler Brückenbau. — Vgl. Poschinger III Nr. 202. In der 2. Zeile des 3. Absatzes ist zu lesen „Land-“ statt „Lande“.

---

434. [1]) Manteuffel erklärte darin, daß die Buolsche Depesche vom 12. Oktober (vgl. Poschinger III S. 438) eine Änderung in der preußischen Auffassung, wie sie in dem Erlasse vom 6. Oktober enthalten war, herbeizuführen nicht vermocht habe.

436. [1]) Am 23. Oktober 1858 hatte der Prinz von Preußen die Regentschaft übernommen.

437. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

7. November 1858.[1])

Nachdem in der gestrigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse der Vortrag allseitig unterschrieben war, wurde der Wunsch ausgesprochen, denselben schleunigst drucken zu lassen. Obschon diese Arbeit in wenigen Stunden hätte bewirkt werden können, bemerkte doch Graf Rechberg, daß der Druck wegen des dazwischen liegenden Sonntags in den nächsten Tagen nicht erfolgen werde. Da derselbe in der Tat, ungeachtet der augenblicklichen Muße der Präsidialdruckerei, gestern gar nicht in Angriff genommen worden ist, so darf ich daraus schließen, daß Graf Rechberg gestern vormittag schon wußte, welche Mitteilung Herr von Bülow uns am Abend machen würde.

Telegraphisch habe ich E. E. den Inhalt eines Schreibens, durch welches mir Herr von Bülow die erfolgte Aufhebung der Gesamtverfassung anzeigte, bereits gemeldet, und beehre ich mich dasselbe im Original g. g. beizufügen. Heute früh ging mir vom Grafen Rechberg dieselbe Mitteilung mit Abschrift eines gleichlautenden Schreibens des Herrn von Bülow zu; nur enthält das letztere den Zusatz, daß der späte Termin der Einberufung der Stände durch den Umfang der Vorarbeiten motiviert sei. Graf Rechberg schreibt dabei, daß er nunmehr den Druck des Ausschußberichtes zur Vermeidung unnötiger Kosten sistiert habe, und beruft die vereinigten Ausschüsse auf morgen.

Es fragt sich nun, wie unter diesen Umständen die Ausschüsse sich zu verhalten haben werden. Nach E. E. gen. Erlaß vom 4. d. M., welcher mir soeben durch den Depeschenkasten zugegangen ist, bin ich außer Zweifel darüber, daß Hochdieselben an dem Programm festhalten wollen, welches in unserer Depesche vom 6. v. M. aufgestellt worden ist, nachdem letztere zur Kenntnis nicht bloß der deutschen, sondern auch der fremden Kabinette gelangt ist und bona fide die Grundlage der jüngsten dänischen Entschließung gebildet hat, wie dies in E. E. Erlaß an den Grafen Oriolla vom 4. d. M. näher entwickelt wird.

Danach würde m a t e r i e l l die Angelegenheit am Bunde sich dahin zu gestalten haben, daß wir nunmehr das Ergebnis der Verhandlung mit den holsteinschen Ständen abwarten. Eine andere Frage ist aber, in welche Wege f o r m e l l die Entwickelung der dermaligen Sachlage zu diesem Behuf zu leiten sein wird.

Meines u. Dafürhaltens empfiehlt es sich am meisten, die Berichterstattung der Ausschüsse, wie sie gestern beschlossen worden ist, ihren Weg gehen zu lassen, und den Vortrag nichtsdestoweniger am nächsten Donnerstag einzubringen; ein Weg, der m. E. geschäftlich von selbst indiziert ist, wenn nicht vorher eine o f f i z i e l l e Mitteilung der dänischen Regierung über die Aufhebung der Gesamtverfassung an den Bund gelangt. Eine Berichterstattung der Ausschüsse hat der Bund auf Grund des Beschlusses vom 12. August unter allen Umständen zu erwarten, und dieselbe ist durch die Zwischenverhandlungen mit Wien ohnehin schon sehr lange verzögert worden. Fangen die Ausschüsse jetzt, ohne zuvor in der Bundesversammlung ein Lebenszeichen von sich gegeben zu haben, ihre Arbeit auf der Grundlage der gestrigen dänischen Konzession von vorn an, so läßt sich noch nicht absehen, wann und mit welchem Inhalt sie ihren Bericht erstatten werden und welche Wendung der Staatsrat Zimmermann für Hannover der Sache zu geben bemüht

---

[1]) Am 6. November hatte der Prinzregent ein neues Ministerium mit starkem liberalem Einschlage gebildet, in dem der Freiherr v. Schleinitz das Amt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Der Freiherr Otto v. Manteuffel trat in den Ruhestand.

sein wird, wenn der gestern von Hannover unterschriebene Ausschußbericht gänzlich ausfällt und sofort neue Instruktionseinholungen der Ausschußmitglieder und Verhandlungen zwischen den Kabinetten über die Berichterstattung beginnen.

Nach meiner u. Auffassung würde die Einbringung des gestern genehmigten Ausschußvortrages in der nächsten Sitzung vorgenommen werden können, selbst ohne daß auf die Reihenfolge beider Vorlagen Gewicht gelegt würde, da die Ausschüsse mit der gestrigen Vollziehung des Berichts ihre dermalige Aufgabe abgeschlossen haben und die kanzleimäßige Beförderung des Gutachtens an die Bundesversammlung von den inzwischen eintretenden Schritten des dänischen Gesandten nicht mehr affiziert zu werden braucht.

Die Bundesversammlung würde alsdann in derselben, oder vielleicht besser noch in einer der folgenden Sitzungen und unter einfacher Aussetzung der Beschlußfassung am nächsten Donnerstage, beschließen können, die Ausschüsse in Anbetracht der veränderten Sachlage zu anderweiter Berichterstattung aufzufordern. In dem damit eingetretenen Stadium wäre dann, zur Verwirklichung unseres Programms vom 6. Oktober, entweder stillschweigend oder vermöge eines ausdrücklichen Beschlusses der Bundesversammlung, der dänischen Regierung die Frist zur Verhandlung mit den Ständen zu gewähren.

Sollten E. E. mit diesem Operationsplane einverstanden sein, so würde ich um telegraphische Verständigung unter gen. Beschleunigung g. bitten. Soll ich aber, wie es dem Anscheine nach Graf Rechberg wünscht, darauf eingehen, daß der vorliegende Ausschußbericht gänzlich sistiert wird, so würde ich weitere gen. Anweisung für mein Verhalten E. E. g. anheimstellen.

Solange mir eine weitere Instruktion nicht zugeht, und bis zu der morgigen Ausschußsitzung kann es schwerlich der Fall sein, werde ich daran festhalten, daß der von uns vollzogene Ausschußbericht am nächsten Donnerstag der Bundesversammlung vorgetragen werde, da uns aktenmäßig keine Tatsachen vorliegen, welche eine Abweichung von dem geschäftlichen und schon beschlossenen Verfahren begründen könnten.

438. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

8. November 1858.

In der heutigen Sitzung der vereinigten Ausschüsse teilte Graf Rechberg das Privatschreiben des Herrn von Bülow mit, dessen Inhalt ich gestern zu melden mich beehrte, und knüpfte daran die Frage, wie die Ausschüsse sich nunmehr zu verhalten haben würden. Ich hatte ihm schon vor der Sitzung mitgeteilt, daß wir m. A. n. den Geschäftsgang in betreff des Vortrags nicht aufhalten sollten, solange kein aktenmäßiger Grund dafür vorläge, und hatte er meiner Auffassung bereitwillig beigepflichtet, obschon er äußerte, daß seine Instruktionen ihm die Sistierung der Berichterstattung empföhlen. Daß er mit Instruktionen für die nunmehr eingetretene Sachlage bereits versehen war, bestätigt meine gestrige Annahme, daß über den von Dänemark innegehaltenen Gang eine Verständigung mit dem Wiener Kabinett vorher stattgefunden hat.

Ich wiederholte im Ausschusse dasjenige, was ich dem Grafen Rechberg vorher schon gesagt hatte, und fügte hinzu, daß es würdiger erscheine, wenn die Ausschüsse, nachdem so lange Zeit ohne eine Berichterstattung verflossen sei, nicht auf die ersten Anzeigen von Privatbriefen und Zeitungen hin das Ergebnis ihrer Verhandlungen wieder umstießen,

daß für zukünftige Schritte des Bundes in dem Falle eines ungünstigen Ergebnisses der nächsten Verhandlungen eine bessere Grundlage gewonnen werde, wenn der gegenwärtige Bericht zu einem amtlichen Aktenstück würde, und daß es den gemäßigteren Staatsmännern in Kopenhagen selbst erwünscht sein müsse, ihren Gegnern urkundlich nachweisen zu können, welche Entwicklung die Angelegenheit genommen haben würde, wenn sie nicht eingelenkt hätten. Endlich machte ich geltend, daß die Bundesregierungen ein Recht hätten, den Inhalt der Ausschußverhandlungen und namentlich die vertraulichen Mitteilungen des dänischen Gesandten an die Ausschüsse kennen zu lernen.

Die Gesandten von Sachsen, Hannover, Baden und Württemberg traten meiner Ausführung ohne Diskussion bei, und die von Bayern und Kurhessen[1]) ließen ihren anfänglichen Widerspruch demnächst fallen.

Die Ausschüsse waren sonach darüber einig, daß mit dem Druck und der Verteilung des Berichtes unter allen Umständen, und mit der unveränderten Erstattung desselben in nächster Sitzung jedenfalls dann vorgegangen werden sollte, wenn Herr von Bülow nicht noch vor derselben amtliche Mitteilungen über die dänischen Verordnungen vom 6. c. machen würde. Sollte der letztere Fall aber eintreten, so werden die Ausschüsse über ihr formelles Verhalten in einer Zusammenkunft unmittelbar vor der nächsten Donnerstagsitzung sich noch besprechen.

Herr von Bülow wird, wie er mir vertraulich sagte, eine offizielle Mitteilung nur dann machen, wenn er den ausdrücklichen Befehl dazu erhält. Danach scheint es seine persönliche Ansicht zu sein, daß die amtliche Kundmachung des vorliegenden Ausschußberichts in Kopenhagen von Nutzen sein werde.

439. Schreiben vom 9. November 1858 an Minister v. Schleinitz anläßlich der Ernennung desselben zum Minister der auswärtigen Angelegenheiten. — Vgl. Bismarcks Briefwechsel mit Schleinitz Nr. 2.

440. Privatschreiben an Minister v. Schleinitz.

9. November 1858.[1])

E. E. wollen mir gen. gestatten, dem anliegenden Schreiben[2]) einige Zeilen als Privatbrief beizufügen, und damit die Erlaubnis zu fortgesetzten Mitteilungen in dieser Form für solche Gegenstände zu erbitten, welche mir von Interesse zu sein scheinen, ohne sich zu einer aktenmäßigen Behandlung zu eignen.

Zunächst erlaube ich mir nur den Eindruck zu beschreiben, welchen unsere Ministerial-Veränderung[3]) prima facie auf meine Kollegen gemacht hat. Derselbe gewährt immerhin Materialien zur Beurteilung des Standpunktes dieser Herren und teilweis ihrer Regierungen. Durchgehend ist die für das preußische Nationalgefühl befriedigende Wahrnehmung, wie der politische Boden Deutschlands jede Bewegung empfindet, die Preußen macht, um sich zu einer positiven und selbständigen Aktion zu erheben. In einem Memoire,

438. [1]) Seit 15. Juli 1858 Conrad Abée.

440. [1]) Die im weiteren Verlaufe der Publikation mitgeteilten Privatbriefe an Schleinitz sind meist in neuzeitlicher Rechtschreibung wiedergegeben. Vgl. die dies erläuternde Bemerkung der Vorrede in Band I.

[2]) Vgl. Nr. 439.

[3]) Vgl. Nr. 437, Anm. 1.

welches ich im vorigen Winter Sr. K. H. dem Prinzen-Regenten vorlegte,[4]) und in welchem ich eine, für den ah. Gebrauch vielleicht zu weitschweifige Topographie des hiesigen Terrains zu geben versuchte, sprach ich die Zuversicht aus, daß es jederzeit in unsrer Hand liege, durch Anschlagen des richtigen Tones in unsrer inneren Politik, die uns gebührende Stellung am Bunde wiederzugewinnen, und zugleich die Mittel, um Oestreich zu einer für uns annehmbaren Verständigung zu bewegen. Daß wir auf dem Wege dazu sind, wird mir durch die veränderte Haltung meiner Kollegen bestätigt, welche keine Spur mehr von der anmaßlichen Doktrin durchfühlen läßt, daß unsre Geltung in der Formel von Einer Stimme unter 17 bundesmäßig ihren erschöpfenden Ausdruck fände. Seit meiner Rückkehr aus Berlin[5]) sind die dortigen Ereignisse ganz ausschließlich der Gegenstand, welcher die Gemüter beschäftigt, jeden nach seiner Weise. Graf Rechberg ist beunruhigt; er sprach mir die Befürchtung aus, daß Graf Buol den Fehler begehen werde, sich „mit Preußen auf einen Wettlauf im Liberalismus am Bunde" einzulassen; er, Rechberg, werde sich aber nicht dazu hergeben, die Rolle seiner Vorgänger Colloredo und Schmerling zu spielen, sondern zur rechten Zeit seinen Abschied nehmen. Auf meine Bemerkung, daß von unsrer Regierung schwerlich die Gelegenheit zu einem solchen Wettlauf werde gegeben werden, erwiderte er, daß wir die Sache nicht würden halten können; die Kammern würden die Regierungen fortreißen, die Aufregung verbreite sich schon jetzt über ganz Deutschland, besonders aus Baiern habe er die übelsten Nachrichten; die Hauptgefahr liege zunächst in dem Charakter des Grafen Buol, der der Versuchung nicht widerstehen werde, das Rivalisieren mit Preußen um die Gunst der öffentlichen Meinung auch auf dem gefährlichsten Gebiete fortzusetzen. Ich bemerke dazu, daß Rechberg seinen Chef weder liebt, noch bewundert und überhaupt seine Mißbilligung mit der österreichischen Politik seit dem Tode Schwarzenbergs gegen seine Vertrauten oft ausgesprochen hat; besonders tadelt er Österreichs Haltung in der orientalischen Frage. Er ist für ein Bündnis Österreichs mit Rußland und, wenn es sein kann, mit Frankreich; als man im vorigen Jahre, zur Zeit der Zusammenkünfte in Stuttgart[6]) und Weimar[7]), die Aussöhnung der beiden östlichen Kaiserhöfe und den Rücktritt Buols für wahrscheinlich ansah, sprach Rechberg selbst von seiner eigenen Ernennung zum Minister für diesen Fall zu mir und andern, als von einer sichern Sache. Charakteristisch ist an ihm die stete und aufgeregte Sorge vor revolutionären Umtrieben und Ausbrüchen, die ihn namentlich veranlaßt, den fremden Diplomaten am Bunde ganz falsche Vorstellungen von der Unsicherheit der Zustände in Deutschland beizubringen. Insbesondere hat er den hiesigen Vertreter Frankreichs mit solchen Schilderungen der Gefahren, die uns umgeben, geängstigt, und derselbe ist voller Besorgnis in betreff der Ruhe Europas, „falls in Preußen das konstitutionelle System ernstlich reaktiviert würde", nachdem die Weisheit der kontinentalen Kabinette, wie er sagt, dasselbe auf Belgien und Piemont eingeschränkt hätte. Mit ungemischter Befriedigung haben dagegen meine Kollegen für Oldenburg und für die sächsischen Herzogtümer die Nachrichten aus Berlin entgegengenommen. Sie erwarten eine Wiederaufnahme der deutschen Nationalpolitik unter preußischer Führung, und zwar der Herr von Fritsch, als ein sicherer und erprobter Anhänger Preußens, der Herr von Eisendecher mit leicht erregbarem und

---

[4]) Vgl. Nr. 343.

[5]) Dort hatte sich B. vom 19. bis 26. Oktober aufgehalten.

[6]) Am 25. September 1857 zwischen Alexander II. und Napoleon III. Vgl. oben S. 249 ff.

[7]) Am 1. und 2. Oktober 1857 zwischen Kaiser Alexander II. und Kaiser Franz Josef. Vgl. oben S. 250 ff.

flüchtigem Enthusiasmus, indem er von der neuen Regierung die Lösung aller Zirkel-Quadraturen der deutschen Politik nunmehr baldigst erhofft. Ganz anders denkt sich der württembergische Gesandte die Aufgabe, welche das neue Kabinett sich gestellt habe; er sieht eine wesentliche Steigerung des Einflusses der mittelstaatlichen Regierungen auf Preußen voraus; das Wohlwollen jener zu gewinnen, sieht er als das nächste notwendige Ziel unsrer Bestrebungen an, und, wie er überhaupt mehr von den äußeren Formen als von dem Inhalt der Geschäfte berührt wird, so äußert er insbesondere die Hoffnung, daß der herbe und anspruchsvolle Ton verschwinden werde, von dem er behauptet, daß die Forderungen Preußens an kleinere Staaten in allen Zollvereins-, Eisenbahn- und sonstigen nachbarlichen Angelegenheiten bisher begleitet gewesen seien. Die Auffassungen der übrigen Kollegen, für die Stimmen von Bayern bis Mecklenburg, einschließlich des Ministers von Dalwigk, der mich vorgestern aufsuchte, sind im wesentlichen miteinander gleichartig. Mit mehr oder weniger Vorsicht sprechen sie ihr Mißvergnügen über die eingetretene Wendung aus, und ihre Befürchtungen, mit denen sie in die Zukunft blicken; insoweit sie mir gegenüber ihren Besorgnissen Ausdruck gaben, habe ich sie natürlich zu beruhigen gesucht; unumwundener sind die Expektorationen, über welche mir Herr von Scherff gelegentlich Mitteilung macht, der sich stets als ein sichrer und nützlicher Beistand für unsere Gesandtschaft bewährt hat, aber auch, wie ich zur Beurteilung seiner Nachrichten bemerke, von der Ängstlichkeit angesteckt ist. Nach seinen und meinen Wahrnehmungen hat etwa folgende Anschauung unter jenen Herren einstweilen Geltung erlangt: das neue Ministerium wird ohne Zweifel mit konservativen und gemäßigten Absichten ans Werk gehen; es wird sich aber durch politische und persönliche Verhältnisse zum Bruch mit der bisherigen Rechten im Abgeordneten- wie Herrenhause gedrängt fühlen; wenn dieser Bruch vollzogen ist, so wird es seine Stütze ausschließlich in einer von links her zu zählenden Majorität nehmen; auch diese Majorität wird anfangs eine gemäßigte Haltung annehmen, vielleicht auch zu bewahren suchen; letztres wird ihr aber, nach der Erfahrung aller parlamentarischen Körper in Deutschland, sobald sie sich ihrer Bedeutung bewußt werden, nicht gelingen. Durch Fraktionsrivalitäten, durch die Anforderungen der Presse und vor allem durch den Sporn, welchen der preußische Landtag und die übrigen in Deutschland einander einsetzen[8]) werden, wird die Majorität nach links gleiten, und das Ministerium, wenn es Anlehnung an dieselbe behalten will, mit ihr. Der verstärkte Widerhall, den die Bewegung Preußens in den übrigen deutschen Volksvertretungen und bei deren Wahlen findet, wird Krisen für die kleineren Regierungen hervorrufen. Ohnehin wird von dem neuen Kabinett die Belebung einer deutschnationalen Politik in der öffentlichen Meinung erwartet; auf diesem Gebiet aber „kann sich Preußen nicht rühren, ohne die Mittelstaaten und Österreich auf die Füße zu treten". Sie werden sich also eng aneinander schließen und dahin wirken müssen, daß Österreich, der gemeinsamen „Revolutionsgefahr" gegenüber, seine Aussöhnung mit Rußland und weniger gespannte Verhältnisse zu Frankreich herbeiführe.

Dies ist ungefähr die Quintessenz der Elukubrationen, welche besagte bundestägliche Staatsmänner untereinander austauschen, und denen ich, soweit sie mir gegenüber vernehmbar werden, entgegenhalte, daß das ganze Räsonnement ein Gebäude von Wenn und Aber ist, und daß man der Entwicklung der Dinge Zeit lassen möge, die unmotivierten Besorgnisse zu zerstreuen. Herr von Dalwigk sah so schwarz, daß er mich ernstlich fragte, ob wir denn glaubten, daß es ohne Rückwirkung auf uns bleiben werde, wenn in den kleineren

[8]) Hier liegt vielleicht eine Textverstümmelung in der Ausgabe des Briefwechsels mit Schleinitz vor, nach der dieser Abdruck erfolgt.

Staaten die Demokratie zur Herrschaft gelange; seine wohldisziplinierte Kammer habe glücklicherweise noch 4 Jahre hindurch zu fungieren; aber die bayerischen Wahlen würden zunächst ein sehr unglückliches Ergebnis liefern. Unter meinen deutschen Kollegen ist namentlich der K. sächsische Gesandte gewissermaßen Tonangeber für das mittelstaatliche Lager, wo man besonderes Vertrauen in seine Erfahrung und seine Einsicht setzt.

E. E. werden es, wie ich hoffe, nicht ungütig aufnehmen, wenn ich in diesem, nur für Hochdero Kenntnis gemeinten Privatschreiben mit rückhaltloser Objektivität die Art schildere, wie die Berliner Vorgänge sich für jetzt in dem hiesigen Mikrokosmos spiegeln, und darf ich nicht besonders akzentuieren, daß meine Angaben auf ganz vertraulichen Mitteilungen beruhn, wie sie langjährige Kollegialität mit sich bringt.

Von den geschäftlichen Angelegenheiten, selbst von der holsteinschen, ist einstweilen wenig die Rede, da unsere heimischen Verhältnisse alles Interesse absorbieren.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . . .

441. Bericht an den Prinzregenten.

[Ausfertigung.]

12. November 1858.

. . . . Freiherr von Schrenck erstattete hierauf [in der Bundestagssitzung vom 11. November] in der holstein-lauenburgischen Verfassungsangelegenheit namens der vereinigten Ausschüsse denjenigen Vortrag, welchen ich mit meinem Bericht vom 9. d. M. bereits eingereicht habe.

Unmittelbar nach dem Schluß des Vortrages nahm der K. dänische Gesandte das Wort zu der Erklärung, daß er auf Befehl seiner Regierung diejenigen drei Verordnungen vom 6. d. M. mitzuteilen habe, durch welche die Gesamtverfassung, die §§ 1—6 der Verfassung Holsteins und die Bekanntmachung vom 23. Juni 1856 für Holstein aufgehoben und die holsteinschen Stände auf den 3. Januar k. J. berufen werden. Er überreichte diese Aktenstücke in amtlichen Abdrücken.

Vor der Sitzung sagte mir Graf Rechberg, er wolle, sobald die Mitteilungen des dänischen Gesandten erfolgt sein würden, darauf antragen, die ganze Angelegenheit an die vereinigten Ausschüsse durch sofortigen Beschluß zurückzuverweisen. Ich wandte ihm dagegen ein, daß es mir geschäftsmäßiger und würdiger erscheine, die Beschlußnahme einstweilen auszusetzen. Wenn die Bundesversammlung nach einmaliger Verlesung der ihr bisher amtlich fremden dänischen Erklärungen unverzüglich dazu schreite, ihr mehrere Monate hindurch vorbereitetes Verfahren zu sistieren, so werde dadurch in der Öffentlichkeit der Eindruck hervorgebracht werden, als ob dieser Vorgang auf Grund einer Verabredung mit Dänemark in Szene gesetzt worden wäre. Graf Rechberg erkannte die Richtigkeit meiner Bemerkung an, und auf meinen Wunsch übernahm er es selbst, die Aussetzung der Beschlußnahme zu beantragen. Er stellte demgemäß einen Präsidialvorschlag dahin, „daß, nachdem die tatsächlichen Verhältnisse sich verändert, ein Beschluß über den vorliegenden Bericht nicht mehr angemessen erscheine, derselbe vielmehr mit der heutigen Erklärung des dänischen Gesandten an die Ausschüsse zurückzuverweisen, die Abstimmung hierüber aber auf acht Tage auszusetzen sei". Die ganze Versammlung erklärte sich hiermit einverstanden.

E. K. Hoheit darf ich hiebei a. u. melden, daß ich nach der Sitzung von mehreren meiner Kollegen, auch von solchen, welche in den Ausschüssen wiederholt entgegengesetzte Ansichten vertreten hatten, anerkennende Bemerkungen und Glückwünsche darüber empfing, daß der Bund dieses für sein Ansehen so günstige vorläufige Resultat ausschließlich der Festigkeit und Besonnenheit verdanke, mit welcher Preußen diese ganz Angelegenheit geleitet habe, ohne sich durch die nach verschiedenen Richtungen hin auseinandergehenden Ansichten seiner Bundesgenossen beirren zu lassen. In der Stimmung der Versammlung sprach sich eine allgemeine Befriedigung über die von Deutschland einstweilen erlangte Genugtuung aus. . . . .

442. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

20. November 1858.

E. E. h. Erlaß vom 16. d. M.[1]) in betreff der holsteinschen Angelegenheit habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Hochdieselben haben darin die Bedenken, welche Graf Oriolla in seinem Berichte vom 10. c. aufstellt, bereits gewürdigt, und erlaube ich mir nur hinzuzufügen, daß der Bundesbeschluß vom 25. Februar d. J., das sogenannte Inhibitorium, in Verbindung mit den dänischen Zusagen vom 6. Dezember 1851 und vom 28. Januar 1852 dem Bunde hinreichende Mittel an die Hand zu geben scheint, um der dänischen Regierung mit Erfolg entgegenzutreten, falls dieselbe versuchen sollte, den Mangel eines provisorischen Statutes für die Herzogtümer zum Nachteile der letzteren mißbräuchlich zu benutzen.

Ich glaube indessen nicht, daß eine Disposition hierzu gegenwärtig in Kopenhagen vorwaltet. Die Verordnungen vom 6. November würden gar keine Bedeutung haben und als eine für Dänemark zwecklose Konzession angesehen werden müssen, wenn das jetzige Kabinett nicht wirklich die Absicht hegte, zu einer Verständigung mit Deutschland zu gelangen. Das Ziel, welches dabei für Dänemark erreicht werden soll, schwebt den dortigen Machthabern vielleicht selbst noch nicht in klarer Abgeschlossenheit vor. Nach dem, was ich auf Grund persönlicher Beziehungen über die Absichten des Ministers Hall vermute, ist sein Bestreben vielleicht weniger auf die Gewinnung des E i d e r s t a a t e s gerichtet, als auf die Herstellung einer kräftigern königlichen Gewalt in Dänemark selbst, indem er hofft, daß die dortigen Verfassungsverhältnisse vermöge der Veränderungen, welche die Gesamtverfassung zu erleiden hat, flüssig werden und Gelegenheit zu Neugestaltungen darbieten. Wenn ich mich in der Annahme nicht täusche, daß der Minister Hall nach dieser Richtung hin eine Lösung der schwebenden Fragen sucht, ohne mit seinen Ansichten bisher offen hervortreten zu dürfen, so wird er sich auf diesem Wege schließlich mit den konservativen Führern der holsteinschen Opposition zusammenfinden, welche auch ihrerseits, wie ich weiß, selbst die Fortdauer der gegenwärtigen unklaren Zustände der Bildung eines holsteinischen Sonderstaates, nach dem Vorbilde von Luxemburg, vorziehen.

Schon seit die ganze Angelegenheit beim Bunde schwebt, ist wiederholentlich von seiten holsteinscher Freunde der Ausdruck der Befürchtung an mich gelangt, daß die Einmischung des Bundes in ihrer weiteren Entwickelung die Trennung Holsteins von den übrigen Teilen

[1]) Inhalt vgl. Poschinger III S. 449 und 451.

der Monarchie und namentlich von Schleswig schärfer als bisher ausprägen werde, weil die Grenze des Gebietes und der unmittelbaren Einwirkung des Bundes zugleich diejenige zwischen Holstein und Schleswig ist. Die Bürgschaft hiergegen, welche Graf Oriolla in der Beilage II zur dänischen Depesche nach Berlin vom 6. Dezember 1851 unter 2 findet, scheint mir eine zweifelhafte zu sein. Dänemark hat sich in jenem Aktenstück nach dem Wortlaut dagegen verwahrt, daß die Herzogtümer Holstein und Schleswig untereinander in eine engere Verbindung treten könnten, als diejenige ist, welche jedes von beiden mit dem eigentlichen Dänemark verknüpft, aber es hat, genau genommen, nicht zugesagt, daß die Verbindung des einen der Herzogtümer mit Dänemark nicht eine nähere sein könne, als die der beiden Herzogtümer unter sich. Der von Graf Oriolla zitierte Passus scheint mir nichts anderes als eine Verwahrung gegen die Verschmelzung beider Herzogtümer in dem Begriffe Schleswig-Holstein. Das Bewußtsein, daß das Resultat, welches der Bund erreichen kann, ohne in betreff Schleswigs auf das Gebiet nicht mehr rein deutscher Fragen und Verwickelungen überzugehen, nur ein unvollständiges und weder den Wünschen der Holsteiner noch den Erwartungen der öffentlichen Meinung entsprechend sein werde, ist uns deshalb auch stets gegenwärtig geblieben, und die K. Regierung hat sich aus diesem Grunde enthalten, die schlechthin auf Ausführung der Bundesexekution drängende Politik Hannovers und einiger andern Bundesgenossen sich vollständig anzueignen. Sie hat vielmehr an der Ansicht festgehalten, daß unter dem moralischen Druck unerwünschter Eventualitäten auf Dänemark der Weg der Unterhandlungen günstigere Aussichten gewähre, vorausgesetzt, daß im Kopenhagener Kabinett versöhnlichere Stimmungen die Oberhand behielten und von dort aus eine annehmbare Grundlage für die Verständigung gegeben werde. Dieser Fall ist nunmehr bis auf weiteres als vorhanden anzunehmen, und dürfte es sich m. g. E. empfehlen, den Wert der erhaltenen Konzession nicht von Hause aus durch ein verkleinerndes Glas zu betrachten, sondern ihn, sowohl in dem Verkehr mit den deutschen Kabinetten, als auch namentlich in der Presse als einen erheblichen und ziemlich ausschließlich durch die Haltung Preußens für Deutschland errungenen Vorteil darzustellen. Wenn uns unsere Bundesgenossen, in vielleicht nicht immer wohlwollender Absicht, in allen Stadien, welche die Angelegenheit bisher durchlief, die Initiative und die Verantwortlichkeit zugewendet haben, so sind wir auch wohl berechtigt, uns die Ehre des einstweilen erworbenen Erfolges zu vindizieren. Bei den Verhandlungen im Ausschusse werde ich nicht verfehlen, den Inhalt des h. Erlasses vom 16. zur Richtschnur meines Verhaltens zu nehmen. Die Arbeiten der Ausschüsse werden einer besonderen Beschleunigung bei der jetzigen Sachlage nicht bedürfen, und es wird mir daher nicht an Gelegenheit fehlen, E. E. Weisungen über den Inhalt der von den Ausschüssen zu stellenden Anträge einzuholen. Nach meinem unv. Ermessen dürfte das Ausschußgutachten in der Hauptsache etwa dahin zu formulieren sein, daß die Bundesversammlung „das eingeleitete Verfahren einstweilen und bis auf weiteres aussetze“. Durch diese ganz allgemeine Formulierung würde die Möglichkeit offengehalten, das Exekutionsverfahren in jedem Moment da wieder anzuknüpfen, wo dasselbe bei Erstattung des jüngsten Ausschußberichts angelangt war. Diese, für die dänische Regierung von einigem moralischen Druck begleitete Eventualität würde dem Bunde, je nach dem Verhalten der Regierung gegen die Stände und dem Verlauf der Verhandlungen mit den letzteren, eine größere Freiheit der Entschließungen verstatten, als wenn entweder eine bestimmte Frist von einigen Monaten, wie einige meiner Kollegen zu beabsichtigen scheinen, gesetzt, oder die dänische Regierung aufgefordert würde, den Ausfall der ständischen Verhandlungen seinerzeit dem Bunde be-

hufs weiterer Beschlußnahme zu melden. Die letztere Wendung könnte für Dänemark demnächst Vorwände zur Verschleppung darbieten, weil die Regierung es in der Hand hat, die bisher auf acht Wochen limitierte Sitzungsperiode erheblich zu verlängern.

Aus den Vorlagen der Regierung an die Stände und aus der Art der Einleitung der Verhandlungen wird sich m. E. schon erkennen lassen, ob letztere Aussicht auf Erfolg gewähren können. Denn wenn dabei den Ständen die Initiative zugeschoben wird, so stimme ich auf Grund direkter Nachrichten der Ansicht des Grafen Oriolla vollständig bei, daß diese Initiative nicht ergriffen werden wird.

443. Bericht an den Prinzregenten.

[Ausfertigung.]

25. November 1858.

. . . . Sicherem Vernehmen nach sei dem bisherigen Kaiserlich französischen Gesandten am Bunde, Grafen Montessuy, vor etwa drei Monaten das Großkreuz des Ordens vom Danebrog verliehen worden.

Es ist schwer zu sagen, in welcher Weise Graf Montessuy imstande gewesen ist, der Ansicht, daß er der dänischen Sache besondere Dienste geleistet habe, bei dem Kopenhagener Kabinett oder dessen hiesigem Vertreter Eingang zu verschaffen. Jedenfalls wird mir gesagt, daß Graf Walewski diese Auszeichnung als eine intempestive betrachte und deren einstweilige Geheimhaltung angeordnet habe. Unter meinen deutschen Kollegen erregt die Nachricht einiges Aufsehen, und sind insbesondere diejenigen, welche in Vertretung der Sache der Herzogtümer mehr Lauheit entwickelt haben, unangenehm von dem Gedanken berührt, daß diese Ordensverleihung, wenn sie bekannt wird, im Publikum den Eindruck machen könnte, als habe der französische Gesandte durch erfolgreiche persönliche Einwirkung auf einzelne Mitglieder der Bundesversammlung sich besondere Verdienste um Dänemark erworben. Ein solcher Verdacht würde m. A. n. um deswillen ungerechtfertigt sein, weil meine betreffenden Kollegen eine selbständige Tätigkeit, über die strikte Ausführung der ihnen zugehenden Instruktionen hinaus, nicht leicht entwickeln und die meisten von ihnen in Angelegenheiten, mit deren Entscheidung irgendwelche Verantwortlichkeit verbunden ist, die Darlegung eigener gutachtlicher Ansichten ihren Regierungen gegenüber vermeiden, indem sie sich darauf beschränken, unter objektiver Berichterstattung über die Sachlage, die Instruktionserteilung zu gewärtigen. Ein am Bunde akkreditierter fremder Gesandter greift deshalb erfahrungsmäßig fehl, wenn er glaubt, seiner Stellung eine höhere Bedeutung als die eines Beobachtungspostens verschaffen zu können, und darauf rechnet, daß er durch persönliche Einwirkung auf die Bundestagsgesandten für die von ihm vertretenen Bestrebungen bei den deutschen Regierungen Terrain gewinnen könne. Sollte daher Herr von Bülow, der mit diesen Umständen vollständig vertraut ist, die Ordensverleihung an den für solche Auszeichnungen sehr empfänglichen Grafen Montessuy selbst veranlaßt haben, so kann dies nur in der Absicht geschehen sein, den letzteren zu bestimmen, daß er seinen Berichten nach Paris eine für Dänemark günstige Färbung gibt. Bei dem geringen Verständnis der Franzosen für die Bundesverfassung und die inneren Verhandlungen des Bundes kann es für den hiesigen französischen Gesandten allerdings nicht schwer sein, seinen Berichten über dieselben in Paris eine gewisse Geltung zu verschaffen.

Der neue Vertreter Frankreichs, Graf Salignac-Fénélon, ist in Darmstadt geboren, durch seine verstorbene Frau, eine geborene Herz, mit der Familie Rothschild verschwägert

und durch diese Umstände, sowie durch langjährige frühere Funktion hier am Ort, mit den Verhältnissen, sowie auch mit der deutschen Sprache vollständig vertraut.

444. Bericht vom 3. Dezember 1858 an den Prinzregenten, betr. die Organisation des lippeschen Bundeskontingents und die Einführung eines neuen Prinzips bundesgesetzlicher Entscheidung durch Graf Rechberg. — Vgl. Poschinger III, Nr. 208.

445. Bericht vom 12. Dezember 1858 an Minister v. Schleinitz, betr. den Antrag Bayerns auf Beschleunigung der allgemeinen deutschen Handelsgesetzgebung. Stellungnahme Preußens dazu. — Vgl. Poschinger III, Nr. 209.

446. Bericht an den Prinzregenten.

[Ausfertigung.]

17. Dezember 1858.

.... Bayern .... brachte [in der Bundestagssitzung vom 16. Dezember] sodann in der Handelsgesetzgebungsangelegenheit einen Antrag ein.

Dem Freiherrn v. Schleinitz habe ich darüber bereits des näheren berichtet.[1]) Der Antrag geht dahin, daß die einzelnen Regierungen sich über ihre Geneigtheit zur Einführung des aus der zweiten Lesung hervorgegangenen Entwurfs der ersten 4 Bücher eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs erklären, evtl. ihre Einwendungen so schnell abgeben möchten, daß die frühere Nürnberger Konferenz unter Sistierung der Seerechtskonferenzen bis Ostern k. J. zusammentreten könnte, um die ersten 4 Bücher zum Abschluß zu bringen. Nach der von uns bisher zu dieser Frage eingenommenen Stellung konnte das Münchener Kabinett voraussehen, daß der von ihm gestellte Antrag aus formellen Gründen für uns unwillkommen sein werde. Wenn es Bayern darum zu tun wäre, die Sache selbst zu fördern, so würde man vor Stellung des Antrages sich über die Aufnahme, welche derselbe in Berlin fände, versichert, oder doch jedenfalls den Freiherrn von Schrenck autorisiert haben, die Einbringung des Antrages noch auszusetzen, sobald von unserer Seite der dringende Wunsch deshalb geäußert und telegraphisch nach München gemeldet war. Nachdem ich nämlich zwei Tage vor der Sitzung meinen bayerischen Kollegen davon in Kenntnis gesetzt hatte, daß wir bei der bisherigen Auffassung in betreff der Stellung der Nürnberg-Hamburger Konferenz beharren würden und deshalb dringend wünschen müßten, daß die Einbringung des Antrages unterbleibe, nachdem ich hinzugefügt hatte, daß m. D. ein Vorgehen Bayerns auf dem beabsichtigten Wege auf die Stellung Preußens zu der ganzen Angelegenheit in entscheidender Weise zurückwirken könne, hat sich Herr von Schrenck nicht ohne Widerstreben dazu verstanden, telegraphisch in München anzufragen, ob er der Vorlage des Antrages noch Anstand geben dürfe. Er hat hierauf entweder, wie er mir sagte, gar keine oder eine verneinende Antwort erhalten; jedenfalls äußerte er bereits bei unserer ersten Unterredung, daß er auf einen Aufschub oder gar auf gänzliche Zurückhaltung des Antrages nicht zu rechnen wage, indem seine Regierung sehr bestimmt entschlossen sei, und am Tage vor der Sitzung teilte er mir mit, daß er nicht autorisiert sei, den

[1]) Vgl. Nr. 445.

Antrag auszusetzen. Aus der Weigerung, uns in dem formellen Teil der Angelegenheit gefällig zu sein, möchte ich schließen, daß der Eifer der bayerischen Regierung für die Gewinnung eines praktischen Resultates nicht so lebendig ist, wie nach den bisherigen, direkt von dem König Max ausgegangenen Kundgebungen zugunsten der Sache angenommen werden durfte. Vielleicht ist es richtig, daß Österreich die Ergebnisse der Konferenzverhandlungen für sich nicht annehmbar findet, daß das Wiener Kabinett aber die Schuld an dem Scheitern der Unterhandlungen nicht auf sich nehmen will, und daß die bayerischen Staatsmänner, unter Benutzung unserer prinzipiellen Stellung zu den Verhandlungen, die Hand dazu bieten, in den Augen ihres Königs sowohl, als des Publikums die Verantwortlichkeit für das Nichtzustandekommen einer Vereinbarung Preußen zuzuschieben. Ein sachlicher Grund ist wenigstens nicht ersichtlich, aus welchem Bayern in einer Arbeit, zu deren Vollendung unter allen Umständen Jahre erforderlich wären, plötzlich einen ungeduldigen Eingriff in die Tätigkeit der Konferenz versuchen sollte, welcher durch den Bundesbeschluß vom 18. Dezember 1856 die volle Unabhängigkeit ihrer Beratungen und Beschlüsse zugesichert worden ist; einen Eingriff, bei welchem das Münchener Kabinett nach unserer bisherigen Haltung mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen mußte, daß Preußens fernere Mitwirkung durch ihn erschwert oder gar in Frage gestellt werden würde.

Wenn meine Voraussetzungen über die eigentlichen Motive dieser Vorgänge richtig sind, so würde m. a. u. D. die angemessenste Gegenoperation darin bestehen, daß wir in der nächsten Sitzung bei der Beratung des bayerischen Antrages, unter Bezugnahme auf unsere bisherige Stellung zur Sache, eine Erklärung etwa des Inhalts geben, wie wir die Unterbrechung des Geschäftsganges der Konferenz durch eingreifende Beschlüsse des Bundes nicht nur für unverträglich mit der der Konferenz ausbedungenen Selbständigkeit ihres Geschäftsbetriebes halten, sondern auch eine nachteilige Verzögerung des letzteren davon befürchten, und daß wir zugleich andeuten, wie Preußen, wenn sein Widerspruch gegen den bayerischen Antrag keine Beachtung fände, sich seinerseits die Entschließungen vorbehalten müsse, von welchen wir eine wirkliche Annäherung an das gemeinsam erstrebte Resultat erwarteten. Ich vermag nicht zu beurteilen, ob wir durch eine solche Erklärung das Eingehen der Bundesversammlung auf den bayerischen Antrag hindern werden. Wenn ich meine ehrfurchtsvolle Überzeugung aussprechen darf, so wäre dies auch nicht einmal wünschenswert, sondern käme es vielmehr darauf an, daß wir diese oder die nächste sich darbietende Gelegenheit wahrnehmen, um die der Natur der Dinge nach Preußen gebührende Initiative zu ergreifen und, unter Verzichtleistung auf den weitschweifigen, unter allen Umständen noch mehrere Jahre in Anspruch nehmenden bundesmäßigen Geschäftsgang, unserem im nächsten Monat zusammentretenden Landtage das bisherige Elaborat der Konferenz in der Fassung, welche uns konveniert, vorlegen und mit seiner Einführung den Anfang machen, unsern Nachbarn aber den Anschluß überlassen.

Nach allen Äußerungen, welche ich hier aus der Mitte des süddeutschen Handelsstandes vernehme, wird einer derartigen Entwickelung mit Ungeduld entgegengesehen und von Preußen erwartet, daß es diejenigen Verbesserungen ins Leben zu führen beginne, deren Verwirklichung durch den Bund in den Förmlichkeiten einer an die Zustimmung aller gebundenen Unterhandlung unabsehbare Schwierigkeiten zu finden droht.

In der Tat ist nach dem Vorbilde der Bundesverhandlungen über viel unbedeutendere und leichtere Vereinbarungen zu gewärtigen, daß die Instruktionen der Regierungen, wenn schließlich ein Elaborat der Konferenz als Gegenstand für dieselben vorliegt, zunächst der-

gestalt inkommensurabel sein werden, daß wiederholte Zurückverweisungen an die Konferenz oder sonstige Ausschüsse erforderlich werden, und wenn es gegründet ist, daß Österreich sich nicht in der Lage fühlt, ein gemeinsames Gesetzbuch zu akzeptieren, so wird es lieber direkt, oder durch seine Verbündeten, sachliche Schwierigkeiten jeder Art vorbringen, ehe es offen eingesteht, daß seine Verhältnisse zu heterogen sind, um eine dem übrigen Deutschland entsprechende Gesetzgebung zu vertragen. Außerdem werden wir auf dem Wege der Vermittelung der Meinungsverschiedenheiten durch die Bundesversammlung, welchen Österreich, Bayern und die Mittelstaaten verfolgen, in vollen Widerspruch mit unserer bisherigen prinzipiellen Auffassung geraten, wenn es uns nicht gelingt, die Majorität in der Bundesversammlung dafür zu gewinnen, daß das Geschäft der Ausgleichung der Meinungsverschiedenheiten und der wiederholten Instruktionseinholung über deren Vermittelung gänzlich in den Schoß der Konferenz verlegt wird.

An den Freiherrn von Schleinitz erlaube ich mir über diesen Gegenstand besonders zu berichten, um durch ihn E. K. H. weitere Befehle über die Behandlung der Sache zu erbitten. . . . .

447. Bericht vom 17. Dezember 1858 an Minister v. Schleinitz, betr. den Antrag Bayerns auf Beschleunigung der allgemeinen deutschen Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 211. Der Satz gegen Schluß von S. 461 muß lauten: „Ob die Stellung der außerhalb Preußens wichtigsten Handelsplätze, nämlich der Hansastädte, von deren Verhalten dasjenige von Mecklenburg und Oldenburg, wenn nicht gar von Hannover, wesentlich influenziert sein wird, sich schließlich zustimmend gestalten wird, erscheint bis jetzt ebenfalls sehr fraglich."

448. Bericht vom 23. Dezember 1858 an Minister v. Schleinitz, betr. den Antrag Bayerns auf Beschleunigung der allgemeinen deutschen Handelsgesetzgebung. — Vgl. Poschinger III, Nr. 212.

449. Bericht an den Prinzregenten.

[Ausfertigung.]

24. Dezember 1858.

. . . . Von Österreich und Baden, sowie von mir wurden hierauf [in der Bundestagssitzung vom 23. Dezember] in der Rastatter Besatzungsangelegenheit diejenigen Erklärungen abgegeben, über welche E. K. Hoheit ah. Regierung mit dem Wiener Kabinett übereingekommen ist. Auf einen mit mir vorher verabredeten Antrag des Präsidiums wurde darauf einhellig beschlossen, dem Militärausschusse zu eröffnen, wie die Bundesversammlung für jetzt einer weiteren Berichterstattung über die Rastatter Besatzungsangelegenheit nicht entgegensehe.

Nicht unbemerkt kann ich lassen, daß Graf Rechberg, in dem Moment, wo er die Abschriften des letzten Notenaustausches bereits in Händen hatte, ich sie aber noch von der Post erwartete, meine Zustimmung zu einer solchen Formulierung eines Bundesbeschlusses zu gewinnen suchte, durch welche der Schluß der österreichisch-badischen Erklärung wört-

sich resumiert worden wäre. Nachdem ich darauf von dem Freiherrn von Schleinitz ermächtigt worden war, einem Beschluß in der Form, welche er nunmehr erhalten hat, zuzustimmen, fand sich Graf Rechberg nach einigen ausweichenden Bestrebungen auch mit dieser Fassung einverstanden.

In Anknüpfung an diesen Gegenstand erwähne ich a. u. der badischen Ordensverleihungen, welche in diesen Tagen an die drei Vertreter Bayerns in der Bundesversammlung, in der Militärkommission und in der Festungsabteilung: den Freiherrn von Schrenck, General von Liel und Major Lessel stattgefunden haben. Es bilden diese drei Auszeichnungen in ihrer Gleichzeitigkeit die Anerkennung Badens für die Tätigkeit, welche die bayerischen Organe am Bunde sowohl in der Rastatter Besatzungsfrage, in welcher Herr von Schrenck das Referat hatte, als auch in betreff des Brückenbaues bei Kehl entwickelt haben. Für letzteren hatte der General von Liel das Referat in der Militärkommission, und hat sowohl zur Beschleunigung der Berichterstattung, als auch dazu besonders beigetragen, daß Bayern nicht das Gegenprojekt einer Brücke bei Germersheim amtlich aufstellte oder zur Bedingung seiner Zustimmung machte. Ferner hat der K. sächsische Militärbevollmächtigte als Referent in der Rastatter Besatzungsfrage das Kommandeurkreuz des Zähringer Löwen-Ordens erhalten, ein Offizier, dessen Unbekanntschaft mit allen militär-wissenschaftlichen Gebieten und besonders mit dem der Fortifikation seine Ernennung zum Berichterstatter in jener Frage nur für diejenigen erklärlich machte, welchen es bekannt war, daß der Kaiserlich österreichische Oberst von Rzikowsky die nötigen Arbeiten unter dem Namen des Obersten von Spiegel anfertigte. . . . .

Es folgte die Abstimmung über die Anträge, welche die vereinigten Ausschüsse in der holstein-lauenburgischen Verfassungssache wegen vorläufiger Sistierung des eingeleiteten Exekutionsverfahrens in der Sitzung vom 9. d. M. gestellt haben. Dieselben wurden einstimmig angenommen. Nur Holstein enthielt sich der Abstimmung, indem es sich die Rechtfertigung gegen die Motive des Ausschusses reservierte und die Hoffnung ausdrückte, daß das angestrebte Ziel auf dem eingeschlagenen Wege werde erreicht werden.

Sachsen fügte seinem konsentierenden Votum den Wunsch bei, daß die dänische Regierung die für die Stände beabsichtigten Vorlagen vorher der Bundesversammlung zum geeigneten Gebrauch mitteilen möchte. Ein Antrag war hiemit nicht verbunden.

Bei dieser Gelegenheit erlaube ich mir a. u. darauf aufmerksam zu machen, wie die Postzeitung, das Organ der hiesigen österreichischen Gesandtschaft, nunmehr beginnt, öffentlich das System zur Geltung zu bringen, durch welches die Zurückhaltung der österreichischen Politik in allen Beratungen über die holsteinsche Frage bisher bedingt war. In Nr. 343, in einem aus Wien datierten Artikel, als dessen Verfasser der in der Wiener Staatskanzlei auf dem Felde der Publizistik tätige Freiherr Max von Gagern bezeichnet wird, erklärt dieses Blatt nunmehr, daß alle Angriffe, welche die dänische Presse gegen die bisherige Behandlung der holsteinschen Sache richtete, keineswegs den Bund, sondern allein Preußen treffen könnten, da der Bund, einschließlich Österreich, in dieser ganzen Sache Preußen beständig zu Willen und die Bundespolitik wesentlich eine preußische gewesen sei, indem die Anträge Preußens nirgends auf Hindernisse gestoßen wären, sondern die Politik des Bundes geleitet hätten.

Es ist diese Erscheinung eine bemerkenswerte für denjenigen, welcher mit den Redaktionsverhältnissen der Postzeitung vertraut ist; die räsonnierenden Artikel des Blattes werden ganz unabhängig von dem angeblichen Einsendungsort, den sie an der Spitze tragen, zum Teil in Wien von dem erwähnten Herrn von Gagern, die besser redigierten von Herrn

von Biegeleben bearbeitet, zum Teil werden sie hier, unter Leitung des österreichischen Geschäftsträgers bei der Freien Stadt, Legationssekretär Braun, von dem lediglich zum Behuf publizistischer Arbeiten hier anwesenden F. Liechtensteinschen Bundestagsgesandten, Dr. von Linde, oder von dem ehemaligen Pfarrer Jürgens, einem Agenten der Wiener Preßstelle, geschrieben. Diese beiden nebst anderen Literaten vereinigen sich bei dem p. Braun fast täglich zu Konferenzen, in welchen das Material für die Postzeitung, das Journal de Francfort und andere von Österreich abhängige Blätter im Südwesten Deutschlands bearbeitet wird. Die Postzeitung ist, so oft sie auch das Gegenteil behauptet, ein unmittelbares und ausschließliches Organ des Wiener Kabinetts, und Korrespondenzen anderweiten Ursprungs finden nur Aufnahme, wenn sie der Tendenz entsprechen oder farblos sind. Wenn daher in jüngster Zeit, und namentlich in betreff der Regierung E. K. H., eine Polemik zwischen der Postzeitung und Wiener Blättern stattgefunden hat, so ist dies lediglich eine Vertretung der doppelten Zwecke der Wiener Politik in dialogischer Form, bei welcher die Artikel für und wider, die Angriffe der Postzeitung auf E. K. H. Ministerium, wie die Verteidigung desselben durch die Wiener Blätter aus derselben Quelle stammen. . . .

450. Bericht an den Prinzregenten.

[Ausfertigung.]

30. Dezember 1858.

Bei Gelegenheit der Festlichkeiten in Darmstadt[1]) hat J. K. H. die Frau Prinzessin Carl von Hessen mich in einer besonderen Audienz empfangen, bei welcher Höchstdieselbe namentlich die nächste Zukunft Ihrer Herrn Söhne, der Prinzen Ludwig und Heinrich, besprach. J. K. Hoheit behandelte den Abgang beider Prinzen nach Potsdam behufs Eintritt in das 1. Garde-Regiment zu Fuß als eine abgemachte Sache, obschon in den amtlichen Kreisen von Darmstadt diese Absicht teils noch völlig unbekannt schien, teils sehr bezweifelt wurde. Der Großherzog hat dem Plane anfangs bestimmt widersprochen, mit dem Bemerken, daß er mit seiner Gesamtpolitik nicht im Einklang stehe; S. K. Hoheit lege den höchsten Wert auf die Beziehungen zu Preußen, könne aber Österreich „nicht vor den Kopf stoßen"; es solle daher wenigstens einer der beiden Prinzen in Kaiserliche Dienste gehen. J. K. H. die Frau Prinzessin Carl hat demnächst aber dringend gebeten, die beiden jungen Herren nicht zu trennen, und sich besorgt über die Einwirkung ausgesprochen, welche das österreichische Garnisonleben in kleinen Provinzialstädten unter öfterem Wechsel auf die Prinzen haben müsse, wenn dieselben sich dem militärischen Berufe mit dem wünschenswerten Ernst widmen sollten. Gegen den Vorschlag des Prinzen Alexander, den einen seiner Herren Neffen zu sich in seine italienische Garnison zu nehmen, hat J. K. H. geltend gemacht, daß die Anschauungen, welche die Prinzen dort, vom Standpunkte des österreichischen Militärs aus, gewinnen würden, keine richtige Vorschule für den Beruf eines deutschen Fürsten bilden, daß sie dagegen in Preußen Zustände kennen lernen und studieren könnten, welche den heimatlichen gleichartiger wären; daß sie auf den Schutz, die Aufsicht und das Wohlwollen, deren die Prinzen sich in der Nähe des verwandten preußischen Hofes erfreuen würden, den höchsten Wert legen müsse, und daß sie in der ganzen Welt kein Offizierkorps wisse, in dessen Gesellschaft sie ihre Herren Söhne mit mehr Beruhigung sehen würde, als dasjenige unserer Garde im allgemeinen, insbesondere aber des 1. Regi-

[1]) Silberne Hochzeit des Großherzogs Ludwigs III. am 26. Dezember 1858.

ments in Potsdam. Die mütterliche Sorge und Beredsamkeit scheint einen entschiedenen Sieg über die politischen Rücksichten davongetragen zu haben; wenigstens sagte mir J. K. H., daß der Großherzog schon bei seiner Anwesenheit in Wien den Kaiser auf den Eintritt beider Herren in das preußische Heer vorbereitet und dagegen den des Prinzen Wilhelm, des jüngsten Neffen Sr. K. H., in den österreichischen Dienst für die Zukunft versprochen habe. *Die Frau Prinzessin Carl schien aber auch dieses Versprechen für kein unbedingtes zu halten, indem Höchstdieselbe mir sagte, daß sie an den badischen Prinzen habe sehen können, wie nachteilig es auf die Eintracht unter Geschwistern zurückwirke, wenn dieselben den Stempel der Jugendeindrücke in solcher Verschiedenartigkeit erhielten, wie es der abweichende Charakter des Heerwesens und der gesamten Einrichtungen in Österreich, in Vergleich mit Preußen und den übrigen deutschen Ländern, mit sich brächte.* Bei Sr. K. H. dem Großherzoge ist die Rücksicht auf die Wünsche beider Eltern der Prinzen schließlich das entscheidende Moment gewesen, aber erst nach Überwindung der Abneigung, welche J. K. H. die Großherzogin gegen den Plan hatte. Auch wäre letzterer schon zur wirklichen Ausführung gebracht worden, wenn nicht der bei uns eingetretene Kabinettswechsel den österreichischen und katholischen Einflüssen am Hofe einen Vorwand zur Verzögerung geboten hätte, indem man behauptete, daß zunächst abgewartet werden müsse, wie sich die Politik Preußens zu dem übrigen Deutschland stellen werde. Jetzt indessen sprach, wie gesagt, die Frau Prinzessin von dem Eintritt der Prinzen in das 1. Garde-Regiment wie von einer Tatsache, zu welcher nur noch die Genehmigung E. K. H. zu erbitten sei und ohne Verzug werde nachgesucht werden.

451. Privatschreiben an Minister v. Schleinitz.

[Eigenhändige Ausfertigung.]

31. Dezember 1858/2. Januar 1859.[1])

E. E. würde ich schon früher zu schreiben mir erlaubt haben, wenn nicht der Stoff, welcher sich in den letzten Wochen dazu hätte bieten können, ein sehr dürftiger gewesen wäre. Meine Kollegen waren unmittelbar nach unserem Cabinetswechsel offner gegen mich, weil sie in mir einen Gegner oder ein Opfer des neuen Systems vermutheten. Seitdem aber ist die offizielle Zurückhaltung wieder bei ihnen eingekehrt. Dagegen habe ich während meines Aufenthaltes in Darmstadt[2]) und vorher auf den dortigen Hofjagden von befreundeten Personen aus der Umgebung des Großherzogs und des Herzogs von Nassau manches gehört, was mir nicht ohne Interesse war, E. E. aber vielleicht schon anderweit zur Kenntniß gekommen ist. Es scheint danach, daß die Sprache Oestreichs gegen die Souveräne der kleinern Staaten nicht ganz dem Wohlwollen und Vertrauen entspricht, welches die Wiener Organe in Diplomatie und Presse für uns zur Schau tragen. Zunächst hat der Herzog von Nassau von den Kaiserlichen Jagden bei Ischl die Instruction mitgebracht, daß man unserm neuen Cabinete kein Mißtrauen zeigen möge; man machte sich in Wien keine Illusionen über die Gefahren des in Preußen eingetretenen Systemwechsels, aber man wisse dort auch aus Erfahrung, wie die „Berliner Krankheiten“ zu behandeln seien: Die Lage Europa's mache es zu einer Nothwendigkeit, Preußen nicht zu entfremden. Oestreich

[1]) Das Schreiben befindet sich im Hausarchiv bei der Denkschrift für den Prinzen von Preußen von Ende März 1858. Einen bereits vom 13. Dezember 1858 datierten, stark abweichenden Entwurf dazu hat Horst Kohl im Bismarckjahrbuch III S. 129 ff. abgedruckt.

[2]) Vgl. oben S. 394.

werde aber wissen, allen bedenklichen Berliner Bestrebungen die Spitze abzubrechen, wenn die übrigen Staaten sich nur mit vollem Vertrauen der Führung des Kaiserlichen Cabinetes überlassen wollten. Zu einer dualistischen Dictatur auf Kosten der andern Bundesgenossen werde der Kaiser nicht die Hand bieten, eine Erneuerung der gothaischen Politik werde die deutschen Regirungen einig und auch außerhalb Deutschlands Widerstand finden, man möge ihr aber durch keine Art von Herausforderung Vorwände leihen und nicht auf eigne Hand manövriren wollen, sonst werde Oestreich schließlich auch nur noch seine eignen Interessen zu Rathe ziehn. Das Ideal des Wiener Cabinetes wird ohne Zweifel die Einigkeit Deutschlands sein, aber so daß der Schlüssel derselben in den Händen Oestreichs liegt; der Anschluß Preußens einerseits, der der Mittelstaaten andrerseits, ohne zwischen diesen beiden Elementen directe Verständigung und gute Beziehungen aufkommen zu lassen, entspricht dem Partikular-Interesse Oestreichs, wie Graf Buol es bisher aufgefaßt hat. Er wird uns durch die Aussicht auf gemeinsame Leitung des Bundes, die andern durch Beschützung vor preußischem Ehrgeiz, beide Theile durch die Garantien, welche Rußland und Frankreich gegenüber in dem Zusammenhalten des mitteleuropäischen Bundes liegen, an Oestreich fesseln wollen. Aus diesen Bestrebungen kann man einem östreichischen Minister gewiß keinen Vorwurf machen, nur muß er nicht übersehn, daß wir schwerlich bereit sein können, alle Gefahren der Solidarität mit der dermaligen Politik des Wiener Cabinetes lediglich pour les beaux yeux de l'Autriche zu übernehmen, aus Begeisterung für die nach den Bedürfnissen Oestreichs formulirten „deutschen Interessen". In einem Verbande Oestreichs und Preußens fällt, wie heut die Sachen liegen, die Initiative und Leitung dem erstern von selbst zu, weil es der exponirtere von beiden Genossen ist, weil die nächsten Veranlassungen, daß das Bündnis practisch würde, muthmaßlich aus directen Beziehungen Oestreichs zu den für den Augenblick entzündlichsten Theilen Europa's hervorgehn würden. Uns fiele also im wesentlichen die Rolle einer Reserve Oestreichs zu, wenn wir das deutsche Bundesverhältniß so auslegen wollten, daß durch dasselbe ein Schutz- und Trutz-Bündniß zwischen Preußen und Oestreich für alle Fälle gegeben wäre. Diese Theorie ist allerdings das wohlfeilste Mittel, die Macht Oestreichs für defensive und offensive Zwecke um die stattliche Reserve von 300 000 Preußen zu vermehren, uns aber die Mitleidenschaft an den italiänischen und orientalischen Verwicklungen aufzunöthigen, ohne bestimmte Aussicht auf Gewinn-Antheile im Falle günstiger Lösung. Ein weiteres Mittel liegt in der Appellation an unsre Furcht vor dem, was uns zustoßen könnte, wenn wir und nachdem wir Oestreich durch fremde Mächte hätten schädigen lassen, ohne ihm beizuspringen. Dieser Argumentation liegt der unbestreitbare aber ganz allgemein gültige Satz zu Grunde, daß zwei verbündete Großmächte stärker sind, als jede einzelne derselben. Dieser Satz an und für sich enthält für Preußen noch keine Aufforderung, seine Verstärkung für den Kriegsfall gerade bei derjenigen Großmacht zu suchen, an deren Seite die größten Gefahren zu finden und deren Hülfsmittel nur von bedingter Zuverlässigkeit sind. Um die Solidarität mit ihr annehmbar zu machen, müßte für uns wenigstens die Aussicht auf einen würdigen Kampfpreis hinzutreten, und in der Beziehung glaube ich, daß wir an dem Grafen Buol einen Handelsmann von jüdischer Zähigkeit finden werden. Eifersucht auf Preußen, Stolz und Leichtsinn überwiegen bei diesem Staatsmann leicht jedes Ergebniß einer einsichtigen Erwägung der Verhältnisse. Man sollte glauben, daß Oestreich in richtiger Erkenntniß der Gefahren seiner Lage gegenwärtig bemüht sein müßte, nicht ausschließlich für seinen Einfluß auf die deutschen Höfe, sondern für Befestigung der Beziehungen aller Bundesstaaten zu einander zu arbeiten, daß es sich bestreben werde, das von ihm bisher unter-

grabne Vertrauen der Mittelstaaten zu Preußen und ihren Glauben an eine feste und ehrliche Verbindung beider deutschen Großmächte zu kräftigen. Davon aber geschieht nach meiner Wahrnehmung das Gegentheil. Durch Personen aus der Umgebung der benachbarten Fürsten, mit welchen (Personen) ich in freundschaftlichen Privatbeziehungen stehe, weiß ich, daß von den Agenten des Wiener Cabinetes, dem Grafen Rechberg an der Spitze, noch immer, direct oder indirect, vor unsern Tendenzen gewarnt wird, im Sinne vorstehender Insinuationen an und durch den Herzog von Nassau. Man gibt zu, daß wir die Gothaer Politik nicht ohne Weitres wieder aufnehmen würden, deutet aber an, daß wir durch liberale Haltung, durch Parteinahme für unzufriedne Unterthanen gegen deren Regirungen uns Freunde für günstigere Momente werben würden; die Kurhessische Frage, vielleicht auch bald eine Würtembergische Verfassungsfrage, würden Probiersteine dafür sein, wessen sich die Fürsten zu uns zu versehn hätten. Nicht minder wird unsre Stellung zu Holstein verdächtigt und bedauert, daß wir Deutschland wider den Wunsch von Oestreich und Baiern in eine sehr schwierige Sackgasse geführt hätten. Diese mir aus den hiesigen Hofkreisen zu Ohren kommenden Angaben stimmen vollständig mit dem überein, was mir der Würtembergische Minister v. Hügel bei einer gelegentlichen Anwesenheit am Orte sagte. Er hatte den Grafen Rechberg „sehr besorgt" über die Folgen unsre[r] Cabinets-Veränderung gefunden und von ihm solche Nachrichten über die in Baiern und Würtemberg angeblich herrschende Aufregung erhalten, daß er mir sagte: Graf Rechberg übertreibe absichtlich oder unbewußt die Wirkung des Rückschlages unsrer Verhältnisse auf Süddeutschland; die würtembergische Demokratie äußre zwar die Hoffnung, daß unser gegenwärtiges Cabinet eine Bundes-Execution wegen der Adelsentschädigung (standesherrliche Frage) nicht zulassen werde; aber so schlimm, wie Rechberg sie schildre, seien die Dinge nicht. Auf dieselbe Autorität Rechbergs hin äußerte mir neulich die Frau meines englischen Collegen, ein[e] stark politische Dame, Stieftochter von Lord Brougham, aufrichtige Besorgnisse über die Richtung unserer innern Politik und deren Rückwirkung auf Deutschland. Bei Herrn von Hügel könnte man zweifelhaft sein, ob seine Reden zu mir nicht absichtliche Insinuationen waren, um Mißtrauen gegen Oestreich zu propagiren. Wenn dies der Fall wäre, so legt sich damit eine andre schwache Seite der Bundesverhältnisse bloß. Wenn die Mittelstaaten entschlossen wären, in allen Gefahren auf Tod und Leben bei Preußen und Oestreich auszuhalten, so würden sie sich sehr ernstlich und ehrlich bestreben, jede Verständigung zwischen Berlin und Wien zu fördern. Da sie nun aber in diesem Geschäfte sehr lässig sind, gelegentlich sogar an Vermehrung des Mißtrauens zwischen beiden Großmächten arbeiten, so kann man daraus schließen, daß sie die Macht und Einheit des Bundes nicht als ihren alleinigen Rettungsanker für den Fall der Noth betrachten. Herr v. Hügel gab mir zu verstehn, daß er die Sorgen Rechbergs wegen der neuen Politik Preußens nicht theile; möge letztre den gothaischen oder den dualistischen Weg versuchen, so würden die kleineren Staaten, auch abgesehn von Oestreich, mannichfaltige „Anlehnungen" und Schutzmittel ihrer Selbständigkeit finden können; er versehe sich deshalb von Preußen einer ruhigen und mäßigen Politik. Der König von Würtemberg sagte mir bei einer andern Gelegenheit ganz offen: Im Fall der Noth sei ihm das Hemd näher als der Rock[1]) und er zunächst Würtemberger und dann erst Bundes-

[1]) Vgl Schreiben an Manteuffel vom 4. November 1856 (oben S. 167), 18. Mai 1857 (oben S. 218), Privatschreiben an denselben vom 5. Juli 1858 (oben S. 350), Privatschreiben an Schleinitz vom 9. Februar 1860, desgl. Reden des Fürsten Bismarck (Kohlsche Ausgabe) II 276 (22. Januar 1864) und V 52 (2. Mai 1871), ferner G. u. E. I 99.

glied; die letztre Eigenschaft könne nicht soweit verpflichten, daß er sich für Intrigen hoffnungslos opfern sollte. Die Konsequenzen dieser nüchternen Auffassung des Bundesverhältnisses sind für den Fall, daß ein französisches Heer im ersten Anlauf bis nach Würtemberg vordringen sollte, leicht zu ziehn.

Der Prinz Alexander von Hessen war zu den Darmstädter Festlichkeiten aus seiner italiänischen Garnison gekommen, wo er, beiläufig gesagt, meiner Meinung nach mehr im Dienste Rußlands als in dem Oestreichs steht. Nach seinen Erzählungen hätte das Wiener Cabinet neuerdings versucht, sich Rußland zu nähern und zu diesem Zwecke die Entlassung des Grafen Buol angeboten, aber ebenso erfolglos wie zur Zeit der durch ihn, den Prinzen, eingeleiteten Zusammenkunft beider Kaiser in Weimar. Er behauptet ferner, daß die Oestreicher in Italien, ungeachtet aller offiziellen und offiziösen Angaben, kaum 50 000 Mann stehn hätten; keins ihrer drei dortigen Corps erreiche einen Effectivstand von 18 000 Mann, und wenn ein Losbruch Sardiniens erfolgte, so würden sie demselben auf den ersten Anlauf ebensowenig wie 1848 gewachsen sein. Ich lasse das dahingestellt sein; aber dergleichen brüderliche Mittheilungen sind weder geeignet noch darauf berechnet, dem Großherzoge das Vertrauen zu der defensiven Kraft und der schützenden Garantie des deutschen Bündnisses zu stärken und ihm die Furcht vor dem Schreckbilde französisch-russischer Übermacht zu benehmen. Auch pflegen Darmstadt und Würtemberg mit unverkennbarer Sorgfalt nicht nur ihre verwandtschaftlichen Verbindungen mit Rußland, sondern auch die intimen Personalbeziehungen, welche die Träger außeramtlichen Verkehrs mit dem französischen Kaiserhofe sind. Auch in andern Mittelstaaten fehlt es nicht an Canälen, durch welche Frankreich wirksamern Einfluß üben kann als durch seine amtlichen Organe. Der badische Minister Stengel, nach hiesiger Ansicht die leitende Persönlichkeit in der dortigen Regierung, ist gleich dem Herrn von Dalwigk mit einer Französin verheirathet, der Tochter (oder Schwester) des vom Strasburger Attentat[2]) her bekannten Obristen Vaudrey, jetzt, wenn ich nicht irre, préfet des Tuileries oder etwas Ähnliches.

Für einen Krieg Frankreichs gegen die deutschen Mächte läßt sich ziemlich sicher annehmen, daß das Verhalten der westlich exponirten deutschen Kleinstaaten sich nach dem Rußlands richten wird. Stände dieses mit gegen Frankreich oder wäre seine Neutralität bis zum Schluß des Krieges gesichert, so werden sie die deutsche Seite für stark genug halten, um ihr treu zu bleiben. Im andern Falle aber erscheint ihnen Preußen und Oestreich nebst England nicht stark genug auf dem Continent und nicht fest genug unter einander verbunden, um in dem deutschen Lager die Wiedereroberung ihrer etwa von den Franzosen überlaufenen Länder zu erwarten; sie werden deshalb, ohne der Bundesacte weiter zu gedenken, sich durch Separatverträge mit dem Feinde sicher stellen, sobald sie freie Hand dazu haben.

Oestreich ist sich aller schwachen Seiten des deutschen Bündnisses klar bewußt. Für den Frieden ist es ihm von hoher Wichtigkeit, seine diplomatische Position durch Preußens Gewicht verstärkt zu sehn; vor dem Ausbruche eines ernstlichen europäischen Krieges aber würde das Wiener Cabinet seinen Gegnern lieber sehr weit gehende Concessionen machen, als die gefahrvolle Aufgabe annehmen, mit keinem andern festländischen Bundesgenossen als Preußen nebst den treubleibenden deutschen Staaten den Kampf gegen Westen und

---

[2]) 29. Oktober 1836, erster Versuch des Prinzen Louis Napoleon, sich zum Kaiser ausrufen zu lassen.

Osten und gegen innre Feinde gleichzeitig durchzuführen. Es ist deshalb sehr fraglich, ob Oestreich unsern eventuellen Beistand in einem derartigen Kriege durch erhebliche Zugeständnisse wird erkaufen wollen, durch welche unserm Einfluß in Deutschland freierer Spielraum als bisher gewährt würde. Die bisherigen Wahrnehmungen lassen vielmehr vermuthen, daß Oestreich, soviel an ihm ist, den Fall nicht eintreten zu lassen gedenkt, wo es, für den Landkrieg, auf unsre alleinige Bundesgenossenschaft angewiesen sein würde. So lange Oestreich Hoffnung hat, einer solchen Extremität ausweichen zu können, werden seine Nachgiebigkeiten für uns sich wohl innerhalb der Gränzen des Werthes halten, den es unsrer diplomatischen Unterstützung beilegt, und auch diese wird es zunächst mehr durch Überredung und Appellation an deutsche Gemüthlichkeit als durch wirkliche Gegenleistungen zu gewinnen suchen.

Ein Opfer auf dem Altare des Einverständnisses hatte ich mir davon versprochen, daß die Redaction der Postzeitung von Seiten der Wiener Preßstelle modificirt werden und unser Feind Jürgens ausscheiden sollte. Nach der ersten Nummer des neuen Jahres halte ich aber noch nicht viel davon, wenigstens prognosticirt das Blatt mit großer Sicherheit, daß unsre Landesvertretung unaufhaltsam nach links gravitiren werde. Ich wiederhole, daß wir im vollsten Recht sind, wenn wir das Wiener Cabinet direct für jedes Wort verantwortlich machen, was in der Postzeitung steht, denn die östreichische Gesandschaft hier redigirt sie gradezu.

2. Januar. Verzeihn E. E., daß dieses Schreiben in der Muße der Ferien und in der Erwartung einer morgen abgehenden sichern Gelegenheit zu so ungewöhnlicher Dimension angeschwollen ist, indem ich meiner Feder freien Lauf in das Gebiet der Conjectural-Politik gestattet habe, wie ein um Stoff verlegner Zeitungs-Correspondent. Ich habe inzwischen die Einladung zum Herrenhause von dem Herrn Minister des Innern erhalten. Die ersten 8 Tage der Session fallen noch mit unsrer Vertagung zusammen, und wenn es E. E. aus irgendwelchen Gründen nützlich scheint, so komme ich sehr gern auf einige Tage. Als practische Aufgabe dabei würde mir die Beruhigung etwaiger aufgeregter Elemente in der Rechten vorschweben. Von einigen meiner parlamentarischen Freunde habe ich directe Nachricht, und glaube ich verbürgen zu können, daß der gemäßigtere Theil der Fraction Stahl dem Ministerium entgegenkommen wird. Sollten sich andre feindselig zeigen und die Verständigung mit ihnen wünschenswerth sein, so bin ich gern dazu bereit sie zu versuchen. Ist aber nichts der Art für mich zu thun, so bleibe ich in meiner Häuslichkeit in Ruhe.

Mit dem aufrichtigsten Glückwunsche zum neuen Jahre und mit der Versicherung der ausgezeichnetsten Hochachtung verharre ich . .

452. Bericht vom 5. Januar 1859 an Minister v. Schleinitz, betr. die Bentinckſche Angelegenheit. Haltung Oldenburgs. — Vgl. Poschinger, Neue Berichte S. 283 f.

453. Schreiben vom 10. Januar 1859 an General-Major Dannhauer, betr. die Auflösung der Reserve-Infanterie-Division. — Vgl. Poschinger III Nr. 215.

454. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

7. Februar 1859.

E. E. h. Erlaß vom 29. v. M. sowie den vom 1. d. M., meine Ernennung zum Gesandten am Kais. russischen Hofe betreffend, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Indem ich der mir gewordenen Weisung gemäß die hiesigen Geschäfte einstweilen weiter führe, erlaube ich mir die g. Anfrage, ob ich schon in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung die amtliche Mitteilung von der Ernennung des Wirklichen Geheimen Rats von Usedom zu meinem Nachfolger machen soll. Es ist dies Verfahren beim Wechsel der Bundestagsgesandten üblich und wird als offizielle Einleitung zu der demnächstigen Einführung des neuen Gesandten angesehen. Die letztere erfolgt herkömmlich nicht durch den abgehenden Gesandten, sondern durch das Präsidium, welchem der neue Gesandte seine Kreditive übergibt, indem der abgehende Gesandte in der Sitzung, wo sein Nachfolger erscheint, nicht mehr als Mitglied der Versammlung und also nicht als berechtigt zu einer amtlichen Funktion in derselben betrachtet wird.

Sobald E. E. mir die diesfälligen Ah. Befehle zugehen lassen, bin ich bereit, auf den neuen, mir durch die Gnade Sr. K. H. des Prinzregenten verliehenen Posten abzugehen.

455. Schreiben vom 12. Februar 1859 an Finanzminister Freiherrn v. Patow, betr. Verzinsung der preußischen Staatspapiere bei Rothschild. — Vgl. Bismarckjahrbuch III, S. 133 ff.

456. Vertraulicher Bericht vom 14. Februar 1859 an Minister v. Schleinitz, betr. das Verhalten Deutschlands bei einer Teilnahme Frankreichs an einem Kampfe gegen Österreich in Italien. — Vgl. Poschinger III, Nr. 217.

457. Privatschreiben an Unterstaatssekretär v. Gruner.

[Eigenhändige Ausfertigung.][1])

17./19. Februar 1859.

E. H. würde ich schon eher mit dem Versuche genaht sein, schriftlich denselben offnen Gedankenaustausch einzuleiten, den Sie mir mündlich gestatteten, wenn ich nicht mein Interesse für die hiesigen Angelegenheiten künstlich mit der Betrachtung unterdrückt hätte, daß es hier nicht mehr auf meine, sondern auf die Ansicht meines Nachfolgers ankommt. Ich glaube den letztern aber kaum entgegenzutreten, wenn ich von dem Abgange des N. N. Zitelmann und dem anscheinenden Eingehn der hiesigen Preßstelle den Anlaß zu einigen Zeilen entnehme. Ich überschätze weder unsre bisherige Preßorganisation noch deren hiesige Leistungen. Der Alleinbesitz von 1 oder 2 Zeitungen in Deutschland, welche so redigirt worden wären, daß kein Blatt sie hätte ignoriren können, würde mehr geleistet haben, als der zahlreiche Landsturm mittelmäßiger Litteraten mit ihrem beschränkten und bedingten Zutritt zu obscuren Provinzialblättern. Wie aber die Sachen einmal stehn, so

[1]) Konzept (unvollständig) gedruckt Bismarckjahrbuch III, S. 137 ff. Kohl vermutet irrig, daß der Minister des Innern Flottwell der Empfänger gewesen sei. Über Gruners frühere Stellung zu Bismarck vgl. Varnhagen, Tagebücher VIII, S. 448 (30. November 1851).

glaube ich, daß wir in der öffentlichen Meinung von Süd- und Westdeutschland erheblich zurückkommen, wenn wir nicht zu unsrer Vertheidigung analoge Mittel anwenden, wie sie zu dem Zwecke, uns herabzudrücken, in Thätigkeit sind. Die Postzeitung und das Journal de Francfort gehören direct der östreichischen Regirung und werden auf der Präsidialgesandschaft redigirt. Die erstre hat kaum einen andern Zweck als den, am Ansehn Preußens zu nagen; sie thut es mit Geschick und hat dazu, außer 3 oder 4 untergeordneten Litteraten (Hebner pp.) zwei recht tüchtige Publicisten, die Herrn v. Linde und Braun (den hiesigen Residenten). Bei letzterem findet der tägliche Vortrag aller hier im Solde Östreichs stehenden Correspondenten statt, sowohl in Betreff des Inhaltes der Postzeitung als der Correspondenzen, welche an fast alle süddeutschen und rheinischen Blätter, auf Grund der von Wien an die Gesandschaft gelangenden generellen Inspiration, täglich abgefertigt werden. Es giebt kaum ein erhebliches Preußisches Blatt am Rhein und in Berlin, zu welchem nicht wenigstens ein im Solde Östreichs stehender und von dort inspirirter Correspondent Zutritt hätte. Dieses wohlverzweigte Berieselungs-System findet das Terrain für die Befruchtung mit specifisch östreichischen Anschauungen zum Theil durch zwei andre Principien vorbereitet: einmal durch das ultramontane und durch die Katholicität im Allgemeinen, dann durch dasjenige, was ich bambergische Bundespolitik nennen möchte, wie sie in München, Stuttgart, Carlsruh, Wiesbaden, Hanover, Darmstadt verstanden und betrieben wird. Beide Elemente bieten sehr nutzbare Unterlagen für eine östreichische Preßpolitik, welche sich die Umgarnung und Abrichtung Preußens zum Ziele stellt. W i r haben dagegen keine andre Vertretung als diejenige, welche wir sonst leisten. Jeder g e w ö h n l i c h e Zeitungsleser bildet sich seine politischen Auffassungen einigermaßen nach dem Blatte, welches er täglich liest. Die so entstehende öffentliche Meinung k ö n n t e uns gleichgültig sein, weil sie in entscheidenden Momenten nichts leistet; sie i s t es aber nicht, wir gestatten ihr Einfluß auf unsre Entschließungen, auch wenn wir wissen, wie sie entsteht, wie wandelbar sie ist und wie schwache Unterlage sie uns zum Handeln gewährt. Der Unsinn, wie ihn die Postzeitung in Nr. 75 ausspricht, daß wir Östreichs Kriege führen m ü s s e n, daß dieses „keine Sache von Sympathie oder Antipathie, von Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit, von Leistung auf Dank hin, sondern einfach unser eignes Interesse“ sei, wird widerspruchslos von allen deutschen Blättern vertreten und bildet sich zu dem Axiom aus, daß die Existenzfähigkeit Preußens nur auf dem Schutze Östreichs beruht, daß wir verloren sind, sobald diese unsre Schutzmacht besiegt wäre und daß wir also zu einer von Östreich unabhängigen Politik weder Recht noch Macht haben. Wenn wir jetzt Östreich beistehn, so erscheint es als ein verdienstloser Act, welchen die Pflicht der Selbsterhaltung uns auferlegt, höchstens als eine ganz natürliche und in jedem analogen Falle unvermeidliche Erfüllung der in u n s e r m eignen Interesse erweiterten Bundespflicht. Ich würde mich gefreut haben, in der Wüste der Presse wenigstens einer Stimme begegnet zu sein, die es auszuführen gewagt hätte, daß es Preußen einige Überwindung kosten müsse, nicht nur Olmütz zu vergessen, sondern den jüngeren Widerstand Östreichs gegen unsre Theilnahme am Pariser Friedensschluß und an den Donau-Conferenzen sowie die Haltung Östreichs in der Neuenburger Sache, am Bund (Rastatt, Mainz!), im Zollverein; daß es deshalb als ein besondrer Beweis deutsch-patriotischer Selbstverläugnung würde angesehn werden müssen, wenn Preußen die jetzige Lage mit der bundesfreundlichen Unbefangenheit auffaßte, welche sich erwarten ließe, wenn Östreich von allem jenem das Gegentheil gethan hätte. Die Ehrgeizigsten unter unsern preußischen Patrioten nehmen an, wenigstens haben es einige gegen mich ausgesprochen, Östreich bitte uns dermalen mit der Beredsamkeit eines

verschuldeten Cavaliers am Verfallstage um unsern Beistand, und wir brauchten uns unser Pfand, auf das wir die Armee herleihen, nur unter den Schätzen, auf welchen der Bundesdrache liegt, auszusuchen. Soviel ich weiß, weichen diese Vorstellungen sanguinischer Borussen sehr von der Wirklichkeit ab; es scheint fast, als sei uns bisher noch keine andre Eröffnung über die große Frage von Wien aus zugegangen, als das an Oldenburg und Nassau gleichmäßig gerichtete Circular vom 5. Uns ist dabei freilich gesagt, daß Östreich von Schritten am Bunde sich nur nach vorhergegangner Verständigung mit uns Erfolg verspreche; aber ist nicht dieselbe Redensart auch Baiern gegenüber und vielleicht bei allen Königreichen als schmeichelhafte Wendung benutzt worden? Jedenfalls ist das ganze Circular vom 5. ein Act der Bundespolitik o h n e Verständigung mit uns. Rechberg sagte mir, er zweifle nicht, daß dieser Schritt einen sehr günstigen Eindruck in Berlin gemacht haben werde. In seiner wenig geschickten Manier hob er hervor, daß Östreich weit entfernt sei, eine immerwährende Garantie seiner außerdeutschen Besitzungen zu verlangen, denn „eine solche Garantie würde uns eine Art von Recht zur Einmischung in Östreichs italiänische und orientalische Politik verleihn". Ich erwiderte scherzend: also thaten sollen wir mit, aber nicht rathen.

Wenn die Kriegsgefahr näher rücken sollte, so glaube ich an etwa folgende mise en scène der Wiener Politik. Zunächst wird die östr.-bairische Presse fortfahren, die öffentliche Meinung zu montiren; sie findet das bereitwilligste Echo bei allen Inhabern zinstragender Papiere, insbesondre östreichischer; diese hat man überzeugt, daß Preußens unbedingter Anschluß an Östreich den Frieden und die Hausse an der Börse sicherstellen würde. Analog bei den kleinen Fürsten, die für die Metalliques ihrer Privatvermögen, für ihre Behaglichkeit, ihre Schlösser und ihre Wildparks in Sorge sind. Dann bei allen geistlichen und weltlichen Ultramontanen, die es gern sehn, wenn Preußen den Blitzableiter für Östreich macht, indem es das französische Gewitter auf sich zieht. Endlich bei den vielen ehrlichen Leuten, die mehr großdeutsch als Preußisch fühlen. Es ist im Ganzen nicht schwer, den deutschen Philister zu Äußerungen nationaler Erregtheit hinzureißen. In jeder größern Versammlung, besonders wenn die Mitglieder nicht militärpflichtig sind und kein Geld aus eigner Tasche geben sollen, ist eine sonore Stimme und eine blühende Phrase vollkommen ausreichend, um einen Ausbruch kriegerischen Nationalgefühls hervorzurufen, der am andern Tage in den Zeitungen einen recht stattlichen Beleg der öffentlichen Stimmung abgiebt.

Wenn wir auf solchen Wegen hinreichend zu der Einsicht gebracht sein werden, daß die öffentliche Meinung von uns den Anschluß an Östreich verlangt, so denke ich mir auch den Moment gekommen, wo das Wiener Cabinet uns eröffnet, was es im Namen Deutschlands und im eignen Interesse Preußens von uns erwartet, voraussichtlich unter gleichzeitiger Circulardepesche an alle Bundesregirungen. Die Eröffnung an uns wird dann ihre Unterstützung in Sturmpetitionen finden, welche die übrigen deutschen Fürsten an uns richten, und begeisterten Artikeln der Kölnischen und der Spenerschen Zeitung, in patriotischen Adressen sowohl der Inhaber von Metalliques und Staatsbahn als auch einer großen Anzahl sehr ehrenwerther und mit der auswärtigen Politik durchaus unbekannter Leute.

Sollten die „Eröffnungen" des Wiener Cabinetes dem ungeachtet bei uns noch nicht unbedingte Willfährigkeit finden, so werden die nöthigen Anträge am Bunde, nicht von Östreich, denn das sähe so aus, als ob es in d e s s e n Interesse läge, sondern, lediglich im d e u t s c h e n Interesse, von Baiern, als „dem größten rein deutschen Staate", gestellt

werden. Nach Art. 47 der Schlußacte wird man mit erheblicher Majorität, auch gegen Preußen beschließen, daß die Bedrohung der Lombardei Gefahr für das Bundesgebiet involvire; dann entwickelt sich die Sache genau verfassungsmäßig nach Art. 38 weiter; danach werden Vertheidigungsmaßregeln sofort beschlossen, also das Bundesheer aufgestellt, der Oberfeldherr gewählt, und die Wahl fällt auf den Kaiser von Östreich. Dieser Oberfeldherr hat verfassungsmäßig eine dictatorische Gewalt über die Kriegsmittel des Bundes und ist nicht verbunden, seine Operationspläne irgend jemand mitzutheilen (§ 49 des Kriegsverfassungsbeschlusses 11. July 1822 und XII der organischen Bestimmungen vom 9. April 1821). Ich weiß nicht, wie weit unser Wille, einer solchen Wendung Widerstand zu leisten, gehn würde; verfassungsmäßig könnten wir nicht viel dagegen einwenden, und von unsern Bundesgenossen glaubt wohl keiner daran, daß wir uns nicht schließlich fügen würden, wenn der Plan von der andern Seite fest und correct durchgespielt wird. Sie nehmen im Gegentheil an, daß wir es nicht bis zur Entwicklung einer östr.-bairischen Bundes-Politik auf dem Rechtsboden von Art. 47 werden kommen lassen. Und in der That, wenn wir nicht entschlossen sind, gutwillig unsern Strang zu ziehn, so müßten wir schon in früheren Stadien eine Haltung annehmen, der gegenüber den andern der Muth verginge, uns maßregeln zu wollen.

Unsrer Depesche vom 12. zolle ich meine volle Anerkennung, aber der Haltung unsrer Presse nicht; sie giebt uns zu wohlfeil weg und erschwert das Terrain für die diplomatische Taktik der Folgezeit über Gebühr. Wir sollten mehr kaltes Wasser hineingießen, wie es die National-Zeitung mitunter thut: aber viel kälter und viel mehr. Daß Frankreich eingeschüchtert wird, ist unter allen Umständen nützlich, aber auch daß Östreich geängstigt wird. Wenn Frankreich doch losschlägt, so ist uns die „freie Entschließung" durch Mitwirkung unsrer Eignen Presse schon ziemlich schwer gemacht, das Terrain ist sehr abschüssig gegen ein Bündniß à tout prix und auf Tod und Leben mit Östreich geworden, wie auch die Dinge sich wenden mögen.[1])

Ich stehe auf dem Sprunge zur Reise nach Norden und warte nur noch auf Usedom; fast mit Ungeduld, denn ich liebe die Übergänge nicht. So trübe wie in Berlin, unter dem Einfluß der Grippe und nervöser Niedergeschlagenheit betrachte ich meine Sendung nach Norden nicht mehr; aber recht begeistern kann ich mich doch noch nicht dafür. Meine Collegen fassen diese Versetzung als disgrâce auf, als Desaveu der Rastatter pp. Politik, deren Träger ich war. Die Ordensverleihung[2]) nennen sie ein Pflaster auf meine Wunde und erwarten nun, daß Usedom das goldne Zeitalter der Bundespolitik bringen werde. Ich wünsche ihm Glück zu den Hoffnungen, die er zu enttäuschen haben wird, wenn er nicht den Leporello der östreichischen Don Juan-Politik spielen will.

D. 19. Ich schließe erst heut diese Zeilen, welche ich Sie als freundschaftliche Plauderei aufzunehmen bitte. Gestern hat der College den Umstand, daß ich wegen Unwohlsein seit einigen Tagen das Zimmer hüte, dergestalt mit Besuchen gemißbraucht, daß ich garnicht an den Schreibtisch gelangt bin. Nach Manchem, was ich bei diesen Gesprächen vernommen habe, muß ich glauben, daß Östreich, neben der uns mitgetheilten Circular-Depesche, vertraulich und mündlich durch seine Gesandten noch weitre Wünsche an die Bundesregirungen, wenigstens an die ihm näher stehenden, hat gelangen lassen. Jedenfalls ist dabei den Mitgliedern der gemischten Armee-Corps empfohlen worden, sich schon jetzt über die Wahl der Corps-Führer zu verständigen, und wenigstens in Dresden und Stutt-

[1]) Bis dahin reicht das Konzept, das im Bismarckjahrbuch abgedruckt ist.
[2]) Der Prinzregent hatte B. den Stern zum Roten Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen.

gart ist, bei Gelegenheit der Depesche vom 5., in den mündlichen Erläuterungen der Vertreter Östreichs auf den Art. 47 der Schlußacte Bezug genommen worden. Auch habe ich mich überzeugt, daß der General Schmerling zu seinen Collegen in der Militär-Commission die Wahl der Corpsführer, die Vorbereitungen zur Mobilisirung der einzelnen Contingente offiziös besprochen und sich ihre Autorisation zu derjenigen vertraulichen Correspondenz mit den Bundesfestungs-Behörden erbeten hat, welche die Umstände erheischen mußten. Ueber letztern Punkt ist er bereits vor Wochen mit dem General Dannhauer in Verbindung getreten, wie mir dieser vor einigen Tagen mittheilte. Die andern Besprechungen haben aber, soviel ich weiß, ohne Zuziehung unsres Militärbevollmächtigten stattgefunden und den Character discreter Vertraulichkeit gehabt; jedenfalls ist Neigung vorhanden, und nicht bloß in Wien, die „Bundespolitik" ohne unsre Mitwirkung richtigzustellen, und nach den zur Zeit der orientalischen Frage hier rückhaltlos in den Sitzungen ausgesprochnen Ansichten der Mehrheit wird die auswärtige Politik eines jeden Bundesstaates, namentlich Preußens, sich der durch die Mehrheitsbeschlüsse der Versammlung vorgezeichneten Bundes-Politik zu accomodiren haben. Wenn ich Östreicher wäre, so wünschte ich mir auch so ein Preußen.

Sobald Usedom mich ablöst, komme ich mit möglichster Beschleunigung. Ich würde gern schnell auf einige Wochen nach Petersburg gehn, um selbst zu sehn, was ich dort zu meiner Einrichtung brauche, was ich von meinen Sachen behalte, was ich neu anschaffe und wie. Die Einrichtung ist eine harte Nuß, die ich wohl ohne einen privativen Schaden von 10 bis 20 000 Thalern nicht werde knacken können.

In der Hoffnung auf baldiges Wiedersehn bin ich mit freundschaftlicher Hochachtung der Ihrige.

458. Privatschreiben an Unterstaatssekretär v. Gruner.

(Eigenhändig.)

24. Februar 1859.

E. H. sage ich meinen verbindlichsten Dank für das gefl. Schreiben von vorgestern.[1] Wenn ich vor meiner Abreise noch mit einigen Zeilen darauf antworte, so geschieht dieß, weil ich den Tag der erstern noch nicht sicher bestimmen kann. Ich bin seit meiner Rückkehr aus Berlin noch nicht gesund gewesen, muß dann wieder das Zimmer hüten und möchte eine so große Reise doch nicht mit der Gefahr antreten, unterwegs fremden Ärzten in die Hände zu fallen und in einem russischen Posthause das Zeitliche zu segnen.

Ich schreibe hauptsächlich, um Sie zu bitten, daß Sie den General Dannhauer und sein Thun in der Militär-Commission im Auge behalten. Ich kann ihn nicht zwingen, mit mir die Geschäfte zu besprechen; seit meine Abberufung bekannt ist, bewegt er sich vollkommen unabhängig, was mich bei seiner gänzlichen Urtheilslosigkeit in politischen Dingen mit einiger Sorge erfüllt. Sein östreichischer College hat ihn in der Tasche und benutzt ihn, wie er will. Bei der eigenthümlichen Stellung der Militär-Commission können deren Beschlüsse in Zeiten wie die heutigen zu Demonstrationen benutzt werden, die hinter einer Bundes-Mobilmachung der Wirkung nach wenig zurückbleiben. Die Geheimhaltung ist unmöglich, denn durch den holländischen Bevollmächtigten und die Dänische Gesandschaft wird, wenigstens in Paris, alles bekannt; nicht durch die Herrn persönlich, aber durch ihre Höfe.

[1] Nicht bekannt

Kommen kriegerische Vorlagen aus der Militär-Commission an den Ausschuß, so ist der Bund an der politischen Tagesfrage saisirt. Der Widerspruch kann in der Commission technischer Natur sein, im Ausschuß schon wird er zur politischen Discussion. Wollen wir letztre am Bunde vermeiden, so müssen wir solchen Anträgen, die uns zu weit gehn, in der Militär-Commission technisch entgegentreten. Dem G. Dannhauer fehlt die Einsicht und die Besonnenheit, und seit er von Berlin zurück ist, schwindelt ihm der Kopf von politischen Besprechungen, die er mit dem Regenten und dem Minister gehabt hat. Er wird uns hier „vertraulich" in Anträge der Militär-Commission engagiren und compromittiren, ehe er es selbst merkt.

Ein Privatbrief aus Berlin sagt mir, daß ich Rechenberg nach Petersburg bekommen soll. Das ist doch wohl nicht Ernst? Ich hatte gehofft, daß darüber wenigstens nicht ohne Anhörung des betheiligten Gesandten würde entschieden werden, besonders bei einer Stellung, wo der Secretär so gut wie Mitglied der Familie des Gesandten wird. Auch in geschäftlicher Beziehung ist ein gewisser Grad von persönlichem Vertrauen des Gesandten zu seinen Beamten erforderlich, wenn erstrer verantwortlich für den Betrieb sein soll. Wenn wirklich von Rechenberg die Rede ist, so möchte ich Sie bitten, bei dem Herrn Minister zu befürworten, daß nicht ohne Besprechung mit mir über die Sache entschieden wird. Die Besetzung eilt ja nicht, und ich kann recht gut ohne Secretär bestehn.

Mit der Bitte, daß Sie diesen flüchtigen Zeilen ihren privativen Character bewahren wollen, bin ich in freundschaftlicher Hochachtung und Ergebenheit der Ihrige.

459. Vertrauliches Schreiben an Minister v. Schleinitz.

[Konzept.]

24. Februar 1859.

Wie ich anderweit höre, findet heute eine vertrauliche Sitzung der Militärkommission statt, in welcher auf Betrieb Österreichs ein Bericht beraten werden soll, um dem Militärausschuß darzulegen, in welchem Zustande sich die Bundesfestungen befinden, und was zu geschehen hätte, um sie in Verteidigungsstand zu setzen. General Dannhauer soll sich über die Fassung der diesfälligen Vorlage mit dem Feldmarschall-Leutnant von Schmerling vorher verständigt haben.

Graf Rechberg sagt mir, daß die Militärkommission eine Matrikularumlage von 4 Millionen beantragen wolle.

Es kann nicht fehlen, daß diese Tatsachen demnächst in weiteren Kreisen bekannt werden und einen demonstrativen Eindruck machen werden. Geheim bleiben sie schon deshalb nicht, weil sie notwendig zur Kenntnis der beiden außerdeutschen Mitglieder des Bundes, Dänemark und Holland, gelangen.

Ich darf annehmen, daß der General Dannhauer E. E. über diese Vorgänge und die dazu getroffenen Einleitungen in Kenntnis erhalten hat. Ich berichte dieselben meinerseits nur, um E. E. gegenüber zu konstatieren, daß mich keinerlei Verantwortung für das Verhalten des K. Bevollmächtigten in der Militärkommission und für die Konsequenzen der dort etwa mit preußischer Zustimmung gefaßten Beschlüsse trifft. Der General Dannhauer hat mir keine Gelegenheit gegeben, meine Ansichten über die politische Seite dieser Fragen gegen ihn auszusprechen, und die Mitteilungen, welche mich zu diesem g. Schreiben veran-

lassen, verdanke ich vertraulichen Äußerungen meiner Kollegen. Der K. Militärbevollmächtigte hat mir vor vierzehn Tagen bei seiner Rückkehr von Berlin, wo er zum letzten Male Geschäfte mit mir besprochen hat, mitgeteilt, daß er sich bereits vor seiner Abreise nach Berlin gegen den Kais. österreichischen Militärbevollmächtigten mit gewissen geheimen Maßnahmen in betreff des Verteidigungsstandes der Festungen einverstanden erklärt habe, und daß seinem diesfälligen Verhalten die Billigung Sr. K. H. des Prinzregenten und E. E. zuteil geworden sei. Er hat auch später gegen andere und in schriftlichen Mitteilungen auf die mündlichen Instruktionen Bezug genommen, welche er von Berlin mitgebracht habe, und in betreff deren mir eine nähere Kenntnis abgeht. Meinerseits habe ich ihm von E. E. Zirkulardepeschen vom 12. d. M. Einsicht gegeben.

Da E. E. auf Grund des sonst üblichen Geschäftsbetriebs vielleicht annehmen, daß ich von den Verhandlungen in der Bundes-Militärkommission und von dem Verhalten des K. Bevollmächtigten in derselben genaue und amtliche Kenntnis habe, so könnten Hochdieselben daraus folgern, daß von seiten des Herrn Generals Dannhauer nicht ohne mein Einverständnis gehandelt wird. Unter diesen Umständen glaube ich, um mich selbst keiner Verantwortung auszusetzen, jeden Zweifel darüber ausschließen zu müssen, daß mir die Anträge, welche aus der Militärkommission in ihrer heutigen Sitzung hervorgehen werden, ebenso wie die vorhergehenden Verhandlungen zu denselben vollständig fremd und unbekannt sind. Nach dem, was mir über dieselben zu Ohren kommt, befürchte ich, daß die Militärkommission, mit preußischer Zustimmung, Anträge stellen wird, welche über das durch die Zirkulardepeschen vom 12. d. M. für unsere Haltung angedeutete Maß hinausgehen.

Eine seit längerer Zeit andauernde Krankheit hat mich bisher verhindert, mir aus indirekten Quellen diejenige Kenntnis von den Beratungen der Militärkommission zu verschaffen, welche E. E. die Berichte des K. Militärbevollmächtigten ohne Zweifel gewähren werden.

460. Bericht vom 25. Februar 1859 an den Prinzregenten, betr. Abnahme der kriegerischen Stimmung am Bunde. Davon abweichende Haltung Österreichs. — Vgl. Poschinger III, Nr. 219.

461. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

26. Februar 1859.[1])

Der K. Militärbevollmächtigte hat mir heute Abschrift des Berichtes mitgeteilt, vermittels dessen er E. E. die Mitteilung vorlegt, welche die Militärkommission in betreff von Maßregeln zur Verteidigung des Bundesgebiets an den Militärausschuß richtet. Es ist dies die erste Nachricht, welche ich selbst seitens des K. Militärbevollmächtigten überhaupt darüber erhalte, daß in der Militärkommission Verhandlungen über diejenigen Fragen schweben, welche den Inhalt des Berichtes an den Militärausschuß bilden, und habe ich namentlich nicht erwartet, daß Anträge, welche unter allen Umständen von ungewöhnlicher Wichtigkeit sein würden, welche aber im jetzigen Augenblick den Charakter einer großen politischen Maßregel annehmen, im Schoße der Militärkommission beraten, unterschrieben

[1]) Bei Poschinger nach dem Konzept gedruckt, das mehrfach abweicht.

und abgefertigt werden würden, ohne daß dem Gesandten Gelegenheit gegeben wird, dem Militärbevollmächtigten eine Ansicht darüber zu äußern, ja wie es scheint, ohne daß der K. Militärbevollmächtigte einen bestimmten Anhaltspunkt in betreff der Auffassung der K. Regierung hatte. Derselbe stellt es vielmehr am Schlusse E. E. nachträglichem Ermessen anheim, ob er richtig verfahren habe. Wenn ich das letztere nach dem Inhalt des Zirkularerlasses E. E. vom 12. d. M. kaum annehmen kann, so will ich doch in materieller Beziehung Hochdero Urteil nicht vorgreifen; in betreff des formellen Verfahrens aber erlaube ich mir einige g. g. Bemerkungen.

Die Militärkommission hat an und für sich gar keinen Beruf, sich mit den meisten und wichtigsten der von ihr angeregten Fragen zu beschäftigen, wenn sie nicht von der Bundesversammlung dazu aufgefordert wird. Es liegt diese Begrenzung ihrer Tätigkeit in ihrer Bestimmung, als „technischer Beirat" der Bundesversammlung zu fungieren, und die regelmäßige Geschäftspraxis entspricht auch sonst dieser Bestimmung. Im vorliegenden Falle ist die Abweichung von der Regel langer Hand vorbereitet worden. Der Feldmarschall-Leutnant von Schmerling hat bereits vor der Abreise des Generals Dannhauer nach Berlin dem letzteren von der Notwendigkeit einer Instandsetzung der Bundesfestungen mit Rücksicht auf die politische Lage gesprochen. Der K. Militärbevollmächtigte machte mir hiervon erst nach seiner Rückkehr von Berlin mündlich Mitteilung, indem er hinzufügte, daß er sich damals mit Herrn von Schmerling einverstanden erklärt habe. Ich machte ihn darauf aufmerksam, wie bedenklich es sei, dergleichen Vorschlägen ohne Rückfrage bei der K. Regierung zuzustimmen, da dieselben bei der jetzigen Konstellation leicht zur Grundlage politischer Demonstrationen vermittels der Militärkommission benutzt werden könnten. Der General erwiderte mir, daß sein Verhalten von Sr. K. H. dem Regenten und von E. E. mündlich gutgeheißen worden sei, nachdem die Sachlage inzwischen durch ein Schreiben des Herrn von Schmerling näher präzisiert worden wäre. Das Ergebnis dieser Phase sind, wie es scheint, vertrauliche Schreiben des österreichischen Militärbevollmächtigten an die Bundes-Gouvernements gewesen, gegen deren Inhalt, soweit sie mir außerdienstlich bekannt geworden sind, von uns kaum etwas zu erinnern sein dürfte.

Nach jener Unterredung, welche etwa am 10. d. M. stattfand, habe ich von dem K. Militärbevollmächtigten, ebenfalls nachträglich, die schriftliche Mitteilung von den Anträgen erhalten, welche die Militärkommission in betreff der Artillerieausrüstung der Bundesfestungen an den Ausschuß gerichtet und welche Graf Rechberg noch nicht zur Beratung gestellt, nachdem er die letzte Ausschußsitzung als Vorsitzender abgesagt hat. Auf diese schriftliche Kommunikation beschränken sich seither die Beziehungen, in welche der K. Militärbevollmächtigte in betreff des Inhaltes seines heutigen Berichts und der Anlage mit mir getreten ist. Erst n a ch Erledigung der Sache mit dem General von Schmerling hat er dem Legationsrat Wentzel bei einer gelegentlichen Unterhaltung kurz und ganz allgemein von derselben gesprochen, ohne ihm indessen einen Auftrag für mich dabei zu geben. Ein solcher hätte auch keine Bedeutung mehr gehabt. Auch Graf Rechberg, so oft ich ihn seit seiner Rückkehr von Wien gesehen habe, hat mit keinem Worte der wichtigen, des Einverständnisses mit Preußen so sehr bedürftigen Verhandlungen erwähnt, welche, wie ich aus dem Bericht des Generals Dannhauer heute ersehe, seit länger als vierzehn Tagen unter den Mitgliedern der Militärkommission geschwebt haben. Als ich ihn vor einigen Tagen ausdrücklich danach fragte, antwortete er ausweichend, daß er glaube, die Militärkommission werde eine Umlage von 4 Millionen beantragen, und brach das Gespräch ab, sobald er merkte, daß ich noch nicht vertraut mit der Sachlage war.

Aus dem ganzen Hergange schöpfte ich die Überzeugung, daß die Vorträge, welche jetzt von der Militärkommission erstattet werden, das Ergebnis eines seit mehreren Wochen von Österreich ins Werk gesetzten Planes sind, dessen Tendenz es war, durch die Militärkommission allein, und mit Ausschluß jeder politischen Erwägung durch die Gesandten, eine politische Demonstration gegen Frankreich herbeizuführen. Ich will die Gründe nicht untersuchen, weshalb die österreichischen Organe, sowohl während der Zeit, als ich den Grafen Rechberg vertrat, als auch nachher, sorgfältig vermieden haben, mit mir ein Wort über die Sache zu wechseln, dieselbe vielmehr ausschließlich durch den K. Militärbevollmächtigten betrieben haben, so daß Graf Rechberg zwar mit letzterem, aber nicht mit mir, sie besprochen hat. Ich würde wenigstens, sobald sie mir hinreichend bekannt geworden wäre, auf eine vorgängige Anfrage an E. E. gedrungen haben, wie ich denn auch, nachdem ich gerüchtweise davon erfuhr, E. E. das zu meiner Kenntnis Gelangte vertraulich angedeutet habe.

Wenn die Anträge der Militärkommission nunmehr, wie vorauszusehen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses zur Beratung kommen (Montag, den 28. d. M.), so werde ich zunächst E. E. hochgen. Instruktion über mein oder meines Nachfolgers Verhalten zu erbitten haben. Sollte aus dieser hervorgehen, daß E. E. das Verfahren des K. Militärbevollmächtigten gutheißen, so bleibt in diesem Falle das unabhängige Vorgehen desselben ohne dienstlichen Nachteil, als Präzedenzfall für die Zukunft aber immerhin bedenklich. Sollte der General Dannhauer aber nicht das Glück gehabt haben, seine und meine Instruktionen richtig zu antizipieren, so ist durch sein Verhalten das günstigste und politisch unverfänglichste Terrain zur Bekämpfung der Propositionen, nämlich die Erörterung der technischen Zweckmäßigkeit der vorgeschlagenen Maßregeln, für uns verloren gegangen. Die Mitglieder der Militärkommission, mit Ausnahme des luxemburgischen, sind zwar persönlich unbedingt für Österreich verfügbar, und deshalb hat Österreich in dieser Behörde so leichtes Spiel, wenn es sich des preußischen Vertreters versichern kann, aber der letztere hat, auch wenn er in der Minorität ist, in dem Geschäftsgange die wirksamsten Mittel, einen unbequemen Beschluß zu verzögern, und ein entgegenstehendes technisches Urteil ist, wenn es von Preußen ausgeht, immer von Gewicht. Jetzt aber, wo eine einstimmige und in sehr starken Ausdrücken abgefaßte Vorlage der technischen Behörde eingeht, ist kein Widerstand mehr zu leisten, der sich nicht auf ausschließlich politische Gründe stützt.

Es scheint, daß bei der K. Regierung über so wichtige Vorschläge, wie die Mobilmachung und anderweitige Aufstellung von Bundestruppen, das Vorschieben eines Teils derselben in die Rheinpfalz, die Armierung der Festungen, das Einrücken der Kriegsbesatzungen in dieselben und eine Umlage von 6 Millionen Gulden, keine Verständigung von seiten Österreichs angebahnt worden ist. Wollen wir auf eine solche Haltung eingehen, und alle Konsequenzen derselben übernehmen, so könnten wir das mit viel mehr Vorteil, wenn wir die volle Initiative nach dieser Richtung hin übernähmen, anstatt uns in das Schlepptau der Bundesmajorität nehmen zu lassen, ohne irgendeinen vorgängigen Beweis, daß diese unsere neue Haltung eine freiwillige ist.

Der K. Militärbevollmächtigte und namentlich seine Vorgänger haben sonst in vergleichungsweise ganz bedeutungslosen Angelegenheiten den Text der von der Kommission zu fassenden Beschlüsse nicht nur mit dem Gesandten beraten, sondern verbo tenus nach Berlin eingesandt, bevor sie ihre Unterschrift erteilt haben. Um so befremdlicher ist es, daß die

offizielle Anregung von Anträgen, mit welchen sich ohne Zweifel bald die Kabinette und die Presse von ganz Europa als mit einem Ereignis von Wichtigkeit beschäftigen werden, mit einer Hast, die den Charakter der Überrumpelung hat, und in einer solchen Form erfolgt, daß ihre weitere Entwickelung aufzuhalten schwerlich noch in unserer Macht steht. Daß die Militärkommission nicht zur Stellung der Anträge geschritten wäre, wenn denselben ein bestimmter Widerspruch Preußens entgegengetreten wäre, halte ich für unzweifelhaft.

Ich würde geglaubt haben, daß dem K. Militärbevollmächtigten in Berlin bei den Unterredungen, auf welche er hier Bezug nahm, geheime und mir unbekannte Instruktionen erteilt worden seien, wenn ich nicht nach dem Schlusse seines gestrigen Berichtes an E. E. annehmen müßte, daß derselbe ganz auf eigene Verantwortung gehandelt hat. Wenn er anführt, daß er weitergehenden Anträgen, namentlich in betreff der Wahl eines Oberfeldherrn, vorgebeugt habe, so beweist er nur die Notwendigkeit einiger Bekanntschaft mit dem Bundesrechte für denjenigen, der auf dem Boden desselben verhandelt. Die Gesamtheit der gestellten Anträge überschreitet, wie schon gesagt, die Kompetenz der Militärkommission; von der Wahl eines Oberfeldherrn aber ist erst die Rede, wenn die Bundesversammlung die Aufstellung eines Kriegsheeres beschließt, und erfolgt diese Wahl lediglich innerhalb der Bundesversammlung; bevor aber zur Aufstellung eines Kriegsheeres geschritten werden könnte, müßte erst nach Artikel XXXVIII der Schlußakte eine direkte Gefahr für das Bundesgebiet, oder nach Artikel XLVII eine indirekte beschlußmäßig anerkannt worden sein.

Sollten E. E. mich oder meinen Nachfolger anweisen, den Vorschlägen im Ausschuß ganz oder teilweise entgegenzutreten, so glaube ich, daß es sich am meisten empfehlen würde, dies vor der Hand von dem formellen Standpunkte aus zu versuchen, und zwar in der Weise, daß man die Kompetenzüberschreitung der Militärkommission in den Vordergrund stellt und das Bedenkliche des Präzedenzfalles hervorhebt, wenn die sechs Offiziere, welche jedesmal den technischen Beirat der Bundesbehörde bilden, und welche unter ausschließlicher Berücksichtigung ihres Verständnisses militärischer Angelegenheiten hierzu ausgewählt werden, in Fragen von der höchsten politischen Wichtigkeit ohne vorgängige Aufforderung von seiten des Bundes und ohne Anregung von einer der Bundesregierungen eine amtliche Initiative von dieser Bedeutung ergreifen wollen. Ich glaube wohl, daß ein Widerspruch auf diesem Fundament, wenn er von Preußen ausgeht, die Sache aufhalten, wenn auch nicht beseitigen kann; letzteres um deswillen nicht, weil die übrigen Militärbevollmächtigten nach den auf Voraussetzung des preußischen Einverständnisses begründeten Instruktionen ihrer Regierungen oder doch ihrer Gesandten gehandelt haben werden.

Materiell läßt sich demnächst einwenden, daß die Hauptvorschläge zur Verhandlung nicht reif sind, solange die durch Artikel XXXVIII oder XLVII der Schlußakte gegebenen Bedingungen nicht vorliegen.

Vielleicht hat das ganze Verfahren im Sinne Österreichs nur den Zweck, die früher von uns abgelehnten Mehrbewilligungen für die süddeutschen Bundesfestungen zu erlangen, und was darüber hinausgeht hat dann die Bedeutung einer auf das Abhandeln berechneten Überforderung, wie uns dieses System in allen übrigen Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett gegenübergestanden hat. Ich will damit nicht gesagt haben, daß Österreich nicht auch die vollen Vorschläge der Militärkommission gern zum Beschluß erhoben sehen würde.

E. E. hochgen. Weisungen sehe ich g. g. entgegen, und wenn, wie ich glauben darf, das

Verfahren des K. Militärbevollmächtigten ein ganz selbständiges gewesen ist, so stelle ich g. anheim, im Interesse meines Nachfolgers der Wiederkehr ähnlicher Vorgänge entgegenwirken zu wollen.

462. Vertraulicher Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

27. Februar 1859.

Die beiden chiffrierten Weisungen E. E. vom gestrigen Abend habe ich zu erhalten die Ehre gehabt[1]) und beeile ich mich, in Erledigung der zweiten, E. E. nachstehende g. Bemerkungen in betreff der Eingabe der Militärkommission an den Militärausschuß vorzulegen.

Nachdem ich aus E. E. h. Erlaß ersehen habe, daß die Vorschläge der Militärkommission, unerachtet der Zustimmung des diesseitigen Bevollmächtigten, von der K. Regierung nicht für zeitgemäß gehalten werden, sehe ich einen besonderen Vorzug der Eingabe der Militärkommission in der vollständigen Formlosigkeit derselben. Schon der erste Entwurf, von dem Feldmarschall-Leutnant von Schmerling, enthält manche Eigentümlichkeiten in stilistischer und logischer Beziehung; durch die Einschaltungen des Generals Dannhauer ist aber stellenweise der Zusammenhang ganz verloren gegangen. Wenigstens trägt dasjenige Exemplar, welches mir gestern von dem K. Militärbevollmächtigten zugestellt worden ist, die Spuren der Übereilung, mit welcher die Sache redigiert, und die infolge der Zusätze nötig gewordenen Abänderungen unterlassen worden sind. Ich führe in der abschriftlichen Anlage zwei Stellen aus dem mir vorliegenden Exemplar an, da ich nicht weiß, ob letzteres mit dem E. E. eingereichten vollständig in Übereinstimmung gesetzt worden ist.

Man kann danach sagen, daß eigentliche, direkte Anträge der Militärkommission an den Ausschuß gar nicht vorliegen; dem Wortlaut nach hat vielmehr die Militärkommission eine lediglich theoretische Erwägung dessen zutage gefördert, was in einem bestimmten, für jetzt nicht vorliegenden Falle zu tun sein werde, im Falle nämlich, daß der Bund „diese Deckung" (seiner wehrlosen Grenzen) als notwendig erkennen würde. Bevor dieser Fall eintritt, d. h. bevor der Bund Truppenbewegungen zur Deckung der Grenzen anordnet, würden noch manche andere Beschlüsse auf Grund der Artikel XXXVIII, XLVII u. a. der Schlußakte vorhergehen müssen.

Die Bedeutung dieses Elaborats der Militärkommission hängt ganz von der Aufnahme und von dem Werte ab, welche man ihm[2]) im Militärausschusse gewähren und beilegen will. Bleibt die letztere Behörde im Geleise ihrer Kompetenz und ihres Geschäftsganges, so kann sie die Eingabe der Militärkommission vor der Hand nur als „schätzbares

---

[1]) In der ersten telegraphischen Depesche bemerkte Schleinitz, Preußen finde gegen die Anträge wegen der Vervollständigung und Verstärkung der Artillerie-Ausrüstung in den Bundesfestungen im allgemeinen nichts zu erinnern; dagegen vermöge es für jetzt eine drohende Gefahr für das Bundesgebiet nicht zu erkennen, so daß weitergehende Anträge zurzeit nicht gerechtfertigt erschienen. „E. H. werden soviel als möglich bemüht sein, von dem im Militärausschusse zur Beratung und Annahme kommenden Berichtsentwurf jeden demonstrativen Charakter fernzuhalten. Ich behalte mir weitere Instruktion noch vor. Schon jetzt bemerke ich, wie es dringend erforderlich ist, daß der K. Militärbevollmächtigte in Zukunft unter allen Umständen vermeide, sich auf Erörterungen und Anträge in der Militärkommission einzulassen, welche ein politisches Interesse berühren, ohne sich vorher mit dem K. Gesandten darüber verständigt zu haben. In Fällen, wo eine solche Verständigung nicht erzielt werden könnte, sehe ich dem beiderseitigen Berichte entgegen, um alsdann die erforderliche Instruktion zu erteilen. E. H. wollen dem General Dannhauer diesen Erlaß mitteilen." — In der zweiten Depesche ersuchte der Minister um eine gutachtliche Äußerung über die Eingabe des Militärausschusses in betreff des Schutzes der deutschen Westgrenze.

[2]) Vorlage: ihr.

Material“ zu den Akten schreiben. Darauf ist aber die Sache von denen, die sie eingeleitet haben, wohl nicht berechnet. Wenn der ganze Vorschlag nicht die Hülle eines geringeren Kernes ist, den man, durch anfängliches Überfordern und späteres Ablassen im Handel, bei Preußen zur Annahme bringen will, so kann der Vorgang nur die Tendenz haben, gewisse bedenkliche und verfassungswidrige Versuche zu erneuern, welche auf den Dresdener Konferenzen und hier am Bunde unter dem Präsidium des Grafen Thun verschiedentlich dahin gemacht worden, einem Ausschuß der Mittelstaaten, wie der jetzige Militärausschuß es ist, den Charakter einer Exekutivkommission mit beschließender Gewalt beizulegen. Der Militärausschuß zählt als Mitglieder außer Preußen und Österreich die vier Königreiche und für Darmstadt den Freiherrn von Münch, der nicht Hesse, sondern Österreicher ist. Ebenso sind die Gesandten von Bayern, Sachsen und Württemberg den Interessen Österreichs persönlich ergeben, unter Umständen selbst über ihre Instruktion hinaus. Der Militärausschuß ist kaum als ein gewählter zu betrachten; er wurde, noch vor meinem Eintritt in die Bundesversammlung, vom Grafen Thun, unter Auswahl der ihm am meisten zusagenden Mitglieder, man kann wohl sagen, ernannt, und sofort die Klausel hinzugefügt, daß er nicht wie alle anderen Ausschüsse wechseln, sondern ständig sein solle. Es hat für das Präsidium mannigfache Vorteile, die Kompetenz dieses Ausschusses auf Kosten der Bundesversammlung zu erweitern. Österreich hat in demselben eine stets sichere Majorität von fünf gegen zwei, namentlich aber ist das Übergewicht des Präsidiums in den Ausschüssen viel bedeutender noch, als in der Versammlung. In ihnen fehlen dem Geschäftsbetriebe alle jene schützenden Formen, welche für den der Bundesversammlung in den letzten fünf Jahren von uns erstritten worden sind. Es werden keine Protokolle in den Ausschüssen geführt, keine Tagesordnungen gegeben; niemand außer dem Vorsitzenden weiß bis zu dem Augenblick der Verlesung, was vorkommen wird, und das Präsidium, in Gemeinschaft mit dem Referenten, hat den Geschäftsbetrieb bis auf die Abstimmung mit „ja“ oder „nein“ ziemlich ausschließlich in den Händen.

Bisher hat nun der Militärausschuß gar keine beschließende, sondern nur, gleich allen anderen, eine begutachtende Kompetenz, mit alleiniger Ausnahme der durch die Auflösung der Flotte bedingten Geschäfte, in betreff deren ihm die selbständige Entscheidung durch besonderen Bundesbeschluß übertragen worden ist. In bedenklichen politischen Situationen aber, sobald behauptet wird, daß ein schnelles und diskretes Verfahren des deutschen Zentralorgans erforderlich würde, liegt die Versuchung außerordentlich nahe, die Schwerfälligkeit des verfassungsmäßigen Geschäftsganges in der Bundesversammlung aufzugeben und eine konzentriertere Machtvollkommenheit auf einen Ausschuß zu übertragen, welchem die sechs bedeutendsten Bundesstaaten angehören. Ich zweifle auch nicht, daß eine große Majorität in der Bundesversammlung einer solchen (übrigens nur mit Stimmeneinhelligkeit zulässigen) Übertragung der Bundesgewalt im Augenblick einer Gefahr und für eine begrenzte Zeit zustimmen würde. Preußen aber kann sich m. E. auf eine solche Maßregel nur dann einlassen, wenn es das Bewußtsein voller Identität seiner Politik mit der Österreichs hat. Im anderen Falle würde die Unerträglichkeit unserer Position uns bald zum Bruch des Beschlusses oder der Bundesverfassung zwingen.

Die vorliegende Eingabe der Militärkommission kann nun ihrem ganzen Inhalte nach nur bestimmt sein, im Schoße des Ausschusses zu wirken. Es wäre schon ganz unmöglich, eine so übertreibende Prostitution der Wehrlosigkeit Deutschlands, wie sie namentlich der erste österreichische Entwurf enthielt, eine so demütigende Kritik dessen, was die Militärkommission und der Bund selbst in vierzig Jahren für Deutschlands Sicherheit getan

haben, in die Bundesversammlung zu bringen, oder diese Angaben und Behauptungen auch nur zur Grundlage eines gutachtlichen Berichtes an die Bundesversammlung zu nehmen. Ich kann daher kaum eine andere Absicht präsumieren, als die, daß der Ausschuß ein Mandat zu selbständigerer Tätigkeit entweder auf eigene Verantwortung assumieren, oder sich ein solches auf Grund allgemeiner Angaben über bevorstehende Gefahren von der Bundesversammlung erbitten soll. Einem solchen Versuch kann Preußen m. g. D. nur bestimmt, offen und prinzipiell entgegentreten.

Es läßt sich nicht vorhersehn, nach welcher Richtung hin Graf Rechberg seine Taktik im Ausschuß entwickeln wird, und ob bei dem ganzen Manöver die Absicht vorwiegt, dem Militärausschusse eine politische Rolle zuzuwenden, oder die, eine Demonstration Gesamtdeutschlands gegen Frankreich herbeizuführen, von welcher ich unentschieden lasse, ob sie die Erhaltung des Friedens oder die Herbeiführung des Krieges beabsichtigt. Ich habe bereits in meinem letzten immediaten Sitzungsbericht[3]) erwähnt, daß sich hier der Eindruck fühlbar macht, als ob Österreich den Krieg wolle, weil es glaubt, ihm jetzt vollkommen gewachsen zu sein und in späterer Zeit vielleicht nicht. In diesem Sinne habe ich seitdem verschiedene Artikel österreichischer Korrespondenten gelesen, welche zu den Intimen des Wiener Kabinettes zählen. Noch mehr Gewicht aber lege ich darauf, daß mir der Herzog von Nassau, den ich als vollständig eingeweihten Agenten der österreichischen Politik betrachten darf, nach dem Abschiedsdiner, welches er mir gab, ganz unumwunden und mit großer Lebhaftigkeit entwickelt hat, wie notwendig der Krieg gegen Frankreich sei, und wie man die Gelegenheit nicht müsse vorübergehen lassen, welche uns durch die französischen Herausforderungen in einem so günstigen Momente gegeben würde. Von der Kenntnis dieser Stimmungen war auch der hiesige englische Gesandte geleitet, als er mir vor einigen Tagen sagte, daß seine Regierung es sehr beklagen würde, wenn Österreich in diesem Momente von den deutschen Bundesstaaten irgendwelche tatsächliche Ermutigung erhielte, in seinen kriegerischen Tendenzen und auf der gegenwärtigen Höhe seiner Ansprüche zu beharren. Wenn man der von Österreich inspirierten Presse, und namentlich den nach Frankreich verbreiteten und in Paris gelesenen Blättern derselben, einige Aufmerksamkeit schenkt, so kann man sich der Vermutung, daß die darin enthaltenen Aufreizungen und Herausforderungen Frankreichs einem bestimmten System ihren Ursprung verdanken, kaum erwehren. Die poetischen und prosaischen Ergüsse, welche den Franzosen das Elsaß und Lothringen abfordern, bleiben mit ihrem wohlgemeinten Patriotismus hinter den überrheinischen Broschüren nicht zurück und könnten von Frankreich ebensogut als Motiv zu Rüstungen angeführt werden, wie Laguerronière von Österreich. Aber ein Vorschieben deutscher Truppen, etwa, wie Österreich wollte, zwei Armeekorps in der Pfalz, würde allein hinreichend sein, um den Kaiser der Franzosen unter den Druck einer Drohung zu stellen, welche ihm jedes Nachgeben verbieten und die öffentliche Meinung in Frankreich für den Krieg stimmen würde.

Von der Vorlage der Militärkommission ist nun bis zur Ausführung solcher Maßnahmen allerdings noch sehr weit, und ein bestimmter Widerspruch Preußens wird der Fortentwickelung der Sache einstweilen im Ausschusse ebensogut Halt gebieten, wie er in der Militärkommission ihr Entstehen verhindert haben würde. Immer aber bleibt die einstimmige Eingabe der Militärkommission mit der Unterschrift des preußischen Bevollmächtigten ein Dokument, welches in verjüngtem Maßstabe der österreichischen Po-

[3]) Nr. 460.

litik ebenfalls als Demonstrationsmittel dienen kann und wird. Unter dem Vorwande der Geheimhaltung wird jede Aufklärung über die Genesis des Aktenstückes verhütet werden, und so, wie es liegt, dient es bei den deutschen wie bei den auswärtigen Höfen als Beweisstück über die Intentionen Preußens, namentlich in Frankreich, wo man den Unterschied zwischen Militärkommission und Militärausschuß und Bundesversammlung sich nur notdürftig klarmacht. Es wird schwer sein, Glauben dafür zu finden, daß der K. Militärbevollmächtigte den Vortrag ohne Autorisation seiner Regierung unterschrieben habe.

Ich weiß nicht, ob E. E. noch anderweite Vorkehrungen treffen wollen, um diesem Mißbrauch der Sache vorzubeugen, bemerke aber, daß durch das Kabinett vom Haag die Vorgänge in der Militärkommission sicherlich in Paris bekannt werden. Für meinen Wirkungskreis wird der erforderliche Effekt schon einigermaßen erreicht, wenn ich mich im Militärausschuß so ausspreche, wie E. E. gen. Weisung von gestern abend es vorschreibt, daß nämlich die Anträge zurzeit nicht gerechtfertigt erscheinen, weil eine drohende Gefahr für das Bundesgebiet sich bisher nicht zu erkennen gebe. Der Erfolg einer solchen Äußerung von meiner Seite wird voraussichtlich der sein, daß die ganze Angelegenheit einstweilen liegen bleibt und diese Pause in der Verhandlung mit der Zirkulation der Akten bei den Ausschußmitgliedern beginnt. In der Zwischenzeit wird dann das „einstimmige Votum der Militärkommission" einen der Hebel der österreichischen Diplomatie abgeben, der auch bei uns in Berlin, namentlich aber bei den anderen Höfen in und außer Deutschland nach Bedürfnis benutzt wird. Man wird bei meinem Nachfolger versuchen, ob man auf günstigeres Terrain stößt, und sobald dies der Fall ist, die Sache wieder aufnehmen. Für diesen Fall erlaube ich mir auf die Gefahren einer Emanzipation des Militärausschusses wiederholt g. g. aufmerksam zu machen.

Wenn ich morgen im Ausschusse meine Überraschung über die von der Militärkommission so unbefugterweise ergriffene Initiative und die Überzeugung von der Unzeitigkeit derselben ausspreche, so werde ich mit Grund hinzufügen können, daß alle die exzeptionellen Maßregeln, welche jetzt vorgeschlagen werden, im Grunde permanent sein müßten, wenn alle Prämissen, von welchen sie ausgehen, richtig wären. Die Fähigkeit, in vier Tagen 40 000 Mann bei Straßburg, und ziemlich ebensoviel bei Metz zu versammeln, wird Frankreich stets haben, solange die jetzige Organisation seines gesamten Eisenbahnwesens besteht. Sollten jetzt in der Tat Konzentrationen „mehr im Süden", d. h. ganz im Süden stattfinden, so bewirkt das gerade in diesem Augenblick eine größere Schwierigkeit in der Aufstellung von Truppenmassen bei Straßburg oder Metz. Der Nachweis, wie die Eisenbahn von Saarbrück bis Ludwigshafen gelegentlich in einer Nacht von Frankreich in dauernden Besitz genommen werden könnte, scheint mir ausschließlich für Geschäftsmänner vom Zivil berechnet zu sein.

Soll nun, wenn diese Gefahren permanent sind, eine permanente Aufstellung von mobilen Bundestruppen in der Pfalz, eine permanente Beibehaltung der vollen Kriegsbesatzung in allen Bundesfestungen dagegen eingerichtet werden? Die Veranlassung dazu, rein vom Standpunkte der Sicherung der Bundesgrenze aufgefaßt, ist seit Jahren dieselbe wie heut.

Was die Höhe der in Aussicht genommenen Umlage betrifft, so bemerke ich g., daß, äußerem Vernehmen nach, der General von Schmerling ursprünglich nur vier Millionen im ganzen hat veranschlagen wollen, die Summe aber auf Antrag unseres Militärbevollmächtigten erhöht worden ist. Ob die Summen für die Vervollständigung und für die

Verstärkung der Artillerie-Ausrüstungen richtig gegriffen sind, darüber möchte ich anheimstellen, auf die Revision des K. Kriegs-Ministeriums zu provozieren. Nach dem, was ich davon gehört habe, sind die in dem Berichte des Generals Dannhauer vom 19. d. M. und in dessen Anlagen ausgeworfenen Summen nicht übertrieben, für Mainz vielleicht sogar gering. Ich werde den desfallsigen Bericht der Militärkommission im Ausschusse einstweilen ohne Einwendungen ad referendum nehmen.

Soeben, während ich mit diesem Berichte beschäftigt bin, besucht mich Graf Rechberg. Er sagt mir mit einer beneidenswerten Sicherheit, daß auch er sowohl wie seine Regierung durch den Vortrag der Militärkommission durchaus überrascht worden sei, aber angenehm. Ihm sei die Verhandlung in der Militärkommission vollständig fremd geblieben, der General von Schmerling habe ganz aus eigenem Antriebe gehandelt, und er sei nun recht gespannt, wie man in Wien die Sache aufnehmen werde. Jedenfalls werde man nichts ohne Preußen tun, und auch im Ausschuß die Sache nicht weiter treiben, bis man unseres vollen Einverständnisses gewiß sei. Ich will wünschen, daß dieser letzte Teil seiner Äußerung wahrer sei als der erste.

Auch Graf Rechberg sprach sich bei dieser und andern Gelegenheiten wiederholt dahin aus, daß der Krieg mit Frankreich jedenfalls werde geführt werden müssen, wenn es auch etwa gelänge, ihn aufzuschieben. Die gewonnene Frist werde nur kurz sein. Er hat mich nur in der Vermutung bestärkt, daß Österreich den Krieg selbst herbeiführen würde, sobald es unseres Beistandes in demselben sicher wäre, und daß man hofft, diesen Beistand durch moralischen Druck mannigfacher Art ohne materielle Konzessionen zu erlangen.

463. Vertraulicher Bericht vom 28. Februar 1859 an Minister v. Schleinitz, betr. die Maßregeln zur Verteidigung des Bundesgebietes für den Fall eines Angriffes auf die österreichischen Besitzungen in Italien. Einbringung der Vorlage der Militärkommission in den Militärausschuß. Tadelsvotum gegen die Militärkommission. Versuch einer Geheimhaltung der Vorlage durch Rechberg. — Vgl. Poschinger III, Nr. 222. Am Schluß Abschwächungen.

464. Bericht an Minister v. Schleinitz.

[Ausfertigung.]

1. März 1859.

Nachdem der Wirkliche Geheime Rat von Usedom vorgestern abend hier eingetroffen ist, habe ich gestern angefangen, demselben die nötigen Mitteilungen über die Lage der Geschäfte und vorzüglich der schwebenden Verhandlungen zu machen. Sobald dies vollständig geschehen sein wird, glaube ich nach E. E. hohen Erlassen vom 29. Januar und vom 1. und 9. Februar c. mich als der hiesigen Geschäftsführung enthoben betrachten und meine Abreise nach meinem neuen Bestimmungsorte antreten zu dürfen. Falls E. E. mich daher nicht noch anderweitig bescheiden, denke ich, sobald es die Umstände erlauben, und voraussichtlich Ende dieser Woche, in Berlin einzutreffen und mich bei Hochdenselben zu melden, um weitere Befehle entgegenzunehmen.

Personenregister.